

das ende der bescheidenheit aneignung

alltag neoliberalismus widerstand



Dokumentation
des 27. Bundeskongresses (BUKO)
vom 20. - 23. Mai 2004 in Kassel

buko
bundeskoordination internationalism

Liebe BUKO 27-TeilnehmerInnen, -ReferentInnen und am Kongressthema Interessierte!

Der 27. Bundeskongress im Mai in Kassel war angetreten unter dem Titel *aneignung alltag | neoliberalismus | widerstand*. Das Thema hat viele Menschen interessiert, mit über 800 TeilnehmerInnen war er einer der größten BUKO-Kongresse der letzten Jahre. Die Kasseler Vorbereitungsgruppe berichtete von überwältigenden Rückmeldungen, davon „dass die TeilnehmerInnen sich in den Tagen in Kassel wohlgefühlt und den Kongress als Bereicherung empfunden haben.“

Während des Kongresses wurde von TeilnehmerInnen mehrfach das Bedürfnis und Interesse geäußert, nach dem Kongress etwas „in der Hand“ zu haben. Zugleich war es auch unser Vorhaben, den Kongress allem voran die Workshops und ihre eventuellen Ergebnisse zu dokumentieren. Das Ergebnis liegt euch vor.

Zunächst sind der Kongress-Aufruf und die Programmübersicht abgebildet. Das detaillierte Programm mit der genauen Übersicht der Arbeitsgruppen kann in der Geschäftsstelle als A5-Broschüre (noch) oder als PDF-Dokument bestellt werden.

Im Hauptteil sind die Texte der Arbeitsgruppen gegliedert nach den Foren und daran anschließend den Arbeitsgruppen, die keinem der Foren zugeordnet waren sowie der Einführungstext zum Osteuropa Podium abgedruckt. Innerhalb des jeweiligen Forums erscheinen die Beiträge in der Reihenfolge in der die Workshops stattgefunden haben:

Viele ReferentInnen haben uns nach dem Kongress Texte zur Dokumentation ihrer Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt. Einige haben Ergebnisse aus ihren Arbeitsgruppen verschriftlicht, die teilweise auch danach veröffentlicht wurden, von anderen wurden die Inputs zur Einführung in die jeweilige Arbeitsgruppe ausformuliert. Auch dabei ist der Abdruck zweier PowerPoint-Folien von Katharina Pühl und Kathi Seebald zu Agenda 2010 und ALG II.

Zum Schluss findet ihr den Fragebogen, den wir wie auf den letzten BUKOS zur Evaluation verteilt haben. Immerhin 16% der TeilnehmerInnen haben sich an der Befragung beteiligt und uns ihr feed back gegeben.

Aus Platzgründen haben wir darauf verzichtet, die 51 Seiten umfassende Presseschau anzuhängen. Bei Interesse ist sie in der Geschäftsstelle als PDF-Dokument zu bestellen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

das Team von der Geschäftsstelle

INHALTSVERZEICHNIS

1. Aufruf zum 27. Bundeskongress 4
2. Kongress-Struktur/Programm 5
3. Die Foren
3.1 FORUM 1: ARBEIT UND SOZIALE REPRODUKTION 6
AG: Zanon gehört den Arbeitern. Besetzte Fabriken in Argentinien
von Alix Arnold 6
AG: Social Movement Unionism
Tristesse und Suchbewegungen. Der Social Unionism und die Gewerkschaften in der Bundesrepublik
Peter Birke 8
AG: Die Linke zwischen Multitude und radikalem Reformismus
Wolkenkuckucksheim der Linken
Freunden und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft 14
AG: Selbstbestimmte Aneignung von Technologie und Informationen und deren Einsatz für emanzipatorische Bewegungen
Information teilen – freier Zugang statt Datenvermarktung
von lotec 16
AG: Deregulierte Arbeit und deregulierte Migration – Stigmatisierung und Entrechtung im europäischen Kontext am Beispiel von Prostitutionsmigrantinnen
Die Politik der Europäischen Union mit dem „Menschenhandel“
von Juanita Rosina Henning (Dona Carmen) 22
AG: Die Arbeitsgesellschaft und das Problem der Erwerbslosigkeit - welche Alternativen gibt es?
Anders arbeiten und Selbstorganisation von Erwerbslosen
von Anne Seeck 26
Verhängnis der Arbeitsgesellschaft; Ausweg Grundeinkommen?
von Robert Ulmer 32
AG: Wirtschaftliche Selbsthilfe als Aneignungsstrategie gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung
Kann Selbstverwaltung / alternative Ökonomie Teil einer Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein?
von Elisabeth Voß 36
Thesen zur Situation in Deutschland
von Elisabeth Voß 39
Thesen zur Situation in Argentinien
von Alix Arnold 40
AG: Das Mietshäuser-Syndikat
von Stefan Rost und Doris Schweitzer 41

3.2 FORUM 2: PRIVATISIERUNG	48
<u>AG: Sozialstaat</u>	
Sozialstaat: Historische und exemplarische Entwicklungen	
<i>von Christian Christen und Werner Raetz</i>	49
<u>AG: Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung Öffentlicher Güter</u>	
Krise der Privatisierungspolitiken? Eine Bestandsaufnahme	
<i>von Mario Candeiras</i>	59
<u>AG: Enteignung von »oben« und (Wieder)Aneignung von »unten« -</u>	
<u>Tragfähige theoretische Konzepte für linke Analysen und Politiken?</u>	
<i>von Mario Candeiras</i>	62
Enteignung oder Inwertsetzung? Zur Aktualität der „ursprünglichen Akkumulation“	
<i>Christoph Görg</i>	65
<u>AG: Education no es popular</u>	
Rückzug des Staates aus dem Bildungssektor	
<i>Jose Antonio Zepeda</i>	72
<u>AG: Privatisierung des Saatguts – Terminator auf dem Vormarsch</u>	
Ernte gut – alles gut? Was der indische Neem-Baum und Nachbaugebühren in Deutschland miteinander zu tun haben:	
Biopiraterie im 21. Jahrhundert	
<i>Georg Kaiser</i>	75
<u>AG: Unruhe auf der Insel der Glückseligen</u>	
<i>von Roland Braun</i>	78
<u>AG: Privat(isierungs)wirtschaft. Zur politischen Ökonomie der Privatisierungen</u>	
<i>von Franz Garnreiter</i>	79
<u>AG: Krise der Privatisierungspolitiken</u>	
Private Gain – Public Loss?	
<i>von Barbara Dickhaus</i>	83
<u>AG: Sprünge im Sumpf – Emanzipatorische Bildungspolitik und neoliberale Privatisierung</u>	
Selbststaendige Schule – Schule der Globalisierung	
<i>von Jürgen Klausenitzer</i>	89
3.3 FORUM 3: SOZIALE RECHTE UND LEGALISIERUNG	96
<u>AG: Alles für alle – und zwar umsonst. Aneignung und Praxis der Umsonst-Kampagnen</u>	
<i>von Berlin Umsonst</i>	97
<u>AG: Arbeit ja – Ausbeutung nein! Wie arbeitende Kinder in Afrika, Asien und lateinamerika um ihre sozialen und ökonomischen Rechte kämpfen</u>	
<i>von ProNats</i>	101
<u>AG: Staat, Autonomie, soziale Rechte und der Prozess der Sozialforen</u>	
Produktives Missverständnis	
<i>von Dieter Hartmann</i>	102
<u>AG: Existenzgeld</u>	
<i>von Wolfram Otto und Dieter Koschek</i>	105
<u>AG: Legalisation will not be televised / The making of legalisation in Europe</u>	
The claim for rights – the right for legalisation	
<i>von Gesellschaft für Legalisierung</i>	106
<u>AG: Geschlechtliche Aneignung, Habitus und sprachliche Repräsentation</u>	
Undoing Gender	
<i>von Kitty Herrmann</i>	108
3.4 WEITERE ARBEITSGRUPPEN	
<u>AG: Globalisierungskritik in südlichen Ländern und das Konzept der De-Globalisierung</u>	
Some thoughts on continuity and change in the south	
<i>von Nicola Bullard</i>	114
<u>AG: Agenda 2010 und Abbau des Sozialstaats</u>	
Agenda 2010; ALG II	
<i>von Katharina Pühl und Kathi Seewald</i>	116
<u>AG: Privatisierung öffentliche Dienste</u>	
Globales Projekt	
<i>von Christian Zeller</i>	121
<u>AG: Globalisierung oder Imperialismus?</u>	
<i>von Radhika Desai</i>	126
<u>AG: Neoliberalismus und Demokratie</u>	
Die Furcht vor den Habenichtsen - Zum Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie	
<i>von Jörg Reitzig</i>	128
<u>AG: Ein neuer Imperialismus? Die Linke nach dem Irakkrieg</u>	
<i>von Christoph Görg</i>	134
<u>AG: Neokolonialismus und Neoliberalismus</u>	
Regieren im imperialen Zeitalter	
<i>von Sabah Alnasseri</i>	141

<u>AG: Globale Sicherheitspolitik</u> Die Neue Weltordnung -Globalisierung, Imperialismus und Empire von <i>Thomas Seibert</i>	145
<u>AG: Aneignung von linker Geschichte</u> „Geschichte von unten“ und radikale Linke von <i>Bernd Hüttner</i>	150
<u>AG: Militär Gewalt Europa. Der europäische Beitrag zur militärischen Globalisierung</u> Sicherheit für Europa vs. Sicherheit vor Europa von <i>Michael Bernd</i>	153
<u>AG: Aneignung als politische Praxis im Bereich antirassistischer und antifaschistischer Arbeit – Chancen und Probleme</u> von <i>AntiRa/Fels</i>	167
<u>AG: Der bolivarianische Prozeß in Venezuela - Revolution des 21. Jahrhunderts</u> Interview mit Eduardo Daza (ANROS) von <i>Dario Azzelini</i>	170
<u>AG: Autonomie zwischen Spontaneität und Organisation</u> In Bewegung kommen von <i>Thomas Seibert</i>	172
<u>AG: Befreiung der Güter? – Die Freie-Software-Bewegung</u> von <i>Frieder Hirsch</i>	175
4. OSTEUROPA-PODIUM ...but some are more equal. Die EU-Osterweiterung und Perspektiven linker Politik von <i>Gisela Neunböffer</i>	180
5. Kongress-Auswertung: Der Fragebogen	182
6. Mitveranstalter/SponsorInnen/UnterstützerInnen	182

Aufruf zum 27. Bundeskongress (BUKO)!

Seit einigen Jahren gewinnen Unmut und Protest gegen die herrschenden Verhältnisse sowie die Entwicklung von Alternativen an Bedeutung und äußert sich in großen Demonstrationen von Seattle und Genua oder in Europäischen bzw. Weltsozialforen. Daneben gibt es andere soziale Bewegungen wie die der Migration, die mit ihren Füßen tagtäglich gegen die herrschenden Verhältnisse abstimmt, auf der Suche nach einem guten Leben.

Weiterhin werden neoliberale und neoimperialistische Politiken - und notfalls mit Gewalt - durchgesetzt. Wurden Privatisierungen, Abbau von sozialen Sicherungssystemen und eine angebotsorientierte, kapitalfreundliche Politik bisher eher durch die Strukturanpassungsprogramme im Süden verwirklicht, hat neoliberaler Klassenkampf „von oben“ längst Europa erreicht. Im Zuge der EU-Osterweiterung werden auch die neuen Beitrittsländer den markt- und kapitalfreundlichen Regeln unterworfen. Weltweit wird damit Menschen der Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie etwa Wasser, Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung sowie das existentielle Recht der Mobilität und Flucht verweigert. Diese Politik wird zwar von Abwehrkämpfen begleitet, doch der Neoliberalismus hat sich in vielen Köpfen festgesetzt. Emanzipative Antworten haben sich lange Zeit als schwierig erwiesen, was sich derzeit zu ändern scheint. Daher schlagen wir vor, die Perspektive darauf zu richten, wo und wie herrschende Entwicklungen widersprüchlich sind und infrage gestellt werden.

Zudem bestehen viele Alternativen. Bereits vor „Seattle“ fanden auf unterschiedlichsten Ebenen Prozesse gegen die Ökonomisierung sozialen Lebens statt. Menschen versuchen, sich das, was sie zum Leben brauchen, selbst zu organisieren, ohne auf die Hilfe von staatlichen Instanzen zu warten. Das reicht von den Versuchen, eigenständige Netzwerke zu entwickeln, um die soziale Reproduktion zu sichern, bis zur Migration als Bewegung, die sich auch durch die Festung Europa nicht stoppen lässt; vom kollektiven Klauen im Supermarkt über die gemeinsame Nutzung von Softwareprodukten und neuen Ansätzen, sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Arbeitszwang zur Wehr zu setzen, bis zu Fabrikbesetzungen; vom Widerstand gegen Segregation und zugeschriebene kulturelle und Geschlechtsidentitäten zu hybriden Selbstverortungen. Mit diesen Erfahrungen können herkömmliche Politikverständnisse hinterfragt und neue Perspektiven eröffnet werden. Dafür will der BUKO eine Art Bestandsaufnahme leisten und die politisierenden und orientierenden Potenziale verschiedener Praxen ausloten. Ob der Begriff der Aneignung als gemeinsamer Fluchtpunkt taugt und zur Entwicklung weiterer Perspektiven reicht, muss sich dabei erst noch zeigen. Wichtig ist uns dabei, überhaupt gemeinsame Bezüge zu suchen - ohne damit Differenzen zu negieren. Es wird Zeit, aus der Defensive herauszukommen und nicht darauf zu vertrauen, mit Appellen an die herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte diese zu Einsicht und Umsteuern zu bewegen.

Auf dem diesjährigen BUKO soll zunächst die Frage aufgeworfen werden, wo eigentlich das neoliberal-militaristische Projekt des globalisierten Kapitalismus brüchig wird - und wo praktische Kritik eher zur Modernisierung von Herrschaft zu verkommen droht, ohne die gesellschaftsverändernden Potenziale auszuschöpfen.

Anhand dreier Themenstränge sollen, neben vielen anderen Informations- und Diskussionsforen, Erfahrungen und Möglichkeiten von symbolischer und materieller Aneignung diskutiert werden:

- Arbeit und soziale Reproduktion,
- Privatisierung
- Soziale Rechte und Recht auf Legalisierung

Ein internationalistischer Austausch über diese existentiellen Lebens- und Reproduktionsbereiche kann dabei nicht nur zu einem neuen Verständnis eigener Verwicklungen in das kapitalistische System führen. Er bietet die Möglichkeit, sich darüber auszutauschen, welche Formen alternativer Vergesellschaftung schon längst praktiziert werden, egal ob öffentlich expliziert oder nicht, wo Erfahrungen anschlussfähig für die politische Linke sind und welche Praxen wünschenswert wären. Wir plädieren für ein neues Selbstverständnis unterschiedlicher Kämpfe und Handlungsmöglichkeiten, um nicht mehr nur rein defensiv zu handeln (was natürlich weiterhin wichtig bleibt). Während Regierungen weltweit dazu auffordern, den Gürtel enger zu schnallen sowie auf soziale Rechte zu verzichten, rufen wir die internationalistische Linke zum Ende der Bescheidenheit auf.

Donnerstag, 20.05.04

Ab 18:00 Uhr Anreise und Abendessen
 19:30-21:30 Uhr Eröffnungspodium
 Präsentation zentraler - auch kontroverser - Thesen zum Kongresssthema

Freitag, 21.05.04

ab 8:30 Uhr Frühstück
 9:30-11:30 Uhr Diskussion der Thesen des Eröffnungspodiums in mehreren parallel laufen
 den Arbeitsgruppen
 11:45-13:15 Uhr Auftaktveranstaltungen der drei Foren (parallel)
 Auftakt Forum I: Arbeit und soziale Reproduktion | Auftakt Forum II: Pri
 vatisierung | Auftakt Forum III: Soziale Rechte und Legalisierung
 13:15-15:00 Uhr Mittagspause
 15:00-18:00 Uhr Workshop-Phase 1 aufgliedert in drei Foren
 AGs Forum I: Arbeit und soz. Reproduktion | AGs Forum II: Privatisierung
 | AGs Forum III: Soz. Rechte & Legalisierung
 zusätzliche AGs
 18:00-19:30 Uhr Abendessen
 19:30-21:30 Uhr öffentliche Podiumsveranstaltung zur EU-Ostererweiterung
 längerer Einführungstext in html oder als rtf-Datei

Samstag, 20.05.04

ab 9:00 Uhr Frühstück
 10:00-13:00 Uhr Workshop-Phase 2 aufgliedert in drei Foren
 AGs Forum I: Arbeit und soz. Reproduktion | AGs Forum II: Privatisierung
 | AGs Forum III: Soz. Rechte & Legalisierung
 zusätzliche AGs
 13:00-14:00 Uhr Mittagspause
 14:00-17:00 Uhr Congress goes downtown: Öffentliche Präsentation der Kongressthesen in
 der Kasseler Innenstadt
 17:00-19:00 Uhr Austausch der AGs
 zeitgleich: Mitgliederversammlung der BUKO
 19:00-20:00 Uhr Abendessen
 20:00-22:00 Uhr Haute Kùltùr
 die ganze Nacht Rauschendes Fest

Sonntag, 20.05.04

ab 9:00 Uhr Frühstück
 10:00-11:30 Uhr AGs zu Arbeitsgruppen am Sonntag
 12:00-14:00 Uhr Abschlussveranstaltung: „Moderiertes Büffet“

Das ausführliche Kongress-Programm mit der detaillierten Übersicht über alle Arbeitsgruppen ist in der BUKO-Geschäftsstelle in Printform (nur noch in geringer Auflage) oder als PDF-Dokument erhältlich.

FORUM EINS: ARBEIT UND SOZIALE REPRODUKTION

Endlich wird die Arbeit knapp?

Klassische Lohnarbeit hat noch immer die dominierende Rolle im Kapitalismus inne, sei es in öffentliche Debatten, sei es in den Köpfen der Menschen. Über Arbeit und die damit verbundene Entlohnung wird integriert oder ausgeschlossen, Lebensverhältnisse werden kontrolliert und normiert, das Individuum bewertet. Kostenlose Reproduktionsarbeit wird trotz aller feministischen Forderungen nach Anerkennung noch immer als selbstverständlich angesehen. Arbeitslosigkeit wird als selbstverschuldet diffamiert, Lohnkosten sollen angesichts des internationalen Wettbewerbs gesenkt werden. Klassische gewerkschaftliche Interessenvertretung schwankt zwischen lauem Protest und verzweifelten Appellen, doch bitte noch zu Rate gezogen zu werden. Wer es dagegen schafft, sich zum „self-made man from another man's work“ aufzuschwingen, sich also die Arbeit anderer effektiv anzueignen, hat das ‚Spiel‘ um Konkurrenz und Effizienz gewonnen.

In den 70er Jahren gründeten sich selbstverwaltete Betriebe und Kollektive, um der herrschenden Verhältnissen Alternativen entgegen zu setzen und theoretische Kritik als Alltagspraxis zu erproben. Doch spätestens in den 90er Jahren mutierten viele dieser vermeintlichen Alternativen zu gesteigerter (Selbst-) Ausbeutung bzw. normalen Klitschen mit Chef und Lohnkürzungen. Einige überlebten trotz aller Widrigkeiten, wenn auch meist äußerst prekär. Doch nach wie vor ist Kritik an Arbeits- bzw. Ausbeutungsverhältnissen und einem zu engem Begriff von Arbeit notwendig.

Abseits von den gegenwärtigen Abwehrkämpfen weltweit müssen theoretische Aspekte reflektiert, aber auch konkrete Handlungsoptionen ausgelotet werden. Daher werden wir in diesem Strang eine Bestandsaufnahme machen: Welche Erfahrungen werden zur Zeit weltweit gemacht – vom klassischen Lohnarbeitskampf oder dem Kampf Illegalisierter, denen Arbeit bewusst verwehrt wird, zu alten und neuen Formen gewerkschaftlicher Organisation oder selbstorganisierter Vergesellschaftung in Kommunen und Kollektiven. Wie wird konkret versucht, die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse zurückzugewinnen? Und wie ist dies jeweils zu bewerten: Handelt es sich dabei wirklich um zukunftsweisende emanzipative Praktiken oder eben doch nur um „linke Nischen“ im Kapitalismus? Es geht also darum herauszufinden, wo – und wie – überall in dieser Welt dem neoliberalen Klassenkampf von oben alltäglich Praxis von unten entgegengesetzt wird, wo Margaret Thatchers TINA (There Is No Alternative)-Syndrom täglich widerlegt wird.

Besetzte Fabriken in Argentinien

Bewegung gegen das Kapital oder Selbstverwaltung des kapitalistischen Elends?

von Alix Arnold

In der Beilage zur Wildcat #68 „Eine Fabrik in Patagonien - Zanon gehört den Arbeitern“ haben wir über dieses herausragende Beispiel der Fabrikbesetzungen berichtet. Letztes Jahr arbeiteten in Argentinien etwa 15.000 ArbeiterInnen in 180 instandbesetzten Betrieben. Seitdem sind jedoch kaum noch neue Projekte hinzugekommen. Der Niedergang der Bewegungen, besonders seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kirchner vor einem Jahr, hat vor den besetzten Fabriken nicht Halt gemacht.

*»In den 70er Jahren wurden aus ideologischen Gründen Fabriken besetzt. Heute machst du die Besetzung aus einer Notlage heraus, und die Ideologie kommt erst hinterher«
Besetzer der kleinen Brotfabrik Panificación 5, 2002*

Die aktuelle Welle von Besetzungen begann Mitte der 90er Jahre. Mit der Verschärfung der Krise nehmen die Besetzungen ab 2000 zu, und 2001 wird die MNER gegründet, die »Nationale Bewegung instandbesetzter Betriebe«. Diese Organisation ist ein Vereinnahmungsversuch: Sie setzt auf die Legalisierung der Betriebe als Kooperativen und bietet den ArbeiterInnen entsprechende Beratung und Unterstützung an. Federführend ist der Anwalt Dr. Luis Caro, der ganz im Stile seines Vorbildes General Perón als Retter der Armen gegen die Linke antritt. Er betont bei jeder Gelegenheit, dass er selbst in einem Armenviertel aufgewachsen ist und macht sich durch kostenlosen Einsatz bei Tag und Nacht bei den ArbeiterInnen beliebt und unentbehrlich. Dafür verlangt er von ihnen, dass sie die Finger von der Politik lassen, und dass sie nicht auf die eigene Kraft vertrauen, sondern auf ihn und den Rechtsweg. Caro kann juristische Erfolge vorweisen, er hat beste Verbindungen zu Kirche und Staat. Im September 2003 kandidiert er für das Bürgermeisteramt in Avellaneda, im Großraum Buenos Aires, auf einer Liste der peronistischen Partei PJ – gemeinsam mit Aldo Rico, dem Anführer eines der Putschversuche

(1987) gegen die Regierung Alfonsín, mit denen die Militärs die Straffreiheit für ihre Verbrechen während der Diktatur durchgesetzt haben!

Die Mehrheit der besetzten Betriebe haben sich der MNER angeschlossen, bzw. der MNFRT, mit der sich Caro Anfang 2003 abgespalten hat. Nur eine radikale Minderheit weigerte sich, Kooperativen zu gründen, und forderte die »Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle«. Bei der Diskussion um »Kooperative oder Arbeiterkontrolle« ging es im Grunde nie um die Rechtsform, sondern um unterschiedliche politische Strategien. MNER/MNFRT suchen innerhalb des bestehenden Systems nach einer Lösung für die einzelnen Betriebe. Durch ihr Vorgehen fördern sie die Entpolitisierung und Integration der Projekte. Der Fraktion *Arbeiterkontrolle* ging es dagegen um eine Ausweitung der Bewegung, um den Kampf gegen die gesamte kapitalistische Misere führen zu können. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Zwischen Repression und Integrationsangeboten ist die Initiative der ArbeiterInnen ins Stocken geraten.

Wiederherstellung des Privateigentums durch »Enteignungen«

Die BetriebsbesetzerInnen haben radikale Schritte unternommen. Statt um Arbeitsplätze zu betteln, haben sie sich die Produktionsmittel einfach angeeignet. Ihre Aktion zielt auf die Grundlagen: auf die Produktion und das Privateigentum. In den selbstverwalteten Betrieben haben sie kapitalistisches Kommando und Hierarchien durch Versammlungsstrukturen und Basisdemokratie ersetzt. Tausende ArbeiterInnen machten die Erfahrung, dass sie die Produktion und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. All das fand in einer Situation statt, in der die Politik zeitweilig ihre Legitimation verloren hatte, in der sich erhebliche Teile der Bevölkerung hinter der Parole »Sie sollen alle abhauen« versammelten und sich mit straßenblockierenden Arbeitslosen solidarisierten. Der Staat musste sich was einfallen lassen.

Im Fall der besetzten Betriebe waren das die sogenannten Enteignungsverfahren. Dabei wird ein Betrieb zum »Gegenstand öffentlichen Interesses« erklärt und den ArbeiterInnen für zwei Jahre überlassen. Wenn sie den Betrieb ans Laufen bringen, können sie ihn nach Ablauf der Frist kaufen. Das Risiko tragen sie selbst, Arbeiterrechte haben sie keine mehr. Aus ArbeiterInnen und BesetzerInnen werden potentielle KäuferInnen. Dem Privateigentum wird wieder zur Geltung verholfen.

Anfang 2003 wurde dieses Verfahren bereits für ein Drittel der besetzten Betriebe angewandt, und für ein weiteres Drittel wurden in direkten

Verhandlungen mit dem Eigentümer oder per Gericht Mietverhältnisse vereinbart. Inzwischen sind – mit Ausnahme von Zanon – alle Besetzungen in irgendeiner Form (vorübergehend) legalisiert. Damit ist der Räumungsdruck vorläufig außer Kraft gesetzt – aber auch das Konfliktpotential.

Der spektakulärste Fall betraf die Textilfabrik Brukman, die neben Zanon zum Symbol für die *Arbeiterkontrolle* geworden ist. Auf der Straße vor der Fabrik fanden 2002 die ersten beiden »Treffen der besetzten Fabriken« statt. Hier im Zentrum der Hauptstadt hatte der Staat ein besonderes Interesse, das Widerstandssymbol zu zerstören – oder daraus eine harmlose Nähstube zu machen. Zwei Räumungsversuche konnten die ArbeiterInnen abwehren, den dritten im April 2003 nicht mehr. Der Versuch der Wiederbesetzung scheiterte unter Tränengas und Gummigeschossen. Die ArbeiterInnen richteten sich vor den Polizeisperren in einem Zelt auf der Straße ein, es folgten lange Wintermonate mit Demonstrationen und Durchhalten. Ohne Erfolg. Auf politischer und juristischer Ebene war nichts zu bewegen – bis schließlich Caro den Fall übernahm und im Oktober die »Enteignung« erreichte. Ende Dezember konnten die ArbeiterInnen in die Fabrik zurückkehren. Sie arbeiten wieder, ohne Chef, und können davon halbwegs leben. Aber die Fabrik ist nicht wiederzuerkennen. Plakate und Transparente sind verschwunden, auf der wöchentlichen Versammlung wird nur noch über Arbeit geredet, das gemeinsame Mittagessen wurde gestrichen, statt Demonstrationen sind Überstunden angesagt. Caro hat seine Linie durchgesetzt: die ArbeiterInnen sollen arbeiten, für die Politik ist er zuständig.

Von den selbstverwalteten Betrieben geht kaum noch politische Initiative aus. Die meisten sind völlig mit dem Überleben beschäftigt. Ging es vorher nur um das Einkommen für die ArbeiterInnen, so müssen sie jetzt im Hinblick auf zukünftige Übernahmen Profit erwirtschaften. Sie müssen sich auf dem Markt behaupten und sich wie Kapitalisten verhalten, die Produktivität steigern und die (eigene) Ausbeutung erhöhen. In Kleinbetrieben mit alten Maschinen – und das sind die meisten; die Hälfte der besetzten Betriebe hat weniger als 30 Beschäftigte – führt das zu langen Arbeitszeiten bei hohem Arbeitsdruck und geringem Lohn. Dieser Druck wirkt sich wiederum auf die internen Strukturen aus: der Spielraum für Basisdemokratie, Diskussion und Aktion wird geringer.

Selbstverwaltung ist keine Insel

Zanon ist als letzte Bastion der Bewegung übriggeblieben. Die hochmoderne Fabrik mit

mittlerweile 380 Arbeitern war von Anfang an eine Ausnahme. In keinem anderen Betrieb sind interne Demokratie und Politisierung so weitgehend verwirklicht worden. Aber auch hier wirken die »Sachzwänge« – es wird über Produktivität oder die Ausweitung der Nachtschicht diskutiert –, und die allgemeine Tendenz zur Entpolitisierung macht sich ebenfalls bemerkbar. Die ArbeiterInnen von Zanon versuchen gegenzusteuern und leisten sich regelmäßige Diskusstage, bei denen eine ganze Schicht lang alle gemeinsam nicht nur über Produktion und Finanzen, sondern auch über Lokal- und Landespolitik oder den Irakkrieg diskutieren. Sie sind weiterhin in den verschiedensten Mobilisierungen präsent und können umgekehrt auf die Unterstützung der Bevölkerung setzen. Aber sie werden den Zustand der Illegalität als einzelner Betrieb nicht auf Dauer halten können. Sie verfolgen nach wie vor die Idee der Arbeiterkontrolle, haben aber gleichzeitig formal eine Kooperative angemeldet. Welcher Kompromiss dabei herauskommen wird, ist schwer einzuschätzen.

Die ArbeiterInnen von Zanon haben immer betont, dass sie ihr Projekt nicht als Insel, sondern als Ausgangspunkt sehen, und ihre Erfahrungen werden in zukünftigen Bewegungen sicher noch eine Rolle spielen. Bis dahin gilt es zu überwintern ... Es gibt Anzeichen, dass sich untergründig in der normalen Welt der Arbeit etwas tut. Die U-Bahn-ArbeiterInnen haben Anfang April mit einem viertägigen Streik eine alte Forderung durchgesetzt: den 6-Stunden-Tag wegen gesundheitsgefährdender Arbeit. Auch in anderen Bereichen regt sich Widerstand gegen das Stillhalten der Gewerkschaftsbürokratie. Wenn hier eine neue Bewegung aufbricht, könnten auch die ArbeiterInnen der selbstverwalteten Betriebe wieder von der Selbstverwaltung des Mangels weg zu einer neuen Offensive kommen.

Tristesse und Suchbewegungen

Der Social Unionism und die Gewerkschaften in der Bundesrepublik

von Peter Birke

I

Die Frage nach der Verbindung zwischen gewerkschaftlicher Politik und den neuesten sozialen Bewegungen ist in den letzten Monaten in der Bundesrepublik ungeahnt aktuell geworden. Dies ist zunächst der rot-grünen Regierungspolitik zu verdanken. Angesichts der Absenkung der sozialen Einkommen, von der Teilprivatisierung der Renten, der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, den Verschlechterungen beim Kündigungsschutz bis hin zur vorgesehenen Verlängerung der Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst – die Gewerkschaften scheinen ihren traditionellen Ansprechpartner im Parlament verloren zu haben. Nachdem im vergangenen Jahr alle Versuche gescheitert sind, die Schröder-Regierung von einer „sozialen Abfederung“, „Mäßigung“ u.s.w. der angeblich „notwendigen“ Reformen zu überzeugen, setzt heute ein Teil der Gewerkschaften auf verschiedene andere Optionen: Die Diskussionen um die „neue Linkspartei“, also der Versuch, eine alternative parlamentarische Karte zu spielen sind bekannt. Eine weitere Option ist die Zusammenarbeit mit dem institutionellen Teil der Anti-Globalisierungsbewegung, wie sie innerhalb des DGB vor allem vom ver.di-Vorsitzenden und Teilen der IG Metall vorgeschlagen wird. Die Demonstrationen am 3. April, die vom Europäischen Sozialforum (ESF) im vergangenen Jahr in Paris ausgingen, zeigten die Widersprüche dieser Zusammenarbeit: sie geschieht wesentlich „von oben“, durch den Gewerkschaftsapparat vermittelt. Konzeptionen eines *Social Unionism*, die sowohl eine Ausweitung der lokalen als auch der globalen Bezugspunkte von Gewerkschaftsarbeit beinhalten, sind in der Bundesrepublik bisher marginal geblieben, auch wenn es einige wenige Beispiele für neue Formen gewerkschaftlicher Organisation gibt, wie zum Beispiel die Kampagne für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Drogeriekette Schlecker.

Beispiele einer nicht-hierarchischen, internationalen und an Politikformen der sozialen Bewegungen orientierten Gewerkschaftsarbeit finden sich dagegen in den USA (die „Justice for Janitors“-Kampagne, www.seiu.org) oder in Kanada (u.a. innerhalb der „Canadian Automobile Workers“, www.caw.ca).

Erfahrungen mit solchen Projekten wurden in den letzten Jahren von verschiedenen Autor/innen ausgewertet und theoretisch zusammengefasst. In der linken Diskussion in der Bundesrepublik ist die Auseinandersetzung mit diesen Autor/innen bisher kaum geführt worden, was auch als Folge der Marginalisierung der entsprechenden Praktiken (und einer entsprechend pragmatischen Haltung der Aktivist/innen) gesehen werden kann. Im Folgenden möchte ich einen Beitrag dazu leisten, die theoretische Diskussion einerseits vorzustellen, andererseits auf die Geschichte und aktuelle Politik bundesdeutscher Gewerkschaften zu beziehen.

II

Die Diskussion über Gewerkschaften als Soziale Bewegungen ist in den USA und Westeuropa unmittelbar eine Reaktion auf die als Krise rezipierte Situation der „offiziellen“ Gewerkschaften. Im Mittelpunkt stehen häufig Probleme der Organisation eines bestimmten Segmentes der Beschäftigten, wobei das Problembewusstsein der „offiziellen“ Gewerkschaften oft erst durch Verluste an Mitgliedern und gesellschaftlichem Einfluss ausgelöst wird. Die meisten pragmatischen Konzeptionen beziehen sich deshalb auf Erfahrungen, die eine Lösung des „Organisationsproblems“ versprechen, aus denen sodann höchstens mittelfristige Strategien (oft in der Form von sogenannten Projekten) abgeleitet werden. Diese Strategien enthalten teilweise gegensätzliche Optionen. Das drückt sich auch darin aus, dass es verschiedene Begriffe gibt, die die Konzeption zusammenfassen: in der Bundesrepublik spricht beispielsweise das tie-Netzwerk vom *Movement Unionism*, in den USA wird manchmal vom *New Social Movement Unionism* gesprochen, und mit einem gewissen Recht könnte man auch das Konzept des *New Unionism* des britischen Trade Union Congress als Teil des Diskurses begreifen, obwohl letzteres vor allem auf eine kampagnenartige Mitgliederwerbung bei einer sozialpartnerschaftlichen Grundausrichtung bezogen ist und damit ziemlich genau das Gegenteil von dem intendiert, was zum Beispiel vom tie-Netzwerk vorgeschlagen wird. In der etwas verwirrenden Vielfalt liegt es deshalb nahe, sich hier auf eine theoretisch ausgeführte Konzeption zu beziehen, die einen gewissen Einfluss auch auf die bundesdeutsche Gewerkschaftslinken ausgeübt hat. Ich hier deshalb einen recht neuen Text von Peter Waterman diskutieren, der seine Konzeption *Social Unionism* nennt (siehe Endnote). Dies erscheint auch deshalb angemessen, weil Peter Waterman seine politische Intervention im Rahmen des *Global Justice and Solidarity Movement* und der Sozialforen mit seiner

akademischen Arbeit verbindet.

Ausgangspunkt von Watermans Überlegungen ist ausdrücklich nicht die Frage der technisch-organisatorischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen. Diese Frage ist für ihn mehr als zweitrangig, er denkt streng anti-institutionell: Im Mittelpunkt steht vielmehr das Konzept der „Arbeiterklasse“, die Frage, warum die Vorstellung von der „Arbeiterklasse“ – ich zitiere – „jemals die Zentralität bekam, die sie einmal hatte, wie das Konzept im Verhältnis zu emanzipatorischer Theorie funktionierte und warum es angesichts der Globalisierung und des *Global Justice and Solidarity Movement* neu überdacht werden müsste.“ Bereits als Teil einer Antwort auf diese Fragen plädiert Peter für eine „breitere Definition des Begriffes Proletariat“, die seines Erachtens (mindestens) drei Elemente enthalten muss:

1. Mit Marcel van der Linden stimmt er überein, dass „Klasse“ heute nicht mehr (und noch nie?) über den Status der „Lohnarbeit“ definiert werden, sondern alle Formen von Arbeit beinhalten sollte, auch solche, die nicht mehr oder noch nicht bereits inwertgesetzt sind.
2. In diesem Zusammenhang grenzt er sich von einem Klassenbegriff ab, der einseitig aus der Kritik der politischen Ökonomie abgeleitet ist. Mit E.P. Thompson, der einmal geschrieben hat, dass „die Arbeiterklasse während ihrer eigenen Geburt anwesend war“, betont er den Aspekt der Konstituierung von sozialer Identität durch soziale Handlungen, der Selbst-Konstituierung einer „Klasse für sich“.
3. Auf dieser Grundlage schließlich bezieht Waterman sich positiv auf Negri und Hardt, die in ihren neuen Texten die Vorstellung des Operaismus aufnehmen, dass „am Anfang der Widerstand war, nicht die Macht“ und von dort aus eine Linie ziehen, die sowohl die kapitalistische Restrukturierung als auch die potentielle Überwindung des Kapitalismus als unmittelbar vom „proletarischen Protest stimuliert“ begreift.

Die „breite Definition des Proletariats“, die Waterman vorschlägt, wird schließlich direkt auf das bezogen, was er im Rahmen der, ich zitiere, „neuen Ökonomie eines globalisierten Netzwerk-Kapitalismus“ für zentral hält: Sowohl „Informationsarbeiter im Allgemeinen“ (von Call-Center-Agent bis zum Netzwerkspezialisten) als auch „diejenigen, die in unentlohnter Hausarbeit/Pflege, Hausarbeit als Dienstleistung, Gesundheitsarbeit und Tourismus“ beschäftigt seien, müssen zu diesem „neuen“ Proletariat gezählt werden. Die genannten Gruppen seien nicht die „Avantgarde der Zukunft“, wohl aber - Zitat - „wahrscheinlich

für eine Netzwerkgewerkschaft der Zukunft“ offen. Voraussetzung dafür, dass die Idee eines „Social Unionism“ eine Zukunft habe, sei schließlich sowohl ein „radikaler Reformismus“, wie er in der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle gespielt hat, als auch die Forderung nach einer „Abschaffung der Lohnsklaverei“, die in den anarchistischen Bewegungen formuliert wurde. Das Ziel der „Befreiung von der Arbeit“ – hier bezieht sich Waterman auf André Gortz – erfordere einen doppelten Kampf: gegen „den Zwang zur Arbeit und zur Arbeitslosigkeit“. In diesem doppelten Kampf, der die Sphäre der Fabrik notwendigerweise überschreitet, liegt für Waterman das zentrale Bindeglied eines *Social Unionism*, der sich als Teil der Zivilgesellschaft, der „ökologischen Bewegung, der Bürgerrechtsbewegung, der Kämpfe um Wohnungen und Land“ versteht.

In einer vorläufigen Bewertung dieser Thesen ist es meines Erachtens zunächst einmal wesentlich zu bestimmen, was der (theoretische) rote Faden ist, der sie durchzieht. Dazu ist es wichtig, nach der Position zu fragen, aus der heraus Peter Waterman spricht. Ich möchte drei Aspekte betonen:

Erstens, Waterman ist Marxist, ebenso wie die meisten Autoren (und wenigen Autorinnen), auf die er sich bezieht. Sein erster roter Faden ist der dialektische Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, wie ihn Marx im Vorwort der Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie entwickelt hat. Watermans Ansatz ist auch insofern traditionell-marxistisch, als er den „Punkt“, an dem die Herrschaft von Menschen über Menschen aufgehoben werden kann, als ein Potential bestimmt, dass den Produktivkräften selbst innewohne. Seine Einwände gegen den marxistischen Diskurs beziehen sich nicht auf dieses Modell als solches, sondern auf die Verengung des marxistischen Diskurses auf die Lohnarbeit und die damit verbundene Deformation der Handlungsperspektiven der sozialistischen Bewegung.

Zweitens, Waterman denkt die sozialen Bewegungen vom Standpunkt der „Arbeit“ aus, wobei „Arbeit“, „Labour“ hier als soziale Kategorie verstanden wird und nicht, wie im Deutschen, zugleich auch als konkrete Tätigkeit. Schon der Begriff *Social Unionism* zeigt an, dass er vor diesem Hintergrund eine Diskussion um die *Organisation dieser sozialen Kategorie* führt, also eine Diskussion über den Weg und Ziel sozialistischer Organisationen im Allgemeinen und der Gewerkschaften im Besonderen. Innerhalb dieser Diskussion schlägt er eine Art „autonome Gewerkschaftspolitik“ oder, im älteren Duktus, eine „Gegenmachtsposition“ als Alternative zu Sozialpartnerschaft und Standortpolitik vor.

Dabei ist wiederum der Nexus Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse von Bedeutung, denn die Grundlagen der „neuen“ Organisierung sind aus Watermans Sicht die der „Netzwerkgesellschaft“. Damit kann, *drittens*, auch seine Position zu den sozialen Bewegungen bestimmt werden, die in ihrem Wirken die Formen dieser „autonomen Gewerkschaft“ bereits entwickelt zu haben scheinen, in ihrer Internationalität, sowie in einem nicht-hierarchischen, netzwerkartigen Organisierungsprozess.

III

Welche Erfahrungen gibt es in der Bundesrepublik der letzten, sagen wir, dreißig Jahre, mit dem, was Peter Waterman *Social Unionism* nennt? Ich möchte, etwas willkürlich, drei Ereignisse herausgreifen, anhand derer ich dies diskutieren will. Die Jahreszahlen, denen die Ereignisse zugeordnet werden können, sind 1973, 1984 und 1999.

Im *August 1973* fand in einem der Fordwerke in Köln ein spektakulärer wilder Streik statt. Dieser wilde Streik ist fast der einzige, der alle Niedergänge und Aufschwünge der linksradikalen Selbstdefinitionen überlebt hat und, als Symbol einer mehrere Jahre andauernden Konfrontation der bundesdeutschen Gewerkschaften mit dem, was man damals „Massenarbeiter“ genannt hat, noch in Erinnerung geblieben ist. Viel zu verdanken hat das Erinnerungsvermögen dabei der Diskussion über die „Autonomie der Migration“, die u.a. Kanak Attak in den letzten Jahren öffentlich gemacht hat. Die Streikenden der Fordwerke sind, wie KA auch betont, nicht ausreichend charakterisiert, wenn man nur weiß, dass sie in ihrer großen Mehrzahl keine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Wesentlich ist, dass sie Forderungen formulierten, die an die europäische Streikwelle seit 1968/69 angeschlossen: mehr und selbstbestimmte Pausen bei der Fließbandarbeit, eine Urlaubsregelung, die sich mit prekären Lebenssituationen vereinbaren ließe und nicht zuletzt eine Lohnerhöhung, die dazu beitragen sollte, die extremen Hierarchien zwischen ungelerten und gelerten Arbeiter/innen zu beseitigen.

Die IG Metall reagierte in widersprüchlicher Weise: unmittelbar trug sie zur Zerschlagung des Streiks in Köln bei. Mittelbar aber nahm sie einen Teil der Forderungen auf, indem sie sie zum Gegenstand ihres ersten tariflichen Arbeitskampfes machte, der nur wenige Wochen nach dem Fordstreik in der Metallindustrie des Bezirks Nordwürttemberg/Nordbaden stattfand. Tatsächlich konnte die Gewerkschaft hier, neben einem recht wackeligen Schutz vor Rationalisierungen, kurze, selbstbestimmte Pausen für am Fließband und/oder im Akkord

Beschäftigte durchsetzen. Natürlich verhielt es sich nicht so, dass die Gewerkschaft die Forderungen der Streiks von 1973 und davor einfach übernahm, sie absorbierte sie zugleich und bezog sie auf die Regulierung der Arbeitsbedingungen im nationalen Maßstab. Innergewerkschaftlich reihte sich der Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden in einen Diskurs über „qualitative“ Tarifforderungen ein, der bereits in den 1960er Jahren u.a. von linken IG Metall-Funktionären und (ehemaligen) SDS-Aktivisten geprägt worden war. Ihr Ziel war, aus den Problemen, die durch die forcierte tayloristische Rationalisierung entstanden waren, allgemeine gesellschaftliche Forderungen abzuleiten, die ökologische und geschlechtsspezifische Aspekte mit einer Kritik an den zerstörerischen Arbeitsbedingungen verbinden und „gesellschaftsfähig“ machen sollten. In den Jahren nach 1973 musste das praktische Scheitern dieser „qualitativen Tarifpolitik“ immer wieder konstatiert werden, obwohl sie in Form von „ökologischen Tarifrunden“ z. B. der IG Medien bis Ende der 1980er Jahre eine gewisse Rolle spielte. Parallel zu diesem Scheitern entwickelte sich der Diskurs über „Selbstbestimmung“ weiter, vermittelt im staatlichen Programm der „Humanisierung der Arbeit“, das die Gewerkschaften zunächst mit ganzer Kraft unterstützten, aber auch in der Abschaffung der Fließbänder, wie sie in der Automobilindustrie propagiert und teilweise vollzogen wurde.

Ich will die Widersprüche des Diskurses über „Selbstbestimmung“ und „Autonomie in der Arbeit“ hier nicht weiter ausführen, aber bemerken, dass die Einbeziehung „des ganzen Menschen“ in die Überlegungen der Tarif- und Gesellschaftspolitik sich von ihrem Ausgangspunkt, der Kritik an tayloristischen Arbeitsmethoden, in eigenartiger Weise löste, um sich endlich zu einem zentralen Bestandteil neuer Sozialtechniken zu vergegenständlichen, der heute die Energie der „Netzwerke“ ausmacht, in denen sich moderne, selbstbestimmte „Arbeitskraftunternehmer“ bewegen.

Zweites Beispiel: 1984 war das Jahr, in dem die IG Metall und die IG Druck und Papier die Forderung nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchsetzen wollten. Beide Gewerkschaften entwickelten in diesem Zusammenhang Kampagnen, die auf eine Verallgemeinerung des Interesses an mehr Freizeit, weniger Stress und mehr Autonomie und Eigenverantwortlichkeit im Leben abzielten. Heute nur noch wenig vorstellbar, war damit eine gewerkschaftliche Tarifrunde zumindest offen für eine Gortz'sche Argumentation gegen „den Zwang zur Arbeit und zur Arbeitslosigkeit“.

Die Tarifrunden von 1984 endeten tatsächlich

mit der stufenweisen Verkürzung der Arbeitszeiten, wurden aber mit einem Kompromiss erkaufte, der den Unternehmern die Durchbrechung ihres „Tabukataloges“ mit der ungleichen Verteilung der Arbeitszeiten, dem, was man neoliberal „Flexibilisierung“ nennt, schmackhaft machte. Noch am Anfang des 20. Jahrhunderts ist dieser Deal aktuell, in Frankreich rankte sich bis vor kurzem eine regierungsamtliche Konzeption darum, und auch in der ostdeutschen Stahlindustrie wurde er Mitte des letzten Jahres abgeschlossen. Heute hat die Forderung nach „Arbeitszeitverkürzung“ viel von dem Glanz der 1980er Jahre verloren, sie taucht zwar immer wieder in den Programmen von Linksparteien und Sozialforen auf, die Mechanismen der „Flexibilisierung“ haben allerdings ein eigenständiges Potential entwickelt, das Verhandlungen und gewerkschaftliche Vermittlung weitgehend überflüssig macht, wie sowohl in dem für die IG Metall katastrophalen Resultat der Streiks in Sachsen und Brandenburg als auch in der Forderung nach der Verlängerung der Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst deutlich geworden ist.

Beides, das Schicksal der gewerkschaftlichen Kampagnen für eine „qualitative“ Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie für die 35-Stunden-Woche, machen deutlich, dass die angestrebten Reformen zwar eine, durchaus erfolgreiche „Vergesellschaftung“ von Gewerkschaftspolitik beinhalteten, gleichzeitig zu Motiven einer Reform der Arbeitsbeziehungen wurden, die für uns heute eher das Problem als die Lösung der „Organisationsfrage“ ausmachen. Dies wird an meinem dritten Beispiel deutlich. 1999 entwarfen die Gewerkschaften, die sich kurze Zeit später zu ver.di zusammenschließen sollten, ein „netzwerkartiges“ Projekt, mit dem Ziel, die Beschäftigten im boomenden IT-Sektor zu organisieren. Auch hierbei wurde, und wird, auf Elemente eines *Social Unionism* zurückgegriffen, dieses Mal allerdings nicht mehr in Form einer großen, gesellschaftlichen Werbeschlacht, sondern auf dezentrale Weise. Im Versuch, die Arbeitsbedingungen der Branche zu regulieren, oder zumindest bestimmte Mindeststandards zu etablieren, richtete u.a. das „Projekt“ connex-av (anonyme) Internetforen ein, in denen die Bedingungen in bestimmten Betrieben bzw. in der Branche ausgetauscht werden konnten, und introduzierte Methoden wie die Anti-Werbung (e-pay statt e-bay) und ähnliches. Abschließendes ist über dieses Projekt noch nicht zu sagen: es ist einerseits während des plötzlichen Niedergangs des IT-Sektors in den letzten Jahren zum Teil recht erfolgreich in der Absicherung minimaler sozialer Rechte für einen Teil der Beschäftigten gewesen. Andererseits markiert es eine rigorose Umformung gewerkschaftlicher Politik durch Marketingprinzipien. Wie in den anderen beiden

Beispielen, fällt somit die Bilanz widersprüchlich aus: Die dringlich gewordene Annäherung an die Figur des „Arbeitskraftunternehmers“ führt dazu, dass die gewerkschaftlichen „Projekte“, die damit befasst sind, diese Figur absorbieren und sich in ähnlicher Weise bewegen wie die Figur selbst.

IV

Zusammengefasst. Auch wenn in dieser Geschichte die Gewerkschaften wie Zauberlehrlinge erscheinen, die ein ums andere Mal die „emanzipatorische Formel“ gefunden zu haben scheinen, die sich ihnen gegenüber wieder und wieder selbständig macht: Es geht mir an dieser Stelle nicht um die Binsenweisheit, dass sich Revolten in Reformen transformieren lassen und am Ende zum Teil von sozialen Techniken werden. Das wäre in der Tat eine billige Zusammenfassung einer teuren Geschichte. Im Gegenteil: Keine der erwähnten Kämpfe sind vergebens gekämpft worden, und keine der Hoffnungen, die wir heute auf eine Erweiterung emanzipatorischen Denkens verschwenden, werden vergebens angefangen. Ihre Resultate sind, wenn nichts anderes, wichtige Erfahrungen, die aufgehoben und weiterentwickelt werden sollten.

Aber was bedeuten die hier skizzierten Erfahrungen für die Theorie eines Social Unionism? Zunächst ist es wichtig zu bemerken, dass die dargelegten Widersprüche nicht voluntaristisch aufgehoben werden können. Diese Erkenntnis spiegelt sich durchaus auch in Negris und Hardts Vorstellung, dass die sozialen Kämpfe den Verwertungsprozess sowohl „stimulieren“ als auch, am Ende, aufheben können. Es handelt sich demnach um einen Prozess, der weder einseitig noch eindeutig ist. Soziale Kämpfe tragen sowohl zur Produktion von Macht als auch, wenigstens potentiell, zur Emanzipation bei. Gerade in der Figur des „autonomen Arbeiters“ wird die Zwiespältigkeit deutlich, durch die sich die Vergesellschaftung der sozialen Kämpfe hindurch organisiert. Die Formen, in denen sich der „autonome Arbeiter“ politisch und sozial artikuliert, müssen diese Zwiespältigkeit nicht nur in Betracht ziehen, sondern auch notwendigerweise spiegeln. Die Gruppe, in der ich in Hamburg aktiv bin, hat das schwer zu lösende Problem, das daraus entsteht, in einem neuen Text in einer einfachen Frage zusammengefasst, ich zitiere: „Was heißt ‚Krankfeiern und Sabotage‘ für eine selbständige Ich-AgentIn? Wer stellt ihr den gelben Zettel aus, und wem gibt sie ihm dann?“ Und die Antwort darauf ist eigentlich wieder eine Frage, denn, Zitat: „wie zeitgemäße „Jobberstrukturen“ für das wachsende Heer der völlig disperaten JobberInnen, akademischen SelbstverwerterInnen, proletarischen Selbständigen aussehen können, ist völlig offen.“

Die Konzeption des Social Unionism will zwar nicht alle Rätsel dieser Welt erklären, aber auf die eben zitierte Frage hat sie doch eine ziemlich definitive Antwort. Es ist Watermans „autonome, internationale Netzwerkgewerkschaft“. Mir geht es mit dieser Antwort so, dass sie mir einerseits viel zu kurz und andererseits viel zu weit ist. Es kann schon sein, dass, wünscht man es sich nur doll genug, die „autonome Gewerkschaft“ an jeder Straßenecke auftaucht. Die Kämpfe der Kulturarbeiter in Frankreich, die Aktionen gegen Prekarisierung in Italien, vielleicht sogar so etwas vergleichsweise Tristes wie connex.av können als Figurationen des „neuen Subjektes“ gesehen werden. Dies ist vielleicht notwendiger Teil einer Sicht-barmachung und Selbsterkenntnis, aber meines Erachtens äußerst fragwürdig, wenn die Illusion erzeugt wird, die Konfiguration einer „autonomen Netzwerkgewerkschaft“ könnte unter Auslassung der Widersprüche stattfinden, in denen sich andere Formen von Organisation auch bewegen.

Der Gedanke an solche Widersprüche lag Marx weniger fern als dem traditionellen Marxismus: Die Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht linear. Und auch die sozialen Techniken, die diese Entwicklung entscheidend stimulieren, einschließlich der Techniken des Protests und der Organisation, gehen prinzipiell in die soziale Organisation der Gesellschaft selbst ein. Sie bleiben nicht unberührt, bis es irgendwann einmal zu dem Punkt kommt, an dem die Logik von Verwertung und Selbstverwertung durchbrochen wird. Arbeit ist, wie Michael Neary formuliert, in der Tat „keine einfache Kategorie“. Sie verändert ihre eigene Form durch den Verwertungsprozess hindurch. Deshalb kann es im Kapitalismus prinzipiell keine soziale Forderung geben, die eindeutig und ein für alle Mal „emanzipatorisch“ ist. Und ebenso wenig kann es so etwas wie ein stabiles historisches Subjekt geben. Die Kategorie „Arbeit“, die auch Waterman einführt, als wäre sie ein Subjekt, das sich aus der Struktur der kapitalistischen Vergesellschaftung ableiten lässt, aber zugleich „autonom“ handlungsfähig ist, ist in Wirklichkeit eine Kategorie voller Mucken und Spitzfindigkeiten. So fällt sie dem eigenen Tun, auch dem zunächst als „autonom“ anerkannten, als tote Arbeit auf die Füße.

Diese widersprüchliche Logik liegt auch der Ausdehnung des Verwertungsprozesses zugrunde, das, was wir als „Ökonomisierung“ aller Bereiche des sozialen Lebens bezeichnen. Es besteht kein Zweifel, dass diese Ökonomisierung vor den politischen Strukturen, die wir als unsere eigenen bezeichnen, nicht Halt macht und auch nicht vor der „autonomen Netzwerkgewerkschaft“ Halt machen wird. Diese Einschätzung ist wichtig, nicht weil daraus die

Notwendigkeit entsteht, neue Organisationen zu begründen, die „garantiert“ autonom sind, sondern weil sie den Begriff der „Autonomie“ selbst in der Mitte der Gesellschaft verortet und zu einer Angelegenheit macht, die umkämpft bleiben muss, auch in unseren eigenen politischen Strukturen. Jede und jeder von uns weiß aus eigener Erfahrung, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden ist, wenn beispielsweise „nicht-hierarchische“, oder „netzwerkartige“ Organisationsformen in der Wirklichkeit gelebt werden sollen.

Diese mit diesen Schwierigkeiten verbundene „Suchbewegung“ verläuft zunächst notwendigerweise pragmatisch, durch die konkreten Erfahrungen hindurch, die unter anderem mit neuen Formen gewerkschaftlicher Arbeit tatsächlich gemacht werden. Völlig einig bin ich mit Peter Waterman, dass es sehr wichtig ist, die kollektive Produktion von Wünschen nach „Autonomie“ und „Selbstorganisation“ in der Arbeit mit denjenigen zu verbinden, die die Frage nach der „Aneignung“ des gesellschaftlich Produzierten auf die Tagesordnung bringen. Um diese Verbindung zu ermöglichen, wäre es in der Tat ein erster wichtiger Schritt, wenn sich soziale Bewegungen nicht mehr als „unabhängig“ vom Verwertungsprozess begriffen, ebenso wenn Gewerkschaften diesen nicht mehr auf die „privilegierte“ Form der Lohnarbeit reduzierten. Allerdings ist es durchaus fraglich, ob die Organisationsform, die beides vermitteln kann, noch als „Union“, als Gewerkschaft, bezeichnet werden kann. Die Experimente mit *workers' centres* in den USA oder den *Sozialzentren* in Italien, die multinationale Vernetzung durch das web, aber auch Orte wie der BUKO, in denen sich (alte?) Betriebsarbeiter/innen mit (jungen?) Aktivist/innen treffen können, deuten vielleicht an, wie wir uns ein Bild von den emanzipatorischen Organisationsformen der Zukunft machen könnten. Ich bin völlig einverstanden mit Peter Watermans Forderung nach temporären und situativen Assoziationen, die dennoch eine widerstandsfähige nicht-hierarchische Struktur entwickeln: die Vorstellung gleicht eher der von vielen Räumen und Orten als der von einem Gewerkschaftshaus oder einer anderen „roten Burg“.

Das Problem, das ich mit Watermans Text habe, ist eher, dass er diese Wünsche immer noch vom Standpunkt der *sozialen Organisation der Arbeit* aus formuliert. Die Affirmation der Lohnarbeit, wie sie in den alten Organisationen der Arbeiterbewegung vorherrschend war, wird hier lediglich „in die Gesellschaft“ transformiert. Die Figur erlaubt zwar, auch Nicht-Lohnarbeiter/innen als „Teil der (oder wenigstens einer Art von) Klasse“ zu verorten. Zugleich dehnt sie aber den *Produktivismus* der alten

Arbeiterbewegung aus und verankert ihn fest in den neuen sozialen Bewegungen. In der Konsequenz bleibt sowohl die Auswertung von Erfahrungen, die es mit der „Autonomie der Arbeit“ in den letzten dreißig Jahren gibt, ebenso wie das Problem der Institutionalisierung und Verdinglichung von Konzeptionen eines *Social Unionism*, ein blinder Fleck in Watermans Text. Die Erklärung der Integration von Projekten (durch die „offizielle“ Gewerkschaftspolitik, durch den Staat u.s.w.) ist meistens, dass sie nur unzureichend durchgeführt oder „nicht alle Aspekte“ einer wahrhaft „autonomen Gewerkschaftspolitik“ berücksichtigt worden seien. Wenn jedoch der „autonome Netzwerker“ nicht nur eine Neuauflage der Figur des „Massenarbeiters“ und die „Netzwerkgesellschaft“ nicht nur im Sinne der Figur der „Fabrikgesellschaft“ verstanden werden soll – ja, dann ist es unumgänglich, die Widersprüche zu diskutieren, aus denen diese Figuren selbst entstanden sind, in die sie sich notwendiger Weise begeben und die zugleich die Grenzen bestimmen, innerhalb derer sie als „emanzipatorisch“ wirken können. Die Attraktion der Vorstellungen von einem *Social Unionism* besteht aus meiner Sicht gerade darin, dass sie das alte „produktive Subjekt“ auseinandernehmen. Die Sehnsucht danach, es neu und fest zusammzusetzen, entsteht vielleicht auch aus der Angst heraus, dass mit der Auflösung jegliche Vorstellung von Organisation abhanden kommt. Die begriffliche und politische Bindung der Konzeption eines *Social Unionism* an eine bestimmte Kategorie von Produzent/innen, die an strategischen Punkten angesiedelt seien, schließt jedoch eine ganze Welt von Möglichkeiten des Widerstandes und der Organisation von vornherein aus. Deshalb erscheint es mir gar nicht erstrebenswert, ein stabiles, homogenes und am Ende auch noch „produktives“ Subjekt zu konstruieren. In der Geschichte gab es schon zu viele von diesen „produktiven“ Subjekten, die später als Gespenst zurückgekehrt und die, nicht zuletzt, die sozialen Bewegungen tyrannisiert haben.

Referenzen:

- Peter Waterman, *Re-Conceptualising the World Working Class: A Matter of What and Who? Or Why and Wherefore?*, Manuskript, Amsterdam 2003
- Michael Neary, *Labour Moves: A Critique of the Concept of Social Movement Unionism*, aus: www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft, [2003].
- Gruppe Blauer Montag, *Die Wiederkehr der Wiederkehr der Proletarität*, erscheint in der nächsten Ausgabe von *analyse und kritik*, Hamburg.

Wolkenkuckucksheim der Linken

Über Aneignung und einige Schleichwege ins soziale Europa

*Grußadresse der Freundinnen & Freunde der
klassenlosen Gesellschaft an die Teilnehmenden des 27.
Buko im Mai 2004*

Was könnte man in diesen Zeiten Besseres tun, als das Ende der Bescheidenheit auszurufen und über Aneignung zu diskutieren? Immer wieder verpflichten sich Linke mit dem monotonen Hinweis auf die ungünstigen Kräfteverhältnisse zum Backen kleiner Brötchen: Antifaschistisch gestimmt das Schlimmste verhindern wollen und dabei der Demokratie in die Arme laufen, die abgetakelten Gewerkschaften verteidigen, nach Feierabend noch geschwind ein paar „Diskurse verschieben“. Das Reden über Aneignung dagegen erinnert an den verrückten Zustand, daß der aufgehäufte Reichtum nicht zu unserem allseitigen Vergnügen da ist, wie es sich gehört, sondern umgekehrt wir als eigentumslose Klasse zur Produktion von Kapital verflucht sind, um uns in den Besitz einiger popeliger Lebensmittel zu bringen. Die viel geschmähte und selten kritisierte Arbeiterbewegung hatte sich daher, bevor sie sozialdemokratisch auf den Hund kam, die Expropriation der Expropriateure auf die Fahnen geschrieben. Auch heute gilt es, dem Kapital – ob Aktiengesellschaft oder Privateigentümer ist egal – die Produktionsmittel wegzunehmen. Aneignung müßte aber zugleich das Programm der etatistischen Arbeiterbewegung hinter sich lassen, deren Sozialismus bloß die Fortsetzung des Kapitalverhältnisses mit staatlichen Mitteln war. Das Ende der Bescheidenheit kann nur heißen, die Überwindung der Warenproduktion, also der Lohnarbeit und des Geldes, und ihres bewaffneten Hüters respektive Organisators, des Staates, anzustreben – selbstverständlich nicht als Sofortprogramm, aber als Richtschnur, um über Praxis hier und jetzt überhaupt vernünftig reden zu können. Dann weiß man immerhin, wovon man meilenweit entfernt ist.

Postmoderne und Langeweile

Die derzeit ausufernde Diskussion um Aneignung bewegt sich nur selten in diese Richtung, etwa wenn das Verhältnis besetzter Fabriken in Argentinien zur breiteren Bewegung untersucht wird, die allein ihnen das Schicksal der Selbstverwaltung der Misere

ersparen könnte, oder darüber debattiert wird, daß die populären Umsonst-Kampagnen zwar potentiell eine Kritik der Warenform enthalten, aber zwangsläufig in die Zirkulationssphäre gebannt bleiben. Ansonsten aber wird der Begriff der Aneignung jeglichen Gehalts beraubt, weil sich nahezu jede offenbar irgend etwas aneignet. So wird nicht nur die von den desaströsen Verhältnissen erzwungene Migration als Akt der Aneignung dargestellt. Auch eine linke Konferenz wie der Buko ist bereits Aneignung, während sich andere den öffentlichen Raum zum Tischtennispielen oder Biertrinken aneignen, wie die vollends in der Postmoderne angekommene Zeitschrift Arranca berichtet. Statt die Kritik des Alltagslebens voranzutreiben, werden beliebige Freizeitaktivitäten zur offensiven Praxis aufgeblasen. Was vermutlich gerade „spannend“, weil vielfältig und lebensnah, sein soll, verbreitet in seiner buchstäblichen Gleichgültigkeit am Ende nur Langeweile. Auch wo nicht von „Mikropolitiken“, „Singularitäten“ und „Multitudes“ schwadroniert wird, scheint die Postmoderne die spontane Ideologie einer Linken zu sein, die nicht mehr von der universellen Klasse sprechen mag und schon gar nicht von der Revolution. Kein Wunder, daß sie sich Intellektuelle zu ihren Vorzeige-Theoretikern wählt, die entweder vor „abstrakter Revolutionsmetaphysik“ (Joachim Hirsch) warnen, oder aber die Revolution kurzerhand überflüssig finden: „Wir leben schon im Kommunismus.“ (Toni Negri)

Wir basteln uns einen Sozialstaat

Die Star-Theoretiker der Linken könnten gegensätzlicher nicht erscheinen. Auf der einen Seite steht der „radikale Reformismus“ eines Hirsch, der die Menschen nur als Opfer von „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ wahrnimmt, auf der anderen der Post-Operaist Negri, dessen Triumphalismus schier grenzenlos ist und im Delirium mündet. Hier ein dröger Politologen-Marxismus, dort überschäumende Lyrik über die „Multitude“. Doch in trauter Eintracht arbeiten sie am Brückenschlag zwischen Bewegungen und Staat, wo dieser nicht ohnehin längst erfolgt ist, indem sie die politische Flankierung der Ausbeutungsverhältnisse mitgestalten wollen. So wird der Aneignungsbegriff von Negri und Hirsch auf ein neues Sozialstaatsmodell hingebogen. Daß der Sozialstaat in seiner bisherigen Form nicht zu retten ist und ohnehin nicht das Schlaraffenland war, ist links von den Gewerkschaften inzwischen ein Gemeinplatz, der jedoch nur als Einladung verstanden wird, ein Nachfolgeprojekt auszubrüten.

Radikale Rhetorik und konformistischer Gehalt gehen dabei eine merkwürdige Verbindung ein. So

kündigt Hirsch zunächst an, „den traditionellen Staatsreformismus überschreiten“ und sich „über eine grundsätzlich andere Einrichtung der Gesellschaft“ Gedanken machen zu wollen, gar das „Denken in den Kategorien der ‚Waren- und Arbeitsgesellschaft‘“ hinter sich zu lassen. Das Resultat dieser gemeinsamen Bemühungen mit der Arbeitsgruppe Linksnetz entpuppt sich dann als minutiöses Konzept für eine steuerfinanzierte „soziale Infrastruktur“. Nachdem man jahrzehntlang an materialistischer Staatstheorie gearbeitet hat, schreibt man nun weitschweifige Konzepte für eine Regierung, die nie danach gefragt hat, weil sie um die vollständige Nutzlosigkeit solcher Elaborate weiß. „Lohnarbeit wird es nach wie vor geben“, erläutert man nach Verabschiedung der „Waren- und Arbeitsgesellschaft“, aber sie wird „vernünftiger und menschlichere Formen annehmen“. Die gute Nachricht: „Eine Re-Regulierung der Weltwirtschaft steht angesichts ihrer immer deutlicher werdenden Krisenhaftigkeit ohnehin auf der Tagesordnung“, erläutert Hirsch in der Arranca seine „neue Politik des Sozialen“, und „größere Wirtschaftsräume wie z.B. die Europäische Union“ sind „durchaus in der Lage, eigene Wege zu gehen.“

Was hier noch vorsichtig angedeutet wird, posaunen Negri und sein Mitstreiter Hardt laut heraus. Nachdem sie „die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein“ entdeckt haben, wittern sie nun Morgenluft für einen europäischen Gegen-Block zum Unilateralismus der USA, in den sich die sozialen Bewegungen einbringen sollen: „Für die Gesellschaft in Europa ist, ... auch die aktuelle Verfassungsdebatte zeigt das, Solidarität eine im Alltagsverstand verankerte politische Selbstverständlichkeit, die im Gegensatz zum radikalen Neoliberalismus der Pläne für ein amerikanisches Empire steht. In der biopolitischen Kooperation in Europa finden ferner Qualitäten und Werte ihren Ausdruck, die dem Anspruch, die Gesellschaft monokratisch zu regieren, opponieren.“ Nachdem bereits die Friedensbewegung des letzten Jahres, die auch der Buko unkritisch als Hoffnungsschimmer deutet, dem europäischen Projekt zum gewünschten moralischen Surplus verholfen hat, soll nun der Widerstand gegen die immer mieseren Arbeitsverhältnisse der Fata Morgana des „sozialen Europa“ hinterher hecheln.

Dieser unverfrorene Vorschlag kommt nicht allzu überraschend, da die Forderungen von Negri und Hardt generell den Boden der kapitalistischen Rationalität nicht verlassen. Schließlich muß man in der Post-moderne immanent bleiben und entdeckt die Ontologie als neue Methode um sich mit den Fortschritten des Kapitalismus zu versöhnen. Die neue Gestalt des Kapitalismus, die durch

Kommunikation und Kooperation das alte fordistische Modell abgelöst habe, weist bereits den Weg in die gemeinschaftliche Produktion des Seins - was die postmoderne Terminologie für Kommunismus als Lebensphilosophie ist. Gleichzeitig fassen Negri/Hardt den politischen Gehalt ihres Werkes noch einmal in der Forderung des Rechts auf Weltbürgerschaft, sozialen Lohn und Wiederaneignung zusammen. Spätestens hier werden die Parallelen zum radikalen Reformismus à la Hirsch offensichtlich. Schließlich handelt es sich absichtsvoll um Forderungen, die vermeintlich nur die rechtliche Anerkennung eines bereits existierenden ökonomischen Verhältnisse einklagen wollen. Kommunismus wird damit zu einer Suche nach Gemeinsamkeiten im Hier und Jetzt, die das Bestehende nicht negieren, sondern produktiv sein will. Die Multitude ist eine konstruktive Kraft. Wenn der starke Arm der Multitude es will, stehen die Räder/Kommunikationsnetze nie mehr still.

Aneignung, so verstanden, ist alles andere als der Fluchtpunkt, der aus den Staatsbürgerphantasien vom Existenzgeld herausführen könnte: „Linksradikale Kämpfe um Aneignungsweisen können auch dort ansetzen, wo eine linksliberale Öffentlichkeit schon längst nicht mehr interveniert: bei einem sozialen Leben jenseits der Arbeitskraftverwertung und, als dessen politische Voraussetzung, bei der Verankerung sozialer Rechte, kurz: bei der Entkopplung von Lohnarbeit und Existenzsicherung im Sinne eines arbeitszwangsfreien Existenzgeldes.“ (Arranca) Das klingt natürlich viel konkreter und realistischer als die Überwindung der Warenproduktion. Dabei sein ist alles, wenn es darum geht „linksradikale Politik als legitimen Teil eines sich formierenden, breiteren gesellschaftlichen Widerstands zu präsentieren.“ (Arranca) Die Legitimation erfolgt durch die Beteiligung an einer windschiefen Diskussion, in der die Fehlinterpretation des alten Sozialstaates der Illusion über den neuen den Weg bereitet: Wann hat jemals eine linksliberale Öffentlichkeit die Arbeitskraftverwertung angekratzt? Und wieso sollte der Staat ein Recht auf Faulheit verankern, wenn die ihm zugrundeliegende Produktionsweise das glatte Gegenteil zur Voraussetzung hat? Solange Linken angesichts der gegenwärtigen Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen nichts Besseres einfällt, als vom nun aber wirklich sozialen Staat zu träumen, sollten sie wenigstens nicht das Ende der Bescheidenheit ausrufen.

Information teilen - freier Zugang statt Datenvermarktung

Selbstbestimmte Aneignung von Technologie und Informationen und deren Einsatz für emanzipatorische Bewegungen

von lotec

Digitalisierung und globale Vernetzung - der PC und das Internet - ermöglichen den Zugang zu einem wachsenden Schatz an freien Informationen. Menschen teilen bereitwillig das Wissen, das sie produzieren, mit dem höchst egoistischen Motiv, sich gegenseitig bereichern zu wollen. Der uneingeschränkte Austausch von Ideen eröffnet immer neue Perspektiven und beschleunigt Innovationen. Demgegenüber stehen Konzerne, für die Kultur und Information nichts als Ware sind, deren bedingungslose Vermarktung sie optimieren wollen. Dieser Artikel zeigt die Chancen des freien Zugangs zu Informationen. Er weist auf die Probleme hin, die entstehen, wenn digitalisierbare Informationen ihrer eigentlichen Merkmale (sie sind im Überfluss vorhanden und frei verfügbar) beraubt werden müssen, um möglichst hohe Gewinne abzuwerfen.

Zur Zeit findet in Berlin die dritte „Wizards of OS“-Konferenz statt, die sich unter dem Titel „Der Planet des freien Wissens“ mit freier Software und dem Austausch von Informationen auseinandersetzt. Am Freitag abend wurde auf dem WOS offiziell die freie Lizenz von Creative Commons in Deutschland gestartet. (Artikel bei heise.de) - siehe auch: Free Society: Von der Utopie zum Alltag

Spätkapitalismus der Zukunft: Von der materiellen Ware zur Information als Ware ?

Der technische Fortschritt wirkt sich auf die Art der Warenproduktion und die bestehenden Märkte aus. Noch mehr Wachstum ist durch Knappheit materieller Ressourcen limitiert. Konkurrierende Produkte sind kaum noch unterscheidbar. Gewinnmargen bei der Produktion von materiellen Gütern sinken.

Neue profitable Märkte sollen wieder für Wachstum sorgen: Anleger setzen große Hoffnung auf den immateriellen Sektor – dort wird investiert und der Boden für optimale Vermarktung bereitet. „Content is King“ -Ideologie des „New Economy“ Hypes bei den Konzernen. „Informationsgesellschaft“ als staatliches Leitmotiv auf Seiten der Regierungen. Internationale Handelsabkommen sollen ein weltweite Umsetzung dieser erweiterten Form der

Marktideologie ermöglichen / beschleunigen. (zB WTO/TRIPS)

Dieser Wandel ist weltweit gekennzeichnet durch:

1. Umbau der Unternehmensstrategien: Investitionen in Märkte für Dienstleistungen & immaterielle Güter (Medien, Rechte) statt nur Produktion von Waren
2. Neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen: Privatisierung von bis dato öffentlichen Gütern. Beispiel hier: Bildung, Wissen, Kultur, Kunst. Diese Sektoren müssen zu Märkten umgewandelt werden.
3. Inwertsetzung von bisher nicht warenförmigen Gütern: Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen (zB bei Public-Private-Partnerships) Unternehmen investieren in Forschung, können aber nur dann aus den gewonnenen Erkenntnissen Profit ziehen, wenn Forschungsergebnisse nicht mehr allen kostenlos zur Verfügung stehen.
4. Deregulierung, Dominanz internationaler Abkommen über lokale Regelungen, erschreckender Mangel an demokratischer Kontrolle. Gesetzesinitiativen werden zentral, zB in Brüssel, zwischen Konzernvertretern und Bürokraten abgestimmt und lokal einfach nur noch umgesetzt.

Beispiel:

EU-Richtlinie zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum - auf Wunsch der Rechte-Industrie durch das europäische Parlament gebracht von Frau MdEP Janelly Fourtou, die Ehefrau des Vorsitzenden des französischen Medienkonzerns Vivendi, Jean-Rene Fourtou.

Inhaber und Verwerter von Urheber-, Patent- oder Markenrechten können ohne die Einleitung umständlicher Strafverfahren umfassende Auskünfte über Bürger einholen, die sich des Verstoßes an ihrem „geistigen Eigentum“ verdächtig gemacht haben. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von PCs, sowie die systematische Rasterfahndung gegen „Piraten“ werden ermöglicht.

Europa macht Weg frei für E-Slavery:

<http://de.indymedia.org/2004/03/76721.shtml>

Copyright-Krieg in der EU:

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/copy/16931/1.html>

Über das Wesen der Information

„If you have an apple and I have an apple and we exchange these apples then you and I will still each have one apple. But if you have an idea and I have an idea and we exchange these ideas, then each of us will have two ideas.“

-- George Bernard Shaw

Information (digitalisiert) lässt sich ihrem Wesen nach verlustfrei vervielfältigen. Ihre Qualität nimmt dabei nicht ab. Der Nutzen, den sie stiften kann, wächst mit der Anzahl der Kopien. Frei verfügbare und nutzbare Information kann also einen enormen Nutzen stiften. Digitale Informationen sind dabei aber auch mehr als trockene Fakten oder technisches Know-How. Eine Form dieses multiplizierbaren Nutzens ist zB der Genuss beim Hören eines Musikstücks. Auch wenn 100.000 andere Menschen das gleiche Stück hören und genießen können, schmälert das meinen Genuss daran nicht, eher im Gegenteil.

In der Digitalisierung und Vernetzung liegt bei freiem Austausch also ein großes Potential, die Lebensqualität vieler Menschen zu verbessern. Soweit so schön.

(Dabei ist aber nicht zu vergessen, dass noch viele Menschen weltweit darunter leiden, dass ihnen elementare **materielle** Güter vorenthalten werden.)

Das Problem liegt jetzt auf Seiten derer, die mit Informationen unbedingt Geld verdienen wollen:

Bei Überfluss und freier Verfügbarkeit >> keine Knappheit >> kein Anreiz Geld dafür auszugeben >> kein Verkauf >> kein Profit.

Da Informationen ihrem Wesen nach frei verfügbar sind, muss mit allen Mitteln eine **künstliche Verknappung** herbeigeführt werden.

Das physikalische Wesen von Informationen lässt sich zwar nicht ändern, wohl aber die Art, wie innerhalb von Gesellschaften im Rahmen der gängigen Kulturtechniken mit Information umgegangen wird. Hier setzen die kapitalistischen Verwerter den Hebel an und versuchen auf vielen Ebenen das Paradigma von Information und wie damit umgegangen wird im Sinne ihrer Vermarktungsstrategien zu verändern:

- Wer fordert, dass Wissen, zB über Krankheiten und Heilmittel, zum Teil entstanden an öffentlichen Forschungseinrichtungen, zum Wohle aller, Forschern und den Betroffenen zur Verfügung stehen soll, gefährdet ab jetzt wichtige Arbeitsplätze in der für jede Nation ja so wichtigen Hightech-Industrie.
- Wer Audio-Aufnahmen, die er liebt, mit Freunden teilt, ist nicht mehr Musikenthusiast, sondern "Pirat" und bestiehlt angeblich Musiker.

Dass die erstellten Kopien nirgendwo fehlen, hindert die Rechte-Inhaber nicht daran, polemisch von den Schäden in 2-stelliger Milliardenhöhe zu faseln, die durch skrupellose Raub(!)-kopierer entstünden.

- Wer seine teuer bezahlte Musik-CD nicht auf dem eigenen Computer oder im Autoradio abspielen kann, und die Songs nicht auf den eigens dafür angeschafften mp3-Spieler kopieren darf, hat einfach noch nicht begriffen, dass : *“Der Diebstahl geistigen Eigentums die größte Bedrohung für eine vielfältige und lebendige Kulturwirtschaft ist“* und wir deshalb alle Opfer bringen müssen. (DRM = Digital Restriction Management) Zitat: Gerd Gebhardt, Vorsitzender der deutschen Phonoverbände IFPI

Maßnahmen, die die freie Verfügbarkeit von Informationen einschränken sollen:

- technische Einschränkungen (...lassen sich am besten durchsetzen, wenn man als Anbieter eine marktbeherrschende Quasi-Monopolstellung hat. Sie helfen gleichzeitig dabei, das entsprechende Marktsegment abzuschotten und das eigene Monopol/Kartell zu verteidigen.)
- nicht-offene Standards / Formate binden Inhalte an bestimmte Abspielgeräte. Konkurrenten erhalten nur gegen Lizenzzahlung Zugang. Alternative / Kritische Inhalte bleiben ganz draußen:
 - o TV-Set-Top-Boxen: Leo Kirchs premiere d-box vs. MHP als offener Standard
 - o Digitale Audio- & Videoformate:
 - o Lizenz- und DRM-behaftete Formate: mp3, wmf, real-media, asf vs. freie Audio & Video Codecs, zB <http://www.vorbis.org>
- Funktion von Geräten und Programmen wird künstlich beschränkt
 - o Digitale Audio-Player spielen nur bestimmte "sichere" Formate ab, obwohl sie auch freie Formate spielen könnten.
 - o Kopierprogramme weigern sich bestimmte Medien zu kopieren, obwohl Kopien technisch möglich wären.
- Kopierschutzmechanismen auf Medien Inhalte, die auf DVDs oder CDs ausgeliefert werden, sollen möglichst nicht mehr kopierbar sein.
- **Einschränkungen per Gesetz**
Um ihre Vermarktungsabsichten durchzusetzen haben die Rechteinhaber viele Gesetze ändern lassen, bzw. an der Schaffung neuer Rechtsnormen

aktiv mitgearbeitet. Ein wichtiges Ziel dabei war die Etablierung des Begriffs „Geistiges Eigentum“, der suggerieren soll, man könne an geistigen Leistungen wie zB Ideen oder Liedern ein rechtmäßiges „Eigentum“ erwerben.

Dieses „Eigentum“ sehen sie nun durch bisher gängige Kulturtechniken, wie die Weitergabe von Wissen und das private Teilen von Musik, gefährdet. Deswegen müssen neue Gesetze her, um den „Raub“ an ihrem „Eigentum“ zu unterbinden.

Harte Strafen müssen nachhaltig abschrecken, da bei vielen NutzerInnen von Informationen logischerweise jegliches Unrechtsbewußtsein fehlt. Der vermeintliche Schaden entsteht ja auch nur nach der abstrusen Konstruktion, dass der „Eigentümer“ durch die Nutzung der Informationen, die ihm „gehören“, geschädigt wird.

Mit „Geistigem Eigentum“ ist in Wirklichkeit ein immaterielles Monopolrecht gemeint. http://de.wikipedia.org/wiki/Immaterielle_Monopolrechte

Rechtsnormen, die die Nutzung von Informationen einschränken sollen:

• Patentrecht / Lizenzrecht

Immer mehr gilt als patentierbar: technische Verfahren, Algorithmen, biologische Organismen, Ideen, Konzepte...

Es wird von den Rechteinhabern bedingungslos genutzt, um aus den Informatoren, die sie in ihren „Besitz“ gebracht haben, den maximalen Gewinn zu schlagen.

- Patente auf Medikamente zB gegen AIDS <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/copy/11955/1.html>
- Nap Hal Weizen, Monsanto <http://www.greenpeace.org/deutschland/?page=deutschland/fakten/gentechnik/patente/monsanto-und-weizen—diebstahl-per-patent>

Patente sind auch eine scharfe Waffe, wenn es um das Ausschalten unliebsamer Konkurrenz geht. Da auch sehr grundlegende Verfahren patentiert werden („Übersetzung zwischen zwei Objekten“) ist es leicht, anderen Unternehmen oder Gruppen ein Patentverletzung zu unterstellen und mit Schadensersatzforderungen für einen enormen Streitwert zu sorgen. Großkonzerne unterhalten dafür Lizenzrechtsabteilungen mit Hunderten von Anwälten. Kleineren Unternehmen oder Organisationen bleibt da meist nur der Rückzug, selbst wenn sie zu Unrecht Angeklagt sind, ihnen fehlen die Mittel dies zu beweisen. Beispiel für abstruse Softwarepatente: <http://swpat.ffii.org/patente/muster/index.de.html>

Großkonzerne schließen im Rahmen von sog. Patentaustauschabkommen jeweils untereinander Nichtangriffspakte, in denen sie sich gegenseitig freien Zugang zum eigenen Patentschatz gewähren. Sie profitieren als einzige von der um sich greifenden Patentierbarkeit, indem sie ihre Märkte abschotten und die Gewinne unter sich aufteilen können.

• Urheberrecht

Sollte eigentlich AutorInnen vor gewerblichen Plagiaten schützen.

Keine Autorenleistung (Text, Melodie, Film) ist ohne den kulturellen Kontext denkbar, aus dem sich die Autorin frei bedienen kann. (zB Sprache, Tonleitern, visuelle Codes...)

Ein schöpferisches Werk ist also nie eine 100%ige Eigenleistung, sondern fußt immer auf den Errungenschaften anderer SchöpferInnen. Deswegen galt es bisher als selbstverständlich, dass ein Werk auch wieder Teil des gesamten kulturellen Erbes wird, und andere es konsumieren, kommentieren oder zitieren dürfen und sich dadurch ihrerseits zu eigenen Werken anregen lassen. Das Geben und Nehmen von Inhalten ist traditionelle Kulturtechnik. Öffentliche Bibliotheken, wo Menschen sich unentgeltlich Bücher zum Lesen oder CDs zum Hören ausleihen können, sind ein Ort, wo diese Kultur noch gepflegt wird.

Des Urheberrecht sollte Autoren die Möglichkeit geben, von ihren Werken zu leben. Eine unerlaubte kommerzielle Verwertung wurde für einen bestimmten Zeitraum ausgeschlossen. Dabei ging es aber immer um eine Balance zwischen den Interessen der KünstlerInnen und denen des öffentlichen Kulturbetriebs. Heute dient das Urheberrecht nicht mehr den KünstlerInnen, sondern den Rechteinhabern, die den Künstlern die Rechte an ihren Werken pauschal abkaufen, um sie dann auf den Märkten für Musik, Bücher oder Film mit dem Ziel zu verwerten, dabei möglichst viel Geld zu verdienen. Kulturelle Aspekte oder das Interesse der Öffentlichkeit, freien Zugang zu den Werken zu haben, sind für sie unerheblich, da sich solche Anliegen nicht zu Geld machen lassen. Sie sind „Eigentümer“ der Werke, und wer sie nutzen möchte, soll möglichst jedes mal dafür zahlen. Auch hier geht es wieder darum, gängige Kulturpraxen in der öffentlichen Meinung so umzudeuten, dass der optimalen Vermarktung nichts mehr im Wege steht. Nicht-kommerzielle private Kopien sollen technisch unmöglich gemacht werden, und Menschen, die Kopien von verwertbaren Werken anfertigen, werden zu „Räubern & Piraten“, die die Gesellschaft schädigen und Arbeitsplätze vernichten.

Hausdurchsuchungen, Razzien, Gefängnisstrafen für die Weitergabe von urheberrechtlich geschützten Daten: längst keine Orwellsche Fiktion mehr, sondern tägliche Realität. Da das bei vielen (mangels Unrechtsbewußtsein) etwas Befremden auslöst, muss mit Propagandamaschinerie auf Hochtouren gebracht werden: „Raubkopierer SIND Verbrecher!“ <http://www.hartabergerecht.de>

Repression, Datenschutz, Demokratie

Im Zeitalter vom DSL-Übertragungsraten und Kopien per DVD-Brenner ist es relativ schwierig, die freie Verbreitung von Informationen zu verhindern. Eine Verbreitung, die nicht im Sinne der Rechte-Verwerter ist, lässt sich nur durch eine allumfassende Kontrolle jeder Form der Mediennutzung erreichen. Dabei muss tief in die Privatsphäre der NutzerInnen eingegriffen werden.

Auf der technischen Seite geschieht das zum einen, indem Inhalte so kodiert werden, dass der Nutzer z.B. eines gekauften Liedes jederzeit eindeutig persönlich identifizierbar bleibt.

Wird der Song an jemand anderen weitergegeben, oder auch nur auf ein anderes Abspielgerät übertragen, lässt er sich nicht mehr abspielen. Da sich aus dem (im Song versteckten) Wasserzeichen der Käufer, der mit der unerlaubten Weitergabe zum Straftäter geworden ist, ermitteln lässt, können die Rechte-Inhaber sogleich die Strafverfolgung einleiten. Musik und Filme wird man möglicherweise bald nicht mehr anonym kaufen können. Forensisches Wasserzeichen verhindert Raubkopien: <http://derstandard.at/?id=1632107>

Kommerzielle Abspielsoftware und besonders das Windows-Betriebssystem von Microsoft werden so weiterentwickelt, dass eine umfassende Kontrolle des Verhaltens der Nutzer ermöglicht wird.

Beispiel: Wie viel Prozent der Windows BenutzerInnen haben wohl im Sommer 2002 beim Installieren eines der vielen Sicherheits-Updates für den Windows-Mediaplayer bemerkt, dass sie mit dem Lizenzvertrag für das Update gleichzeitig Microsoft das Recht einräumen, jederzeit automatisch neue DRM Software auf ihren Rechnern einzuspielen, wenn dies dem Schutz von Urheberrechten dient.

DRM (Digital Rights Management) (eigentlich besser Digital Restriction Management) soll dafür sorgen, dass ComputernutzerInnen Daten wirklich

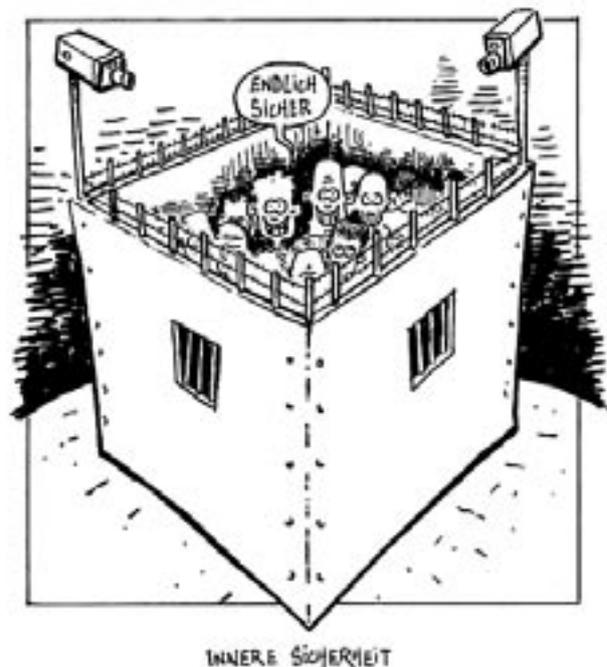
nur noch so nutzen können, wie das die Rechte-„Inhaber“ vorgesehen haben.

Man kauft eine DVD und bezahlt zB für 2x Anschauen. DRM stellt dann sicher, dass spätestens beim 3. Abspielen der Bildschirm schwarz bleibt. Erst wenn man noch mal Geld überweist, läuft der Film noch mal.

Eines der vielen Problem dabei ist, dass bei vielen kommerziellen Geschäftsmodellen die Nutzungsrechte in zentralen Datenbanken verwaltet werden, ohne dass die Identität der NutzerInnen anonymisiert wird. Eine zentrale Datennutzungs-Abrechnungsstelle wüsste also immer, wer wann welche Musik hört, welche Computerprogramme nutzt oder wer welche Filme mag.

DRM ist Zensur-Technologie

Wirklich bedrohlich für die Demokratie wird die immer weiter vorangetriebene Verknüpfung von sog. „Sicherheit“ und dem Bestreben der Konzerne,



jede Form der Datennutzung, die nicht in ihrem Sinne ist, zu unterbinden.

Mithilfe einer Technologie, die unter dem Namen TCPA (Trusted Computing Platform Alliance) eingeführt wurde, soll der Computer zu einer „sicheren“ Plattform werden. Sicher für die Rechte-Inhaber, die

dann nämlich sicher sein können, dass die Computer nur noch das mit „ihren“ Daten machen, was sie zulassen.

Die nächste Windows-Version (Longhorn ab 2006) wird dazu 2 Modi bieten, einen „Sicheren“ und einen „Unsicheren“. Außerdem wird mithilfe eines neuen Chips auf den Computerhauptplatinen jeder PC **eindeutig identifizierbar** sein. Urheberrechtlich geschützte Programme und Inhalte wie Filme und Musik werden nur noch im „Sicheren“ Modus des PC laufen, und schon bei der Auslieferung über die eindeutige PC-Nummer fest an dieses Gerät gebunden. „Raub“kopien sollen damit technisch unmöglich werden.

„Unsichere“ - also nicht von einer zentralen Stelle als „legal“ befundene Software und nicht signierte Inhalte - werden die Geräte nicht mehr im „sicheren“ Modus abspielen. Wie lange es den „Unsicheren“ Modus noch geben wird, bzw. ob Benutzer bereit sind, für das Ansehen von Inhalten, die nicht von zentraler Stelle als „legal“ und „sicher“ abgesegnet sind, ihre Rechner jedesmal in einen anderen Betriebszustand zu versetzen, ist fraglich.

Bisher ist völlig unklar, wer diese „Sicherheits“-Signaturen zu welchen Bedingungen vergeben soll, und z.B. wie viel sie kosten sollen.

Wer immer diese Funktion übernimmt, entscheidet darüber, welche Inhalte auf „sicheren“ Endgeräten wiedergegeben werden können, und welche außen vor bleiben. Unerwünschte Inhalte bekommen einfach keine Signatur und werden von den Endgeräten dann genauso behandelt wie Viren oder „Raubkopien“.

Ein weiteres großes Problem für die Demokratie sind die umfangreichen **Lobby-Aktivitäten** der Rechte-Verwerter. Medien-Großkonzerne wie zB Bertelsmann beschäftigen Heerscharen von Rechtsanwälten und Medien-„Experten“. Sie betreiben eigene Institute, die in ihrem Sinne forschen und veröffentlichen. Darüber hinaus sind sie sehr attraktive Kooperationspartner für Politiker, Parteien und Verbände. Über ihre Zeitungen und TV- und Radiostationen haben sie direkten Einfluss auf die öffentliche Meinung. Das perfekte Zusammenspiel von Medienmacht und Politik lässt sich in Berlusconi Italien beobachten, ebenso wie die verheerenden Auswirkungen auf Demokratie und Rechtsstaat.

Warum Informations-Technologie für progressive Politik wichtig ist?

Mehr & gleicherer Zugang, weniger Überwachung

Ohne gleichen Zugang zu Informationen keine gleichen Rechte.

Über mehr Information als andere besser verfügen zu können wird immer mehr zur Grundlage von Herrschaftsverhältnissen.

Es herrschen nicht mehr nur die „Starken“ über die „Schwachen“. Ein Wissensvorsprung und das geschickte Steuern von Informationsflüssen sind Möglichkeiten, eine Position rücksichtslos auf Kosten anderer durchzusetzen. Das gilt im globalen Maßstab genauso wie in persönlichen Beziehungen zwischen Menschen. Informationshierarchien abzubauen heißt Herrschaft entgegenzuwirken.

Ohne Kontrolle über meine Daten keine Freiheit. Informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz

Ein deutliches Kennzeichen repressiver Systeme ist die Auflösung des persönlichen Schutzraums, der Privatsphäre, die **nicht** durch staatliche oder privatwirtschaftliche Kontrollinstanzen überwacht wird. Nur in überwachungsfreien Räumen ist es Menschen möglich, sich ungezwungen zu entfalten und frei und unbeeinflusst allein oder gemeinsam über sich selbst und die Gesellschaft zu reflektieren. Nur ein freier unkontrollierter Austausch solcher Ideen und Positionen macht die kritische Teilnahme an den gemeinschaftlichen Prozessen möglich, ohne die gesellschaftlicher Fortschritt undenkbar wäre. Wer stets fürchten muss, dass all seine elektronische Kommunikation und sein Medien-Nutzungsverhalten überwacht und ausgewertet wird, gerät gegenüber dem herrschenden System in die Defensive, schränkt sein Verhalten ein, um bloß nicht aufzufallen, selbst wenn es gar keine direkten Sanktionen zu befürchten gibt.

Praxen der Aneignung

In den unterschiedlichsten selbst organisierten Prozessen ist es jenseits des Marktes möglich, sich den Umgang mit den teilweise komplexen Werkzeugen der Wissensgesellschaft anzueignen und sie produktiv zu nutzen.

Einige Ziele könnten sein:

- Aufbau einer fairen, alternativen Wissens und Informationskultur (statt einer kapitalistischen „Informationskonsumgesellschaft“)
- Informationen teilen und ihrer kapitalistischen Verwertung aktiv entgegenzutreten
- Auf die Gefahren hinweisen, die entstehen, wenn man die Macht über Informationen und die Werkzeuge zu ihrer Verbreitung denen überlässt, deren einziges Ziel es ist, damit möglichst viel Geld zu verdienen. (Privatfernsehen..)
- Bewusstsein schaffen für das emanzipatorische

Potential von freiem Informationsaustausch und gleichberechtigtem Zugang

- Techniken der Informations"beherrschung" lernen und lehren (Empowerment)
- gängige Formen der "Wissensvermittlung" kritisch hinterfragen (wer soll/darf was wie lernen?)
- Selbstbestimmte, nicht-hierarchische, dezentrale, horizontale Informations-Netze aufbauen
- Über die Gefahren von um sich greifender Überwachung aufmerksam machen und offenlegen, wie die NutzerInnen von den kommerziellen Anbietern von Informationen zukünftig gegängelt werden

Erfolg durch Teilen von Informationen

Ansätze, die das paradoxe, perverse Paradigma von der „Information als Ware“ ignorieren, bzw. ihr bewusst das Ziel der frei verfügbaren, beliebig reproduzierbaren Information entgegensetzen, waren in letzter Zeit überraschend erfolgreich.

• Die GNU/Linux und OpenSource Software Bewegung

Anstatt jeder für sich an neuen Programmen zu arbeiten und dann auf dem Markt gegeneinander in Konkurrenz zu treten, entwickeln Menschen gemeinsam bessere Programme, die dann jeder frei nutzen darf. Software ist kein Produkt mehr, das in Pappkartons verkauft wird, sondern wird Teil eines weltweiten frei verfügbaren Wissensschatzes, aus dem sich alle, denen die so erstellte Software nutzt, bedienen können. Immer jedoch unter der wichtigen Bedingung, dass sie Verbesserungen, die sie selbst hinzufügen, wieder der Allgemeinheit zugänglich machen. Geben und Nehmen - ein Prozess von dem alle profitieren außer den großen Software-Konzernen. Ihr Vermarktungsmodell, mit dem sie jährlich viel Milliarden verdient haben, ist hinfällig. Problematisch ist, dass diese Konzerne starken Einfluss auf Regierungen und Verbände nehmen, um künstliche gesetzliche Barrieren gegen freie Software zu errichten. (Software-Patente)

- Das weltweite Basis-Nachrichtennetzwerk **indymedia** erreicht täglich Tausende von Menschen mit wichtigen Informationen, die in den Nachrichtenkanälen der Medienkonzerne nicht vorkommen. Dabei entscheidet nicht die kommerzielle Verwertbarkeit einer Nachricht, sondern ob sie jemand wichtig genug ist, dass er persönlich einen Artikel dazu verfasst.
- In globalen, dezentralen **peer-to-peer-Filesharing-Netzen** gewähren sich Millionen von Nutzern weltweit Zugriff auf die Inhalte auf ihren

heimischen Festplatten. Ein freier Austausch von Daten wird ermöglicht. Auch Inhalte, die von den Medienkonzernen ignoriert werden, weil sie nicht (mehr) kommerziell verwertbar sind, werden so verfügbar.

- **offene Archive** mit frei verfügbaren Inhalten (frei = frei nutzbar / ungebunden / offene Standards)
- www.Wikipedia.org, freie gemeinschaftlich erstellte und gepflegte Enzyklopädie, 270.000 Einträge in vielen Sprachen
- www.Archive.org, archiviert alte Internetseiten und bietet viele Terabyte an freien Inhalten (Filme, Texte, Audio) an.
- Projekt Gutenberg, meist historische Texte, die kostenlos gelesen werden können
- Dublin Core Meta-Data Initiative Einheitlicher Standard, um Inhalte mit Meta-Informationen auszuzeichnen. Ermöglicht eine systematische Suche nach verfügbaren Inhalten

<http://creativecommons.org/> Ist eine Initiative, die ProduzentInnen von Inhalten (MusikerInnen, AutorInnen, FilmemacherInnen) dazu anregen will, unabhängig von großen Medienkonzernen ihre Arbeiten anderen zur Verfügung zu stellen. Dabei können sich die KünstlerInnen selbst aussuchen, welche Rechte sie den NutzerInnen zugestehen wollen und welche nicht. (Kopieren, Verändern, Weiterverbreiten).

Dem rigorosen „all rights reserved“ der kompromisslosen kapitalistischen Verwertung wird ein „some rights reserved“ entgegengesetzt, das einen Ausgleich der Interessen zwischen KünstlerInnen und ihrem Publikum wieder möglich macht.

Selber machen:

Ein paar Anregungen, was Du tun kannst, die freie Verbreitung von Informationen voran zu bringen und den globalen Wissensschatz mit aufzubauen.

- Du kannst Dich aktiv an den oben beschriebenen Initiativen beteiligen. Beispielsweise Artikel für Wikipedia oder indymedia schreiben. Wenn Du selbst oder Deine FreundInnen Musik machen (oder andere Kunstwerke produzieren), kannst Du sie ermutigen, ihre Werke unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen.
- Deinen Computer kannst Du von Windows auf Linux umstellen. Des geht einfacher, als die meisten Menschen denken. Linux ist heute nicht komplizierter zu bedienen als Windows, nur eben manchmal ein wenig anders. Oft lässt es Dir mehr Freiheiten als konzerngebundene Software. Dank immer benutzerfreundlicherer open-source-

Software, musst Du auf den gewohnten Komfort grafischer Benutzeroberflächen schon seit langem nicht mehr verzichten.

Hintergrund: Die meisten DRM-Strategien der Rechte-„Inhaber“ basieren darauf, dass es auch weiterhin nur ein Monopol-Betriebssystem gibt. Sobald die NutzerInnen wieder die Wahl haben, müssen sie sich nicht mehr jede Einschränkung gefallen lassen.

- Mit FreundInnen und Bekannten darüber reden, wie in unserer Gesellschaft zukünftig mit Informationen umgegangen werden soll. Kooperieren und fair teilen? Oder denen das Feld überlassen, für die Information nichts als Ware ist, die ihnen möglichst hohe Profite einbringen soll?
- Wenn Du die Informationen in diesem Text spannend fandest, kannst Du ja das PDF ausdrucken, kopieren und weiter verteilen.

<http://de.indymedia.org/2004/06/85308.shtml>

Die Politik der Europäischen Union mit dem „Menschenhandel“

von Juanita Henning (Doña Carmen e.V.)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, ein Schreckgespenst geht um in Europa – das Schreckgespenst des sogenannten „Menschen- bzw. Frauenhandels“. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Schreckgespenst verbündet, die Kirchen und die europäischen Regierungen, IOM und UNICEF, Frauenberatungsstellen und deutsche Polizisten. Wie jedes richtige Schreckgespenst kommt es einher in immer wechselnden Gewändern: einmal als „Menschenhandel“, dann als „Frauenhandel“, dann als „Mädchenhandel“, dann „Kinderhandel“, dann „Babyhandel“, dann „Organhandel“. Jeder von uns hat darüber in Zeitungen gelesen. Über Einzelfälle.

Doch die EU - und mit ihr die veröffentlichte Meinung - behauptet jedoch mehr. Sie spricht von einem „strukturellen Problem mit weitreichenden Folgen“. (1) Es handele sich um ein „abscheuliches und besorgniserregendes Phänomen“, um eine „globale Herausforderung“, die die Grundwerte der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu „untergraben“ drohe. (2)

Wer sich hier von wem und warum bedroht fühlt - das ist die Frage.

1. Der Beginn der Anti-Frauenhandels-Kampagne der EU

Der Kampf gegen Menschenhandel wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf die politische Agenda der EU gesetzt. Interessanterweise ging es zunächst nur um „Frauenhandel“. Frauen- und Menschenhandel wurden von den EU-Gremien weitgehend gleichgesetzt. Diese damals ganz bewusst vorgenommene „Beschränkung“ (3), soll heute plötzlich nicht mehr gelten. Das gibt Anlass zum Nachdenken. Warum gab es eigentlich diese anfängliche Beschränkung auf den sogenannten „Frauenhandel“? Die Antwort auf diese Frage liegt in der mehrfachen Funktionalität und Nützlichkeit, die der damals gewollten Reduktion von „Menschen“ - auf „Frauenhandel“ innewohnte. Denn die Beschränkung und Konzentration auf „Frauenhandel“ eignete sich bestens zur Schmiedung eines gesellschaftlichen Bündnisses von auf den ersten Blick völlig unterschiedlichen Kräften:

1. Mit der Kampagne gegen „Frauenhandel“ wurde ein gegen die Prostitution gerichtetes tradiertes

Verständnis sexueller Selbstbestimmung bedient. Damit waren die konservativen europäischen Eliten und die Kirchen im Boot.

2. Mit der Kampagne gegen „Frauenhandel“ wurde Migrantinnen im öffentlichen Bewusstsein eine Opferrolle zugeschrieben und bediente so die patriarchalische Grundausrichtung des europäischen Establishments mit seinen Vorurteile gegen eine eigenständige weibliche Migration.

3. Mit der Kampagne gegen „Frauenhandel“ wurde die „Opferrolle“, nicht aber die ausländerrechtlich relevante „Täterrolle“ der zumeist illegal in die Prostitution migrierenden Frauen betont. Dadurch gelang es, große Teile der feministischen und der Dritte-Welt-Bewegung in eine konservativ dominierte Interessenallianz einzubinden.

4. Die Opferschiene - also die Wahrnehmung von Frauen als „Opfer“ von Menschenhandel - und die Behauptung, es ginge allein um ihren Schutz, verlieh der darüber legitimierten Vernetzung repressiver Polizeiapparate eine positive öffentliche Akzeptanz. (Zur Erinnerung: 1998 wurde Europol gegründet.) Damit hatte man auch die europäischen Innen- und Justizminister im Boot.

Die Anti-„Frauenhandels“-Kampagne eignete sich also bestens zur Bündelung verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte. Was aber war ihr Ziel?

Es wäre töricht zu glauben, die mit soviel Aufwand in Szene gesetzten Kampagnen dienten einzig dem Schutz einiger weniger tatsächlicher Opfer des Migrationsprozesses. Nein. „Frauenhandel“ war das Einstiegsthema, um leicht mobilisierbare Beschützerinstinkte gegenüber potentiellen weiblichen Opfern auf die Mühlen des Kampfes gegen sogenannte Schlepper und Schleuser zu lenken. Und zwar bezogen auf einen gesellschaftlichen Bereich, von dem man sich offenbar ohnehin nur schwer vorstellen kann, dort freiwillig zu arbeiten. „Zwangsprostitution“ und „Frauenhandel“ erwiesen sich ebenso als Selbstläufer, wie deren eigentliche Zielsetzung, die der Rat der europäischen Justiz- und Innenminister 1993 in einer Empfehlung als „Zerschlagung der Systeme zur organisierten Ausbeutung der Prostitution“ und als Schutz der „Opfer der Prostitutionsnetzwerke“ vor organisierter Kriminalität bezeichnete. (4) Die Instrumentalisierung der „Anti-Frauenhandels-Kampagne“ für sexualpolitisch konservative Interessen war offen ausgesprochen.

2. Umfang und Ausmaß des sogenannten „Frauenhandels“: Mangel an empirisch abgesicherten Daten

Gutmeinende Menschen finden an der Bekämpfung von „Frauenhandel“ nichts Anstößiges. Wenn es

Frauenhandel gibt, müsse man ihn auch bekämpfen. Dass der Kampf gegen Frauen- bzw. Menschenhandel für völlig andere Interessen eingespannt wurde, schien undenkbar und interessierte nicht. Zumindest ein Faktum aber ließ die Instrumentalisierung des Frauenhandels von Anfang an deutlich werden und hätte selbst gutmeinende Zeitgenossen stutzig machen müssen: Es fehlten stets zuverlässige Daten über das Ausmaß des angeblich florierenden Frauenhandels. Und noch schlimmer: Es fehlte - trotz vieler Verschärfungen in Rechtsprechung und Strafverfolgung - die große Masse vorzeigbarer Opfer, sodass man immer nur mit der Verallgemeinerung von Einzelfällen aufwarten konnte.

Schon 1996 musste die Europäische Kommission einräumen, dass ihr keine genauen Daten bekannt seien, ja dass ein Mangel an zuverlässigen Daten zu allen Aspekten des Menschenhandels bestehe. (5) Nicht wegen Zunahme, sondern wegen „rückläufiger Verfahrenszahlen“ beim Menschenhandel wurde inzwischen vom Bundesinnenministerium ein Forschungsauftrag bewilligt. Das Bundeskriminalamt formulierte den offenkundigen Widerspruch zwischen öffentlicher Frauenhandelshysterie und gesellschaftlicher Realität diplomatisch zurückhaltend wie folgt: „Es entsteht der Eindruck, dass Menschenhandel zwar auf politischer Ebene eine herausragende Rolle spielt, die sich allerdings im polizeilichen Alltag nicht entsprechend widerspiegelt.“ (6)

3. Frauenberatungsstellen eingebunden in die „Anti-Frauenhandels-Kampagne“

Hinter dem Mangel an verlässlichen Daten stand immer schon ein Mangel an Opfern des öffentlich dramatisierten Frauenhandels: „In direktem Kontakt scheint es den Polizisten an Verständnis für die betroffenen Frauen zu fehlen, die vielfach nicht als Opfer von Frauenhändlern anerkannt werden“, erklärte 1996 die EU-Kommission. „Wenn die Betroffenen aber nicht den erforderlichen Schutz von der Polizei erwarten können, werden sie kaum zur Zusammenarbeit bereit sein. Dieses Vertrauensdefizit gilt es zu beseitigen.“ (7) Hier mussten die NGOs ran.

Die NGOs sollten die Betreuung der sogenannten „Opfer-/Zeuginnen“ übernehmen. Im Gegenzug dazu sollten sie finanziell unterstützt werden. Da für die Dingfestmachung von Schleppern und Schleusern die Anzeigebereitschaft der betroffenen Frauen entscheidend sei, sollten die NGOs sie ermutigen auszusagen. Den potentiellen Zeuginnen wurde ein vorübergehender Aufenthalt und Arbeitserlaubnis zumindest bis zum Ende des Strafverfahrens in Aussicht gestellt sowie Schutz während des Verfahrens.

Die Grundthese, die der Kooperation von Polizei und Frauenberatungsstellen zugrunde liegt, lautet: Es gibt genügend Frauenhandelsopfer. Nur sei es bislang nicht gelungen, ihre Bereitschaft zu wecken, mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Die NGOs stiegen insbesondere seit der Wiener Konferenz vom Juni 1996 auf breiter Front und geradezu euphorisch in die „Entwicklung einer Kooperation von Strafverfolgungsbehörden, Opfern und NGOs“ ein. (8) Auch sie fokussierten seit langem einseitig den Aspekt von Gewalt im Migrationsprozess und neigten schon aus diesem Grund zu einer Dramatisierung und zur Wahrnehmung von Prostitutionmigration als Ausdruck von Frauenhandel.

Die Kooperation entwickelte sich – zumindest in Deutschland - bald auf allen Ebenen: Regelmäßige Treffen mit BKA und LKAs, ständige Fachtagungen mit Polizeipräsenz, Sensibilisierungen von Polizeibeamten durch Vertreter von NGOs sowie gemeinsame AGs auf höchster Ebene. Die Einbindung der NGOs lief auf Hochtouren. Das organisatorische Rückgrat der bundesweiten Kooperation von Frauenberatungsstellen und Polizei ist die 1997 eingerichtete, beim Bundesfamilienministerium angesiedelte „AG Frauenhandel“. Ihr gehören neben Vertretern von 6 Bundesministerien vier Vertreter von Länderministerien, das Bundeskriminalamt sowie die NGOs Solwodi und KOK an. Letztere als Repräsentant des „Koordinierungskreises der Beratungsstellen“, über den mehr als 30 angeschlossene Frauenberatungsstellen in die Kooperation miteinbezogen werden. Als vorbildlich gilt mittlerweile die Zusammenarbeit der Beratungsstelle „Kobra“ mit der Polizei der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover, wo beide Seiten sogar eine gemeinsame Internetseite betreiben.

In Rahmen dieser Kooperation machten sich die NGOs weit gehend die Weltsicht ihrer neuen Finanziers zu eigen (sofern sie sie nicht schon vorher teilten):

- zwischen freiwilliger und erzwungener Migration in die Prostitution könne man kaum unterscheiden
- Prostitutionmigration gilt vielfach als Ausdruck von „Frauenhandel“
- dieser wiederum läge in den Händen von Banden und sei damit Ausdruck organisierter Kriminalität, gegen die entsprechend vorzugehen sei.

Besonders widerwärtig ist der Schmusekurs der NGOs gegenüber den Polizeibehörden hinsichtlich der Befürwortung von Razzien. NGO-Vertreterinnen wie Elvira Niesner von FiM / Frankfurt fordern „Razzien im Milieu“ als Ausdruck einer „Ernsthaftigkeit bei der Strafverfolgung“ (9) Man

fordert, im Vorfeld von der Polizei in die Planung von Razzien eingebunden zu werden und erklärt: „Wenn Razzien anstehen, müssen wir parat stehen“ (10). Die Organisation Solwodi geht so weit, die Teilnahme von NGOs an Polizeirazzien einzufordern, weil dies „die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Beratungsstelle“ am besten zum Ausdruck bringe. (11) Wenn heute in Deutschland im Zusammenhang mit Ermittlungen wg. Frauenhandels Zehntausende von Telefonen überwacht werden, mit Hilfe von Sondereinsatzkommandos und selbst der Anti-Terror-Truppe GSG 9 Bordelle gestürmt werden, wenn neuerdings der bundesdeutsche Verfassungsschutz für Menschenhandel zuständig sein soll - so wird man seitens der NGOs kaum ein Wort der Kritik und des Protestes vernehmen.

4. Opfer-Rekrutierung weitgehend gescheitert

Es scheint jedoch keineswegs einfach, aus Prostitutionmigratinnen, die hier ihr Geld verdienen wollen, gefügige „Opferzeuginnen“ zu machen. Resigniert stellte Berlins Staatssekretärin für Frauenpolitik Helga Korthaase schon 1998 fest: „Lediglich 51 von insgesamt 1558 Opferzeuginnen erhielten bundesweit eine Duldung bzw. ihre Abschiebung wurde zeitweise ausgesetzt, damit sie als Zeuginnen in einem Menschenhandelsverfahren eine Aussage machen können.“ (12) Das waren gerade mal 3% der im Vergleich zur öffentlichen Dramatisierung des Frauenhandels ohnehin geringen Opferzahl. 1998 wurden lediglich 2% (16 Personen) aller Menschenhandelsopfer in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen. (13) Und 2001 waren bundesweit lediglich 21 Frauen im polizeilichen Zeugenschutz.

Auch in anderen europäischen Ländern zeichnen sich ähnlich dürftige Ergebnisse ab, die belegen, dass die „Anti-Frauenhandels-Kampagne“ hinsichtlich ihrer zentralen Behauptung, Frauenhandel sei ein „strukturelles Problem“ der westeuropäischen Gesellschaften, letztlich in sich zusammengebrochen ist.

Erklärungen für die offensichtliche Weigerung der Frauen, die ihnen zgedachte Rolle des „Opfers“ anzunehmen, sind sehr unterschiedlich. Mal wird gesagt, „Opferzeuginnen“ würden noch immer ohne vorherige Beratung abgeschoben, mal wird auf die unvermeidliche Abschiebung am Ende der Betreuung verwiesen, dann ist es das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen und nicht selten wird den betroffenen Frauen in besserwisserischer Manier eine „Verdrängungs- und Verharmlosungshaltung ... gegenüber der eigenen Unterdrückung“ attestiert. (14)

All diese Erklärungen schließen natürlich kategorisch aus, dass die betroffenen Frauen eventuell freiwillig gekommen sein könnten, dass sie also mit der von den Beratungsstellen betriebenen staatlich geförderten Umerziehung zu „Opferzeuginnen“ in ihrer großen Mehrheit gar nichts anzufangen wissen, weil dies an ihren realen Bedürfnissen möglicherweise völlig vorbeigeht.

5. Der Trend: NGOs als Vorfeld-Spitzelorganisationen der Polizei

Wenn die Kooperation von NGOs und Polizei bislang irgendetwas erreicht hat, dann dies, dass den NGOs kaum jemand die Behauptung mehr abnimmt, sie seien unabhängig. Generell wird mittlerweile festgestellt: „Die Grenzen der Arbeitsaufgaben zwischen Polizei und Opferschutzstelle scheinen sich zu verwischen.“ (15)

So heißt es beispielsweise über die belgische Organisation Payoke: „Payoke stellt für die Opfer von Menschenhandel eine Art Sozialamt dar, woraus sich auch eine Kontrollpflicht der Einrichtung gegenüber den Klientinnen ergibt. Ähnlich wie in der Kooperation mit der Polizei sind auch im Bereich der Sozialverwaltung die Grenzen zwischen der Arbeit der Nicht-Regierungsorganisation Payoke und der Behörde nicht klar gezogen.“ (16)

Und die mit Prostitutionsmigrantinnen arbeitende Vertreterin der Caritas Mailand sagte auf einer Tagung in Frankfurt: „Manchmal sind wir fast Polizeibeamte, die sagen, wenn du jetzt nicht anzeigst, wenn du das nicht machst, können wir dir nach drei bis vier Monaten nicht mehr helfen.“ Und: „Nach Angaben des Anwaltes der Caritas Mailand dürfte sich das Verfahren in Zukunft derart gestalten, dass in einem strafrechtlich relevanten Fall die Sozialarbeiter, wie dann auch die Opfer, als Tatzeugen verpflichtet werden, ihr Wissen zu dem Verbrechen des Menschenhandels weiterzugeben.“ (17)

Soweit zur Funktionalisierung des Opferschutzes von Prostitutionsmigrantinnen für Zwecke der Strafverfolgung. Sie ist die Kehrseite der Instrumentalisierung des Frauenhandels zu Zwecken der Prostitutionsbekämpfung. Die Bekämpfung des sogenannten „Frauenhandels“ geschah nie vorrangig im Interesse der Opfer. Die „Kampagne gegen den Frauenhandel“ wurde instrumentalisiert zum Zwecke der internationalen Prostitutionskontrolle und zur Eindämmung der Prostitutionsmigration. Die Behauptung, diese sei vor allem „Frauenhandel“ und erfolge über Schlepper und Schleuser unter Ausnutzung der Arglosigkeit der Frauen, ist nicht erbracht worden. Untersuchungen, die das Gegenteil belegen, werden systematisch totgeschwiegen. Es ging

und geht um die Verhinderung der eigenständigen und selbstorganisierten Migration von Frauen in die Prostitution.

6. Paradigmenwechsel in der EU: Vom „Frauenhandel“ zum „Menschenhandel“

Wenn die Instrumentalisierung der Kampagne gegen Frauenhandel noch eines Beweises bedurft hätte - so haben ihn die EU-Politiker mittlerweile selbst geliefert. Sie haben in ihrem „Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels“ vom Januar 2001 Menschenhandel als Straftatbestand neu definiert. Und zwar in einer Weise, die zum Ausdruck bringt, dass bei aller Prostitutionsfeindlichkeit der etablierten politischen Klassen das entscheidende, übergreifende Ziel die Migrationskontrolle als Ganzes ist. Darin ist die Kontrolle der internationalen Prostitutionsmigration zukünftig als ein Punkt unter anderen mit einbegriffen. Der in verschiedenen EU-Dokumenten nachlesbare Paradigmenwechsel beinhaltet folgende Aspekte:

(1) Neben den Straftatbestand des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung tritt nun der Straftatbestand des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

(2) Der Straftatbestand des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft hat Priorität gegenüber dem Frauenhandel.

(3) „Menschenhandel“ unterscheidet sich von „Schleusung“. Beide gelten als hochgradig kriminelle Varianten einer insgesamt zu bekämpfenden illegalen Einwanderung und damit zusammenhängend der illegalen Beschäftigung.

(4) Zentrales Kriterium für Menschenhandel ist nicht mehr die „Grenzüberschreitung“, sondern die „Ausbeutung“ von Menschen sowohl hinsichtlich der Herstellung von Waren wie hinsichtlich der Erbringung von Dienstleistungen. Um den Eindruck einer marxistischen Unterwanderung der EU-Kommission zu zerstreuen, wird „Ausbeutung der Arbeitskraft“ festgemacht an der Verletzung arbeitsrechtlicher Normen betreffend Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Ausbeutung im Rahmen der arbeitsrechtlichen Normen ist also kein Thema.

(5) Von „Menschenhandel“ soll die Rede sein, wenn sich die dabei unterstellte Ausbeutung mit Schuldknechtschaft, insbesondere aber mit der „kontinuierlichen Verweigerung der Grundrechte“ und mit einer Ausnutzung von Schutzbedürftigkeit verbindet. Wie bei Prostitutionsmigrantinnen wird zukünftig auch bei anderen (illegalen) Einwanderern nicht mehr „Gewalt“ oder „Täuschung“ vorausgesetzt

werden, um sie als Opfer von „Menschenhandel“ zu bezeichnen und gegen ihre Vermittler und Unterstützer gezielt vorzugehen.

Mit einer derart runderneuerten „Menschenhandel skampagne“ sollen Nicht-EU-Bewohner gemeinsam mit den Armen unter den EU-Bewohnern (darunter viele Migrantinnen) bekämpft werden: „Ein globaler Ansatz zur Bekämpfung des Menschenhandels muss die Ausbeutung in all ihren Formen – sexuelle Ausbeutung, Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, insbesondere Kinderarbeit und Bettelerei – in Angriff nehmen.“ (18)

7. Ausbau des Überwachungsstaates im Zusammenhang mit der Verhinderung von unkontrollierter Einwanderung.

Gerade im Zusammenhang des angestrebten Bündnisses aus „engagierten Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen“ (19) ist ein weiterer Ausbau des Überwachungsstaates zu erwarten. Die NGOs sind erneut gefordert. Allerdings geht es dabei nicht mehr nur um Zeugengewinnung, sondern explizit um die Gewinnung von Spitzeln: „Opfer als Zeugen und oder Informanten können für die Bekämpfung des Menschenhandels von enormen Nutzen sein.“ (Hervorhebung von mir, J.H.) Eine kontinuierliche Risikobewertung der Situation der betreuten Migranten sei notwendig vor allem dann, „wenn das Opfer darüber entscheidet, ob es sich als Zeuge oder Informant zur

Verfügung stellt.“ (20) Um an die bisher erreichte Einbindung von Frauenberatungsstellen anzuknüpfen, aber auch aus genereller Prostitutionsfeindschaft, wird der Überwachung der „Sexmärkte“ auch weiterhin eine zentrale Rolle eingeräumt: „Mitarbeiter von Polizei-, Gesundheits- und Beratungsdiensten, andere betroffene Beamte sowie das Personal zwischenstaatlicher und Nichtregierungsorganisationen sollten zusammenarbeiten, um die Sex- und Arbeitsmärkte einer deutlich sichtbaren Überwachung zu unterstellen und internationale Informantennetze aufzubauen, die als Frühwarnsysteme für den Menschenhandel dienen.“ (21)

Mit der Erweiterung der Definition als auch - das ist entscheidend - des Straftatbestands „Menschenhandel“ geht es um die nachhaltige Diskreditierung der Migration von Papierlosen generell, als deren natürlicher Verbündeter bei ihrer „sozialverträglichen Rückführung“ sich die EU präsentieren möchte. Wie dies vonstatten zu gehen habe - eben dafür lieferte die Anti-„Frauenhandels“-Kampagne den EU-Behörden nicht nur wertvolle Erfahrungen, sondern ebenso nützliche Einblicke in die Muster illegaler Migration:

„Fragen im Zusammenhang mit Migration... spielen bei dem Muster, nach dem der Frauenhandel abläuft, eine wichtige Rolle“, erklärte die EU-Kommission 1996. Vor allem sollte die Kampagne dazu dienen, „die Vorgehensweise der Schlepper besser kennen(zu)lernen.“ (21)

Und noch etwas haben die EU-Politiker aus ihrer Anti-„Frauenhandels“-Kampagne lernen können: Ein gesellschaftlich tragfähiger Rassismus gegen Nicht-EU-Ausländer ist nur mit einer gesellschaftlichen Basis und mediengestützter öffentlicher Akzeptanz, nicht aber gegen die Bevölkerung machbar.

Es bleibt im Interesse der Betroffenen zu wünschen, dass solchen Kooperationen, wie ich sie am Beispiel der Frauenberatungsstellen mit der Polizei aufgezeigt habe, jegliche gesellschaftliche Akzeptanz entzogen wird. Und es bleibt zu hoffen, dass sich eine solche Politik im Kontext der Ausweitung von „Frauen“- auf „Menschenhandel“ nicht auf einem noch größeren Maßstab wiederholen wird. Denn die europäischen Gesellschaften dürfen nicht zu Überwachungsstaaten werden, wo hier lebende Bürger sich gegenüber Migrant/innen als Blockwarte aufspielen. Über die Einwanderung muss demokratisch und transparent entschieden werden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

- (1) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des Menschenhandels (854), Brüssel 2001, S. 2 (www.europa.eu.int)
- (2) Brüsseler Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels, Brüssel 2002, S. 1 (www.europa.eu.int)
- (3) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Frauenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung“, Brüssel 1996, S. 4
- (4) ebenda, S. 40
- (5) ebenda, S. 6
- (6) Bundeskriminalamt, Lagebild Menschenhandel 2000, Wiesbaden 2001
- (7) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Frauenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung“, Brüssel 1996, S. 20
- (8) Erklärung der Ministerkonferenz in Den Haag zu europäischen Leitlinien für wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des Frauenhandels zum Zwecke sexueller Ausbeutung, Den Haag 1997, S.10
- (9) Elvira Niesner, Chr. Jones-Pauly, Frauenhandel in Europa, Bielefeld 2001, S. 240
- (10) Westfalenpost, 12.5.2000
- (11) Solwodi e.V., Grenzüberschreitendes Verbrechen, Boppard 2003, S. 146
- (12) Helga Korthaase, Rede anlässlich der Internationalen Konferenz über Europäische Strategien zur Prävention und Bekämpfung des Frauenhandels, Berlin 25./26. 11.1998
- (13) Niesner, Jones-Pauly, S. 229
- (14) Antwort der Landesregierung von NRW auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. 11.1997, S. 34
- (15) Niesner, Jones-Pauly, S. 246
- (16) Niesner, Jones-Pauly, S. 62

- (17) Niesner, Jones-Pauly, S. 90
(18) Brüsseler Erklärung, S. 2
(19) ebenda, S. 2
(20) ebenda, S. 9
(21) ebenda, S. 6
(22) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Frauenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung“, Brüssel 1996, S. 14

Anders arbeiten und Selbstorganisation von Erwerbslosen

von Anne Seeck: (*Alternative Anders arbeiten.*)

Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften haben lange für eine Humanisierung der Arbeit gekämpft. Er kämpfte soziale Rechte werden heutzutage immer mehr beschnitten. Zur Zeit werden vor allem Abwehrkämpfe geführt, das Nachdenken über Alternativen bleibt dabei auf der Strecke.

Erinnert sei daran: Noch Mitte bis Ende der 90er Jahre gab es eine Debatte über die Zukunft der Arbeit.

1995 brachte Jeremy Rifkin das Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ heraus. Dort verwies er auf den Dritten Sektor.

Zu den gemeinnützigen Tätigkeiten gehörten in den USA:

- Arbeiten im Bereich Sozialarbeit und Gesundheitswesen
- Im schulischen, wissenschaftlichen und im künstlerischen Bereich, in der Kirche, im Rechtswesen

Er forderte eine Steuerminderung für jede freiwillige Arbeitsstunde im Dritten Sektor und für SozialhilfebezieherInnen eine Art Sozialeinkommen. Dabei bezog er sich auf das Mindesteinkommen von Milton Friedman.

In allen Regionen der Welt würde sich ein Dritter Sektor herausbilden.

Der Dritte Sektor sei die letzte große Hoffnung. Dieser Bereich, der den Maschinen weitgehend verschlossen bleibt, wird zwangsläufig zum Zufluchtsort für die Opfer der Dritten Industriellen Revolution. Dort werden sie ihrem Leben einen neuen Sinn geben können und ebenso ihrer Arbeit, die im marktwirtschaftlichen Sektor nichts mehr wert ist.

Andre Gorz hatte noch 1989 in seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ gefordert. „Weniger arbeiten - damit alle arbeiten.“ Sein Recht auf Einkommen und Arbeit koppelte er an eine allgemeine Arbeitspflicht. Inspiriert durch die französische Arbeitslosenbewegung forderte er in seinem Buch von 1997 „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ dann jedoch ein bedingungsloses ausreichendes gesellschaftliches Grundeinkommen ohne Arbeitszwang.

Er schreibt: „Wir müssen aus der „Arbeit“ und der „Arbeitsgesellschaft“ ausbrechen, um die Möglichkeit zu „wirklicher Arbeit“ und die Freude an ihr wiederfinden.“

Ein allen garantiertes, ausreichendes soziales Grundeinkommen dagegen zielt auf eine Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab...Es soll nicht von aller Arbeit entheben, sondern im Gegenteil das Recht auf Arbeit zu einem wirklichen Recht machen. Nämlich nicht als das Recht auf abstrakte Arbeit, die einem zur Verrichtung gegeben wird, sondern auf konkrete Arbeit, die man, ohne dazu genötigt zu sein und ohne deren Rentabilität und Tauschwert berechnen zu müssen, macht.

Ulrich Beck plädierte nicht nur in seinen Büchern sondern auch im Bayerisch-Sächsischen Zukunftsbericht 1998 für Bürgerarbeit. Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit soll finanziert werden. Bürgerarbeit soll allerdings nicht ent-sondern belohnt werden.

In seinem Buch „Zukunft der Arbeit und Demokratie“ schreibt er:

Diejenigen, die in Erwerbsarbeit engagiert sind, sind auch im Freiwilligen-Sektor aktiv. Umgekehrt gilt, daß diejenigen, die am längsten und damit weitgehend hoffnungslos aus der Erwerbsarbeit herausgefallen sind, sich zugleich am seltensten in den klassischen Ehrenämtern engagieren. Daraus ergibt sich eine offene, schwierige Frage: Inwieweit gelingt es, Bürgerarbeit zu einem Integrationsangebot für die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallenen- Langzeit-Arbeitslosen“- zu machen?

Dann kam Frithjof Bergmann mit seinem Konzept New Work. Durch die zunehmende Automatisierung verbleiben immer weniger Erwerbsarbeitsplätze. Da die Erwerbsarbeit oft entfremdet ist, ist das Schwinden positiv. Endlich haben die Menschen die Gelegenheit, sich um das zu kümmern, was sie wirklich, wirklich wollen. Aus diesen wunschgemäßen Tätigkeiten sollen existenzsichernde Tätigkeiten erwachsen. Die Jobarbeit soll nur noch 1/3 der Tätigkeit ausmachen. Zwei neue Formen der Arbeit kommen hinzu: Die bezahlten Callings sollen Menschen ermöglichen, das zu tun, was sie wirklich, wirklich wollen, sie sollen ihre persönlichen Neigungen, Fähigkeiten, Interessen erkennen und entwickeln dürfen. (Bildungsaktivitäten, kulturelle Tätigkeiten, Gemeinwesenarbeit) Zweite Form ist die Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau. Der Selbstversorgungsanteil soll gesteigert, Konsumausgaben eingespart und ökologisch verträglich produziert werden.

Diskussionsprozeß von Anders arbeiten zur Neubewertung der Arbeit:

In dieser Gesellschaft ist Arbeit ungerecht bewertet. Wir müssen diese Bewertung der Arbeit in dieser Gesellschaft in Frage stellen.

1. Lohnarbeit ist ungerecht bewertet. Arbeit wird mit Geld bewertet, daraus resultieren enorme Einkommensunterschiede.

2. Insgesamt ist Lohnarbeit aber hoch bewertet. Alles außerhalb der Erwerbsarbeit, wie Reproduktionsarbeit wie Familien- und Hausarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement gelten als nichts wert. Diese Arbeit wird von den Herrschenden unsichtbar gemacht.

Deshalb ist eine Neubewertung der Arbeit notwendig. Feministinnen fordern einen erweiterten Arbeitsbegriff, z.T. wird die Bezahlung der Hausarbeit gefordert.

Wir meinen, es ist ein neues Nachdenken über Möglichkeiten und Notwendigkeit von der Bewertung der Arbeit erforderlich. Es ist nicht die Lösung, unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln, damit würde auch hier die ökonomische Logik eindringen. Arbeit kann man eigentlich nicht bewerten, jede Arbeit wird anders bewertet.

Das Problem ist, es ist Arbeit da, die aber nicht bezahlt wird. Alles was nicht bezahlt wird, gilt als minderwertig. Diese Tätigkeiten müssen aufgewertet werden. Oft wird auch eine Tätigkeitsgesellschaft gefordert.

Ein weiteres Problem ist, daß Arbeit, die bezahlt wird, oftmals unsinnig ist und überflüssigen Müll produziert. Deshalb ist auch Vollbeschäftigung nicht erstrebenswert.

In Abgrenzung zur gewerkschaftlichen Forderung „Arbeit für alle“ entwickelten Erwerbsloseninitiativen das Existenzgeld. Dabei geht es vor allem um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Dabei gibt es keinen Arbeitszwang und viel Bürokratie wird abgeschafft, z.B. entfällt die Bedürftigkeitsprüfung.

Oftmals wird behauptet, dann würde niemand mehr arbeiten. Das wird nicht der Fall sein, Menschen wollen sinnvoll tätig sein und die Arbeit muß anders organisiert, von den Zwängen befreit werden. Die Unterdrückung geht nämlich nicht nur vom Staat und den Eigentumsverhältnissen aus, sondern auch von der Arbeitsorganisation.

Und hier muß auch die Kritik der Linken ansetzen. Realität ist allerdings, daß die Kritik der Arbeit im Kapitalismus von der Linken kontrovers diskutiert wird. Sobald man die Arbeit kritisiert, gibt es einen großen Aufschrei. Die Entfremdung wird von vielen nicht gesehen, nicht die entfremdeten Produkte und Ziele, nicht der Konkurrenzkampf, der zunehmende Streß. In Bündnissen mußten wir immer wieder feststellen, daß hier eine Konfliktlinie verläuft. Von jenen, die eine Hohelied auf die Arbeit singen bis zu den Arbeitshassern verläuft da das Spektrum.

Auch bei Anders arbeiten gibt es da unterschiedliche Meinungen, die wir kontrovers diskutieren. Unser Vorteil ist, wir sind keine dogmatische Gruppe, die keine anderen Meinungen zuläßt.

Diskussionsprozeß im Agendaforum „Zukunft der Arbeit“ in Berlin: Aus der Diskussion um einen erweiterten Arbeitsbegriff ist dort das Konzept der Mischarbeit entwickelt worden.

1. „Gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten sind nicht nur Tätigkeiten, die die Form der Erwerbsarbeit angenommen haben, sondern auch unbezahlte Arbeiten wie Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit. Nachhaltige Arbeit bezieht sich auf das ganze Arbeitsvermögen der Person.
2. Das Arbeitsleben des Einzelnen orientiert sich folglich nicht allein über den Zugang und die Zugehörigkeit zum ersten Arbeitsmarkt, sondern über die persönliche Kombination der verschiedenen Arbeiten und ihre Veränderung im Laufe des Arbeitslebens...
3. Die Kombination sinnvoller Tätigkeiten führt zu Synergien zwischen den individuellen Lebensbereichen und zwischen den gesellschaftlichen Sektoren...Die Kombination bewirkt einen kontinuierlichen Lernprozess über soziale, ökologische und ökonomische Kreisläufe.
4. Nachhaltig gestaltete Mischarbeit richtet sich in erster Linie auf die Sicherung der Grundversorgung...Diese Grundversorgung muss dem Einzelnen ermöglichen, zu einem aktiven Mitglied der Gesellschaft zu werden, und ihn in die Lage versetzen, für sich selbst zu sorgen...
5. Arbeit im Nachhaltigkeitsverständnis eröffnet Teilhabe nicht allein und nicht in erster Linie über Erwerbsarbeit, sondern über alle Formen der Arbeit...“

Formen der Anerkennung wären:

- ethische Anerkennung (Menschen- und Bürgerrechte)
- staatliche Anerkennung (z.B. gesetzliche Gleichstellung, Grundsicherung)
- öffentliche Anerkennung (z.B. Programme der Parteien)
- finanzielle Anerkennung (Aufwandsentschädigung, Anrechnung von Versicherungszeiten, sonstige Anreize)

„Mischarbeit verändert das Bild von Arbeitslosigkeit, da offiziell Erwerbsarbeitslose in ihrem Alltag durchaus produktive und sinnvolle Tätigkeiten durchführen, wenn die Gesellschaft sie lässt und wenn Stigmatisierung nicht zur Zerstörung ihrer Fähigkeiten führt.“

Auf die Erwerblosen komme ich nachher noch zu sprechen...

Selbstorganisation von Erwerbslosen

Armutspolizeien gibt es schon lange. Arbeitslosenprotest in Berlin gab es erstmals 1892/94. Dabei zogen die Arbeitslosen durch die Straßen und plünderten aus Not Läden. Bei der Plünderung hörte man verschiedentlich die Rufe: „Gebt uns Arbeit!“ - „Wir wollen Brot.“

Die Sozialdemokratie distanzierte sich von den Arbeitslosenprotesten. Liebknecht auf dem SPD-Parteitag 1892: „Ehrliche Arbeiter sind keine Lumpen...Jedenfalls haben unsere Parteigenossen bei den Februarkrawallen weder Fenster eingeworfen, noch Läden geplündert; wer das getan hat, verdient den Namen Lumpenproletarier, und zwar noch in schlimmerem Sinne als Marx ihn gebraucht hat.“ Und Engels im gleichen Jahr: „Ich bin froh, daß die Berliner Krawalle vorüber sind und daß unsere Leute sich so stramm davon zurückgehalten haben.“

Ende 1918 hatten sich in ganz Deutschland Arbeitslosenräte gebildet; in Hamburg wurden Luxushotels gestürmt, Arbeitslose unterbrachen den 1.Reichskongreß der Betriebsräte; 1920 wurden Betriebe besetzt, 1921 Demonstrationen vor Rathäusern und Gewerkschaftszentralen; 1924 kam es zu verschiedenen Erwerbslosenaktivitäten und Hungerunruhen; gegen Ende der Weimarer Republik kam es fast täglich zu Auseinandersetzungen auf Stempelstellen, Arbeitsnachweisen und Wohlfahrtsämtern. Zwischen 1928 und 1931 fanden die größten Demonstrationen und Kundgebungen von Erwerbslosen und Beschäftigten statt; es gab Erwerbslosenausschüsse; diese beteiligten sich an Streiks, leisteten Widerstand gegen Zwangsräumungen, kämpften gegen die faschistische Einflußnahme auf Erwerbslose.

Hier klafft jetzt ein Lücke ! Zunächst kamen die Nazis und mit ihnen die Arbeitsschlacht, dann gab es das Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung.

Erst ab Anfang der 80er Jahre rührte sich wieder Protest aufgrund der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit. Anfang der 80er Jahre gründeten sich Jobber- und Erwerbslosen-initiativen. 1982 fand der 1. Arbeitslosenkongreß statt, es herrschte Aufbruchstimmung.

„Im Gegensatz zur Aufbruchstimmung 1982 stagnierten nachfolgend die Zahl der Aktiven in den Erwerbslosengruppen. Trotz des weiteren Anstiegs der Arbeitslosenzahlen und der Zunahme der Angriffe auf den Lebensstandard der Erwerbslosen, war von den angeblich 1000 Initiativen kein gesellschaftlicher Gegendruck spürbar. Ein weiterer 1988 stattfindender Kongress drückte hauptsächlich Behäbigkeit statt kämpferischen Elan aus. Beschlossen wurde im Zusammenhang mit Sozialhilfeinitiativen

eine bundesweite Kampagnenwoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung. Möglichst spektakuläre Aktionen sollten laufen. Von der eingerichteten Infozentrale forderten hierfür 62 Initiativen müde 50 000 Flugblätter und 3 500 Plakate an. Die häufigste Aktionsform bestand im Verteilen von Flugblättern und im Schreiben und Überreichen von Resolutionen. Daneben gab es einige Minidemos, Besuche in Sozial- und Arbeitsämtern und Diskussionen mit Politikern und Amtsvertretern. So wundert es im nachhinein nicht, daß weder die Bedürftigkeitsprüfung zurückgenommen wurde, noch über dieses Thema die Basis der Erwerbslosenbewegung erweitert werden konnte.

In den neunziger Jahren versagten die alten Erwerbslosengruppen, der neu gegründete Arbeitslosenverband sowie gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften angesichts der sozialpolitischen Zuspitzung gänzlich. Zufrieden zeigten sich viele ihrer Vertreter mit der Einrichtung von ABM-Jobs in Beratungsstellen.

Doch ernstzunehmende kämpferische Initiativen wurden von ihnen nicht durchgeführt.“(Proletarisch es Komitee 1998)

Einige Aktionen der französischen Erwerbslosen 1997/98:

- ? Besetzung von Arbeitsämtern und der Arbeitslosenversicherung
- ? Besetzung der staatlichen Stromgesellschaft
- ? Zerstörung der Eingangstüren eines Arbeitsamtes und Einschmeißen der Scheiben einer Präfektur
- ? Ein Rathaus wurde gestürmt und zwei stellvertretende Bürgermeister festgesetzt
- ? Besetzung einer Eliteschule
- ? Besetzung der Börse, brennende Akten wurden aus dem Fenster geworfen
- ? in einem Pariser Nobelhotel erzwangen sich 30 Arbeitslose ein Gratisessen mit Austern und Champagner

Erwerbslosenproteste 1998 in Deutschland

Ursachen: Überschwappen aus Frankreich; Verschärfungen im SGB III (z.B. Meldepflicht); Peter Grottian initiierte das Aktionsbündnis Erwerbslosenproteste, die Wahlen standen bevor; Konsens: Kohl muß weg; die Gewerkschaften leisteten Wahlkampfhilfe für Schröder, mit der Wahl Schröders waren die Proteste vorbei; d.h. die Erwerbslosen wurden ganz klar instrumentalisiert

Es wurden zwei Strategien gefahren: (in Berlin)

1. Es gab einen Runden Tisch der Erwerbslosen-Gruppen; daran saß der DGB, Erwerbslosen-Gruppen in den

Einzelgewerkschaften, das Aktionsbündnis Erwerbslosenproteste, der Arbeitslosenverband und unabhängige Erwerbslosengruppen wie Hängematten und ERWIN, sowie das Proletarische Komitee. Dieser Runde Tisch organisierte ab Februar bis September 1998 zu den Jagodaten (Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen) monatliche Demonstrationen.

2. Das Aktionsbündnis Erwerbslosenprotest unternahm Aktionsspaziergänge, es gab Go-Ins in Sozial- und Arbeitsämtern. Aber auch hier flaute der Widerstand ab, schließlich taufte jemand dieses Bündnis in Erwerbsbündnis Aktionslosenprotest um. Durch Streitereien zerfiel das Bündnis schließlich.

Es wurde noch ein Versuch gestartet mit der Kampagne Champagner 99, die scheiterte; es sollten Arbeitsämter besetzt werden, nur wenige kamen und die Polizei stand schon vor der Tür. Es gab noch Aktionen zur Faulheitsdebatte, eine Demo und eine Sozialamtsaktion in Neukölln von Hängematten, aber das wars.

Es begann erst wieder 2002. Es gründete sich wieder ein Runder Tisch der Erwerbslosen, von dem die Aktivitäten ausgingen. Diesmal saß der DGB und gewerkschaftliche Erwerbslosengruppen nicht am Tisch. Es fanden vor allem zur Hartzkommission Aktionen statt. Auch hier war mit der Wahl alles vorbei.

Danach war der Runde Tisch fast erledigt, denn im Oktober gründete sich das Berliner Bündnis für soziale Grundrechte- Stoppt die Hartzpläne. Dorthin kamen in der Anfangsphase sogar 60 bis 70 Leute aus unterschiedlichsten Spektren, kritische Gewerkschafter, Erwerbslose, linke Gruppen, eine Frau von den Grünen usw. Die erste Veranstaltung im Audimax der HU war mit 500 Besuchern überwältigend besucht, dagegen kamen zur Demo am nächsten Tag am 5.12. nur 350 Leute. Vor allem spaßige Aktionen wurden organisiert. Es bildeten sich verschiedene AG's im Antihartzbündnis und es wurde eine Internetseite aufgebaut, die Hartzgesetze konnten nicht aufgehoben und es gab Streit zum Arbeitszwang und Existenzgeld, Leute gingen. Heute dümpelt das Bündnis mit ca. 10 Leuten vor sich hin.

Nach Hartz war die Agenda 2010 auf den Plan getreten und natürlich auch der Protest dagegen. Es hatte sich eine Initiative für ein Berliner Sozialforum gegründet, die soziale Bewegung in Berlin wurde größer, aber vor dem Hotel Estrel, wo der Sonderparteitag der SPD tagte, protestierten gerade mal 1000 Leute, wobei die Gewerkschaften kaum mobilisiert hatten. Inzwischen hatte sich in Berlin wieder ein neues Bündnis gegründet, daß die nächste Demo gegen Sozialkahltschlag vorbereitete. Diesmal

sollten es am 1.11.2003 100 000 Demonstranten in Berlin werden, die soziale Bewegung war erstarkt. Danach gründete sich das Sozialbündnis in Berlin. Das hatte mehrere Gründe. Im Sozialforum hatte es eine Diskussion gegeben, ob das Sozialforum Akteur oder Raum sei. Dabei gab es unterschiedliche Positionen, einige Akteure gründeten nun zusammen mit StudentInnen, GewerkschafterInnen, Erwerbslosen- sowie traditionalistischen Gruppen das neue Bündnis.

Im November /Dezember 2003 begannen nun zwei andere Formen von Protest. Einmal waren das die Studentenproteste und dann die Armutspolizeien, die Prof. Grottel vorgeschlagen und initiiert hatte, am 5.12. gab es eine Betteldemo im Grunewald, danach wurden die Schwarzfahraktionen gestartet.

Es kristallisierten sich neue Schwerpunkte heraus: das Thema Mobilität und das Thema Ämter. Januar und Februar 2004 waren gekennzeichnet durch viele Schwarzfahraktionen, wobei auch Obdachlose und Erwerbslose einbezogen wurden. Das Sozialforum organisierte zwei Aktionen „Berlin geht zu Fuß“, wo die Straßenbahn am Alex blockiert wurde und ein Go-In bei der BVG, wo BVG-Chef Arnim ein Besuch abgestattet wurde.

Ein zweites Thema kristallisiert sich heraus: Ämterkritik. Es gab Arbeitsamtsaktionen.

Es sind noch weitere Aktionen zur BVG und Ämtern geplant.

Das neue/alte Thema der radikalen Linken ist Aneignung, es gab Berlin Umsonst- Aktionen, eine Bäckeraktion und Umsonst essen bei den Arbeitgebern im Hotel Maritim.

Und natürlich die Demo gegen Sozialkassenschlag am 3.4., die in Berlin 250 000 TeilnehmerInnen hatte. Ein Aufschwung nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der sozialen Bewegung. Wenn man bedenkt, daß wir im Juni 2002 mit einer Demo von 100 Erwerbslosen begannen...

Nichts desto trotz wurden von den 4,5 Millionen Erwerbslosen nur ein Bruchteil mobilisiert...

Erwerbslose sind kaum zu mobilisieren.

Das hat viele Gründe:

- Das ist einmal diese Individualisierung. Erwerbslosigkeit wird nicht als strukturelles Problem begriffen, sondern als individuelle Schwäche, die Scham und Schuldgefühle bei den Betroffenen auslöst. Das Arbeitsethos ist in den meisten Köpfen fest verankert.

Nach der Devise: Wer Arbeit will, findet welche. Arbeitslose sind danach Versager, Faulenzer, Sozialschmarotzer. Und nach Schröder gibt es kein Recht auf Faulheit.

Auch der Widerstand der Erwerbslosen ist meistens individuell, z.B. durch Widersprüche.

- Ein weiteres Problem sind die Belastungen, die Erwerbslose zu ertragen haben.

Behördenstreß, Demütigungen und Entmündigungen durch die Bürokratie, der finanzielle Streß, die Ausgrenzung aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Viele Erwerbslose leben in Armut und diese macht oft krank. Das sind die psychosozialen Folgen. Z.B. nehmen in den sozialen Brennpunkten der Großstädte die Psychiatisierungen zu. Isolation, Hoffnungslosigkeit, Resignation sind weitverbreitet.

- Ein nächster Punkt: Erwerbslose sind eine heterogene Gruppe. Was wollen Erwerbslose ?

Sie wollen Arbeitsplätze, Existenzgeld, Investitionsfreundlichkeit, Steigerung der Kaufkraft, Wirtschaftswachstum, eine libertäre Gesellschaft, Arbeitszeitverkürzung, eine neue Regierung, Arbeit nur für Deutsche, kein Arbeitszwang, Sozialismus, Recht auf Arbeit, Steuersenkungen usw. Wie will man diese unterschiedlichen Interessen unter einen Hut bringen ?

Unter den politischen Aktivisten der „Erwerbslosenbewegung“ herrschen reformistische, gelegentlich radikale Ziele vor. Und auch das ist eine breite Palette.

- Ein weiteres Problem ist die Organisationsschwäche. Die bundesweiten und regionalen Interessenvertretungen sind nur schwach, werden auf ABM-Basis oder ehrenamtlich geleistet. Infrastruktur und Gelder sind kaum vorhanden. Dazu kommen noch Streitigkeiten etc.

- Erwerbslosigkeit wird meistens nicht durch politische Aktivität bewältigt, das wäre aber meines Erachtens der richtige Weg.

- 2002 habe ich noch geschrieben: „Selbst die Linke ist kaum für die Themen Erwerbslosigkeit und Sozialabbau zu erwärmen.“ Das muß ich dahin revidieren, daß auch die Linke sich immer mehr für den Kampf gegen den Sozialkassenschlag interessiert, es wächst die Betroffenheit mit Hartz und Agenda 2010 und es wird die Chance gesehen, mehr Massen mit diesem Thema zu mobilisieren. Trotz massiver Sozialstaatskritik wird vielen Linken bewußt, daß man für die sozialen Rechte kämpfen muß, sonst sind sie bald ganz verschwunden.

Verhängnis der Arbeitsgesellschaft; Ausweg Grundeinkommen?

von Robert Ulmer

(Initiative Anders Arbeiten oder gar nicht, Berlin)

Vorbemerkung: In der Verschärfung des Druckes gegen Erwerbslose ist eine möglicherweise weit reichende Enthemmung eingetreten. Die Übereinkunft, dass es so etwas wie ein verlässliches existenzsicherndes Minimum geben müsse, ist nicht mehr bindend. Es gilt als „mutig“, die Sicherung des nackten Überlebens der Betroffenen, schrittweise, mehr und mehr, zur Disposition zu stellen. Zwei Beispiele aus dem neuen SGB 2, in dem die neuen Gesetze, die Ergebnisse der Sozialreformen („z.B. Hartz IV“), auftauchen, zwei Beispiele aus denen deutlich wird, dass sowohl die Würde der Betroffenen als auch die physische Existenz kein Tabu mehr sind.

- Mietschulden werden nur noch für Personen übernommen, die nachweisbar einen Job in Aussicht haben.
- Jugendliche bis 25 Jahre werden flächendeckend mit Arbeit, Ausbildungsplätzen oder sog. „Arbeitsgelegenheiten“ versorgt; wer sich weigert, das „Angebot“ anzunehmen, dessen/ deren Transferzahlung wird sofort auf Null gekürzt; er oder sie erhält Sachleistungen.

Grundgedanke: Mehr Druck gegen Erwerbslose (Sozialabbau) bedeutet immer auch mehr Druck gegen Beschäftigte. Eine Ursache dieser Fehlentwicklung ist das gesellschaftlich dominierende autoritäre Arbeitsethos.

1. Wandel der Arbeitsgesellschaft.

Bisher waren die Beschäftigten in der Arbeit an Weisungen, oder an generelle Regelungen gebunden. Sie mussten täglich 8 Stunden ihrer Lebenszeit opfern und das tun, was ihnen angeschafft wurde. Ob die Arbeitsabläufe sinnvoll sind oder nicht, darüber mussten sie sich keine Gedanken machen.

Anders ist das bei den neuen Managementkonzepten. Neue, andersartige Qualifikationen werden verlangt. Mehr und mehr müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitdenken, müssen die Fähigkeit entwickeln und die Bereitschaft mitbringen, die Unternehmensziele zu den persönlichen eigenen Ziele zu machen. Manche AutorInnen und Autoren sprechen hier von „immaterieller Arbeit“. Es gibt Zielvereinbarungen, aber wie die Ziele am besten zu erreichen sind, das wird immer mehr den Leuten selber überlassen oder den Teams, bestenfalls brauchen sie gar keine Anweisungen mehr. In dieser Hinsicht nimmt die Autonomie in der Arbeit zu. Die Ziele

werden jedoch weiterhin fremd bestimmt vorgegeben, von der Eigentümerseite, durch die Geldgeber, bzw. durch die Geschäftsleitung, das Management. André Gorz z.B. spricht von der „Autonomie in der Heteronomie“, also Selbstbestimmung innerhalb fortbestehender Fremdbestimmung.

Deshalb ist es nicht automatisch als Befreiung der Arbeit zu werten, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt auch die ganze Gedanken- und Gefühlswelt in den Dienst des Unternehmens stellen, wenn sie jetzt dem Unternehmen quasi ihre Seele verkaufen, wenn sie auch in ihrer Freizeit mehr oder weniger „im Dienst“ bleiben. So etwas wie ein „ganzheitliches“ Arbeitsleben muss nicht in jedem Fall auch etwas Gutes sein.

Viele Beschäftigte und viele Arbeit Suchende kommen mit diesen gestiegenen Anforderungen nicht mehr mit. Das trifft sich gut, denn viele werden auch gar nicht mehr gebraucht, denn es gibt weitere Produktivitätssteigerungen,

- sowohl in Folge dieser neuen Management-Konzepte
- als auch durch die Fortsetzung des „alten“ Fordismus (mit seiner kleinteiligen Regelung der Arbeitsabläufe),

2. Spaltungsdynamik, Prekarisierung

Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist eine zunehmende Binnendifferenzierung der ArbeitnehmerInnenschaft in Kernbelegschaften und Randbelegschaften, eine immer tiefere Spaltung.

- Auf der einen Seite eine Elite, also die ganzheitlich eingebundenen, relativ schwer ersetzbaren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Kernbelegschaften, die „Arbeiteraristokratie“,

- und auf der anderen Seite die leicht Ersetzbaren, die Randbelegschaften. Da durch technischen Fortschritt immer mehr Tätigkeiten wegrationalisiert werden, werden die sogenannten „leichten“ oder „unqualifizierten“ Arbeiten immer mehr überflüssig. Die leicht ersetzbaren Arbeitskräfte sind also die potenziell überflüssigen Arbeitskräfte. Das wäre noch nicht das Problem. Im Überflüssig-werden von Arbeit ist – zumindest auch – gesellschaftlich eine Chance zu sehen: die Abschaffung von immer mehr Mühsal. Wenn immer noch, wie Erich Ribolits anmerkt, auf der Arbeit der alttestamentarische Fluch lastet, der da lautet: „im Schweiß Deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, dann ist eine Gesellschaft mit immer weniger Arbeit, bei Licht besehen, eher eine freundliche Perspektive. Ein Problem mit der Arbeitslosigkeit ist jedoch die drohende Einkommenslosigkeit. Die für die Arbeit Überflüssigen können sich eben nicht so ohne weiteres mal aus der Arbeit zurückziehen

und sich anderweitig orientieren. Sie sind zwar aus dem Sicherheit gebendem regulären Erwerbsektor ausgegrenzt, aber weiterhin in die Zwänge der Arbeitsgesellschaft eingeschlossen. Die Überflüssigen müssen sich, und zwar weil sie überflüssig sind, immer mehr um immer unattraktivere Arbeit bemühen, und dies in Konkurrenz zu immer mehr anderen Überflüssigen. Gemäß der spieltheoretischen Struktur des Gefangenendilemmas müssen sie individuell ein Verhalten an den Tag legen, mit dem sie sich kollektiv das Leben gegenseitig immer schwerer machen. Je weniger sie für die Arbeit gebraucht werden, um so mehr müssen sie sich um Arbeit bemühen. Sie drängeln sich immer mehr um die Hilfsarbeiten und Dienstbotenarbeiten, die immer billiger werden. Jobs ohne Perspektive, keine „Trampoline“ oder Sprungbretter, sondern Sackgassen. Die Spaltung der Arbeitsgesellschaft bedeutet also auch eine verhärtete Rangordnung in Dienende auf der einen Seite (unten) und „Bediente“ auf der anderen Seite (oben), also vergleichsweise Vermögende, die sich immer mehr unangenehme oder zumindest zeitraubende Arbeiten von Anderen machen lassen.

Diese wenig einladenden Entwicklungen am unteren Rand der Gesellschaft (immer mehr Druck gegen Arbeitslose, immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse bis hin zum Tagelöhner-Dasein) haben Auswirkungen auf die verbliebenen regulär Beschäftigten: diese werden nämlich immer erpressbarer. Mag Wompe (labournet) weist darauf hin, dass noch vor gar nicht langer Zeit die MitarbeiterInnen eingebunden wurden, ihnen seitens der Unternehmensleitungen geschmeichelt wurde, sie seien doch „unser wertvollstes Kapital“, „die Quelle unseres Erfolges“. Jetzt, so Mag Wompe, ist dieser Psycho-Klimbim nicht mehr nötig, was heute wirkt, ist Management by Stress, Management by Angst.

Alimentierte Arbeitslosigkeit, staatlich geduldetes Aussteigertum gibt es nicht mehr, das Mitmachen ist jetzt alternativlos. Umwege in der Biografie sind „vertrödelte Zeit“, Langzeitstudenten sind inzwischen Hassfiguren. Während Arbeitslose bisher wenig Geld aber viel Zeit hatten, werden sie in Zukunft wenig von beidem haben; Arbeits„lose“ wird es in Zukunft nicht mehr geben, nur noch Arbeit„suchende“.

Je abschreckender das Beispiel der Herausgefallenen ist, das die Beschäftigten vor Augen haben, um so gefügiger, disziplinierter, diensteifriger und kompromissbereiter sind sie gegenüber ihren Geldquellen. Um so mehr klammern sie sich an ihre Arbeitsplätze, an ihre zum Teil durchaus ungeliebte Arbeit, um so mehr ungesunder Stress macht sie immer kränker. Das Forschungsergebnis, dass Arbeitslosigkeit krank macht, erlaubt nicht den Umkehrschluss, Arbeit würde gesund machen.

Wir haben also folgendes Bild: Auf der einen Seite eine Elite, die sich immer mehr abschottet, die sich an halbwegs komfortablen Arbeitsplätzen festklammert, dabei aber, zumindest zum Teil, immer weniger mit der langfristigen Sicherheit dieser Arbeitsplätze rechnen kann. Da bröckelt es auch, da gibt es auch „Prekarisierung“, z.B. immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse, da gibt es Angst vor dem Absturz. Diese Elite starrt mit zunehmendem Widerwillen auf die VerliererInnen, die sich abstrampeln müssen und zumeist doch nicht hochkommen, sondern sich den Eliten als DienstbotInnen anbieten müssen. Insgesamt also eine entsolidarisierende Spaltungsdynamik.

3. Bedingungsloses Grundeinkommen

Diese Entwicklung ist kein unabwendbares Verhängnis, die Sozialkürzungsreformen sind keineswegs alternativlos.

Für diese Situation:

- wachsender stofflicher Reichtum, Güterberge,
- wegen gesteigener Produktivität immer weniger benötigte Arbeit
- Prekarisierung: durchbrochene Erwerbsbiografien, immer weniger kontinuierliche Einkommenssicherung durch Erwerbsarbeit möglich

gibt es eine adäquate sozialstaatliche Antwort: das bedingungslose Grundeinkommen.

Was ist das bedingungslose Grundeinkommen?

Es ist ein Einkommen an alle Gesellschaftsmitglieder (perspektivisch an alle ErdenbewohnerInnen) und hat vor allem die folgenden vier Eigenschaften.

- Das Grundeinkommen ist ausreichend hoch, z.B. 1.000 € pro Monat (das ist etwa die Höhe des Existenzgeld-Vorschlages, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, BAG-SHI), es ist insofern die Abschaffung der Armut (und, nebenbei, eine stabile Konsumnachfrage).
- Das Grundeinkommen wird an alle Personen individuell ausgezahlt und nicht an Haushalte oder „Bedarfsgemeinschaften“.
- Es ist keine Bedürftigkeitsprüfung erforderlich. Schluss mit der unwürdigen Schnüffelei der Behörden im Privatbereich der EmpfängerInnen.
- Das Grundeinkommen ist nicht an die Bedingung der Arbeit oder Arbeitsbereitschaft gekoppelt, ist also eine „Leistung ohne Gegenleistung“.

Es fällt auf, dass alle vier genannten Kriterien in direkter Opposition zu Hartz IV stehen. Insbesondere die beiden letzten Kriterien sind der eigentliche Witz des Grundeinkommens, die „Bedingungslosigkeit“.

a) Bedingungslos: Das Grundeinkommen ist kein Lohn.

Für das Grundeinkommen gilt das Leistungsprinzip

nicht. Das Grundeinkommen ist kein „Lohn“ für eine Gegenleistung (für irgendeine Art von Arbeit, auch für andere Arten von Arbeit wie Hausarbeit, Kinder aufziehen, aber auch z.B. Wohlverhalten auf dem Amt). Es geht nicht um die Umwandlung des Lohnsystems in eine neue Gesellschaft, die Transformation einer Gesellschaft der Knappheit und des Zwanges (ich arbeite also darf ich sein, Arbeit als Lebensberechtigung) in eine Gesellschaft des Überflusses und des Vertrauens. Das Grundeinkommen ermöglicht die Art und Weise, wie ich leben will; und eine Grundeinkommen-Gesellschaft setzt voraus, dass trotz Grundeinkommen genug getan werden wird, um alle zu versorgen.

Das Grundeinkommen ist ein Anspruch an die Gesellschaft, der an keine Bedingungen geknüpft ist, und als solcher Bestandteil einer Aneignungsbewegung.

b) Das Grundeinkommen verringert Machtunterschiede und stärkt die individuelle Freiheit aller

Wenn ich die Wahl habe zu verhungern oder einen beschissenen Job zu machen, bin ich zwar formal frei, diesen Job zu machen oder auch nicht (formale Vertragsfreiheit), aber in einem anderen Sinne bin ich dann sehr unfrei; wenn ich weiterleben will, stehe ich unter dem Zwang zu arbeiten. Das bedingungslose Grundeinkommen befreit mich von dem Zwang, für meine Existenzsicherung zu arbeiten, befreit vom Arbeitszwang und verringert auf eine sehr direkte, unkomplizierte Art und Weise die Lohnabhängigkeit.

Die Lohnabhängigen sind mit Grundeinkommen ganz einfach nicht mehr so vom Lohn abhängig wie vorher.

Hier bitte ruhig einen sehr weiten Begriff von „Lohn“ nehmen; wer in einer Liebesbeziehung, in einer Lebenspartnerschaft, z.B. einer Ehe vom Lebenspartner versorgt wird, wird sich dem gemäß verhalten, um sich die Versorgung zu verdienen; das heißt: mit Grundeinkommen sind insbesondere Frauen noch unabhängiger von Männern als sie es jetzt schon sind.

Die (nicht mehr so ganz) Lohnabhängigen sind nicht mehr so erpressbar: die Drohung der Arbeitslosigkeit ist entschärft, und zwar um so mehr je höher das Grundeinkommen ist. Also auch hier eine graduelle Sache. (Wer z.B. sein Eigenheim abzahlen will, wird sich weiterhin doch sehr an seinen Arbeitsplatz gebunden fühlen)

Das Grundeinkommen verringert das Machtungleichgewicht zugunsten der Arbeitenden, insbesondere der leicht ersetzbaren prekarierten Arbeitenden bzw. Arbeitsuchenden. Die müssen sich nicht mehr alle Bedingungen diktieren lassen,

sondern haben eine viel bessere Verhandlungsposition und können Bedingungen stellen z.B. verkürzte Arbeitszeiten; (gerade diejenigen die am meisten an verkürzten Arbeitszeiten interessiert sind aber sie sich finanziell nicht leisten können, weil ihre Arbeit zu schlecht bezahlt ist, werden mit GE viel leichter verkürzte Arbeitszeiten aushandeln können.

Das GE verbessert also den Arbeitsmarkt; der war vorher verzerrt durch das krasse Machtungleichgewicht zugunsten derer, die gnädigerweise Arbeit geben, jetzt kann auf gleicher Augenhöhe verhandelt werden.

Es gibt jetzt die Möglichkeit, sich scheußliche Arbeiten teurer bezahlen zu lassen; während es heute tendenziell so ist, dass die unangenehmsten Arbeiten die sind die zu allem „Überfluss“ auch noch am schlechtesten bezahlt werden, so wäre das mit GE anders; wer bereit ist, scheußliche Arbeiten zu machen, wird einen höheren Lohn dafür aushandeln können. Insofern ist das GE ein ökonomischer Anreiz, und zwar ein ökonomischer Anreiz zur Abschaffung unangenehmer Arbeiten; also genau das Gegenteil der gegenwärtigen Reformanstrengungen: jetzt sollen Anreize zur Vermehrung unangenehmer Arbeiten geschaffen werden, die verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen bedeuten, niemand darf sich mehr für irgendwas zu schade sein, runter mit den Ansprüchen; anders mit GE: es liegt in viel höherem Maße in meiner Entscheidung, wofür ich mir zu schade bin und wofür nicht, wofür ich meine Lebenszeit opfere und wofür nicht.

c) Das Grundeinkommen verwirklicht die Befreiung von Arbeit

Mit der flächendeckenden Existenzsicherung durch das GE kann das Weniger-Werden von Arbeit als das erkannt werden was es ist, nämlich als Segen, als Befreiung von immer mehr Mühsal und Plackerei, als Symptom des Produktivitätsfortschritts, der wiederum die Voraussetzung des Grundeinkommens ist.

Es ist dann möglich, die Überflüssigkeit für die Arbeit als Chance, als Befreiung zu erfahren („frei und überflüssig“).

Das Grundeinkommen ermöglicht allen Muße; und Muße ist eine wesentliche Voraussetzung für Phantasie und insofern für Innovation; wer immer nur unter Druck steht, dem oder der wird irgendwann nichts mehr einfallen, alles wird völlig unlocker und verbissen.

Das Grundeinkommen befreit auch die Unternehmen von ihrer gemeinschaftlichen Pflicht, „Arbeit zu schaffen“; im Moment haben die Unternehmer ja immer eine Doppelfunktion: (Argument habe ich von Manuel Franzmann) ihr Unternehmen erfolgreich zu führen und möglichst viel Arbeit (oder zumindest Ausbildungsplätze) zu

schaffen; mit GE wären die Unternehmer von der Arbeitgeberfunktion entlastet, können ihrerseits nach dem Leitbild der freien Kooperation verfahren und zu Leuten, auf deren Mitarbeit sie keinen Wert legen, guten Gewissens „nein“ sagen (machen sie eigentlich auch jetzt schon).

Aber es geht hier schon um eine Umwertung der Werte: jetzt gilt es noch als besonders verdienstvoll und rühmend, Arbeit zu schaffen. In einer Grundeinkommengesellschaft kann wieder Vernunft einkehren, dann gilt es als unanständig, anderen Arbeit zu machen.

d) Das Grundeinkommen ermöglicht zeitgemäße „Tätigkeitsbiografien“

kontinuierliches Einkommen verbessert die Existenzsicherung bei diskontinuierlichen, zerstückelten Erwerbsverläufen;

Das Grundeinkommen ermöglicht es, solche Lebensläufe nicht nur aus der Not heraus zu erdulden (also Zeitvertrag, Werkvertrag und währenddessen schon wieder die Suche nach dem nächsten Brötchengeber), sondern selber aktiv zu gestalten: verschiedene Tätigkeiten bewusst zu kombinieren, Erwerbstätigkeiten und andere, einkommenslose Tätigkeiten, oder auch nur Tätigkeiten ohne Einkommen;

Das Grundeinkommen erleichtert Existenzgründungen; ein wichtiger Kostenfaktor hat sich mit GE nämlich erledigt: das eigene Einkommen

Es sind ganz neuartige „Karrieren“ denkbar in vielen Bereichen wie Forschung und Wissenschaft, Kunst, Kultur; und es ist eben nicht mehr alles von der Sorge überschattet, wie nächstes Jahr die Fördertöpfe aussehen, ob es ein Stipendium geben wird, wie die Drittmittel fließen, ob es tatsächlich gelingt, Professor zu werden, usw. usw.; es wird leichter möglich, sich auf längerfristig angelegte Projekte zu konzentrieren, ohne unentwegt kurzfristig den Geldgebern irgendetwas nachzuweisen.

Wer befürchtet, das Grundeinkommen sei eine Stilllegungprämie für die Überflüssigen: es gibt überhaupt keinen Zwang zum Still-Sein! (Grafik rechts)

Zweifellos lässt das Grundeinkommen eine Reihe von Problemen ungelöst, verschärft sie aber auch nicht, hier nur in Stichworten:

- ökologische Probleme; a) Rückgang kompensatorischer Entschädigungskonsum, b) Schaffung von Arbeit erübrigt sich
- ungleiche Verteilung zwischen Männern und Frauen wird nicht abgeschafft aber verringert
- internationale Ungleichheit wird nicht verschärft: a) internationale Ausstrahlung einer solidaristischen

- Gerechtigkeitskonzeption, b) Nachlassen in der internationalen Standortkonkurrenz
- ein Aspekt der Arbeitslosigkeit, nämlich die Kränkung, den Wunsch Arbeitsplatz nicht erhalten zu können, wird nicht mit der Demütigung eines Arbeitszwanges zusätzlich bestraft.

Die derzeitigen Reformen gehen in die exakt entgegengesetzte Richtung, sind nicht nur ein wenig, sondern komplett falsch und gefährlich, führen zu Armut, also Entbehrung und kürzere Lebenserwartung; führen auch zu Fatalismus, Desinteresse an Demokratie, beleben politisch rechte Strömungen.

Warum läuft das so? Warum ist eine so einleuchtende gesellschaftliche Verbesserung wie das Grundeinkommen so dermaßen außer Reichweite?

Ein Hinweis liegt auf der Hand: es gibt so etwas wie „Klassenkampf von oben“, also die Interessenwahrung der potentiellen NettozahlerInnen, die nicht so gern immer mehr abgeben wollen und die stattdessen lieber eine Reservearmee von willigen Dienstkräften haben, die ihnen billig das Klo putzen usw.

Ich fürchte, dass das nicht die Hauptrolle spielt; besonders misslich ist die Mitwirkung der potenziellen NutznießerInnen des bedingungslosen Grundeinkommens.

Meine These ist: es gibt so etwas wie eine „autoritäre Arbeitsgesellschaft“, die mehr oder weniger beherrschend in unseren Köpfen sitzt. Oder: „Das vom Arbeitsethos paralyisierte Denken verhindert die Forderung nach einer gerechten Aufteilung des Arbeitserfolgs“, so Erich Ribolits.

Das bedingungslose Grundeinkommen zwar die angemessene vernünftige Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, ist aber ohne Kritik der Arbeit nicht zu haben.

4. Autoritäre Arbeitsgesellschaft

Die autoritäre Arbeitsgesellschaft tritt in zwei Spielarten auf, die auf den ersten Blick recht unterschiedlich klingen, die aber politisch ganz gut zusammenpassen:

-Einmal die Vorstellung, für eine funktionierende Ökonomie sei die Lohnabhängigkeit so eine Art gesunder Naturzustand, den man besser gar nicht künstlich verfälschen solle. Die staatlichen sozialen Sicherungen seien unnatürlich und sollen weitgehend abgeschafft werden, alle sollen sich als UnternehmerInnen ihrer Arbeitskraft begreifen und fortwährend danach Ausschau halten, wie und wo und für wen sie sich für Geld nützlich machen können, den peinlichen Verwertungszwang sollen sie sich zur segensreichen „Eigenverantwortung“ umdichten, der Zwang des Marktes (VWL-ProfessorInnen sprechen

hier gerne von „Anreizen“) solle für alle Arbeitsfähigen gelten, her mit dem Niedriglohnssektor.

Das ist das Projekt der Wirtschaftsliberalen, die so gesehen in Wirklichkeit gar nicht besonders liberal sondern ausgesprochen autoritär sind.

-Die zweite Variante ist die Art Rechtschaffenheit, die sagt, es gebe so etwas wie eine Pflicht zum Dienst an der Gemeinschaft. Hieraus leiten sich die Konzepte des aktivierendren Sozialstaates, des workfare-Sozialstaates, ab. Auch linke Kreise und Zusammenhänge sind nicht davor gefeit, insgeheim oder gar offen diese zweite Variante zu wollen: alle sollen mit anpacken, niemand darf auf Kosten Anderer leben, es darf kein unverdientes Einkommen geben, keine Leistung ohne Gegenleistung. Diese Unduldsamkeit gegenüber „Drückebergerei“ kann durchaus Bestandteil eines politisch linken Tugendterrors sein.

Was ist mit autoritär gemeint, was gehört zum autoritären Charakter:

- einmal Resignation und Anspruchslosigkeit hinsichtlich des eigenen Arbeitslebens, diesbezügliche Bescheidenheit,
- und dann auf der anderen Seite: Missgunst gegenüber Anderen, die nicht bereit sind, auch zu resignieren, die noch Ansprüche stellen und sich da erst mal nicht einschüchtern lassen. Hier gibt es das Ressentiment, zu deutsch die chronische Gekränktheit, leicht reizbar, immer auf dem Sprung, den Glücklicheren, die etwas aus der Reihe tanzen, das Glück zu vereiteln.

Autoritär bedeutet immer: in dem Maße, in dem ich mich selber gebeugt habe, (mich flexibel gezeigt habe), in dem Maße, in dem ich auf Freiheit verzichtet habe, erwarte ich diesen Verzicht auf persönliche Freiheit auch von den anderen.

Konkret bedeutet das unter anderem etwas besonders Missliches, nämlich die Spaltung innerhalb der Schwächeren der Gesellschaft: Leute die für Niedriglohn unattraktive Arbeiten verrichten, verargen/ verübeln den BezieherInnen von Sozialeinkommen, dass sie sich genau davor drücken und gemütlich in der sozialen Hängematte bleiben. (Die Verunsicherung der Schwächeren werde immer mehr zu einer „Entsicherung“ gegeneinander, so Franz Schandl von der Gruppe Krisis). Das bedeutet, dass es ein Leichtes ist, die Schwächeren gegeneinander auszuspielen und weiter unter Druck zu setzen. Auf diese Weise bleibt die Hegemonie der autoritären Arbeitsgesellschaft unangefochten, und eine Entwicklung nimmt ihren Lauf, die für die (für die Arbeit) Überflüssigen letztlich lebensbedrohlich ist.

Kann Selbstverwaltung / alternative Ökonomie Teil einer Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein?

von Elisabeth Voß

Selbstverwaltung gestern und heute

In den Kollektiven der 1970er/80er, teilweise noch 90er Jahre wurde die heutige Erwerbsarbeitsrealität schon gelebt: mobil, flexibel, eigenverantwortlich und engagiert arbeiteten wir mit hohem Einsatz für Niedriglöhne. Der kleine Unterschied: die Eigentumsverhältnisse waren andere, die Betriebe gehörten uns, nicht irgendwelchen EigentümerInnen, die uns ausbeuteten. Damals entstand der Begriff der „Selbstaussbeutung“.

Wir hatten hohe Ansprüche daran, was produziert wird, und wie dies geschieht. Es ging um die Strukturen der Betriebe, um Fragen informeller Hierarchien, um Kollektivität. Auch wenn wir die Bedingungen in den Betrieben selbst bestimmen konnten, gab es Freiheit nur im Rahmen der Marktzwänge. Die Waren oder Leistungen mußten am Markt verkauft werden, daraus bezogen wir unsere materiellen Lebensgrundlagen.

Die selbstverwalteten Betriebe hatten ihren Ursprung in den sozialen Bewegungen nach der StudentInnenrevolte 1968. Die persönlichen Entscheidungen der KollektivistInnen zu selbstverwalteter Arbeit erfolgten i.d.R. auf Basis relativ abgesicherter Umgebungsbedingungen.

Heute haben wir eine grundlegend andere Ausgangslage: wenn Menschen heute an wirtschaftliche Selbsthilfe denken, dann ist das eher aus der Not geboren als aus freier Entscheidung und politischem Anspruch. Dabei würde ich noch nicht von einer neuen Selbstverwaltungsbewegung sprechen, habe aber den Eindruck, dass das Thema wieder aktuell wird.

Zum einen gibt es - hier auf dem BUKO als zentrales Thema - die Ökonomie- und Aneignungsdebatte im Rahmen globalisierungskritischer Bewegungen, mit Ansätzen für neue autonome Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe, die nicht am Markt orientiert sind, z.B. Umsonstläden. Diese setzen voraus, dass die KollektivistInnen ein Einkommen außerhalb des Projekts erzielen.

Zum anderen gibt es Initiativen und Projekte, die versuchen dauerhaft tragfähige Perspektiven am Markt zu entwickeln, und dafür auch öffentliche oder private Fördermitteln in Anspruch nehmen. Es geht dabei vorrangig eher um die Schaffung von Arbeitsplätzen als um Kollektivität.

Wie können politische Ansprüche und

wirtschaftliche Notwendigkeiten zusammen gehen in den Zeiten von Hartz und Co.? Lassen sich die potentiellen Widersprüche auflösen?

Aneignung der Grundlagen für wirtschaftliche Selbsthilfe

Können selbstverwaltete Betriebe und Projekte mehr sein als Nischen? Kann aus ihnen ein dauerhaftes Einkommen erzielt werden? Eine breite gesellschaftliche Selbstverwaltungsbewegung bräuchte soziale und materielle Grundlagen. Die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse sind so tief verankert, dass die Frage der Aneignung sich in jedem Lebensbereich stellen läßt. Ich möchte hier drei Aspekte darstellen:

1. Deutungsmacht
2. materielle Ressourcen
3. immaterielle Ressourcen

1. Aneignung von Deutungsmacht

Eigentum ist Diebstahl - das kann gar nicht laut genug in die Gesellschaft getragen werden. Den Lügen der Herrschenden, die sich mit ihrem „wir müssen sparen“ in die Herzen und Hirne von immer mehr Menschen fressen, lautstark entgegen setzen: es ist genug für alle da. Das ist vielleicht der wichtigste Akt von Aneignung, weil sich ohne die Menschen nichts ändern wird. Die Frage wie Deutungsmacht zu erringen ist, berührt z.B. das Bildungssystem oder die Machtverhältnisse am Medienmarkt.

2. Aneignung materieller Ressourcen

Dabei geht es um all das, was für eine alternative Ökonomie - unabhängig davon ob sie sich eher am Markt oder eher an Selbstversorgung orientiert - materiell erforderlich ist: Land, Gebäude und Produktionsmittel, Anschubfinanzierung und zeitliche Freiräume ohne Arbeitszwang. Dafür sollte jedes Mittel recht sein: direkte Aneignung z.B. durch Besetzungen, wenn sie gesellschaftlich durchsetzbar sind. Die Hausbesetzungen v.a. der 1980er Jahre waren erfolgreich und haben (trotz aller Konflikte um die Frage der Legalisierung) zu preiswertem Wohnraum geführt. Aber auch indirekte Aneignungen sind möglich, wenn von vornherein um Ressourcen verhandelt wird oder Anträge gestellt werden auf Fördermittel. Entscheidend ist aus meiner Sicht das Wie der Aneignung, die Kultur der Auseinandersetzung, die Einfluß hat auf die aus solchen Aneignungsprozessen entstehenden Projekten. Aus meinen persönlichen Erfahrungen möchte ich dazu drei kritische Aspekte benennen.

Erstens beinhaltet der Umgang mit staatlichen oder anderen Fördermitteln ein hohes Risiko,

die ursprünglichen Intentionen zu vergessen, sich in Sachzwängen zu verheddern oder gar korrumpieren zu lassen. Das war schon Thema in der Staatsknetedebatte der 1980er Jahre. Die Interessenlage einzelner Personen kann sich ändern. Aber wenn ein ganzes Projekt eingebunden bleibt in einen politischen Diskussionszusammenhang, dann kann der Austausch mit anderen zumindest immer wieder daran erinnern, was das ursprüngliche Motiv der Aneignung war. Und es lassen sich strukturelle Sicherungen finden, um die Gelder daran zu binden.

Zweitens die Frage des Klassenbewußtseins. In materiellen Aneignungsprozessen kommt es zu Kontakten und Konfrontationen mit staatlichen oder privaten Institutionen und Organisationen. Mir ist es wichtig, dabei zu trennen zwischen Personen und Organisationen. Die Angestellten in Arbeitsagenturen oder öffentlichen Verwaltungen sind nicht der Klassenfeind. Wenn sie sich zu Handlangern von Ignoranz oder Schikanen machen, gehört das angegriffen. Aber erstmal sind diese Menschen für mich KollegInnen, und im kollegialen Umgang läßt sich einiges erreichen.

Drittens wünsche ich mir mehr Respekt untereinander, eine gelebte Einsicht in die Verschiedenheit der Menschen und ihrer Lebensentwürfe, Akzeptanz für den unterschiedlichen Umgang mit dem kleinen persönlichen Eigentum und den im Projekt geschaffenen. Grenzüberschreitungen als Aneignungsaktionen können kein Mittel untereinander sein (das wurde auch bei der BUKO-Aktion in der Wasserausstellung deutlich, wo mit der Wegnahme von Katalogen Menschen geschädigt wurden, die doch eigentlich zu „uns“ gehören - so etwas macht mir Angst).

3. Aneignung immaterieller Ressourcen

Immaterielle Ressourcen sind all die Möglichkeiten die wir haben, die unabhängig sind von Geld. Also unsere Potentiale und Fähigkeiten, die wir zusammen bringen können, die wir schon haben, nicht erst nehmen oder fordern müssen. Sondern die wir gemeinsam entwickeln können. Unser Arbeitsvermögen, unsere Motivation und Kreativität, und das soziale Kapital - ja ich weiß, ein schwieriger und oft mißbrauchter Begriff. Auch immaterielle Ressourcen sind nicht voraussetzungslos. Die Fähigkeit zur Selbstverwaltung hängt auch ab von materiellen Zugängen, z.B. dem Zugang zu Bildung oder zu sozialen Beziehungen. Die Fähigkeit solche Beziehungen aufzubauen ist ungleich verteilt, und folgt zunehmend der materiellen Ungerechtigkeit.

Eingedenk all dessen liegt in der Vernetzung und Kooperation eine Chance. Auch materiell Arme

können durch gemeinsames Tun immateriell reich werden. Reich an Erfahrung, an Freundschaft und an Freude. Warum eignen wir uns nicht die Freude an? Die Freude an selbstbestimmter Arbeit, am Leben, am Miteinander? Im Unterschied zu materiellen Ressourcen, die sich verbrauchen, handelt es sich bei immateriellen Ressourcen um Überflußressourcen. Sie werden durch Teilen mehr statt weniger (Beispiel Linux) und entziehen sich in selbstverwalteten Freiräumen (weitgehend) der Beherrschbarkeit. Und sie können einen Nährboden bilden für bescheidenen materiellen Wohlstand, im Sinne eines würdigen Auskommens in einem solidarischen Umfeld.

Zusammenhang von wirtschaftlicher Selbsthilfe und politischer Praxis

Es gibt viele Versuche, viele Wege zu gesellschaftlichen Veränderungen. Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe dienen v.a. der Verbesserung der materiellen Situation der direkt Beteiligten. Sie bergen ein utopisches Moment als Keimformen einer anderen Gesellschaft. Politische Aktionen zielen auf Bewußtseinsbildung und direktes Eingreifen in politische Prozesse.

Wichtig ist die Zusammengehörigkeit dieser unterschiedlichen Wege, in gegenseitigem Respekt. Ich hoffe, dass die linke Unsitte, den Hauptfeind in anderen linken Gruppen auszumachen statt beim Klassengegner (nebenbei: ein sehr männliches Herangehen) langsam überwunden werden kann, auch durch solche Treffen wie dieses hier. Die Zusammengehörigkeit erfordert von den politischen AktivistInnen die Anerkennung wirtschaftlicher Selbsthilfe als politischer Strategie, möglicherweise im Einzelfall auch den Respekt vor (zeitweiser) politischer Abstinenz von KollektivistInnen. Selbstverwaltete Arbeit kann leicht zur Überforderung werden, die alle persönlichen Reserven frißt. Aber so lange nur politische Aktionen kollektiv durchgeführt werden, und die AktivistInnen danach allein nach Hause gehen, sind sie ihren materiellen Problemen (die zunehmen werden) allein ausgeliefert. Das macht angreifbar. Daher ist wirtschaftliche Selbsthilfe zur Schaffung autonomer und solidarischer kollektiver Absicherungen heute dringend notwendig.

Die KollektivistInnen sollten sich aber zumindest im eigenen Selbstverständnis als Teil politischer Bewegungen begreifen und nicht glauben, kollektives Arbeiten sei für sich schon ausreichend politisch. Ökonomische Selbsthilfe ist ein möglicher Weg zu gesellschaftlicher Veränderung, aber keineswegs ausreichend.

Politische und wirtschaftliche Arbeit gehört zusammen, das eine macht ohne das andere aus

meiner Sicht wenig Sinn. Daher scheint es mir wichtig, dass beide Seiten miteinander im Gespräch bleiben, die jeweils eigene Praxis politisch reflektieren und sich nicht im Alltagsstreß verheddern - das gilt für AktivistInnen ebenso wie für KollektivistInnen. Vielleicht finden wir ja mal eine gemeinsame politische Strategie. Denn wenn wir heute von Selbstverwaltung sprechen, müssen wir uns zum neoliberalen Diskurs positionieren und die Fallstricke erkennen, um nicht ins offene Messer zu laufen. Ich möchte das an zwei aktuellen Diskussionssträngen verdeutlichen:

Erstens: der Staat muß sich zurückziehen (angeblich sind ja die Kassen leer), die Eigenverantwortung der BürgerInnen soll stärker werden (darum kräftig fordern - das Fördern bleibt nebulös), Selbsthilfe und Genossenschaften sollen es richten. Bei aller Staatskritik ist es im Moment vordringlich, den Staat nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Denn Selbsthilfe hat Grenzen, sie dient den an ihr Beteiligten, grenzt aber nicht Beteiligte aus. Eine unterschiedslose Existenzsicherung für alle können „wir“ nicht leisten. Das bleibt Aufgabe des Staates.

Zweitens: Gewerkschaften sind überlebte Besitzstandswahrer und altertümliche Betonköpfe. Natürlich gibt es jede Menge berechtigte Kritik an den Gewerkschaften. Aber sie sind nun mal die einzige Klassenorganisation die wir haben, und wenn wir selbst die noch totreden, was dann?

Wir dürfen uns nicht mißbrauchen lassen für einen neoliberalen Entsolidarisierungs- und Ausgrenzungsdiskurs, weder als selbstverwalteter Niedriglohnsektor, noch durch freiwilligen Verzicht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung. Gerade heute geht es darum, sowohl Staat als auch Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung für eine materielle und soziale Sicherung aller Menschen in diesem Land zu entlassen.

Wenn wir mit der Aneignung von Deutungsmacht, materiellen und immateriellen Ressourcen, eingebunden in politische Bewegungen, selbstverwaltete Betriebe und Projekte aufbauen, gemeinsam Arbeit und Wohlstand neu definieren und leben, und den gemeinsam geschaffenen Wohlstand dann gemeinsam nutzen und genießen - dann haben wir vielleicht das gute Leben - jetzt.

Wirtschaftliche Selbsthilfe als Aneignungsstrategie gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung?

Thesen zur Situation in Deutschland

von Elisabeth Voß

Aneignung

1. Selbsthilfe entsteht i.d.R. aus einem Mangel, oder aus der Not heraus. Die selbstverwalteten Betriebe und Projekte der 1970er/80er Jahre in Westdeutschland entstanden aus den sozialen Bewegungen, aus dem Wunsch nach sinnvoller Arbeit jenseits der kapitalistischen, Menschen und Umwelt zerstörenden Verwertungslogik.
2. Es war ein Versuch der Aneignung der Entscheidungsgewalt über den eigenen Alltag, über Art und Inhalte der eigenen Arbeit, und über die Gestaltung der sozialen und materiellen Beziehungen im Arbeitsprozess.
3. Eine Aneignung materieller Ressourcen fand im größeren Stil nicht statt - Ausnahme: Hausbesetzungsbewegung. Die selbstverwalteten Betriebe und Projekte richteten sich überwiegend in bescheidenen, unterkapitalisierten Nischen ein.

Markt

4. Die Befreiung von der Entfremdung hat auch im Kollektiv ihre Grenzen. Zwar gibt es keine direkte kapitalistische Ausbeutung im Betrieb, aber der Markt fordert seinen Tribut: "Es gibt nichts Richtiges im Falschen" (Th. Adorno).
5. In vielen Kollektiven wurde die heutige Erwerbsarbeitsrealität schon gelebt: mobil, flexibel, eigenverantwortlich und engagiert leisteten die KollektivistInnen ihre Arbeit zum Niedriglohn ("Selbstaussbeutung").
6. Von den ursprünglichen Ansprüchen mußten Abstriche gemacht werden, z.B.: Montage einer Solaranlage auf dem Dach eines bekannten Kandidaten einer rechten Partei, Vertrieb der Bücher des rechten "Ernährungspapstes" Max Otto Bruker (in vielen Bio- und Buchläden der Szene). Exkurs Brasilien: Herstellung von Schuhen für Hunde (wo viele Menschen sich keine Schuhe leisten können).

Risiken

7. Es gibt Menschen, die nicht bereit oder fähig sind zu Selbstverwaltung und wirtschaftlicher Selbsthilfe, und das ist ihr gutes Recht. Da Selbsthilfe als freiwilliges Engagement immer auch die Ausgrenzung der nicht an ihr Beteiligten

beinhaltet, bleibt es die Verantwortung des Staates, soziale Sicherung und Daseinsfürsorge für alle sicher zu stellen.

8. Selbstverantwortung ist im Kontext der gegenwärtigen Debatten zum Umbau des Sozialstaats zum neoliberalen Kampfbegriff geworden. Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe, insbesondere die im Aufschwung befindlichen neuen Genossenschaften, dürfen sich nicht als selbstverwalteter Niedriglohnsektor mißbrauchen lassen.
9. Es ist nicht immer schön, wenn Menschen ihre Belange in die eigenen Hände nehmen - auch Vetternwirtschaft, Mafia oder Selbstjustiz sind Formen von Selbsthilfe. Wichtig für eine politische Bewertung ist immer die Frage: wer tut sich mit wem zusammen, in wessen Interesse?

Chancen

10. Um politisch wirksam zu sein, und sich nicht im Hamsterrädchen des alltäglichen wirtschaftlichen Existenzkampfes am Markt zu verlieren, muß sich Selbstverwaltung als Teil einer politischen Bewegung begreifen, und darf sich nicht von anderen Politikformen abspalten lassen.
11. Wirtschaftliche Selbsthilfe braucht Strategien zur Aneignung notwendiger Ressourcen: materielle Grundlagen (Land und Häuser, Produktionsmittel, Geld) müssen erkämpft werden, soziales Kapital (eine Ressource, die sich der Beherrschbarkeit entzieht) entsteht aus dem gemeinsamen Tun.
12. Solidarische wirtschaftliche Selbsthilfe, in der die Beteiligten das einbringen, was sie können (Zeit oder Geld), und das erhalten was sie brauchen (einen Anteil am gemeinsam erwirtschafteten) kann sowohl eine Strategie zum guten Leben trotz ALG 2 sein, als auch Keimform einer neuen Gesellschaft.

Anmerkungen zur Diskussion in der AG:

Es wurde in der Diskussion deutlich, dass politische Aktionen und politischer Kampf in Deutschland kollektiv stattfinden, aber danach gehen die AktivistInnen allein nach Hause. Die Sicherung der materiellen Basis ist bislang kein Thema. Für viele StudentInnen in der AG war klar, dass das Studium (Bafög) irgendwann zu Ende ist, und sich dann die Frage nach der Existenzsicherung stellt - heute angesichts von Hartz usw. viel verschärfter als damals. Ich hatte das Gefühl, dass es bei vielen den Wunsch gab, über kollektive Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe nachzudenken. Für den weiteren Austausch wurde eine Rundmail an 17 TeilnehmerInnen geschickt, es gab aber keine Reaktionen darauf.

Thesen zur Situation in Argentinien

von *Alix Arnold*

Aneignung

* Die Betriebsbesetzungen in Argentinien sind aus der Notlage entstanden, ohne Ideologie (im Gegensatz zu den Fabrikbesetzungen der 70er Jahre) und ohne einheitliche Konzepte. Die Erfahrungen wurden von einem Betrieb zum nächsten weitergegeben, und es wurde viel experimentiert.

„Wir wollen arbeiten“ ist keine radikale Forderung, trotzdem waren die Betriebsbesetzungen in dieser Situation ein radikaler Schritt. Statt um Arbeitsplätze zu betteln, haben sich die ArbeiterInnen die Produktionsmittel angeeignet.

* Besetzungen haben in allen Branchen stattgefunden, in der Industrie (25% Metall), im Handwerk und bei Dienstleistungsbetrieben. Viele besetzte Betriebe sind Kleinbetriebe, die Hälfte hat weniger als dreißig Beschäftigte. Die Maschinerie ist in vielen Fällen veraltet.

Eine Ausnahme bildet die Kachelfabrik Zanon in Neuquén: eine selbstverwaltete High-Tech-Fabrik, bei der die Belegschaft von anfänglich 250 ArbeiterInnen auf mehr als 400 ausgeweitet und ein enormes Ausmaß an Politisierung erreicht werden konnte.

(Siehe die Broschüre „Eine Fabrik in Patagonien - Zanon gehört den Arbeitern“, Beilage zur Wildcat #68: http://www.wildcat-www.de/wildcat/68/w68_zanon.pdf)

* Die Bewegung ist – wie die anderen Bewegungen in Argentinien – im Niedergang begriffen. Es kommen kaum noch neue Betriebe hinzu, fast alle sind als Kooperativen legalisiert. Von den besetzten Betrieben geht politisch nichts mehr aus, in den meisten wird nur noch gearbeitet.

* Die generelle Entpolitisierung macht auch vor Zanon nicht halt. Hier wird aber noch versucht, mit Versammlungen, politischen Diskussionen und Aktionen gegenzusteuern. Aber auch Zanon ist kein „Modell“: Wenn die Selbstverwaltung nicht als Teil einer größeren Bewegung in weitergehenden Kämpfen aufgeht, wenn sie zu einer Insel im Kapitalismus wird, steht auch ein großes und großartiges Projekt wie Zanon vor denselben Problemen, die wir aus unseren viel kleineren Versuchen hier kennen.

(Zur aktuellen Situation der besetzten Betriebe in Argentinien siehe: <http://www.wildcat-www.de/wildcat/70/w70argen.htm>)

Markt

* Viele besetzte Betriebe in Argentinien wurden mit Pseudo-Enteignungen vorübergehend legalisiert: Der Betrieb wird den ArbeiterInnen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Sie müssen in dieser Zeit versuchen, aus dem wertlosen Schrott wieder Kapital zu machen. Sie sind dabei weder Eigentümer, noch können sie sich auf Arbeiterrechte berufen. Wenn sie scheitern, ist es ihr Problem; wenn es ihnen gelingt, den Laden wieder ans Laufen zu bringen, „dürfen“ sie ihn danach kaufen. Dem Privateigentum, das mit der Besetzung infrage gestellt wurde, wird damit wieder zur Wirkung verholphen.

* Legal, illegal? Ein trauriges Beispiel ist der Niedergang der Textilfabrik Brukman in Buenos Aires, die ein Symbol der radikalen Besetzerbewegung war. Nach heftiger Repression und acht Monaten auf der Straße setzen die Arbeiterinnen heute auf ihren peronistischen Anwalt, auf Legalität und Stillhalten. Sie wurden legalisiert und konnten wieder in die Fabrik zurückkehren, aber hier werden jetzt keine Diskussionen mehr geführt, sondern Überstunden gekloppt, um den Ansprüchen der Kunden gerecht zu werden.

* Durch die Legalisierung geraten die ArbeiterInnen wieder in den Zwang, Mehrwert zu produzieren. Außerdem sind sie vom Markt abhängig.

In den meisten Betrieben herrschen lange Arbeitszeiten vor (ein Drittel acht Stunden, ein Viertel acht bis zehn Stunden, 13% mehr als zehn Stunden pro Tag). Wenn Betriebe ihre Produktion in Gang bekommen und hochfahren können, wird die Arbeitszeit tendenziell regulierter – aber auch länger.

Risiken

* Diskussion in den Bewegungen von Arbeitslosen und BetriebsbesetzerInnen über die Strategie: Steht die Forderung nach „richtiger Arbeit“ im Mittelpunkt – oder ist der Aufbau eigener Betriebe das Ziel? Geht es um Klassenkampf oder um Ausstieg? Sollen wir den Staat „in die Pflicht nehmen“ oder uns so weit wie möglich unabhängig machen und antistaatliche Selbsthilfe praktizieren?

(Von den BezieherInnen der minimalen Arbeitslosenunterstützung wird als Gegenleistung vier Stunden Arbeit pro Tag verlangt. Einige Piquetero-Organisationen haben durchgesetzt, dass ihre Mitglieder diese Arbeit nicht bei staatlichen Stellen ableisten, sondern in eigenen Betrieben und Projekten. So kommt die Arbeitsleistung den eigenen Leuten zugute und verbessert die Lebensbedingungen im Stadtteil. Die Organisationen geraten dadurch jedoch in eine widersprüchliche Kontrollposition.)

* Der Kapitalismus lässt sich nicht von den Rändern her aushöhlen. In der Alternativbewegung in der BRD waren solche Vorstellungen verbreitet. In dieser Hinsicht ist die Alternativbewegung gescheitert.

Auch in Argentinien wird viel darüber diskutiert, ob es um Ausstieg und den Aufbau eines Gegenmodells geht, oder um den Angriff auf den Kapitalismus. Um aus der Marginalisierung herauszukommen, versuchen einige BetriebsbesetzerInnen, die Bewegung in die ‚normale Arbeitswelt‘ auszuweiten, und sich mit oppositionellen GewerkschafterInnen und kämpferischen ArbeiterInnen zusammenzutun.

Chancen

* Die ArbeiterInnen von Zanon sind als radikale Fraktion der BesetzerInnen als einzige ohne Legalisierung übriggeblieben. Sie sind einerseits von Räumung bedroht, und andererseits von den Zwängen des Marktes. Als einzelnes Projekt, ohne eine entsprechende Bewegung, stehen ihre Chancen schlecht.

Aber wie auch immer die Geschichte ausgeht: die *compañer@s* haben enorm wichtige Erfahrungen gemacht, die vorher kaum jemand für möglich gehalten hätte, und diese Erfahrungen bleiben, nicht nur für die unmittelbar Beteiligten. Sie haben gezeigt, was jetzt schon möglich ist, und in den kämpferischen Momenten der Bewegung entsteht eine Ahnung, was noch alles möglich wäre, wie eine andere Gesellschaft aussehen könnte.

Das Mietshäuser Syndikat

von Stefan Rost und Doris Schweitzer

Es gab 15 TeilnehmerInnen. Im ersten Teil haben wir anhand von Wandtafeln mit Schaubildern erklärt, was das Mietshäuser Syndikat ist, wie es funktioniert und welche Zielsetzungen es verfolgt. Dieser Teil liegt leider nicht in schriftlicher Form vor. Als Ersatz haben wir unten den Artikel „Hütten, Häuser und Kasernen“ aus der Zeitschrift *Contraste*, November 2003, als kurzen Überblick aufgeführt. (Die gleichnamige Infobroschüre kann angefordert werden. Infos auch unter www.syndikat.org)

Im zweiten Teil haben wir versucht, das Syndikat unter kritischen Blickwinkeln zu beleuchten (Manuskript siehe unten). Unsere Vorstellung, auf dem BUKO damit eher theoretische Fragestellungen mit Begriffen wie Aneignung, Hausbesitz oder Hausbesetzung, Kapital und Eigentum zu diskutieren wurde aber enttäuscht. Niemand ist darauf eingegangen! Die Fragen und Diskussionen betrafen im wesentlichen das vermutlich zentrale Anliegen der TeilnehmerInnen: Wie mache ich selbst ein Hausprojekt? Was kann ich vom Syndikat dafür mitnehmen? Trotzdem hat die Veranstaltung Spaß gemacht und war wohl für die meisten ganz informativ.

Mit dem Austausch nicht so recht geklappt. Für das nächste Mal müssten wir uns mehr darum bemühen, wie denn Bezüge zwischen den sehr unterschiedlichen Ansätzen hergestellt und diskutiert werden können.

Erster Teil:

Hütten, Häuser und Kasernen

Hier haben früher Tagelöhner gelebt, da hat der Kurarzt residiert und dort haben Kadetten für den nächsten Krieg trainiert. Viel haben sie auf den ersten Blick nicht gemeinsam, die kleinen Hütten in Freiburg-Haslach, die Villa in Bad Krozingen und die ehemaligen Kasernengebäude in Tübingen, außer dass die Gebäude alle schon einige Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte auf dem Ziegeldach haben. Was Verbindet der Erwerb einer einzelnen Wohnung mit Platz für 6 Bewohnerinnen, der von 4 Kasernengebäude für 250 Menschen, und der Kauf und Ausbau alter Fabrikgebäude für 56 Menschen zum Wohnen und über 1000 m² Gewerberaum? Auch hier stechen eher die Unterschiede hervor: eine kleine Wohneinheit in der Freiburger Innenstadt, das

SUSI-Projekt mit 45 WG-Wohnungen am Stadtrand, verglichen mit Grether-Ost mit Raum für zwei Kindertagesstätten, minirasthaus und MediNetz und vielem mehr in der Nähe des Bahnhofes.

Man könnte einwenden, die genannten Projekte liegen alle im süddeutschen Raum. Doch was haben sie gemein mit der „Fritze GmbH“ in Frankfurt, dem Verein „Schwarzen Sieben“ in Hanau, der Liebigstraße, Grünbergerstraße und O45 in Berlin oder der VEB Wohnfabrik in Halberstadt ?

Die Gemeinsamkeiten liegen mehr hinter der Fassade, in den Geschichten der Häuser, in der Organisationsstruktur und in den Köpfen der Menschen, die darin wohnen – wie nicht schwer zu erraten handelt es sich bei all diesen um Mietshäuser Syndikats-Projekte.

Viele Häuser – ein Fundament: Die Grundstruktur

Gemein ist allen Projekten und Projektinitiativen, dass sie als Syndikatsprojekt die Grundstruktur einer Haus-GmbH aufweisen. Sie alle sind selbstorganisiert, bei allen ist das Mietshäuser Syndikat beteiligt und alle

haben sich verpflichtet, Beiträge zum gemeinsamen Solidarfonds zu bezahlen.

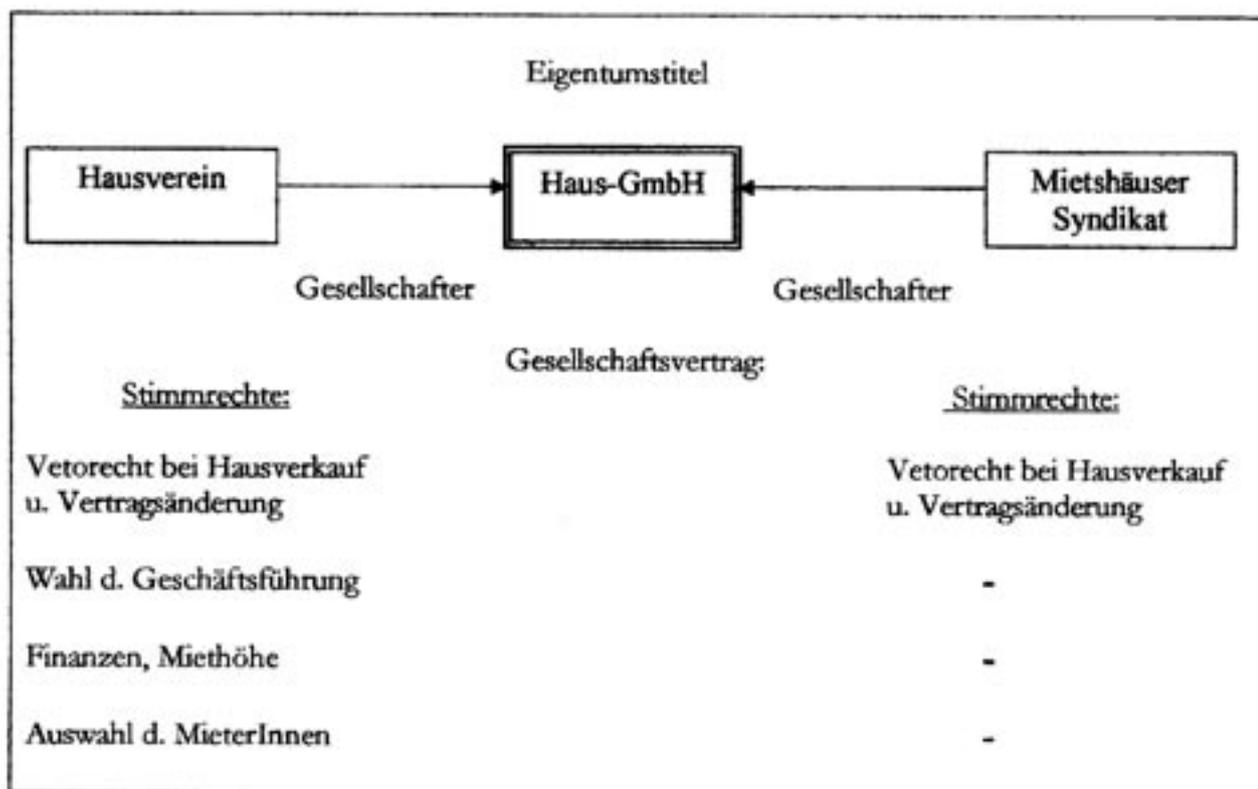
Festgelegt sind die Zuständigkeiten im Gesellschaftsvertrag, ebenso wie die anderen Grundbausteine des Mietshäuser Syndikats: sozialgebundene Vermietung und Verwaltung in Selbstorganisation. Vertragsänderungen können nur von Hausverein und Syndikat gemeinsam erfolgen.

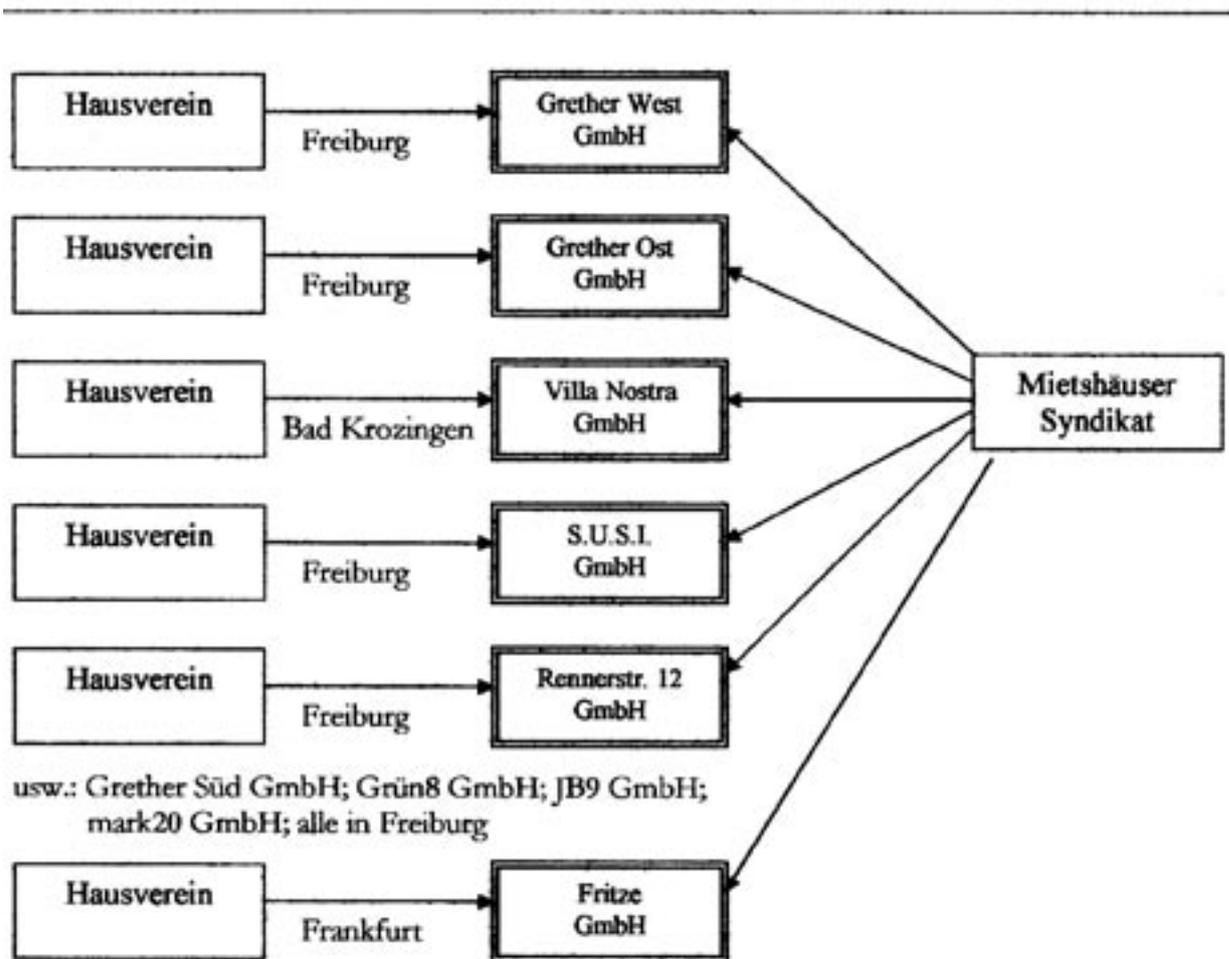
Stichwort Selbstorganisation: Wie hoch ist die Miete, wer zieht ein oder aus, wie wird umgebaut und wie läuft das Leben in Haus und Hof und zwischen den Menschen – darüber entscheiden allein diejenigen, die hier wohnen und arbeiten. Geld besorgen, UnterstützerInnen werben, die Häuser ausbauen und in Stand halten: das alles organisieren die MieterInnen der Hausprojekte selbst. Gemeinsam bilden sie den Hausverein, und der ist Gesellschafter der Haus-GmbH. Diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist Eigentümer des Hauses und damit Vermieterin.

MieterInnen kommen und gehen – das Haus und die Idee aber sollen bleiben. Deshalb gibt es im Unterschied zu anderen genossenschaftlichen Hausprojekten noch einen zweiten Gesellschafter der GmbH: das Mietshäuser Syndikat.

Durch das Vetorecht des Syndikats bei Verkauf

Grafik: Grundstruktur





Grafik: Gesellschafter

und Privatisierung werden Gebäude und Grundstück auf Dauer dem Immobilienmarkt entzogen – das Eigentum ist neutralisiert. Und sollte es doch einmal zwangsweise zu einem Verkauf kommen, wird das Vermögen laut Gesellschaftsvertrag einem Dritten zugesprochen, so dass keiner der Gesellschafter Gewinne einheimsen kann. Diese Gewaltenteilung ist von keiner Seite allein änderbar.

Auch wenn jedes Projekt eine eigenständige GmbH bildet, sind sie doch untereinander verbunden: über das Syndikat als gemeinsamer Gesellschafter und natürlich auch informell untereinander. So ist eine merkwürdige projektübergreifende Struktur von derzeit 15 Hausprojekten entstanden.

Der Solidarfonds ist eine der Möglichkeiten, durch die die bereits bestehenden Hausprojekte gemeinsam neue Initiativen unterstützen. Alle MieterInnen von Syndikatsprojekten zahlen einen Solidarbeitrag in diesen Fond ein – seit 1992 beträgt dies rund 130.000 Euro. Neue Projekte und Projektinitiativen können dadurch Unterstützung für Beratung und Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Und bei der Gründung der Haus-GmbH wird der Syndikatsanteil des

Eigenkapitals teilweise aus dem Solidarfonds bezahlt.

Durch die Solibeträge der MieterInnen und den sogenannten Solidarbeteiligungen, d.h. der Beteiligung teilweise entschuldeter „Alt“-projekte als stille Teilhaber an „Neu“-projekten, wird ein Geflecht von Verbindungen der Projekte untereinander geschaffen. Eine solches Verflechtung verankert die gemeinsame Idee wesentlich besser als reine Absichtserklärungen in einer Satzung.

Hoch abstrakt und anschlussfähig

So abstrakt das Grundmodell für die einzelnen Projekt ist, die jeweilige GmbH mit ihren beiden Gesellschaftern Hausverein und Mietshäusersyndikat, es macht nur geringe strukturelle Vorgaben. Weder die Größe ist entscheidend – theoretisch wäre eine Wohnung für eine Person unter dem Dach des Mietshäusersyndikates denkbar. Noch die Art der Nutzung unterliegt einer genauen Regelung: zu den Projektinitiativen des Syndikates gehört auch das Freiburger rasthaus. Das Projekt rasthaus ist eine

Idee: ein Haus als Anlaufstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen, die in ungesicherten Verhältnissen leben; ein Haus mit Beherbergungsmöglichkeit, Beratung und medizinischer Hilfe, in dem keine Fragen nach Pass oder Aufenthaltsgrund gestellt werden; ein Haus mit Möglichkeiten zur Selbstorganisation.

Billigen Mietraum zu schaffen heißt Raum zu bieten sowohl für Menschen zum Wohnen, für kleinere Betriebe oder eben auch die Möglichkeit der Idee eines rasthauses.

Die GmbH-Struktur bietet aufgrund seiner Offenheit Platz für all diese Projekte. Es besteht auch kein Vorgabe über die Art des Erwerbes: Ob eine einzelne Wohnung, Erbpachtvertrag oder kompletter Hauskauf – „alles“ ist möglich.

Diese Unterschiede zeigt den meist sehr individuellen Charakter der Syndikats-Projekt. Neben der gemeinsamen Idee vom selbstorganisierten Wohnen ist es den einzelnen Projekten möglich, ihre eigenständigen Strukturen und Charakter aufrechtzuerhalten oder zu entwickeln.

Vielleicht kann diese Eigenschaft des Syndikats, in die einzelnen Projekt mit ihrer Besonderheit und Identität weitest möglich nicht einzugreifen, die Gründung so vieler neuer Hausprojekt in der ganzen Bundesrepublik in den letzten Jahren erklären?

Zweiter Teil:

Kritische Anmerkungen

Jetzt kann man natürlich sagen: nette Idee, dieses Mietshäuser Syndikat (MHS), könnte noch darüber streiten, ob das was mit solidarischer Ökonomie zu tun hat – denn letztlich betrifft es ja nur Einzelaspekte des Lebens, die Frage was mit der Miete passiert – und ob dieses punktuelle Eingreifen irgendein emanzipatorisches Potential bietet. Und das wars dann. Man kann aber auch das MHS noch unter anderen Gesichtspunkten betrachten, die hier beim BUKO eine Rolle spielen.

Der Zweite Teil wird deswegen aus einer genaueren Betrachtung des MHS-Modells bestehen. Vorneweg will ich noch zwei Punkte anmerken:

- Es soll hier erstens nicht behauptet werden, dass das MHS-Modell die Lösung aller Probleme darstellt bei der Frage, wie man sich im kapitalistischen System bewegen kann, sondern nur dass im Folgenden Punkte bei diesem Modell sind, die es sich unserer Meinung nach lohnt unter allgemeineren Gesichtspunkten zu betrachten

- zweitens ist noch vorzuschicken, dass diese Analyse des MHS-Modells die Meinung von Stefan

und mir widerspiegelt, also nur von zwei Leuten des MHS und somit nicht unbedingt repräsentativ ist

1. Eigentum durch Eigentum bekämpfen - marktkonformes Instrument GmbH, um Häuser dem Markt zu entziehen

Der Gag des MHS ist, dass man sich ein erzkapitalistisches Gewand anzieht – die Rechtsform einer GmbH annimmt, um zentrale Elemente des Kapitalismus auszuhebeln – die Möglichkeit von Eigentum und dem damit verbundenen Verfügungsrechte darüber. Und insofern ist es in keinster Weise verwunderlich, dass dieses Vorgehen, das bewusste Mitspielen im Kapitalismus mit den entsprechenden kapitalistischen Spielregeln, von Linken misstrauisch beäugt wird und wurde. Denn es mutet schon absurd an, sich in ein schickes Sakko zu werfen, mit einem Makler zu treffen und darüber zu verhandeln, ob man jetzt eine halbe Millionen Euro zahlt oder doch nur 450.000 € - und dass dann noch als Möglichkeiten für linke Politik verkaufen will.

An dieser Stelle kommt oft der altbekannte Einwand: Es gilt den Kapitalismus abzuschaffen und damit natürlich auch das Eigentum. Wie kann man aber das Eigentum bekämpfen? Über die Richtigkeit der Analyse des Kapitalismus, ob der Kern in der Produktions- oder in der Wertsphäre liegt? Wobei ich aber behaupten würde, ein stahlhart geschultes Bewusstsein juckt das Eigentum in keinster Weise.

Vielleicht muss man in bestimmten Situation umdenken: der Ansatz des MHS geht dahin, das Eigentum mittels Eigentum bekämpfen. Diese erzkapitalistische Form GmbH kann eben auch aus dem Grund gewählt werden, weil man damit die Problematik des Kapitalismus genauer erfassen kann Und nur so eine Umwertung des gekauften Eigentums hinkriegt.

Seit den Anfängen des MHS wurde und wird dieser Ansatz immer in Abgrenzung zu wahren revolutionären Taten gestellt: „revolutionäres“ Besetzen versus „reformistisches“ Kaufen.

Die Frage ist doch aber, ob das sogenannte revolutionäre Besetzen aus der Eigentumsfalle herausführt – der eigentliche Akt des Besetzens stellt sich sicherlich gegen die herrschende Gesellschafts- und Rechtsordnung. Nach diesem Akt geht es aber meist darum, das Haus zu halten, weil man eben nicht aus der Situation herauskommt, dass man in einem fremden, d.h. in einem Haus ist, dass jemanden anderem gehört.

Nur noch als kurze Anmerkung zu diesem Punkt: Wir wollen in keinster Weise sagen, dass Besetzen falsch ist – oft macht es mehr Sinn als andere

Handlungsformen. Wir wollen auch nicht bestreiten, dass über die Besetzung, die Konfrontation, das Haus zu halten, Dynamiken geschaffen werden, die mehr Potential haben als irgendein Hauskauf. Die Frage, um die es ging, war nur, ob Besetzen das Eigentum angreift.

2. Netzwerkcharakter des MHS?

Ein heutzutage fast inflationäre Forderung auch innerhalb der Linken ist die nach Vernetzung.

Stellt das MHS eine Vernetzung im eigentlichen Sinne dar? Wenn man das Schaubild betrachtet, dann kann sicherlich dieser Eindruck erweckt werden.

Zentral ist aber im Falle des MHS meiner Meinung nach nicht die Tatsache, dass die Projekte nicht nur in einer Stadt existieren, sondern in ganz Deutschland verteilt sind – es war sogar lange Zeit der Fall, dass es nur MHS-Projekte in Freiburg gab.

Zentral ist meiner Meinung nach vielmehr die Tatsache des neutralen Dritten. D.h. dass jede Haus-GmbH einen Gesellschafter hat mit zentralen Vetorechten, was die Frage des Eigentumstitels betrifft – eben die MHS-GmbH, die kein persönliches Interesse an der Verwertung bzw. Vergoldung des Hauses hat. Dieser neutrale Dritte kommt über die Tatsache zustande, dass die Entscheidungsträger der MHS-GmbH die anderen Projekt-GmbHs und Einzelmitglieder sind, die mit der konkreten Hütte erst einmal nichts am Hut haben.

Was soll aber Vernetzung eigentlich heißen? Oft stellt sich für mich die Forderung nach Vernetzung nur als eine Umformulierung der Problematik: wir müssen möglichst viele werden dar – also eine Umformulierung des alten Massenansatzes. Vernetzung macht aber meiner Meinung nach nur dann Sinn, wenn der Netzcharakter außer der Frage, ob man mehr wird noch eigene Qualitäten aufweisen kann – eben wie in diesem Fall zugunsten der Konstruktion eines neutralen Dritten .

3. Privatisierung

Wie soll man sich angesichts der Privatisierung öffentlicher Güter verhalten?

Im Bereich der Wohnraumpolitik – (billigen bzw. überhaupt) Wohnraum für alle macht sich das an den Privatisierungen der Einrichtungen des sozialen Wohnungsbaus deutlich. Berlin z.B. ist pleite und verscherbelt an Immobilien auf dem privatwirtschaftlichen Markt, was geht. In Vielen Städten werden die mit der Verwaltung beauftragten Einrichtungen in der Privatrechtsform ausgestaltet – wurde in Frei-

burg früher die Verwaltung von sozialen Wohnraum in städtischer Hand gelegen, so leistet dies jetzt die Stadt-Bau-GmbH. Als quasi normaler Beteiligter auf dem Markt unterliegen diese öffentlichen Einrichtungen natürlich anderen Kriterien als in einem städtischen oder staatlichen Gewand.

Was kann in einer solchen Situation getan bzw. gefordert werden?

Die Forderungen, die gegen eine Privatisierung gerichtet sind, richten sich oft auf die Forderung der Erhaltung des Status Quo. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, aber auch im Bereich der Krankenversicherung etc. bedeuten dies, wenn man es ausbuchstabiert, eigentlich die Forderung, dass das Eigentum in staats- oder kommuneeigener Form erhalten bleibt.

Implizit scheint dem oft die Vermutung zugrundegelegt zu werden, dass der Staat oder die Kommune der geeignetere Eigentümer ist.

Den Erhalt des Status Quo kann die öffentliche Hand aber nicht garantieren – wie man ja gerade im Moment an den massiven Verkäufen in Berlin der Immobilien sieht.

Und überhaupt, waren wir nicht alle einmal gegen den Staat?

4. Ein auf Wachstum gerichtetes Modell

Als ein Element, in dem das MHS dem Kapitalismus gleicht, ist die Tatsache anzusehen, dass über den Solidargedanken, also die Einrichtung des Solidarfonds, das Modell auf Wachstum ausgerichtet ist

Theoretisch muss das MHS nicht weiter wachsen, die einzelnen Projekte könnte sich durch zunehmende Gewinne auch einfach hochsanieren, in Luxuswohnungen umgewandelt werden und eine so geringe Miete verlangen, wie es im Rahmen der Betriebskosten möglich wäre

Durch das universalistische Prinzip: Wohnraum für alle zu errichten, dass seinen Ausdruck in dem Solidarfonds findet, bleiben die einzelnen Projekte aber nicht im eigenen Sumpf verhaftet, muss solidarische Ökonomie nicht unbedingt an den Toren des eigenen Projektes stehen bleiben.

Sicherlich muss man hierbei anmerken, dass solidarische Ökonomie in einem MHS-Kontext nur eine sehr punktuelle Ökonomie meint: das Dach über dem Kopf, sei es zum Wohnen, arbeiten oder sonstige Projekte zu finanzieren

5. Identität – Gemeinschaft – Gesellschaft

....

6. Nicht-Eigentum als Schutz in den MHS-Projekten haben die einzelnen Mieter keinen eigenen Eigentumsanteil

Wie die Geschichte zahlreicher Projekte, in denen sich einzelnen Personen zu Kollektiven zusammengeschlossen haben, gezeigt hat, besteht ein Kollektiv nicht unbedingt aus besseren Menschen. Konflikte entstehen in solchen Kollektiven genauso wie anderswo. Und wie wir aus eigener Erfahrung schon oft mitbekommen haben, werden diese Konflikte mit allen Waffenausgetragen. D.h.

Zum anderen ändern sich natürlich auch die Lebenssituationen der einzelnen Projektteilnehmerinnen – und die Frage, seinen Anteil zu versilbern, spricht sich auszahlen zu lassen und somit aber die Existenz des ganzen Projektes zu gefährden

7. Kapital, Zins und Profit

...

8. Den Kapitalismus nicht ganz so ernst nehmen, wie er eigentlich ist

Ich wohne selber in einem Projekt, wir, d.h. meine fünf Mitbewohnerinnen und ich haben vor ca. 2 einhalb Jahren eine Wohnung gekauft.

Es ist schon absurd, sich mit einem Makler zu unterhalten, eben wie schon vorhin beschrieben zu verhandeln, ob man jetzt 500.000 oder 450.000 € zahlt, obwohl man selber keinen Pfennig Kohle hat. Man hantiert mit Dimensionen, die normalerweise überhaupt nichts mit einer eigene Realität zu tun haben – ich denke die wenigsten von uns haben eine Halbe Millionen auf der Kante liegen – und dass kann natürlich Angst machen.

Und dann verwaltet man plötzlich eine solche GmbH, bei uns ist es die JB9 GmbH, die die Eigentümerin der Hütte ist – ist also auch mit Aufgaben konfrontiert, die Hauseigentümern obliegen, also eigentlich immer nur anderen Menschen als man selbst.

Die Form einer GmbH wurde nicht umsonst gewählt – ein Gesellschaft mit beschränkter Haftung bedeutet, dass im Konkursfall nicht die beteiligten Einzelpersonen mit ihrem Privatvermögen haften, sondern lediglich die GmbH mit ihrer sogenannten Einlage. Es findet kein sogenannter Durchgriff der

Haftung auf die Beteiligten statt. Als Bewohnerin oder Mitorganisatorin eines solchen Projektes geht man selber also kein finanzielles Risiko ein.

Auf der anderen Seite stehen natürlich die Kreditgeberinnen. Allerdings gilt auch hier: das Risiko ist überschaubar. Denn es wird nicht Geld „hinausgeschmissen“, sondern in Immobilien umgewandelt – d.h. in der Regel findet kein Kapitalverlust statt. Außerdem werden die Kredite über eine im Grundbuch eingetragene Grundschuld abgesichert, die eine Dritte Person, meistens eine Anwalt oder eine Anwältin, die nichts mit den Projekten zu tun hat, treuhänderisch verwaltet. Im Konkursfall haben die Kreditgeberinnen somit einen gesetzlich gesicherten Anspruch auf Rückzahlung ihres Geldes – (soweit die Kohle reicht, muss man noch hinzufügen).

Selbst wenn ein Projekt den Bach runter geht – dann wird zwar leider –aber dennoch lediglich die Hütte verscherbelt und die Kreditgeber ausgezahlt. Man hantiert zwar mit immensen Zahlen, das Risiko ist aber überschaubar. Man kann das Ganze also auch als eine Art von Spiel betrachten – man versucht es halt einmal. Die Spielregeln sind auch klar – wie ein Hauskauf zu erfolgen hat, ist genauestens gesetzlich geregelt, aber diese Spielregeln, d.h. die Mechanismen und Instrumente des kapitalistischen Systems, kann man versuchen, für seine Ziele umzuwandeln.

Der Ansatz dahinter ist für uns, ein Stück weit zu versuchen, einen Weg raus aus der eher passiven Opferhaltung nach dem Motto: wir sind alle Opfer des Kapitalismus - zu finden und unter gewissen Umständen einen spielerischen Umgang zu entwickeln. Eben zu versuchen, wenn möglich, den Kapitalismus nicht ganz so ernst nehmen, wie er eigentlich ist.

9. Der Auftritt als Käufer als politische Handlungsform

Es ist hier meistens die Rede von den Projekten, die „funktioniert“ haben im Sinne von: das Haus konnte gekauft werden. Seitdem es das MHS in Freiburg gibt, seit etwa 15 Jahren, hat es sich auch offensiv in die Stadtpolitik eingemischt. Und zwar auch über Projektinitiativen, die leider nicht „funktioniert“ haben im obigen Sinne: zB Spittelackerstraße, Wagenwiese, Rasthaus. Als Beispiel wollen wir das Rasthaus nennen, ein Hausprojekt, dass unter anderem auch die Beherbergung von MigrantInnen vorsieht, die möglicherweise nicht im Besitz gültiger Aufenthaltspapiere sind.

FORUM ZWEI: PRIVATISIERUNG

Von der Privatisierungskritik zur Kapitalismuskritik

Mit dem Zusammenbruch der ehemaligen „realsozialistischen“ Staaten Osteuropas und dem fortschreitenden Zerfall der politischen Rahmenbedingungen, die es einigen Trikontstaaten erlaubten, geschützte Wirtschaftsräume aufrecht zu erhalten, erhält die neoliberale Ideologie scheinbar universale Gültigkeit. Sichtbarer Ausdruck des neuen Status Quo sind die umfangreichen Privatisierungen ehemals öffentlicher Einrichtungen und Güter zum Zweck der „Inwertsetzung“, die bislang aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess ausgeschlossen waren.

Mit der Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten folgen Privatisierungen dem ökonomischen „Sachzwang“, den die kapitalistische Notwendigkeit nach steter Ausweitung erzeugt. Mit der marktwirtschaftlichen Durchdringung weiterer gesellschaftlicher Räume wird jedoch gleichzeitig eine (globale) Enteignungsökonomie fortgeführt. Diese Ausweitung vollzieht sich einerseits geografisch, wobei die bislang umfangreichsten Privatisierungen in den osteuropäischen Staaten durchgesetzt wurden. Andererseits wirkt dieser Prozess auch in die Gesellschaften hinein. Im Zuge der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, von Infrastruktur und Produktionsanlagen werden staatliche soziale Rechte, die den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen garantierten, durch das Recht auf deren Kauf ersetzt.

Wenngleich Widerstandsaktionen - vor allem im Trikont - bestimmte Privatisierungsvorhaben verhindern konnten, ist die Gegenwehr schon angesichts der Quantität der Privatisierungen gering und zumeist von defensivem Charakter. Hinzu kommen Widerstandsbedingungen, die eine Radikalisierung erschweren. Zum einen erscheint nicht nur das Bild von der alternativlosen kapitalistischen Produktionsweise hegemonial geworden zu sein. Auch zentrale neoliberale Ideologien (Effizienz, wirtschaftliche Nachhaltigkeit ...) sind zumindest in den Metropolen bis in gewerkschaftliche Kreise hinein durchgesetzt. Zudem werden bestimmte negative Auswirkungen durch rassistische und sexistische Arbeitsteilung abgefedert und dadurch der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Und schließlich schränkt die Affirmierung des bürgerlichen Staates, der – bisher Garant sozialer Rechte - von Teilen der globalisierungskritischen Bewegungen zu einem Gegenpol zur privatwirtschaftlichen Vergesellschaftung stilisiert wird, die Möglichkeiten zur Radikalisierung deutlich ein.

Dabei ist der positive Bezug auf den kapitalistischen Sozialstaat – je nach konkreter Sozialgeschichte einzelner Länder – mit unterschiedlichen politischen Ideologien verknüpft. In den Metropolen ist dabei die Gefahr einer reaktionären Bezugnahme immer präsent. Schon allein weil sich weltweite Dominanzverhältnisse auch darin ausdrücken, dass die kapitalistischen Zentren in der Lage sind, soziale Forderungen chauvinistisch zu befriedigen, d.h. über Repression und Krisenabwälzung nach „Außen“ – eine Option, die in der Expansionsgeschichte des Kapitalismus permanent gewählt wurde und wird.

Es ist in mehrfacher Hinsicht von Nöten, auch bei der Entwicklung von Widerstandsperspektiven gegen Privatisierungen und der damit verbundenen Verteidigung sozialer Rechte, die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Negation des bürgerlichen Staates sichtbar zu machen. D.h., anstelle der bloßen Rückkehr zu den staatlich garantierten Rechten deren progressive Aufhebung durch „gesellschaftlich garantierte Rechte“ zu thematisieren. (Dies schließt jedoch eine kritische Überprüfung jener linksradikaler Ansätze mit ein, die sich darin erschöpfen, kapitalistische „Gesellschaftlichkeit“ mit dem Propagieren individuell abgesicherter, präkerer sozialer Nischen zu negieren.)

Die Bedeutung einer solchen radikalen Kritik wird auch dadurch nicht geschmälert, dass die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse „praktische“ Gegenentwürfe immer beschränken werden und der bürgerliche Staat als die einzig realistische Möglichkeit anzusehen ist, die Befriedigung sozialer Bedürfnisse auf gesellschaftlicher Ebene zu garantieren - und die Forderung nach einer gesellschaftlichen Garantie sozialer Rechte sich erst dann einlösen lässt, wenn nicht nur der bürgerliche Staat, sondern auch das ihm zugrunde liegende Produktionsverhältnis beseitigt würden.

Im Gegenteil: das theoretische wie praktisch-bewusste Infragestellen der Normen warenförmiger Bedürfnisbefriedigung, d.h. die gesellschaftliche Aneignung materieller und ideeller „Lebensmittel“ jenseits der Logik von Markt und kapitalistischem Wohlfahrtsstaat, kann eine Möglichkeit sein, auch die Infragestellung der Produktionsverhältnisse selbst praktisch werden zu lassen. Obgleich die Proteste gegen Privatisierungen spontan nicht über die Logik des bürgerlichen Sozialstaates hinauszudeuten scheinen, birgt der Gegenstand des Protestes ein bedeutendes Potenzial. Schließlich spricht ja einiges dafür, Proteste, die sich u.a. gegen die Umwandlung öffentlicher Güter in Waren wenden, dazu zu nutzen, die Warenform als solche zu kritisieren.

Sozialstaat: Historische und exemplarische Entwicklungen¹

von Christian Christen und Werner Raetz

Die Geschichte der sozialstaatlichen Entwicklung ist von Beginn an durch Widersprüche und Unterschiede sowie Fehler, Ineffizienz und Ungerechtigkeit in seinen Sicherungssystemen geprägt. Dies war immer Anlass für Kritik und Protest. Für die unterschiedlichsten Probleme wurden zahlreiche Lösungsansätze präsentiert und soziale Bewegungen formulierten in jeder Phase spezifische Reformen. Gleichzeitig wechselten Zustimmung und Ablehnung des Sozialstaats selbst innerhalb eines politischen oder weltanschaulichen Lagers. Der Interpretationswandel war nicht allein rational, sondern resultiert häufig aus ideologischen „Bildern“ über den Sozialstaat. Oft hatten die darum sich entwickelnden Meinungen nur wenig mit der sozialstaatlichen Realität zu tun und auch der Hinweis auf die Krise des Sozialstaats und/oder der politische Kampf gegen die soziale Sicherung gehörte von Beginn an zu seiner Geschichte. Ob die Behauptungen richtig waren, blieb jedoch oft Nebensache. In diesem Sinne bestimm(t)en unterschiedliche Macht- und Kräfteverhältnisse die Gestalt des Sozialstaats und zugleich besitzt er eine Eigendynamik, über die das Verhältnis von Markt und Gesellschaft beeinflusst wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Grundfrage, warum der Sozialstaat entstanden ist und welche Aufgaben seine Sicherungssysteme erfüllen sollten.

Ausgangspunkt ist und bleibt, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und im Allgemeinen in einer Gemeinschaft und/oder Gesellschaft lebt. Folglich bindet die soziale Sicherung, egal wie sie geregelt wird, stets mehr als eine Person ein. Waren es in der Vormoderne der Familienverband und Clanstrukturen, stellte sich mit der Entwicklung von Städten und spätestens mit der Ausprägung des Nationalstaats die Frage nach der Art der sozialen Sicherung völlig neu. Unmittelbare Beziehungen wurden lockerer, die ökonomische Struktur veränderte sich und die sozialen Prozesse wurden im Zuge von Modernisierung, Industrialisierung und Demokratisierung komplizierter und vor allem komplexer. Darüber hinaus prägte sich ideengeschichtlich sowie politisch eine Vorstellung von der Steigerung der Wohlfahrt für die Gemeinschaft bzw. Gesellschaft heraus, die über die Stabilisierung der inneren und äußeren Ordnung hinausging. Adressat für die Forderungen nach Wohlfahrtssteigerung und Zentrum für dessen Organisation wurde der Nationalstaat, der wiederum

- unterschiedlich motiviert - Initiator sozialstaatlicher Entwicklungsprozesse war.

Erste Abgrenzung des Sozialstaats

Die Analyse der Verhältnisse von Staat und Gesellschaft versucht nun anhand unterschiedlicher Kriterien politische Entwicklungen und Herrschaftssysteme voneinander abzugrenzen. Bekannt sind u.a. der Ständestaat, der absolutistische Fürstenstaat, der autoritäre Obrigkeitsstaat oder nach der Form der Rechtsordnung der Willkür- im Gegensatz zum Rechts- und Verfassungsstaat. Ökonomisch wird der Agrar- vom Industriestaat unterschieden und der Grad der Eingriffe in die Gesellschaft führt zur Abgrenzung zwischen dem Steuerstaat, dem merkantilistischen Handelsstaat, dem Interventionsstaat und dem liberalen Nachtwächterstaat. Das Begriffspaar Wohlfahrts- oder Sozialstaat wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts benutzt, um damit den Staat der Neuzeit zu kennzeichnen. Eine Eigenheit im deutschsprachigen Raum ist, dass hier der Begriff „Sozialstaat“ dominiert. International anerkannt ist diese Bezeichnung aber nicht. Geprägt wird die internationale Diskussion vielmehr durch den Begriff „Wohlfahrtsstaat“ (*welfare state*), der wiederum in der deutschen Debatte negativ besetzt ist. Hier wird vielmehr zumeist darauf insistiert, den Sozialstaat eng zu fassen und auf den Versicherungsaspekt rund um die sozialen Risiken des Einkommensverlustes durch Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alterung zu reduzieren.

Die darüber hinausgehenden Bereiche der Bildung (Schule, Hochschule, Ausbildung etc.), des Wohnens (sozialer Wohnungsbau, Stadtentwicklung etc.) der Arbeitsbeziehungen (Tarifvertragsrecht, Sozialrecht etc.) und der breite Kranz wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumente zur Verfolgung des Ziels der Vollbeschäftigung zählen nach dieser im deutschsprachigen Raum geltenden reduzierten Position nicht zu den Kernaufgaben. Auf die weiteren verschiedenen Wertungen, Überschneidungen und Abgrenzungen in der internationalen Debatte um die Begriffe Wohlfahrts- und Sozialstaat kann nicht eingegangen werden. Der Einfachheit halber werden die Begriffe synonym verwendet bzw. im weiteren Text die Bezeichnung „Sozialstaat“ benutzt.

Ungeachtet dessen ist relativ unstrittig, dass es trotz unterschiedlicher nationaler Entwicklungen zentrale Punkte gab, die zur Etablierung des modernen Sozialstaats führten. Erstens war es in Anbetracht der Auflösung familiärer Strukturen und der veränderten ökonomischen Zusammenhänge immer weniger möglich, die soziale Sicherung wie bisher subsidiär zu organisieren. Konkret wurden



Grafik: Wohlfahrtsstaat

die Subsistenzlandwirtschaft und der kleine Familienbetrieb zurückgedrängt. Damit verlor die unmittelbare Produktion von Lebensmitteln und Einkommen zur Existenzsicherung an Bedeutung. Im Gegenzug wuchs die Abhängigkeit von der Lohnarbeit. Zweitens hatte die Mehrheit in dem neuen kapitalistischen System weder Produktionsmittel noch Kapital im ausreichenden Maß, um in ökonomischen Krisen und/oder bei Verlust der Arbeit, bei Krankheit oder im Alter weiterhin „gut“ leben zu können. Drittens stieg mit der Organisation der Arbeiter der politische Druck, auf diese Situation mit entsprechenden Sozialreformen zu reagieren. Es drohtengewaltsame und revolutionäre Veränderungen, die das Herrschaftssystem nachhaltig erschüttert hätten. Angesichts dessen war das 19. Jahrhundert durch die politische Diskussion der „sozialen Frage“ geprägt. Die Entwicklung des Sozialstaats

war damit einerseits durch den Ruf nach Reformen und der Verbesserung der Lebenslagen breiter Bevölkerungsteile getragen. Andererseits spielte eine Vielzahl von Motiven der Herrschaftssicherung, der Stabilisierung bestehender ökonomischer Verhältnisse und politischer Strategien eine zentrale Rolle.

Beide Elemente, die Emanzipation der Lohnabhängigen und die Organisation von Herrschaft unter demokratischen Bedingungen im Kapitalismus, prägen die Geschichte des Sozialstaats. Die Wohlstandsmehrung für alle stand dabei zunächst nicht im Vordergrund, sondern die Stabilisierung der kapitalistischen Produktion im Kontext der Industrialisierung - ohne flankierende soziale Reformen hätte die Industrialisierung kaum funktioniert. Die Aufgaben des Sozialstaats lagen folglich in der Bewältigung von Problemen, die als vordringlich anerkannt und/oder die über die gesellschaftliche Auseinandersetzung auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Anfänglich gehörte hierzu der Schutz der sozialen Sicherheit durch die Garantie eines Mindestlebensstandards.

Zusätzlich sollten die unterschiedlichen Startchancen ausgeglichen werden, um die Klassenunterschiede zu verringern und das demokratische Selbstverständnis nach Gleichheit und Teilnahme an der Gesellschaft umzusetzen. Versucht wurde dieses durch die staatliche Bereitstellung der Erziehungs- und Bildungsinfrastruktur, die Umverteilung von Einkommen durch das Steuersystem und die Regulierung des Arbeitsmarktes sowie der Arbeitsbedingungen. Entsprechend der allgemeinen Aufgaben gliedern sich um das Ziel der Erhöhung des gesellschaftlichen Wohlstandes die Teilziele des Sozialstaats. Er sollte erstens Hilfe gegen Not und Armut organisieren und ein menschenwürdiges Existenzminimum für jeden/jede bereitstellen. Zweitens sollte über ihn mehr Gleichheit durch den Abbau von Unterschieden in der persönlichen Einkommens- und Vermögenssituation

hergestellt werden, um die Abhängigkeitsverhältnisse zu reduzieren. Schließlich sollten drittens die Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter etc.) durch ein System der sozialen Sicherheit minimiert werden.

Entwicklungsphasen des Sozialstaats

Entsprechend ihrem jeweiligen Entwicklungsstand sowie politischer Konstellationen und Präferenzen hat jeder Nationalstaat auf die soeben skizzierte „soziale Frage“ reagiert. Die allgemeinen Ziele des Sozialstaatsgedankens finden sich deshalb in der Geschichte aller Industrienationen. Unterschiede gab es lediglich darin, wie diese Ziele erreicht werden sollten. Der Auf-, Aus- und Umbau der sozialen Sicherungen wurde dabei von den traditionellen und kulturellen Entwicklungen, vom hier enthaltenen Verständnis über das Verhältnis von Staat und Markt sowie der Organisation von Herrschaft geprägt. Vor diesem Hintergrund können vier Phasen der sozialstaatlichen Entwicklung unterschieden werden:

- Die *Entstehung* des Sozial-/Wohlfahrtsstaates vor dem I. Weltkrieg in der Zeit von ca. 1870-1914.
- Die *Verarbeitung von und Anpassung* an soziale, ökonomische und politische Prozesse sowie Krisen in der Zwischenkriegsperiode zwischen 1914-1945.
- Seine *Stabilisierung und Ausweitung* nach 1945 bis Mitte der 1970er Jahre, in dem die sozialen Sicherungssysteme verbreitert und der minimalistische Ansatz der Garantie eines Mindestlebensstandards erweitert wurde.
- Der *Um- oder Abbau* ab Mitte der 1970er Jahre bis in die Gegenwart, in dem die Krise des Sozialstaats als ausgemacht und sein Rückbau als Leitbild der Reform gilt.

Die sozialstaatliche Organisation der Gesellschaft wird in der wissenschaftlichen Diskussion über die verschiedenen Phasen verglichen, um die qualitativen Unterschiede des jeweiligen Sozialstaats zu verstehen. Zentraler Referenzpunkt für die entsprechende internationale Debatte ist die Arbeit von Gøsta Esping-Andersen, der in seinem Buch „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ verschiedene wohlfahrtsstaatliche Regime unterscheidet. Bei aller Kritik an diesem Ansatz ergibt sich folgendes Bild:

1. Die Gruppe der *liberalen* Wohlfahrtsstaaten konzentriert sich auf eine Sozialfürsorge mit geringem Leistungsniveau, die an eine strenge Bedarfsprüfung gebunden ist. Gleichzeitig werden niedrige soziale Leistungen verteilt und das Sozialversicherungssystem ist nur gering ausgebaut. In der Regel ist es für schlecht bezahlte Arbeiter und Staatsbedienstete zuständig. Die sozialen Reformen wurden begrenzt

durch traditionelle Normen einer christlichen, calvinistischen Arbeitsethik und eines marktliberalen Verständnisses. Es wurde in erster Linie an die individuelle Leistungsfähigkeit und Verantwortung appelliert und die soziale Organisation der Gesellschaft über die Marktmechanismen befürwortet, wobei die Familie als Ort der sozialen Sicherung in den Mittelpunkt gestellt wurde. Gefördert wurden deshalb Marktlösungen, entweder direkt über Subventionen oder steuerliche Vorteile bei der privaten Absicherung oder indirekt mittels Zwang, da nur wenige staatliche Leistungen bereitgestellt werden. Die strenge Bedarfsprüfung bei den Sozialtransfers hat einerseits eine Stigmatisierung zur Folge, andererseits werden die Leistungen des Sozialstaats weniger als soziale Rechte verstanden, sondern als mildtätige Fürsorge. Betont wird darüber hinaus die Pflicht, die individuelle Lebenssituation zu verbessern. Als deutliches Beispiel dieses Regimetyps gelten die Vereinigten Staaten. Kanada, Australien, Großbritannien und Dänemark kämen diesem Beispiel nahe.

2. Im *korporatistischen* Wohlfahrtsstaat ist der marktliberale Ansatz aufgrund der Betonung der Rolle des Staates in der eigenen nationalen Geschichte nicht vorherrschend. Die Gewährung sozialer Rechte ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bei allen Einschränkungen deshalb weniger umstritten. Vornehmlich sollten die Sozialleistungen Klassen- und Standesunterschiede erhalten und Abhängigkeiten zum Staat zementieren. Entsprechend sind private Versicherungen, Marktlösungen oder betriebliche Systeme wenig ausgebaut. Aufgrund des christlichen Einflusses spielt die Familie eine wichtige Rolle bei der Organisation der sozialen Sicherung, worüber gleichzeitig die traditionelle Struktur des Geschlechterverhältnis gefestigt wurde. Das wichtige Prinzip der Subsidiarität bedeutete in diesen Regimen, dass soziale Eingriffe über den Staat nur legitim wären, wenn die Selbsthilfefähigkeit der Familie erschöpft sei. Im Ergebnis war die materielle Umverteilung sehr gering und in Folge dessen wurden die Statusunterschiede deutlich über die Struktur der Leistungen des Sozialstaats geprägt. Als Prototypen dieser Regime gelten Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien.

3. Als dritte und kleinste Regimegruppe gilt der Sozialstaat *sozialdemokratischen* Typs, zu dem die skandinavischen Länder (Schweden, Norwegen und eingeschränkt Dänemark) gezählt werden. Hier ist das universelle Prinzip der Garantie sozialer Rechte deutlich ausgeprägt. Die Abhängigkeit vom Marktprozess wurde bis weit in die neue Mittelschicht reduziert. Zu diesem Zweck wird der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit bzw. Staat und Markt auf einem hohen Niveau sozialer Sicherheit und Leistungsgewährung angestrebt. Dem Anspruch

nach soll darüber die Statusunterschiede verringert werden, d.h. auch der Industriearbeiter soll die gleichen Leistungen und Rechte haben wie der besser gestellte Angestellte oder der Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Zum Kern dieses Sozialstaates gehört ein universelles Versicherungssystem, dessen Leistungen sich trotzdem am vorherigen Einkommen und den gezahlten Beiträgen orientiert. Der umfassende Schutz und die umfassende Beteiligung am System bildet die Basis für den Zusammenhalt der Solidargemeinschaft.

Gegenwärtige Phase: Neoliberaler Abbau des Sozialstaats

Zwangsläufig lässt diese oben skizzierte idealtypische Darstellung viele Fragen offen. In der Wirklichkeit sind die Regime eher Mischtypen. Außerdem lassen sich ähnliche sozialstaatliche Argumentationen und Reformvorstellungen finden. Eine Angleichung der Regime zeigt sich besonders in der Phase des Ausbaus nach 1945 und des Rückbaus seit Mitte der 1970er Jahre. Seit dem bestimmt die Richtung der „Sozialreformen“ über Landes- und Parteigrenzen hinweg die Vermutung, der Sozialstaat sei - bei allen Unterschieden - im Zeitalter der Globalisierung sowie des demographischen Wandels am Ende. Spätestens seit den 1980er Jahren zeigt sich der sukzessive Rückbau des Sozialstaats, der sozialphilosophisch über die neoliberale/konservative Kritik unterfüttert ist und statt der bewussten Intervention in den Markt zur Durchsetzung politischer Ziele die Marktsteuerung favorisiert. Der Verlauf der hierum ansetzenden Reformen war unterschiedlich und auf das jeweilige sozialstaatliche Regime und die sich dabei zeigenden sozialen Widerstände abgestimmt. Allerdings zeigt sich nach nunmehr 20 Jahren der sozialen „Reform“ über alle Nationen hinweg ein relativ einheitliches Bild: Die sozialstaatlichen Sicherungssysteme sind oder werden dem Sinn nach auf eine Basissicherung zurückgeführt. Die Verteilungssituation zeigt eine verschärfte Polarisierung zwischen arm und reich. Der Abbau von sozialen und demokratischen Rechten schreitet voran und der Druck auf die abhängig Beschäftigten wächst.

Besonders in Deutschland zeigt sich dabei immer wieder, dass die „Einsicht“ in diese Reformen besonders hoch und der soziale Widerstand aus unterschiedlichen Gründen sehr verhalten ist. Einige Gründe hierfür liegen in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Sozialstaats, der besonders stark auf der Lohnarbeit basiert und dessen Einführung als Reformprojekt „von oben“ gewertet werden kann. Statt eines breit verankerten Bewusstseins von sozialen, demokratischen Grundrechten in der Bevölkerung,

die im Kontext von sozialer Rebellion und/oder Revolution erkämpft werden mussten, dominierte ein aufgeklärter Etatismus mit stark autoritären Momenten. Daneben war mit der engen Kopplung an die Lohnarbeit eine hohe Krisenanfälligkeit verbunden, die die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung genau dann unterminiert, wenn durch die Massenarbeitslosigkeit die Notwendigkeit einer breiten Sicherung besonders besteht. Gleichzeitig ruhten und beförderten die Systeme eine hohe Differenzierung nach Einkommensart, Status (Arbeiter, Angestellte, Beamte) und Geschlecht. Schließlich wurden durch die Gewährung von beitragsbezogenen Leistungen individuelle gegenüber solidarischen Motiven betont. Im Ergebnis beförderte diese Struktur eine starke soziale Differenzierung, stärkte den Verteilungskonflikt und die Abgrenzung zwischen den Beschäftigten und begründete ein unzureichendes Verständnis von sozialen Rechten und gesellschaftlicher Solidarität. Vielmehr stand im deutschsprachigen Raum die Nation und/oder Volksgemeinschaft im Vordergrund und dem weit verbreiteten Grundverständnis nach wird soziale Sicherung „von oben“ gewährt. Der Rückbau der sozialen Sicherung kann mit dem Hinweis nach übergeordneten Notwendigkeiten in einer solchen Situation besonders gut legitimiert und akzeptiert werden. Heute spiegelt sich dies u.a. in dem permanenten Verweis auf ökonomische Sachzwänge um die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit wieder, der breit akzeptiert wird. Klarer Widerstand und kritischer Einspruch wird kaum formuliert, stattdessen greift paradoxer Weise die allgemeine Einsicht, der Sozialstaat in der Zukunft sei nur zu retten, wenn dessen Systeme heute zerstört werden. Insofern basieren Agenda 2010, Hartz I-IV und andere Konzepte einerseits lediglich auf den dominanten wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen der letzten Jahrzehnte. Andererseits wird hierüber der allseitig angemahnte „Ruck durch die Gesellschaft“ forciert, mit denen die latent vorhandenen autoritären Tendenzen in unseren Gesellschaften auf eine neue Ebene transformiert werden. Es geht nun um den Abbau sozialer, demokratischer und ökonomischer Rechte, die nicht allein ohnehin ausgegrenzte Gruppen (Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Ausländer etc.) betreffen, sondern bis weit in die Mittelschicht reichen.

Hierbei prägen drei zentrale Vorstellungen den neoliberalen Kontext der öffentlichen Diskussion: Erstens gilt der Sozialstaat und die über ihn organisierte Sicherung für soziale Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) einzig als Kostenfaktor. In dem Moment, wo die Entlastung des Produktionsfaktors Kapital (Unternehmen, Gewinne

und Vermögen) im Vordergrund steht, müssen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern und Wachstum zu generieren, die im Zuge des ungelösten Abbaus der Massenarbeitslosigkeit sowie der sozialen Disparitäten steigenden Ausgaben zurückgeführt werden. Zweitens sind die bis dato kollektiv organisierten Systeme der sozialen Sicherung zu privatisieren. Denn erst so sind die in diesem Bereich „umverteilten“ finanziellen Ressourcen der privaten Verwertung zugänglich zu machen. Sprich Versicherungen und Finanzdienstleister können erst dann einen großen Stück vom Kuchen des Sozialbudgets bekommen bzw. steigende Anteile der privaten Einkommen für sich nutzen, wenn die Sicherungssysteme auf das Niveau einer unzureichenden Grundversorgung abgesenkt werden. Drittens wird es über diese beiden Schritte verstärkt möglich, individuelles Wohlverhalten zu erzwingen. Denn in dem Moment, wo die soziale und ökonomische Situation sich durch die vorgeschlagenen Reformen nicht verbessert, Verteilungskonflikte und Prekarisierung wachsen, wird es für die Beschäftigten immer wichtiger auf die reduzierten Sicherungssysteme zurückgreifen zu können. Entsprechend wird im Unternehmen als auch in der Gesellschaft das Wohlverhalten zur Handlungsnorm, um soziale Risiken zu umgehen (kein Verlust des Arbeitsplatzes etc.) als auch die abgesenkten Leistungen bei Bedarf überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Im Ergebnis wird hierüber der Charakter des Sozialstaats „neu“ definiert. Einerseits gilt der Verweis auf einen sozialen Rechtsanspruch nicht länger. Vielmehr gelten Vorstellungen als modern, die bereits im 19. Jahrhundert das Leben der Bevölkerungsmehrheit prägten: Paternalismus, Sozialdarwinismus und Angst. Andererseits ist hierüber die gesellschaftliche Steuerung im Zeitalter der Demokratie, der Massenproduktion sowie der permanent steigenden Produktivität und Reichtumsmehrung allein nicht überzeugend. Trotz medialer Dauerberieselung mit einseitiger Propaganda fehlt letztlich eine umfassende Einsicht auf den Verzicht der ohnehin geringen sozialen, demokratischen und ökonomischen Rechte. Entsprechend wird ein moderner Autoritarismus zwingend notwendig, um die „modernen“ politischen Konzepte als auch die daraus folgende hierarchischen und feudalen Strukturen heute und morgen durch- und umzusetzen.

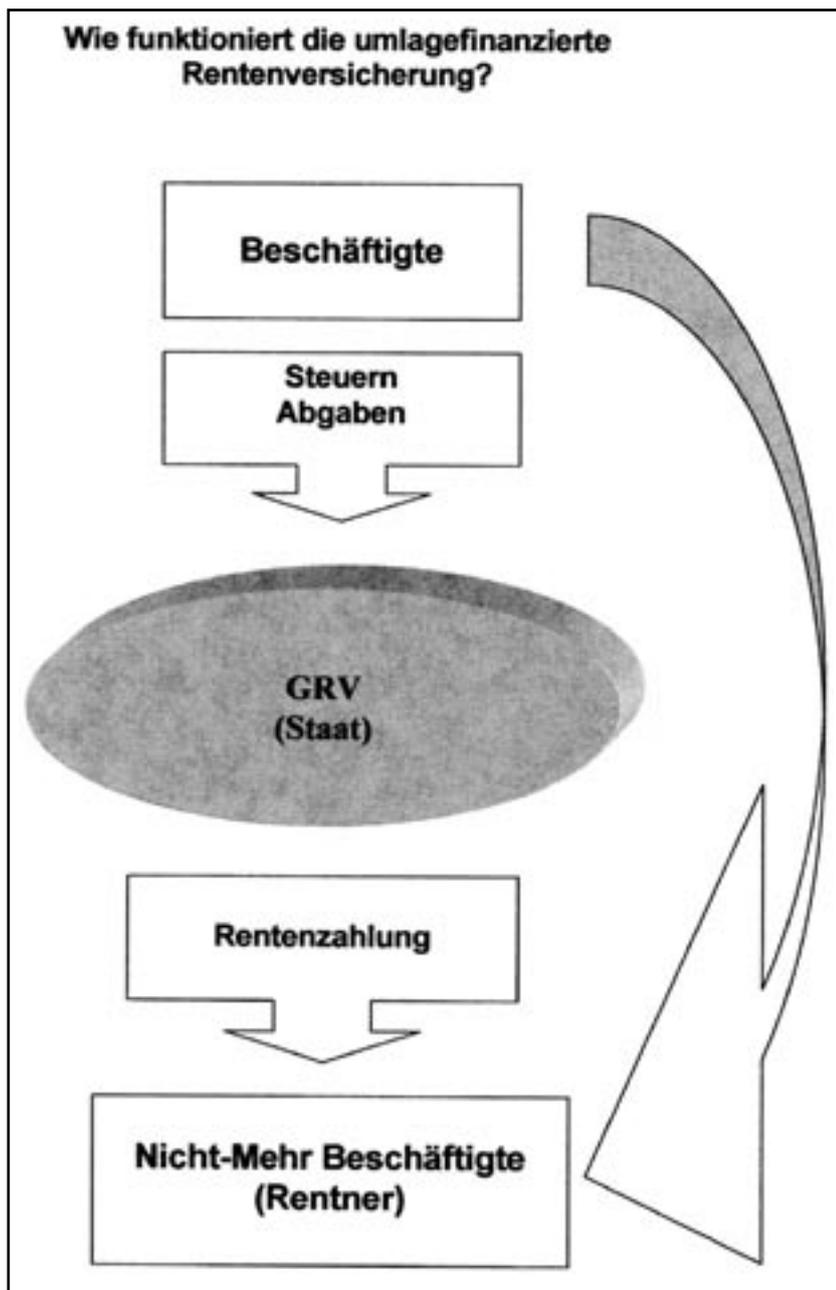
Reformbeispiel: Alterssicherung

Zunächst ist festzuhalten, dass mit der kollektiven Alterssicherung das Ziel verfolgt wurde, das Massenphänomen der Altersarmut zu bekämpfen. Bei aller Kritik ist dies in allen Industrienationen durch den

Ausbau der im 19. Jahrhundert etablierten Ansätzen nach 1945 gelungen. Entsprechend blickt die im Umlageverfahren finanzierte Alterssicherung auf eine relativ lange Erfolgsgeschichte zurück. Außerdem ist die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) nicht nur in Deutschland das wichtigste Einzelsystem der sozialen Sicherung. Hier belief sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2003) das gesamte Sozialbudget im Jahr 2000 auf 681 Mrd. Euro. Das Rentenversicherungssystem hatte daran mit 31,9% den größten Anteil. 58 Millionen Personen waren zu dieser Zeit rentenversichert, und ca. 23,3 Millionen Personen erhielten eine gesetzliche Rente. Die Finanzströme der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen damit etwa 12% des gesamten Brutto-sozialprodukts. Die GRV ist damit – wie in anderen Industrienationen mit umlagefinanzierten Rentensystemen – eine zentrale volkswirtschaftliche Größe und über sie werden die Lebenssituation sowie die Entwicklung von Konsum und Investition sowie Wachstum und Beschäftigung bestimmt. Jede grundsätzliche Änderung im System der Alterssicherung, wie die Einführung einer privaten, kapitalgedeckten Säule für alle, wirkt sich entsprechend auf diese gesamtwirtschaftlichen Größen aus. In Folge dessen ist die Bewertung der Alterssicherung nicht allein eine individuelle Angelegenheit oder einzig unter „Versicherungsaspekten“ vorzunehmen, sondern vor allem eine makroökonomische Frage.

Zur Zeit der Konzeption der so genannten Riester-Reform waren ca. 80% der abhängig Beschäftigten im gesetzlichen Rentensystem versichert. Die Zahlungen der GRV tragen in der Regel zu 85 Prozent der Gesamteinkommen eines durchschnittlichen Rentnerhaushaltes bei, wobei der Anteil bei den Arbeitern gegenüber den Angestellten meist höher ausfällt. Der damalige Beitrag lag bei 9,65% des Bruttoeinkommens, den gleichen Betrag steuerte der Arbeitgeber zu (*paritätische Finanzierung*). Insgesamt ergab dies einen Beitragssatz von 19,3%. Im Jahr 2001 per Gesetz auf 19,1% gesenkt, musste der Beitrag angesichts von Konjunkturunbruch und steigender Arbeitslosigkeit auf 19,5% für 2003 angehoben werden. Neben den Beiträgen der Versicherten (ca. 163,4 Mrd. Euro im Jahr 2000) ist die größte weitere Einnahmequelle der steuerfinanzierte Bundeszuschuss, der im gleichen Jahr ca. 59 Mrd. Euro betrug. Mit den Gesamteinnahmen eines Jahres werden jeweils die Ausgaben des gleichen Jahres bezahlt, Rücklagen werden nur in Höhe einer vorgeschriebenen Schwankungsreserve gebildet. Dieses Prinzip – die Ausschüttung der Einnahmen zu jedem Zeitpunkt an die Rentner der jeweiligen Periode – wird als *Umlageverfahren* bezeichnet.

Es beruht auf dem Drei-Generationen-Modell, dem so genannten *Generationenvertrag*. Die abhängig



haltes bei, wobei der Anteil bei den Arbeitern gegenüber den Angestellten in der Regel höher ausfällt. Die durchschnittliche monatliche Rentenzahlung lag im Jahr 2001 bei männlichen Arbeitern im früheren Bundesgebiet bei 831 Euro, bei Frauen waren es 373 Euro. In den neuen Bundesländern lag sie bei 891 Euro (Männer) und 581 Euro (Frauen). Bei Angestellten in den alten Bundesländern belief sich die durchschnittliche Rente auf 1142 Euro, Frauen erhielten 584 Euro. In den neuen Bundesländern lagen diese Durchschnittsgrößen bei 1121 Euro (Männer) und 674 Euro (Frauen).

Vermeintliche Alternative: kapitalgedeckte Alterssicherung

Als Alternative zum Umlageverfahren bei der Alterssicherung gilt der Aufbau einer privaten Sicherung nach dem *Kapitaldeckungsverfahren*. Individuelle private Beiträge sollen einen Kapitalstock aufbauen, der mit dem Renteneintritt aufgelöst wird und den Alterskonsum finanziert. Private Finanzdienstleister legen die Gelder an und versuchen einen Gewinn zu erwirtschaften, aus dem ein Teil an den Versicherten als Rendite zurückfließt. Auf den ersten Blick gleichen die privaten Beiträge zur Alterssicherung einer Zahlung auf ein langfristiges Sparkonto. In der Debatte wird vielfach unterstellt, dass das kapitalgedeckte Verfahren besser funktioniere und mehr Rendite abwerfe als jedes umlagefinanzierte Rentensystem.

Grafik: Umlagefinanzierte Rentenversicherung

Beschäftigten einer Periode finanzieren durch ihre Rentenversicherungsbeiträge und Steuern (Bundeszuschuss) die Rentner dieser Periode. Die Renten der heute noch Beschäftigten werden dann von den derzeit noch nicht erwerbstätigen Generationen aufgebracht. Kritiker des Umlageverfahrens führen zum Beleg der demographischen Krise die Alterung der Gesellschaft an. Auf diese Begründung kann hier nicht eingegangen werden.²

Bei aller Skepsis hinsichtlich des Zustandes der GRV in der „jungen“ Bevölkerung sollten folgende Fakten nicht übersehen werden: Die Zahlungen der GRV tragen nach wie vor zu 85 Prozent der Gesamteinkommen eines durchschnittlichen Rentnerhaus-

Das prognostizierte Finanzvolumen, welches zur privaten Absicherung im Zuge der „Riester-Reform“ gespart werden würde, schwankt stark. Die Dresdner Bank erwartete beispielsweise einen jährlichen Zustrom in die staatlich geförderte Alterssicherung von 6 Mrd. Euro im Jahr 2002, von 28 Mrd. Euro im Jahr 2010 und schließlich 38 Mrd. Euro im Jahr 2020. Insgesamt sollen über den 4-prozentigen Vorsorgebeitrag bis 2010 annähernd 265 Mrd. Euro ange-

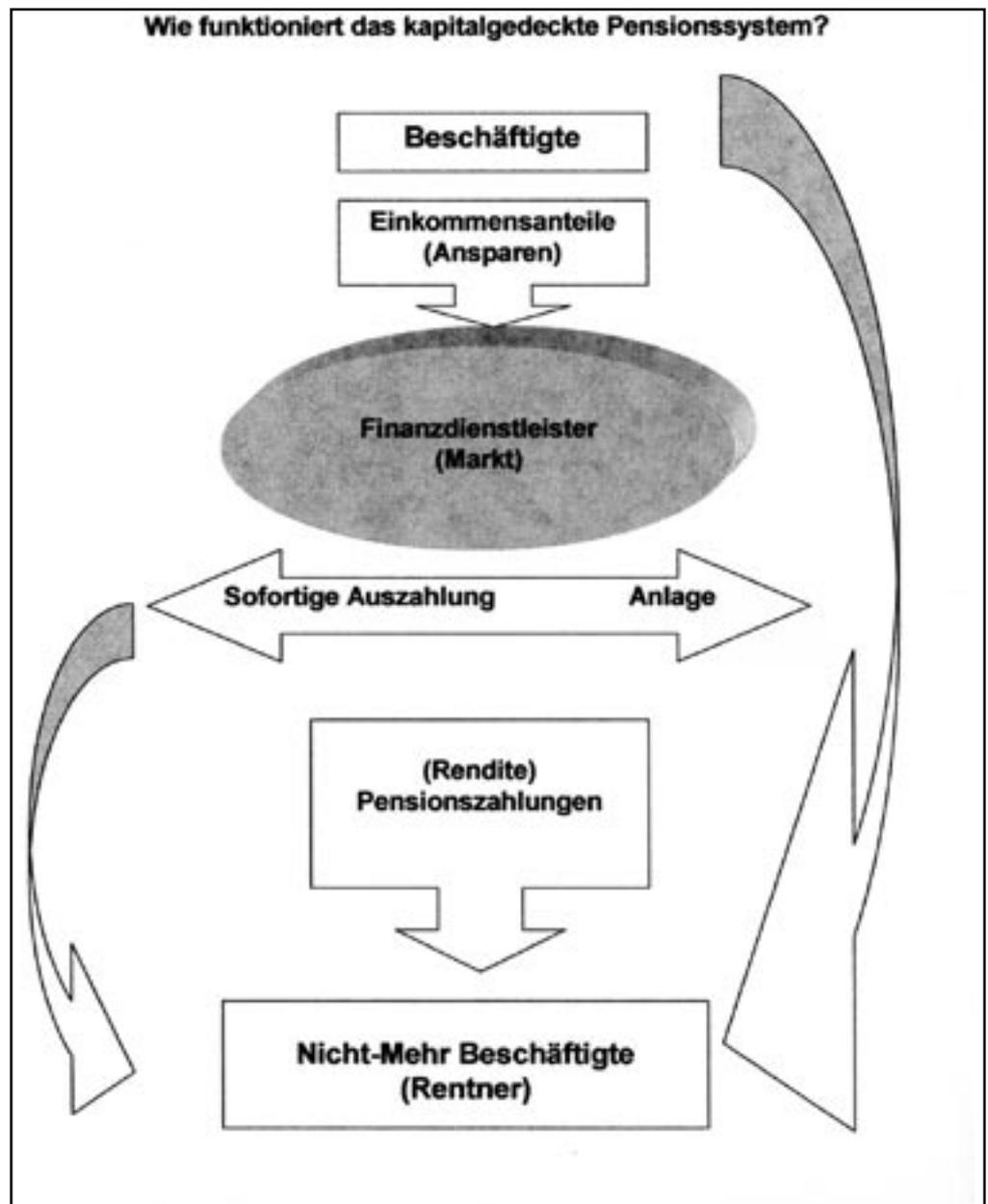
sammelt werden, bis 2020 weitere 650 Mrd. Euro. Im Ergebnis würde damit der Bestand der Anlagewerte für die Altersvorsorge bei den Finanzdienstleistern in Deutschland im Jahr 2010 auf insgesamt 900 Mrd. Euro (Mittel über die Riester-Rente plus alle anderen Anlagewerte, die bis dato zur Alterssicherung privat angespart wurden) anwachsen.³

Der scheinbar fundamentale Unterschied zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren – im ersten System wird Geld von den Beschäftigten an die nicht mehr Beschäftigten umverteilt, im zweiten wird individuell Kapital akkumuliert und verzinst – relativiert sich unter gesamtwirtschaftlicher Betrachtung. Gesamtwirtschaftlich gilt nämlich angesichts des Finanzvolumens und der umfassenden Funktion der Alterssicherung für das Umlage- und das Kapitaldeckungsverfahren die gleiche ökonomische Bedingung: Die konkrete Rente oder Pension kann immer nur aus dem jeweiligen Sozialprodukt der laufenden Produktionsperiode finanziert werden. Volkswirtschaftlich gibt es kein „Sparen“ oder eine Einkommensübertragung in die Zukunft. Egal wie ein Alterssicherungssystem konzipiert ist – staatlich oder privat; teilweise oder ganz kapitalgedeckt oder im Umlageverfahren organisiert; über Beiträge, Abgaben oder Steuern finanziert; in Betrieben für die Belegschaft über Pensionskassen, Fonds, Versicherungen oder individuell nach den eigenen Sparmöglichkeiten mit einem Finanzdienstleister vertraglich geregelt – die Leistungen der Alterssicherung sind und

bleiben Sozialaufwand, also soziale Kosten für die gesamte Volkswirtschaft.

Die Finanzbasis dieser sozialen Kosten wird durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zwischen Lohn und Profit bestimmt und eben nicht durch das System der Alterssicherung oder allein durch demographische Veränderungen. Da Rentner nicht produzieren, sondern konsumieren, stellt ihr Konsum – ihre Rente – immer einen Abzug vom möglichen Konsum der Nicht-Rentner dar. Das jeweilige Rentensystem regelt lediglich, wie der „Rechtsanspruch“ auf Rente erworben wird, welche Institutionen (staatlich oder privat) die Alterssicherung organisieren und wer auf denjenigen Konsum verzichtet, der den Rentenbeziehern zugewiesen wird (siehe Abb. 3).

Grafik: Kapitalgedecktes Pensionssystem



Kapitaldeckung der Rente heißt in der Realität, dass zunächst in einer Aufbauphase die Sparbeiträge der Beschäftigten an Finanzdienstleister, Investment- und Pensionsfonds oder Lebensversicherer fließen. Daraus zahlen diese Institutionen – wie die gesetzliche Rentenversicherung – unmittelbare Leistungen für ihre Kunden, die bereits im Ruhestand sind und in nächster Zeit ihre Ansprüche geltend machen. Der Funktionsmechanismus ist der Gleiche wie im staatlichen Umlageverfahren: Die Einnahmen finanzieren die Ausgaben abzüglich anfallender Kosten der privaten Anbieter – es wird „nur“ Geld umverteilt. Die darüber hinaus anfallenden Überschüsse aus den Beiträgen werden von den Finanzdienstleistern in Sachanlagen wie Immobilien oder in Wertpapieren angelegt. Das heißt, der private Vorsorgebeitrag zur Alterssicherung wird sofort in den Wirtschaftskreislauf zurückgespeist. Die Anbieter von Alterssicherungsprodukten „verpflichten“ sich gegenüber den Kunden, mit ihren Beiträgen einen Ertrag zu erwirtschaften. Die Kunden selbst erwerben ihrerseits lediglich einen Rechtsanspruch auf einen möglichen Gewinn. Ob der so aufgebaute Kapitalstock aber jemals einen realen Gewinn abwerfen wird und ob die versprochenen Renditen in der Abbauphase des Kapitalstocks tatsächlich zur Verfügung stehen, bleibt ungewiss. Diese Ungewissheit resultiert nicht allein aus Kapitalmarktrisiken sowie massiven Kurskorrekturen auf den Finanzmärkten, sondern ist im Funktionsmechanismus der kapitalgedeckten Alterssicherung selbst angelegt. Das kapitalgedeckte System funktioniert nämlich nur so lange, wie es ausreichend hohe Beitragszahlungen durch ausreichend viele Beitragszahler gibt und wenn die Anlageprodukte nicht übermäßig an Wert verlieren.

Gewinner und Verlierer der Reform

Es ist also wenig sicher, wie hoch die „Rendite“ einer kapitalgedeckten Alterssicherung ausfallen wird. Vielmehr stellt das Zusammenspiel unterschiedlicher Generationen von Käufern beim Auf- und Abbau des Kapitalstocks den Generationenvertrag im kapitalgedeckten System dar. Gibt es nicht mehr genügend zahlungskräftige Beitragszahler oder Neukunden für private Vorsorgeprodukte und bringen die Anlagewerte den Finanzdienstleistern nicht die erwartete Rendite, können sie die versprochenen Leistungen nicht mehr oder nicht wie versprochen finanzieren. Aus diesem Grunde lässt sich auch keines der vermeintlichen demographischen Probleme, die für die Krise der umlagefinanzierten Rentenversicherung verantwortlich gemacht werden, durch ein kapitalgedecktes System und eine private Vorsorge lösen. Denn der von „vielen“ angesammelte Kapitalstock trifft angesichts des

demographischen Wandels in naher Zukunft auf einen kleineren Kreis von Käufern im beschäftigungsfähigen Alter, da das Zahlenverhältnis von jung zu alt nicht durch die Art des Rentensystems aufgehoben wird. Angesichts dessen spricht vieles dafür, dass die Preise der Vermögensanlagen in naher Zukunft fallen und auf niedrigem Niveau bleiben.

Ohnehin falsch ist es, die vergangene „positive“ Finanzmarktentwicklung einfach fortzuschreiben. Denn die bisherige Entwicklung fand vor einem speziellen Hintergrund statt: Nach dem großen Börsenkrach 1929 und den beiden Weltkriegen mussten die Finanzmärkte zunächst wieder aufgebaut werden. Gleichzeitig herrschte eine breite Skepsis, Spargelder in Wertpapieren anzulegen, eine verständliche Haltung angesichts der vorangegangenen massiven Entwertungen und der geringen Einkommen. Zudem wurden fast überall soziale Sicherungssysteme eingeführt und ausgebaut, auf zusätzliche private Vorsorge glaubte man daher verzichten zu können. Mit dem Ende der Nachkriegskonjunktur und der seit den 1970er Jahren einsetzenden Kritik an der umlagefinanzierten Alterssicherung wechselte der Blickwinkel: Seitdem scheint der Finanzmarkt und die private Vorsorge den staatlichen Systemen überlegen. Die gleichzeitige Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie die Privatisierungspolitik erhöhten stetig die finanziellen Zuflüsse. Die Geldanlage zur Alterssicherung trug wesentlich zur Kapitalmarktinflation und dem Aufbau von Spekulationsblasen in den 1980er und 1990er Jahren wesentlich bei.⁴

Heute prognostizieren u.a. die führenden Investmenthäuser Merrill Lynch und Goldman Sachs eine nachhaltige Veränderung im Mittelzufluss auf den Finanzmärkten in der nahen Zukunft.⁵ Sie erwarten eine Umkehr der Finanzströme, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre auf Geld für ihren Ruhestand angewiesen sind. Entsprechend wird lediglich bis 2010 mehr neues Kapital auf den Finanzmärkten angelegt, als von dort abgezogen wird, denn bis zu diesem Zeitpunkt werden die geburtenstarken Jahrgänge in den Industrieländern – vor allem in Europa mit dem stark ausgebauten Umlagesystem – freiwillig oder gezwungenermaßen in ihre private Alterssicherung einzahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird beispielsweise laut Goldman Sachs der Kapitalstock zur Alterssicherung in den USA, Kanada, Japan, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien von 65 auf 144 Billionen US-Dollar anwachsen. Ab 2010 führt der demographische Einfluss zu stagnierenden Zuflüssen von neuem Kapital, das Wachstum des angelegten Kapitalstocks wird sich merklich verlangsamen. In Ländern, in denen der effektive Eintritt in die Pension noch bei 60 Jahren liegt, wird dieser Effekt bereits fünf Jahre früher erwartet. Von 2020

bis 2025 wird der Nettostrom schließlich negativ, das heißt, mehr Kapital fließt von den Finanzmärkten ab, als neu angelegt wird. Die Fonds, Versicherungen und andere Finanzdienstleister werden in diesem Zeitraum gezwungen sein, ein Großteil ihre Vermögenswerte zu verkaufen und umzuschichten, um die Ansprüche ihrer Pensionäre zu befriedigen. Oder sie müssen deren Ansprüche auf die versprochenen Renditen beschränken und den Auszahlungszeitraum für die Pensionen verkürzen.⁶

Angesichts dessen kann relativ klar abgeschätzt werden, welche Gruppen zu den Gewinnern der jüngsten, einschneidenden „Reform“ der Alterssicherung in Deutschland zählen: **Erstens** wurden die Unternehmen entlastet, indem die „Lohnnebenkosten“ und damit indirekt die Löhne gesenkt wurden. Durch die Einführung der privaten Alterssicherung (kein Arbeitgeberbeitrag) und die Deckelung der Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) werden die Unternehmen um ca. 15 Mrd. Euro entlastet. Kommt es zur Anhebung der privaten Vorsorge über die bisherigen 4 Prozent, so werden bei einer gleichzeitigen Reduzierung der Beiträge für die GRV die Unternehmen weiter entlastet. Zudem ist ungeklärt, inwieweit die betriebliche Alterssicherung, die im Zuge der Riester-Reform auf-, aus- und umgebaut wird, die Unternehmen von Zahlungen entbindet. Zusätzlich entlastet werden die Unternehmen mit der *Entgeltumwandlung* (Lohnbestandteile, die für die Alterssicherung umgewandelt werden). Einerseits werden mit der Entgeltumwandlung verhandlungsmächtigen Gewerkschaften und Betriebsräten gesetzliche Spielräume eröffnet, um die zusätzliche Altersvorsorge in die Tarifpolitik (betriebliche Altersvorsorge) einzubauen. Andererseits folgt daraus, dass diese Beiträge zur privaten Altersvorsorge sozialabgabefrei bleiben. Das Bruttoentgelt, worauf sich der Beitrag zur staatlichen Rentenversicherung berechnet, verringert sich somit um die privaten Beiträge zur Altersvorsorge. D.h. die private Alterssicherung führt zu Einnahmeausfällen für alle Sicherungssysteme. Bereits mit der Riester-Reform klar, dass der Arbeitslosenversicherung ca. 1,8 Mrd., der Pflegeversicherung ca. 500 Mio., der Krankenversicherung ca. 3,3 Mrd. und der gesetzlichen Rentenversicherung ca. 5 Mrd. Euro dauerhaft verloren gehen. Insgesamt ca. 11 Mrd. Euro an jährlichen Beitragsverlusten, von denen die Hälfte bei den Arbeitgebern als Senkung der Lohnnebenkosten auftauchen.

Zweitens eröffnen sich für Finanzdienstleister durch das Kapitalstockverfahren wichtige Einnahmequellen, so sollten durch die Riester-Reform ca. 4,8 Mrd. Euro (2001) angesammelt werden - bis zum Jahr 2008 sollte dies auf jährlich 39,6 Mrd. Euro gestiegen sein. Insgesamt sollte mit der privaten Vorsorge in

Höhe von 4 Prozent des Bruttogehalts insgesamt ca. 170 Mrd. Euro angesammelt werden. Verbunden ist damit eine steuerliche Begünstigung und staatliche Förderung in der Endstufe 2009 im Volumen von ca. 10 Mrd. Euro, so dass im Ergebnis zwei Drittel des sich in den Jahren summierenden Anlagevolumens aus öffentlich-rechtlichen Haushalten direkt als Zulagen (Subventionen und/oder Steuervergünstigungen) oder indirekt als Einnahmeverzicht aufgebracht werden. Eine zentrale Funktion der Privatisierung der Alterssicherung ist die öffentliche Anschubfinanzierung für die „Börse“ und eine direkte Förderung der Profite, der auf dem Finanzmarkt tätigen Unternehmen und Institutionen. Dies ist wichtig, da der Konzentrationsprozess im Finanzmarkt besonders stark ist und die Gewinne vor allem in den Bereichen Vermögensmanagement und Investmentbanking am höchsten sind. Jedes Unternehmen (Banken, Versicherung, Fonds etc.) ist deshalb auf neue Kunden und neue Mittel angewiesen, um eigenständig zu bestehen bzw. genug Kapital anzusammeln, um die Konkurrenz zu übernehmen.

Drittens spielt die Wertpapieremission eine zentrale Rolle bei der Veränderung von Unternehmen und der Neuausrichtung ganzer Branchen. Auf verschiedenste Art wird den Unternehmen durch die Privatisierung der Altersvorsorge „neue“ Liquidität zugeführt, was für weitere Anlagen nach den Vorgaben des Shareholder Value-Konzepts genutzt werden kann. Betrachtet man die Ausgaben der Unternehmen, sei es im Ausland (Direktinvestitionen) oder Inland, zeigt sich, dass die Gewinne aus der laufenden Periode und die Erträge aus den Aktienemissionen vornehmlich für Fusionen und Übernahmen eingesetzt werden. Die Finanzierung über den Aktientausch rückte dabei ins Zentrum: Im Jahr 1989 machte er nur 7 Prozent des Transaktionsvolumens aus (93 Prozent Bargeld). 1999 war der Bargeldanteil auf 21 Prozent gesunken, 70 Prozent entfielen auf Aktien und 9 Prozent auf eine Mischform. Die Steigerung des Unternehmenswertes an den Börsen führt automatisch zur weiteren Emission von Wertpapieren, um folgende Fusionen zu finanzieren. Die Wertpapiere müssen jedoch gekauft und verkauft werden und dabei treten die institutionellen Anleger und Privatanleger auf den Plan. Um diesen Kreislauf in Gang zu halten, müssen Unternehmen des Finanzsektors international expandieren und die Geschäftsfelder erweitern, entsprechend ist die Privatisierung der Alterssicherung in diesem Kontext zu bewerten und ist nicht allein auf dem sozialpolitischen Feld angesiedelt.

Zurück in die Vergangenheit?

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung werden

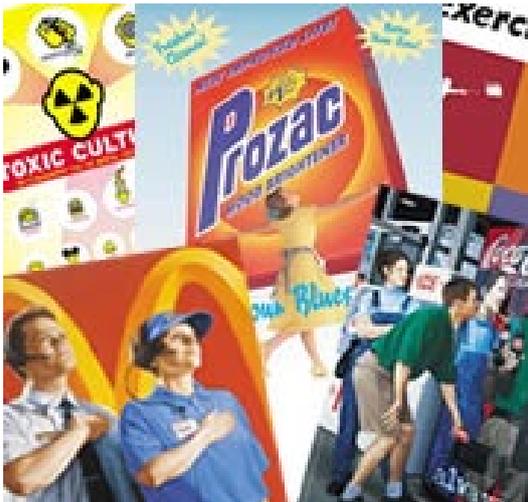
alle Sicherungssysteme ähnlich reformiert: Leistungen werden drastisch gekürzt, höhere/hohe Einkommen und Vermögen werden noch weniger als bisher zu ihrer Finanzierung herangezogen. Als alternativlos wird hierzu die private, eigenverantwortliche Absicherung propagiert. Zu diesem individualisierten Verhalten wird die Bevölkerungsmehrheit aber gerade durch die negativen Effekte der „Sozialreformen“ immer weniger in der Lage sein. Ohnehin zeigt die Geschichte, dass die individuelle Strategie nie eine realistische Perspektive war. Letztlich liegt darin auch ein Hauptgrund für die Etablierung der kollektiven Organisation sozialer Sicherung. Wie diese konkret auszusehen hat, bleibt dabei allerdings offen. Ungeachtet dessen entscheidet aber auch im „Zeitalter der Globalisierung“ und des „demographischen Wandels“ die Existenz eines kollektiv erzeugten Sozialprodukts darüber, ob die hierfür notwendigen Ausgaben von einer Gesellschaft getragen werden können. Der meist angeführte Hinweis, dass die Wachstumsraten heute im Vergleich zur zurückliegenden Prosperitätsperiode zu gering ausfielen und gerade deshalb der Sozialstaat mit seinen Sicherungssystemen nicht mehr finanzierbar sei, klingt zwar auf den ersten Blick einleuchtend. Aber mit prozentualen Veränderungen allein lässt sich nichts beweisen. Beispielsweise betrug das nominelle Wachstum des deutschen Sozialprodukts 1955 ca. 12%, was angesichts des Sozialprodukts im Jahr 1954 in Höhe von ca. 158 Mrd. DM einen Zuwachs von 22,5 Mrd. DM bedeutete. Heute beträgt das deutsche Sozialprodukt rund 2 Billionen Euro und selbst ein geringer Zuwachs von 1% bedeutet immer noch, dass der Gesellschaft etwa 20 Mrd. Euro mehr an „Reichtum“ zur Verfügung stehen.⁷ Ob dieses Sozialprodukt ökologisch sinnvoll ist bzw. wie es entsteht, wäre an anderer Stelle kontrovers zu diskutieren.

Tatsache bleibt, dass die Industriegesellschaften trotz aller sozialen Probleme reicher werden. Das Sozialprodukt wächst und die Gewinne und Vermögen steigen, d.h. aus der Globalisierung ergibt sich kein zwingender ökonomischer Grund für den Sozialabbau. Es sei denn, man erkennt den Wunsch einer kleinen aber mächtigen Gruppe nach möglichst hoher und stetiger Gewinn- und Vermögenssteigerung als einzig gültiges Kriterium an. Tut man dies, muss der Sozialstaat logischerweise abgebaut werden, denn er verursacht Kosten, reduziert den potentiellen Gewinn und schränkt somit die Freiheit der Vermögensbesitzer und höherer Einkommensgruppen ein. Mit dieser modernen Auffassung von Politik sind zwingend ein autoritäres Gesellschaftsbild, eine veränderte Form der politischen Entscheidungsfindung und die breite Akzeptanz von wachsender Ungleichheit verbunden. In Folge dessen wird die soziale Sicherung nicht mehr als soziales Recht, sondern – wie früher – als

unverbindliche Mildtätigkeit verstanden. Sie kann bei Wohlverhalten auf niedrigem Niveau gewährt, oder ganz gestrichen werden. Mit diesem zeitgenössisch präsentierten asozialen und reaktionärem Verständnis von Gesellschaft stellt sich allerdings eine grundsätzliche Frage: welchen Sinn macht überhaupt ein Wirtschaftssystem, das trotz riesiger ökonomischer Potentiale nicht mehr in der Lage sein soll, die Aufgaben anzugehen, die bereits im frühen 19. Jahrhundert unter weit schlechteren Bedingungen als Ziele des sozialen Fortschritts und der modernen Zivilisation erkannt wurden?

(Footnotes)

- 1 Vgl. Christen, Christian/Michel, Tobias/Raetz, Werner (2003: 12ff) : Sozialstaat – Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den Reformen profitiert. VSA-Verlag: Hamburg
- 2 Vgl. Christen/Michel/Raetz, a.a.O., S. 31ff. Verdi (2003): Mythos Demographie. Berlin
- 3 Vgl. Dresdner Bank (2001: 36f): Trends Special – Die Märkte für Altersversorgungsprodukte in Europa. Frankfurt a. Main
- 4 Vgl. Toporowski, Jan (2000): The End of Finance – The theory of capital market inflation, financial derivatives and pension fund capitalism. London
- 5 Vgl. Merrill Lynch (2000) : Demographics and the Funded Pension System – Aging Populations, Mature Pension Funds and Negative Cash Flow. London. Goldman Sachs (2001): Global Aging – Capital Market Implications. Chicago. Ähnlich die Untersuchung aus der konservativen, wirtschaftsliberalen Forschungseinrichtung CSIS von Robert Stowe England (2002): Global Aging and Financial Markets –Hard Landings Ahead? CSIS: Washington, D.C.
- 6 Auf weitere Probleme rund um die kapitalgedeckte Alterssicherung kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Vgl. Baker, Dean/Weisbrot, Mark (1999): Social Security – The Phony Crises. University of Chicago Press: Chicago. Minns, Richard (2001): The Cold War in Welfare – Stock Markets versus Pensions. Verso: London/New York
- 7 Bei aller Kritik an den Größen zur Messung des »Wohlstandes« sollten diese Relationen nicht einfach beiseite gewischt werden. Anzumerken ist zudem, dass es bei der Verteilungsfrage nie allein auf den Zuwachs des Sozialprodukts ankommt: Beispielsweise wurden im Februar 2003 laut Angaben der Bundesbank rund 6,5 Billionen € bei den deutschen Finanzdienstleistern als Einlagen verbucht. Darüber hinaus ist die Entwicklung des Kapitalstocks (Bruttoanlagevermögen) zu betrachten. Auch wenn die Investitionen in den letzten Jahren zurückgegangen sind bzw. stagnierten sagen die prozentualen Veränderungen wenig über den kumulierten Reichtum aus - ganz zu schweigen vom gesamten mobilen und immobilien Reichtum in Deutschland. Nicht zuletzt deshalb ist die Konzentration auf den Aspekt der Verteilung „neuer Zuwächse“ in Bezug auf die Verteilungsfrage und bei der Debatte um die Finanzierungsfähigkeit des Sozialstaates eine politische Verkürzung der Problematik.



Krise der Privatisierungspolitiken?

Eine Bestandsaufnahme

Privatisierungen sind eine entscheidende Dimension neoliberaler Politik, die auf Eigentums-, Besitz- und Verfügungsrechte verweist. Die Privatisierung öffentlicher Güter und gesellschaftlicher wie natürlicher Commons eröffnet nicht nur neue Verwertungsräume für überakkumuliertes Kapital. Über die Setzung neuer Eigentumsverhältnisse wird vielmehr der neoliberale Umbau der Gesellschaft institutionalisiert, Machtverhältnisse betont. Dies ist keineswegs als simple Deregulierung zu begreifen, sondern wird staatlicherseits auf internationaler Ebene (GATS und TRIPS), auf EU-Ebene, aber auch national und kommunal sanktioniert.

Doch Privatisierungsprozesse verlaufen keineswegs reibungslos – sie produzieren Widersprüche und Widerstände. Ein Beleg sind die Stromausfälle von New York bis Neuseeland, die Lücken bei der Wasserversorgung in Südafrika oder Bolivien, zahlreiche Unfälle durch bei britischen Bahnen oder der Schweizer Flugsicherung, Qualitätsmängel, steigende Preise etc. Die Effizienz und Wirksamkeit von Privatisierungen werden immer zweifelhafter. Neoliberale Begründungsmuster fußen auf theoretischen Annahmen, die von jeder empirischen Überprüfung absehen, weil sie modelltheoretisch oder schlicht ideologisch argumentieren. Es stellt sich die Frage, ob neoliberale Privatisierungspolitiken in die Krise geraten?

Immer häufiger stoßen sie auf Widerstände, scheitern an anderen (z.B. technischen) Problemen, müssen zurück genommen werden. Die prominentesten Fälle sind sicher die Deprivatisierungen in Grenoble und Cochabamba. Aber auch in Kassel ist im Mai die

Privatisierung der Wasserwerke vorerst verhindert worden. Das Hamburger Bürgerbegehren hat die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser gebremst. Der Verkauf von städtischen Sparkassen in Mecklenburg Vorpommern ist vorläufig gestoppt.

Doch die Reaktion der herrschenden Gruppen ist die Intensivierung und Beschleunigung des immer gleichen – gerade um angesichts wachsender Widerstände vollendete Tatsachen zu schaffen. Insofern sind Anti-Privatisierungskampagnen nötiger denn je. Aber auch linke Kritiken der Privatisierung fußen allzu häufig auf theoretischen Annahmen ohne empirischer Basis – zumindest jenseits der spektakulären Fälle desaströser Privatisierungsfolgen. Allgemeine Untersuchungen über Folgen von Privatisierung in Europa liegen kaum vor. Der Workshop versuchte einen Überblick über Politiken der Privatisierung und ihrer Folgen zu gewinnen, um auf dieser Grundlage politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Yunus Soner (Bremen/Türkei) schilderte anhand der Entwicklung der Telekom einzelne Schritte von Privatisierung. Entgegen verbreiteter Auffassung verdeutlichte er, dass eine Privatisierung nicht stattfindet, um einen defizitären und ineffizienten Bereich, etwa die staatliche Postverwaltung, über die Umwandlung in ein privates Unternehmen wirtschaftlich zu machen und staatliche Haushalte zu entlasten. Im Gegenteil: Die Deutsche Post machte bereits in den Jahren 1980 bis 1989 stattliche Gewinne, v.a. im Bereich Telekommunikation (leicht defizitär war der Briefverkehr). Schon die entgelt-gebundene Telefon-Dienstleistung der Deutschen Bundespost war dabei eine Ware (wenn auch die kapitalistische Warenform noch nicht entfaltet war). 1989 wurden mit der ersten Postreform die Bereiche Postdienst, Postbank und Telekom getrennt und der Unternehmenszweck auf die Erwirtschaftung von Profiten erweitert. Diese „formelle Privatisierung“ findet also statt, bevor privates Kapital überhaupt in Spiel kommt. In einem zweiten Schritt wurde die Telekom in eine AG privaten Rechts umgewandelt. Damit verbunden sind die explizite Profitorientierung, die Aufhebung unternehmerischer Beschränkungen und Zulassung neuer Geschäftsfelder, die Aufhebung von Verschuldungsbegrenzungen und die Streichung staatlicher Zuschüsse. Bis Mitte der 1990er Jahre war die Telekom aber noch immer zu 100% in staatlichen Besitz. Dies ändert sich erst 1996 und 1999 mit dem Schritt zur „materiellen Privatisierung“.¹ Die Beteiligung privaten Kapitals erfolgt nicht über Veräußerung von staatlichen Anteilen an der Telekom – es handelt sich also nicht um einen „Ausverkauf“ staatlichen Eigentums -, sondern durch Ausgabe neuer Aktien (T-Aktie) im Sinne einer Kapitalerhöhung für neue Investitionen. Der Staat

behält sich dabei die Mehrheit der Anteile vor und verpflichtet sich selbst beim Verkauf von Anteilen, um den Preis der Aktien zu stützen und die Kreditwürdigkeit des Unternehmens zu garantieren. Mindestens 43% der Telekom müssen in staatlicher Hand bleiben. Erst 2000 erfolgt ein kleiner Verkauf von Anteilen. Von einem Rückzug des Staates könne daher keine Rede sein, eher schon von einem Funktionswandel oder einer Interessenverschiebung des Staates. Auch das Agieren am Markt ist durch die neu geschaffene Regulierungsbehörde eingeschränkt (v.a. im Hinblick auf Preisvorschriften und Verpflichtung auf Erbringung einer Universaldienstleistung). Soner zieht daraus die These, dass gerade jene staatlichen Dienstleistungen, die profitabel sind privatisiert werden, nicht umgekehrt – die neoliberale Argumentation also reine Ideologie sei. Angesichts der Profitabilität der Telekommunikationssparte bestand – mit Marx – kein Grund mehr für die staatliche Organisation der Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen. Hauptleidtragende sind die Beschäftigten.

Barbara Dickhaus (Berlin) verdeutlichte die Unterschiede von Liberalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung. Schon mit der Kommerzialisierung, d.h. ohne dass es zu Veränderung der Eigentumsverhältnisse kommt, werden staatliche Unternehmen darauf ausgerichtet, sich wie private zu verhalten. Die Europäische Union hat in diesem Prozess wesentlichen Einfluss, kann jedoch nur Vorgaben zur Liberalisierung machen, hat keinen direkten Einfluss auf die Gestaltung von Eigentumsverhältnissen in den Mitgliedsstaaten. Dies setzen denn auch unterschiedlich um, ob die Vorgaben als reine Liberalisierung (Herstellung von Wettbewerb) oder vollständige Privatisierung (im Sinne einer Übertragung von Eigentumsrechten) implementiert werden. In der Regel gilt die Liberalisierung aber als Vorstufe zur späteren Privatisierung. Das EU-Grünbuch zur Liberalisierung fungiert dabei als „politischer Wegweiser“ zu Abstimmung unterschiedlicher nationaler Politiken. Es unterscheidet zwischen Dienstleistungen allgemeinen Interesses (wie Militär, Polizei, Justiz etc.) und Dienstleistungen allgemein-wirtschaftlichen Interesses (wie Energie, Verkehr, Telekommunikation) – nur letztere sind zu liberalisieren. Doch schon die Abgrenzung ist Resultat politischer Kräfteverhältnisse, wie das Beispiel Wasser zeigt: als allgemeines Gut wird es dennoch der zweiten Kategorie zugeordnet – die Zuordnung bleibt aber umkämpft.

Kristina Dietz (Berlin) berichtet von einer gemeinsam mit Dickhaus durchgeführten Assessment-Studie über Folgen von Privatisierung in Europa. Sie verdeutlicht, dass der Prozess der Privatisierungen

in Europa und auch der Bundesrepublik erst an seinem Anfang steht. Schon mit der Liberalisierung gehen dabei Veränderungen der Markt- und Unternehmensstrukturen einher. Der dadurch ausgelöste Wettbewerb führt zunächst zu Preissenkungen (ungleich für stärker für Großabnehmer als für andere; Grundtarife steigen, Nutztarife sinken); schon nach relative kurzer Zeit bilden sich jedoch oligopolistische Strukturen heraus, die – wenn die Konkurrenten vom Markt verdrängt sind – letztlich zu Preissteigerungen führen. Mit der Privatisierung werden auf diese Weise – politisch gewollt – staatliche Monopole in private Oligopole überführt. Diese dehnen ihre Aktivitäten auch auf andere Bereiche aus: es entstehen sog. Multi-Utility-Unternehmen wie EON, Veola (Vivendi), Virgin etc. Angesichts der öffentlichen Desinvestitionspolitik der vergangenen Jahrzehnte kommt es stellenweise sogar zu Qualitätsverbesserungen – diese Entwicklung ist aber keineswegs allgemein. Immer jedoch ist ein Abbau von Beschäftigung zu beobachten – und zwar schon vor der eigentlichen Privatisierung, um die Unternehmen für den Markt „fit“ zu machen. Die verbleibenden Arbeitsplätze werden in weniger gesicherte Arbeitsverhältnisse umgewandelt, Qualifikationsstandards abgesenkt, Arbeit verdichtet. Trotz vergleichsweise hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den ehemals öffentlichen Unternehmen ist die Position der Gewerkschaften angesichts des enormen Drucks schwach. Liberalisierung und noch stärker Privatisierung schränken darüber hinaus Einflussmöglichkeiten kommunaler u.a. Parlamente ein, gleichzeitig werden Kommunen von großen transnationalen Konzernen abhängig. Privatisiert werden dabei nur die lukrativen Bereiche, periphere Aufgaben sind uninteressant, werden zum Teil rückverstaatlicht. „Rosinenpickerei“, nennt **Dickhaus** das. Ergebnis ist ein „private gain – public loss“. Dies drückt sich in einer sozialen und sozial-räumlichen Polarisierung aus.

Auf eine andere Form neoliberaler Umbauprozess macht **Andreas Hagen** (Potsdam) aufmerksam: Public-Private-Partnerships sieht er als Versuch der Entideologisierung von Privatisierung an – ein eher schleicher Prozess, der angesichts unveränderter Eigentumsverhältnisse und der Betonung von Kooperationen weniger Widerstände provoziert. Begründet wird die Intensivierte Zusammenarbeit von Öffentlichen und Privaten mit der gestiegenen Komplexität der Steuerung, dem notwendigen *Know how* und der erhöhten Bedarf an Investitionen. Dass auch die Form neuer Arbeitsteilung zwischen ungleichen Partnern nicht reibungslos verläuft, zeigt das Beispiel Toll Collect. Hagen begründet dies mit den unterschiedlichen Handlungsrationitäten des privaten und des öffentlichen Sektors. Dass es nicht

zur Auswahl eines einfacheren Systems kam, hatte zum einen mit der Absicht zu tun, ein hochtechnologisches System zu entwickeln, das international vermarktbar ist und damit „deutsche“ Global Players stützt. Die staatliche Seite ist darüber hinaus und primär an den Einnahmen aus der Maut interessiert. Für das Betreiber-Konsortium von Toll Collect hingegen ist die kommerzielle Verwertung des gesammelten Daten das eigentliche interessante Feld, das den Unternehmen mehr Erträge bringen sollte als die Maut selbst. Dies stieß allerdings an datenschutzrechtliche Hürden. Das Konsortium verlor entsprechend an Interesse für das Projekt. Es lag also nicht nur an technischen Mängeln. Im Ergebnis zeigt sich jedoch, dass öffentliche Stellen – auch Bundesministerien – sich von privaten Unternehmen abhängig machen: Die Asymmetrie in den Verträgen konzentriert Verluste einseitig zu Lasten des Staates; ungeklärt sind meist die Folgen von Nicht-Einhaltung von Verträgen. Dabei verdrängt das Gewinninteresse das öffentliche Interesse an umsetzbaren und technisch auch nach Ablauf der Verträge handhabbaren Lösungen. Die Kontrolle von PPPs obliegt der Bürokratie, intermediäre demokratisch-parlamentarische Ebenen werden ausgeschaltet, die Verträge bleiben der Öffentlichkeit weitgehend unzugänglich. Mangelnde Transparenz und direkte Verhandlungen zwischen Bürokratie und Unternehmen werden zu Einfallstoren für die Ausbreitung korruptiver Praktiken.

Privatisierungen sind kein Sachzwang, sondern Teil eines politischen Projekts, das Margaret Thatcher als „Demokratie von Kapitaleigentümern“ bezeichnete. Nur, so **Michel Reimon** (Wien), Autor des *Schwarzbuch Privatisierung*, heute sagt dies natürlich kaum noch jemand so offen. Reimon erinnert daran, dass die britischen Staatsbetriebe vor der Privatisierungswelle ab 1984 acht Mrd. £ Gewinn erwirtschafteten, keineswegs marode waren. Beispielhaft steht der Fall von British Rail: Innerhalb einer Legislaturperiode wurde der Betrieb in 125 Teile zerlegt und verkauft. Der Staat übernahm die Schulden und garantierte weitere (langsam abnehmende) Subventionen. Die Lizenzen wurden auf 20 Jahre vergeben, so dass der vermeintliche bezweckte Wettbewerb sogleich unterbunden wurde. Direkte Folge war eine mangelnde bzw. keine Koordination zwischen der Vielzahl privater Unternehmen, keine abgestimmten Fahrpläne, verkommene Waggons und Infrastrukturen. Die Ver-125-fachung der Verwaltungen diente als Begründung der folgenden Preiserhöhungen. Zusätzlich wurden drei staatliche Regulierungsbehörden eingerichtet: für Hygiene, Planung/Infrastruktur und Sicherheit. Die Privatisierung führte also nicht zu Effizienzgewinnen und Bürokratieabbau, sondern hatte die genau gegenteilige Wirkung. Besonders fatal entwickelte

sich das für Infrastrukturen zuständige Unternehmen Rail Treck. Um Profite zu erzielen bzw. den Aktienkurs in die Höhe zu treiben wurden Investitionen zurückgefahren. Alle Gewinne wurden als Dividende ausgezahlt. Es kam zur bekannten Häufung von Unfällen, woraufhin das Unternehmen zu Reparaturen gezwungen wurde. Ab 2001 mussten Verluste verzeichnet werden; es kam zum Managementwechsel. Der Staat übernahm Kreditgarantien und bewilligte Subventionen. Davon wurden erneut 10% als Dividende ausgezahlt. Durch Intervention der Behörden kam es zur Sperrung von Rail Treck-Aktien an der Börse. Das Unternehmen wurde Rück-Verstaatlicht, die Aktionäre finanziell entschädigt.

Ein typischer Fall ist auch die Privatisierung der norwegischen Stromversorgung. Da die Norweger dank eines hohen Anteil regenerativer Energien auch das Heizen über Strom betreiben, ist der Pro-Kopf-Verbrauch der Norweger fünf mal höher als in der EU und fällt bei den Verbrauchern besonders ins Gewicht. Mit der Privatisierung verschob sich das Interesse der Stromunternehmen von der Versorgung auf Profitmaximierung. Da die Strompreise in Schweden deutlich höher waren als im Öl-reichen Norwegen wurde der erzeugte Strom in großen Mengen dorthin exportiert. Im ersten Winterquartal kam es daraufhin zu einem 300-prozentigen Preisanstieg der Strompreise in Norwegen. Diskutiert werden solche Folgen von Privatisierung jedoch meist nur als Mangel an Regulierung, Nicht der Markt habe versagt, sondern wieder einmal nur »die Politik«. Doch Regulierung, dies zeigen zahlreiche Beispiele kann nur bedingt funktionieren. Sie senkt die Profite unter ein erwartetes Mindestniveau. Werden privaten die gleichen Auflagen gemacht wie öffentlichen Versorgern entstehen auch dieselben Probleme wie zuvor. Profit- und Gemeinwohlorientierung bleiben ein Gegensatz. Als Alternative deutete Reimon eine Demokratisierung öffentlicher Betriebe auf kommunaler Ebene an, um eine stärkere Mitbestimmung der Bevölkerung zu sichern und Selbstverwaltungselemente zu stärken. Doch da war die Zeit längst abgelaufen – dies zu konkretisieren wäre eine Aufgabe für Folgetreffen des PPG-Netzwerkes.

(Footnotes)

¹ Ein etwas unglücklicher Begriff, denn es bleibt völlig unklar, was „materiell“ bedeuten soll. Gemeint ist die Übernahme des Unternehmens in Verantwortung privater Kapitaleigentümer. Der Umkehrschluss aber, dass ein staatliches Unternehmen in privatrechtlicher Form (AG) nicht-materiell sein soll, ist unsinnig. Insofern ist der Begriff fragwürdig.

Enteignung von >oben< und (Wieder)Aneignung von >unten< - Tragfähige theoretische Konzepte für linke Analysen und Politiken?

von Mario Candeiras

Zur Bearbeitung struktureller Überakkumulation und Erschließung neuer Verwertungsbereiche greifen herrschende Gruppen zunehmend auf Politiken der Kommodifizierung, Inwertsetzung, Privatisierung etc. zu - neuere Ansätze, etwa von David Harvey (New York, „The New Imperialism“), diskutieren dies unter dem schwer übersetzbaren Begriff von „dispossession“, meist als „Enteignung“ übersetzt. Dagegen werden in linken Diskursen Konzepte der Deprivatisierung und Verteidigung öffentlicher Güter und/oder alltagspraktische Politiken der Wiederaneignung gesetzt. Diskutiert werden soll in zwei Blöcken, inwiefern diese Begrifflichkeiten für die Analyse gegenwärtiger Widersprüche neoliberaler Vergesellschaftung und die Entwicklung entsprechender widerständiger Praxen nutzbar gemacht werden können oder mehr verdecken als sie verdeutlichen.

Enteignung/Aneignung – beide Begriffe sind äußerst ambivalent. Enteignung wurde im marxistischen Diskurs zunächst mit der sog. „ursprünglichen Akkumulation“ in Verbindung gebracht, wie sie Marx in *Kapital I* entziffert hat. Gemeint sind die gewaltsamen Prozesse der Vertreibung vom Land in die Städte und die Enteignung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Beides diente als unverzichtbare Voraussetzung kapitalistischer Vergesellschaftung. Später galt die Enteignung entsprechend als *das* zentrale Projekt der Linken im Sinne einer „Expropriation der Expropriateure“ (Marx). Im der weiteren Praxis sozialistischer Politik verkürzte sich die Perspektive auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel – eine Perspektive, die aufgrund historischer Erfahrungen und Niederlagen von der politischen Agenda gefegt wurde. Die reale Politik läuft heute wieder in die entgegengesetzte Richtung: hin auf eine Privatisierung von sog. Öffentlichen Gütern und Commons und eine Kommodifizierung von allem und jedem. Dies ist eine der Grundlagen einer veränderten Produktionsweise unter neoliberaler Hegemonie um neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen, überakkumuliertes Kapital zu absorbieren, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben und über die veränderte Eigentumsverhältnisse Machtpositionen zu betonieren.

Dagegen wird nun vermehrt die Perspektive der (Wieder)Aneignung von links thematisiert. Zunächst erstaunlich, wenn man bedenkt, dass Marx Aneignung in erster Linie als kapitalistische Aneignung von Mehrwert begreift. Und tatsächlich hat die Aneignung von Mehrwert heute dank globaler Ausdehnung des Lohnverhältnisses Maßstäbe angenommen wie nie zuvor. Doch hat Marx in den Widersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung und der Entwicklung der Produktivkräfte immer auch die Perspektive der Aneignung von »unten« formuliert. Nicht nur des stofflichen Reichtums, sondern auch von Subjektivität, Denkräumen, Räumen der gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung etc.

Im Spannungsverhältnis dieser Begriffe und den Widersprüchen, der damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen bewegte sich die 3,5-stündige Diskussion, an der sich ca. 30 Personen beteiligten. Bezweckt war ein Doppeltes: 1. Die Prüfung der Begriffe auf ihren analytischen Gehalt, inwiefern sie reale Verhältnisse besser begreifbar machen; 2. die Frage, welche politischen Perspektiven sich daraus ergeben und wie verallgemeinerungsfähig diese sind. **Christian Zeller** (Zürich) versuchte unterschiedliche Dimensionen von Enteignung zu indentifizieren: a) Privatisierung; b) Raub und Spekulation; c) Aneignung andernorts produzierten Mehrwertes (via Oligopolisierung und Zentralisierung); und d) Schaffung intellektueller Eigentumsrechte. Er versucht damit die Diskussionen um ein „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ (Chesnais) und eine neue Welle der Enteignung (Harvey) zusammen zu bringen – Ergebnis sei eine Form der „Akkumulation ohne Investition“, womit er einen globalen Gesamtzusammenhang des Kapitalismus zu kennzeichnen versucht. **Ulrich Brand** (Kassel) diesen Analysetypus als überallgemein. Er bleibe sehr unkonkret auf unterschiedliche Bedingungen und Lebensverhältnisse bezogen, daher auch unklar, was dies für politische Praxis zur Folge hätte.

Christoph Görg (Frankfurt/Main) kritisierte die „innere Konsistenz“ dieses Ansatzes: sehr unterschiedliche Bereiche würden unter einen Begriff gezwungen. Er erinnert an das werttheoretische Faktum, dass Abschöpfung von Mehrwert durch zintragendes Kapital nur auf der Aneignung andernorts produzierten Mehrwerts aufrufen kann. Es handelt sich bei Spekulationen nicht um Raub, sondern um eine Art „innerkapitalistische Enteignung“, wenn man so will. Etwas anderes ist die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft zum Zwecke der Steigerung absoluter Mehrwertaneignung. Noch etwas ganz anderes ist die Ausdehnung kapitalistischer Verwertung, d.h. die „Enteignung“

nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse im Sinne ursprünglicher Akkumulation ist dabei seit jeher mit Raub und Gewalt verbunden erreicht durch die Entwicklung der Gentechnologien aber eine neue Stufe. Der Begriff der Kommodifizierung sei ebenfalls nicht ausreichend, da die Ressourcen um die es geht auch früher schon der Warenform unterworfen waren, etwa auf lokalen Märkten. An der Biopiraterie wird deutlich, dass es um mehr als Raub und Kommodifizierung geht. Auch bisher als Waren verfügbare Produkte oder Wissen wird in kapitalistische Produktionsmittel verwandelt. Zwar spielt Gewalt noch immer eine Rolle, Grundlage kapitalistischer Produktionsformen ist aber gerade der „frei“ geschlossene Vertrag (auch mit indigenen Bevölkerungen). Der Begriff der „Inwertsetzung“ fasse daher klarer, worum es geht. Darum drehen sich dann auch konkrete Kämpfe. Diese Auseinandersetzungen um Software sind ein weiteres Beispiel. In der Diskussion wurde dann die Frage nach Strategien der „Außerwertsetzung“ ins Spiel gebracht.

Im zweiten Teil konnte nur schwer daran angeknüpft werden. Es ging zunächst um soziale Praxen im globalen Süden, die durchaus als Formen der (Wieder)Aneignung von »unten« beschrieben werden können. Entgegen alter Vorstellungen der Verstaatlichung als Enteignung von »oben« verweisen diese Praxen in durchaus widersprüchlicher Weise auf eine eher staatskritische Herangehensweise. Nicht weil eine grundsätzliche Staatsablehnung dominiere – das sehen die Beteiligten durchaus unterschiedlich (vgl. die Debatte in *Das Argument* 253), sondern weil die meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren eine neoliberale Politik betrieben. Staat als Materialisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse scheint für Aneignungsperspektiven als unerreichbar. Insofern sind gegenwärtige Aneignungspraxen auch der Schwäche der Linken geschuldet – was sich allerdings auch als Stärke erweisen kann, indem stärker auf die subjektiven Bedingungen von Veränderung und Möglichkeiten der Verallgemeinerung in kollektiven Prozessen gezielt wird (vielleicht im Sinne echter Vergesellschaftung statt Verstaatlichung). Jedenfalls eignen sich Bewegungen wie die Zapatistas oder die MST notwendige Bedingungen und Räume individueller und gesellschaftlicher Reproduktion an und verbinden dies mit neuen Formen der Organisation. Aber auch in weniger organisierten Formen versuchen Menschen im kleineren Rahmen kollektiv sich die notwendigen Bedingungen des Überlebens anzueignen: von der gemeinsamen Beschaffung der täglichen Lebensmittel, über das organisierte Abzweigen von Strom oder Wasser, das

unerlaubte Kopieren von Software, bis zur Besetzung und den Weiterbetrieb von Fabriken.

Ein besonders interessanter Fall ist Venezuela, in welchem sich Aneignungspraxen von »unten« und »oben« in widersprüchlicher Weise verbinden. Bekannt sein dürften die Auseinandersetzungen und Demonstrationen, die damit verbunden sind und Zivilgesellschaft, Bürokratie und auch Militär spalten. **Dario Azzelini** (Berlin/Italien) schildert dagegen den von der Regierung Chavez eingeleiteten Prozess der Verfassungsgebung und wie er von der Bevölkerung „angeeignet wurde“: ca. 300 von 600 Vorschlägen aus der Bevölkerung sind in die neue Verfassung eingegangen. Ergebnis dieser Politisierung ist eine Identifikation mit der Verfassung als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens, die auch im Alltag Verwendung findet. Enthalten sind u.a. das Verbot von ausländischen Militärbasen auf venezolanischem Territorium, ein Verbot von Privatisierungen, ein kostenfreies Gesundheits- und Bildungssystem für alle, ein Recht auf Ernährungssicherheit und Wohnung, das Recht indigener Bevölkerungen auf Nutzung der tradierten Ressourcen, der Sozialversicherungsschutz von Hausarbeit(erinnen) etc.

Das praktizierte politische Prinzip wird als Partizipation und Protagonismus bezeichnet und zielt auf die Subjekte und ihre Selbstorganisation. Der klassische Parlamentarismus wird abgelehnt. Selbstorganisationsprozesse der Bevölkerung sollen von Regierungsebene gestärkt werden. So wird versucht angesichts des sog. Unternehmerstreiks Fabrikbesetzungen durch Beschäftigte und lokale Gemeinschaften staatlicherseits abzusichern und Versuche zur verbesserten Kontrolle der Produktionsmittel zu festigen (dabei wird stets streng legalistisch vorgegangen). Vorgesehen ist auch lokale Selbstverwaltungsinitiativen zu stärken, die mittelfristig sogar die vorhandene kommunale Bürokratie ablösen sollen. Gleichzeitig sollen auf diese Weise Gegner in den staatlichen Verwaltungen entmachtet werden. Die kollektive Selbstorganisation ist sogar zwingend, beispw. Für die Aneignung von Land. Nutzungs- und Besitzrechte dieser Ländereien sind vererbbar, das Eigentum aber nicht verkäuflich. Den Prozesscharakter solcher Umwälzungen im gesellschaftlichen Gefüge bezeichnet Azzelini als „De-Globalisierung“, der u.a. darauf zielt die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten (bisher 70%) zu reduzieren. Die Bedingungen sind nicht schlecht: anders als Nachbarländer verfügt Venezuela über reiche Ölreserven in staatlicher Hand und hat trotz Verschuldung bislang keine IWF-Kredite in Anspruch nehmen müssen, muss sich also keinen Strukturanpassungsmaßnahmen neoliberalen Musters unterwerfen. Widersprüche im Verhältnis von Selbstorganisation,

sozialen Bewegungen und links-populistischer Regierung wurden nicht thematisiert. Für einen Vergleich mit anderen Ländern bleibt keine Zeit. Angesichts extrem einseitiger Presseberichterstattung über Venezuela stand Information im Vordergrund.

Anschließend ging es über zu den Möglichkeiten von Aneignungspraxen im Norden. Auch dieser Schwenk blieb relativ unverbunden zum vorherigen. Die politischen und sozialen Bedingungen sind kaum vergleichbar. **Ingo Stuezle** (Berlin) versuchte daher erst gar nicht einen Zusammenhang herzustellen, beschränkte sich vielmehr auf die Begründung und die Probleme der *Berlin Umsonst Kampagne*. Die Kampagne versuche sich abzusetzen von einerseits konkretistisch und staatszentrierten Alternativkonzepten wie sie von Teilen der Gewerkschaften oder Attac formuliert würden und andererseits von einer „kommentierenden“ radikalen Linken, die sich nicht in die Kämpfe hinein begibt. Auch das Berliner Sozialforum versuche Widerstände zu vernetzen, die es kaum gibt. Die Kampagne setzt daher am verbreiteten Unmut über Sozialkürzungen und der längst gängigen Praxis individueller rebellischer Aneignung (Klauen, Downloaden, Schwarzfahren etc.) an. Es geht darum solche Praxen zu politisieren und kollektiv zu organisieren. Dabei wird kontinuierlich das eigene Vorgehen kritisch hinterfragt und modifiziert. Die ersten Aktionen richteten sich auf die Verteuerung öffentlich bereitgestellter Dienstleistungen (Schwimmbäder, ÖPNV). Prompt wurde der Vorwurf erhoben, nur staatlich subventionierte Bereiche anzugreifen, also selbst staatszentriert zu handeln. Im Studi-Streik wurde entsprechend versucht die Aneignung auf andere Bereiche zu lenken, etwa das Buffet der Tagung des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA): „kein Betteln, sondern nehmen“, ist das Motto. Mit der Ankündigung der Aktion Moma-Umsonst wurde auf eine stärkere Medien-Resonanz gesetzt. Die entsprechend hohe Polizeipräsenz verhinderte jeden Versuch des kostenfreien Genusses der Kunst. Damit wurde ein „symbolischer Überhang“ der Kampagne deutlich, die keine reale Aneignung zur Folge hat. Umso erstaunlicher, dass „Politik auf niedrigem Niveau solchen Anklang findet“: das Konzept einer „radikalen Sozialpolitik“ von unten verbreitet sich in anderen Städten (Hamburg, Dresden, Köln). Die Anschlussfähigkeit ist jedoch begrenzt, die Kampagne gelangt kaum über den Dunstkreis der radikalen Linken hinaus (anders als etwa bei Häuserkämpfen). Vielleicht ist die Forderung und Aneignung eines sozialen Zentrums eine Möglichkeit breitere Kreise anzusprechen? Oder ist dies doch nur ein Rückzugsort?

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass

es noch nicht gelungen sei, alternative Praktiken wieder sichtbar (Klauen als Notwendigkeit), etwa wie es bei der Frage der Migration in Ansätzen gelang (Kanack Attack: „wir sind unter euch“). Gefordert wird ein offensives Angehen der Eigentumsfrage, auch der Produktionsmittel. Stuezle setzt dem entgegen, dass die konkrete Praxis, die sich mit einer solchen Forderung verbindet unklar bliebe. Man könne die kapitalistische Infragestellung nicht von außen an die Leute herantragen, sondern muss an konkreten Bedürfnissen ansetzen. Erst in den Kämpfen formiert sich Politik. Auch er sieht, das Problem, dass die Kampagne nicht in der Arbeitswelt verwurzelt ist. Unter gegebenen Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung radikale Politik in der Produktion zu betreiben ist ein schwieriges, aber notwendiges Unterfangen. Vielleicht wäre dies ein Thema für den nächsten BuKo-Kongress: Aneignung der Arbeit.

Trotz Überlänge der Veranstaltung blieb keine ausreichende Zeit zum diskutieren. Die angeregte Beteiligung bestätigt aber, dass es lohnend war die unterschiedlichen Diskussionsstränge, die sonst getrennt voneinander behandelt werden, zusammenzubringen. Es gelang aber (noch) nicht, sie wirklich miteinander zu artikulieren, was eben auch an den Kategorien liegen mag: Enteignung und Aneignung, v.a. wenn man sie dichotomisch als Politiken von »oben« und »unten« setzt, verleiten dazu einen dialektischen Zusammenhang zu konstruieren, der überallgemein bleibt und weder analytisch noch praktisch ausreichend trägt. Der Begriff der Aneignung, das zeigt der Kongress, regt jedoch zu Diskussionen an, bewegt Positionen. Und er wirkt politisierend, was sich an der ganz praktischen Aneignung der Kassler Innenstadt deutlich und mit hohem Spaß-Faktor zeigte (vgl. den Bericht von Markus Euskirchen auf www.linksnet.de/linkslog/).

Enteignung oder Inwertsetzung?

Zur Aktualität der „ursprünglichen Akkumulation“

von Christoph Görg

Die neoliberale Globalisierung enthüllt immer stärker ihr wahres Gesicht. Die Verheißungen neoliberaler Ideologie, die Versprechungen vom Wohlstand für Alle auf dem Weg einer Liberalisierung der globalen Märkte, haben sich gründlich desavouiert – zumindest jenseits der transnationalen Eliten, die den Glauben an diese Verheißungen unmittelbar ausbeuten. Unübersehbar sind die Krisen und die Blockaden, die inzwischen selbst die Institutionen befallen haben, die ursprünglich das Projekt eines neoliberalen Umbaus voranbringen und absichern sollten wie bspw. die Welthandelsorganisation. Das bedeutet zwar (noch) nicht, dass eine Revision des Kamikaze-Programms eingeleitet würde. Doch vom Glauben an die Segnungen des freien Weltmarktes ist nur noch die Angst übrig geblieben, letztlich zu den Verlierern zu gehören. Und dem (zumindest in Deutschland erst) leise aufkeimenden Unbehagen an den Zumutungen eines neoliberalen Umbaus der Gesellschaften werden verstärkt repressive Maßnahmen eines „disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill) entgegengesetzt, wie die sich zuspitzenden Krisen überhaupt zunehmend repressiv und gewaltförmig zu bearbeiten versucht werden: vom Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates auf beiden (!) Seiten des (Nord-)Atlantiks bis hin zum Aufbau und Ausbau militärischer Interventionskräfte in den USA wie in der EU.

Auf diese Situation wird nun in vielfältiger Weise reagiert – und keineswegs nur in emanzipativer Absicht. Mehren sich auf ökonomischem Gebiet nationalstaatlicher Protektionismus und auf politisch-kultureller Ebene Nationalismus und Chauvinismus, dann wird zudem auch ganz offen über eine gewaltförmige Stabilisierung zunehmend als unkontrollierbar eingeschätzter globaler Verhältnisse nachgedacht: das Bild einer „Bürde des post-modernen Mannes“¹ angesichts wachsender Verelendung und sich verbreitender sozialer Instabilitäten macht die Runde. Ganz offen wird über die Aufgabe eines neuen Imperialismus (vgl. die Beiträge in Speck/Sznaider 2003) oder eines Empire, evtl. auch in einer „lite“ Version (Ignatieff 2003) nachgedacht. Neoliberale Globalisierung wird von den selbsternannten Strategen dieser Welt zunehmend als Krisenfaktor interpretiert, die nicht nur Gewinner, sondern eben auch „nichtintegrierte

Lücken“ (Barnett 2003), sprich „globale Favelas“ (Buckel 2003) produziere, für die nur noch der Einsatz von militärischer Gewalt im Angebot ist. Aber gleichzeitig mehren sich die Zeichen eines Widerstands gegen die Zumutungen neoliberaler Politik wie gegen die Strategien der Krisenbearbeitung. Schon die Blockade internationaler Institutionen war durch die gewachsene Präsenz globaler sozialer Bewegungen zwar nicht unmittelbar verursacht, wohl aber verstärkt worden. Stephen Gill (2003) spricht von einem „Clash of Globalizations“, um die Herausforderung neoliberaler Hegemonie deutlich zu machen. Und diese Herausforderungen spielen sich nicht nur auf dem Parkett internationaler Institutionen ab, sondern auch im lokalen Alltag. Zwar sind die Zumutungen und die Folgen eines neoliberalen Um- und Abbaus des Sozialstaats zumindest in Westdeutschland noch erstaunlich wenig Gegenstand öffentlicher Aktionen – trotz der spontanen Welle der Montagsdemonstrationen, die sich doch weitgehend auf Ostdeutschland konzentrierten. Doch vielleicht ändert sich das nach dem 1. Januar 2005 mit dem Inkrafttreten von Hartz IV bzw. AlgII. Es mehren sich Anzeichen eines Widerstands, der von breiten Aktionen auf der Straße über Bündnisse gegen Sozialabbau oder für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bis zu Formen einer direkten „Aneignung von unten“ („Berlin umsonst“, „Hamburg umsonst“, etc.) reichen.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie die aktuelle Situation zu begreifen ist. Ist die neoliberale Globalisierung vorbei, weil die kooperative Zusammenarbeit der Staaten zur Durchsetzung globaler Märkte einem neuen Unilateralismus, einem „America first!“ Platz gemacht hat?² Haben wir es mit einem „neuen Imperialismus“ zu tun, der zunehmend räuberische und gewaltförmige Züge annimmt (Harvey 2003b)? Oder geht es darum, dass ein bislang nur verdecktes „American Empire“ nun unverhüllt sich präsentiert (Panitch/Gindin 2004)? Insbesondere die im Rückgriff auf Rosa Luxemburg formulierte These eines, auf einer „Akkumulation durch Enteignung“ beruhenden neuen Imperialismus durch David Harvey (2003a und b; 2004) und Christian Zeller (2004a und b) bietet einen Ansatzpunkt, von dem aus theoretische Fragen hinsichtlich einer angemessenen Imperialismustheorie, zeitdiagnostische Themen und politisch-strategische Fragen zusammengeführt werden können.³ Im Folgenden soll dieser Ansatz jedoch nicht in seiner ganzen Breite vorgestellt werden. Vielmehr soll lediglich untersucht werden, inwieweit der Begriff der „globalen Enteignungsökonomie“ tatsächlich geeignet ist, höchst unterschiedliche Prozesse zu erfassen und strategisch anzuleiten. Dabei beschränke ich mich auf einige, allerdings zentrale

theoretische Probleme und deren politisch-strategische Implikationen.

1. Enteignung von oben vs Aneignung von unten?

Zunächst ist die analytisch-diagnostische Verwendung des Enteignungsbegriffs zur Erfassung neuer historischer Konstellationen der Kapitalakkumulation von einer politisch-strategischen Verwendung des Aneignungsbegriffs zu unterscheiden. Beide werden eigentlich eher metaphorisch gegenübergestellt: Ist das Spezifische des zeitgenössischen Kapitalismus seine teils räuberische, teils gewaltsame globale Enteignung, dann scheinen damit Strategien einer direkten Wiederaeignung von unten das Herz dieses neuen Kapitalismus zu treffen. Durch die Gegeneinanderstellung dieser Begriffe wird also ein dialektischer Umschlag – von einer Verschärfung der globalen Ausbeutungsverhältnisse zu einer Widerstandsstrategie – suggeriert. Doch die Frage ist, ob sich dieser Umschlag mit diesen Begriffen tatsächlich formulieren lässt? Diese Frage hängt natürlich von der genaueren Bestimmung dessen ab, was mit „globaler Enteignungsökonomie“ eigentlich gemeint ist. Hier werden von Harvey und Zeller sehr unterschiedliche Prozesse in einem Begriff zusammengefasst. Wenigstens drei, evtl. sogar vier Ebenen lassen sich unterscheiden (vgl. die Zusammenstellung in Zeller 2004a, 11ff, die hier allerdings in anderer Weise zusammengefasst wird):

1. eine innerkapitalistische Enteignungsstrategie, frei nach Marx: „ein Kapitalist schlägt viele tot“;
2. eine Ausdehnung kapitalistischer Verwertungsstrategien auf nicht-kapitalistisch organisierte gesellschaftliche Verhältnisse – die Permanenz der „ursprünglichen Akkumulation“;
3. und eine Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung im eigentlichen Sinne – eine Strategie der absoluten Mehrwertaneignung.
4. Möglicherweise ließe sich gegenüber 2. und 3. noch die Strategie der Privatisierung öffentlicher Güter und Aufgaben als eigenständige Dimension unterscheiden.

Auf jeder dieser drei bzw. vier Ebenen meint globale Enteignungsökonomie etwas sehr verschiedenes. Beim ersten Punkt scheint der Begriffs insoweit angebracht, als wir es ohne Zweifel mit einer Verschärfung der innerkapitalistischen Konkurrenz und der teils Marktförmigen (finanz- und kreditvermittelten), teils räuberischen Umverteilung des Profits in immer weniger Hände zu tun haben. Allerdings weist er schon hier aufgrund der Breite der Phänomene Unschärfen auf (s.u.). Dagegen setzt er beim zweiten Punkt falsche Akzente (und sollte durch einen anderen Begriff,

nämlich den der Inwertsetzung ersetzt werden) und bringt beim dritten und vierten Punkt problematische Konnotationen in politischer Hinsicht mit sich. Auch wenn im Folgenden dabei recht abstrakte Probleme der Marxinterpretation ins Spiel kommen, geht es nicht um Marxphilologie, sondern um die politischen Implikationen dieses Begriffs. Die zentrale These ist denn auch, dass hier sehr unterschiedliche Prozesse zu schnell kurzgeschlossen und insbesondere eine Widerstandsstrategie nicht wirklich plausibel begründet wird. Auch wenn die kapitalistische Konkurrenz im Rahmen der neoliberalen Globalisierung enorm zugenommen hat und mit der gestiegenen Bedeutung des Finanzkapitals zusätzlich strukturelle Verschiebungen und Enteignungsprozesse innerhalb der verschiedenen Kapitalfraktionen zugenommen haben (s.o. Punkt 1.), zielen die Strategien einer „Aneignung von unten“ doch eher auf die unter 3. und 4., z.T. auch unter 2. angedeuteten Prozesse. Mehr noch: Selbst da sind sie eher defensive Widerstandsstrategien (und trotzdem keineswegs unwichtig), aber noch lange keine universale Widerstandsbewegung gegen eine „globale Enteignungsökonomie“. Für ein adäquates Verständnis der neuen imperialistischen Tendenzen im globalen Kapitalismus ist aber insbesondere ein präzises Verständnis der unterschiedlichen Dimensionen notwendig. Hier bietet sich mit Blick auf 2. der Begriff der Inwertsetzung an (Görg 2004). Zu untersuchen ist also im Folgenden, inwiefern die verschiedenen Ebenen unterschiedlich zu begreifen sind und welche politischen Implikationen diese Unterschiede mit sich führen.

2. Die nichtexistente postfordistische Akkumulationsstrategie – der neue „Blut-saugerkapitalismus“?

Inzwischen hat sich die Suche nach dem postfordistischen Akkumulationsregime fast zum running gag entwickelt: vom Toyotismus oder Kalmarismus (Lipietz 1991) spricht eigentlich niemand mehr, so deutlich ist inzwischen geworden, dass ein neues stabiles Akkumulationsmodell nicht analog zum Vorbild von Henry Fords Automobilproduktion ausgebildet wird – wenn es denn überhaupt jemals ein solches stabiles Modell geben wird. Denn es mehrten sich die Zeichen, dass das neue Gesicht des Kapitalismus in vieler Hinsicht völlig anders aussieht und auch in Zukunft aussehen wird, als wir das von der fordistischen Phase, dem vermeintlich goldenen Zeitalter des Kapitalismus gewohnt waren. Instabilitäten und wachsende Ungleichheiten sind wohl keine Übergangs- und Krisenphänomene mehr – und damit wird die neue Phase auch in Zukunft keine vergleichbare Kohärenz besitzen (die der Fordismus ja auch nur in seiner

metropolitanen Ausprägung und auch dort nur unter Auslagerung bzw. Verschiebung seiner Widersprüche in räumlicher, sozialer wie ökologischer Hinsicht hatte; vgl. zur Debatte um die Periodisierung: Candeias/Deppe 2001; Brand/Raza 2003). Harvey und stärker noch Zeller bereichern diese Debatte um die Verbindung zweier Argumente: die These einer zentralen Bedeutung des Finanzwesens („finanzdominierte Akkumulationsstrategie“, Aglietta 2000; Chesnais 2004) wird gekoppelt an die These, dass sich keine stabile Akkumulationsstrategie herausbildet (wobei Zeller diese These weniger klar vertritt als Harvey). In der Verbindung beider Argumente findet sich die erste Begründung für den Begriff der globalen Enteignungsökonomie. In diesem Sinn wird von Harvey der Begriff der „accumulation by dispossession“ der „Akkumulation durch erweiterte Reproduktion“ (Harvey 2004, 197f) entgegengesetzt.

Nun ist auf der Ebene der Phänomene gar nicht zu bestreiten, dass Betrug, Raub und Gewalt verstärkt die neue Phase kapitalistischer Globalisierung prägen. Beispiele wie der ENRON-Skandal in den USA oder der Mannesmann-Vodafone-Fall in Deutschland sind nur die Spitze des Eisbergs. Aus theoretischer Sicht sind hier jedoch mindestens zwei Bemerkungen angebracht. Zum einen ist darauf zu verweisen, dass der Gegenbegriff einer „Akkumulation durch erweiterte Reproduktion“ eigentlich eine Tautologie darstellt – denn Akkumulation *ist* die erweiterte Reproduktion des Kapitals, d.h. die Kapitalisierung wenigstens eines Teils des zuvor erwirtschafteten Mehrwerts. Wie Marx im ersten Band des Kapitals gezeigt hat, ist der Kapitalismus nur auf dieser Basis bestandsfähig, ist die einfache Reproduktion (und damit eine Gesellschaft ohne Akkumulationszwang) unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich (MEW 23, 22. Kap.). Was Harvey (und mit ihm zuweilen auch Zeller) also eigentlich meint, ist, dass es kein stabiles, die Profitrate sicherndes Akkumulationsregime gibt: Überakkumulationskrisen sind endemisch geworden. Diese These lässt sich nach der Pleite der New Economy sicherlich gut belegen (vgl. z.B. Brenner 2002). Und gleichwohl erbt man dabei wenigstens implizit eine Annahme, die auch den damaligen Hoffnungen auf ein krisenfreies Wirtschaftswachstum zu Grunde gelegen hatte: das der Abkopplung des Profits von der Mehrwertproduktion im materiellen Produktionsprozess. War Mitte der 1990er Jahre die Hoffnung auf eine Überwindung der immanenten Krisenhaftigkeit kapitalistischer Akkumulation letztlich in einer großen Blase geplatzt, dann teilen Harvey und Zeller zwar keineswegs diese Illusionen. Vielmehr wenden sie die These der New Economy ins Negative und behaupten (allerdings mehr implizit als explizit), dass das Wesen kapitalistischer Aneignung heute in der

betrügerischen Abschöpfung des Mehrwerts durch Kapitalfonds etc. bestehe. Nicht mehr das mühselige Geschäft der Mehrwertauspressung und die schwierige Suche nach Reinvestitionsmöglichkeiten bestimme danach die Logik des zeitgenössischen Kapitalismus, sondern „die räuberischen Mechanismen einer Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004, 13), die durch Monopolbildung und steigende Macht des Kreditwesens (hier spielt das Finanzkapital eine entscheidende Rolle), durch Fälschungen und andere räuberische Praktiken gekennzeichnet sei.

Nun besteht das Problem keineswegs darin, dass für solche Thesen nicht Beispiele zuhauf zu finden wären.⁴ Die Frage ist nur, ob die räuberische Umverteilung des Mehrwerts – denn darum geht es strukturell gesehen – wirklich von der Produktion des Mehrwerts völlig entkoppelt ist. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann ist diese Enteignungsökonomie eher ein Epiphänomen, das auf der enormen Konzentration des Vermögens im Rahmen der neoliberalen Globalisierung aufruhrt und diese zur Voraussetzung hat. Mehr als ein Epiphänomen ist diese Umverteilungsökonomie sicherlich in dem Sinne, als sie zu einer weiteren Machtkonzentration beiträgt. Trotzdem ist sie mittelfristig von der Produktion des Reichtums im Rahmen der Kapitalakkumulation abhängig – sprich: von der Mehrwertproduktion, sprich: von der Etablierung eines einigermaßen kohärenten Akkumulationsregimes. Dieses Akkumulationsregime mag um ein vielfaches ungemütlicher sein als das fordistische, aber es muss die erweiterte Reproduktion des Kapitals gewährleisten.

Nun ließe sich einwenden: Vielleicht ist genau dies in Zukunft ja nicht mehr der Fall. Vielleicht haben wir es mit einer tiefgreifenden Veränderung der Funktionsbedingungen kapitalistischer Ökonomie zu tun – und müssen uns politisch darauf einstellen. Schwerwiegender als dieser theoretische Einwand wiegt denn auch eine Gefahr in der politischen Einschätzung dieses „Blutsaugerkapitalismus“. Denn es besteht die Gefahr, wie weiland Lenin 1917 die Dynamik kapitalistischer Entwicklung zu unterschätzen. Für Lenin war der Kapitalismus mit dem Imperialismus in ein Stadium der Stagnation und „Fäulnis“ eingetreten, in dem seine Innovationsdynamik erschöpft und eine parasitäre Kapitalfraktion – das Monopol und letztlich das Finanzkapital – die Entwicklung dominiere. Diese Diagnose, verbunden mit einer instrumentalistischen Staatstheorie und der Annahme, dass sich gleichwohl schon sozialistische Formen der Vergesellschaftung im Schoße dieses Monopolisierungsprozesses ausbilden, steckte letztlich hinter seiner Imperialismustheorie: Imperialismus ist ein „sterbender Kapitalismus“ (Lenin 1975, 133; s. auch 105ff; vgl. dazu Kößler 2003, Heinrich 2003). Die Crux dabei ist: Was immer

an Sozialismus in Russland bzw. der Sowjetunion sich herausbildete – es baute nicht auf diesen Ansätzen gesellschaftlicher Produktion auf, sondern entwickelte sich in einer vergleichsweise zurückgebliebenen Gesellschaft. Schwerer wiegt noch: Zum Zeitpunkt, an dem Lenin seine Diagnose veröffentlichte, entwickelte ein gewisser Henry Ford gerade in den USA die Grundlagen eines neuen Akkumulationsregimes, das dem Kapitalismus eine bis dahin unbekannte Dynamik und seine Durchsetzung auf Weltebene ermöglichte.

Was kann man aus diesem historischen Vergleich lernen? Man könnte es das „Colombo-Syndrom“ nennen: Dein Gegner kann noch zu zerlumpt daherkommen, man sollte ihn nicht unterschätzen! Auch wenn der Kapitalismus derzeit moralisch wie auch strukturell zu verkommen scheint – und dafür gibt es, nochmals sei's betont, viele Anzeichen – sollte man ihn in seiner Fähigkeit, sich neue Innovationsquellen einzuverleiben, nicht unterschätzen. Die These von der globalen Enteignungsökonomie trifft also im Hinblick auf die innerkapitalistische Konkurrenz ohne Zweifel wichtige Symptome des zeitgenössischen Kapitalismus. Aber sie trifft eher Symptome und vielleicht sogar mehr die Epiphänomene, denn sie ist geprägt von einer Unklarheit im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Umverteilung und Produktion des Mehrwerts. Aber vor allem führt sie eine problematische Konnotation in politischer Hinsicht mit sich, nämlich die Annahme einer Erschöpfung der kapitalistischen Innovationsdynamik. Gegen diese Annahme spricht aber gerade die zweite Dimension, auf der die Neuheit der globalen Enteignungsökonomie aufgezeigt wird: die Ausdehnung kapitalistischer Verwertung.

3. Die Permanenz der „ursprünglichen Akkumulation“ – eine Enteignung nichtkapitalistischer Räume?

Während der Vergleich mit Lenin etwas hinkt und nur der Verdeutlichung eines Problems diene, steht insbesondere bei Harvey eine andere Anknüpfung an eine klassische Imperialismustheorie explizit im Vordergrund: die Anknüpfung an Rosa Luxemburg und ihre These, dass die sog. „ursprüngliche Akkumulation“ nicht nur eine historische Phase in der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse gewesen sei, sondern auch seine weitere Entwicklung begleite (Luxemburg 1923/1966). „Akkumulation durch Enteignung“ ist dann ein Begriff, der die etwas merkwürdig klingende Formulierung eines permanent vorhandenen „ursprünglichen“ oder „primitiven“ zu überwinden versucht (Harvey 2003a, 74; 2004, 196). Leider geht dem Begriff dadurch aber auch

etwas verloren, was dem Begriff einer „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ zu Recht anhaftete: nämlich die Durchsetzung und Etablierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Stattdessen fokussiert Harvey auch hier eher auf die Phänomene bzw. die Mechanismen der Durchsetzung und insbesondere auf die Rolle von Raub und Gewalt. Diese Phänomene sind ohne Zweifel wichtig, aber sie geben nicht unbedingt den gesellschaftlichen Kern der Prozesse zu erkennen – mit weitreichenden Folgen für die politische Einschätzung.

Luxemburg hatte im Rückgriff auf das Theorem der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ zwei unterschiedliche Formen der Akkumulation zu unterscheiden versucht: einmal die Produktion des Mehrwerts nach den Gesetzen der Kapitalverwertung und zweitens die Ausdehnung der Kapitalakkumulation auf nichtkapitalistische Produktionsformen. Während bei der ersten „Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen“ (Luxemburg 1923/1966, 367), treten bei der zweiten „ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage“ (ebenda). Auch wenn die Begründung für dieses Theorem in Luxemburgs Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata angreifbar ist (vgl. dazu Rosdolsky 1968), ist die Grundidee doch hochaktuell. Danach muss der Kapitalismus immer neue „Räume“ erschließen, um den Prozess der Kapitalverwertung sicherzustellen. Das müssen nicht geographische Räume sein, und es muss sich nicht um völlig unberührte Verhältnisse handeln, sondern es können auch nicht-mehr kapitalistisch organisierte Produktionsverhältnisse sein (weil sie zuvor aus der Kapitalverwertung ausgeschlossen wurden, nun aber wieder durchkapitalisiert werden). Im Anschluss an Luxemburg hat Burkhard Lutz (1984) den Fordismus als „innere Landnahme“ bezeichnet, der der Kapitalverwertung völlig neue Dimensionen (individuelle Reproduktion, Freizeit, etc.) erschlossen habe. Ähnlich wie Luxemburg geht auch er davon aus, dass dieser Prozess irgendwann an eine Grenze stößt und dadurch eine Krise ausgelöst wird. Aber wenn wir die Fixierung auf die räumliche Dimension und die Durchdringung des Erdballs aufgegeben, dann bleibt offen, ob danach neue „Räume“ (sprich: Dimensionen) der Kapitalverwertung unterworfen werden können, wie wir es gerade in der Verwertung der menschlichen wie außermenschlichen Natur (neuere Bio- und Gentechnologien), aber auch in anderen neuen technologischen Anwendungsfeldern (von der I&K-Technologien bis zur Nanotechnologie) erleben.

Gerade dann, wenn die Ausdehnung kapitalistischer Akkumulation auf neue, bislang (noch) nicht oder nicht mehr kapitalistisch organisierte Produktionsprozesse aber die Dynamik der neuen Situation und

den Kern des „neuen Imperialismus“ ausmachen, dann muss die Formseite dieses Prozesse genau herausgearbeitet werden. Das besondere ist dann nämlich nicht unbedingt die Anwendung von Raub, Betrug oder Gewalt. Das Ganze kann auch rechtlich völlig unbedenklich ablaufen, so dass es den Eindruck hat, es würden „Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen“. Und trotzdem handelt es sich um einen Prozess, der nicht-kapitalistische Lebens- und Arbeitsverhältnisse untergräbt und dabei ihre Grundlagen zerstört. Das zeigt das Beispiel der Biopiraterie. Ein Genraub, d.h. die mehr oder weniger gewaltsame Sammlung genetischer Ressourcen ohne Einverständnis der Herkunftsgebiete, hat es seit Beginn der kolonialen Expansion Europas eigentlich immer gegeben. Heute hat er jedoch eine neue Form angenommen und wird, scheinbar legal, mit Hilfe geistiger Eigentumsrechte (vor allem Patente) vorgenommen. Dagegen erhebt sich weltweit vermehrt Widerstand und der Prozess ist hochgradig umkämpft (vgl. dazu Brand/Görg 2003). Trotzdem ist es weniger die unmittelbare Gewaltförmigkeit, die die Biopiraterie prägt, und auch nicht unbedingt Betrug und Raub. Beides gibt es zwar – aber selbst wenn alles legal zugeht (und eine Legalisierung, die Konstituierung eines rechtlichen Rahmens könnte gerade das Produkt der globalen Konflikte sein), kann es mit einer Zerstörung nicht-kapitalistischer Produktionsformen z.B. in der Landwirtschaft enden. Entscheidend sind für die Biopiraterie also die globalen Machtverhältnisse und die gesellschaftlichen Organisationsformen (vgl. Ribeiro 2002). Entscheidend ist, ob genetische Ressourcen in den Prozess der Kapitalverwertung integriert, dabei als Privateigentum konstituiert und anderen Verwendungsformen entzogen werden. Entscheidend ist mithin der Prozess der *Inwertsetzung* dieser Ressourcen, der im Kern ihre Subsumtion unter kapitalistische Produktionsverhältnisse meint (Görg 2004).

Es gibt also gute Gründe, die Permanenz der „ursprünglichen Akkumulation“ neu zu untersuchen (Alnasser 2004). Und es gibt gute Gründe dafür, unter zeitdiagnostischer Perspektive die Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse und die Unterwerfung neuer Räume und Anwendungsfelder als Merkmale eines zeitgenössischen Imperialismus zu betrachten, der der kapitalistischen Verwertungs- und Verwertungsdynamik neue „Räume“ erschließt. Doch dann handelt es sich um einen anderen Prozess als den oben als „Blutsaugerkapitalismus“ beschriebenen, denn hier geht es genuin um die Sicherstellung der erweiterten Reproduktion und der Mehrwertproduktion unter krisenhaften Bedingungen. Dem dient die Inwertsetzung nichtkapitalistischer Verhältnisse.

Zudem muss die Rolle der Gewalt genau untersucht werden. Denn Gewalt, Raub und Betrug sind daran

oft beteiligt, aber gerade für Fälle wie die Biopiraterie nicht wirklich entscheidend. Ein legaler Rahmen der Aneignung und Privatisierung genetischer Ressourcen würden die Überformung und Zerstörung nichtkapitalistischer Lebens- und Produktionsformen keineswegs beenden. Letztlich ist auch die Kommodifizierung, d.h. die Warenförmigkeit der Verhältnisse – hier: der genetischen Ressourcen – nicht wirklich entscheidend, denn traditionale Heilpflanzen wurden schon lange auf lokalen und regionalen Märkten gehandelt. Zentral ist die Subsumtion unter die kapitalistische Verwertungslogik, d.h. die Privatisierung von Produktionsmitteln zum Zwecke der Mehrwertproduktion. Dazu müssen andere Eigentumsformen – Kollektiv- oder Gemeineigentum – zerstört und durch Privateigentum an Wissen und Ressourcen (z.B. genetischen Eigenschaften) ersetzt werden. Zentral ist mithin die soziale Form, die Wert- oder Kapitalform, in der diese Ressourcen überführt und dabei andere soziale Verhältnisse zerstört werden – mit Gewalt oder ganz legal. In gewisser Hinsicht kann man dabei durchaus von Enteignung sprechen, insofern andere als westlich-kapitalistische Eigentumsformen nicht respektiert und entsprechende Ansprüche verletzt werden. Trotzdem trifft der Begriff der globalen Enteignungsökonomie nicht recht den Kern des Prozesses, weil die Formbestimmung letztlich entscheidend ist und dieser Prozess (im Gegensatz zur ersten Dimension einer „accumulation by dispossession“) der erweiterten Akkumulation auch nicht entgegengesetzt ist.

4. Die „Enteignung der Ware Arbeitskraft“ – die Rückkehr zur absoluten Mehrwertproduktion

Eine neue Dynamik kapitalistischer Akkumulation könnte also durch die Erschließung neuer Verwertungsfelder und durch den Ausbau des „High-tech-Kapitalismus“ (Haug 2004) erschlossen werden. Dazu sind neue Technologien und Absatzfelder genauso erforderlich wie ein „neoliberaler Konstitutionalismus“ (Gill 2003): die Absicherung der technologischen Entwicklungen und der Vermarktungsbedingungen durch begleitende Eigentumsrechte und andere politisch-rechtlich gesetzte Rahmenbedingungen. Gerade die Ausweitung der Patentgesetzgebung, auf die Harvey und Zeller zu Recht immer wieder hinweisen, ist ebenso ein Ausdruck einer Inwertsetzung neuer „Räume“ (und damit der „Enteignung“ nicht-kapitalistischer Lebens- und Produktionsverhältnisse) wie ein Anzeichen dafür, dass diese einer erweiterten Reproduktion des Kapitals zugeführt werden sollen. Wie es jedoch aussieht, scheint diese Akkumulationsdynamik noch keineswegs auszureichen. Als weitere Dimensi-

on der gegenwärtigen Krisenphase wäre auf Formen des Lohndumpings, der Verlängerung der Arbeitszeit und anderer Versuche zu verweisen, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Hierhin gehören auch die Versuche, die Lohnnebenkosten aus Gründen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit zu reduzieren. Da sozialstaatliche Leistungen dem Arbeitslohn zuzurechnen sind und den Wert der Ware Arbeitskraft erhöhen, handelt es sich letztlich strukturell gesehen um den gleichen Prozess. Eine andere Frage ist es aber, ob auch die Privatisierungen bislang öffentlicher Aufgaben (von der Post und der Telekommunikation über die Bahn bis zur Wasserversorgung) unter dem gleichen Begriff gehandelt werden können.

Interessanterweise verweisen Harvey und Zeller relativ wenig auf diese Dimension der globalen Enteignungsökonomie, obwohl hier der Begriff vielleicht noch am ehestens passen würde – und obwohl gerade hier Strategien einer „Aneignung von unten“ ansetzen. Was sie dagegen erwähnen sind die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Besonders Harvey subsumiert sie zusammen mit der Biopiraterie einer neuerlichen Welle der „Einhegungen von Gemeingütern“, die Marx als eines der wichtigsten Instrumente der ursprünglichen Akkumulation herausgestellt hatte (Harvey 2004, 197). In der Tat lassen sich diese Privatisierungsprozesse zumindest teilweise der Inwertsetzung bislang nicht-kapitalistisch betriebener Infrastrukturaufgaben zurechnen. Besonders die Privatisierung der Wasserversorgung oder auch die Privatisierung der Bildung wären Beispiele dafür, dass dem Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten erschlossen werden sollen und dass zu diesem Zweck bislang staatlich-öffentlich betriebene Aufgaben der privaten Verwertungslogik subsumiert werden – mit allen bekannten Folgen. Man könnte darüber streiten, ob das Bild von den „new enclosures“ dabei wirklich zutreffend ist, denn wenigstens einige der staatlichen Aufgaben waren auch bislang nicht unbedingt Gemeingüter, die nun erst in Privateigentum überführt würden. Eher wäre es eine politische Forderung, dass Bildung, Mobilität oder Gesundheit wie viele andere Leistungen auch als Elemente einer „sozialen Infrastruktur“ (vgl. zu diesem Begriff: www.links-netz.de) konstituiert werden sollten. Aber faktisch hat sich im Zuge der Privatisierung von Post, Telekommunikation oder Bahn eher die gesellschaftliche Zielsetzung der Leistungserbringung gewandelt: von staatlich betriebenen Infrastrukturaufgaben, die durchaus auch im Dienste auch der Kapitalverwertung bzw. der damit verbundenen sozialen Rahmenbedingungen standen, zu Unternehmen, die diese Infrastrukturaufgaben noch unter der Vorgabe erbringen sollen, vor allem den Aktionären einen Gewinn zu erwirtschaften.

Man sollte also nicht den Fehler begehen, alle Vari-

anten der Privatisierung unter dem Label: „Einhegung von Gemeingütern“ zu subsumieren. Zudem ergeben sich Überschneidungen mit Prozessen, die mehr oder weniger direkt als Versuche zur Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft anzusehen sind. So z.B. im Gesundheitssystem, in dem unter dem Schlagwort einer „Kostenexplosion“ faktisch sowohl eine Privatisierung und Kommerzialisierung von Leistungen als auch eine Senkung der Lohnnebenkosten angestrebt wurde (Stegmüller 1996). Wo der Fordismus vor allem durch den Übergang zur relativen Mehrwertproduktion geprägt war – d.h. durch die Tendenz, den Wert der Ware Arbeitskraft dadurch zu verbilligen, dass der zu ihrer Reproduktion gesellschaftlich, d.h. nach Maßgabe kultureller Normen und sozialer Kämpfe notwendige Aufwand verringert wurde (u.a. durch Verbilligung der Konsummittel relativ zum Lohn) –, da scheinen im Postfordismus wieder die Phänomene Überhand zu gewinnen, die Marx (MEW 23, dritter Abschnitt) der Phase der absoluten Mehrwertproduktion zugerechnet hatte: Kampf um/gegen die Verlängerung des Arbeitstages und Versuche unmittelbarer und direkter Lohnsenkung (möglich geworden aufgrund der Existenz einer großen „Reservearmee“ von hoher struktureller Arbeitslosigkeit). In gewisser Weise handelt es sich dabei um eine „Enteignung des Werts der Ware Arbeitskraft“. Aber dabei muss man sich vor Augen führen, dass der Kapitalismus konstitutiv auf einer solchen „Enteignung“ – sprich der Ausbeutung von Mehrarbeit – beruht, dass „Enteignung“ an sich also überhaupt nichts neues darstellt – und dass der „Wert der Ware Arbeitskraft“ immer eine durch soziale Kämpfe konstituierte Größe darstellt. Weil der Wert der Ware Arbeitskraft (sprich: was die Reproduktion der Arbeitskraft gemäß der kulturellen Standards kostet) erst in und durch soziale Kämpfe festgestellt wird, hat Ausbeutung per se auch keine moralische Qualität, zumindest nicht in dem Sinne, dass ein schon feststehender Wert durch eine „Enteignung“ entwertet würde. Dass für die Lohnarbeit weniger gezahlt wird, als die Waren wert sind, die mit ihrer Hilfe produziert werden – d.h. Ausbeutung stattfindet –, ist die strukturelle Voraussetzung kapitalistischer Akkumulation überhaupt. Eine andere Frage ist, inwiefern sich Subjekte die Reduzierung des Werts ihrer Arbeitskraft durch Lohndumping, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Sozialleistungen etc. gefallen lassen – oder ob sie dies als ungerecht empfinden und dagegen aufbegehren. In dieser Hinsicht stellt die Phase der neoliberalen Globalisierung in der Tat einen Großangriff auf die in den Klassenverhältnissen verankerte sozialstaatlichen Leistungen dar.

Eine andere Frage ist aber, wo genau eine Gegenstrategie anzusetzen hätte. Dass den neuen Tendenzen nicht allein mit Verweis auf die „Errungenschaf-

ten“ des Fordismus als einer Norm entgegenzutreten ist, das hat sich noch viel zu wenig herumgesprochen. Neuerliche Versuche, den reformistischen Ansatz der Sozialdemokratie unter Aufgabe der Partei zu retten, die ihn bisher verkörperte, scheinen naiv auf die Zivilisierung des Kapitalismus als Fortschrittstendenz zu hoffen – als sei die nicht schon seit der Niederlage im Kampf gegen den Nationalsozialismus desavouiert, wie Walter Benjamin (1980) treffend feststellt. Statt also erneut einen staats-orientierten Reformismus zu predigen scheint es allemal sinnvoller, zu Formen der direkten Gegenwehr überzugehen. Wo sozialstaatliche Absicherungen gekürzt und die Existenzsicherung mehr und mehr prekär wird, wo sie vor allem einer Erhöhung des Arbeitszwangs, der Aufnahme von Arbeit auch unter allen miserablen Umständen, immer stärker untergeordnet werden, da ist es allemal sinnvoll, diesen Aspekt des „disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill) und des „postfordistischen Workfareregimes“ (Jessop 1997) mit Strategien einer „Alles umsonst“-Strategie anzugreifen. Doch sind auch hier kritische Nachfragen angebracht, die sich einerseits auf den Begriff der „Enteignung/Aneignung“ und andererseits auf das Verhältnis dieser Gegenstrategien zur Neustrukturierung des Kapitalismus im Ganzen richten. Abschließend dazu nur ein paar vorläufige Bemerkungen.

So wichtig Formen der direkten Gegenwehr gegen die Entwertung der Arbeitskraft wie gegen die repressive Verschärfung des Arbeitszwangs (Zwang zu Aufnahme jeder Form von Arbeit) auch sind – strukturell sind sie daran zu messen, inwieweit sie in der Lage sind, diesen Zwang auch tatsächlich zu brechen. Dies zielt nicht so sehr darauf, ob Strategien der direkten Aneignung auch subversiv genug sind (vgl. die Diskussion im A&K Nr. 483, 32f), sondern ob die „Aneignung von unten“ auch tatsächlich der „Enteignung von oben“, sprich: der Entwertung des Werts der Arbeitskraft, verbunden und durchgesetzt mit einem gesteigerten Arbeitszwang („workfare“), auch tatsächlich gebrochen werden kann. Wichtiger als eine offensive Klau-Strategie scheinen mir aber in dieser Richtung Aktionen bzw. Strategien geeignet zu sein, die – wenn auch weniger spektakulär – die workfare und überhaupt die Zentralität der Lohnarbeit für die individuelle Reproduktion abzubauen versuchen. Weniger die individuelle Risikobereitschaft, sich den öffentlichen Raum umsonst anzueignen (Schwarzfahren, Klauen, etc.) – auch wenn dies als öffentliche und kollektive Aktion einen ganz wichtigen, aber eher politischen Stellenwert haben, z.B. in der öffentlichen Begehung von Museen etc. – scheinen dafür geeignet zu sein, als Versuche, die strukturelle Konkurrenz der prekariert Beschäftigten abzubauen. In diese

Richtung zielen sowohl Forderungen nach einem bedingungslosen, d.h. nicht auf Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang gegründeten Grundeinkommen als auch Forderungen von medico international nach einer „Weltbürgerlichen Solidarität jenseits des nationalen Sozialstaats“ sowie das Konzept einer „Sozialpolitik als sozialer Infrastruktur“.⁵

Literatur:

- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg
- Alnasseri, Sabah (2004): Periphere Regulation, Münster
- Barnett, Thomas P.M. (2003), Die neue Weltkarte des Pentagon, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/03, 554-564
- Benjamin, Walter (1980), Über den Begriff der Geschichte, in: ders.: Illuminationen, Frankfurt/M., 251-261
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse, mit Beiträgen von Karin Blank, Joachim Hirsch und Markus Wissen, Münster
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg. 2003), *Fit für den Postfordismus?* Münster
- Buckel, Sonja (2004): Die Kontrolle der globalen Favelas: vom Zustand der „Weltinnenpolitik“, in: Sabine Jaberg/Peter Schlotter (Hg.), *Imperiale Weltordnung? - Trends des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden (AFK-Friedensschriften Bd. 32) (i.E.)
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (2001), Ein neuer Kapitalismus, Hamburg
- Chesnais, Francois (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite, in: Zeller (Hg), 217-254
- Gill, Stephen (2003), *Power and Resistance in the New World Order*, New York
- Görg, Christoph (2004): Artikel Inwertsetzung, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Berlin (i.E.)
- Harvey, David (2003a): The 'New' Imperialism: Accumulation by Dispossession, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), *The New Imperial Challenge*. Socialist Register 2004, London, pp 63-87
- Harvey, David (2003b): *The New Imperialism*, Oxford
- Harvey, David (2004): Die Geographie des "neuen Imperialismus": Akkumulation durch Enteignung, in: Zeller (Hg): 183-216
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie, in: S. Schieder, M. Spindler (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 279-307.
- Ignatieff, Michael (2003), *Empire Lite*, Toronto
- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates - Erosion oder Reorganisation? in: Steffen Becker et al., Hrsg., *Jenseits der Nationalökonomie?* Berlin/Hamburg, 50 - 95.
- Köbler, Reinhard (2003): Imperialismus und Globalisierung, in: *Prokla* 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 521-544
- Lenin, Wladimir I.: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Berlin
- Lipietz, Alain (1991): Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: *Leviathan* 1/1991, 78-101
- Lutz, Burkhard (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York
- Luxemburg, Rosa (1923): *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin (Nachdruck 1966)
- Marx, Karl (1976): *Das Kapital* Bd. 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin/DDR (zit. als MEW 23)
- Panitch, Leo und Sam Gindin (2003), *Global Capitalism and American Empire*, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), *The New Imperial Challenge*. Socialist Register 2004, London: Mer-

lin Press, pp 1-42

Ribeiro, Silvia (2002b), Biopiraterie und geistiges Eigentum, in: Christoph Görg und Ulrich Brand, Hrsg., *Mythen globalen Umweltmanagements*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 118-136.

Rosdolsky, Roman (1968): Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen >Kapital<, Bd. 3: Kritische Exkurse, Frankfurt/M./Köln

Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg., 2003): *Empire Amerika*, München

Stegmüller, Klaus (1996): *Wettbewerb im Gesundheitswesen*, Frankfurt/M.

Zeller, Christian (2004a): Die globale Enteignungsökonomie, in: ders. (Hg.), 9-20

Zeller, Christian (2004b): Ein neuer Kapitalismus und ein neues Imperialismus? In: ders. (Hg.), 61-126

Zeller, Christian (Hg., 2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster

(Footnotes)

¹ So Hugo Young, ein früherer Berater von Toni Blair in Foreign Policy, 08/2002

² So Walden Bello in einem Interview mit der taz vom 28./29. Juni 2003.

³ Auf Unterschiede zwischen beiden und insbesondere auf die Rezeption der Regulationstheorie durch Zeller kann ich dabei aus Platzgründen nicht eingehen. Ebenso bleiben andere Beiträge aus der Perspektive der Regulationstheorie weitgehend unberücksichtigt. Der Focus liegt allein auf der Frage nach der analytische Kraft des Begriffs der Enteignungsökonomie („economy by dispossession“; Harvey 2003b, 137ff).

⁴ Gegen Fälschungen und Produktpiraterie versuchen sich allerdings gerade die Großen im Geschäft durch weltweit gültige geistige Eigentumsrechte zu schützen. Monopolbildung bereichert sich also formal ganz legal.

⁵ Vgl. dazu: www.grundeinkommen.de, www.etes.ucl.ac.be:16080/BIEN; www.medico.de oder www.links-netz.de.

Educación no es popular

Rückzug des Staates aus dem Bildungssektor

von José Antonio Zepeda

Das Bildungssystem in Nicaragua befindet sich seit dem Ende der sandinistischen Regierung 1990 in einem Umwandlungsprozess. Der nicaraguanische Staat zieht sich Schritt für Schritt aus diesem Sektor zurück, das Recht auf Bildung wird durch das Recht auf den Kauf der Ware Bildung substituiert. Auf der Strecke bleiben die, die den Preis nicht zahlen können.

Der Aufbau eines flächendeckenden und kostenlosen Bildungssystems gehörte zu den wichtigsten Errungenschaften der sandinistischen Revolution. Nach dem Regierungswechsel 1990 änderte sich nicht nur das Personal im Erziehungsministerium, sondern auch die Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung. War die Bildung für die sandinistische Revolution zentraler Entwicklungsbestandteil hin zu einer neuen, humaneren Gesellschaft (1), beschränkten sich die konservativ-liberalen Nachfolgeregierungen darauf, Bildung ökonomisch-effizient zu definieren und das Bildungssystem zu „entpolitisieren“ (2).

Diese Revidierung des Bildungskonzeptes seit 1990 ging einher mit einer organisatorischen Umwandlung des Bildungssystems. Die 90er Jahre waren geprägt vom schrittweisen Rückzug des nicaraguanischen Staates aus dem Bildungsbereich, der zunehmenden Abwälzung der Kosten auf die Familien der SchülerInnen und der beginnenden Substituierung des Staates durch private Bildungseinrichtungen. Das Ausmaß dieser „Privatisierung“ (3), d.h. der Anwendung betriebswirtschaftlicher Kriterien im Bildungssektor zu Lasten der SchülerInnen und deren Familien, lässt sich auch quantitativ bestimmen. Die Kürzungen, die der nicaraguanische Staat in den vergangenen 13 Jahren im Bildungssektor vorgenommen hat, sind signifikant: Gab die sandinistische Regierung in den 80er Jahren trotz Kriegsbedingungen noch bis zu 15,4% (4) des Staatshaushaltes für Bildung aus, sind es im Haushaltsentwurf 2003 gerade noch 11%. (5)

“Rückzug des Staates” heißt jetzt “Schulische Autonomie”

Dieser Prozess der Umgestaltung des Bildungswesens (und damit einhergehend der Entlastung des Staatshaushaltes) ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern wird von der nicaraguanischen Regierung

- zusammen mit den anderen zentralamerikanischen Regierungen - konsequent weitergetrieben. Ende der 90er Jahre wurde von offizieller Seite die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa ins Leben gerufen. Zu deren Mitgliedern zählen unter anderem die konservative Ex-Präsidentin Nicaraguas Violeta Chamorro sowie der Erziehungsminister ihrer Regierung Humberto Belli. Die Aufgabe der Kommission war und ist es, weitere Reformvorschläge zu entwickeln.

Das Kernstück der Kommissionsvorschläge, die jetzt umgesetzt werden, bildet die so genannte "Schulische Autonomie" und darin eingebunden, die "Partizipation" der Eltern am Bildungsprozess. Was begrifflich erst einmal sehr progressiv erscheint, entpuppt sich als Sammelsurium neoliberaler Handlungsanweisungen. Unter schulischer Autonomie wird vor allem die finanzielle Autonomie verstanden. Aber nicht in dem Sinne, dass die Bildungseinrichtungen in Zukunft direkter über die staatlichen Mittel verfügen können. Vielmehr soll es in Zukunft kaum mehr staatliche Mittel geben. Die Schulen müssen selbst die notwendigen Mittel für Ausstattung und Gehälter organisieren.

Und auch der Begriff Partizipation erfährt eine eigenwillige Umdefinition. Wieweit die Eltern tatsächlich inhaltlich in den Bildungsprozess integriert werden sollen ist unklar. Klar hingegen ist, dass sie finanziell "partizipieren" sollen beziehungsweise müssen, um den Fortbestand der jetzt "autonomen" Schulen zu garantieren.

Das nicaraguanische Zentrum für Menschenrechte (CENIDH) veröffentlichte in seinem Jahresbericht 2001 das Beispiel der Schule Pedro Aráuz Palacios (6). An dieser Einrichtung sind 58 Personen angestellt, darunter 42 LehrerInnen. Monatlich bekommt die Schule aber nur noch knapp 5.000 Euro vom Erziehungsministerium überwiesen -- kaum genug für die Löhne. Um die anderen Kosten (Strom, Wasser, Instandhaltung, ...) begleichen zu können, ist die Schule jetzt gezwungen, eine Einschreibgebühr von rund drei Euro pro SchülerIn zu erheben.

Die Auswirkungen von Schulgebühren in einer Gesellschaft, in der ein Drittel der Bevölkerung in extremer Armut (7) lebt, sind leicht zu erahnen und den Verantwortlichen durchaus bewusst. So bemerkt die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa selbst, dass der Zugang zu Bildung in Nicaragua zuallererst eine soziale Frage ist. In ihren eigenen Veröffentlichungen ist nachzulesen, dass ein Kind aus den reichsten 10% der Bevölkerung durchschnittlich neun Jahre eine Bildungseinrichtung besucht, während ein Kind aus den ärmsten 30% nur knapp drei Jahre zur Schule geht (8).

Die Situation der LehrerInnen

Neben den SchülerInnen aus den unteren sozialen Schichten gibt es noch eine zweite große Gruppe, die eindeutig zu den Verlierern des Umstrukturierungsprozesses der vergangenen 13 Jahre zählt: die Lehrkräfte an den staatlichen Bildungseinrichtungen. Nicaraguanische LehrerInnen haben momentan einen Grundverdienst von knapp 70 Euro pro Monat. Das sind nicht nur die niedrigsten Löhne in der Region, der Verdienst deckt auch nicht einmal die Hälfte dessen ab, was für den Grundwarenkorb, d.h. für eine gesunde Ernährung in Nicaragua aufgebracht werden müsste. (9) Als Konsequenz daraus unterrichten LehrerInnen oftmals zwei bis drei Schichten pro Tag oder haben einen anderen Nebenjob, um über die Runden zu kommen. Dass unter solchen Bedingung keine Unterrichtsvorbereitung, geschweige denn eine Fortbildung möglich ist, und dass natürlich auch die Unterrichtsqualität leidet, liegt auf der Hand.

Angesichts dieser Situation fordert die LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN eine Lohnerhöhung von 200%. Auf den ersten Blick sieht es auch so aus, als habe sich auf staatlicher Seite die Einsicht durchgesetzt, dass die sozialen Bedingungen, unter denen die Lehrkräfte leben, verbessert werden müssen, um die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. So empfiehlt die Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa die Erhöhung der Einkünfte der Lehrkräfte -- allerdings gebunden an die individuellen "Leistungen" (10). Im Gegensatz zur Gewerkschaft schlägt die Kommission auch eine sehr kostengünstige Möglichkeit vor, wie dieses Bonussystem finanziert werden kann: Die Eltern der SchülerInnen sollen noch mal zahlen. Der ANDEN-Vorsitzende José Antonio Zepeda spricht in diesem Zusammenhang von einer "Pervertierung" des LehrerInnenberufes, da statt der pädagogischen nur mehr die wirtschaftliche Effizienz gesehen wird und die LehrerInnen sich gegenüber den Eltern in Geldeintreiber verwandeln.

Höhere Bildung ist schon Privatsache

Eine weitere, sichtbare Konsequenz des Umwandlungsprozesses der vergangenen Jahre ist, dass bereits heute große Teile des nicaraguanischen Bildungssystems in privater Hand sind - vor allem, was den Bereich der "höheren" Bildung betrifft(11). Während im Vorschul- und Primaria-Bereich der Anteil privater Bildungsträger lediglich 13 bzw. 17% beträgt, sind 54% der Secundarias in privater Hand (12). Von den 33 Universitäten und Hochschulen sind gerade vier staatlich (wobei die Mehrzahl der Studierenden dort eingeschrieben ist).

D.h. private Bildungsträger haben sich vor allem in den Einrichtungen etabliert, die hauptsächlich von Kindern der gehobenen Schichten besucht werden beziehungsweise die - wie die Universitäten - schon generell gebührenpflichtig sind.

Andererseits war der Markt für die Ware Bildung zumindest solange begrenzt, wie das verfassungsmäßig garantierte Recht auf kostenlose Schulausbildung noch beachtet wurde. Seit einigen Jahren hat sich das aber geändert -- seit die Regierung begann, das gesamte Bildungswesen zu reformieren und die Kostenfreiheit der Schulausbildung im Rahmen der "schulischen Autonomie" de facto abzuschaffen. Vor allem für die SchülerInnen an den rund 5.500 staatlichen Primarias bringt dies tiefgreifende Veränderungen mit sich.

Überragende Bedeutung der Primaria

Um die gesellschaftlichen Auswirkungen erahnen zu können, die eine Änderung der Ausbildungsbedingungen und der Zugangsvoraussetzungen im Bereich der Primarias bewirkt, muss die überragende gesellschaftliche Bedeutung dieses Schultyps bedacht werden. Für die überwiegende Mehrheit der NicaraguanerInnen ist die Primaria die einzige Schule, die sie je besuchen. Und dies auch nur einige Jahre lang.

Zur Verdeutlichung: Von 100 Kindern, die in die Primaria kommen, schließen gerade einmal 29 diese Schule nach sechs Jahren erfolgreich ab. Immerhin 23 gehen danach auf die Secundaria. In dieser Statistik sind aber nicht diejenigen Kinder berücksichtigt, die völlig aus dem Bildungssystem herausfallen, da sie keinen Zugang zu den staatlichen Bildungseinrichtungen haben. Entweder, da es in ihrem Landkreis keine Schulen (mehr) gibt, oder aber - und dies ist zweifelsohne häufiger der Fall -- da sich die Eltern die Schulgebühren nicht leisten können, beziehungsweise die Kinder zum Lebensunterhalt der Familie mitarbeiten müssen. Laut CENIDH sind es mittlerweile über 600.000 Kinder, die keine Schule besuchen können(13). Vor diesem Hintergrund wird klar, dass jede Änderung -- positive wie negative -- die den Zugang zur Primaria betrifft, unmittelbare Auswirkungen auf den Bildungsstand des Großteils der Bevölkerung hat.

Die Bildungsfrage ist soziale Frage

In der Diskussion um die Bildungsreform sind sich die KritikerInnen des Regierungskonzepts (und deren Umsetzung) weitgehend einig. Eine Verbesserung wird es nur für diejenigen Schichten der nicaraguanischen Bevölkerung geben, die sich Bildung in Zukunft noch leisten können. Der marginalisierte Teil der

Gesellschaft bleibt ausgeschlossen und immer größere Teile werden in Zukunft nicht mehr die Mittel haben, alle ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Ginge es darum, eine Bildungsreform durchzuführen, die allen NicaraguanerInnen den Zugang zu einem funktionierenden Bildungssystem ermöglicht, müsste diese Reform zuallererst an der sozialen Situation der Bevölkerung ansetzen. Mit der jetzigen Reform wird aber das Gegenteil bewirkt. Für Miguel de Castilla, Universitätsprofessor und Sprecher des Foro de Educación y Desarrollo Humano, eines Netzwerks von NGOs, die im Bildungsbereich tätig sind, steht deshalb in der Diskussion die soziale Frage im Vordergrund: "Die Bildungsreform ist ein Betrug, wenn sie sich nur um das schulische System kümmert und das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und dessen Reproduktionsprozesse unangetastet lässt. Wozu nützt Partizipation, wenn die Eltern keine Arbeit haben und so weder die monatlichen Schulgebühren bezahlen können, noch die Sonderzahlungen, mit denen Schulgebäude instand gesetzt und die Lohnerhöhung der LehrerInnen finanziert werden? Wozu braucht es Bildungsstandards, wenn die SchülerInnen in den ländlichen Gebieten oder den marginalisierten Stadtvierteln im Klassenzimmer ohnmächtig werden, weil sie kein Frühstück hatten, da mit dem Geld anstelle von Brot und Milch die im Rahmen der schulischen Autonomie erhobenen Monatsgebühren an das Schuldirektorium bezahlt wurden?" (14)

Mit der Hungerkrise 2002 hat sich die Situation weiter zugespitzt. Immer weniger Kinder besuchen in den ländlichen Regionen überhaupt noch die Schule, die Gedanken der Menschen drehen sich nur noch ums Überleben. Selbst AktivistInnen, die seit Jahrzehnten in ländlichen Gebieten Bildungsarbeit leisten, wissen in dieser Situation keinen Ausweg mehr. Sichtlich frustriert fasst Orlando Pineda, Chef der Asociación de Educación Popular Carlos Fonseca Amador, einer auf Erwachsenenbildung spezialisierten NGO, die Situation zusammen: "Ich bin immer noch der Meinung, dass Bildung die wichtigste Rolle spielt, wenn es darum geht, die soziale Situation der Menschen zu verbessern. In der jetzigen Situation ist es aber andersherum. Damit überhaupt noch Bildungsarbeit angenommen werden kann, müssen die sozialen Bedingungen verbessert werden."

Anmerkungen

(1) Dieses Ziel formulierte das nicaraguanische Bildungsministerium 1981: "Es wird eine grundlegende Reform der Ziele und Inhalte der Educación Nacional durchgeführt. Sie soll die Schlüsselrolle im humanistischen Umwandlungsprozess der nicaraguanischen Gesellschaft einnehmen und diesem Prozess einen kritischen und befreienden Inhalt verleihen."

zitiert nach Miguel de Castilla, Nicaragua en sus tres educaciones, Managua 1998, Seite 47, Eigenübersetzung

- (2) Bereits im Juli 1990 gab die konservative Regierung Richtlinien für den Bildungssektor heraus, in denen es u.a. heißt: "Das Erziehungsministerium nimmt sich ebenfalls vor, die Bildungspolitik zu überprüfen, in der als Erbe des Vorgänger-Regimes die Verwendung einheitlicher Unterrichtsmaterialien für alle Schulen des Landes vorgeschrieben ist, was dazu führt, sehr genaue, umfangreiche und strikte Lehrpläne erstellen zu müssen (...) Zugleich wird nach Wegen gesucht, die Lehrpläne einfacher und flexibler zu gestalten, damit die Lehrkräfte ein höheres Maß an Unabhängigkeit genießen und so neue Dinge hinzufügen können, nachdem sie die Minimalanforderungen erfüllt haben." Zitiert nach Miguel de Castilla, Nicaragua en sus tres educaciones, Managua 1998, Seite 60, Eigenübersetzung
- (3) Der Begriff "Privatisierung" wird hier verwendet, um die Abkehr von einem Konzept zu betonen, das die gesellschaftliche Verantwortung für Bildung in den Vordergrund stellt. Die Privatisierung erfolgt sozusagen im doppelten Sinn: Bildung wird zur privaten (individuellen) Herausforderung für die SchülerInnen und deren Familien, und wird auch zur privaten (kapitalistischen) Einnahmequelle für private Bildungseinrichtungen.
- (4) Die Zahl veröffentlicht die FSLN auf ihrer Web-Site www.fsln.org.ni als Höchststand der Bildungsausgaben, ohne aber eine Jahreszahl zu nennen.
- (5) Laut Angaben des nicaraguanischen Finanzministeriums beträgt der Anteil des Bildungsministeriums am Gesamtetat 2003 etwa 11,6%. Darin enthalten sind jedoch auch die - spärlichen - Ausgaben, die der nicaraguanische Staat für Kultur und Sport aufwendet, die ebenfalls über das Bildungsministerium verwaltet werden.
- (6) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 69.
- (7) je nach Quelle wird davon ausgegangen, dass zwischen 30 und 40% der nicaraguanischen Bevölkerung mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss
- (8) Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa, Mañana es muy tarde, Seite 10
- (9) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 68.
- (10) Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa, Mañana es muy tarde, Seite 6
- (11) Das schulische Bildungssystem ist in Nicaragua wie folgt aufgebaut: nach der Vorschule (Prescolar) gibt es die Primaria (6 Jahre), danach schließt die Secundaria (5 Jahre) an. Der Secundaria-Abschluss ist Voraussetzung für die Zulassung zur Aufnahmeprüfung an einer Hochschule. Daneben existieren noch andere Subsysteme, die aber quantitativ keine große Rolle spielen: Sonderschulen, technische Fachschulen, etc.
- (12) Wenn nicht anders vermerkt, alle statistischen Daten nach: Plan Nacional de Educación, hrsg. von der Comisión de Trabajo para la elaboración del Plan Nacional de Educación, Managua 2001, Seite 13ff.
- (13) Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, CENIDH, Informe Anual 2001, Managua 2001, Seite 66.
- (14) Miguel de Castilla, Educación no es escuela y escuela no es empresa, veröffentlicht in: envío, April 2001, Eigenübersetzung

Ernte gut –alles gut?

Was der indische Neem-Baum und Nachbaugebühren in Deutschland miteinander zu tun haben: Biopiraterie im 21. Jahrhundert

Landwirtschaft ist derzeit in aller Munde: EU-Osterweiterung, schlechte Preise für Milch und Fleisch, neue Gentechnikgesetzgebung und erste Aussaaten von Gentechnik-Mais und Weizen in Deutschland. Hinter den Fassaden der öffentlichen Wahrnehmung gibt es jedoch hierzulande noch weitere Ebenen des Konflikts, die auch in ihrer internationalen Dimension nicht zu unterschätzen sind. Eine dieser Ebenen ist der Konflikt um die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze.

Weltweit ist es in der Landwirtschaft üblich, von der eigenen Ernte etwas zurückzubehalten, um es im kommenden Jahr wieder auszusäen. Diese alte landwirtschaftliche Praxis ist zusammen mit dem Aufbewahren, dem Tausch und der Eigenzucht ein traditionelles Recht der Bäuerinnen und Bauern (Farmers rights) und wird als Nachbau bezeichnet. Dieser Nachbau ist den kommerziellen Züchtern jedoch ein Dorn im Auge, denn sie wollen im kapitalistischen Konkurrenzkampf möglichst viel Geld mit dem Verkauf von Saatgut verdienen. In Deutschland werden z.B. bei Getreide noch ca. 50% der Fläche mit wiederaufbereitetem Erntegut bestellt – weltweit sind es sogar bis zu 95%. Das große Geld lockt – der Weltmarkt für Saatgut wird auf bis zu 60 Mrd. US-\$ pro Jahr geschätzt, zum heutigen Zeitpunkt beträgt er ca. 30 Mrd. US-\$.

Drastischer Rückgang der Kulturpflanzenvielfalt im 20. Jahrhundert: Folge der Kommerzialisierung der Züchtung

Zum Ende des 19. Jahrhunderts lag die Züchtung fast ausschließlich in bäuerlichen Händen. Eine große biologische Vielfalt an Kulturpflanzen war auf den Höfen zu finden. Nach und nach ging die Pflanzenzüchtung in den industrialisierten Staaten in die Hände kommerzieller Züchter über; in Deutschland nicht zu letzt durch die rassistisch motivierte Saatgutgesetzgebung der Nazis. Die durch sie vorgeschriebene Verwendung bestimmter Sorten und die Verbannung des größten Teils vorhandener Sorten vom Markt hatte als Ziel, die „deutschen Bauern [vor] minderwertigem, verunreinigtem, erbkrankem Saatgut“⁴¹ zu schützen. Neun zehntel aller Sorten verschwanden, eine Kartierung aller Sorten in Deutschland erfolgte und die Marktchancen privater Zuchtbetriebe wurden durch Exklusivrechte entscheidend verbessert.

Produktivitätssteigerungen in den 50/60er Jahren,

der erhöhte Einsatz von Pestiziden und Düngemittel (Grüne Revolution) sowie die Schaffung eines Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV; wohlgemerkt: es geht um den Schutz der Züchter, nicht der Sorten!) forcierten den Marsch hin zur Privatisierung des landwirtschaftlichen Produktionsmittels Saatgut. Noch aber gab es Ausnahmen – das so genannte Bauernprivileg² und den Züchternvorbehalt. Letztere durften mit dem Zuchtmaterial ihrer Kollegen weiterforschen und wenn sie neue Sorten schufen, brauchten sie keine Lizenzgebühren für das Ausgangsmaterial zahlen. Erstere behielten ihre traditionellen Rechte des Tausch, der Aufbewahrung und Wiederaussaat von Erntegut. Nicht zu verhindern war jedoch, dass seit Beginn des 20. Jahrhunderts nach Zahlen der FAO die Vielfalt der Kulturpflanzen durch die voranschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft bis in die 90 Jahre um ca. 75% abgenommen hat.

Grüne Gentechnik: Leben wird patentierbar

Mit dem Aufkommen der Gentechnik in der Landwirtschaft Anfang der 80er Jahre wurden auch neue Mittel des Geistigen Eigentumsrecht eingeführt. Das Sortenschutzrecht war für die Konzerne nicht mehr ausreichend, Patente erhielten Einzug. Zunächst nur über Kopplungsgeschäfte mit Pestiziden, sind heute bereits weltweit Pflanzen patentiert – bis hin zur Ernte und den daraus entstehenden Produkten.³ Eines der bekanntesten Beispiele ist der indische Neem-Baum, dessen antibakterielle Wirkung bereits seit Jahrhunderten in der indischen Bevölkerung bekannt ist und z.B. als Zahnreinigungsmittel oder Pestizid genutzt wird. 1992 erhielten einige Forscher auf ein Verfahren zur Haltbarmachung des Öls und auf das Öl selbst ein Patent beim us-amerikanischen Patentamt und verkaufte dieses Patent recht bald an den US-Chemiekonzern WC Grace. Dieser hielt bereits ein Patent am Europäischen Patentamt auf ein aus Neem hergestelltes Fungizid – die genetischen Ressourcen des Neem-Baumes wurden privatisiert⁴. Mit dieser realen Entwicklung einher ging die Ausweitung der strengen Regeln des europäischen und amerikanischen Patentschutzes auf internationale Ebene durch die Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995. Insbesondere das dort angesiedelte TRIPS-Abkommen⁵ sorgt für weltweite Mindeststandards – Patente und somit ausschließliche Nutzungsrechte müssen gewährt werden für „alle Erfindungen in allen Bereichen der Technologie“, also auch bei Tieren und Pflanzen. Letztere dürfen zwar von der Patentierung ausgenommen werden: Dann jedoch müssen Pflanzensorten mit einem eigenen Schutzsystem be-

legt werden, womit wir wieder beim internationalen Sorten“schutz“recht sind.

Nachbauregelungen:

Schutz für Konzerne, nicht für BäuerInnen

Dieses wurde Anfang der 90er Jahre novelliert und die Gewährung des oben erwähnten Bauernprivileg in die nationalstaatliche Hand überantwortet und somit quasi gestrichen. Daran bzw. an die überarbeitete EU-Sortenschutzrichtlinie angepasst, sieht das Deutsche Sortenschutzgesetz seit 1998 Gebühren vor⁶, wenn BäuerInnen von ihrer eigenen Ernte einen Teil zur Wiederaussaat im kommenden Jahr verwenden. Diese Gebühren, auf die sich der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter mit dem Deutschen Bauernverband einigte, können bis zu 80% der ursprünglichen Lizenzgebühren betragen, die beim Kauf neuen Saatguts fällig werden. Zusätzlich wurden und werden die BäuerInnen mit Drohschreiben, -anrufen und Kontrollen der Züchter konfrontiert, die sie zur Auskunft über ihr Anbauverhalten zwingen wollen.

Konkrete Folgen sind vielfältig: 2500 BäuerInnen sind bereits seitens der Züchter verklagt worden. Saatgut, lebenswichtiges Produktionsmittel der Landwirtschaft, geht nach und nach in die Hände weniger transnationaler Konzerne über, die den Weltmarkt dominieren. Die deutschen Konzerne *Bayer Crop Science* und *Kleinwanzlebener Saatzaucht AG* sind zwei der zehn größten im internationalen Geschäft. Ihr Ziel ist es, vom „Acker bis zum Tellerrand“⁷ die Nahrungskette zu kontrollieren, die BäuerInnen werden zu den „Leibeigenen des 21. Jahrhunderts“ (Adi Lambke, AbL). Nicht zu beweisen, aber sehr stark zu vermuten ist, dass eine weitere einschneidende Veränderung der Landwirtschaft durch das Eintreiben der Nachbaugebühren gefördert wird: Die Forschung an gentechnisch verändertem Saatgut (GVO-Saatgut). Denn diese Forschung ist teuer und eigentlich will sie niemand. Für die Züchter bietet GMO-Saatgut jedoch einen entscheidenden Vorteil: Es fällt immer unter den Patentschutz, darf nicht nachgebaut werden und die BäuerInnen müssen jedes Jahr neues Saatgut kaufen.

Biopiraterie: Die Aneignung der Natur erhält eine neue Dimension

Solche Konflikte um Naturressourcen sind nichts Neues im 21. Jahrhundert. Neu ist jedoch die Qualität, die seit den 80er Jahren mit der Aneignung von Natur verbunden ist. Die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva beschreibt diesen Prozess als Kolonialisierung der Innenräume von Lebewesen.⁸ Nicht mehr die Ausbeutung von klassischen Rohstoffen

(Erze, Öl, aber auch menschliche Arbeitskraft) ist das zentrale Ziel, sondern die Aneignung und Ausbeutung von immateriellen Ressourcen. Diese Ressourcen, wie z.B. Gene, standen lange nicht zur Verfügung und wurden erst durch die Bio- und Gentechnologie greifbar. Sie haben weiterhin eine neue Qualität: Sie sind *nicht mehr extern*, denn zum einen haben wir alle unser persönliches Genom, das potentiell interessant für die Wirtschaft (den Staat) ist. Und sie sind *immateriell*: Sind die Gene erst identifiziert und isoliert, ist der Organismus selbst nicht mehr von Interesse. So gibt es also im postmodernen Kapitalismus zwei Umgangsweisen mit der Natur: Die eine, die Natur unmittelbar ausbeutende, ist verantwortlich für die zunehmende Naturzerstörung. Die andere, mehr die Natur durchdringende, beruht eher auf einer „nachhaltigen“ Bewirtschaftung der Natur.

Risiken und Nebenwirkungen: unerforscht und doch erkennbare Tendenzen

Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind bisher mehr oder weniger unbekannt. Es lässt sich jedoch, auch auf Grundlage der geschilderten Entwicklungen im Saatgutbereich, erahnen, dass es nicht folgenlos bleiben kann, wenn wir dazu übergehen, das Ganze der Natur nicht nur als gestaltbar sondern v.a. manipulierbar zu begreifen – die Tatsache, dass bei praktisch allen gentechnischen Experimenten anderes herauskommt als erwartet, zeigt ein wenig von den katastrophalen Möglichkeiten.

Sind diese Aussichten für Deutschland schon erschreckend, sind die weltweiten Folgen noch gravierender. Die Durchsetzung der Nachbaugebühren in Deutschland wird international beobachtet, denn hier handelt es sich um einen weltweiten Präzedenzfall. Haben die Konzerne in Deutschland Erfolg, werden die BäuerInnenrechte weltweit gestrichen. Nachbaugebühren und das teure Hightech-Saatgut, welches den Konzernen die Kontrolle über die BäuerInnen und die Märkte gibt, können sich die vielen KleinbäuerInnen jedoch nicht leisten. Sie werden in neue Abhängigkeiten gedrängt, müssen die Landwirtschaft aufgeben und ihre Existenzen werden vernichtet. Die Ernährungssouveränität einzelner Länder wird untergraben und Welternährung gefährdet.

Engagement weltweit und lokal

Doch dies alles geschieht nicht im luftleeren und rechtsfreien Raum. Die Rechtsgrundlage der Konzerne sowie internationale Abkommen werden von Regierungen geschaffen – und erst dann können die Unternehmen neue Abhängigkeiten schaffen. Diese

Abkommen sind keine Naturgesetze, sondern Spiegelbilder gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – und die sind veränderbar! Vor Ort lässt sich ansetzen, die Verhältnisse in Frage zu stellen. Dies eingebettet in die internationalen Proteste gegen Gentechnik in der Landwirtschaft sowie Biopiraterie kann dazu beitragen, die Grundlagen des Lebens der Menschen, Nahrung und Saatgut, zurück zu erkämpfen. Die *BUKO Kampagne gegen Biopiraterie*⁹ spricht, gerade um die internationalistische Perspektive deutlich zumachen, auch hierzulande von Biopiraterie, wenn traditionelle Rechte den BäuerInnen genommen und das Kollektivgut Saatgut privatisiert wird. Mit ihrer Aktion *Widerstand keimt auf*¹⁰ wehrt sich die Kampagne gegen diese Strategien und fordert dazu auf, sich symbolisch am illegalen Aussäen zu beteiligen – damit das Saatgut frei bleibt.

Gregor Kaiser (*BUKO Kampagne gegen Biopiraterie*, Tel./ Fax: 0228/96 28 220, email: grek@jpberlin.de)

Biopiraterie: Biopiraterie ist die private Aneignung von traditionellem Wissen und von Teilen der Natur (genauer: der genetischen Ressourcen). Meist wird Biopiraterie durch Agro- und Pharmaunternehmen sowie Universitäten der Industrieländer mit biologischem „Material“ aus der so genannten 3. Welt betrieben. Die Rahmenbedingungen für Biopiraterie werden von Regierungen geschaffen (Patentrecht, Sortenschutzrecht).

(Footnotes)

¹ Ratgeber für die Sortenwahl, 1937, S.5; vgl. ausführlicher Flitner (1995) Sammler, Räuber und Gelehrte, S. 81 ff.

² Und dies ist auch schon eine Neudefinition bzw. eine faustische Interpretation durch die Züchter, denn eigentlich sind es traditionelle Rechte und nicht von Dritten gewährte Privilegien.

³ Vgl. Ruth Tippe, Privatisierter Weizen, GID April/Mai 2004 sowie deren Webseite www.keinpatent.de.

⁴ Durch Einsprüche und Verfahren vor dem EPA sind einige Patente bezüglich des Neembaumes zurückgezogen andere Ansprüche als nicht rechtens erklärt worden. Immer noch sind jedoch Patente in Kraft, die den Baum privatisieren.

⁵ Abkommen zum Schutz handelsbezogener Rechte am Geistigen Eigentum

⁶ Ab einer Mindestanbaufläche von 5 ha Kartoffeln und 17 ha Getreide.

⁷ Zitat des Monsanto-Chefs

⁸ V. Shiva: Biopiraterie – Kolonialismus des 21. Jahrhunderts, Münster 2003

⁹ BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, c/o BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040/39 25 26, info@biopiraterie.de, www.biopiraterie.de

¹⁰ Mehr dazu s. unsere Webseite.

Krieg in Europa?/ Unruhe auf der Insel der Glückseligen

von Roland Braun (OWEI)

Während im Vorfeld des Irak Krieges der Kanzler lautstark sein Nein zur militärischen Beteiligung Deutschlands verkündete, blickte die Öffentlichkeit gespannt auf den weiteren Verlauf und das Verhalten anderer Länder und ihrer Chefs.

Deutlich wurde zumindest für diejenigen, die sich dem Thema und den Informationen hierzu nicht verweigerten, dass es wohl (wieder einmal mehr) um die Interessen großer Konzerne, vor allem aus dem Ölgeschäft und der Rüstungsindustrie ging. Der Irak war schon lange vor dem 11. September im Visier amerikanischer Regierungsvertreter.

Geradezu unbemerkt von jeglichem Interesse der Öffentlichkeit rüsteten die Konzerne in dieser Zeit zu einer anderen Art von Krieg: Zu einem Eroberungsfeldzug mitten durch das neue Europa. Lange geplant und vorbereitet - auch für das Einfalltor Deutschland - die strategische Mitte.

Die Gemeinsamkeiten zu militärisch geführten Kriegen? Neben dem Sprachgebrauch („feindliche Übernahme“, „Eroberung“ der Märkte u. v. m.) sind Strategien (z. B. der „verbrannten Erde“) und vor allem die Auswirkungen und Folgen sehr ähnlich: Als erstes stirbt die Wahrheit.

Als zweites trifft es die Schwächsten der Gesellschaft: Frauen, Kinder und Alte. Und mit der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Fusionen, feindliche Übernahmen etc. werden auch Menschen in ihrer Existenz bedroht und dauerhaft der Möglichkeiten zu ihrer Existenzsicherung beraubt. Verarmung und Verelendung sind die Folge auch bei dieser Form von Krieg. Das Abdrängen großer Bevölkerungsteile in die Sklaverei - in die Lohnsklaverei ist erklärtes, politisches Programm: Ausbau des Niedriglohnssektors und dauerhafte Subventionierung der Niedriglöhne durch „eingesparte“ Sozialleistung, das „Wisconsin-Modell“, die „aktivierende Sozialhilfe“, Sippenhaftgesetze wie Hartz IV und zur Verwaltung der Armut, wie Agenda 2010, Raff-formen im Gesundheits-Renten- und Sozialsystemen, Privatisierung und „Cross boarder leasing“ gehören zu den Instrumenten der Politik als Helfer in diesem Krieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen unser Gemeinwesen, unseren Staat. Möglich

wird dies auch durch die alltägliche, allgegenwärtige, institutionalisierte Korruption in unserem Lande. Korruption ist nicht nur materieller sondern auch geistiger „Natur“. Bei letzterer helfen die vom Anzeigengeschäft abhängigen Medien oft kräftig mit.

Vorbereitet wird der Eroberungsfeldzug durch die Verplanung Nordhessens als riesiges Logistikzentrum und Wegekreuz in der strategischen Mitte des neuen Europas. Und durch den Bau der für die Eroberer notwendigen Infrastruktur: Frachtflughäfen wie Calden, Autobahnen (A 44 und A 33) und Logistikzentren, (Magna-Parks).

Auch diese teuren Großprojekte zur Profitmaximierung und Besetzung der neuen Märkte durch wenige Großkonzerne gehen zu Lasten der Bevölkerung als tributpflichtige Steuerzahler. Verschuldung im großen Umfang, der Weg in die Schuldenfalle gehören scheinbar so selbstverständlich dazu wie der staatlich subventionierte Abbau von Arbeitsplätzen durch fürstliche Subventionen für Rationalisierung und der tödliche Verdrängungswettbewerb der „Großen“. Am Beispiel des größten Einzelhandelskonzerns Wal Mart, auch unter dem Namen Gazeley Properties in Nordhessen besonders aktiv, wird deutlich was Globalisierung wirklich ist: Die rücksichtslose Durchsetzung der Profitinteressen weniger reicher Konzerne mit Hilfe der institutionalisierten Korruption zu Lasten des Gemeinwesens und der Bevölkerung.

Zur politischen Ökonomie der Privatisierungen

Zum politisch-ökonomischen System der globalen Privatisierung

von Franz Garnreiter

Über viele Jahrzehnte hinweg existierte in den kapitalistischen Ländern ein relativ stabiles Nebeneinander von privatem Markt bei „normalen“ Gütern und staatlich organisierter Bedarfsdeckung bei Grundbedürfnissen. Seit etwa zwei Jahrzehnten, seit dem Aufkommen des Thatcherismus und der Reaganomics, erfährt dieses Nebeneinander massive Veränderungsimpulse:

- Nicht mehr der **Staat** soll diese Güter bereitstellen, sondern **private Unternehmen** (Privatisierung, Entstaatlichung).
- Die Bereitstellung dieser Güter soll nicht mehr als gelenkte **Versorgung** nach Bedarf geschehen, sondern sie soll dem **Marktmechanismus** unterworfen werden, also allein nach den Kriterien der **Profitproduktion und -realisierung** funktionieren (Deregulierung, Kommerzialisierung). Aus Inhabern gleicher sozialer Rechte werden Käufer mit unterschiedlicher Kaufkraft.

Darin äußert sich eine massive Offensive des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Die Ausdehnung auf Bereiche, die dem Profitprinzip bisher noch kaum direkt unterworfen waren, geht parallel mit der Offensive der kapitalistischen Ideologie in Gestalt des **Neoliberalismus**.

Privatisierung und Deregulierung sind dabei keine nationalen Besonderheiten, sondern sie sind Bestandteil eines weltweiten Systems: der Entwicklung des globalen Kapitalismus. Dabei sind v.a. hinsichtlich der Interessen und der Entstehung der Privatisierung zwischen den hoch entwickelten und den armen Ländern wesentliche Unterschiede festzustellen. Es erweist sich aber, daß gerade die Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen und der darauf beruhenden Durchsetzungsmöglichkeiten und -verläufe die weltweiten Privatisierungen zu einem einheitlichen System zusammenfügen.

1. Privatisierungsdruck in den reichen Ländern: Überschüssiges Kapital sucht profitable Anlagen

Offensichtlich liegt der Grund für Privatisierungen und Deregulierungen nicht - wie man vielleicht als unbefangener Beobachter meinen könnte - in

eklatanten Mißständen in den diversen staatlichen Versorgungssystemen, die nach Abhilfe durch entschlossene Private verlangten. Im Gegenteil, Klagen über Qualitätsprobleme entstehen regelmäßig erst nach Privatisierungen. Der Grund muß daher in der **allgemeinen** kapitalistischen Entwicklung gesucht werden.

Verschiebung der Einkommensverteilung

Ein für die Analyse zentrales Merkmal dieses Gesellschaftssystems finden wir in der steten **Verschiebung der Einkommensverteilung** in den letzten beiden Jahrzehnten:

- zum einen zulasten der Arbeits- und zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, und
- zum anderen innerhalb der Gewinneinkommen zulasten der kleinen und zugunsten der großen Unternehmen.

Vor der staatlichen Besteuerung und vor dem Abzug der Sozialabgaben besteht alles erwirtschaftete Einkommen (das ist das Volkseinkommen) aus Brutto-Arbeitseinkommen und Brutto-Gewinneinkommen. Vor etwa 20 Jahren, im Jahr 1982, - das war das Jahr der Kohlschen geistig-moralischen Wende - erhielt das Kapital 23 % des Volkseinkommens in Deutschland. Von den **Zuwächsen** am Volkseinkommen seit 1982 konnte das Kapital aber annähernd 40 % an sich ziehen. Es war also seit dieser Wende sehr viel erfolgreicher beim Gewinne einsammeln als vorher.

Dies ist die Ebene der **Bruttoeinkommen vor** der Besteuerung. Für die Einkommensbesteuerung galt bisher als allgemeines Selbstverständnis, daß sie von der individuellen Einkommensstärke abhängen muß. Wirtschaftlich Starke sollen mit höheren Steuersätzen herangezogen werden als wirtschaftlich Schwache. Die Realität ist das glatte Gegenteil. Nach Untersuchungen des Deutschen Bundestages lagen noch 1980 die durchschnittliche Steuerbelastung von Lohneinkommen bei 15 % und die von Gewinn- und Zinseinkommen bei immerhin 30 %. Heute haben sich beide Einkommensarten bei 20 % getroffen. Lohn- und Gewinneinkommen werden von der Steuer also gleichermaßen belastet.

Noch fulminanter verlief die Umverteilung innerhalb des Aggregates Gewinneinkommen. Dies belegt beispielsweise eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank, die für den Zeitraum 1994 bis 1999 die Bruttogewinnentwicklung in Kapitalgesellschaften (das sind AGs und GmbHs), in Personengesellschaften (v.a. KGs) und von Einzelunternehmern nachvollzogen hat. Während die Kapitalgesellschaften 1994 um die 40 % der Gesamtgewinne auf sich zogen, profitierten sie vom **Gewinnzuwachs** bis 1999 die Kapitalgesellschaften

extrem überproportional: Mit rund 85 % Anteil konzentrierten sie den Gewinnzuwachs 1994 bis 1999 praktisch voll auf sich.

Die Gewinneinkommen **insgesamt** zahlen also noch 20 % Steuern auf das Einkommen. Und die großen Konzerne? Letzten Sommer wurde bekannt, daß keiner der 7 in München angesiedelten Dax-Konzerne - Allianz, Münchner Rück, HypoVereinsbank, BMW, Siemens, Infineon, MAN - noch Gewerbesteuer zahlt. Und zwar deshalb, weil das steuerpflichtige Einkommen der Konzerne zu gering ist. Deshalb zahlen sie auch kaum noch Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften. Diese ist in der Statistik kaum mehr zu finden.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung dokumentiert sehr deutlich den massiven Trend einer Elitebildung, einer **Hierarchisierung in der Unternehmenslandschaft** - übrigens nicht nur in diesem Land. Eine überdurchschnittliche Fähigkeit zur Profitproduktion und -realisierung ist gleichbedeutend mit einer zunehmenden Fähigkeit zur Aneignung von gesellschaftlich produzierten Werten. Das bedeutet auch und vor allem Marktmacht - höhere und steigende Macht im Verhältnis zu den Konkurrenten um das Volkseinkommen. Diese scharfe Herausbildung eines Machtgipfels von nur wenigen unter einer Millionenmenge von Unternehmen wurde in den letzten Jahrzehnten besonders manifest - und es gibt ganz offensichtlich keinerlei Endpunkt für diese Entwicklung, jedenfalls nicht innerhalb des Systems der Marktwirtschaft.

Akkumulation von überschüssigem Kapital

Ausgehend von der geschilderten Situation der Umverteilung und der Zusammenballung von Kapitalmacht stellt sich eine wichtige, eine entscheidende Frage: Was passiert mit diesen von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus stetig steigenden Anteilen am Volkseinkommen in der Hand der Konzerne? Die herrschende ökonomische Analyse sieht darin kein Problem. Nach ihr werden die Gewinne in Sachanlagen zur Produktion und zum Produktionswachstum investiert. In der Realität steht dem aber zweierlei entgegen:

- Erstens führt die Umverteilung zu sinkenden Masseneinkommen und damit zu sinkender Konsumnachfrage sowie - der Staat muß ja auch sparen - zu sinkender Staatsnachfrage, jedenfalls im Verhältnis zum Sozialprodukt und zu den Produktionsmöglichkeiten. Also benötigt die Gesamtwirtschaft keine bzw. weniger neue Sachanlagen und Erweiterungsinvestitionen. Also

werden zunehmende Gewinnanteile nicht mehr für Sachinvestitionen benötigt, es bleibt zunehmend mehr übrig zu anderer Verwendung.

- Zweitens tritt seit etwa 20 Jahren das Novum einer steigenden Kapitalproduktivität auf. Früher wurde nur lebendige Arbeit durch Maschinen ersetzt, weswegen man je produzierte Einheit laufend mehr Sachkapital benötigte. Das heißt, die Kapitalproduktivität sank. Heute wird außer dem Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinen zusätzlich noch teures Sachkapital durch billiges Sachkapital ersetzt. Konkret ist das wesentlich bewirkt durch die Miniaturisierung, die Computerisierung und die Flexibilisierung der Anlagen. Bei gleichem Wert werden sie so viel leistungsfähiger. Die steigende Kapitalproduktivität bedeutet also, daß für die Aufrechterhaltung oder für die Erweiterung der Produktion eine stetig sinkende Profitmenge ausreicht.

Wir haben also eine laufend steigende Profitquote und - dem entgegen gesetzt - einen im Verhältnis zum Sozialprodukt und erst recht zu den Gewinneinkommen laufend sinkenden Bedarf an Sachinvestitionen. Das wird auch in der amtlichen Statistik deutlich: Betrachtet man die Verwendung des Nach-Steuer-Nettoeinkommens der Unternehmen, so sieht man, daß noch in den 60er Jahren etwa 70 % des Unternehmenseinkommens in neue, zusätzliche Anlagen investiert wurde, in den 80er Jahren noch 30 bis 40 % und heute weit unter 20 %. Der große Rest wird ausgeschüttet: an den Mutterkonzern, an die Holding, an die Kapitalsammelstellen Lebensversicherungen und Investmentfonds.

Damit haben wir ein **Grundthema der aktuellen kapitalistischen Entwicklung**: Große überschüssige und hochkonzentrierte Finanzmassen, die an hohe Rendite gewöhnt sind und mit einer ebensolchen verwertet werden wollen. Sie sind die Folge der Marktmacht der großen Kapitalien und der von ihnen erzwungenen Umverteilung.

Diese Finanzmassen haben nun durchaus verschiedene Ziele und Möglichkeiten bei der Suche nach Verwertung, etwa Leihkapital für den Staat, spekulative Anlagen verschiedenster Art, Eroberung von Auslandsmärkten (von diesem Punkt aus geht eine direkte Linie zur Privatisierung in den abhängigen Ländern).

Ein wichtiges Ziel ist aber die Anlage in Bereichen, die der Profitproduktion bisher verschlossen waren, also die Privatisierung der staatlichen Versorgung. Dies ist umso attraktiver, als es hier nur darum geht, bestehende Anlagen zu übernehmen und Versorgung in Märkte umzuwandeln. Es ist also keine teure Verdrängungskonkurrenz nötig.

Das ist die **Aktivseite**, der drängende Teil der

Privatisierung. Die **Passivseite** haben heute in erster Linie die Kommunen inne. Der private Reichtum auf der einen Seite zieht notwendigerweise die zunehmende Verschuldung der Öffentlichen Hand nach sich. Durch die diversen Steuerreformen sind den Kommunen in den letzten Jahren die Einnahmen weggebrochen, weshalb sie hinsichtlich der Verschuldung ganz besonders in die Klemme gerieten. Sie tragen zwar nicht mal 10 % zur Gesamtverschuldung aller staatlichen Ebenen teil, aber ihre Haushalts- und Verschuldungsautonomie ist stark eingeschränkt. Sie stehen unter einer rigiden Finanzaufsicht seitens der Länder, die bei Defiziten drastische Reduzierungen in allen Bereichen incl. der Sachinvestitionen erzwingt. Ein solches Zwangssparen auf Anordnung der Finanzaufsicht ist in weiten Teilen der Republik seit langem schon traurige Praxis. Diese **Verarmung der Kommunen** fungiert in einem bisher kaum gekannten Ausmaß als **Privatisierungstreibsatz**: Der Verkauf des Tafelsilbers wird zur Eindämmung der ärgsten Finanznot als notwendig erachtet.

Die Ideologie der Effizienz

Die Legitimierung der Privatisierung und der Deregulierung aus Sicht ihrer Befürworter liegt in erster Linie in der behaupteten Effizienz des Marktmechanismus: Aus den gegebenen Ressourcen, mit den gegebenen Mitteln holt der Markt immer das maximal Mögliche an Gütern und Wohlstand heraus.

Hinter der Vorstellung der Effizienz der Marktwirtschaft sind allein dann schon kräftige Fragezeichen zu machen, wenn man an die ganz normalen Überkapazitäten in den Firmenausstattungen und an das brachliegende Arbeitskräftepotential, also die Arbeitslosigkeit, denkt.

Aber unabhängig davon: Läßt man sich auf die Herangehensweise ein, alle ökonomischen Gegebenheiten und Strategien letztlich allein nach den Effizienzkriterien zu bewerten - genau das tun die neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftspolitiker und Kommentatoren - dann akzeptiert man die Reduzierung der menschlichen Bedürfnisse auf eine einzige Dimension: Kostenminimum, Ertragsmaximum, maximaler Profit, Geld. Nur das Mehr zählt dann.

Die Effizienzideologie endet ja nicht bei Post, Telefon und Stadtwerke-Dienstleistungen. In Warenform verwandeln und unter das Kriterium des Maximalertrages zwingen kann man noch viele andere gesellschaftlichen Beziehungen: Etwa die Gesundheitsvorsorge oder die Rente, indem man die Sozialversicherung durch eine private, an den Kapitalmarkt gebundene Versicherung ersetzt. Oder

die Bildung, wenn nur noch die industriell direkt verwertbare Ausbildung vom Staat subventioniert wird, während darüber hinaus gehende Bildung privat organisiert und eingekauft werden muß. Für die Phantasie, also für das Verwertungsinteresse des Kapitals, gibt es keine systematischen Schranken. Es gibt kaum einen Bereich, für den nicht schon die Privatisierung gefordert und Organisationsvorschläge aufgestellt wurde.

Läßt man sich auf diese Effizienzideologie ein, dann verschwinden Gedanken oder mögliche Ziele der Art, daß die konkrete Arbeitsplatzsituation (auch die von anderen Leuten) einigermaßen streßfrei bewältigt werden soll, daß man weniger oder nicht mehr Belastbaren (Kranken, Kindern, Alleinerziehenden, Alten, Geflohenen und Migranten u.a.) fairerweise auch ein Leben im Rahmen des Reichtums der Gesellschaft zugestehen soll, daß die natürliche Umwelt nicht einfach einem Mehrertrag geopfert werden soll (und zwar nicht nur aus Sorge um unsere Kinder), daß es vielleicht sinnvoll sein könnte, sich kollektiv und bewußt Gedanken darüber zu machen, wie die wirtschaftlichen Bedingungen und die Zukunft der Gesellschaft gestaltet sein sollten, statt dies dem blinden, endogen krisenhaften und zur extremen Vermachtung und Ausbeutung tendierenden Marktmechanismus (sprich: den Markt-Machthabern; sprich: den großen Kapitalien) zu überlassen. Sein statt Haben ist der Gegenentwurf zur Effizienzideologie.

2. Privatisierungsdruck in den armen Ländern des Südens: Die Vorherrschaft der Konzerne breitet sich aus

Die meisten der armen Länder des Südens sind durch eine Verschuldungssituation gekennzeichnet, aus der sie realistischerweise nie mehr heraus kommen - jedenfalls nicht unter den gegebenen Bedingungen. Wie auch im Norden - allerdings aber in einem sehr viel schärferen Ausmaß - erzeugt diese zunehmend ausweglose Situation einen Privatisierungsdruck.

Im folgenden soll nachgezeichnet werden, wie die armen Länder strukturell in der Schuldenfalle versinken, und weiter, wie der Privatisierungsdruck aufgebaut und Privatisierungen durchgesetzt werden.

Weg in die Verschuldung

Das Freihandelspostulat, daß nämlich freier Außenhandel beiden Seiten mehr Vorteile bietet als kein Außenhandel - **gleichmäßig** mehr Vorteile, so wird hier suggeriert -, ist eine schöne Vorstellung. Tatsächlich ist festzustellen, daß die armen Länder strukturell, allein schon auf

von Milliardenbeträgen und ihr Transport ins Ausland aufgedeckt wurde.

Zwang zur Privatisierung

Mutmaßlich dürfte allen Beteiligten - Finanzkapital, multinationale Konzerne, internationale Finanzinstitutionen - ziemlich klar sein, daß ein so hergerichtetes armes Land unter quasi „normalen“ Umständen keine Chance auf Entschuldung hat. Unabhängig davon muß natürlich die Verschuldung gemanagt, muß der mögliche Zusammenbruch hinausgezögert, muß eine antikapitalistische Lösung verhindert werden. Dieses Management leiten die internationalen Finanzinstitutionen, v.a. der IWF, die Weltbank, die Welthandelsorganisation WTO. Die Abhängigkeit der armen Länder von IWF & Co gründet darin, daß nur bei positiven IWF-Kommentaren private Geldgeber bereit sind zur Kreditverlängerung, während sie bei negativen Kommentaren den Geldhahn zudrehen oder zumindest wesentlich höhere Zinsen verlangen.

In einer systematisch ersten Phase - chronologisch kann eine solche Phaseneinteilung natürlich nur undeutlich ausgemacht werden - unterwirft der IWF das arme Land sogenannten **Strukturanpassungsprogrammen** SAP. Sie sollen den künftigen Schuldenbedarf verringern durch Kürzungen des Staatshaushaltes (soziale Subventionen, Löhne der staatlichen Angestellten), durch Zinserhöhungen und Währungsabwertungen, die ausländisches produktives Kapital anlocken und die Exporterfolge erhöhen sollen. In der Realität wird durch eine derartige neoliberale Politik (die unter dem Begriff des „Washingtoner Konsens“ zusammen gefaßt wird) die Verschuldung im Regelfall noch verschlimmert: Höhere Zinsen und die Abwertung (welche zu steigenden Importpreisen führt) führen zur Inflation, was weitere Währungsabwertungen nach sich zieht und die in Dollar zu zahlenden Zinsen auf die Auslandsschulden drastisch erhöht. Ausländische kapitalintensive Produktionsanlagen verdrängen einheimische arbeitsintensivere Anlagen, was zu Arbeitslosigkeit führt und die Staatseinnahmen reduziert. Schließlich transferieren die Niederlassungen der Multis die dort erwirtschafteten Profite häufig weg ins Ausland, was die Verschuldung wieder weiter erhöht.

Ist die Verschuldung genügend unentrinnbar, setzt mit dem **debt-equity-swap** die Phase zwei ein. Mitte der 80er Jahre wurden umfassende Programme aufgelegt, die den (v.a. lateinamerikanischen) Staaten ein Ende der Verschuldung versprachen, wenn sie ihre produzierenden Anlagen verkauften. Aus diesen großartigen Zukunftsvisionen ist naheliegenderweise

nichts geworden, weil die zu erzielenden Preise unter dem Verkaufsdruck viel zu niedrig waren. Aber das war der große, umfassende Einstieg in die Privatisierung. Heute ist eine Darlehensneuvergabe oder -verlängerung seitens IWF & Co wohl regelmäßig an den Verkaufszwang (nicht nur Verkaufsempfehlung) von nationalen Anlagen geknüpft, vorzugsweise Versorgungsanlagen wie Wasser und Energie. Diese Politik ist ausbaubar: So verlangte etwa das US-Abgeordnetenhaus für die Zustimmung zu einem Einwanderungsabkommen mit Mexiko die Öffnung des mexikanischen Ölkonzerns Pemex, und zwar ausschließlich für US-Investoren.

Als dritte Phase kann man das Bemühen werten, die Vielzahl dieser Einzelmaßnahmen in einer neuen umfassenden Struktur zu ordnen. Hierunter ist in erster Linie die Arbeit - faktisch unter der Leitung der WTO - an den **Investitionsschutzabkommen** zu sehen. Zwar ist mit dem MAI ein umfassendes Abkommen zunächst mal gescheitert und auch die WTO-Konferenz in Cancun hat den Widerstand der armen Länder hier noch nicht brechen können. Aber man zählt heute bereits mehr als 2000 bilaterale Investitionsschutzabkommen, darunter 120 mit deutscher Beteiligung. Das GATS, das umfassende Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das zur Zeit verhandelt wird, wird einen schwergewichtigen Teil über den Schutz von Auslandsinvestitionen in die Dienstleistungserzeugung enthalten, der in diesem Bereich den MAI-Regelungen voll entspricht: Keine Diskriminierung der Auslandsinvestitionen gegenüber Einheimischen, keinerlei Restriktion für die Profitverwendung, juristischer Gleichstand mit dem Staat vor internationalen Schiedsgerichten und damit Erzwingungsfähigkeit des Auslandskonzerns bei Konflikten gegenüber dem Gastland.

Zur Zeit werden jährlich in durchschnittlich 70 Ländern durchschnittlich 150 Gesetze geändert, die für ausländische Investoren wichtig sind. 95 % dieser Änderungen - oft auf Druck des IWF zustande gekommen - begünstigen ausländische Investoren. Darunter sind auch zentrale Änderungen, die alt hergebrachte Produktionsverhältnisse ins Gegenteil verkehren: etwa die Einführung der Privatisierung(smöglichkeit) des Bodens und damit die Aufhebung traditionellen gemeinschaftlichen Gemeinde-Bodeneigentums; oder die Aufhebung einer gemeinsamen kollektiven Vermarktung von Agrarerzeugnissen durch die Förderung und den Zwang zu Transportunternehmen mit privaten Lkws.

Das Ergebnis wird letztlich auf eine völlige Unterordnung der armen Länder unter die Interessen der Profitproduktion hinaus laufen, auf eine faktische **Kolonialisierung unter der Regie der Konzerne** und ihrer Finanzinstitutionen.

Private Gain – Public Loss?

Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa

von Barbara Dickhaus und Kristina Dietz

Seit den 1980er Jahren wird Privatisierung weltweit als politische und ökonomische Strategie betrieben. Insbesondere im globalen Süden, aber auch in den osteuropäischen Transformationsländern und OECD-Staaten wurde und wird Privatisierung als neoliberales Allheilmittel zur Lösung ökonomischer und politischer Probleme angesehen. Zunehmend geraten dabei öffentliche Dienstleistungen wie Wasser- und Stromversorgung, Telekommunikation, Bildung und soziale Sicherungssysteme unter Druck. Zentrale Akteure der Privatisierungspolitik sind internationale Organisationen wie IWF, Weltbank, OECD und WTO, aber auch nationale Regierungen, privatwirtschaftliche Akteure wie Transnationale Konzerne (TNKs) und die EU. Strukturanpassungsprogramme (SAP) – heute Armutsstrategiepapiere (PRSP) – konditionierte Kredite und multi- und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen wie das GATS sowie nationale oder supranationale Richtlinien setzen Privatisierung und Liberalisierung dabei auf verschiedenen Ebenen durch. Der neoliberalen Ideologie folgend wird somit eine Politik umgesetzt, die sich vor allem an *Effizienzkriterien* orientiert. Die zum Teil tatsächlich notwendigen Reformen in der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte fördern dabei die Zustimmung vieler gesellschaftlicher Gruppen zur Reorganisation des Öffentlichen nach privatwirtschaftlicher Logik und verstellen den Blick für eine Suche nach alternativen Reformstrategien.

Berlin, im Juli 2004

Von Seiten der BefürworterInnen von Privatisierung wird mit der größeren Effizienz und besseren Qualität privater Dienstleistungserbringung argumentiert. Eine staatliche Regulierung privater Akteure »im öffentlichen Interesse« soll dabei ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit aufrechterhalten. Privatisierung führt aus dieser Sicht zu einer »Win-Win Situation«, in der Staat, private Akteure und die als »KundInnen« angesehenen NutzerInnen gleichermaßen profitieren. PrivatisierungsgegnerInnen Privatisieru-

ngsgegnerInnen argumentieren hingegen, dass die Profitorientierung privater Akteure der notwendigen Umverteilung und den oft hohen Investitionskosten in vielen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen entgegensteht. Eine verstärkte sozialräumliche Polarisierung, hohe ökonomische Kosten für die öffentliche Hand und eingeschränkte demokratische Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten werden daher vielfach als Folgen von Privatisierung konstatiert. Bislang konzentrierte sich die Analyse von Privatisierungsprozessen v.a. auf die Länder des Südens. Doch zunehmend werden auch die Privatisierungsprozesse innerhalb der Europäischen Union Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dies ist einerseits auf die fortschreitenden Privatisierungsprozesse in den europäischen Mitgliedsstaaten und andererseits auf die aktive Rolle der EU bzw. der EU-Kommission in der internationalen und europäischen Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik zurückzuführen. Systematische Analysen der *Folgen* von Privatisierung liegen kaum vor. Ein Blick auf bisherige sektorale oder länderspezifische Analysen europäischer Privatisierungsprozesse und ihre Folgen gibt jedoch Aufschluss über generelle Trends und zeigt zugleich auch die »blinden Flecken« bisheriger Evaluationen.

Öffentliche Dienstleistungen

und das »öffentliche Interesse«

Öffentliche Dienstleistungen stellen das Fundament einer demokratisch gestalteten Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlicher Entwicklung dar. *Ein uneingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet die Sicherung von Grundrechten insbesondere für diejenigen, die von der Nutzung dieser Dienstleistungen bei hohen Nutzungsentgelten bzw. exklusiven Nutzungsrechten ausgeschlossen wären.* Zudem sichern sie gesellschaftliche Aufgaben, für die der/die Einzelne allein nicht Sorge tragen könnte (langfristige Investitionen, Koordinationsaufgaben). Dabei nimmt das »Öffentliche« Dimensionen an, die Aspekte wie soziale Gerechtigkeit und demokratische Kontrolle umfassen: *Öffentlichkeit des Konsums (allgemeine Verfügbarkeit), Öffentlichkeit der Entscheidung (demokratische Kontrolle und gesellschaftliche Teilhabe an Entscheidungen) und Öffentlichkeit der Verteilung (Zugang für alle)* (vgl. auch Martens/Hain 2002:13, Kaul 2001). Ob Dienstleistungen von privater oder öffentlicher Hand erbracht werden, ist das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse – und somit eine *politische* Entscheidung. Dieser Entscheidung liegt oft die Definition eines »öffentlichen Interesses« zu Grunde, dessen Bestimmung wiederum gesellschaftliche

Machtverhältnisse und Interessen widerspiegelt, weshalb im »öffentlichen Interesse« nicht die Interessen aller gesellschaftlicher Gruppen repräsentiert werden. Somit stellen auch öffentlich erbrachte und demokratisch kontrollierte Dienstleistungen nicht automatisch einen Garant für einen sozial gerechten und uneingeschränkten Zugang dar. Mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gehen aufgrund des besonderen Charakters dieser Aufgaben Veränderungen einher, die in enger Verbindung zu Fragen sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten stehen. Vor diesem Hintergrund sind bei der Analyse der Folgen von Privatisierung und Liberalisierung Fragen nach den sozialen, sozio-ökonomischen und politischen Konsequenzen von fundamentaler Bedeutung. Für eine derartige Analyse ergibt sich daher ein Kriterienkatalog, der folgende Aspekte einbeziehen sollte:

Die EU als Liberalisierungsmotor

Die EU ist in vielen Dienstleistungssektoren ein zentraler Akteur der Liberalisierungspolitik – innerhalb der EU ebenso wie im internationalen Kontext. In den 1990er Jahren wurden verschiedene EU-Richtlinien erlassen, die für die Dienstleistungssektoren Telekommunikation, Post und Verkehr sowie Energieversorgung eine Liberalisierung (Marktöffnung) in EU-Mitgliedsländern vorschreiben. Ziel ist es, einen EU-weiten Binnenmarkt zu schaffen, so dass Dienstleistungserbringung in der EU ohne Einschränkungen grenzüberschreitend und im Wettbewerb möglich wird. Die Richtlinien zur Liberalisierung stellen dabei einen Kontext dar, in dem Kommerzialisierung, Privatisierung und Deregulierung von vielen EU-Staaten als Teil der Liberalisierungspolitik umgesetzt werden. Die EU Kommission betont grundsätzlich die besondere Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen als »ein Schlüsselement des europäischen Gesellschaftsmodells« sowie deren »Rolle bei der Förderung von sozialer und territorialer Kohäsion« (EU Kom 2000:3; vgl. auch EG-Vertrag, Artikel 16). Damit werden öffentliche Dienstleistungen zur tragenden Säule der sog. Daseinsvorsorge in der EU, die für *alle* BürgerInnen *gleichermaßen zugänglich* sein soll. Sie wurden daher über Jahrzehnte hinweg in vielen Ländern staatlich bereitgestellt, denn das Ziel, allen BürgerInnen den Zugang zu ermöglichen, stand angesichts hoher Kosten für die Bereitstellung dieser Dienstleistungen und mangelnder Aussichten auf Profit lange Zeit der Erbringung durch private Unternehmen entgegen. Aus der Definition einer öffentlichen Daseinsvorsorge einerseits und der beschriebenen Liberalisierungspolitik andererseits wird somit eine tiefgreifende Veränderung der EU-Politik in Bezug auf

öffentliche Dienstleistungen deutlich: Der bisherigen *öffentlichen* Dienstleistungserbringung mit staatlicher Regulierung und öffentlichen Kontrollmöglichkeiten wird durch Liberalisierung ein Modell de-regulierter und oftmals privatisierter Dienstleistungserbringung entgegengestellt. Bei ihren Liberalisierungsvorgaben differenziert die EU nach verschiedenen Dienstleistungskategorien: Im *Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse* (2003) unterscheidet sie nach »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« (wie z.B. Justizdienst und Sicherheitsdienstleistungen) und »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse«. Letztere sind Dienstleistungen wie Energieversorgung, Telekommunikationsdienste und Transportdienstleistungen, die von zentraler Bedeutung für die Daseinsvorsorge und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind. Nur für diese Dienstleistungen werden seitens der EU Liberalisierungsrichtlinien erlassen. Mit der Liberalisierung soll anstelle bisheriger Monopolrechte und Ausnahmeregeln für Anbieter öffentlicher Dienstleistungen nun der Wettbewerb verschiedener Anbieter treten. In Bezug auf die Eigentumsfrage verhält sich die EU dabei grundsätzlich neutral: Mitgliedsstaaten bzw. Kommunen können selbst entscheiden, ob Dienstleistungen in privatem oder öffentlichen Modus bereitgestellt werden.

Wenngleich die EU für die Bereiche Bildung und soziale Sicherungssysteme keine bindenden Vorgaben in Form von Richtlinien verabschiedet, so werden

Kriterienkatalog für die Beurteilung der Folgen von Privatisierung und Liberalisierung

- Folgen für die **Marktstrukturen**: Wird aus einem öffentlichen lediglich ein privates Monopol - und werden damit angestrebte Wettbewerbseffekte konterkariert und die Machtposition privater Akteure geschützt?
 - Wirkungen auf die **sozioökonomische Sicherheit**: wie entwickeln sich Beschäftigungssicherheit, Arbeitsbedingungen etc. (Prekarisierung)?
 - Wirkungen auf **Zugänglichkeit** und **Verteilung (Versorgungssicherheit)**: wie sind Preisentwicklung, räumliche Auswirkungen, genderspezifische, ökologische und gesundheitliche Auswirkungen zu beurteilen?
 - Wirkungen auf die **ökonomische Effizienz**: wie entwickeln sich Dienstleistungsqualität, Unternehmensprofite und ökonomischen Folgekosten für die öffentliche Hand?
-

hier doch programmatische Leitlinien im Sinne von marktwirtschaftlich ausgerichteten Reformen der nationalen Bildungs- und sozialen Sicherungssysteme entwickelt. Zudem spielen in diesen Sektoren auch auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung ausgerichtete Vorgaben der OECD eine entscheidende Rolle für die effizienzorientierte Restrukturierung. Regionale und multilaterale Liberalisierungsstrategien der EU im Dienstleistungsbereich gehen dabei vielfach Hand in Hand. Die Binnenmarktstrategie der EU-Kommission sowie der von EU-Kommissar Bolkestein vorgelegte Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie, Januar 2004) bspw. gehen zum Teil über die Liberalisierungsforderungen des umstrittenen multilateralen Dienstleistungsabkommens GATS hinaus. *Die europäischen Liberalisierungsvorstöße stellen somit die bisherigen Ausnahmeregelungen für öffentliche Dienstleistungen sowie die bestehenden nationalstaatlichen Handlungsspielräume und Regulierungen vielfach grundsätzlich in Frage* (Fritz 2004). Dieser Trend wird durch die Ergebnisse der Europawahlen deutlich verstärkt werden.

Folgen von Privatisierung und Liberalisierung

Privatisierungs- und Liberalisierungserfahrungen variieren in Europa je nach betrachtetem Sektor und Land. Dabei nimmt Großbritannien zweifelsfrei eine Sonderrolle ein: Mit ihrem Ziel »eine Demokratie von Kapitaleigentümern« zu schaffen, begann Margaret Thatcher bereits in den 1980er Jahren mit weitreichenden Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungssektoren und anderer Wirtschaftsbereiche. Außer in Großbritannien sind vor allem in skandinavischen Ländern weitreichende Marktöffnungen und z.T. auch Privatisierungen in den Bereichen Bahn, ÖPNV, Bildung, Energie- und Wasserversorgung umgesetzt worden. *Eine vollständige Privatisierung im Bahnwesen und der Wasserversorgung hat allerdings bislang nur in Großbritannien stattgefunden.* Trotz der Bemühungen der EU, die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse europaweit zu »harmonisieren«, bietet sich hinsichtlich der gegenwärtigen Reichweite von Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen weiterhin ein differenziertes Bild. Dies liegt sowohl an länder- und sektorspezifischen gesellschaftlichen Traditionen als auch an unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen innerhalb der Nationalstaaten. Während Frankreich z.B. nur zögerlich eine Marktöffnung im Energiesektor einführte, stehen Deutschland und Österreich Marktöffnungen und der Beteiligung privater Unternehmen an der Erbringung öffentlicher

Dienstleistungen in diesem Sektor positiv gegenüber. Andererseits obliegt die Wasserversorgung in Frankreich seit über 150 Jahren mehrheitlich privaten Unternehmen. Diese Beispiele zeigen, dass je nach sektorspezifischen wirtschafts- und handelspolitischen Interessen die Positionen und Strategien in Bezug auf Privatisierung und Liberalisierung innerhalb eines Landes stark divergieren. Aber nicht nur die Reichweite von Privatisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen variiert, sondern auch die Formen von Privatisierung. Diese reichen von einer vollständigen Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Sinne einer Überführung ehemals öffentlichen Eigentums in privates Eigentum (z.B. British Rail), über eine Teilprivatisierung öffentlicher Unternehmen (z.B. Berliner Wasserbetriebe) bis hin zur Vergabe öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen oder die Überführung öffentlich-rechtlicher Unternehmen in privatrechtliche Aktiengesellschaften (z.B. Deutsche Bahn AG). Darüber hinaus müssen *Public-Private-Partnership*-Abkommen (v.a. im Bildungswesen) ebenso als Privatisierung verstanden werden, wie auch die Sonderform des *cross-boarder leasing*. Untersuchungen über Folgewirkungen von Privatisierungen und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen liegen entsprechend der vielen Unterschiede in Bezug auf Reichweite, Umsetzungszeitpunkt und Privatisierungsform nur für bestimmte Sektoren und Länder vor. Auffällig ist, dass bestimmte gesellschaftliche Bereiche nicht thematisiert werden: während aus Sicht von BefürworterInnen der Privatisierung die *ökonomische Effizienz*, *Preisentwicklungen* sowie die *Verbesserung der Dienstleistungsqualität* in den Mittelpunkt von Wirkungsanalysen gestellt werden, thematisieren z.B. gewerkschaftsnahe Forschungseinrichtungen die Auswirkungen auf *Beschäftigungssicherheit* und *Arbeitsbedingungen*. Andere Themen, die in den Arbeiten Berücksichtigung finden, sind die *Entwicklung der Marktstruktur*, die *ökonomischen Folgekosten für öffentliche Haushalte* und die *Versorgungssicherheit* für die Bevölkerung. Darüber hinaus beschäftigen sich einige wenige privatisierungskritische Arbeiten mit Fragen nach den Veränderungen *demokratischer Kontrolle* und *öffentlicher Einflussnahme*. *Genderspezifische* Betrachtungen sowie die Einbeziehung der ökologischen Folgewirkungen finden bislang kaum statt und stellen somit in fast allen Arbeiten »blinde Flecken« der Analyse dar. Mit Blick auf die oben genannten *sozialen, sozio-ökonomischen* und *politischen* Fragestellungen lassen sich gegenwärtig zahlreiche kritisch zu beurteilende Auswirkungen privatwirtschaftlicher Dienstleistungserbringung im liberalisierten Markt exemplarisch und als Tendenzen skizzieren. Dabei sind die kausalen Zusammenhänge zwischen Privatisierung und beobachteten Veränderungen nicht immer eindeutig, insbesondere da Prozesse wie Kommerzialisierung, Li-

beralisierung und Deregulierung zum Teil gleichzeitig verlaufen und sich gegenseitig bedingen.

Folgen für die Marktstruktur:

vom staatlichen zum privaten Monopol

Vor allem in den sog. netzwerkgebundenen Dienstleistungen (Energieversorgung, Verkehr, Telekommunikation, Wasserversorgung) zeichnet sich ein länder- und sektorübergreifender *Trend zur Marktkonzentration und privaten Oligopol- bzw. Duopolbildung* ab. Dadurch werden die angestrebten Wettbewerbseffekte (niedrige Nutzungsentgelte) oftmals in Frage gestellt. In Großbritannien bspw. besitzen die drei größten privaten Busunternehmen, die im ÖPNV tätig sind, über 50% der gesamten Marktanteile. Eine ähnliche Entwicklung wird in Dänemark und Schweden beobachtet (Andersen 2001). In Deutschland dominieren RWE und E.on über 60% des Marktes im Bereich der Stromübertragung (Duopol), und auch insgesamt hat hier im Zuge der Liberalisierung des Energiesektors eine Unternehmenskonzentration stattgefunden: Von den ehemals neun Verteilerunternehmen existieren wenige Jahre nach der Liberalisierung, nur noch vier (Eisig 2000:16). In vielen europäischen Ländern sind es jedoch die ehemaligen staatlichen, formalrechtlich privatisierten Betreiber (z.B. im Eisenbahnwesen: DB, ÖBB, SNCF), die eine dominierende Marktstellung einnehmen. Auffällig ist in den Sektoren Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, dass es nach einem mehrjährigen Prozess der »Marktbereinigung« vor allem die internationalen bzw. transnationalen Multi-Utility-Unternehmen sind, die sich verstärkt die Marktmacht sichern (z.B. Veolia/Connex, E.on, RWE). *Nach dem Motto »Fit für den Weltmarkt« verlaufen europäische Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse somit im Interesse transnationaler Konzerne, die sich zukünftig im Rahmen des GATS auch außereuropäische Märkte sichern wollen.*

Sozioökonomische Folgen:

Personalabbau und Prekarisierung

Wiederum am Beispiel netzwerkgebundener Dienstleistungen wird für die Mehrzahl der europäischen Länder ein massiver Personalabbau beschrieben. Oftmals setzt dieser, wie an den Beispielen DB AG, British Rail, ÖBB und der ehemaligen britischen Wasserbetriebe erkennbar ist, bereits vor der eigentlichen Privatisierung ein. Im Zuge von Umstrukturierungen öffentlicher/staatlicher Betriebe wurde hier schon frühzeitig

eine Politik der Kommerzialisierung eingeleitet, die durch die Privatisierung ehemals öffentlicher Unternehmen konsolidiert wurde. Als Folgen der häufig als »sozialverträglicher Personalabbau« beschriebenen Stellenkürzungen werden seitens der Weiterbeschäftigten oftmals die Ausweitung der Arbeitszeiten, die Zunahme an Überstunden, der Rückgang von Ruhepausen sowie auch Lohneinbußen genannt (vgl. Ruiters & Mast 2000 für den ÖPNV-Bereich). Durch Auslagerungsprozesse und die faktische Abschaffung des Beamtenrechts, die an den Beispielen der Reform des österreichischen Bahnwesens und der Entwicklungen im Bildungssektor in Großbritannien und Deutschland zu beobachten sind, werden arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen (Tariflöhne, Arbeitsplatzsicherheit, etc.) erodiert. Dies zeigt sich auch in der Zunahme von Kurzzeitverträgen und Entlohnungen unterhalb von Tarifvereinbarungen, was nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die industriellen Beziehungen hat: In Schweden, Dänemark und Großbritannien ist in Folge der veränderten Personalpolitik privater Dienstleistungserbringung eine Fragmentierung und politische Schwächung der gewerkschaftlichen Vertretungen im Verkehrssektor eingetreten. Für Großbritannien beschreiben einige Studien diese Effekte als beabsichtigte Folgen eines politischen Projektes der Deregulierung und neoliberalen Restrukturierung. Grundsätzlich gilt, dass die *Prekarisierung* von Beschäftigungsbedingungen und die *Preisentwicklungen* vor und nach der »Marktbereinigung« in engem Zusammenhang stehen, da über Beschäftigungsabbau und Prekarisierung Preissenkungen finanziert werden und damit Marktmacht etabliert wird.

Folgen für Zugänglichkeit und Versorgungssicherheit

Preisentwicklung als Spiegel des Erfolgs?

Die Liberalisierung und zum Teil Privatisierung hat in einigen Dienstleistungssektoren zu deutlichen Preissenkungen geführt. Dies ist bspw. im Energiesektor in Deutschland und Großbritannien sowie im ÖPNV in Skandinavien zu beobachten. Allerdings gibt eine differenziertere Betrachtung der Prozesse Aufschluss darüber, wer in welchem Maße von einer Preissenkung profitiert und in wie fern von einem langfristigen Preisrückgang gesprochen werden kann. So zeigt sich am Beispiel der Strompreise in Deutschland, dass die Schere weit auseinander geht (Monstadt 2003:36): Während die Preise für Industrieunternehmen um durchschnittlich 25% sanken, konnten Haushalte bis zum Jahr 2000 nur mit einer Preissenkung von ca. 9% rechnen. Hierin spiegelt sich die relativ geringe

ökonomische Bedeutung der Haushalte sowie die starke Verhandlungsmacht der Industrieunternehmen wider. Zudem ist die anfängliche Preissenkung in vielen Fällen nicht von langer Dauer: In Deutschland stiegen die Strompreise 2001 stark an, ebenso wie in anderen europäischen Ländern. In Schweden und Dänemark wird ein vergleichbarer Trend für die Entwicklung der Preise für den ÖPNV erwartet. Damit erscheinen die anfänglichen Preissenkungen – die nicht zuletzt über die massiven Personaleinsparungen und Verschlechterungen der Arbeitsplatzbedingungen finanziert werden – als »Race to the bottom« im Streben um die Sicherung von Marktanteilen und »Kunden«. *Hat sich die Verteilung der Marktanteile konsolidiert (Marktberreinigung) beginnt die Preiskurve oftmals über den Stand vor der Liberalisierung /Privatisierung hinaus zu klettern.*

Sozialräumliche Polarisierung, Zugangsbarrieren und Dienstleistungsqualität

Die Kommerzialisierung und Privatisierung von Dienstleistungserbringung führt häufig dazu, dass der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für untere Einkommensgruppen und sozial benachteiligte Gruppen nicht gewährleistet und in einigen Fällen erst durch eine entsprechende staatliche Regulierung privater Anbieter wieder ermöglicht wird. Beispiel ist hier Großbritannien mit der Abstellung von Wasser- und Stromversorgung für nicht zahlungsfähige NutzerInnen sowie der Einbau von Pre-paid ZählerInnen, welche die »Entscheidung« über den Zugang zur Wasserversorgung in die Hände der NutzerInnen legte. Auch im Bildungssektor Großbritanniens zeigt sich, dass Kindern von MigrantInnen, ArbeiterInnen und SchülerInnen mit schlechteren Noten der Zugang zu Schulen mit besserer Ausstattung und einem »angesehenem Ruf«, die oftmals über privates Sponsoring finanziert werden, verwehrt bleibt. Darin wird die Praxis des »Rosinenpickens« privater Anbieter deutlich: Schulen konkurrieren um SchülerInnen mit guten Noten, da diese weniger »arbeits- und kostenintensiv« sind, die Folge sind Ausgrenzung, sozial-räumliche Segregation und Polarisierung. Ähnliche Strategien der Profitmaximierung und Kostensenkung durch das »Rosinenpicken« finden sich z.B. in der Fokussierung privater Unternehmen auf rentable Routen und Segmente des öffentlichen Nahverkehrs. Untrentable, abgelegene und weniger frequentierte Strecken bleiben weitgehend der öffentlichen Hand überlassen. BefürworterInnen von Privatisierung argumentieren, dass sich die Dienstleistungsqualität insgesamt durch eine private Erbringung verbessere. Am Beispiel der privaten Wasserversorgung in Großbritannien wird diese Annahme zunächst scheinbar bestätigt, denn nach der

Privatisierung hatte sich die Wasserqualität eindeutig verbessert, wenngleich sie im europäischen Vergleich weiterhin niedrig ist. Die Qualitätsverbesserung ist jedoch darauf zurückzuführen, dass der Privatisierung eine aktive De-Investitionspolitik der britischen Regierung vorausging, die dazu führte, dass die britische Wasserqualität Ende der 1980er Jahre rapide gesunken und eine der schlechtesten in ganz Europa war. Nach der Privatisierung der Wasserversorgung waren somit hohe Investitionen in die Infrastruktur (Leitungssysteme) unumgänglich, folglich stieg die Wasserqualität (Bakker 2001).

Ökonomische Effizienz: Profit auf der einen – hohe Kosten auf der anderen Seite

Privatisierung führt *nicht* grundsätzlich, wie von BefürworterInnen argumentiert, zur Entlastung öffentlicher Kassen. Eine Reihe von Beispielen verdeutlicht, dass mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vielfach finanzielle *Zusatzbelastungen* für öffentliche Haushalte sowie langfristige *Einkommenseinbußen* verbunden sind. In Großbritannien wurde der Verkauf von British Rail mit der Zusage langfristiger staatlicher Subventionen verbunden, auch als Anreiz für die privaten Kaufinteressenten. Nach der Zahlungsunfähigkeit von Rail Track, dem privaten Netzbetreiber im Jahr 2001, übernahm der britische Staat Kreditgarantien und bewilligte weitere Subventionen, wovon das Unternehmen 10% als Dividende auszahlte – und somit öffentliche Gelder privatisierte. Eine Rückführung des Schienennetzes unterstaatliche Kontrolle bracht weitere Kosten für den britischen Staat (Wolmar 2001). Im Bahnwesen ebenso wie in den Bereichen Wasser- und Energieversorgung – letztere stellen in vielen Kommunen profitale Sektoren dar, die bei einer öffentlichen Dienstleistungserbringung weniger rentable Bereiche quersubventionieren – ist die privatwirtschaftliche Re-Organisation öffentlicher Dienstleistungen zudem vielfach mit einem kostenintensiven Neuaufbau von Regulierungssystemen verbunden. Die einmaligen Verkaufserlöse aus einer Privatisierung wiegen somit die langfristigen Folgekosten und Einkommensverluste für die öffentlichen Haushalte nicht auf. Periphere Versorgungsgebiete sowie kostenintensive Infrastruktureinrichtungen werden ganz im Sinne der Strategie des »Rosinenpickens« (s.o.) gerne der öffentlichen Hand überlassen: So konzentrieren sich die privaten Wasserversorgungsunternehmen in Frankreich primär auf Ballungsräume, während in ländlichen Gebieten mit hohen Investitionskosten die Wasserversorgung meist von den Kommunen bereit gestellt wird. In Großbritannien werden jüngst Forderungen einiger privater Unternehmen im Wassersektor laut, die die

kostenintensiven Instandhaltungen und Ausbauten der Wassersysteme wieder in die Hände der öffentlichen Aufgabenträger zurück geben und lediglich die weniger risiko- und kostenintensive Betriebsführung übernehmen möchten (Bakker 2003).

Folgen für demokratische

Einflussnahme und Kontrolle

Die Wirkungsweisen der Privatisierungsprozesse öffentlicher Dienstleistungen auf Fragen demokratischer Kontroll- und Einflussmöglichkeiten sind empirisch schwer fassbar. Vor allem auf der kommunalen Ebene zeigen sich dennoch erste Trends einer Verschiebung von Einflussmöglichkeiten verschiedener Akteure, Veränderungen politischer Entscheidungsprozesse sowie von Umverteilungsmechanismen, vielfach hervorgerufen durch eine *schleichende* Privatisierung: Durch die Umwandlung kommunaler Unternehmen in privatrechtliche Gesellschaften (AGs, GmbHs, etc.) *verringern sich die Einflussmöglichkeiten öffentlicher Akteure* sowie deren Gestaltungsmacht (Libbe et al 2003). Mit der Liberalisierung des Energiesektors und der damit oft verbundenen Teil-Privatisierung kommunaler Stadtwerke verlieren Kommunen in Deutschland bspw. wichtige Finanzmittel zur Quersubventionierung des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem wirkt sich die Liberalisierung und Privatisierung des Energiesektors indirekt auch auf die Beteiligung privater Anbieter im Wassersektor aus, da diese sich über den Energiesektor in *Multi-Utility* Stadtwerke einkaufen und somit auch Zugriff auf die Wasserversorgung erlangen können. Ein anderes Beispiel für die Frage nach einer Veränderung kommunaler Entscheidungsprozesse ist der Grenobler Korruptionsskandal, der zur Rekommunalisierung der lokalen Wasserversorgung führte (Hall/Lobina 2001): Die formelle Privatisierung der Wasserversorgung wurde 1989 vom Bürgermeister Grenobles forciert und ein privates Unternehmen erhielt eine Konzession über 25 Jahre. 1994 wurden in Frankreich mehrere Konzessionsverträge behördlich überprüft und im Falle Grenobles festgestellt, dass der Bürgermeister vom Mutterkonzern des privaten Wasserunternehmens finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf erhalten hatte. Der Fall verdeutlicht auch den potentiellen *Transparenz- bzw. Kontrollverlust* öffentlicher Akteure gegenüber privaten Konzernen. Die strukturellen Ungleichgewichte zwischen transnationalen Konzernen und Kommunen, deren Know-how und Kapazitäten gerade in kleinen Kommunen begrenzt sind, erschweren zudem eine öffentliche Kontrolle und begrenzen demokratische Gestaltungsspielräume. Darüber hinaus werden durch

eine wachsende Einflussnahme privatwirtschaftlicher Akteure, die sich auch an der steigenden Popularität von *Public-Private-Partnerships* (PPP) manifestiert, Inhalte und Schwerpunkte vor allem dort neu definiert, wo gesellschaftliche Aushandlungsprozesse durch private Profitinteressen abgelöst werden, wie bspw. In den Bereichen Bildung und Kultur.

Fazit

Die bislang vorliegenden Analysen und Studien zu »Privatisierungsfolgen« offenbaren sowohl sektor- und länderübergreifende als auch spezifische Trends. Vor allem *die Herausbildung privater Monopolstrukturen, ansteigender Preiskurven und ein strategischer Personalabbau* lassen sich sowohl in unterschiedlichen Sektoren als auch in verschiedenen europäischen Ländern beobachten. Folgen für die Versorgungssicherheit, die Qualität der Dienstleistungserbringung, sozialräumliche Auswirkungen und der Verlust demokratischer Einflussmöglichkeiten werden bislang eher sektor- und länderspezifisch beschrieben. Die hier aufgezeigten Trends verdeutlichen, dass öffentliche Dienstleistungen in Europa einem fundamentalen Wandel unterliegen, der die unterschiedlichen Dimensionen des »Öffentlichen« (Verfügbarkeit, demokratische Bestimmung und Zugang) berührt und somit den Charakter öffentlicher Dienstleistungen als Säulen einer allgemeinen Daseinsvorsorge wesentlich verändert.

Dabei werden in vieler Hinsicht die Befürchtungen und kritischen Einschätzungen der PrivatisierungsgegnerInnen bestätigt: Denn es zeigt sich, dass durch die Orientierung an privatwirtschaftlicher Profitlogik infolge von Kommerzialisierung, Liberalisierung und Privatisierung soziale und sozio-ökonomische Sicherheit in den Ländern der Europäischen Union nicht (mehr) für alle gewährleistet wird. Statt gesellschaftlicher Kohäsion entsteht eine sozial-räumliche Kluft. Privatisierung und Liberalisierung im Bereich öffentlicher Dienstleistung schafft GewinnerInnen und VerliererInnen auf unterschiedlichen Ebenen: Während bestimmte NutzerInnengruppen von einer privatisierten Bildung oder Gesundheitsversorgung aufgrund gesellschaftlicher und ökonomischer Privilegien profitieren können, werden andere von bestimmten »Leistungen« ausgeschlossen. Während private Unternehmen und transnationale Konzerne verstärkt in informellen und intransparenten Prozessen Einfluss auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse erhalten, werden die Möglichkeiten öffentlicher, politisch definierter Kontrolle sowie demokratischer Einflussnahme zunehmend eingengt. Und während sich die

Profite aus der Erbringung ehemals öffentlicher Dienstleistungen in den Kassen privater Anbieter akkumulieren, sehen sich Kommunen wachsenden Haushaltsdefiziten gegenüber. Die Durchsetzung der Privatisierungslogik im Bereich öffentlicher Dienstleistungen führt zum Prinzip »Private Gain – Public Loss«.

Literatur:

Andersen – Branchengruppe Verkehr und Logistik (2001): Öffentlicher Personennahverkehr im Wettbewerb. Reformwege im deutschen und europäischen ÖPNV-Markt. Marktstudie. o.O.

Bakker, Karen (2001): Paying for water: Water pricing and equity in England and Wales. In: Transactions of the Institute of British Geographers. 26, S. 143-164.

Bakker, Karen (2003): From public to private to ... mutual? Restructuring water supply governance in England and Wales. Vancouver.

Eisig, Rainer (2000): Liberalisierung und Europäisierung. Die regulative Reform der Elektrizitätsversorgung in Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

EU Kommission (2000): Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. Mitteilungen der Kommission. Brüssel.

Fritz, Thomas (2004): Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU. Blue 21 Arbeitspapier. Berlin.

Hall, David; Lobina, Emanuelle (2001): Public to private: international lessons of water remunicipalisation in Grenoble, France. London. PSIRU Report.

Libbe, Jens; Tomerius, Stephan; Trapp, Jan (2002a) (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs. Berlin.

Monstadt, Jochen (2003): Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Sektoranalyse Stromversorgung. Unter Mitarbeit von Matthias Naumann. Berlin.

Ruiter, Eveline, Remko, Mast 2000: Der öffentliche Nahverkehr: Probleme und Fallstricke. Die Auswirkungen der Marktkräfte im öffentlichen Nahverkehr auf die Beschäftigten in Schweden, Großbritannien, Dänemark und Frankreich.

Wolmar, Christian 2001: Broken Rails. How Privatisation Wrecked Britain's Railways. London.

Dieser Beitrag von Barbara Dickhaus und Kristine Dietz ist erschienen als rls standpunkte 11/2004.

**Selbstaendige Schule -
Schule der Globalisierung**

von Jürgen Klausenitzger

**»There is an obvious conflict between the logic of capital accumulation which drives the global economy, and the logic of legitimation, which drives politics in all states with free elections.«
(Colin Leys) (1)**

Im Anschluss an Colin Leys geht der folgende Beitrag davon aus, dass alle Institutionen in zugleich kapitalistisch und demokratisch verfassten Gesellschaften bestimmt sind vom Widerspruch zwischen den Notwendigkeiten ihres Beitrags zur Kapitalakkumulation einerseits und den Ansprüchen und Legitimationsmustern demokratischer Gesellschaften andererseits. Für den Bildungsbereich heißt das, dass die in ihm tätigen Institutionen in ihrer konkreten Arbeit bestimmt sind von ihrer unterschiedlichen Funktion zur Vermittlung von Qualifikationen, Selektion im Hinblick auf das Beschäftigungssystem und der Legitimation dieser gesellschaftlichen Aufgaben. Auf der anderen Seite unterliegen – zumindest seit der französischen Revolution – diese Prozesse den Ansprüchen der bürgerlichen Gesellschaft, Gleichheit und Solidarität für alle ihre Mitglieder sicher zu stellen. Das bedeutet, dass Bildung sich an der Entfaltung aller Potentiale der in ihrer Obhut sich befindenden Personen und an der Vermittlung von Selbst- und Weltverständnis zu orientieren hätte. Traditionelles Verständnis dieser Aufgabe ist es, dass die Bildungsinstitutionen dieser Aufgabe in relativer Eigenständigkeit nachzugehen hätten. Das Ausmaß dieser vermeintlichen Eigenständigkeit unterliegt Wandlungen und Strukturveränderungen, die von historischen und politischen Bedingungen abhängig sind. In der gegenwärtigen Phase lässt sich eine zunehmende Unmittelbarkeit des Zugriffs der Ökonomie auf Institutionen des Bildungswesens – z.B. in Form der Organisation von Wettbewerb und der Privatisierung – feststellen. Es stellt sich daher die Frage: Wie ist dieser unmittelbarer werdende Zugriff der Ökonomie zu verstehen?

Die Finanzkrise des Staates und die Versuche umfassender Rationalisierung staatlicher Tätigkeit erscheinen auf nationaler Ebene als Verwaltungsreform öffentlicher Dienste, auch des Bildungssystems, und im internationalen Kontext als die Institutionalisierung eines Benchmarking-Systems, deren zentrale Indikatoren von einzelwirtschaftlichen Effizienzerwägungen geprägt sind. Eine Klärung

dieser Zusammenhänge ist Voraussetzung dafür, Reichweite und Möglichkeiten bildungspolitischen Handelns angemessen beurteilen zu können.

1. Phasen der Restrukturierung

In den 70er Jahren wurden der Zugang zu weiterführenden Schulen und eine größere Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulwesens als notwendige Voraussetzungen für eine optimalere Begabungsausschöpfung und ein verbessertes Wirtschaftswachstum erachtet und mit Hilfe entsprechender Maßnahmen umgesetzt. Allerdings gelang es in Deutschland – im Gegensatz zu den meisten anderen OECD-Staaten – nicht, in der Sekundarstufe ein integriertes Schulwesen zu institutionalisieren und das traditionelle dreigliedrige Schulwesen abzulösen. Damit wurde der Modernitätsrückstand des deutschen Schulwesens für die nächsten Dekaden festgeschrieben. (2) Diese Bildungsexpansion wurde Mitte bis Ende der 70er Jahre in Folge der Finanzkrise des Staates und der knapper werdenden Ressourcen beendet. In den 80er Jahren stand nach der Expansion die Rückführung der Kosten auf der Tagesordnung. (3) Begleitet wurde dieser Prozess in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch einen öffentlichen Diskurs der Delegation des staatsbürokratischen Bildungswesens und des in ihr zentral agierenden pädagogischen Personals, der LehrerInnen – in den angelsächsischen Ländern benannt als »blaming the teachers«. Die Bewertung des Bildungswesens in der Öffentlichkeit verschob sich – unterstützt nicht zuletzt von Öffentlichkeit und Institutionen wie der Bertelsmann-Stiftung – von der eines zentralen Motors der Gesellschaftsreform hin zu einer sich gegen Innovation widersetzen, von »Besitzstandswahrung« geprägten Institution. Die Defizite des staatsbürokratischen Schulwesens – im Anschluss an Weltbank und OECD auch »Blockaden« genannt – wurden kritisch beschrieben im Hinblick auf Innovation, Flexibilität, Effizienz und Effektivität, Qualität, Vielfalt, Rechenschaftspflicht, bürokratischen Zentralismus und Eigeninteressen von Pädagogen und Verwaltungsbeamten. Zur Beseitigung der Defizite bzw. Blockaden wurden in den 90er Jahren zunehmend Rezepte diskutiert, die der privatwirtschaftlich verfassten Ökonomie entlehnt waren: Dezentralisierung (»Autonomie und Eigenverantwortung«), Wettbewerb, Vielfalt, Einsatz von Managern und betriebswirtschaftlicher Rechnungslegung (Neue Verwaltungssteuerung) sowie Privatisierung. (4) Diese Verbetriebswirtschaftlichung oder »Ökonomisierung der Binnenstruktur« von Bildungsinstitutionen (Thomas Bultmann) erfolgt im Zusammenhang der vor allem von Weltbank und

OECD verfolgten mikro-ökonomisch orientierten Humankapitaltheorie, die nun in variiert Form die zielgenaue Identifizierung von profitablen Bildungsinvestitionen ermöglichen soll. Hier ist auch das PISA-Projekt als Teil des Indikatoren-Projekts der OECD zu verorten. Für die erste Dekade des dritten Millenniums zeichnet sich – parallel zur Rationalisierung qua Markt und Management – die Privatisierung von Institutionen und Kosten ab – z.B. über Studiengebühren, Bildungsgutscheine etc. Die gegenwärtigen Verhandlungen im Rahmen der WTO über die Liberalisierung von Dienstleistungen – auch im Bildungsbereich – sind Ausdruck einer zunehmenden Internationalisierung von Entscheidungen über Entwicklungen von Bildungssystemen, z.B. in Form von Standardisierung und Harmonisierung. (5) Als langfristige Perspektive dieser Restrukturierung scheint sich – im Anschluss an Rationalisierung und Privatisierung – eine weitergehende Veränderung des Verhältnisses von Bildungsinstitutionen und Beschäftigungssystem abzuzeichnen (6), die im Kern auf eine Neubestimmung von Bildung als Grundbildung, die in einer »Wissensgesellschaft« erforderlichen Kompetenzen und auf Inhalt und Formen lebenslangen Lernens sowie die individuelle Verantwortung abzielt.

2. Internationale Agenturen des globalen Paradigmenwechsels

Wer sind diese globalen Agenturen oder Institutionen? Zum einen sind es in den entwickelten Industrieländern, die eben schon erwähnten Institutionen der Welthandelsorganisation WTO und die Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung (OECD), in der 29 Industriestaaten zusammengeschlossen sind. In den Entwicklungsländern sind es auch die WTO, aber vor allem die Weltbank und der IWF, die über Strukturanpassungsprogramme eine Politik der Liberalisierung und Privatisierung durchsetzen. Diesem Zweck dienen auch die regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse wie z.B. Asean oder die EU und NAFTA. An der Durchsetzung dieser Politik sind wesentlich auch Organisationen der Privatwirtschaft beteiligt, die im Kontext der Internationalisierung von Entscheidungsprozessen ihren Einfluss hinter dem Rücken demokratisch legitimer Strukturen massiv geltend machen wie z. B. die European Round Table of Industrialists (ERTI) und der Transatlantic Business Dialogue (TABD). (7)

Im Kontext zunehmender Internationalisierung der Produktion, des Handels mit Finanztiteln, Gütern und Dienstleistungen organisieren diese supra- und internationalen Netzwerke aus formellen und

informellen Institutionen eine Politik verstärkter Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung – eine Politik, die meist als neo-liberal, post-keynesianisch oder auch als »Washington Consensus« (8) bezeichnet wird – wegen der zentralen Rolle der in Washington ansässigen Institutionen der Weltbank, des IWF und des US-amerikanischen Finanzministeriums.

Zentraler Bestandteil des »Washington Consensus« und seiner Politik der Strukturanpassung ist – neben Strategien der Verbilligung der Arbeitskraft – eine Veränderung staatlicher Aufgaben und Tätigkeiten im Sinne einer kostenmindernden Rationalisierung zur Senkung der Staatsquote (prozentualer Anteil der Staatsausgaben am Brutto-Inlandsprodukt), um Ressourcen freizumachen für die Subventionierung potentiell wachstumsfördernder Branchen wie z.B. IKT und Genforschung. Diesem Ziel dient auch die Restrukturierung des öffentlichen Dienstes – sofern er nicht privatisiert wird – entsprechend des neuen Paradigmas von Markt und Management, deren sichtbarer Ausdruck die Neue Verwaltungssteuerung (NVS) ist. Die OECD beschreibt im Detail die zentralen Charakteristika dieses neuen Paradigmas öffentlicher Verwaltung – und damit auch der Bildungsverwaltung:

- Qualität definiert als Effizienz
- Dezentralisierung auf operativer Ebene
- Stärkung zentraler Kapazitäten auf strategischer Ebene
- Organisation von internem und externem Wettbewerb
- Nutzergebühren, Gutscheine (vouchers)
- Alternativen zur öffentlichen Daseinsvorsorge: Privatisierung, Public-Private-Partnership etc. (9)

Das Ziel dieser Umstrukturierung ist der Gewinn an Produktivität und Effizienz durch Flexibilisierung und Ökonomisierung der Binnenstruktur der Institutionen.

Diese Politik der Rationalisierung durch Wettbewerb und Effizienzsteigerung wird auf nationaler Ebene in Deutschland getragen und öffentlich offensiv vertreten von Institutionen der Privatwirtschaft wie z.B. dem BDI und der IHK, von Stiftungen wie der Bertelsmannstiftung und ihrem »Centrum für Hochschulentwicklung« (CHE), der Heinrich-Böll-Stiftung – nicht zuletzt mehr oder weniger unisono begleitet von den Medien. (10)

3. Instrumente einer marktvermittelten Steuerung von Bildungssystemen

Im Wesentlichen sind es zwei zentrale Instrumente, von denen man sich Effizienzgewinne verspricht:

- die Organisation von Wettbewerb zwischen den (Bildungs-)Institutionen und
- die Privatisierung, sowohl von Institutionen als auch der Kosten.

Wettbewerb

Unter den Parolen von Dezentralisierung, von Autonomie und Eigenverantwortung, Qualitätssicherung und Rechenschaftspflicht werden Bildungsinstitutionen dazu angehalten, im Wettbewerb um knapper zugeteilte Ressourcen und Kunden ihre Qualität und Effizienz zu verbessern. Dabei geht man davon aus, dass Entscheidungen auf operativer Ebene vor Ort angemessener zu treffen sind als in zentralen Bürokratien.

Der Effizienzsteigerung der Einzelinstitution soll auch die Ablösung der Kameralistik (traditionelle Systematik öffentlicher Haushaltsführung) und die Einführung von betriebswirtschaftlicher Rechnungslegung, die Neue Verwaltungssteuerung (NVS), dienen. Damit wird die bisher geltende Input-orientierte Steuerung der Bildungsverwaltung abgelöst durch eine Ergebnis-orientierte Steuerung. Dazu ist es notwendig, Ergebnisse und entsprechende Indikatoren bzw. Kennziffern für zu erbringende Leistungen zu definieren. Diese Indikatoren, die nicht von den teilautonomen Einzelinstitutionen, sondern von strategischen Zentralstellen (Bildungsministerium und/oder einer speziellen Agentur) definiert werden, sind von Bedeutung für die Evaluation der erbrachten Leistungen, für das Kontrakt-Management zwischen Zentrale und Einzelinstitution und nicht zuletzt auf internationaler Ebene für ein internationales Benchmarkingsystem – sei es der OECD oder der EU.

Privatisierung

Strategien der Privatisierung können neben dem Verkauf vormals staatlicher Institutionen an privatwirtschaftliche Träger auch folgende Formen annehmen:

- Öffnung vormals ausschließlich staatlicher Tätigkeiten für privatwirtschaftliche Organisationen (Privatschulen, ÖPNV, etc.);
- Organisation von Wettbewerb und Quasi-Märkten innerhalb des öffentlichen Dienstes oder zwischen staatlichen und privaten Institutionen auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Kosten-Leistungsrechnung (Jugendamt und private Träger);
- Einrichtung von privatwirtschaftlich arbeitenden, staatsnahen Agenturen (Evaluation, Tests, Akkreditierung)
- Public Private Partnerships.

Jenseits der verschiedenen institutionellen Formen der Privatisierung ist auch die zunehmende Privatisierung von Kosten (entsprechend dem von der Weltbank so benannten »cost-sharing«-Prinzip) von Bedeutung. Dabei werden (umfassendere und erhöhte) Beiträge privater Haushalte in Form etwa von Studiengebühren oder Bildungskonten zur Finanzierung von Bildungsausgaben erhoben. Begründet werden sie mit der in der Tat nicht zu übersehenden Ungleichheit von Chancen im Bildungswesen. Allerdings verschärfen diese Maßnahmen die benannten Probleme eher, als dass sie zu einer Lösung beitragen. Wer die Ungleichheit von Bildungschancen korrigieren will, muss die ihr zu Grunde liegenden sozialen und institutionellen Ursachen beseitigen.

4. Folgen der Rationalisierung

Im Hinblick auf die Folgen der Ökonomisierung der Binnenstruktur lassen sich im Wesentlichen drei Aspekte unterscheiden:

1. Polarisierung innerhalb der Kollegien und zwischen Schulen

- Es zeichnet sich deutlich eine Polarisierung ab zwischen LehrerInnen einerseits und Leitungsteams bzw. Managern an der Spitze der Schulen andererseits; die Marktkräfte, d.h. der Zwang, genügend Schüler zu rekrutieren, gelten als Grund für den Einsatz von nach betriebswirtschaftlichen Kriterien urteilenden Managern an den Schulen, die ihre Entscheidungen zunehmend eher an Kostenzwängen und Ertragsüberlegungen orientieren als an den (Lern-) Bedürfnissen der SchülerInnen.

- Der Druck, genügend SchülerInnen zu rekrutieren, hat eine zunehmende Verengung der Pädagogik auf solche Faktoren zur Folge, die den Marktwert der Schule verbessern, d.h. sichtbare, qualifizierbare und nach außen vorzeigbare Indikatoren der Qualitätsmessung – wie z.B. Examensergebnisse, Schulgebäude, Glanzbroschüren über die Schule etc. (»core business«). Bei gleich bleibenden bzw. sich verringernden finanziellen Ressourcen bedeutet das eine Abwertung und Vernachlässigung von Erziehungs- und Bildungsaufgaben, die jenseits der genannten instrumentellen 'Ziele' liegen. Das geht vor allem zu Lasten von SchülerInnen mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten. Diese sind konfrontiert mit der Tendenz, dass ihnen immer weniger professionelle Zuwendung zur Verfügung steht und dass sie gegebenenfalls ganz vom Unterricht ausgeschlossen werden. Sie werden jenen Schulen überlassen, die nicht so nachgefragt und damit auf

Neuzugänge von SchülerInnen angewiesen sind. Deshalb wird in einer Reihe von Untersuchungen festgestellt, dass die Verbesserung der Leistungen und damit der Position der einen Gruppe von so genannten »guten« Schulen nur gelingt um den Preis der Bildung einer Gruppe von unterfinanzierten, mit ProblemschülerInnen belasteten Schulen. Damit wird das Problem ungleicher Zugangschancen zu Schulen und die Polarisierung von »star and sink schools« weiter verschärft; nicht zuletzt wegen des Umstands, dass Mittelschichtseltern auf Grund ihrer sozialen und kulturellen Kompetenz eine gezielte Wahl ihrer Schulen wesentlich leichter vornehmen können als Unterschichtseltern. Der Markt erweist sich so als Mechanismus sozialer Spaltung.

- Die Mitglieder der Schulleitung sind aber durchaus nicht nur als »Gewinner« zu begreifen; sie sind einem zweifachen Druck ausgesetzt: dem des Marktes (auf dem Eltern als eine Art von Konsumenten agieren) und dem der zentral definierten und verbindlich vorgegebenen Beurteilungs- und Erfolgskriterien, die per Evaluation überprüft werden und auf die sie in der Regel keinen Einfluss haben.

2. Veränderungen in Unterricht und Curriculum

Neben der Einführung von Marktkräften sind zentral definierte Curricula und extern, meistens von privaten Consultingfirmen durchgeführte Evaluationen Schlüsselemente der Reform. Mit ihrer Hilfe soll die angeblich vernachlässigte Rechenschaftspflicht von Lehrern sichergestellt werden. Zugleich sollen standardisierte Leistungsanforderungen die Steuerungsfähigkeit des Staates sicherstellen, ohne dass dieser sich auf Konflikte vor Ort einlassen muss.

In vielen angelsächsischen Ländern ist die Entwicklung einer ausgeprägten Prüfungskultur zu beobachten (11); an die Stelle der Ausweitung von Möglichkeiten des Lernens tritt zunehmend die Orientierung an der Überprüfbarkeit von Leistungen. Statt des Bildungs- und Erziehungsprozesses tritt die Bedeutung messbarer Ergebnisse in den Vordergrund. Dies hat insofern gravierende Folgen für den Lehr- und Lernprozess, als es das Unterrichtsgeschehen auf die Prüfungen hin orientiert (»teaching to the test«) und das Curriculum zu konsumier- und testbaren Päckchen verschnürt. Beobachter sprechen von der Wiederbelebung eines pädagogischen Traditionalismus und eines reduzierten Professionalismus bei den Lehrern, da offene, erkundende und integrative Formen des Unterrichts durch stärker strukturierte und ergebnisorientierte verdrängt werden.

3. Veränderungen in der Lehrarbeit

Die Reformen der neuen Bildungspolitik erheben u.a. auch den Anspruch, die Lehrarbeit qualitativ zu verbessern, da sie sich nun – befreit von bürokratischer und politischer Gängelung – an den mit größerer Autonomie versehenen Schulen freier entfalten kann. In der angelsächsischen Diskussion ist daher die Rede von »empowering the teachers«. In der Praxis aber erweisen sich die Lehrer eher als Objekt von Politik und Management, und die Partizipationsangebote sind eher als symbolische zu begreifen. Der Arbeitsalltag der LehrerInnen ist in Folge von neu eingeführten Techniken der Rechenschaftspflicht und Kontrolle durch zunehmende Verdichtung, Extensivierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (minderwertige Beschäftigungsverhältnisse wie Zwangs-Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge für Hilfskräfte, Studenten und Hausfrauen, out-sourcing z.B. an Sport-Vereine, private Träger für Musik-Unterricht etc.) gekennzeichnet. Für eine begrenzte Anzahl von LehrerInnen werden dagegen besser bezahlte Positionen als »master-teachers« eingeführt. Insgesamt wird eine Bezahlung aller LehrerInnen entsprechend bestimmter Leistungskriterien angestrebt (wie z.B. Unterrichtsbeobachtung, aber auch Schülerleistungen).

Die Gewerkschaften werden in dieser Situation, in der die einzelnen Schulen um Quoten und Rangplätze kämpfen, als kollektive Interessenvertretung geschwächt – sicher eine der unausgesprochenen Zielsetzungen der Gegenreform.

Mit der Durchsetzung dieses veränderten Modells öffentlicher Bildung wird absehbar, dass die in den letzten drei Jahrzehnten gewachsene Bedeutung der Rolle der LehrerInnen als Organisatoren von Bildungsprozessen zunehmend abgelöst wird von der als »Experten« für standardisierte quantitative Verfahren der Leistungsmessung, Evaluation und computergestützte Testverfahren.

4. Zwischen-Fazit zum Zusammenhang von Teil-Autonomie, Effektivität und Effizienz

Die BefürworterInnen dieses veränderten Modells öffentlicher Bildung stellen nun eine positive Beziehung her zwischen diesen neuen institutionellen Merkmalen und einer besonders effizienten und effektiven Arbeitsweise. Aber weder im Hinblick auf Schülerleistungen noch auf die neu eingeführten institutionellen Veränderungen gibt es, so die meisten Untersuchungen, Belege für besondere Effizienz und Effektivität. (12) Merkmale, die in der Schuleffektivitätsforschung als Kriterien für die Bestimmung »guter

Schulen« gelten, sind in teil-autonomen Schulen nicht häufiger zu finden als in »normalen«.

Die Frage, ob autonome Schulen finanziell effizienter arbeiten als herkömmliche, ist in der angelsächsischen Diskussion sehr umstritten. Deutlich ist aber, dass in die Kosten-Effizienz-Berechnungen weder die zusätzlichen Kosten für das Marketing der Einzelschulen noch die erheblichen Kosten für die umfangreichen zentralstaatlich vorgegebenen Prüfungen und Evaluationen, noch die für den umfangreicher werdenden Transport der SchülerInnen einbezogen werden. (13)

Damit stellt sich natürlich die Frage, warum eine solch aufwendige und langwierige Umstellung auf eine Ergebnis-orientierte Steuerung von Bildungssystemen organisiert wird. In diesem Rahmen lassen sich nur kurze, thesenartige Antworten skizzieren:

- Zunächst geht es um die erhoffte »Effizienzdividende«;
- sodann verbindet sich mit den größeren operativen Kompetenzen im Rahmen der Restrukturierung auch die Vorstellung, dass Konflikte über knapper werdende Ressourcen sich auf untere Verwaltungsgliederungen, Einzelinstitutionen und Individuen verschieben lassen;
- dies hat darüber hinaus für zentralstaatliche Institutionen auch den Vorteil, im Rahmen einer Dezentralisierungsrhetorik verloren gegangene Legitimation wiederzugewinnen. (14)

5. Elemente des globalen Paradigmenwechsels

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich kurz auf jene Annahmen eingehen, die als wesentliche Begründungen dienen für die betriebswirtschaftliche Ausrichtung von Bildungssystemen (und anderen öffentlichen Dienstleistungen):

1. Die Annahme, dass es einen Idealtypus von KundInnen oder KonsumentInnen gäbe, der sich in freier Wahl ökonomisch-rational für und gegen bestimmte Bildungsinvestitionen entscheidet, lässt sich nicht halten. Studien über Bildungverhalten in drei Londoner Schulbezirken nach den Thatcher-Reformen 1988 haben deutlich gemacht, dass der Prozess der Auswahl einer Schule geprägt ist von den sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebensbedingungen der Eltern. Für die Schulwahl ist dabei von besonderer Bedeutung, welche Vorstellungen Eltern von einer guten Schule haben, wie sie Mobilität bewerten und ob sie gegebenenfalls für den Besuch entfernter liegender Schulen über die entsprechenden notwendigen finanziellen Mittel verfügen, in welchem Maße der Schulbesuch in die innerfamiliäre Arbeitsteilung eingepasst werden

kann, welchen biographischen Planungshorizont die Eltern mit dem Schulbesuch ihrer Kinder verbinden, und vor allem, über welche kulturellen Kapazitäten, die bei der Schulwahl notwendig sind, sie verfügen. Bereits vorhandene Ungleichheiten der Lebenslagen werden dadurch reproduziert und verstärkt. Nicht dass die Reproduktion ungleicher sozialer Lebenschancen durch das Schulsystem neu wäre: Aber statt Chancengleichheit zu fördern, verschärft die Organisation von staatlich regulierten Quasi-Bildungsmärkten die soziale Selektion durch die Schule und damit die gesellschaftliche Ungleichheit.

2. Die Vorstellung, Wettbewerb und lokales Management sei ein universelles Mittel zur Steigerung von Leistung, mag für die industrielle Produktion oder einzelne Lebensbereiche gelten – sie stimmt nicht für Institutionen, die Bildungsprozesse organisieren. Die internen Prozesse der Schule basieren zu einem großen Teil auf interpersonellen Beziehungen, in denen u.a. die Verfügbarkeit von Zeit und die Berücksichtigung sozialer und kultureller Orientierungen der Lernenden eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen von Lernprozessen darstellt. Die Organisation von Wettbewerb zwischen Schulen und die Verknüpfung von zur Verfügung gestellten Ressourcen mit in Test und Prüfungen gemessenen Leistungen mag die Anhäufung reproduzierbaren Wissens optimieren – aber auch da formuliert die internationale Bildungsforschung Zweifel: Ein Beitrag zur besseren Vermittlung heute gesellschaftlich notwendiger Kompetenzen stellen Wettbewerb und Standardisierung mit Sicherheit nicht dar.

3. Im Kontext der Verbetriebswirtschaftlichung von Bildungsinstitutionen wird die Qualität von Bildung zunehmend unter Gesichtspunkten der verbesserten Effizienz verstanden – vor allem im Hinblick auf Fachleistungen (wie bei der PISA-Studie). Aber selbst die Vorstellung, die Schule würde durch Wettbewerb und betriebswirtschaftliche Rechnungslegung besser, d.h. meistens gebraucht im Sinne von effektiver, hält nicht nur den empirischen Analysen der Bildungsforschung nicht stand (s.o.), sondern unterstellt gesicherte Grundlagen und Ergebnisse der Schulforschung, die so nicht gegeben sind. Die »school-effectiveness«-Forschung in den angelsächsischen Ländern hat eine ganze Reihe von Faktoren bei als effektiv definierten Schulen festgestellt, wie z.B. Schulgröße, Konsistenz von Lehrerverhalten, positive Leistungserwartung, bestimmtes und kooperatives Schulleiterverhalten etc. (15) Aber die Gewichtung der Faktoren, ihr spezielles Wirken und ihr Zusammenspiel sind alles andere als klar. Völlig unklar sind auch die Prozesse des Transfers: Wie kommt man eigentlich zu dem Ergebnis »effektive Schule«?

Die Diskussion über Neue Verwaltungssteuerung und Qualitätssicherung wird bestimmt von der unausgesprochenen Annahme, dass die effektive Schule auch die gute Schule ist. Dies ist sie bestenfalls unter dem Gesichtspunkt der kostengünstigen Ressourcennutzung. Die Kosten-Leistungs-Rechnung gibt aber keine Auskunft auf die Frage nach der »guten Schule«.

Bei einer Diskussion über die gute Schule und deren Qualität stünden Fragen nach dem Beitrag der Schule zur Bewältigung zukünftiger Lebenssituationen im Mittelpunkt, nach den zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen notwendigen Schlüsselqualifikationen (O. Negt), nach ihrem Beitrag zur Selbst- und Weiterkenntnis oder etwa nach ihrem Beitrag zur Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheit. Das gegenwärtig augenfällige Ignorieren der Frage nach dem Beitrag der Schule zur Reproduktion bzw. Minderung gesellschaftlicher Ungleichheit kommt einer unausgesprochenen Zustimmung zur deren Permanenz gleich.

6. Rationalisierung und Privatisierung

Gegenwärtig sind zwei zentrale Entwicklungen zu beobachten, die das Bildungswesen verändern werden:

- eine Rationalisierung und Effizienzorientierung zum Zweck der Kostenreduzierung; die Mittel dazu sind – wie oben beschrieben – Dezentralisierung und Einführung teil-autonomer Institutionen, Wettbewerb, Ergebnisorientierung, Produktkennziffern (Indikatoren) und Neue Verwaltungssteuerung (NVS). PISA ist ein willkommenes Mittel, um den gesellschaftlichen Druck zu erhöhen, die weiter oben beschriebenen »Blockaden« zur Modernisierung zu beheben.
- Eine Privatisierung, deren Grenzen mit Hilfe der WTO bzw. des GATS erweitert werden über die von den europäischen Binnenmarktregelungen eröffneten Möglichkeiten hinaus.

Hier ist nicht die Zeit und der Platz, auf PISA und GATS im Einzelnen einzugehen. (16) Beiden Projekten gemeinsam ist die zentrale Bedeutung von Produktkennziffern, zum einen für die Einführung der NVS und von Evaluationen und zum anderen für das Kontraktmanagement zwischen Einzelinstitution (oder privatem Träger) und zentraler Behörde im Rahmen der Privatisierung. Dieser zentrale Stellenwert von Indikatoren ist Ausdruck nicht nur der zunehmenden Bedeutung der Humankapitaltheorie und deren Instrument der Ertragsrechnung, sondern auch der sich abzeichnenden Verschiebung im Verständnis von Qualität von Bildungsprozessen: Mit der Bestimmung von Qualität als Effizienz

und deren quantitativ messbaren Indikatoren werden Bildungsziele jenseits der Messbarkeit (17) marginalisiert.

Die gegenwärtigen von der EU-Kommission im Namen der EU-Staaten geführten GATS-Verhandlungen über eine weitergehende Liberalisierung von Dienstleistungen, auch im Bildungsbereich, sollen im Rahmen der WTO und der Europäischen Union diesen oben beschriebenen Prozess der Verbetriebswirtschaftlichung weiter vorantreiben. Wer diesen Entwicklungen Einhalt gebieten möchte, muss sich in die auf nationaler und internationaler Ebene in Gang gekommenen Bewegungen gegen die (zunehmende) Privatisierung von Bildung einschalten.

Abschließend könnte man die These formulieren, dass das objektive Ziel des Paradigmenwechsels in der Bildungspolitik darin zu sehen ist, die Phase der auf größere Expansion und Chancengleichheit abzielenden Bildungsreform endgültig zu beenden und einer Kosten-senkenden bzw. -verlagernden Rationalisierung und Privatisierung Vorrang einzuräumen. Rationalisierung und Privatisierung, Wettbewerb und einzelinstitutionelle Effizienz sind Elemente einer institutionellen Oberfläche, hinter der sich ein neuer »common sense« von dem herausbildet, was im Rahmen von Bildungsprozessen für wichtig erachtet wird. Hinter dem Schleier von Rationalität werden deutlich sichtbar Werte eines Sozialdarwinismus, der unter der Losung von »Autonomie und Eigenverantwortung« den TeilnehmerInnen am Markt – sei es dem Einzelnen (Eltern/Schüler) oder der einzelnen (teil-)autonomen Bildungsinstitution – die alleinige Verantwortung über Erfolg und Versagen zuschreibt. Diese Verantwortung des/der Einzelnen für ihre/seine »employability« (Beschäftigungsfähigkeit) und die sie begleitenden Kompetenzen äußert sich auch in der Forderung nach »lebenslangem Lernen«.

** Zuerst erschienen in express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Teil I und II, in Nr. 9 und 10/02*

Anmerkungen:

- (1) Leys, Colin: »Market-driven Politics. Neoliberal Democracy and the public interest«, London 2001, S. 26
- (2) Vgl. dazu Levin, Henry: »The Dilemma of Comprehensive Secondary School Reforms in Western Europe«, in: Comparative Education Review, 1978, Vol. 22
- (3) Vgl. dazu Block, Rainer/Klemm, Klaus: »Lohnt sich Schule?« Hamburg 1997
- (4) Zur gegenwärtigen Situation der Restrukturierung vgl. ausführlicher: Klausenitzer, Jürgen: »Altes und Neues – Anmerkungen zur Diskussion über die gegenwärtige Restrukturierung des deutschen Bildungswesens«, in: Widersprüche 1/02
- (5) Dale, Robert: »Specifying globalization effects on national

- policy: a focus on the mechanisms«, in: Journal for Education Policy, 1999, Vol. 14, No. 1, 1-17
- (6) OECD: »Bildungspolitische Analysen«, Paris 2001
- (7) Vgl. dazu Balanyá, Belén, et al.: »Europe Inc. – Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power«, London 2000
- (8) Vgl. dazu Williamson, John: »Democracy and the Washington Consensus«, in: World Development 21 (1993), 8, S. 1332f.
- (9) Vgl. dazu OECD: »Governance in Transition«, Paris 1995
- (10) Zur gegenwärtigen Situation der Restrukturierung vgl. FN 4; Bennhold, Martin: »Die Bertelsmann-Stiftung, das CHE und die Hochschulreform«, in: Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer (Hrsg.): »Die verkaufte Bildung«, Opladen 2002
- (11) Whitty, Geoff/Power, Sally/Halpin, David: »Devolution and Choice in Education – The School, the State and the Market«, Open University Press, Buckingham 1998.
- (12) Weiß, Manfred: »Privatisierung im Bildungsbereich«, in: Radtke, Frank-Olaf/Weiß, Manfred: »Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit«, Opladen 2000, S. 49.
- (13) Vgl. Levin, Henry: »The Public-Private Nexus in Education«, unveröff. Ms., 1999.
- (14) Weiler, Hans N.: »Control Versus Legitimation, The Politics of Ambivalence«, in: Hannaway, Jane/Carnoy, Martin: »Decentralization and School Improvement«, 1993, S. 55-83
- (15) Vgl. z.B.: Reynolds, David: »School Effectiveness and School Improvement: An Updated review of the British Literature«, in: Reynolds, D. / Cuttance, P.: »School Effectiveness: Research, Policy and Practice«, 1992; Thrupp, Martin: »Sociological and Political Concerns about School Effectiveness Research: Time for a New Research Agenda«, in: School Effectiveness and School Improvement, Vol. 12, 2001, No. 1, pp. 7-40
- (16) Vgl. dazu FN 3 in Teil I; Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph: »GATS 2000 – Handelspolitische Weichenstellung für die Bildung«, in: Widersprüche 1/02
- (17) Vgl. etwa Negts Schlüsselqualifikationen, in: Negt, Oskar: »Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche«, Göttingen, 1997.

FORUM DREI: SOZIALE RECHTE UND LEGALISIERUNG

Zum Begriff „soziale Rechte“ hatten radikale Linke über Jahrzehnte ein eher zwiespältiges Verhältnis. Natürlich war niemand dagegen, Rechte zu haben, auch waren Linke immer für die Erweiterung gegebener und die Durchsetzung neuer Rechte. Der Kampf um Rechte aber stand stets im Verdacht der reformistischen Beschränkung, denn Rechte waren und sind eine Einrichtung des bürgerlichen Staates und Gesellschaft, um deren Abschaffung es der radikalen Linken ging (und geht). Bei allen Unterschieden ziel(t)en Kommunismus wie Anarchismus zuletzt auf die Rücknahme des Staates und damit auch des formellen Rechts. Bis dahin unterhält man ein taktisches Verhältnis hierzu, bezieht sich darauf, wo Kämpfe um Rechte zu mobilisieren sind, setzt sich davon ab, wo es gilt, „geltendes“ Recht zu brechen und zu überschreiten.

Im Kern ist das auch heute noch richtig, und doch hat sich einiges geändert. Das resultiert zum einen aus der zum Teil traumatischen Erfahrung des Unrechts, das die Linke des 20. Jahrhunderts zu verantworten hat, die dazu auf die Gewalt eigener Staatsapparate zurückgreifen konnte. Auch deshalb ist Linken heute nicht mehr so umstandslos klar, was „nach“ der bürgerlichen Gesellschaft, ihrem Staat und dessen Rechtsordnung kommen wird. In dieser strukturellen Ungewissheit kann ein radikaler Begriff sozialer Rechte auf emanzipative Vorstellungen gesellschaftlicher Verhältnisse verweisen, um deren Verwirklichung es Linken geht.

Die Veränderung im linken Verhältnis zum Recht resultiert aber auch aus der fortschreitenden Liquidation errungener Rechte unter dem Regime neoliberaler Politik. Dieses produziert systematisch Ungleichheit und begründet dies in einer Mischung aus zynisch entfesseltem Konkurrenzindividualismus und pflichtethisch aufgeladenem Standortnationalismus: Rechte hat, wer sie sich gegen andere als Vorrecht zu sichern weiß und dabei den Pflichten nachkommt, die Staat und Kapital zwar unterschiedlich verteilen, doch letztlich allen abverlangen. Wo sich dagegen Widerstand regt, werden (noch) geltende Rechte verteidigt oder erweiterte Rechte eingefordert. In beiden Fällen sind Linke zum Handeln aufgerufen, nicht zuletzt, um dabei Illusionen über bürgerliches Recht zu zerstreuen, die in Illusionen über den bürgerlichen Staat ihren Ursprung haben.

Erschwert wird jene Form der Intervention, weil sich auch herrschende Ideologie aufs Recht beruft: Imperiale Militärinterventionen, mit denen der Fortgang kapitalistischer Globalisierung gesichert und „Weltordnung“ geschaffen werden soll, erfolgen im Namen universeller Menschenrechte. Letztere werden gleichermaßen mit Füßen getreten, wenn es um das Recht von Nationalstaaten, des Marktes und der Börse auf störungsfreie Abläufe geht. Dafür werden all jene ausgegrenzt, die nicht dazugehören: MigrantInnen, Sozialschmarotzer, widerspenstige Arbeitskraft, TrägerInnen gefährlicher Viren, Kriminelle, Subversive, kurz: unproduktives und gefährliches Leben.

Wo also anfangen im Kampf ums Recht und um Rechte? Selbstverständlich können Linke von der Verteidigung geltender Rechte nicht ablassen, wenn diese von Staat und Kapital aufs Spiel gesetzt werden. Doch hat erfahrungsgemäß den Kampf schon verloren, wer sich auf die Defensive beschränkt. Und selbstverständlich bleibt die geltende Rechtsordnung auch unter neoliberalen Druck das, was sie war: ideologischer Ausdruck des fordistischen Klassenkompromisses. Folglich beginnt linker Kampf ums Recht erst dort, wo neue Rechte gefordert werden, die über geltendes Recht hinausgehen und das Feld eines sozialen Kampfes eröffnen, dessen Ausgang noch ungewiss ist.

Ein Beispiel dafür ist der Kampf der MigrantInnen um ein Recht auf Legalisierung ihres Aufenthalts. In diesem Kampf wird nicht nur ein Recht eingefordert, das einige „von Geburt wegen“ haben, sondern ein Recht, das die bisherige Rechtsordnung überschreitet. Denn hier geht es um die Transnationalisierung des Rechts, die unabhängig von der Herkunft jedeN am Ort des Aufenthalts zur TrägerIn sozialer Rechte macht. Dabei macht das Wörtchen „Recht auf...“ einen entscheidenden Unterschied zu Bleiberechtsforderungen, denn es geht um das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts, das die nicht in Anspruch nehmen müssen, die Gründe haben, es nicht zu tun. Zum ändern aber ist die Einforderung eines solchen formalen, d.h. vom Staat garantierten Rechts nur möglich, weil die, die es fordern, sich ihr Recht auf freien Aufenthalt am Ort ihrer Wahl schon genommen haben. Diese mannigfachen Aneignungsstrategien „von unten“ sind die Voraussetzung des Kampfs um formelle Anerkennung „von oben“ – dann aber ist der Unterschied von reformistischer Anerkennungs- und revolutionärer Aneignungspolitik, von Politik im Staat und Politik gegen den Staat schon überschritten.

Diese Bewegung findet auch anderswo im Kampf um die nachträgliche Anerkennung „illegaler“ Landnahmen oder Hausbesetzungen, aber auch in der aktuellen Streikbewegung der französischen KulturarbeiterInnen statt. Sie verteidigen nicht nur die gesetzlich garantierte Absicherung ihrer befristeten Arbeitsverhältnisse, sondern zugleich ein Recht, das sie sich individuell längst genommen haben: das Recht auf Ablehnung eines „Normalarbeitsverhältnisses“, d.h. das Recht auf einen – sozial abgesicherten – Wechsel von Zeiten der Lohnarbeit und der Nicht-Lohnarbeit. Einen branchenspezifischen Reformismus haben die KulturarbeiterInnen in dem Augenblick überschritten, in dem sie dies ausdrücklich zum Recht aller Prekarisierten erhoben und damit eine Option betonen, welche die neoliberalen Verhältnisse zum Tanzen bringen kann. Dann jedenfalls, wenn andere sie zu ihrer eigenen machen und dort beginnen, wo alles anfängt: in der Weigerung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen, die Staat und Kapital durchzusetzen suchen, und zu versuchen, hier und jetzt andere Verhältnisse zu schaffen. Für Linke versteht sich das von selbst, nicht nur aus distanzierter strategischer Reflexion, sondern aus existenzieller eigener Betroffenheit. Oder?

Alles für alle – und zwar umsonst

Aneignung und Praxis der Umsonst-Kampagnen

von Berlin Umsonst

1. Vorlauf zur Kampagne

Die Kampagne »Berlin umsonst« tritt seit dem 1. Mai 2003 öffentlich auf. Die ursprüngliche Initiative zu den ersten Kampagnentreffen ging von der AG Sozialer Widerstand von FeS aus, die die Kampagnenidee als Konsequenz ihrer Politik des letzten Jahres begriff. Im folgenden soll kurz skizziert werden, welche Praxis und welche theoretischen Überlegungen den Hintergrund für die ursprüngliche Kampagnenidee bildeten.

1.1 Stadtpolitischer Ansatz

Die AG Sozialer Widerstand hatte sich entschieden, ihre Politik in einem lokalen, stadtpolitischen Rahmen zu entwickeln. Hintergrund war die Überlegung, dass einerseits die Auswirkungen von Umstrukturierung und Abbau des Sozialstaates lokal spürbar sind (z.B. in Form von erhöhten Kita-Gebühren etc.) und andererseits auch Einkommensverluste und Preissteigerungen sich lokal und im Alltag bemerkbar machen würden (dadurch, dass vieles, was zu einem guten Leben gehört, unerschwinglich wird).

1.2 Der Soziale Ratschlag

Ende 2002 gab es in Berlin den Sozialen Ratschlag: einen Versuch, mit einem Vernetzungstreffen die verschiedenen AktivistInnen und/oder Betroffenen an einen Tisch zu bekommen und die sehr sporadisch und vereinzelt beginnenden Kämpfe zu bündeln. Spaltungen aufgrund von Partikularforderungen sollten so überwunden werden. Die AG Sozialer

Widerstand hat sich an diesem Versuch beteiligt. Die Vernetzung scheiterte aus unserer Sicht aus mehreren Gründen. Eine gemeinsame Praxis des Sozialen Ratschlags konnte nicht entwickelt werden. Die Betroffeneninitiativen, die sich Unterstützung für ihre Kämpfe erhofft hatten, blieben weg. Die übriggebliebenen linken Gruppen und Einzelpersonen verbrachten ihre Zeit damit, von einem Koordinierungstreffen zum nächsten zu rennen, ohne Zeit zu haben, selber praktisch aktiv zu werden. Der Ratschlag war schnell ein klassisches im eigenen Saft schmorendes Funktionärstreffen geworden.

2. Eckpunkte für eine eigene Praxis

Vor diesem Hintergrund kamen wir zu der Überzeugung, dass wir als Linksradike zuerst versuchen müssten, selber eine Praxis des sozialen Widerstands zu entwickeln, die dann auch in Vernetzungen mit anderen eingebracht werden könnte. So eine Praxis sollte unserer Ansicht nach verschiedene Kriterien erfüllen:

2.1

Die Praxis sollte offensiv antikapitalistisch ausgerichtet sein, statt lediglich eine Verteidigung des Sozialstaates anzupeilen. Ausgangspunkt sind dabei die eigenen Bedürfnisse, die zusammengefasst als Anspruch auf ein „schönes Leben“ formuliert werden. Es geht darum selbst zu definieren was legitime Bedürfnisse sind, und sich dabei weder auf ehemals staatlich vorgegebene Sozialstandards, noch auf Vorstellungen eines Existenzminimums festlegen zu lassen. (Daher auch Aktionen zu Schwimmbädern, Kunst, Hochschulbildung.) Aneignungskämpfe sind so immer auch Kämpfe um die Aneignung von Definitionsmacht über den Umfang legitimer Bedürfnisse.

Dadurch, dass die kapitalistischen Zumutungen insgesamt, und nicht nur an einigen besonders schwerwiegenden Punkten zurückgewiesen werden, soll die Praxis die Spaltung in Einzelinteressen überwinden. Gleichzeitig wird damit im Gegensatz zu anderen, eher traditionell sozialdemokratischen Modellen eine prinzipielle Staatskritik zum Ausdruck gebracht.

2.2

Um das leisten zu können, muss unsere Praxis vor allem die vorherrschende Sachzwanglogik angreifen und Ansprüche an ein schönes Leben unabhängig von Standortfragen stellen. Vorstellungen über eine andere Gesellschaft müssen erstmal wieder denk- und diskutierbar werden. Unser Ansatzpunkt ist hierbei durch praktisches Eingreifen mit Aktionen in alltägliche Bereiche (wie zum Beispiel Schwimmen gehen oder U-Bahn fahren), neue Perspektiven zu eröffnen.

2.3

Mit dieser Praxis sollen Aktions- und Ausdrucksformen entwickelt werden, die über die linksradikale Szene hinaus wirken. Wir wollen möglichst an stattfindende individuelle Widerstandspraxen anknüpfen und sie durch kollektives und öffentliches Auftreten politisieren. Idealerweise entsteht dabei ein inhaltlicher Spannungsbogen, der die Grenzen des möglichen in der bestehenden Gesellschaft zeigt, und andererseits trotzdem nicht darauf verzichtet, sich jetzt, so weit es geht, das zu nehmen was nötig ist.

2.4

Vor allem waren und sind wir der Überzeugung, dass so eine Praxis nicht vollständig vorher theoretisch bestimmt werden kann. Viele Fragen stellen sich erst in der Praxis und können nur durch eine Reflektion von Praxis beantwortet werden. Insofern muss eine linksradikale soziale Praxis unserer Ansicht nach experimentell sein.

Mit der Praxis der Kampagne »Berlin umsonst« haben wir versucht uns an diesen Kriterien zu orientieren.

3. Beispiele aus der Kampagnenpraxis

3.1 Nulltariffahrten/Schwimmbad

Zu Beginn der Kampagne haben wir einige Aktionen im Bereich ÖPNV und Schwimmbad gemacht. Dabei sind wir demonstrativ umsonst U-Bahn gefah-

ren und haben dabei Flugblätter verteilt. Außerdem haben wir eine Fahrraddemo zu mehreren Schwimmbädern gemacht.

Gründe: Im Falle der Schwimmbaddemo hatte es schon im Sommer 2002 einige Aktionen an und in Schwimmbädern gegeben. Es bot sich für uns an dort anzuknüpfen, die begonnene Praxis weiterzuführen. Die Thematik der hohen Eintrittspreise hielten wir für günstig, weil sie gerade wieder erhöht wurden, und damit von einem gewissen Interesse ausgegangen werden konnte. Außerdem bietet sich ein relatives „Luxusgut“ wie ein Schwimmbadbesuch an, um die selbstbestimmte Definition legitimer Bedürfnisse zu demonstrieren. Nicht zuletzt existiert eine individuelle Praxis des Umsonst-Badens (übern Zaun klettern), an die wir politisch anschließen wollten.

Im Falle des ÖPNV war es ähnlich. Fahrpreiserhöhungen waren tagespolitisch im Gespräch und es gibt eine weit verbreitete Praxis des Umsonst-Fahrens. Mobilität gilt eher als Grundbedürfnis, so dass zwischen den beiden Aktionszielen die Spannbreite der Kampagne deutlich wird.

In beiden Fällen war unsere Hoffnung, durch die politische Intervention Kämpfe bei anderen von den Preissteigerungen Betroffenen anzustoßen.

Pros: In beiden Fällen (U-Bahn mehr als Schwimmbad) haben wir positive Reaktionen von Außenstehenden bei unseren Aktionen bekommen. D.h. die Bedürfnisse in den Bereichen existieren nicht nur in unseren Köpfen. (Stichwort: experimentelle Praxis!)

Im Falle der Aktionen zum Nulltarif gab es Monate später eine größere „Welle“ von Aktionen, an denen wir wenig beteiligt waren (s.u.). Das dieses Thema nochmal aufgegriffen wurde liegt an vielen Gründen, aber ein Teil davon war wohl auch, dass wir es wieder (szene-)öffentlich gemacht haben. (oder ist das übertrieben?)

Contras: Die Vorstellung, unmittelbar soziale Kämpfe auszulösen, hat sich im Nachhinein als Fehleinschätzung des Niveaus der sozialen Auseinandersetzungen in der Stadt herausgestellt. Wir haben das spontane Solidarisierungspotenzial „Unbeteiligter“ bei dem schwierig zu vermittelnden Schwimmbadthema überschätzt, im Falle der U-Bahn bot die Aktionsform (eine Gruppe verteilt Flugblätter) keine Möglichkeiten sich spontan anzuschließen.

In beiden Fällen hatten wir kein Konzept einer längerfristigen Beschäftigung mit dem Thema,

daher auch keine Möglichkeit vorhandenes Widerstandspotenzial zu wecken bzw. zu organisieren.

Als zweites wichtiges Problem für die Eigenmobilisierung (für Aktionen oder kontinuierliche Arbeit zur Thematik) hat sich die geringe eigene Betroffenheit herausgestellt, die eigentlich zentral sein sollte. Wenige von uns gehen ins Schwimmbad und die meisten haben Semestertickets.

3.2 BDA/Studistreik

Im November 2003, auf dem Höhepunkt des Berliner Unistreiks, fand eine Tagung des Bundesverbands der deutschen Arbeitgeber (BDA) statt. Diverse politische Größen waren als Gäste eingeladen, die alle auf die eine oder andere Weise am Soziabbau beteiligt sind, von CDU-Ministerpräsidenten bis zu hohen Gewerkschaftsfunktionären. Bei dieser Aktion hat »Berlin umsonst« im Vorfeld öffentlich dazu aufgerufen, das üppige Buffet abzuräumen.

Gründe: Wir hatten uns schon mit eigenen Transparenten auf den Studidemos und z.T. individuellem Engagement am Unistreik beteiligt. Mit der Aktion wollten wir den Protest radikalisieren und über die speziellen Unifragen (Kürzungen etc.) hinaus erweitern. Außerdem war es uns zu diesem Zeitpunkt wichtig, nach ÖPNV und Schwimmbädern privatwirtschaftliche Institutionen zu thematisieren. Daher haben wir nicht nur gegen Sozialabbau sondern auch für ein Aneignen des Buffets aufgerufen, was symbolisch für den Bereich (gutes) Essen stehen sollte.

Pros: Es gelang, auch für uns überraschend erfolgreich, an die bestehenden Unikämpfe anzuknüpfen und sie an einem Punkt zu radikalisieren, indem die Aktion den Fokus von einem reinen Abwehrkampf gegen die Kürzungen an den Unis auf die gesellschaftlichen Interessen hinter der neoliberalen Umstrukturierung der Unis zu lenkte.

Die Parole, sich das Buffet zu holen, war zwar vor allem symbolisch zu verstehen, gab der Aktion aber einen offensiven Charakter. Das unterschied sie von einer klassischen Protestkundgebung und hat bestimmt zur Attraktivität beigetragen. Es ist mit dieser Aktion auch zum ersten mal gelungen, größere Medienaufmerksamkeit zu bekommen, und bestimmte Kampagnenslogans wie z.B. „Alles für alle“ zu verbreiten.

Mehrere hundert Studis (mehrheitlich keine Linksradi-kalen) beteiligten sich an der Aktion, die eine starke

Eigendynamik entwickelte. Das führte zum Beispiel zu einer versuchten Erstürmung des Tagungshotels, Eierwürfen auf die Restaurantscheiben und einer längeren Spontandemo im Anschluss die den Charakter einer mobilen Straßenblockade hatte.

Contras: Auch wenn sich die Kampagne ausdrücklich nicht auf Grundbedürfnisse beschränkt, bleibt es zumindest ambivalent, Aktionen zu machen, die ein ausschließlich studentisches Klientel mobilisieren. Im konkreten Fall war uns allerdings wichtiger, dass Kämpfe stattfanden, an die wir anschließen konnten. Für eine allgemeine Praxis muss die Frage, für wessen Bedürfnisse und mit wem Aktionen gemacht werden in jedem Einzelfall diskutiert werden. Es besteht zumindest die Gefahr, längerfristig „elitäre“ Politik zu machen. Eine von vornherein richtige Strategie gibt es aber auch nicht.

Ansonsten gab es leider auch hier keine weitere kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema und keine Organisationsansätze um anpolitisierte Menschen (von denen es wohl verhältnismäßig viele gab) einzubinden.

3.3 MoMA umsonst

Bei dieser Aktion hat »Berlin umsonst« dazu aufgerufen, an einem Tag umsonst in die MoMA-Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie zu gehen. Im Vorfeld waren Plakate gedruckt worden, die bis auf den Text aussahen wie die MoMA-Eigenwerbung. Die Aktion wurde in einer Presseerklärung und Interviews vorher angekündigt. Die Medienarbeit war als entscheidender Teil der Aktion selbst geplant. Vor Ort sollte es dann Straßentheater-ähnliche kleine Aktionen geben. Das Gebäude wirklich mit Gewalt zu stürmen haben wir nie vorgehabt.

Gründe: Aufgrund der ausgestellten Kunstwerke und der massiven Eigenwerbung der Neuen Nationalgalerie gab es ein großes Medieninteresse für alles, was die MoMA-Ausstellung anging. Es war auch schon mehrfach über die langen Schlangen und die Eintrittspreise (10 EUR normal, 27 EUR VIP) berichtet worden, wenn auch nicht besonders kritisch. Es bot sich also eine gute Chance, das Label »Berlin umsonst« öffentlich weiter bekannt zu machen. Die Aktion fand im Rahmen der Mai-Steine-Kampagne zur Repolitisierung des 1.Mai in Berlin statt. In diesem Kontext wurden von anderen Gruppen einige Aktionen zum Thema ÖPNV gemacht. Uns kam es mit dem Thema Kunst vor allem darauf an, wieder der Hierarchisierung von Bedürfnissen entgegenzutreten, indem ein Anspruch auf freien Kunstgenuß

gestellt wurde: Ein Bereich, der gängigerweise als entbehrlicher Luxus gilt. Für viele von uns war es eine gute Möglichkeit, persönliche Bedürfnisse zum Ausgangspunkt einer politischen Aktion zu machen.

Pros: Unsere Erwartungen bezüglich des Medieninteresses haben sich mehr als bestätigt. Es ist uns gelungen sowohl im Vorfeld als auch nach der Aktion in den Medien präsent zu sein, wobei die Berichterstattung in fast allen Fällen inhaltlich orientiert und wohlwollend war. In mindestens einem Fernsehbeitrag wurde die Aktion auch in einem Atemzug mit einer Demo zur BVGZentrale genannt. Das kam unserer Absicht sehr entgegen, die Aktion als Teil eines allgemeinen sozialen Widerstands im Rahmen der Mai-Steine-Kampagne zu vermitteln.

Obwohl es vorher keine nennenswerten sozialen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet von Kunst oder Museen gab, ist uns eine gute Mobilisierung gelungen (paar hundert Leute, man ist ja bescheiden)

Contras: Die große öffentliche Aufmerksamkeit und der materielle Wert der Kunstwerke hatten auch den bisher größten Repressionsaufwand vor Ort zur Folge, mit dem wir bisher konfrontiert waren. Es war uns daher nicht möglich, vor Ort viel Aktionismus zu entfalten. Das wirft die Frage auf, welche Aktionsformen vor Ort angemessen sind, wenn der Großteil einer Aktion sich vorher in den Medien abspielt, und daher vor Ort mit massiver Polizeipräsenz zu rechnen ist.

Die Zielgruppe der Aktion ist denkbar klein, nämlich beschränkt auf die an moderner Kunst interessierten Menschen, was, mehr noch als beim BDA, die Frage nach einer möglicherweise elitären Ausrichtung der Aktion aufwirft. (Die Frage soll damit nicht schon beantwortet sein!)

4. Schlagwort Aneignung

4.1 „Geschichte“

Der Begriff „Aneignung“ hat im Zusammenhang mit der Kampagne »Berlin umsonst« eine gewisse Karriere hinter sich. Ursprünglich wurde er zur inhaltlichen Abgrenzung benutzt.

Es ging darum, den Unterschied deutlich zu machen zwischen dem eigenen Ansatz, der eine antikapitalistische Perspektive hat, und linkssozialdemokratischen Konzepten, die „machbare Alternativen“, wie Sozialpolitik aussehen sollte, vorschlagen wollen. Es entwickelten sich aber bald Diskussionen über Mög-

lichkeiten und Grenzen des Begriffs, die weit darüber hinausgingen.

Lassen sich Produktionsverhältnisse thematisieren?, Welche Ausschlüsse produziert der Begriff bzw. die damit verbundene Praxis?, Bringt er auf anderen Feldern linksradikaler Politik als dem sozialen Widerstand etwas?, ...

Die Diskussion über diese Fragen ist noch lange nicht abgeschlossen, ein Teil wird sicher heute in der Theorie Kleingruppe oder anderen Seminaren (z.B. der FelS Antira/Antifa-AG, Werbung) Thema sein.

4.2 Spannbreite des Begriffs

In diesem Input soll nur noch kurz skizziert werden, welche Spannbreite der Aneignungsbegriff in Bezug auf die Praxis im Rahmen der Kampagne hat. Das Schlagwort „Aneignung“ beschreibt ein Spannungsfeld zwischen zwei Seiten einer Praxis des sozialen Widerstands. Die beiden Seiten sind schwer auf einen Begriff zu bringen, sie werden hier vorläufig als **Intervention** und **Organisierung** vorgestellt.

4.3 Intervention

Auf der einen Seite bedeutet Aneignung die Aneignung von Denkräumen, von Definitionsmacht, und den Kampf um den Inhalt gesellschaftlicher Diskurse.

An eine allgemeine, meist mediale Öffentlichkeit gerichtete Aktionen sollen die Selbstverständlichkeiten in der Diskussion um die „soziale Frage“ in Frage stellen, und es möglich machen, wieder eigene Fragen und Antworten zu formulieren. Dazu gehört, selbst zu definieren, was zu den legitimen Bedürfnissen gehört, und nicht von staatlichen Stellen die Befriedigung unserer Bedürfnisse einzufordern, sondern sich kollektiv zu nehmen was uns zusteht. Dazu gehört aber auch mit den Aktionen die Grenzen des machbaren innerhalb kapitalistischer Verhältnisse auszuloten, um Diskussionen und Kämpfe um andere Verhältnisse anzustoßen.

4.4 Organisierung

Auf der anderen Seite bedeutet Aneignung, selbstorganisiert die Voraussetzungen für sozialen Widerstand und eine sozialrevolutionäre Praxis zu schaffen. Die Aneignung besteht in dem Fall darin, sich z.B. aus der Vereinzelung und Isolierung des sozialen Alltags heraus die Handlungsfähigkeit, Politik zu machen, (wieder-)anzueignen. Das bedeutet, Strukturen auf-

zubauen, die selbstorganisierten sozialen Widerstand kontinuierlich möglich machen. Aneignung ist so gesehen auch eine Organisierungsfrage.

Am Rande und in Klammern: Diese beiden Aspekte lassen sich nicht reduzieren auf die Fragen von symbolischer vs. materieller Aneignung, oder von Diskurspolitik vs. Praxis. Direkte Aneignungsaktionen wie U-Bahnfahrten ohne Ticket können hochsymbolisch sein, wenn sie als solche angekündigt und gemacht werden, und symbolische Aktionen können zum Ausgangspunkt einer Organisation werden, wenn kontinuierlich in dem Themenbereich weitergemacht wird.

Bisher hatte die Praxis von Berlin umsonst ihren Schwerpunkt im Bereich Intervention, der Selbstorganisationsgedanke ist immer zu kurz gekommen.

Arbeit ja - Ausbeutung nein!

Wie arbeitende Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika um ihre sozialen und ökonomischen Rechte kämpfen

Weltweit arbeiten nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ca. 350 Mio. Kinder. Seit den 80er Jahren verfügen diese Kinder in Lateinamerika, seit den 90ern auch in Afrika und Asien über eigene Organisationen und treten mit eigenen Vorstellungen und Forderungen an die Öffentlichkeit. Sie bestehen darauf, dass auch für Kinder soziale und ökonomische Rechte gelten. So wenden sie sich im Gegensatz zu gängigen Vorstellungen und zur Politik der ILO dagegen, Kindern die Arbeit zu verbieten, weil sie sich dadurch in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert sehen. Sie fordern stattdessen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, die ihre Würde wahren, ihre Gesundheit nicht gefährden und ihnen Zeit zum Spielen und für die Schule lassen. Statt die Kinder aus der Arbeitswelt auszuschließen, verlangen sie von den Regierungen und internationalen Organisationen, die Armut und krasse soziale Ungleichheit in ihren Ländern und zwischen Nord und Süd zu bekämpfen.

Die Organisationen arbeitender Kinder verlangen bessere Bildungsmöglichkeiten und kostenlosen Zugang zur Schule ebenso wie zu Gesundheitsdiensten. Sie bestehen darauf, öffentliche Räume wie Straßen und Plätze nutzen zu können, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und auf ihre Situation aufmerksam zu machen. In den Kinderrechten sehen sie nur leere Versprechungen, solange ihre Organisationen nicht anerkannt werden und sie keine Möglichkeit erhalten, in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, mitzubestimmen.

In einigen Ländern des Südens werden die Organisationen als legitime Vertretung der arbeitenden Kinder anerkannt. In manchen Städten – wie in Dakar (Senegal), La Paz (Bolivien) oder Lima (Peru) – haben Stadtverwaltungen und Regierungen mit den Kinderorganisationen Vereinbarungen über bessere Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, den Schutz vor polizeilichen Übergriffen oder kostenlose Krankenversorgung der arbeitenden Kinder getroffen. Ebenso gibt es vereinzelt Gewerkschaften, die die Organisationen der arbeitenden Kinder als Partner akzeptieren oder sie als Mitglieder aufnehmen.

In anderen Ländern werden die Organisationen der arbeitenden Kinder allerdings nicht gerne gesehen, ignoriert oder sogar als subversive Kräfte verdächtigt und diskriminiert. Dass Kinder politische Forderungen stellen, gilt als anrühlich und nicht kindgemäß. Demgegenüber verweisen die arbeitenden Kinder darauf, dass sie schon früh Verantwortung übernehmen und sich im Leben behaupten müssen und damit auch das Recht haben, im Leben mitreden zu können. Eine vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzte Kindheit, die dem Wohlwollen der Erwachsenen ausgeliefert ist, wollen diese Kinder nicht mehr.

Die Organisationen arbeitender Kinder verstehen sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegungen und sind dabei, sich zu einer weltumspannenden Bewegung zu vernetzen. Aus diesem Grund führen sie mit Unterstützung von ProNats vom 18. April bis 2. Mai 2004 in Berlin ein Treffen durch, an dem Delegierte aus 23 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas teilnehmen. Es steht unter dem Motto: „Ja zur Arbeit – Nein zur Ausbeutung. Wir sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung!“ Auf dem Workshop wird über dieses Treffen berichtet werden.

ProNats setzt sich ein: Für die differenzierte Bewertung der Kinderarbeit vor dem jeweiligen sozialen und kulturellen Hintergrund der Kinder. Gegen pauschale Verbote und Sanktionen in Sachen Kinderarbeit. Für die Mitsprache der Kinder bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen und Beschäftigungsalternativen, die ihnen zugute kommen. Gegen Ausbeutung, Ausgrenzung und Misshandlung arbeitender Kinder. Für die Anerkennung der Kinder als soziale Subjekte und für ein Hinterfragen der bürgerlichen Vorstellungen von Kindheit, die den Kontakt zur Arbeitswelt ausschließen. Gegen die Stigmatisierung der Kinder als Opfer.

ProNats – Initiativkreis gegen Ausbeutung und für die Stärkung arbeitender Kinder (www.pronats.de;)

Produktives Missverständnis

Eine Zwischenbilanz der Berliner Sozialforumsinitiative

von Dieter Hartmann

Was haben Berlin, Bombay, Oldenburg, Paris und Porto Alegre gemeinsam? Ein Sozialforum. Der Erfolg des Genova Social Forum 2001 hat auch in Deutschland zur Gründung lokaler bzw. regionaler Sozialforen geführt. Am Beispiel der „Initiative für ein Berliner Sozialforum“ werden Schwierigkeiten und Chancen skizziert, die sich bei der Übersetzung der Sozialforum-Idee aus einer internationalen Großkongress-Struktur auf eine kontinuierliche Arbeit vor Ort auf tun.

Anfang 2003 lud die „Initiative für ein Berliner Sozialforum“ (SFB) zum ersten öffentlichen Treffen ein. Die InitiatorInnen waren drei Hand voll Menschen mit meist langjährigen Erfahrungen innerhalb verschiedener Strömungen der außerparlamentarischen und parlamentarischen Linken Berlins: ältere und jüngere Autonome, Feministinnen, Ex-PDSlerInnen, Menschen von Fels. und Attac, GlobalisierungskritikerInnen und linke GewerkschafterInnen, sozialpolitische AktivistInnen und TrotzkiInnen.

Das letzte Berliner Bündnis, der „Soziale Ratschlag“ hatte sich zum Winter 2002 hin bereits auf die üblichen Verdächtigen verengt; ein mit viel Mühen vorbereiteter Aktionstag am 19.12.2002 war kaum auf Resonanz gestoßen. Die enorme Bewegungsschwäche der außerparlamentarischen Linken Berlins hat einen doppelten Hintergrund: Zum einen demonstriert Rot-Grün auf Bundesebene mit Kriegen, Hartz und Agenda 2010, dass es in Zeiten der (Verwertungs-)Krise keine Parteien, sondern nur noch „Patrioten“ (und „Parasiten am nationalen Wettbewerbsstaat“) gibt. Gleichzeitig entsorgt in Berlin Rot-Rot, die „linkeste“ aller nur denkbaren parlamentarischen Optionen, die Rest-Illusionen über den parlamentarischen Reformismus. Zurück bleibt eine wütend-hilflose Verzweiflung jener Bevölkerungsgruppen, die zum Objekt eines „Haushalts-Sanierung“ genannten Klassenkampfes von oben wurden; dies auch deshalb, weil die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu der „paradoxen Situation“ führte, „dass es noch nie so große Mehrheiten (gab), die nicht nur vom Gegensatz von Reich und Arm, sondern auch von Herrschenden und Beherrschten überzeugt waren“ (M. Dieckmann in ak 479).

Die strategische Grundüberzeugung der Initiative war es, dass die verbliebene Restlinke im Klima eines fast ungebremsen Durchmarschs neoliberaler Politik inhaltlich und strukturell neue Wege gehen müsse. Die chaotische Lebendigkeit des ESF in Florenz hatte einige der Beteiligten fasziniert. Aus kleineren Städten gab es positive Erfahrungen damit, ähnlich wie in Italien den Ansatz der WSF- und ESF-Strukturen auf die lokale Ebene zu übertragen.

Im Unterschied zum Weltsozialforum, dem europäischen ESF und den entstehenden nationalen Strukturen geht es auf lokaler Ebene um eine kontinuierliche Arbeit. Das hat Konsequenzen für die Zielsetzungen und Arbeitsweisen. Die allgemeinste Bestimmung, nämlich die Hegemonie des „neoliberal“ genannten Kapitalismus perspektivisch zu brechen, heißt für Berlin, zunächst einmal all die Menschen, Projekte und Organisationen wieder zusammenzubringen, die gesellschaftlich von einander isoliert und gegeneinander ausgespielt werden. Dabei geht es durchaus um Kontinuität und nicht nur um eine Demo oder Kampagne. Zusammengebracht werden müssen aber auch diejenigen Kräfte der Linken, die in langen Jahren zersplitterter Einigelung nur noch über, aber kaum mehr mit den anderen Strömungen geredet haben.

Die Initiative verständigte sich in einem längeren Prozess auf „Leitlinien der Zusammenarbeit“. (1) Es gab gezielte Anstrengungen, sowohl Stadtteilinitiativen, die eher der gesellschaftlichen Mitte zuzurechnen sind, als auch Initiativen „gesellschaftlicher Randgruppen“ für die Idee zu werben und das Spektrum bewusst zu verbreitern. Zumindest in Bezug auf Gewerkschaften und Verbände hatte das bisher kaum Erfolg. Auch linksradikale Gruppen hielten zunächst Distanz, teils aus Sorge vor der Übermacht reformistischer oder Parteisekten-Politik, teils um nicht von einem unreflektierten Scheitern eines Bündnisses blind ins nächste zu stolpern. Mittlerweile sind Menschen von FelS und Antifaschistische Linke Berlin (ALB) kontinuierlich vertreten, andere begnügen sich mit einem BeobachterInnenstatus.

Berlin ist nicht Porto Alegre

Die erste vom SFB mit initiierte Aktion war eine Demonstration am 1. Juni 2003 gegen den SPD-Parteitag, der die Agenda-2010-Pläne durchwinken sollte. Mit Ausnahme der Berliner IG B.A.U. und einiger lokaler Gewerkschaftsgliederungen blieben SFB und die am Demo-Bündnis beteiligten linken Gruppen unter sich. Dass die Initiative dennoch richtig war, zeigte dann die Demo gegen Sozialabbau und Agenda 2010 vom 1.11.2003. Dabei wurde fast das gesamte

SFB vom Erfolg der November-Demo überrascht. Die meisten hatten im Vorfeld darin wenig Sinn gesehen; nur einzelne aus dem trotzkistischen Spektrum hatten aktiv für die Demo geworben und auch die Vorbereitung mitgetragen.

Die nach dem 1. November mit den parallel einsetzenden StudentInnen-Protesten wachsende Dynamik führte im SFB zu erheblichen, teils positiven, teils destruktiven Verwerfungen. Die Beteiligung schwankt zwischen 40 und 80 Menschen, besteht etwa zur Hälfte Unorganisierte. Politisch umfasst das SFB in gewisser Weise die drei Hauptströmungen, wie sie auch auf internationaler Ebene vorzufinden sind: eine bewegungsorientiert-linksradikale Strömung, eine institutionell-reformerische sowie eine traditionell-kommunistische resp. trotzkistische.

Im Unterschied zur Mehrzahl der mittlerweile mehr als 30 deutschen lokalen Sozialforen ist die undogmatisch-linksradikale Strömung in Berlin gut vertreten. Sie hat massiv die Idee des „politischen Raums“ propagiert: Hektisches Wiederholen des immer gleichen Aktionismus sei perspektivlos, wenn nicht parallel ein wirklicher Diskussionsprozess zwischen den linken Strömungen forciert wird. Ein antagonistisches politisches Projekt müsse überhaupt erst neu buchstabiert werden, um perspektivisch die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus brechen zu können. Daraus folgte diese - SFB-intern auch „Bremsler“ genannte - Strömung, dass es notwendig sei, bewusst den Charakter als Akteur und politisches Subjekt in Berlin zu verweigern. Nur so ließe sich überhaupt der solidarische Streit zwischen politisch sehr heterogenen Gruppen, Menschen und deren Erfahrungen organisieren; nur so ließe sich die Diskussion einigermaßen freihalten von Streitigkeiten, die als Pawlowischer Reflex Toleranz und Klugheit in der Linken offenbar schlagartig ausschalten, sobald Demo-Aufrufe, Abschlusserklärungen, Solidaritätsadressen und SprecherInnenposten die Illusion von politischem Einfluss beflügeln und mittels halluzinierter (Definitions-)Macht zeitweilig über den Schmerz eigener Bedeutungslosigkeit hinwegzutrusten versprechen. Die auf Aktionen und Massenmobilisierung zielende Strömung der „Beschleuniger“ betonte demgegenüber die Verantwortung des SFB, dem nun endlich „von unten“ formulierten Protest eine Richtung zu geben. Welche das sein soll, blieb allerdings im Dunkeln.

Die zeitweilige Dynamik von Uni- und sozialer Protestbewegung von Erwerbslosen und GewerkschaftlerInnen offenbarte dann freilich, dass die Bestimmung als „politischer Raum für Austausch und Vernetzung“

nur für Versammlungen wie das WSF und ESF funktionieren kann. Ein lokales Sozialforum hingegen muss Wege finden, wie es selbst in soziale Konflikte in der Stadt interveniert. Es muss zumindest punktuell zum Akteur werden, mit einer gezielten interventionistischen Praxis, ohne die Fokussierung auf politische Klärung und Verständigung innerhalb der Linken einem tatsächlichen oder vermeintlichen Handlungsdruck zu opfern.

Kommunikation oder Kampagne?

Diese Verschiebung des Selbstverständnisses führte auch dazu, dass eine ganze Reihe von Menschen sich an der Vernetzung von Uni- und Sozialprotesten beteiligten; nicht weil sie eine ganz neue Qualität entdeckt oder dem Linksruck-Endlosband des „Wenn wir jetzt ...“ nun plötzlich Glauben geschenkt hätten, sondern zur Unterstützung derer, die sich an den Unis politisierten. Das neu gegründete „Berliner Sozialbündnis gegen Bildungs- und Sozialraub“ besetzte als traditionelles, mobilisierungsfähiges Kampagnenbündnis die Leerstelle, die das SFB mehrheitlich nicht einnehmen wollte.

Das SFB wird sein Verhältnis zu diesem Bündnis in der nächsten Zeit bestimmen müssen. Einige sind dort in unterschiedlicher Form eingebunden und haben wesentlich dazu beigetragen, dass Uni- und Sozialprotest sich verbal und teilweise auch praktisch verbunden haben. Die Belagerung des Abgeordnetenhauses anlässlich der ersten Haushaltslesung offenbarte jedoch auch die Defizite dieses Kampagnenbündnisses: Die Gewerkschaften sind weiterhin weder mobilisierungswillig noch -fähig. Ohne die Beteiligung der StudentInnen wäre ihre symbolische Blockade zur peinlichen Demonstration eigener Schwäche geworden. Weiter zeichnet sich der typische Bewegungsverlauf eines Kampagnenbündnisses ab: Die Notwendigkeit, sehr schnell in einer Kampagne reagieren zu müssen, führt zu verkürzten politischen Diskussionen und zu einer Verengung der Beteiligten und der Positionen durch die Dominanz organisierter Gruppen. Die notwendige Zusammenarbeit und Debatte mit GewerkschafterInnen läuft in Bündnissen immer Gefahr, von den traditionalistischen Gewerkschaftsapparaten erdrückt und instrumentalisiert oder von „Klassenkampf“-Rhetorik à la Linksruck und SAV faktisch verunmöglicht zu werden. Die geweckten Hoffnungen neu politisierter Menschen werden enttäuscht, sobald solch eine Kampagne erlahmt oder scheitert.

Das SFB hat jedoch durch die Existenz des „Berliner Sozialbündnis“ durchaus auch positiv einen

Klärungsdruck erfahren und den immer wieder selbst eingeforderten Diskussionsprozess intensiver begonnen. An Hand eines Texts von Grottian/Narr/Roth (2) wird die Skizze eines utopischen Realismus diskutiert; nicht als Programm, wohl aber als Bezugsrahmen, der Vermittlungen leistet zwischen konkreten Antworten auf die kapitalistische Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse und den Analysen klassenübergreifender gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen. Diskutiert wird im SFB, ob und wie es gelingen könnte, mit einem solchen radikalreformistischen Vorschlag der Gesellschaft eine Debatte um Alternativen aufzuzwingen. Es geht um die Verknüpfung von - vorläufigen - Gegenentwürfen zu Ausbeutung qua Lohnarbeit, Ausschluss von Erwerbsarbeit und Ausschließung (qua Geschlecht, Pass, Hautfarbe, Behinderung): Was sind öffentliche Güter? Wie verbindet eine Neudefinition sozialer Rechte die Kategorien Gerechtigkeit, Demokratie und Anerkennung? Fragen, die zur Zeit am konkreten Themenfeld Öffentlicher Verkehr in der Stadt - Recht auf Mobilität für Alle auch ganz praktisch bearbeitet werden.

Eine mittelfristige Perspektive des SFB wird sich daran entscheiden, ob es gelingt, eine Balance zu halten zwischen einem Ort der Vernetzung und Diskussion einerseits und einem Ausgangspunkt für praktische Intervention andererseits. Daneben wird es die Frage sein, ob das SFB eine Verbreiterung erreicht, die sowohl Tuchfühlung hält zu reformistischen Gruppen, als auch Initiativen der am stärksten marginalisierten Gruppen, MigrantInnen, Obdachlose, Prekarierte, integriert.

Anmerkungen:

- 1) nachzulesen auf der website des SFB: www.socialforum-berlin.org
- 2) „Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010“; er findet sich in einer langen und einer Kurzversion auf der SFB-website www.socialforum-berlin.org. vgl. auch J. Hirsch und H. Steinert: „Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur“ (AG links-netz)

Der Beitrag ist erschienen in ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 481 / 20.02.2004.

Existenzgeld

von Wolfram Otto und Dieter Koschek

Ausgehend vom Recht auf Rechte ist das Existenzgeld-Konzept zu verstehen unter dem Leitgedanken: Soziale Sicherheit ist Menschenrecht, das über das Recht auf Nahrung hinausgeht. Jeder nach seinen Bedürfnissen zu jeder Zeit. Erst die Bewußtwerdung des Rechtes auf individuelle und kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, des Rechtes auf ein sozial sicheres Leben schafft die Basis für dessen Umsetzung. Einem (Parteien-)Staat kann dieses Konzept nicht überlassen werden, insofern kann die politische Zielrichtung nur konsequent basisorientiert sein.

Die Existenzgeldkampagne hat als Zielsetzung einen gesamtgesellschaftlichen Bewußtwerdungsprozeß, wobei es nicht nur um Geld geht, sondern um ein anderes Gesellschaftsmodell wie auch die Frage, wie die gesellschaftliche Produktion und Verteilung organisiert werden muss. In der gegenwärtigen Zeit des fortschreitenden und immer stärker spürbaren Abbaus sozialer Sicherungssysteme muss die gesellschaftspolitische Diskussion über Grundsicherungsmodelle auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorangebracht werden.

Existenzgeld soll es für alle und in gleicher Höhe geben: Ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung bedeutet keine weitergehende Individualisierung sondern bietet die Basis für frei zu wählende Lebensformen und Lebensentwürfe freier Menschen. Es bewirkt eine notwendige Veränderung der alltäglichen Lebensverhältnisse z.B. beim Konsum und in sozialen Beziehungen.

Auch wenn das Konzept von den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen und steuerrechtlichen Gegebenheiten ausgeht (Ist-Zustand) und die individuellen Bedürfnisse (zunächst) über Geld befriedigt werden, bietet es den Ansatz, „soziale Infrastruktur“ zu integrieren, Krankenversorgung, ÖPNV usw. bis hin zu Wohnraum zu „verstaatlichen“ im Sinne von zu kollektivieren. Dem entsprechend ist dann die über Geldtransfer abzudeckende Bedarfshöhe zu ändern. Die Rolle des Staates ist beim Existenzgeldkonzept minimal, der Posten Finanzierung ist vom Staatshaushalt zu entkoppeln, die Auszahlung reine Formsache, Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Lediglich beim Eintreiben der „Take-half“-Abgabe (50% vom bisherigen Netto jeglicher Art von Einkommen, also auch Kapital- und Betriebseinkommen usw.) ist der Staat verstärkt in der Pflicht.

Durch die Höhe von z.Z. angedachten 800.- Euro plus angemessenen Wohnkosten werden die Reproduktionskosten im Marxschen Sinne abgedeckt. Insofern hebt sie die Erpressbarkeit von ArbeitnehmerInnen auf und steht insofern im Widerspruch zum kapitalistischen Staat. Dies bedeutet auch, dass die Höhe nach unten nicht verhandelbar sein darf - einzige Kriterien sind die Bedürfnisse und die Würde des Menschen. Insofern ist das Existenzgeld auch zu verstehen als konkrete Kampfansage an ein Gesellschaftssystem, in dem die Ausbeutung von Arbeitskraft, Arbeitslosigkeit und Armut die Stützpfiler des gesellschaftlichen Reichtums darstellen.

Die Einführung eines Existenzgeldes - aber auch schon die Diskussion darüber - öffnet die Tür für ein viel weitergehendes gesellschaftliches Konzept: Für eine Welt ohne Geld, denn erst wenn mensch etwas hat, kann er etwas aufgeben. Wir nennen es Ex-Geld.

Weitergehende Infos: www.existenzgeld.de

Was mache ich mit 800.- monatlich plus angemessener Wohnkosten?

Ohne Unterhaltspflicht, ohne Arbeitszwang, ohne Bedürftigkeitsprüfung aber mit 50% Abgabe auf Nettoeinkommen aller Art.

Ausgehend von dieser Frage werden die Bedürfnisse, bestehende politische Zusammenhänge und die Notwendigkeit der Veränderung diskutiert.

The claim for rights – the right for legalisation

Gesellschaft für Legalisierung

„Model Spain – let the foreigners in!” was the headline of Germany’s leftist daily newspaper “The taz” some weeks ago. The Taz was praising the latest plan by the new Social Democrats Spanish Government for a new round of regularisation. One Million “sin papeles” should get the chance to regularize their status. But the Taz wrote nothing about the ridiculous conditions governing this initiative. It omitted that the migrants sin papeles will have to show a one year employment contract in order to get a residence permit. Also the latest Italian regularisation law from November 2002 links residence permit and work. It demands migrants to provide evidence of social insurance for the last three months at least. If, as in most cases, the work was done irregularly then the employer could retroactively pay the social insurance in order to legalize the work contract. However, as employers are rarely charity organizations they later demand repayment from the employee. This in turn reinforces the dependence on the employer and hence results in even more precarious living conditions for migrants. As soon as the employer cancels the contract, the employee also loses her/his residence permit.

Against this background the Spanish movement „papeles para todos y todas” rejects the governmental plan of regularisation because of the institutional linking of a work contract and residence permit.

They occupied the cathedral of Barcelona with 200 people this summer demanding “papers and the same rights and obligations like everybody”. (www.barcelona.indymedia.org/newswire/display/120206/index.php).

Also in Italy numerous protests took place the last months criticizing the absurd conditions. First and foremost, the demands were advanced for separating the residency status from the labour contract demanding papers independent from the employee-employer relationship and independent from a work contract. The continuing actions - such as this year occupation of the Square Severine in Paris by 600 sans papiers – of the sans papiers movement in France which 5 years ago have forced the last government to enact a regularisation program demonstrate that the governmental regularisation laws are far too limited. As Andre Gorz said : „The right to have rights has to be

disconnected from ‘labour’. (...) We have to recognise that neither the right of income nor citizenship rights nor the development and identity formation can any longer be based on the exercise of a paid job. The task is to change society in this regard.”

However, the Taz is right in one thing. In contrast to Southern European immigration and transitmigration countries which periodically use regularisations as central instrument of their migration policy, Germany refuses any regularisation up to now. Even under the contemporary red-green coalition government only few speak about the need of regularization. Also the leftist movements in Germany rejected the claim for regularization in the last twenty years of anti-racist struggles with the argumentation that the demands for regularization is too state centred and too legalistic.

The Autonomy of migration

In contrast to the rhetoric of fortress Europe thousands of people daily transgress and infiltrate the external borders of the EU-Schengen Countries in search of happiness, work, and security. – quite often at the cost of illegalization and bodily and psychological damage. They practice what can be called ‘autonomy of migration’ – a social movement which can not be controlled by various state’s policies of sealing-off of borders and which cannot be reduced to economical cost-benefit calculations. These so called ‘irregular’ migrations – a genuine feature of the new European migration regime – are nowadays construed as one of the central targets of the migration policies of the EU and its member states. The official documents which are released at every EU summit demand to take an increasingly tough stance in the “fight against irregular migration”.

The most recent “Study on the connection between legal and illegal migration” (4.6.2004; KOM(2004)412) by the EU Commission even rejects the policy of regularization because in their view it does not lead to a reduction of the number of irregular migrants. Rather governmental regularization programs are seen as additional “pull-factors”: „The study firmly underscores the assumption that regularizations can not be interpreted as a possibility to control global migratory movements.” Hence, the study recommends a community based approach so as to “avoid large scale regularization programs of the member states.” As this example show, it is clear that on the issues of regularization, the common EU migration policy will once again follow the most restrictive model.

In spite of all these state attempts to restrict migratory movements migration takes and will take place every day. The only question is: under which conditions?! And here the claim for rights – the right to have rights – becomes relevant and gains not only political strength but also the potential for a general change of the basic mechanisms of capitalist societies organized in nation states. By transcending national borders migration challenges conventional notions of citizenship as well as national legal frameworks and opens up a new space for a practice of rights which reach far beyond the historically known constitutional settings.

The claim for rights translates the notion of autonomy of migration into a concrete political agenda. It reformulates the abstract demand for open borders by connecting it to the everyday life of migratory struggles of survival in Schengenland: the right to housing, education, health services, work etc.

Thereby the claim for rights does not concern only the *sans papiers*. The lack of rights marks the basic relationship of the European nation states to the social movement of migration in general. Gradually all migrants are affected by this lack of rights. In Germany, for example, also migrants who managed to get an un-restricted residence permit after many years of living in the country are endangered to suddenly lose it in case they apply for welfare aid or when they are convicted of a crime.

Regularisation is not enough!

Reaching for the unknown

Many leftists and anti-racists activists consider of little relevance a fight for rights because of the limits of the existing regularization policies. In contrast to this, at a recent European wide networking meeting in preparation of the ESF in London delegates from the movement of the *sans papiers* (France), of the *sin papeles* (Spain), of the *comitato immigranti* (Italy), and the association for the rights of legalisation and *kanak attak* (Germany) took a different stance of regularization policies on the basis of their experiences. Legalisation or regularization are not enough. However, without them the situation would be worse. The existing regularization policies open up more chances and spaces for our migratory daily lives and struggles. Precisely the limits of the regularization policies mark an endless space of struggles which edges can be constantly questioned and widened by regular and irregular means. Above all, these struggles open up the political and social realm to construct and nego-

tiate our political subjectivity. The regularizations are highly differentiated in regard to the rights they offer, their conditions and prerequisites. For example: Do they give only temporary or durable work and/or residence permits? Do they provide far-reaching social and political citizenship rights and the recognition of migrants as legal subjects?

The concurring believe was that these governmental procedures of regularization, however diverse they might be, have to be distinguished from the struggle for the right to have rights in its broadest sense. But there was quite a big confusion at the European networking meeting how this struggle should be called and how to name the essential claim. The confusion was not only because the notions of rights or citizenship have such a divergent history with different connotations in the different European countries but also because the aim is to transcend the historically known outcome of national or European citizenship rights. We have to think of something new – something between “cosmopolitan rights” and rights deriving from the residence. Since migration as a transnational movement transcends the historical formation of national societies, citizenship rights have to be transnationally redefined.

Proposal: Right of Legalisation

Two years ago the association for the right for legalisation was founded in Germany as a network of different migration related groups. The right of legalisation proposes a common horizon for the different migration and refugee related groups beyond the established division of work between them. But what should “the right of legalisation” mean in the broad sense of a struggle for the right to have rights?

The perspectives of citizens and migrants are structured by racism which in turn regulates the access and exclusion to resources. Migrants are constantly confronted with this situation and are struggling for the everyday necessities, which are not given to them as rights.

The right of legalisation takes up these daily mostly invisible, individualized and illegalized struggles and locates them in the core of the social and political agenda: who has the right to access social resources and political spaces ?!

Former nation state services and tasks are being taken over and redefined by trans- and multinational institutions. In this process of privatisation, transnational companies become gatekeepers of the access to education, medical care, labour markets, housing, and

public services. In transnational agreements such as MAI and GATTs, these companies try to fix their access as rights. Accordingly, the social claims and rights of citizens are hollowed out. The idea of collective protection of individual emancipation is opposed to the idea of society which is fixed in transnational agreements. Hence, the fight for the right to have rights has to be forged on a global level against the concepts of society brought forward by the transnational institutions and companies. To approach this matter from the perspective of migration and of those who are excluded from the existing legal frameworks of nation states broadens our glance – freed from nation state romanticism – on the contemporary political situation.

It is this perspective which allows to radically question the social and political rights laid down in the forthcoming constitution of the European Union. The connection between social and political rights on the one hand, and citizenship and the nation state on the other, is challenged when we take into account the global movement of migration and the processes of globalization. Everybody has to have the right to have all rights at her/his place of residence.

Dieser Beitrag ist in der Netzwerkzeitschrift "migration as a social movement" anlässlich des letzten ESF in London erschienen.

Undoing Gender

Refigurationen von Geschlecht in Sprache und Körper

von Kitty Herrmann (A.G. Gender-Killer)

Folgender Text besteht aus Auszügen meines Workshopvortrags „Undoing Gender“ auf dem Buko27. Er soll dazu dienen, die diskutierten Themen kurz übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. Die Sprechform ist daher durchgehend erhalten. Zugunsten von Didaktik und Pointierung sind einige Punkte schematisiert und vereinfacht und dürfen daher nicht als das letzte Wort genommen werden.

Mein Interesse gilt jenen Versuchen, die sich mit der Rekonstruktion unserer Geschlechtlichkeit beschäftigen. Ich spreche von Rekonstruktion und nicht von Dekonstruktion um deutlich zu machen, dass es mir nicht darum geht, die Konstruktion von Geschlecht zu analysieren. Und Rekonstruktion darf nicht so missverstanden werden, dass es darum geht, zu einem Zustand zurückzukehren in dem Geschlecht irgendwie „nicht“ oder „weniger“ konstruiert wäre, sondern es geht darum, eine Gegenkonstruktion einzuführen. Es geht um den Versuch souverän mit Konstruktion umzugehen, den Versuch selbst gestalterisch tätig zu werden, den Versuch einen Diskurs durch einen anderen zu ersetzen, den Versuch gängige Kategorien und Einteilungsmuster aufzusprengen.

Ich denke, dass sich verschiedene Themenschwerpunkte in Hinsicht auf eine Rekonstruktion unterscheiden lassen. Themen, die zwar alle zusammenhängen, jedoch für sich noch einmal spezieller zu untersuchende sind: Körper, sexuelle Praktiken, Habitus und Sprache. [...] Ich werde dafür argumentieren, dass der Habitus eine zentrale Rolle in der geschlechtlichen Aneignung spielt. Mein Schwerpunkt wird jedoch auf der Rolle sprachlicher Repräsentation liegen. Dafür möchte ich zunächst über die Bedeutung sprachlicher Repräsentationen im allgemeinen reden um dann ein paar Beispiele anzuführen, die sich mit Rekonstruktion und sprachlicher Repräsentation beschäftigen und abschließend will ich versuchen, Entwürfe zu skizzieren, wie momentan eine sinnvolle politische Perspektive in Bezug auf Sprache aussehen könnte.

Rekonstruktionen von Geschlecht

[...] Was ist Geschlecht und was gilt es anzueignen? Wir haben 3 Versuche gesehen, wie prominente Autorinnen versucht haben, der Zweigeschlechtlichkeit zu entkommen. Zentral waren dabei die Überwindung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses, des heterosexuellen Begehrens und der Zweigeschlechtlichkeit. Ich möchte nun vor allem an Monique Wittig und ihre Idee, Geschlecht als soziale Praxis zu denken, anknüpfen. Geschlecht als soziale Praxis zu verstehen heißt, Geschlecht als eine Reihe von Praktiken zu verstehen, die dem Körper mehr oder weniger innerlich und äußerlich sind. Es handelt sich um Praktiken, die mit dem Körper zusammengeschlossen sind und in diesem Sinn - und nur in diesem - hat unser Begriff von Geschlecht etwas mit dem Körper zu tun.

Geschlecht kann nicht einfach dadurch, dass es mit dem Bewusstsein durchschaut ist, abgelegt werden. Im Körper ist es weiterhin eingeschrieben und verankert, es kann nicht einfach gelöscht oder abgelöst werden, es haftet uns an. Geschlecht wird nicht einfach per Dekret oder durch Erkenntnis abgeschafft. Geschlechtlichkeit ist eine Fertigkeit die unser Körper durch langandauernde und wiederholende Prozesse und Rituale verinnerlicht hat. Die Art zu Sprechen, zu Essen, sich zu Schnäuzen oder zu Gestikulieren, die Art zu Sitzen, zu gehen, zu lachen, schamhaft zu Boden zu blicken oder durchdringend zu starren, den Körper zu halten, zu gestalten und zu pflegen sind keine Zufälligkeiten, sondern sie sind Spuren geschlechtlicher Einschreibung in den Körper. Ob ich kichere oder lauthals lache und vor allem über was ich das tue, ob ich breitbeinig und massig in der U-Bahn sitze oder verkreuzt und schwächling, ob ich jede Frau die einsteigt ansehe und abchecke, mir hingegen Männer gar nicht auffallen, ob ich mit voller Stimme oder mit erotischer „Hauchstimme“ spreche und ob ich eher das obere oder untere Spektrum meiner Stimme nutze, ob ich kreische oder brumme, das ist weder naturwüchsig noch beliebig. Es ist nichts über das ich nachdenke, es ist nichts das unbewusst geschieht, es ist vielmehr meine Art zu existieren, es sind Fertigkeiten, die ich beherrsche und die mein Körper von selbst vollzieht.

Es sind diese Praktiken mit denen Geschlecht hergestellt wird und die unseren Habitus bilden.

Der Habitus ist ein Konzept der frz. Soziologen Pierre Bourdieu, der damit versucht, vor allem eine Theorie des Alltags zu schaffen. D.h., er will nicht erklären was wir unter besonderen Umständen mit

unserem Bewusstsein zu leisten vermögen, sondern vielmehr, wie wir unser alltägliches Leben gestalten. Der Habitus vollzieht sich auf den Ebenen des Wahrnehmens, Denkens und Handelns. Diese drei Ebenen, so der entscheidende Punkt, sind unmittelbar zusammengeschlossen und nicht voneinander zu trennen. Wir nehmen nicht erst eine neutrale Menge von Daten wahr, verarbeiten diese dann und kommen in der Folge zu einer Handlung, die dem größten Nutzen verspricht. Statt einer solchen Trennung, so der Clou von Bourdieus Ansatz, müssen wir verstehen, dass diese drei Ebenen immer schon über unseren Körper zusammengeschlossen sind.

Um das deutlich zu machen, gibt es eine Reihe von Beispielen: Denken wir an eine Autofahrerin, die plötzlich einem Gegenstand auf der Straße ausweichen muss. Was hier geschieht, geschieht plötzlich. Auf die Wahrnehmung der Gefahr wird unmittelbar reagiert, ohne zu denken. Das Wahrnehmungsbild führt unmittelbar zu Handlung. Oder denken wir an eine Tennisspielerperson, die sieht, wie die Gegnerin den Ball schlägt. Aus dieser Wahrnehmung folgt unmittelbar ihre Reaktion, sie geht und stellt sich zum Ball, ohne nachzudenken, sondern aufgrund der Fertigkeiten, die sie gelernt hat, die in ihrem Körper als Bewegungen und Reaktionen aufgespeichert sind. Oder denken wir schließlich daran, ein Instrument zu spielen. Wer improvisiert oder an einem Geigenhals greift, tut das auch ohne nachzudenken, tut das, weil sein Körper mit dem Instrument eine Einheit bildet und wer improvisiert, der tut das, weil er ein Gespür für die Situation hat und nicht weil er einer Regel folgt.

Wir merken, dass wir hier leicht in eine esoterisches Vokabular kommen: Unmittelbarkeit, Gespür, Einheit. Das sind freilich problematische Begriffe, aber hier bezeichnen sie nichts dem Körper schon immer wesentlich eigenes, sondern etwas, das unser Körper gelernt hat - im Tennistraining, in der Fahrschule oder im Musikunterricht. Entscheidend ist für all diese Handlungen, dass sie auf einer körperlichen Fertigkeit beruhen und keine Bewusstseinsakte sind. Natürlich denken, handeln und nehmen wir Dinge bewusst wahr, wir knobeln manchmal sehr lange über Entscheidungen, wälzen Argumente hin und her und fällen letztlich einem Entschluss, doch darin erschöpft sich unser alltägliches Handeln bei weitem nicht. Unser Alltag zeichnet sich eben dadurch aus, dass wir nicht alles bewusst durchdenken, sonst wären wir ganz schnell handlungsunfähig, bei der Summe an Entscheidungen, die es beständig zu treffen gilt. Der Begriff des Habitus ist daher ein Begriff, der es uns möglich machen soll, unser *alltägliches* Verhalten und

In-der-Welt-Sein, unser praktisches Handeln und Begreifen aufzuklären.

Wenn wir Geschlecht allein als soziale Praxis und nicht als biologische Faktizität verstehen wollen, dann ist der Habitus das, was zu einem Grossteil unser Geschlecht ausmacht. Es gilt daher für unsere Geschlechtlichkeit, dasselbe was auch für unseren Habitus gilt:

(1) Der geschlechtliche Habitus ist eine *körperliche Fähigkeit*. Es handelt sich um eine Leistung, die wir mit Fertigkeiten wie Schwimmen oder Fahrradfahren vergleichen können, nicht explizites Wissen leitet diese Tätigkeiten, sondern ein körperliches Können, das aus unserer Eingebundenheit in die Welt entspringt. Der Habitus bringt dabei regelmäßige Verhaltensleistungen hervor, die sich zu einem einheitlichen System des Lebensstils zusammenschließen.

(2) Der Körper fungiert als *Speicher von vergeschlechtlichem Wissen*. Fähigkeiten, die in der Vergangenheit erlernt wurden, sind in ihm angesammelt und wirken in Form einer strukturierenden Potentialität fort. Wenn auch die Anwendungssituation nicht mehr der Lernsituation entspricht, vermögen wir das erlernte Wissen dennoch versiert anzubringen.

(3) Unsere Wahrnehmung ist durch bestimmte *geschlechtliche Ordnungsmuster* strukturiert. Was unser Körper erkennt und was ihn Handeln macht, ist eine Auswahl von Eigenschaften, die er als relevante Eigenschaften herauszufiltern gelernt hat. Das wir unsere Gesprächspartner nach Geschlecht, Alter, Hautfarbe und Status wahrnehmen, ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer Spielart, die Welt zu erzeugen. Diese Wahrnehmungsgdispositionen können auch gespürt werden, wenn sie sich in leibliche Emotionen wie Ängstlichkeit, Aggression, Scham oder Lust umsetzen.

Der Habitus strukturiert also was oder wie wir wahrnehmen. Was mich zum Lachen oder Weinen bringt, sind nicht neutrale Daten, die ich dann für lustig oder traurig befinde, sondern meine Wahrnehmung macht mich unmittelbar eines von beiden – und zwar auf eine geschlechtliche Weise, ob ich aus vollen Halse lospruste oder aufreizend den Kopf zur Seite lege, ob ich vor Lachen fast unter den Tisch falle, oder ob ich meinem Gegenüber dabei zärtlich in die Augen sehe sind verschiedene vergeschlechtlichte Existenzweisen. Was ich stark machen will ist, dass wir zunächst einmal immer voll und ganz als Geschlechter existieren.

Eine Arbeit am eigenen Geschlecht ist daher eine Arbeit am Körper, jedoch nicht in Form von Hormonen, sondern in Form einer Arbeit am Habitus. Diese Arbeit kann gut und gerne erst einmal bei ihrem Gegenteil anfangen – wer versucht als das andere Geschlecht durchzugehen, der wird bald merken wo es hakt, die wird bald merken wo und wie ihre Wahrnehmung geschlechtlich strukturiert ist, der wird die ganze nervige Geschlechtlichkeit samt Heterosexualität, die uns in Musik, Film, Bild oder Gespräch entgegenschlägt noch einmal anders erfahren. Es sind die kleinen, nicht die großen Dinge, in denen sich Geschlecht beständig wiederholt und herstellt. Diese Aneignung ist vor allem eine Sache der „Aufmerksamkeit“, es geht darum, dem Geschlecht auf die Spur zu kommen und seine umherschweifenden Codes zu identifizieren.

Zur Bedeutung sprachlicher Repräsentationen

Nachdem wir nun darüber gesprochen haben, was denn Geschlecht ist und wie eine Aneignung von Geschlecht aussehen kann, möchte ich nun auf eine weitere Ebene aufmerksam machen, und zwar: Wie kann die Geschlechtlichkeit, um deren Aneignung es im ersten Teil ging und die jenseits von Zweigeschlechtlichkeit liegt, sichtbar gemacht werden? Vor allem geht es mit darum zu zeigen, welche Rolle einer sprachlichen Repräsentation zukommt, wenn es darum geht, unser Geschlechtersystem aufzusprengen. Die angesprochenen habituellen Körperpraxen reichen dafür nicht aus, denn wie kann für eine Gruppe von Menschen Politik gemacht werden, wenn noch nicht einmal über sie gesprochen werden kann? Welche Rolle die Sprache als Mittel der Politik spielen kann, will ich im folgenden anhand einiger Beispiele erläutern. Ich will zeigen wie und warum um Sprache gekämpft wurde und werden sollte.

[...] Sprache ist nicht nur ein Mittel, durch das unsere Gedanken einfach nur *ausgedrückt* werden, aber das für unser Gedanken selbst unwesentlich ist, sondern: Sprache *ist* selbst das Denken, die Wörter sind die Gedanken. Es gibt einen Streit darüber, ob sich Sprache im Denken erschöpft, oder ob wir nicht auch anhand bestimmter Formen oder Töne wiedererkennen und denken können. Aber egal was das Ergebnis eines solchen Diskussion ist, es besteht, soweit ich weiß Einigkeit darüber, dass unser Denken vor allem durch Sprache funktioniert. Den Zusammenhang von Sprache und Denken, will ich kurz in drei Schritten darstellen:

(a) Das Standardbeispiel zur Illustration dieses Sachverhaltes sind die 20 Wörter für Schnee die es in der Inuit-Sprache gibt. Wir machen diese Unterscheidungen zwischen soundsoviel Arten von Schnee nicht, weil wir kein Wort dafür haben. Das heißt, wir nehmen wahrscheinlich schon wahr, dass es verschiedene Arten von Schneeflocken gibt, aber da sie sprachlich nicht ausdifferenziert sind, gehen wir nicht mit ihnen um, beziehen sie nicht in unser Denken mit ein, haben wir eine andere Art der Wahrnehmung für Schnee. Wenn wir kein Wort für eine bestimmte Art von Schnee haben, dann können wir nicht über diese bestimmte Art von Schnee reden und wir können keine Regeln oder Vereinbarungen an diese Art knüpfen, im Sinne von: bei der und der Art von Schnee verbiete ich dir rauszugehen und bei der und der Art fährt es sich gut Schlitten. Auf die Spitze getrieben können wir sagen, dass die restlichen 19 Sorten Schnee für uns nicht existieren. Was wir nicht sagen können, das existiert nicht. Und existieren hat hier einen sozialen Sinn. Natürlich existieren die Schneeflocken in einem materialen Sinn, ihre Atome sind da, aber gleichsam spielen sie in der Welt keine Rolle, was kurz gesagt heißt: sie existieren nicht.

Schlussfolgerung: Je nach dem welches Begriffsschema wir anlegen, existieren materielle Gegebenheiten auf verschieden Art und Weise.

(b) Diese Schlussfolgerung lässt sich aber auch umdrehen. Denken wir an den Begriff „Einhorn“. Niemand von uns hat je ein Einhorn gesehen, dennoch wissen wir alle ungefähr wie ein Einhorn aussieht und noch krasser formuliert: Obwohl es keine Einhörner gibt, existieren sie für uns, weil wir Repräsentationen für sie haben. Zum einen visuelle, aber zum anderen eben auch sprachliche. Unsere Sprache ist also auch in der Lage Dinge existieren zu lassen, die es in einem bestimmten Sinne nicht gibt, deutlicher wird das noch mal an solchen Begriffen wie „Freiheit“ und „Liebe“. Alles nur mentale Konzepte, die wir ohne eine sprachliche Repräsentation nicht so denken könnten wie wir es jetzt tun.

Schlussfolgerung: Sprache lässt Dinge existieren, die keine materielle Existenz haben.

(c) Sprache erlaubt uns aber nicht nur Dinge existieren zu lassen oder auch nicht, sondern sie erlaubt uns auch bestimmte Ordnungsmuster zu bilden. Da wir verschiedene Begriffe haben, lässt es unsere Sprache zumindest theoretisch zu, mit diesen unzählige Ordnungsmuster zu bilden, ungeachtet dessen wie sinnvoll sie sind. Diese Ordnungsmuster generieren sich, folgt person Foucault, nicht entlang von Kategorien wie Wahrheit, sondern entlang von Kategorien

der Macht, die es erlaubt Wissen und Wahrheit zu erzeugen. Das ist ja auch ein beständiges Thema der Wissenschaftskritik, zu zeigen, dass sich Wissen entlang von Machtlinien formiert.

Schlussfolgerung: Sprache hat die Fähigkeit Ordnungsmuster zu bilden. Durch diese Fähigkeit trägt sie zur Herstellung unserer sozialen Welt bei.

Da Sprache all diese Fähigkeiten hat und da jede Sprache ihr eigenes Begriffssystem besitzt, sagt person auch immer wieder, dass eine andere Sprache zu lernen bedeutet, zu lernen wie andere Personen die Welt sehen. Jede Sprache generiert ihre eigenen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster. Was in einem Begriffssystem daher durch ein einziges Wort existiert, kann im anderen vielleicht sogar mit vielen Begriffen nur ungenügend ausgedrückt werden.

[...] Nach diesen Erläuterungen über den Charakter der Sprache, möchte ich wieder auf das eingangs genannte Beispiel der Frauensprache zurückkommen. Die Debatte um „Frauensprache“ bezieht sich vor allem auf den Punkt, dass Sprache als Ordnungsmuster fungiert. Der Streit bezieht sich hier vor allem auf das „generische Maskulinum“, also darauf, dass männliche Personenbezeichnungen auch als verallgemeinernd für Frauen und Männer benutzt werden. [...] Verschiedene Versionen einer geschlechtergerechten Sprache, die auf diese Debatte hin entworfen wurden, sind folgende:

1. Die Legaldefinition:

Per Fußnote wird noch einmal deutlich gemacht, dass beide Geschlechter gemeint sind. Diese Position hat das Problem nicht verstanden. Sie wiederholt das Problem noch einmal, nur unter explizierter Angabe der Problemstellung

2. Die Random-Option:

Es wird versucht, das Geschlecht einmal weiblich, einmal männlich zu benutzen, so dass Geschlecht willkürlich und arbiträr erscheint. Das Problem ist, dass eine „Erbsenzählerei“ losgeht, wann was wo korrekt ist.

3. Umkehrung:

1991 wurde in der Hauptsatzung des Dorfes Hasloh die Form des generischen Maskulinum einfach umgedreht, das weibliche Geschlecht wurde zum universellen gemacht. Offiziell wird diese Form zumeist aus Gründen der „Gegendiskriminierung“ abgelehnt.

4. Die Behlert-Option:

Hier haben wir es mit dem Entwurf einer komplett neuen Grammatik zu tun. Alle Artikel werden weiblich, was große Vereinfachung zur Folge hat, da die Großzahl der Artikel im deutschen sowieso weiblich sind. Das männliche bekommt wie das weibliche auch eine Markierung, d.h. ein eigenes Suffix. (Arbeiteris). Für das allgemeine, das Männliche und Weibliche stehen dann drei Endungen zur Verfügung. Das Problem: Zu kompliziert

5. Die offizielle Version:

Mit dem Erlass der Bunderregierung 1993(?), der die Bundesministerien verpflichtet gleichberechtigte bzw. neutrale Geschlechtsbezeichnungen einzuführen, setzt sich dann die offizielle Version durch. Die offizielle Version, die sich in der Debatte um „Frauensprache“ durchgesetzt hat, ist in quasi allen öffentlichen Leitfäden und Merkblättern von Betrieben über Unis bis zu Ministerien die gleiche:

a) Paarformulierungen: Statt „Die Studenten“ „die Studenten und Studentinnen“.

b) Neutralisierung: Statt „die Lehrer“ „die Lehrenden“ oder „die Lehrkräfte“, „die Erwerbslosen“ oder „die Angehörigen“

c) Umformulierungen: Statt „Der Liebhaber ernster Musik...“ „Wer ernste Musik liebt...“ bzw. statt „Wir wünschen allen Freunden, Mitgliedern und Förderern ein...“ „Wir wünschen allen, die uns freundlich gesonnen sind...“ [...]

Neuentwürfe sprachlicher Repräsentationen

Im Gegensatz zur Frauensprache geht es jetzt nicht mehr darum eine Repräsentation zu finden, unter der die verschiedenen Geschlechter gleichermaßen repräsentiert sind, sondern es geht darum, eine Repräsentation zu schaffen die eigenständig und gleichberechtigt neben und nicht über der von Mann und Frau steht. Die Problemstellung hat sich also geändert, von der Frage, wie kann ich verschiedenes adäquat repräsentieren, hin zu dem Problem, die Sprache von ihrer Zweigeschlechtlichkeit zu befreien.

Ich habe bereits über die verschiedenen Funktionen gesprochen, die der Sprache zukommen: 1. Dinge auf verschiedene Weise existieren zu lassen. 2. Dinge existieren zu lassen, die materiell nicht existieren und 3. Ordnungsmuster zu bilden. Einen neuen sprachlichen Ort einzuführen bedeutet nun in Bezug auf

1., einmal ein materielles Ding anders existieren zu lassen - wie wenn wir nun plötzlich drei statt zwei Arten Schnee unterscheiden. Daraus folgt dann aber auch in Bezug auf 3., dass sich neue Ordnungsmuster und Zusammenhänge herstellen lassen. Konkret würde das heißen, dass mich eine sprachliche Vertretung in die Lage versetzt, für diese Gruppe spezifische Forderungen zu stellen oder auch Diskriminierungen auszudrücken. Mit einer sprachlichen Repräsentation bin ich auf einmal in der Lage Regeln, Bestimmungen, Grundsätze, Forderungen, Bedürfnisse und Ansprüche zu formulieren, wie es mir vorher nicht möglich war. Bisher hatten Menschen die sich nicht in der zweigeschlechtlichen Ordnung sahen nur die Möglichkeit, sich durch unser zweigeschlechtliches Sprachsystem ausgeschlossen zu sehen oder sich von ihm vereinnahmen zu lassen. Eine eigene sprachliche Repräsentation erlaubt es offensiv und selbstbewusst aufzutreten und nicht mehr mit Umschreibungen agieren zu müssen.

Eine sprachliche Vertretung erlaubt es mir über diese Menschengruppe in einer unkomplizierten Art zu reden, wie es vorher nicht möglich war – es erlaubt mir, so könnten wir sagen, in einer bestimmten Weise zur Existenz zu gelangen, wie es sie zuvor noch nicht gegeben hat. Weiter zugespitzt, könnten wir sagen, dass die sprachliche Vertretung eine Existenz gibt oder gar: sie ist die Existenz. Denn sie sichert mir zu, in Dokumenten, Berichten, Artikeln, Gesetzen, Verordnungen etc. vorzukommen. Also in die soziale Ordnung eingeschrieben zu werden. Und erst indem wir es geschafft haben, da zu stehen, so können wir sagen, existieren wir. Diese Art zu existieren kann uns nur die Sprache erlauben. Sprachpolitik muss daher als Teil einer queeren Genderpolitik begriffen werden.

[...] Eine Untersuchung von Pronomen, Nomen, Adjektiven und Artikel erlaubt die Formulierung alternativer Beispiele:

Bsp.: **Sie war eine gute Freundin**

Per war eini guti Freundini

Per war eina gute Freunda

Per war eine_r gute_r Freund_in

Per war eine gute Freundini

Per war ein gut Freundem

Per war eine gute Freund_in

Per war eine gute Freundperson

Was lässt sich aus den angeführten Optionen schließen? Welche Optionen können politisch aus den

angestellten Überlegungen folgen? Ich denke, dass sich die meisten Varianten von alleine erledigen, da sie sehr stark gegen das Sprachgefühl gehen und wohl nicht im geringsten eine Chance auf Durchsetzung haben dürften. Was für mich momentan übrig bleiben würde, wären folgende Möglichkeiten: Die Person-Option (**Per** war **eine gute Freundperson**) und die Gap-Option als minimale Variante der Schrift (**Per** war **eine gute Freund_in**).

Ich möchte nun abschließend skizzieren, was die Problemlagen sind, in die wir kommen, *wenn* wir uns für eine neue sprachliche Repräsentation entschieden haben. Es bleibt dann immer noch von Bedeutung, uns darüber zu verständigen, wie dieser Vorschlag eingesetzt werden soll. Für was sollen die neuen sprachlichen Repräsentationen stehen? Meiner Meinung nach gibt es vier Möglichkeiten:

(a) Ein neues Geschlecht

Wenn die neue sprachliche Repräsentation für ein neues Geschlecht stehen soll, dann ist natürlich die Frage, wie es dazu kommt, dass person dieses Geschlecht annimmt. Und damit wären wir schon mittendrin in einer schwierigen Gender-Diskussion, was denn nun eigentlich Geschlecht sei. Vielleicht wollen Intersexuelle die sprachliche Repräsentation gern über den Körper definiert haben, Transgender hingegen über das, was sie als Geschlecht aufführen und Transsexuelle haben vielleicht wieder andere Vorstellungen.

(b) Kein Geschlecht

Diese Option würde stark machen, die alten sprachlichen Repräsentationen fallen zu lassen und Geschlechtlichkeit ganz aus unserer Sprache zu bannen. Ob das hilfreich ist, ist fraglich, denn im finnischen z.B. gibt es nur „hän“, dort ist die Sprache ungeschlechtlich, dennoch aber sehen Geschlechterverhältnisse in Finnland leider auch so aus wie in Dtl. Sprache scheint nicht das richtige Mittel sein um Geschlecht zu neutralisieren. Denn die Technologien des Geschlechts sind viel mehr als Sprache, sie sind vor allem Praxis. Sprache würde in dieser Version nur verloren gehen, um Herrschaftsverhältnisse abzubilden.

(c) Praxeologische Umcodierung

Mit dieser Option würde die herrschende Codierung von Geschlecht angegriffen. Es würde nicht mehr nach Körpermerkmalen sortiert, sondern nach

Habitus und geschlechtlichen Techniken. Einige Menschen, die jetzt in die Kategorie Mann fallen, würden dann vielleicht als Frauen gelten und umgekehrt, oder sie würden in die „Mitte“ fallen, also dahin wo unsere neue Repräsentation ist, was heißen würde, dass sie irgendwo unentscheidbar zwischen den Techniken von Männlichkeit und Weiblichkeit sind. In die sprachliche Repräsentation wäre also immer noch eine Information eingelagert, diese bezieht sich nur nicht auf Körper, sondern auf Praktiken. Der Vorteil dieser Version wäre es, das die ganze Matrix der Geschlechter, inklusive Mann/Frau umcodiert werden würde.

(d) Die Dagegen-Option

Würden wir die sprachliche Repräsentation allein dadurch bestimmen, dass alle die sich hierunter versammeln, sich von der Zweigeschlechtlichkeit abkehren, dann würden wir die sprachliche Repräsentation offen halten und es könnten sich hier all diejenigen versammeln, die sich nicht männlich und weiblich verorten möchten. Damit ist ein weiter Raum eröffnet, der Intersexuelle, Tunten, butches, tomboys, drags und andere beinhaltet. Inhaltlich bedeutet das, dass es sich um eine Repräsentation handelt, die sich über ein „Nein“ zur herrschenden Geschlechterordnung definiert: „Wir sind nicht das, was ihr seid“.

Ich sehe die letzte Option als die politisch erfolgreichste und sinnvollste an, denke aber, dass sie drei Nachteile hat, der wir gewahr sein sollten:

1. Die herrschende Matrix wird nicht genügend angegriffen und zum Teil intakt gelassen. Ob person einer obsessiven Abfrage von Geschlechtlichkeit durch ein neues Pronomen entgehen kann ist fraglich. Dadurch allerdings, dass die Matrix nicht verschwindet, können Herrschaftsverhältnisse – und das ist ein großer Vorteil - auch noch benannt werden.

2. Die herrschende Definition von Geschlecht wird nicht in Frage gestellt, sondern allein in den Hintergrund gedrängt.

3. Was machen wir zum universellen Pronomen? Wenn wir die „Dagegen-Option“ wählen, dann benutzen wir die neuen Repräsentationen ja nur, wenn es sich um Personen handelt, die außerhalb des binären Schemas stehen wollen. Was aber wenn wir von einer Menge von Menschen reden? Dann stehen wir wieder vor ähnlichen Problemen wie mit dem generischen Maskulinum.

Some thoughts on continuity and change in the South

von Nicola Bullard (*Focus on the Global South*)

The neo-liberal economic policies of privatisation, liberalisation and deregulation are experienced in many countries of the South as a continuation of the imperialism and colonialism of the 19th and 20th century. These days, however debt, rather than direct occupation, is the instrument preferred by the capitalists and major powers to “economise” (and therefore neutralise and depoliticise) their domination over the South.

During the postwar era there was a brief break in the pattern of domination following the successful liberation struggles in many African and Asian countries. However this independence was short-lived. The debt crisis of the early 1980s once again relegated the debtor countries of the South to the status of second-class citizens, subject to the demands of the capitalists and financial institutions of the North. Although the colonial administrations were no longer physically present, their proxies in the shape of World Bank and IMF economists and technical advisers occupied the ministries of finance and trade and, from there, using the leverage of debt, re-shaped the Southern economies to the requirements of the Northern capital and transnational corporations. In many countries, national elites were seduced by neo-liberal thinking and today some of the staunchest advocates of the free market and financial liberalisation are technocrats from the South. Indeed, many of the World Bank’s and IMF’s “leading” economists are from developing countries, groomed in the elite universities of the US and Europe to serve the interests of the North.

In the context of the Cold War, countries which bucked the trend by ejecting dictatorial, corrupt and compliant governments or rejecting foreign interference (such as Nicaragua and Chile) found themselves brought sharply back into line by covert or overt US military interventions. Indeed, in much of the South, and especially in Latin America and Africa, there is a terrible, historical continuity to the devastation wrought by imperialist wars, colonial exploitation, debt-slavery, neo-liberalism and militarism.

Today, populations across the South are rejecting not only the neo-liberal policies of the international

financial institutions and the World Trade organisation, and the increasingly imperialist character of the global superpower, they are also confronting their own national elites who consistently put the demands of the market ahead of the interests of their citizens and ally themselves with the elites of the North.

This emerging tension was well illustrated by the response to the developing country trade grouping, the G20, which formed in the lead up to the 5th ministerial of the WTO in Cancun in September 2003 to challenge the dominance of the EU and the US and to assert a common position in the agriculture negotiations. China, India and Brazil are all members of the G20 and the whole group represents almost 60% of the world population, 70% of world’s farmers and 26 % of world trade in agriculture. Although agriculture was the main bone of contention in Cancun, the fact that these economies are competitive in many sectors and that they are important destinations for Northern capital, gives them real negotiating weight.

In Cancun, the G20 was demanding the elimination of export subsidies and access to the rich markets of the North for their competitively priced agricultural products. The EU and the US refused, and then promptly blamed the G20 for the collapse of talks. Analysts and leaders from organisations such as the international peasant’s federation Via Campesina were deeply suspicious of the G20 position, arguing that the main beneficiaries would be industrial agriculture and agribusiness at the expense of small producers – both in the South and the North. For Via Campesina, and indeed for most organisations from the South who know first hand the decimation of small producers wrought by agricultural liberalisation, the G20 position was antithetical to their call for food sovereignty. At the same time, however, there was a sense in some quarters that the G20 deserved some level of political support, if only because they represented some nascent “solidarity” of the developing country negotiators and had contributed to stalling further liberalisation – at least for the time being.

The debate over the G20 showed that while the dividing line between the “third world nationalists” competing for their share of the global cake and the social movements demanding a radical transformation of the economic and political system is very clear, in terms of political strategy it is still a conundrum to be unraveled, or at least resolved “in the doing”.

Organised civil society and social movements are working every day to democratise their own governments and to build peoples sovereignty in their own countries. However, in the short term, at least, they also need strong (and not necessarily democratic) states to “defend their borders” against the powerful interests of international capital and – these days -- even the possibility of military intervention.

This “dilemma” is being worked out in practice in many countries as social movements simultaneously confront their own governments while resisting the further encroachment of international capital. These struggles have borne fruit in countries such as Bolivia, Argentina and Venezuela and are in full flight in tens of other countries, including Thailand, South Africa, Nigeria, the Philippines, Zimbabwe, Ecuador and Indonesia. However, fighting on two fronts – the national and the international -- requires strong movements, good analysis and consistent demands, underpinned by a clear perspective on where the problems lie to avoid getting trapped between the rhetoric defending “nationalism above all” coming from self-interested elites and the continued assaults on national sovereignty and democratic institutions coming from international capital.

This new political dynamic is, in my view, a break from the continuities of imperialism, colonialism and the earlier response of third world nationalism which quickly transmuted into elite democracies, military regimes or old fashioned dictatorships. Indeed, the record fifty years after the Bandung conference which inaugurated the fiercely nationalistic non-aligned movement is very patchy, and many of the “heroes” of that era have been shot down in the flames of corruption, compromise and undemocratic rule. There seems to be little nostalgia for this kind of nationalism and there is little interest in defending national sovereignty for its own sake.

In contrast, the response to neo-liberal globalisation is typically grounded in internationalism, pluralism and *peoples* democracy. There is no drive to defend nationalism for its own sake. This is not necessarily a rejection of the State, but rather an assertion that the State (and this applies equally to the North and the South) can no longer justify itself simply in terms of “nationalism”: the State must earn its legitimacy by defending peoples’ rights, and by ensuring the necessary economic, social and political conditions for peoples’ democracy to be realised. It is also a realistic assessment that many of the problems we confront in this “globalised” world are international in character and cannot be solved by the state alone. For example

unregulated financial markets, debt, environmental degradation, migration and unemployment require concerted international action, even though many of the solutions must be local and national.

The point of discontinuity that we see in the *present* response to neo-liberal globalisation – which is also a source of hope – is that social movements, peoples’ organisations and democratic forces across the world believe that change must come from below, from the people, through organising, action and solidarity, and through a commitment to peoples’ democracy and peoples’ sovereignty, both in the present and in the future.

Agenda 2010 und ihre Umsetzung

Präsentation von
Katharina Pübl und Kathi Seewald



Agenda 2010 und ihre Umsetzung

Angelika Beier
DGB Hessen
Mai 2004



Ziel der Präsentation

- Zentrale Inhalte der Agenda 2010 und ihre Umsetzung darstellen,
- aus Arbeitnehmersicht bewerten
- und Alternativen vorstellen,
- Argumente liefern für Diskussionen

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 2



Tarifautonomie

Allgemeines Bekenntnis zu
Tarifautonomie und Flächentarifvertrag

- „Ich erwarte, dass sich die Tarifparteien (...) in weit größerem Umfang auf betriebliche Bündnisse einigen (...) Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben.“

G. Schröder, Regierungserklärung v. 14. März 2003

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 3



Umsetzung

- Keine gesetzliche Öffnungsklausel
- aber: "Wir erwarten von den Tarifvertragsparteien, dass sie sich in den nächsten zwölf Monaten auf eine neue Balance zwischen Regelungen auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene verständigen."

Protokollerklärung des Vermittlungsausschusses

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 4



Bewertung

- Kanzler-Drohung ist nicht vom Tisch, Aushebelung des Flächentarifvertrags bleibt Thema
- „Betriebliche Bündnisse“ würden Belegschaften erpressbar machen
- AG würden versuchen, Löhne zu senken + Arbeitsbedingungen zu verschlechtern
- Unterbietungskonkurrenz könnte evtl. deflationäre Entwicklung bewirken (= allgemeines Sinken der Preise)

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 5



Position des DGB

- Tarifautonomie ist wesentliche Grundlage der sozialen Demokratie!
- Tarifverträge sichern Mindestniveau und gleiche Wettbewerbsbedingungen
- In vielen Branchen existieren Öffnungs- und Härtefallklauseln, d.h. betriebliche Bündnisse sind bereits Praxis!
- Allerdings als Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien auf Basis der Flächentarife
- Beibehaltung des Günstigkeitsprinzips

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 6



Kündigungsschutz

Reformen im Arbeitsrecht sollen „Einstellungshemmnisse“ überwinden (Agenda-Rede)

- Begrenzung der Sozialauswahl auf die drei Kriterien: Betriebszugehörigkeit, Alter, Unterhaltspflichten; dabei sollen noch Ausnahmen gelten
- Befristet Beschäftigte zählen nicht mit bei Schwellenwert (mehr als 5)
- „Wahlrecht“, ob Klage oder Abfindung

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 7

DGB

Umsetzung

„Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt“
- zustimmungsfrei -

- Begrenzung der Sozialauswahl ✓
- Befristet Beschäftigte zählen nicht mit bei Schwellenwert (mehr als 5 AN)
statt dessen auf Drängen der Union:
- Erhöhung des Schwellenwertes bei Neueinstellungen auf 10 AN
- „Wahlrecht“ auf Abfindung ✓
(auf Angebot des Arbeitgebers)

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 8

DGB

Bewertung

- „Kündigungsschutz“ existiert nicht, nur Schutz vor willkürlicher Kündigung
- „Sozialauswahl“ kaum noch sozial - Arbeitgeberinteressen gehen vor
- weitere Lockerung des Kündigungsschutzes und Schaffung ungleicher Schutzrechte im selben Betrieb
- a) kein echtes Wahlrecht
b) verführt zu leichtfertigem Verzicht auf Arbeitsplatz

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 9

DGB

Forderungen des DGB

- Forsa: für 90 % der Kleinbetriebe ist der Kündigungsschutz kein Problem! Entscheidend sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen.
- Die gesamte individuelle Situation des Einzelnen ist bei der Sozialauswahl zu berücksichtigen.
- Keine Schwelle für Kündigungsschutz
- Anspruch auf Abfindung plus Klagemöglichkeit (wie z. B. Italien)

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 10

DGB

Arbeitslosengeld / -hilfe

„[...] notwendig, um (...) Arbeitsanreize zu geben.“ (Agenda-Rede)

- Kürzung des Alg-Bezugs für unter 55-Jährige auf 12 Monate und für über 55-Jährige auf 18 Monate ✓
- „Zusammenlegung“ von ALG I und Sozialhilfe zu einem neuen Alg II „In der Regel“ auf Sozialhilfeniveau (345 € bzw. 331 €) ✓
ab 2005, Trägerschaft-Option
- Verschärfung der Einkommensanrechnung und der Zumutbarkeit sowie Sanktionen ✓

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 11

DGB

Bewertung

- Sozialpolitisch falsch und widerspricht Zusage aus Hartz-Kommission
- Durchschnittsverdiener verliert bis zu 14.000 € Alg
- Nach 1 Jahr Arbeitslosigkeit: Absturz in Sozialhilfe = Entwertung AV-versicherung
- Verarmung der Arbeitslosen-/Familien
- Absenkung = Druck auf Lohnniveau
- Spaltung der Gesellschaft

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 12

DGB

Forderungen des DGB

- „Leistungen aus einer Hand“ ist positiv, aber keine Schlichterstellung
- keine „Kommunalisierung“
- Soziale Sicherung ausbauen, denn sie hat Mindestlohnfunktion!
- Lohnbezug erhalten und Orientierung am Lebensstandardsicherungsprinzip
- Grundsicherung deutlich oberhalb der Sozialhilfe als Sockel in das soziale Sicherungssystem einziehen

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 13

DGB

Gesundheitsreform

- *„Wir wollen den Beitragssatz im Ergebnis auf unter 13 % senken“ (Agenda-Rede)*
- Krankengeld ab 06 (+ Zahnersatz ab 05) wird allein durch Versicherte finanziert ✓
- Sog. versicherungsfremde Leistungen werden aus Steuern finanziert ✓
- Höhere Zuzahlungen + Praxisgebühr (bis 2 % des Brutto) ✓
- Streichung bisher. gesetzl. Leistungen ✓

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 14

DGB

Bewertung

- Von 10 Mrd. € Einsparungen entfallen über 8 Mrd. allein auf Versicherte
- Einseitige Belastung der Versicherten und Patienten - Entlastung der Arbeitgeber
- Arzneimittelhersteller, Ärzte, Apotheker werden „geschont“
- Maßnahmen sind verteilungs- und auch gesundheitspolitisch schädlich
- Mutige Strukturereformen wurden verfehlt

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 15

DGB

Forderungen des DGB

- Es gibt keine „Kostenexplosion“, sondern massive Probleme auf der Einnahmeseite
- Erhalt der paritätischen Finanzierung
- Keine Ausgrenzung von Leistungen, keine Erhöhung der Eigenbeteiligung
- Strukturreformen im System
- Verbreiterung der Finanzierungsbasis - solidarische Bürgerversicherung jetzt!

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 16

DGB

Vorziehen Steuerreform

„Daher brauchen wir Wachstumsimpulse. (...) Vor allem aber profitieren davon die Arbeitnehmer und die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen (...)“ Wahlkampf

- Vorziehen der 3. Stufe auf 2004, d.h. zusätzl. Entlastung um 15,6 Mrd. € / Jahr
- Eingangssteuersatz sinkt auf 15 %, Spitzensteuersatz auf 42 % (19,9 / 48,5)
- keine Aussagen zur Finanzierung

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 17

DGB

Umsetzung

- Vorziehen der 3. Stufe nur zur Hälfte, (bei 30 % Finanzierung durch Schulden) d.h. zusätzl. Entlastung um 7,8 Mrd. €
- Eingangssteuersatz sinkt auf 16 %, Spitzensteuersatz auf 45 % (statt 15 / 42)
- Entfernungspauschale sinkt; Kürzung der Eigenheimzulage, mehr Steuern für Alleinerziehende
- Amnestie für Steuersünder

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 18

DGB

Bewertung

- sozial ungerecht: Normalverdiener werden um rund 5 % entlastet, Spitzenbezieher mit Jahreseinkommen von 500.000 € um 10 %
- für viele AN wird die Bilanz negativ! (Pendlerpauschale, Zuzahlungen usw.)
- Senkung des Spitzensteuersatzes kostet den Staat alleine 2-3 Mrd. €
- Ergebnis: Schwächung der Nachfrage von Erwerbstätigen, Arbeitslosen, Rentnern; Verschlechterung der öff. Einnahmen

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 19

DGB

Forderungen

- Steuergeschenke an Großverdiener sind überflüssig!
- Schließen von Steuerschlupflöchern
- Wiedererhebung der Vermögensteuer und höhere Besteuerung großer Erbschaften (bringt 20 Mrd. € / Jahr)
- Spitzensteuersatz mindestens 47 %, keinesfalls weiter senken als 45 %
- Reform der Gewerbe- und Gewinnsteuern, Beitrag der Unternehmen f. öff. Aufgaben!

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 20

DGB

Kernaussagen der Kritik

- „Agenda 2010“ zielt auf Ab- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme (Ideologie: Senkung Lohnnebenkosten)
- Begründung (Demografie, Globalisierungsdruck, Konjunkturschwäche) scheinheilig - wahre Ursachen: Massenarbeitslosigkeit und Umverteilung von Arbeits- zu Kapital- und Vermögenseinkommen
- allerdings: für die Union ist die Agenda nur eine Vorstufe zu weiteren „Reformen“

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 21

DGB

Echte Alternativen

- Wir brauchen mehr Geld! Jobs entstehen nur dann, wenn Waren und Dienste auch gekauft werden können
- Staat braucht mehr Geld! Zukunftsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt
- Kommunen brauchen mehr Geld! Für Kinderbetreuung, Kultur, Sport, Soziales...
- Mehr Geld für Bildung!

Geld ist genug da - es muss nur gerecht verteilt werden!

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 22

DGB

Was tun?!

- Aufklären: mit Agenda 2010 und Formeln wie „Aktivieren“, „Fördern und Fordern“, „Eigenverantwortung stärken“ wird der Sozialstaat massiv abgebaut
- DGB-Kommunikationskampagne: ins Gespräch kommen, Lügen entlarven, Alternativen aufzeigen
- Regionale Bündnisse gründen / beteiligen
- Klare Haltung der Gewerkschaftsführung und Organisation des politischen Protests

Agenda 2010 - Umsetzung / Folie 23

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

- Übersicht 1 -

- „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem SGB II
- a) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts
b) (Ermessens-) Leistungen zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit
- Personenkreis: erwerbsfähige Sozialhilfebezieherinnen und Arbeitslose, die zuvor Arbeitslosengeld erhalten haben. Nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (Btg) erhalten „Sozialgeld“.
- Höhe: Sozialhilfeniveau (festgesetzter Bedarf der Gemeinschaft minus Familieneinkommen und Verwertung von Vermögen = Alg II)
Regelleistung Alleinstehender:
West 345 € / Ost 331 € plus „angemessene“ Unterkunftskosten



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 1

Arbeitslosengeld II

Präsentation von
Katharina Pühl und Katbi Seewald

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

- Übersicht 2 -

- Zuschlag (nur bei vorherigem Alg-Bezug): im 1. Jahr 2/3 der Differenz zum Alg, Erwachsene max. 160 €, Kinder 60 €; im 2. Jahr Zuschlag halbiert
- Anrechnung von Einkommen wie bei Sozialhilfe; Anrechnung von Vermögen wie bei ALG ab 2003, d.h. deutlich verminderte Freibeträge
- jede Arbeit ist zumutbar, auch sog. kommunale Pflichtarbeit (1,50 €)
- Sanktionen: 30 %-Kürzung, unter 25 Jahre kein Geld mehr (nur Unterkunft)
- Unter 25-jährige Erwerbsfähige sind sofort in Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit zu vermitteln



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 2

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zuständigkeit

- Agenturen für Arbeit. Laut „Optionsgesetz“ (derzeit im Vermittlungsausschuss) haben Landkreise bzw. kreisfreie Städte Wahlrecht auf ein sog. „Optionsmodell“ (bis 31.08.04). Nehmen sie es in Anspruch, sind sie eigenverantwortlich für das Alg II zuständig.
- Zur Wahrnehmung der Aufgaben nach SGB II errichten die Träger „Arbeitsgemeinschaften“ (AA und Sozialhilfeträger sind zur Zusammenarbeit verpflichtet).
- flächendeckend sind Job-Center einzurichten - als Anlaufstelle für Arbeitgeber und (alle) Erwerbslose
- Ausgestaltung der Job-Center liegt bei den örtlichen Trägern (z.B. ob nur Anlaufstelle oder auch Fall-Management, Leistungsberatung)
- nicht-berufliche Aufgaben können privatrechtlich organisiert werden



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 3

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Anspruchsberechtigte

- Erwerbsfähige Hilfebedürftige: 1.) zwischen 15 und 64 Jahre; 2.) erwerbsfähig; 3.) Hilfebedürftig; 4.) gewöhnl. Aufenthalt in D
- erwerbsfähig: wer gegenwärtig oder voraussichtlich innerhalb von 6 Monaten mindestens 3 Stunden täglich erwerbstätig sein kann (d.h. wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung außerstande ist)
- Die Agentur für Arbeit stellt die Erwerbsfähigkeit fest. Im Streitfall mit Leistungsträgern entscheidet eine Eingangsstelle (§ 45 SGB II).
- Alg II erhält nicht, wer in stationärer Einrichtung ist oder Altersrente bezieht.



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 4

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Höhe, Dauer und Auszahlung

- Monatliche Regelleistung für Alleinstehende: - **zahl der Bund** - 345 € (West) bzw. 331 € (Ost) - incl. Pauschale f. einmalige Bedarfs
- plus Unterkunftskosten („angemessen“) - **zahl Kommune** -
- Regelleistung umfasst laufenden Bedarf, d.h. Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Bedarfe des täglichen Lebens sowie Beziehungen zur Umwelt und Teilnahme am kulturellen Leben
- (Ehe-)Partner erhalten je 90 % der Regelleistung (R), sonstige Erwerbsfähige in der Bedarfsgemeinschaft 80 % der R!
- Mehrbedarfe für werdende Mütter, Alleinerziehende, bes. Ernährung
- Nicht-Erwerbsfähige in der Bedarfsgemeinschaft erhalten Sozialgeld
- Bewilligung jeweils für 6 Monate / Zahlung monatlich im Voraus



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 5

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Anrechnung von Einkommen und Vermögen

- Anreiz: „Wer arbeitet, soll mehr Geld haben als jemand, der nicht arbeitet“ deshalb: **Erwerbstätigen-Freibetrag**
- 15 % bei Bruttoverdienst bis 400 € (max. 60 €),
- zusätzlich 30 % für den Verdienst zwischen 401 und 900 € (max. 210 €)
- zusätzlich 15 % für den Verdienst zwischen 901 und 1.500 € (max. 300 €)
- Einkommen und Vermögen von Lebenspartnern werden herangezogen; bei Verwandten wird vermutet, dass sie Leistungen erbringen
- Schonvermögen: 200 € pro vollendetem Lebensjahr, max. 13.000 € (520 € + max. 33.800 € - bei Älteren, die vor 1.1.1948 geboren sind)
- nach gleicher Regel geldwerte Ansprüche für Altersvorsorge, sofern Nutzung vor Erreichen des Ruhestandes vertraglich ausgeschlossen
- Freibetrag für einmalige Bedarfe (Möbel etc) 750 € pro Person der Btg unberührt bleiben: selbst genutztes Haus oder Eigentumswohnung, Kfz



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 6

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zuschlag zum Alg II für ehem. Bezieher von Alg

- ist auf 2 Jahre befristet
- beträgt 2/3 der Differenz aus dem zuletzt bezogenen Alg + Wohngeld und dem Alg II (ohne Zuschlag)
- begrenzt auf 150 € für Alleinstehende, 320 € bei Partnern und 60 € für minderjährige Kinder
- Zuschlag wird nach einem Jahr halbiert
- und erfüllt am Ende des zweiten Jahres



DGB Hessen-Thüringen, Alt. 02262008K, Alg II Nr. 01, Folie 7

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Sozialgeld für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft

- Nicht erwerbstätige Angehörige erhalten ein Sozialgeld
 - unter 14 Jahren in Höhe von 60 % (207 € West)
 - ab 14 Jahren in Höhe von 80 % (276 € West)
 der maßgebenden Regelleistung
- plus
 - Leistungen bei Mehrbedarfen
 - Einmalige Beihilfen für Erstausstattung der Wohnung und des Haushalts sowie für Grundausstattung mit Kleidung und Schulklassenfahrräten
 - Darlehen für Mietschulden oder unabweisbare Bedarfe



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 8

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zumutbarkeit und Sanktionen

- jede Erwerbstätigkeit ist zumutbar (untere Grenze: Lohnwucher)
- bei Ablehnung zumutbarer Erwerbstätigkeit oder Eingliederungsmaßnahme, bei fehlender Eigeninitiative oder unwirtschaftlichem Verhalten wird Regelleistung 3 Monate lang gekürzt
 - im ersten Schritt um 30 % der RL für Haushaltsvorstand (rund 90 €)
 - bei wiederholter Pflichtverletzung zusätzlich um 30 %
- während dieser Zeit erfüllt auch der Zuschlag
- Jugendliche bis unter 25 Jahre erhalten drei Monate lang keine Geldleistung - im Gegenzug „soll“ Beschäftigung angeboten werden
- bei Versäumnis eines Meldetermins/Untersuchungstermins wird das Alg II in erster Stufe um 10 % der maßgebenden Regelleistung gesenkt
 - bei Wiederholung um weitere 10 %
- Bei Minderung um mehr als 30 % Sachleistungen (Lebensmitteleutscheine)



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 9

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Fallmanager und Eingliederungsvereinbarung

- bereits im Job-Center wird der/die Fall-Manager:in namentlich benannt
- Fallmanager:in schließt mit Hilfebedürftigem 6-monatige Eingliederungsvereinbarung (gemeinsam erarbeitet, unterzeichnet)
- enthält: a) Angebote der Agentur für Arbeit, die den „individuellen Bedürfnissen des Erwerbslosen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftlichkeit“ entsprechen
b) Anbringungen des/der Erwerbslosen
- Erwerbslose sollen grundsätzlich die Leistungen erhalten, die für die Eingliederung in Arbeit erforderlich sind
- darüber hinaus sind „dem individuellen Bedarf angepasste Leistungen“ möglich (z.B. Kinderbetreuung, Pflege, Schuldner- oder psychosoziale Beratung)



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 10

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Leistungen zur Eingliederung

- alle Eingliederungsleistungen des SGB II
- Darüber hinaus können die Träger weitere Leistungen erbringen lassen, insbesondere:
 - Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen
 - Schuldnerberatung
 - psychosoziale Beratung
 - Suchtberatung
 - Förderung von Arbeitsgelegenheiten
 - Einstiegsgeld (§ 29 SGB II)



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 11

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Einstiegsgeld

- zeitlich befristeter Arbeitnehmerzuschuss als Ermessensleistung bei sozialversicherungspflichtiger oder selbständiger Tätigkeit (Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit)
- Fallmanager entscheidet und legt die Höhe fest
 - in Abhängigkeit von Dauer der Arbeitslosigkeit, Größe der Bedarfsgemeinschaft, Höhe der maßgebenden Regelleistung
- Einstiegsgeld wird max. 24 Monate gezahlt
- als Zuschuss zum Alg II



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 12

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Off. geförderte Beschäftigung / Arbeitsgelegenheiten

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen sog. „Arbeitsgelegenheiten“ geschaffen werden

- Arbeitsverhältnis in Betrieben
- Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten in einem Arbeitsverhältnis
- Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten in einem Sozialrechtsverhältnis (angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen)

= kommunaler Arbeitsdienst



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 13

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung

- pflichtversichert in gesetzlicher Krankenversicherung (Bund zahlt pauschal 125 €)
- in sozialer Pflegeversicherung (pauschal 13 €)
- in gesetzlicher Rentenversicherung auf Basis des Mindestbeitrags (Bund zahlt an Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte)
- bei Befreiung von Rentenversicherungspflicht zahlt Bund einen Zuschuss zu Beiträgen



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 14

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Zuständigkeit der Sozialgerichte

- für die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Sozialgerichtsbarkeit zuständig sein
- dafür sollen künftig bei den Sozialgerichten besondere Kammern eingerichtet werden

(Gewerberat soll Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte vor)



DGB Hessen-Thüringen, Abt. 022690266, Ag. 11 NW 31, Folie 15

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Folgewirkungen aus Sicht des DGB - I

- Spätestens 2 Jahre nach Auslaufen des Alg sind Arbeitslose auf Sozialhilfe-Niveau (oder darunter)
- Ca. 30 % der Haushalte, die bisher ALG beziehen, gelten nicht mehr als bedürftig und erhalten keine Leistungen (2,1 Mrd. €)*
- Für die übrigen Haushalte reduzieren sich die Leistungen um etwa 1,3 Mrd. €*
- Dieses Geld fehlt den Bedürftigen + fehlt an Kaufkraft

*Modellschätzungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit



DGB Hessen-Team, AG Sozialpolitik, AG F&E 31, Folie 18

Arbeitslosengeld II (ab 2005)

Folgewirkungen aus Sicht des DGB - II

- Das Prinzip der Sicherung des Lebensstandards wird aufgegeben (nur noch Fürsorge statt Lohnersatzleistung)
- Die Mindestlohnfunktion der Lohnersatzleistung entfällt
- „Armutsgeld“, Zumutbarkeit und Sanktionen verschärfen die Konkurrenz von Arbeitslosen und Beschäftigten
- Druck auf Lohnniveau, Ausweitung Niedriglohnsektor
- Zwangs-Arbeitsdienste werden vermehrt eingeführt (workfare statt welfare)
- Viele werden sich dem autoritären System Alg II entziehen



DGB Hessen-Team, AG Sozialpolitik, AG F&E 31, Folie 17

Globales Projekt

von Christian Zeller

Die Welt ist keine Ware – aber wem gehört sie? Zu den Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung. Eine Replik auf Robert Kurz.

Die Begriffe Aneignung und gesellschaftliche Aneignung sind seit einiger Zeit wieder Gegenstand emanzipatorischer Diskussionen und Auseinandersetzungen geworden. Vor allem Menschen in libertär-sozialistischen und autonomen Zusammenhängen sowie in Bewegungsansätzen jenseits der klassischen Linken erkennen in der Perspektive der Aneignung Chancen, das Kräfteverhältnis zu verbessern und eine offensivere Gangart einzuschlagen. Robert Kurz benennt in seinem polemischen Artikel (jW vom 5. und 6. August) zu Recht wichtige Defizite der aktuellen Debatte über gesellschaftliche Aneignung. Dennoch ist seine Kritik steril. Robert Kurz bringt kein Verständnis dafür auf, wie politische Auseinandersetzungen, die an Alltagsproblemen entbrennen, eine radikalisierte Dynamik erlangen können.

In meiner Replik gehe ich auf drei Aspekte ein, die zentral für die Entwicklung einer antikapitalistischen Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung sind. Erstens benenne ich den Kontext der globalen Enteignungsökonomie und die Bedeutung der Eigentumsfrage, zweitens skizziere ich die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung im Sinne einer antikapitalistischen Strategie und drittens verbinde

ich mit dieser Strategie die Herausforderung einer grundsätzlichen Neuformierung der Linken.

Akkumulation, Eigentum, Klassen

Mit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes hat das mit den transnationalen Konzernen verflochtene Finanz- und Anlagekapital die Steuerung des Akkumulationsprozesses übernommen. Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital mittels Investment- und Pensionsfonds einen Teil der Gewinne in Form von Einkommen aus Börsenplatzierungen sowie Einkommen aus Mieten, Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Die Abschöpfung eines Teils des Profits erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate und eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital, was aber gerade aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten nur ungenügend erfolgt. Das Anlagekapital zeichnet sich durch die Neigung aus, der »Ökonomie« mehr abzuverlangen als diese zu liefern imstande ist. Das äußert sich in der harten Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, den umfassenden Privatisierungen, den Enteignungsmechanismen in den sogenannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen. Die Abschöpfung von Mehrwert und die Ausbeutung der Arbeitenden bleiben dennoch zentral im Akkumulationsprozess

und wurden mit wachsender Arbeitsproduktivität gesteigert.

Die herrschenden Klassen nehmen die Eigentumsfrage also sehr ernst. Ganz im Gegensatz dazu ist das Eigentum ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen schlagen einen Bogen um diese zentrale Frage. Das Privateigentum ist ein Pfeiler des Kapitalismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Allerdings drücken das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen in gemeinsamer Arbeit hergestellt wurden. Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses.

Seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden. Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden. Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen, das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren.

Gleichzeitig haben sich mit der Ausweitung der produktiven Basis von Kapital und Arbeit das Lohnabhängigkeitsverhältnis und die Ausbeutung durch Lohnarbeit ausgedehnt. Diese Proletarisierung schließt alle ein, die in den unterschiedlichsten

Konfigurationen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Dazu zählen mehr oder weniger fest angestellte Lohnabhängige ebenso wie prekär Beschäftigte, kleine Selbständige, Scheinselbständige, Ich-AGs und alle Menschen, die von deren Einkommen leben. Robert Kurz rät, sich vom Klassenkampf zu verabschieden. Gewiß können nicht alle Kämpfe gegen die Herrschaft und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft auf den reinen Klassenkampf reduziert werden. Aber wer, wenn nicht die – zwar heterogene – Klasse der Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern, soll Trägerin gesellschaftlicher Aneignungsprozesse und letztlich der Aufhebung der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln sein?

Vom Widerstand zur Perspektive

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein antikapitalistischer Bruch zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung der wichtigsten Ressourcen.

Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Herausforderungen. »Gesundheit ist keine Ware«, sagt das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, das seine Dienste nicht mehr warenförmig anbietet? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Privatisierungen sind mit einer Verteidigung der obrigkeitstaatlichen Kontrolle kaum zu verhindern. Aber welche Vorschläge zielen in die Richtung einer gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die Benutzer? Diese Fragen zu stellen, heißt, die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln grundsätzlich neu aufzuwerfen.

Der Widerstand gegen Privatisierungen muß offensiv geführt werden. Gegen die betriebswirtschaftliche Effizienz ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt

stellt. Direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die Nutzer wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das bisherige Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Gratischeinrichtungen basieren auf einem Verständnis von »gleichen Rechten für alle«. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. »Umsonst-Kampagnen« können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im Kleinen durchsetzen. Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat.

Die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Konflikte. Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen, europaweiten Arbeitszeitverkürzung verbunden, wie Winfried Wolf in der jW vom 10. August aufgezeigt hat. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der Aneignung der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar die Frage nach der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung und Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden stellen uns vor die Herausforderung der gesellschaftlichen Aneignung der strategischen Produktionsmittel.

Bislang obliegt es den Unternehmen, die Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Entscheidungen liegen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Profiterwartungen zugrunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, daß die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheidungen einer Gesellschaft erfolgt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn sich die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und Bürger die Kontrolle der Unternehmen und Konzerne sowie eine Offen-

legung aller wesentlichen Informationen durchsetzen könnten. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt.

Jede emanzipatorische Perspektive muß sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie lassen sich die europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen.

Für das öffentliche Eigentum sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer oder sogar globaler Ebene denkbar. Je nach Bedürfnissen, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften sind Dienstleistungen und die Produktion besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Ohne gesellschaftliche Planung ist das nicht möglich. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozeß: erstens der Debatte der Bürger über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcen; zweitens der Debatte der Produzenten, die darüber befinden, wie die großen Entscheide umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Neuformierung der Linken

Selbstverständlich läßt sich eine emanzipatorische Perspektive nicht auf die Eigentumsfrage reduzieren. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert noch nichts an den Ausbeutungsverhältnissen, und die Warenform bleibt erhalten. Andererseits wird der Begriff der Aneignung oftmals in einem verharmlosenden Sinn aufgegriffen. Das kritisiert Robert Kurz zu Recht. Die Aneignung von Konsumgütern, Kultur und Dienstleistungen durch soziale Bewegungen sowie die »Umsonst-Kampagnen«, die sich oft auf ein radikalisiertes Szenemilieu konzentrieren, können zwar Anknüpfungspunkte bieten, aber eine emanzipatorische antikapitalistische Perspektive ist damit noch nicht formuliert. Hierin liegt zweifellos eine Schwäche der Aneignungspraxis, wie sie zum Beispiel in der Zeitschrift *Arranca!* oder auch bei ATTAC diskutiert wird.

Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung ist in den Rahmen einer antikapitalistischen Übergangsstrategie zu setzen. Es braucht den Aufbau eigener Strukturen, von Gegenmacht und schließlich einer gesellschaftlichen Hegemonie. Tatsächlich haben sich im Laufe von Kämpfen Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, 1969 in Italien, 1974 in Portugal, 1980/81 in Polen und 2002/03 in Argentinien). Eine umfassende gesellschaftliche Aneignung und letztlich Transformation der Gesellschaft ist im Rahmen der bürgerlichen Institutionen aber nicht möglich. Letztlich geht die konsequente Infragestellung des Privateigentums mit der Infragestellung des bürgerlichen Staatsapparates einher. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form neuer Staatlichkeit generiert.

Die Strategie der gesellschaftlichen Aneignung stützt sich auf die Selbstaktivität der Menschen. Sie soll Dynamiken auslösen, die den Lohnabhängigen ermöglichen, sich als ein selbständig politisch handelndes Subjekt zu erfahren und einzugreifen. Eine derartige Übergangsstrategie hilft, sich Kontrolle und damit Teile der Macht anzueignen – im Kleinen gewissermaßen das Große vorzubereiten. Es geht nicht bloß um den Inhalt der Forderung selbst, sondern darum, politische Prozesse und Organisationsformen zu befördern, die das Kräfteverhältnis verändern und zu gemeinsamen Lernprozessen ermuntern. Nur abstrakt und scheinradikal nach der Abschaffung der

Warenform zu rufen, wie das Robert Kurz tut, bietet in dieser Hinsicht wenig Anknüpfungspunkte.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete Phase der Arbeiterbewegung, die durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen geprägt wurde, ist abgelaufen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich in Modernisierungsinstrumente der kapitalistischen Herrschaft transformiert und die Organisationen, die aus der klassischen kommunistischen Bewegung stammen, sind aufgrund ihrer unverarbeiteten Geschichte nicht glaubwürdig für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive. Die Zeit des klassischen Reformismus ist aber auch vorbei, weil die Spielräume für eine reformistische Politik so klein geworden sind, daß auch die Durchsetzung kleiner Reformschritte bereits die Machtfrage aufwirft.

Nun geht es darum, einen komplizierten und langanhaltenden Konstituierungsprozeß einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen voranzutreiben. Damit ist die Perspektive eines neuen politischen und sozialen Bürgerrechts verbunden, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in einem bestimmten Territorium lebenden Menschen beinhaltet. Dazu gehört auch das Recht auf gesellschaftlich sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit sowie auf ein Mindesteinkommen, das ein würdevolles Leben ermöglicht.

Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratische gesellschaftliche Kontrolle. Die Vorschläge zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie und eines globalen Bürgerrechts. Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, daß Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. In ihrer Dynamik tragen sie zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung sowie der Konkurrenz überwindet und in letzter Konsequenz auch die Warenform perspektivisch in Frage stellt. Damit werden Alltagskämpfe verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt einer sozialistischen Alternative, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt.

Dieser Artikel ist am 2.9.2004 in der Jungen Welt erschienen.

Globalisierung oder Imperialismus?

von Radhika Desai

Ich möchte gern damit beginnen, meine große Freude darüber zum Ausdruck zu bringen, vor einem solchen Publikum, das aus politischen Aktivisten besteht, sprechen zu dürfen. Auch möchte ich mich bei Gisela Neunhoeffler, Uli Brand und den Organisatoren des BUKO bedanken, mir meinen Vortrag hier ermöglicht zu haben.

Heute möchte ich die Frage diskutieren, wie wir die gegenwärtige globale Weltordnung konzeptualisieren können. Bis vor kurzem bildete sowohl für dessen Gegner als auch für dessen Befürworter der Begriff der Globalisierung den konzeptionellen Zugang, um diese Weltordnung zu begreifen. Obwohl einige diesen Begriff mit dem Argument ablehnen, dass dieser schlicht die normalen Operationen des Kapitalismus bezeichnet, der seit seiner Geburt global gewesen sei, ist es schwer von der Hand zu weisen, dass die „Globalisierung“ ein neues Stadium in der Entwicklung der Weltordnung des Kapitalismus beschreibt. Heute möchte ich ein wenig anders gelagertes Argument machen: dass die Globalisierung tatsächlich ein solch qualitativ neues Entwicklungsstadium bezeichnet und dass ihre spezifische Qualität nicht in irgendwelchen neuartigen ökonomischen Prozessen zu suchen ist, sondern in der größeren Konfiguration der globalen politischen Ökonomie amerikanischer Hegemonie über die kapitalistische Weltordnung. In einem abschließenden Schritt möchte ich argumentieren, dass dies das Stadium der sich entfaltenden amerikanischen Hegemonie ist - ein Prozeß, der in den späten sechziger Jahren begann und nun abgeschlossen ist - und dass wir nun in einer militaristischeren und gewaltsameren Phase dieses Prozesses leben. Ich hoffe deutlich machen zu können, dass mein Argument Implikationen für die politische Praxis derer hat, die die gegenwärtige Verteilung der Macht in der Welt ablehnen.

Das offenkundigste Symptom der Schlußfolgerung, dass die Globalisierung an ihr Ende gekommen ist, stellt der wachsende Gebrauch des Wortes „Imperialismus“ oder sogar „Neo-Imperialismus“ dar, das herangezogen wird, um die heutige, von Amerika dominierte globale politische Ökonomie zu beschreiben. Ich werde versuchen, so einfach und deutlich wie möglich darzulegen, wie es zu diesem Zustand kam und was er repräsentiert. Hierbei bin

ich der Wirtschaftsgeschichte von Giovanni Arrighi und der von Peter Gowan vorgelegten Studie zu der Rolle Amerikas in der Schaffung und dem Erhalt der Globalisierung sowie verschiedenen Traditionen der politischen Ökonomie verpflichtet. Es ist ein komplexes Argument, bei dem ein kurzer Vortrag wie dieser lediglich hoffen kann, Ihr Interesse zu wecken. Ich freue mich darauf, in der nachfolgenden Diskussion den Aspekten weiter nachzugehen, die für Sie von besonderem Interesse sind. In meinem Vortrag werde ich mich nur auf den vorrangigen Verlauf des Arguments konzentrieren.

Der globale Kapitalismus ist nicht nur ein ökonomisches System: er ist durch politische Arrangements unterfüttert, die mit Hilfe von einer Kombination aus Gewalt, Betrug, wirtschaftlichen Zwang und Konsens durchgesetzt werden. Diese politischen Arrangements wurden in der Geschichte des globalen Kapitalismus (die auch die Geschichte der Nationalstaaten gewesen ist) von einer hegemonialen Macht gesteuert. In der Interpretation Giovanni Arrighis waren diese Mächte in den letzten 600 Jahren die italienischen Stadtstaaten, die Niederländer, die Engländer und im zwanzigsten Jahrhundert die Amerikaner.

Die Hegemonie Amerikas war auf ihrem Höhepunkt in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Hegemonie beruhte auf der militärischen Überlegenheit der Amerikaner, auf der Kontrolle über den Großteil der weltweiten Produktion, und - auf dieser Grundlage - auf der entsprechenden Position Amerikas als der größten kreditgebenden Nation der Welt. Ende der sechziger Jahre geriet die amerikanische Hegemonie jedoch in Schwierigkeiten. Zum einen verpflichtete der Kalte Krieg die USA dazu, den Wiederaufbau Westeuropas und Ostasiens zu unterstützen. Als dies erfolgreich abgeschlossen war, begannen diese konkurrierenden Zentren kapitalistischer Akkumulation an dem Anteil zu nagen, den die USA in der globalen Produktion und im Export inne hatte (diese Entwicklung brachte auch die weltweite Überproduktion in der Warenwirtschaft hervor, die in einer generellen Verlangsamung von Wachstumsraten mündete, von der wir uns bis heute nicht erholt haben). Auf der anderen Seite war die USA in einen mit hohen Kosten verbundenen Krieg verwickelt, für den die amerikanische Wirtschaft zusehends weniger die notwendigen Mittel bereitstellen konnte. Das erste Zeichen der Schwierigkeiten für die amerikanische Hegemonie war der Umstand, dass die USA zu einer Schuldnation wurde.

Die Chronik der amerikanischen Hegemonie ist seitdem die Geschichte, wie die USA versucht haben, mit dieser problematischen Situation zurechtzukommen und diese zu überwinden. Es war eine Phase der `instabilen Hegemonie`. Auf der einen Seite hat die USA sich eine militärische Überlegenheit von bislang unbekanntem Ausmaß geschaffen: heute ist das amerikanische Militär mächtiger als die nächsten neun Nationen zusammengenommen. An der anderen, ökonomischen Front bedeutete der Erhalt der amerikanischen Hegemonie mit Blick auf die geschwächte Warenwirtschaft zweierlei – beides verlangt vom Rest der Welt, der USA Geld zu leihen, was im Grunde bedeutet, Dollarreserven zu halten. Die amerikanische Wirtschaft stellt sich erstens zunehmend als der letzte verbliebene Markt für seine Wettbewerber dar, - allen voran Japan und das sich schnell industrialisierende Ostasien – zu einer Zeit, da sie sich außerstande zeigt, genug Exporte hervorzubringen, um die Importe zu finanzieren. Die beiden eben genannten Länder haben im Grunde der USA Geld geliehen, um ihre Exporte zu kaufen. Zweitens müssen die Ausgaben für das militärische Engagement der USA im Ausland aufgebracht werden. In diesem Kontext stellen sich zwei grundsätzliche Fragen: Wie können die Vereinigten Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Warenwirtschaft in einer Weise wiedergewinnen, die es ihr erlauben würde, ihre Hegemonie zu finanzieren und / oder wie können die USA sicherstellen, dass der Rest der Welt ihr weiterhin das Geld zur Finanzierung ihrer Vormachtstellung leiht (das heißt weiter Dollar hält).

In den siebziger Jahren bediente sich die USA eines traditionell Keynesianischen Ansatzes der Wirtschaftspolitik, um seine Warenwirtschaft zu revitalisieren und seine Exportmärkte wieder zu gewinnen. Gleichzeitig führten hohe Ölpreise und der hierdurch inflationierte Wert dieses Handels – der vom amerikanischen Dollar dominiert wird – dazu, dass der Rest der Welt weiterhin an hohen Dollarbeständen festhielt. Diese beiden Strategien waren jedoch nicht vereinbar und im Zuge fallender Dollarkurse, die auf eine laxen Keynesianistische Haushaltspolitik zurückzuführen waren, drohte die Bereitschaft anderer Länder, Dollarreserven zu halten, untergraben zu werden. Zu einer Zeit in den frühen achtziger Jahren erreichte beispielsweise der Goldkurs einen Wert von \$875.00 per Unze, was einen Run auf den Dollar signalisierte. Was die USA damals rettete, war der Umstand, dass die Welt keine Alternative zum US Dollar besaß. Die Rückkehr zum Goldstandard war aus zwei Gründen keine gültige Option mehr: Das Schicksal der weltweiten Geldversorgung konnte nicht von den Unwägbarkeiten der weltweiten

Goldförderung abhängig gemacht werden (so viel war klar nach der Großen Depression); des weiteren hätte dies der Sowjetunion als dem größten Produzenten von Gold eine politisch nicht akzeptable Macht über das Schicksal der kapitalistischen Weltwirtschaft gegeben.

Die achtziger Jahre sahen einen weiteren Versuch dieses Problem zu lösen: die Politik des knappen Geldes, die die USA damals in ihrer monetären Politik zu betreiben begannen, trieb den Wert des Dollars zu einem Zeitpunkt nach oben, als die USA aggressiv danach trachtete, um Kapital aus aller Welt zu konkurrieren. Dies war mit einer großen Restrukturierung industriellen Kapitals in den USA verbunden, einer Restrukturierung, die jedoch, insbesondere weil die anderen beiden zwei Zentren kapitalistischer Akkumulation es ablehnten, sich einem Prozeß in ähnlicher Größenordnung zu unterziehen, nicht ausreichte, um das zugrundeliegende Problem der Überproduktion der Industriewaren auf globaler Ebene zu lösen. Der hohe Dollar drohte den amerikanischen Export zu schädigen und in der Mitte des Jahrzehnts gelang es den USA schließlich, seine wichtigen Konkurrenten dazu zu bringen, ihre Währungen gegenüber dem US Dollar neu zu bewerten: der berühmte Plaza Accord. Ein anderer Motor des Wachstums in den achtziger Jahren war der berühmte „Militärische Keynesianismus“ der Reagan Administration. Der Zufluß von Kapital in die US Wirtschaft kam zu einer Zeit, als die Möglichkeiten für neue produktive Investitionen sehr bebeschränkt waren. Dieser Kapitalzufluß schwoll zum sogenannten FIRE Sektor (Finanzen, Versicherungen und Immobilienmarkt) an, was auch zum Börsencrash in 1987 beitrug.

In den neunziger Jahre hätten sich diese grundlegenden Trends der gesteuerten Ent- und Neubewertung der Währungen zwischen den USA und seinen Partnern und die wachsenden Militärausgaben fortgesetzt. Tatsächlich wurde diese Periode aber eine der Globalisierung, insbesondere während der Clinton Präsidentschaft. Im Grunde war die Globalisierung ein ideologischer Begriff, unter dessen Eindruck der Rest der Welt nur zu glücklich war, der USA mehr Geld als jemals zuvor zu leihen, und darüber hinaus es der amerikanischen Privatwirtschaft zu leihen. Ein hiermit verbundener Aspekt der Globalisierung war das systematische Zusammenbrechen der Beschränkungen des Kapitalflusses – als kurzfristige Portfolioinvestition im besonderen – weltweit und insbesondere in den USA, ein Unterfangen, in dem der IMF und die Weltbank, die zwei tragenden Säulen der institutionellen Infrastruktur für die amerikanische

Hegemonie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, eine entscheidende Rolle spielten. Was die Bereitschaft der Welt, der USA Geld zu leihen, antrieb, war der große Investitionsboom, der in den USA geschaffen wurde. Als Konsequenz dieser Entwicklung trat die amerikanisch dominierte globale Finanzstruktur als ein gigantischer Staubsauger auf, der das Kapital des Rests der Welt an sich zog, der amerikanischen Wirtschaft zuführte und damit dessen Investitionsboom antrieb. Dieser Boom ist stark auf den ICT Sektor (Informations- und Kommunikationstechnologien) konzentriert.

Die allgemeine Idee war, dass dieser Boom nicht allein die amerikanische Warenproduktion wiederbeleben würde, sondern auch die amerikanische Wirtschaft in die Position des führenden Produzenten einer „Kerntechnologie“ versetzen würde, eine Technologie, deren Anwendung die Produktivität in allen Bereichen der Wirtschaft steigern und damit die Produzenten dieser Kerntechnologie auf einen sicheren Wachstumspfad führen würde. Die Motor-, Transport- und Öltechnologien hatten diese Rolle in der Vergangenheit gespielt und von der ICT wurde nun dasselbe erwartet. Die Ergebnisse waren jedoch in verschiedener Hinsicht zweifelhaft. Für viele erwies sich die Annahme als grundsätzlich angreifbar, dass diese Kerntechnologie die Produktivität der Warenwirtschaft durchgehend steigern würde. Auf den Kontext meines Vortrages bezogen ist es besonders aufschlußreich, dass die amerikanische Wirtschaft zwar in den neunziger Jahren großartige Wachstumsraten verzeichnen konnte, doch war dieses Wachstum mehr einer Kombination aus Investmentwachstum, das sich nicht notwendig in einen Produktivitätszuwachs übersetzte, und einer Inflationierung von Wertpapieren, die große wirtschaftliche Luftblase. Dieses Wachstum war auch – wie wir nun wissen – von einem großen Konsumboom angetrieben, der zum Teil auf den inflationären Zugewinn in den Aktienmärkten und dem damit verbundenen Gefühl der amerikanischen Haushalte, reicher zu sein (der sogenannte „Reichtumseffekt“), und zum Teil auf die massive Aufgabe des Sparverhaltens der amerikanischen Haushalte und Firmen zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang ist es interessant sich zu vergegenwärtigen, dass die amerikanischen Firmen, die historisch ihre Investitionen über reale Gewinne finanziert haben, nunmehr Aktienanteile ausgaben, um sich Teile ihrer Investitionen zu finanzieren.

Der Rest der Welt, insbesondere die Japaner und zu einem geringeren Teil die Europäer, die nicht im gleichen Maße ihren Ökonomie die radikale

Umstrukturierung ihrer Warenproduktion auferlegt haben wie die Amerikaner und Briten, waren gewillt, diesen Boom mit der Aussicht zu finanzieren, an dessen Gewinnen beteiligt zu werden (eine Hoffnung, die die Verlautbarungen und Handlungen des amerikanischen Federal Reserve nährte) und dem amerikanischen Konsumenten Geld für den Import der eigenen Produkte zu leihen. Als die Blase im Jahr 2000 platzte, verschwand auch diese Bereitschaft des Rests der Welt, in den amerikanischen Finanzmarkt in der Form zu investieren, wie dies in den neunziger Jahren der Fall gewesen ist. *Das war das Ende der Globalisierung.* Der Beginn des Krieges gegen den Terrorismus markiert eine gänzlich neue Phase in dem Versuch der USA, ihre im Niedergang befindliche Hegemonie wieder zu gewinnen. Dies mag sehr wohl ein letzter, sich selbst schlagender Versuch sein.

Heute ist der Rest der Welt noch immer gewillt, Amerika Geld durch seine Finanzmärkte zu leihen und Dollar zu halten, doch ist dieser Prozeß sehr viel politischer und instabiler als zuvor. Die Verlässlichkeit des US Dollars als Wertanlage, der Ausgang des amerikanischen Krieges gegen den Terrorismus, die Existenz des Euro und andere derartige Faktoren, eher denn `wirtschaftliche` Erwägungen der Gewinnbeteiligung, werden die Bereitschaft des Rests der Welt bestimmen, weiterhin US Dollar in großem Umfang zu halten. In der amerikanischen Binnenwirtschaft, die noch immer einen Konsumboom erlebt, wird dieser nun über die „Immobilienblase“ und die hiermit verbundenen Reichtumseffekte finanziert.

Es ist nicht überraschend, dass der Begriff der Globalisierung sich heute abnehmender Beliebtheit erfreut und durch den Begriff des Imperialismus ersetzt wurde. Allerdings ist der amerikanische Imperialismus gegenwärtig grundlegend instabil, und die Gründe für diese Instabilität sind politischer und wirtschaftlicher Natur. Die ökonomische Instabilität besteht darin, dass - ohne die Lösung des grundsätzlichen Problems der Überkapazität - das Wachstum in den USA das der anderen Zentren der kapitalistischen Produktion begrenzt: die amerikanische Wirtschaft ist seit den achtziger Jahren auf Kosten seiner Konkurrenten gewachsen. In dem Maße, in dem die USA hierin erfolgreich sind, beschränken sie das Wachstum ihrer Märkte und damit die Aussicht auf weiteres gesamtwirtschaftliches Wachstum. In dem Maße wie die USA in dieser Hinsicht versagt, so versagt sie – um es einfach zu sagen – in dem Versuch, ihre vormalige wirtschaftliche Überlegenheit zurück zu gewinnen, die die Grundlage für eine stabile Hegemonie sein kann. Die politische Instabilität liegt darin begründet, dass

der amerikanische Krieg gegen den Terrorismus durch just die Länder finanziert wird, gegen die dieser Krieg letztlich geführt wird: Dass Europa und Ostasien sich weiterhin mit der amerikanischen Kontrolle über west- und zentralasiatisches Öl abfinden und diese finanzieren, also eine Position hinnehmen, die die USA als Machinstrumente gegenüber diesen konkurrierenden Zentren der kapitalistischen Produktion einsetzt, kann mit gutem Recht in Zweifel

gezogen werden. Abschließend lassen sie mich das Folgende sagen: die „Globalisierung“ war eine Phase der instabilen amerikanischen Hegemonie und der „Imperialismus“ ist die neue Phase, eine Phase, die verspricht sogar noch anfälliger zu sein.

Vielen Dank.

Übersetzung von Oliver Schmidtke

Die Furcht vor den Habenichtsen - Zum Verhältnis von Neoliberalismus und Demokratie

von Jörg Reitzig

Den herrschenden Neoliberalismus zu delegitimieren ist zum einen ganz sicher eine sehr praktische Angelegenheit des kollektiven Widerstands gegen soziale Ungerechtigkeit, etwa im Hinblick auf die Steuerpolitik, die grassierende Privatisierungswut bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen oder die wachsende Ausbeutung und Entrechtlichung der lebendigen Arbeit. Eine nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse bedarf zum anderen aber auch der Auseinandersetzung mit den theoretischen Rekonstruktionen von Gesellschaft. Auf diesen beruhen nicht nur neoliberale Diagnosen und Politikempfehlungen, sie haben heute auch vielfach als hegemoniale Normen und Interpretationsmuster Eingang in das zivilgesellschaftliche Alltagsbewusstsein gefunden. Hier gilt es, jene Spannungsfelder, Widersprüche und ideologischen Verkürzungen aufzuzeigen, die für die Praxis des Widerstands zugleich Anknüpfungspunkte sind oder auf unausgeschöpfte Möglichkeitshorizonte emanzipatorischer Politik verweisen. Solche Potentiale liegen auch im Verständnis und in der Interpretation von Demokratie. Für die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Neoliberalismus bedeutet dies, sich zunächst einmal den historischen Gehalt des Demokratiebegriffs zu vergegenwärtigen. Im Anschluss daran kann gezeigt werden, wie demokratische Praxen in der Perspektive des Neoliberalismus bewertet werden und der Begriff von Demokratie selbst neu zu rekonstruieren versucht wird.

Demokratie und die ‚soziale Frage‘

Der Begriff Demokratie leitet sich bekanntermaßen aus dem griechischen *demos* (das Volk) und *kratein* (herrschen) ab. Aber er impliziert nicht allein die

Herrschaft des (freien) Volkes, seine Beteiligung an der Gesetzgebung, dem Richten und der Regierung, sondern hat auch eine starke sozialpolitische Komponente. Denn auch unter den Bedingungen der antiken griechischen Sklavenhaltergesellschaft bestand die Mehrheit des freien Volkes vor allem aus Bauern, Handwerkern, Händlern u.ä. Diese waren zwar freie Bürger, jedoch zählten sie wahrlich nicht zu den Reichen der Gesellschaft. Insofern beinhaltete der Demokratiedanke hinsichtlich seiner historischen Genese auch die Vorstellung von einer Herrschaft der wenig Begüterten, der Armen, da diese schon immer die Mehrheit des (Staatsbürger-)Volkes bildeten.

Auch bei Aristoteles (384 - 322 v.u.Z.) finden sich Hinweise auf den Zusammenhang von Demokratie und der „sozialen Frage“. In seinem Plädoyer für einen gemäßigten demokratischen Verfassungsstaat (die *Politeia*) als die beste mögliche Staatsform, verweist er darauf, dass zu dessen Voraussetzungen eine auf einem bescheidenen Wohlstand beruhende, gesellschaftliche Mittelschicht gehöre, welche durch eine geeignete Sozialpolitik hergestellt werden müsse. Und knapp 2000 Jahre nach diesen Einsichten des Aristoteles formulierte Jean-Jacques Rousseau (1712 - 1778) an der Schwelle zur Französischen Revolution: „Wollt ihr dem Staat Bestand verleihen? Dann nähert die äußersten Rangstufen einander soweit wie möglich: duldet weder übermäßig Reiche noch Bettler. Diese beiden ihrem Wesen nach nicht voneinander zu trennenden Stände sind für das Gemeinwohl gleichermaßen verhängnisvoll; aus dem einen gehen die Förderer der Tyrannei und aus dem anderen die Tyrannen hervor; sie verschachern untereinander die öffentliche Freiheit (...).“

Die Rolle gesellschaftlicher Konflikte

Rousseau und andere, die gegen die vermeintliche „Gottesordnung“ des Feudalismus argumentierten, bedienten sich dabei der Idee eines freiwilligen Vertrags aller mit allen, auf dem die staatliche

Herrschaft zu gründen sei. Das Prinzip der Gleichheit der Individuen und der Selbstbestimmung stellten sie gegen die Prinzipien der aus einer überirdischen Ordnung abgeleiteten sozialen Ständehierarchie. Ihr radikaler Individualismus hob die feudale Vorstellung der Trennung von Regierten und zum Regieren Geschaffenen auf. Die Demokratie schien die dieser Vorstellung am ehesten entsprechende Staatsform.

Aber so sehr das Ideal der Gleichheit aller Menschen an der Wiege der bürgerlichen Gesellschaft Pate stand, so ungleich waren bekanntlich die Möglichkeiten und Chancen der Menschen indes in der realen Welt geblieben. Denn der Haken an der schönen Gründungsgeschichte vom Gesellschaftsvertrag war, dass die Gesellschaft natürlich immer schon da war, dem Einzelnen sozusagen voraus ging. Nicht die Vergesellschaftung der Individuen war das Besondere, sondern im Gegenteil, ihre Vereinzelnung wäre begründungsbedürftig. Mehr noch: die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ökonomie tendierte sogar dazu, die bestehenden Ungleichheiten noch zu vertiefen. Anstelle jenes Mythos vom Vertrag aller mit allen wurde so die reale ökonomische Dynamik und soziale Konflikthaftigkeit zum bestimmenden Widerspruchsverhältnis dieser Gesellschaftsformation und zum Motor von Transformationsprozessen.

Auch kamen dabei weniger die Interessenlagen von Einzelmenschen zum Tragen. Vielmehr waren es gesellschaftliche (Groß-)Gruppen - insbesondere Kapital und Arbeit - deren Divergenzen die Konfliktfelder strukturierten und sich in der Ausgestaltung institutioneller Arrangements niederschlugen. Zu den ursprünglichen Individualrechten, die quasi zu den Voraussetzungen für das Funktionieren des Kapitalismus gehören (Vertragsfreiheit, freie Berufswahl etc.), traten im Ergebnis dieser gesellschaftlichen Konflikte nach und nach weitere Rechte, die zuvor zu den Privilegien der Bessergestellten gehört hatten. Zunächst waren dies politische Rechte, wie das aktive und passive Wahlrecht, schließlich auch soziale und wirtschaftliche Rechte (Recht auf Bildung, Koalitionsfreiheit und Anerkennung von Tarifverträgen, Existenzsicherung etc.). Die sozialen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts waren insofern zum einen aus dem stets unvollständig eingelösten Gleichheitspostulat und dem Anspruch der Substitution des ‚Rechts der Herrschenden‘ durch die ‚Herrschaft des Rechts‘ entsprungen. Aber sie waren zum anderen ebenso Kämpfe um die Aneignung von gesellschaftlichen Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten sowie demokratisch-zivilgesellschaftlicher Gestaltungsräume.

Transformationsprozesse des Staates

Mit dieser Demokratisierung der Gesellschaft ging immer auch eine Veränderung des Staates und seiner Aufgaben einher. Marx hat die in diesem Prozess zum Tragen kommende Dialektik im Vorfeld der französischen Revolution von 1848 prägnant beschrieben: „Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie [die Demokratie, der Verf.] verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzte sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktionierte, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen“.

Und so, wie die Ausweitung der politischen Rechte das Gesicht des Staates veränderte, war dies auch der Fall im Hinblick auf die Durchsetzung sozialer und wirtschaftlicher Rechte. T. H. Marshall hat dies in seinem berühmten Aufsatz über Staatsbürgerrechte und soziale Klassen dargestellt: „Die Bestandteile eines zivilisierten und kultivierten Lebens, früher das Monopol weniger, wurde zunehmend in die Reichweite der Vielen gebracht, die dadurch ermutigt wurden, ihre Hände nach dem auszustrecken, was sich immer noch ihrem Zugriff entzog. Der Abbau der Ungleichheit stärkte die Forderung nach ihrer Abschaffung, zumindest hinsichtlich der Grundbestandteile sozialer Wohlfahrt.“

So geriet der liberale Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts in eine immer tiefer werdende Legitimationskrise. Der wirtschafts- und sozialpolitisch enthaltsame Nachwächterstaat hatte politisch und ökonomisch abgewirtschaftet. Doch von der Delegitimierung der bestehenden Politik zur politischen Realisierung von Alternativen war es noch ein steiniger Weg. Erst nach dem Elend zweier Weltkriege, einer Weltwirtschaftskrise und der Niederschlagung des Faschismus in Europa waren die politischen Kräfteverhältnisse so weit verändert, dass eine wohlfahrtsstaatliche Politik auf breiter Basis durchgesetzt werden konnte. Unabhängig von nationalen Variationen hinsichtlich seiner konkreten Ausgestaltung beruhte die öffentliche Legitimation des modernen Wohlfahrtsstaates letztlich auf drei Faktoren. Zum einen sollte der Staat fortan

verpflichtende Verantwortung für die kollektive Wohlfahrt seiner Bürgerinnen und Bürger und die Angleichung der Lebenschancen übernehmen und zweitens durch geeignete Maßnahmen auf den gesamtwirtschaftlichen Prozess steuernd und gestaltend Einfluss nehmen, um ein möglichst hohes Niveau dieses Wohlstands zu sichern - bei Bedarf auch gegen den Markt. Drittens war er die Basis für die Entwicklung des parlamentarisch-demokratischen Systems der nationalstaatlich organisierten Massendemokratie. Grade vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Faschismus sollten auf diesem Wege ökonomische Konzentrationsprozesse und Machtballungen eingedämmt und eine Demokratisierung auch der Wirtschaft befördert werden.

Die Probleme des Neoliberalismus mit der Demokratie

Die Krise des liberalen Kapitalismus in den 1920er Jahren war zugleich auch die Geburtsstunde der neoliberalen (Gegen-)Bewegung. Erst mit dem Abschwung jener ‚langen Welle‘ der Prosperität nach 1945 und den zunehmenden Stagnationserscheinungen des entwickelten Kapitalismus in den 1970er Jahren begann jedoch ihr eigentlicher Siegeszug. Die neoliberale Parole ‚Free Economy and a Strong State‘ (in den 1990er Jahren dann zur Forderung nach einem ‚schlanken Staat‘ umgeformt) wurde - zuerst unter den Bedingungen der chilenischen Militärdiktatur in den 1970er Jahren und dort im wahrsten Sinne des Wortes - zur materiellen Gewalt. Die krisenhaften Erscheinungen jener Zeit, die einsetzenden sozialen Transformationsprozesse und eine geringe Konfliktbereitschaft der politischen Klasse waren die Chancen für die neoliberale Bewegung ihre Agenda gesellschaftlich zu verankern. Aber nicht der Neoliberalismus war es, der diese Krise ausgelöst hatte, sondern er war nur - abgesehen von den durch ihn Begünstigten - ihr wohl erfolgreichster Trittbrettfahrer. Die krisenauslösenden Faktoren lagen zum einen in der Struktur der Formation selbst und den Grenzen ihrer inneren Logik in Anbetracht zunehmender ökonomischer Stagnationstendenzen bzw. einer strukturellen Überakkumulation des Kapitals. Und sie entstanden zum anderen aus den politischen und gesellschaftlichen Transformationen jener Zeit (Individualisierung, Auflösung tradiertter Milieus etc.), die die erfolgreiche wohlfahrtsstaatliche Zivilisierung des Kapitalismus selbst hervorgebracht hatte.

Menschliche Uninformiertheit und wohlfahrtsstaatlicher Populismus

Das verbindende Moment der Neoliberalen war und ist ihre erklärte Gegnerschaft zum Wohlfahrtsstaat und das Ziel, langfristig eine Re-Definition des Staates und seiner Aufgaben durchzusetzen. Dieser sollte nicht gegen die Gesetze des Marktes wirken, sondern ihnen zu umfassender Geltung verhelfen. Hierzu war es erforderlich, die vorherrschende Vorstellung einer mit den Mitteln der kollektiven Vernunft gestalteten Wirtschaftsgesellschaft, einschließlich ihrer demokratischen Organisation und damit verbundener kollektivvertraglicher Rechte umfassend zu bekämpfen und durch einen gesellschaftlichen Ökonomismus zu ersetzen. Das Ziel neoliberaler Theoriebildung war es letztlich, die Unbrauchbarkeit der Demokratie für die Steigerung der ökonomischen Effizienz und die Unterlegenheit kollektiver Vernunft gegenüber dem freien Markt und der Dynamik des Wettbewerbs nachzuweisen.

Die theoretische Basis dafür bildet die Konstruktion eines Menschenbildes (der Homo oeconomicus), das im Kern von folgenden Annahmen ausgeht: 1. Der Mensch ist an sich uninformiert über die gesellschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten und daher für politischen Populismus anfällig. 2. Die Vernunft des Menschen ist auf die Steigerung seines Eigennutzes gerichtet und der Markt ist die effektivste Instanz diesen zu maximieren, denn er gibt dem Einzelnen die Signale, die seinem Tun eine erfolgreiche Richtung weisen. 3. Statt auf kollektive Vernunft zu setzen, müssen die Menschen daher lernen, sich den anonymen Kräften des Marktes zu unterwerfen. 4. Menschen werden erst über Eigentum als Personen definiert und definieren sich folglich gegenseitig über Eigentum/Dinge.

Inhaltlich standen die neoliberalen Wirtschaftstheologen jedoch vor dem Problem, dass es unter den Bedingungen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung nach 1945 tatsächlich gelungen war, ein verhältnismäßig austariertes Verhältnis von Produktivitäts- und Nachfragewachstum zu gewährleisten. Ökonomisch ließ sich hier also schwerlich argumentieren. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu umgehen, bestand darin, ökonomische Annahmen auf außerökonomische Bereiche auszudehnen - etwa auf Wahlen oder die Politik als solche, soziale Institutionen, Interessengruppen etc. Dieser „Methodenimperialismus“ mündet dann in den Versuch nachzuweisen, dass die staatlich-institutionelle Veränderungen die ökonomische

Wachstumsdynamik lähmen und daher beseitigt werden müssen. Die Diagnose lautet „Bürokratie-Sklerose“ aufgrund von „Staatsversagen“ infolge einer sich verselbständigenden Politik im Interesse der Mehrheit (das sind in dieser Lesart die Masse der auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen). Der Staat werde von den Schlechtergestellten zur Umverteilung benutzt, insbesondere vermittelt der durch die Tarifautonomie gestärkten Gewerkschaften. Er mutiere zum sich selbst erhaltenden bürokratischen Leviathan, der den Leistungsträgern die Freiheit beschneidet. Daher gelte es, mittels des Marktes (oder ggf. der Simulation von Marktverhältnissen), die Interessengruppen und die staatliche Bürokratie zu ‚zähmen‘ und so dem Populismus und dem Einfluss der Mehrheit vorzubeugen.

Der deutsche Ökonom Carl Christian von Weizsäcker beispielsweise entgegnet in seinem Buch „Logik der Globalisierung“ den Kritikern, die auf die souveränitätsbeschränkende Wirkung der internationalen Finanzmärkte gegenüber einzelnen Staaten verweisen: „Gerade wenn man sich die Tendenz zur Kurzfristorientierung und Status quo-Orientierung der Politik, auch demokratischer Politik, vor Augen hält, ist es nicht unplausibel, dass in vielen Fällen die internationalen Kapitalmärkte einen disziplinierenden Einfluss auf die heimische Politik ausüben, im Sinne einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und im Sinne einer Beförderung von erforderlichen, aber schwer durchsetzbaren Veränderungen. (...) Es wird den antipopulistischen Kräften in der demokratischen Politik leichter gemacht, sich durchzusetzen, wenn es einen freien Kapitalmarkt gibt.“ Auf diese Weise wird der Kapitalmarkt zu einem „Wahrheitsmechanismus“ stilisiert, der die politischen Kräfte stützt „die in der nationalen Politik gegen Illusionismus, Populismus und übermäßige Staatsverschuldung ankämpfen“.

Beschränkung der „totalitären Demokratie“

Bereits Friedrich August von Hayek, einer der vielzitierten Vordenker der neoliberalen Bewegung, plädierte in seinen Schriften für eine Beschränkung der „unbegrenzten/totalitären Demokratie“. Statt solch entscheidende Dinge wie die Steuergesetzgebung u.ä. den „schwankenden Moden“ des Parlamentarismus zu überlassen, fordert er einen „Rat der Weisen“ einzurichten und diesen mit gesetzgeberischen Grundentscheidungen zu betrauen. Ihm sollten, nach seiner Vorstellung, Personen „in einem relativ reifen Alter“, d.h. zwischen 45 und 60 Jahren angehören, die ihr Amt über eine Wahlperiode von 15 Jahren

bekleiden, wobei jedes Jahr ein Fünfzehntel der Mitglieder durch Wahl ausgetauscht würden. Die gesellschaftliche Entwicklung würde dann von einer Elite und nicht von wechselnden demokratischen Mehrheiten gelenkt.

Ebenfalls einflussreich ist die Theorie des Ökonomen James M. Buchanan. Im Unterschied zu Hayek ist sein Anliegen stärker darauf gerichtet konkrete Wege für eine „konstitutionelle Revolution“ gegen den Wohlfahrtsstaat zu beschreiben. Letzteren stellt er zunächst als das Ergebnis sozialer Evolution dar, dass zwar unbeabsichtigt zustande gekommen sei, aber unzweifelhaft den objektiven Interessen der Menschen entgegenlaufe. Um dafür eine Begründung zu finden muss er zunächst die Gesellschaft dekonstruieren. Er tut dies in seiner Theorie, indem er sie in eine Vielzahl von Einzelverträgen auflöst und darauf aufbauend den politischen Prozess ökonomistisch umdeutet: „Auf dem Markt tauschen Individuen Äpfel gegen Apfelsinen, in der Politik tauschen sie vereinbarte Anteile am Beitrag zu den Kosten dessen, was man gemeinsam wünscht - von den Diensten der örtlichen Feuerwehr bis zu denen eines Richters.“

Mit dieser Methode wird nun die Geschichte der Entstehung des Staates neu geschrieben, und zwar als ein Resultat individueller Tauschhandlungen. Demzufolge lebten die Menschen zunächst in einem Zustand, der vom Kampf aller gegen alle geprägt war. Nach einer Weile würde sich aber selbst unter solchen Bedingungen eine gewisse stabile Lage eingependelt haben. Die Schwachen wussten, dass sie zu den Schwachen gehören und die Starken stahlen sich regelmäßig ihre Extraportion bei denen, die sich gegen sie nicht wehren konnten. Natürlich stets nur soviel, dass die Schwachen sich wieder berappeln konnten und ein nächster Raubzug erneut lohnend wäre. Schließlich empfiehlt es sich nicht, eine Ziege, die man melken will, zu schlachten. So ergab sich also eine Art „natürliche Verteilung“ des Eigentums bzw. des Reichtums.

Aufgrund ihres Eigeninteresses würden die Menschen dann erkennen, dass sie den Nutzen für alle steigern können, wenn sie einen „Abrüstungsvertrag“ vereinbaren. Die Schwachen würden in jedem Fall zustimmen, weil sie erhebliche Verteidigungsaufwendungen sparen. Ihr zusätzlicher Nutzengewinn wäre hoch, denn sie könnten die Mittel anders verwenden. Die Starken indes werden dann zustimmen, wenn sie auch weiterhin einen Teil ihrer ansonsten ohnehin realisierten Beute von den Schwachen erhalten. Da dies für die schwachen Habenichtse immer noch

günstiger ist als die ansonsten anfallenden Kosten der Verteidigung, werden sie dem dennoch zustimmen. Um dem Anreiz des Vertragsbruchs durch Einzelne und der Gefahr des Rückfalls in den Urzustand zu entgehen, wird der Staat ins Leben gerufen. Er soll als neutraler Schiedsrichter zunächst nicht mehr, als die bestehende Eigentumsordnung schützen. Werden über die Gewährleistung der Rechtsicherheit hinaus von Einzelnen oder von Vielen weitere öffentliche Güter gewünscht, so gelte für den Prozess der Entscheidungsfindung grundsätzlich die Einstimmigkeitsregel. Denn, so Buchanan, „die Regel der Einstimmigkeit bei kollektiver Wahl ist das politische Pendant zur Freiheit des Tausches teilbarer Güter auf Märkten“.

Werde diese Regel nicht beachtet, wie das bei der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates der Fall sei, so bestünde die Gefahr, dass die Mehrheit der Schwachen und Armen sich des Staates bediene, um unter dem Deckmantel eines überindividuellen Ideals der sozialen Gerechtigkeit/„guten Gesellschaft“ eine Politik der Umverteilung zu ihren Gunsten zu betreiben. Diesem Treiben aber würden die Starken nur eine geraume Weile tatenlos zusehen. Zum entscheidenden Verhaltensmotiv geraten dabei die sogenannten „Wie derverhandlungserwartungen“. Dabei wird unterstellt, dass die Individuen laufend ihren nutzenmäßigen Ist-Zustand im Rahmen der bestehenden Ordnung abschätzen. Als Maßstab diene ihnen dabei jene „natürliche Verteilung“, die aus dem praktizierten Recht des Stärkeren resultieren würde. Sind nun die Verhältnisse gegenüber diesem Referenzmaß nach dem Empfinden der Starken zu unvorteilhaft, so wachse ihre Bereitschaft zum „Vertragsbruch“. Die Gesellschaft stehe damit vor der Entscheidung, den Rückfall in einen anarchischen Urzustand zu riskieren, womit der Nutzen aller gemindert würde, oder mittels einer „konstitutionellen Revolution“ für eine Korrektur der Verteilungsrelationen zu sorgen. Da die bisher Privilegierten (d.h. diejenigen mit geringer Eigentumsausstattung) dabei am meisten zu verlieren hätten, wäre die Bereitschaft zu einer solchen Korrektur hoch.

Auch wenn die reale Gesellschaft nicht auf tatsächlich geschlossenen Verträgen beruht, lässt sie sich dennoch so betrachten, als ob dem so wäre. Danach bedroht die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung den sozialen Zusammenhalt bzw. befördert den Rückzug der Eliten aus der Gesellschaft, die damit ihre Leistungsträger verliert. Dadurch entstehe ein Verlust für alle, der ökonomisch gesehen gerade die Schwachen und Schlechtergestellten am härtesten treffe. Eine an den Präferenzen der

Einzelnen orientierte Politik müsse daher dafür Sorge tragen, dass dem Staat (der hier durchaus nicht rein national gedacht ist, sondern allgemein als Institution kollektiver Entscheidungsfindung) rechtliche Fesseln angelegt werden, damit Markt und Wettbewerb sich (wieder) frei entfalten können und Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse durch eine Mehrheit auch in Zukunft unterbunden bleiben. Wer auf der Suche nach praktischen Anwendungen dieser Formeln etwa an die Kriterien zur Beschränkung der Staatsverschuldung im Rahmen des EU-Stabilitätspakts denkt oder an die Implementierung von Liberalisierungsmaßnahmen und darauf folgender Privatisierungsdynamiken durch die Welthandelsorganisation (WTO) in den betroffenen Ländern, ist durchaus auf der richtigen Spur.

Ansätze der Kritik

Offen vorgetragene Demokratiefeindlichkeit lässt sich in den neoliberalen Theorien selten finden. Ihr Kennzeichen ist vielmehr ein ausgeprägter Demokratiepessimismus. Gesellschaftliche Missstände werden dabei allerdings nicht als Abweichung vom demokratischen Ideal gedeutet, sondern als dessen systematisches Ergebnis dargestellt. Albert O. Hirschman hat dieses Argumentationsmuster einmal treffend als „Gefährdungsthese“ und als „ein besonderes Kennzeichen ‚reaktionärer‘ Rhetorik“ charakterisiert. Diese Weise im Grundsatz immer eine Struktur auf, bei der versucht wird den Nachweis zu führen, dass aktuelle Veränderungen frühere Fortschritte zu unterminieren drohen. „Der Reaktionär schlüpft (...) in das Gewand des Progressiven und redet so, als sei für ihn die frühere wie die aktuelle Umgestaltung wünschenswert - um dann bezeichnenderweise herauszustellen, wie eine neue Reform im Fall ihres Vollzugs eine ältere, hochgeschätzte und darüber hinaus vielleicht erst kürzlich durchgesetzte aufs Äußerste *gefährden* würde.“ Zwar ist dieser Typus von Rhetorik geschichtlich nicht neu, doch stellt der Neoliberalismus mit seiner Warnung vor der bedrohlichen Wirkung des Wohlfahrtsstaats auf die Freiheit des Einzelnen und die Demokratie als solche, eine moderne Variante dieser „Gefährdungsthese“ dar.

Auf unterschiedlichen Begründungswegen münden neoliberale Analysen zumeist in ein und derselben Klage: *Der Markt ist für die Freiheit geboren und liegt doch überall an der Kette des Staates. Dieser ist zur Beute der Mehrheit der Habenichtse und ihrer Arbeitsmarktcartelle (sprich: Gewerkschaften) geworden, die ihn zu ihrem Nutzen als Umverteilungsmaschine betreiben.* Und die daran

anschließende Therapieempfehlung lautet dann: *Nur die Beschränkung der Reichweite von Mehrheitsentscheidungen schränkt die Gefahr ihres Missbrauchs ein.* Historisch betrachtet ist dies nicht nur die schlichte Umkehr jener konkreten Erfahrung aus dem Faschismus, in welchem der Staat tatsächlich zur Beute wurde - allerdings nicht der abhängig Beschäftigten, sondern der Konzerne! Es kommt faktisch auch einer Aufgabe des Demokratisierungsziels gleich.

In der neoliberalen Theorie wird Demokratie auf ein Ereignis reduziert, den Moment der Abstimmung. Das erinnert vielleicht nicht zufällig an die Machart bestimmter Fernsehshows: die Zuschauer können aus einem gegebenen Angebot wählen und wer gefällt darf im Spiel bleiben und das Publikum weiter ‚beglücken‘. Wie dieses Angebot zustande kommt bzw. wie die Menschen zu ihren Präferenzen und Positionen gelangen spielt keine Rolle. D.h. der Prozess der demokratischen Willensbildung wird analytisch auf ein simplexes Modell des politischen Tauschs reduziert, das kaum die höchst komplexen Vorgänge in der gesellschaftlichen Wirklichkeit abbildet. Meinungsbildung, kollektive Interessen und deren Organisation, Deliberation, Aushandlung, Konflikt und Kompromissbildung, dass alles verschwindet hinter einer Konzeption von Politik als Angebotsökonomie in einer Abstimmungsdemokratie.

Nicht anders verhält es sich mit dem Menschenbild des Homo oeconomicus, das als kompatible Verhaltensfolie theorieinklusive mitgeliefert und im Gefolge des real betriebenen neoliberalen Umbaus als gesellschaftliches Leitbild verankert wird (siehe etwa die „Ich-AG“, den „Arbeitskraftunternehmer“ o.ä.). Die Definition des Menschen über Eigentum, d.h. über seinen Bezug zu den Dingen, kommt in philosophischer Hinsicht der Unterstellung gleich, dass das Verhältnis der Menschen zueinander an sich, gar nicht hinterfragbar erscheint bzw. unmittelbar zum Gegenstand von Überlegungen zu seiner Gestaltung gemacht werden kann. Und es hat zur Folge, dass der Einzelne die Verfügung über individuelles Eigentum letztlich gar nicht in Frage stellen kann, ohne sich zugleich selbst in Frage zu stellen. Der Ökonom Amartya Sen hat dieses Menschenbild einmal treffend als das eines „rational fool“, eines „vernünftigen Idioten“ bezeichnet. Reale Komplexität und die Pluralität menschlicher Motive verkümmern in der neoliberalen Weltdeutung zu unterkomplexer Simplizität und motivationaler Eindimensionalität. An die Stelle der Unterordnung des Menschen unter eine göttliche Autorität, wie das für den Feudalismus kennzeichnend war, setzt der Neoliberalismus seine

Unterordnung unter die Autorität des Marktes. Das ist wohl ein sachlicher Unterschied, aber es bleibt ebenso autoritär und vollständig unvereinbar mit jenem Grundverständnis von Aufklärung als „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Kant).

Dabei ist es natürlich unstrittig, dass es Missstände in öffentlichen Verwaltungen, machthungrige Politiker mit Anerkennungs-pathologie oder korrupte Beamte gibt. Und wer hat sich schließlich noch nicht über die Eigenlogik staatlicher Bürokratie geärgert. Aber solche Probleme sind in der Regel nicht Ausdruck von zuviel, sondern von zu wenig Demokratie und Transparenz. Und statt diese zu beschränken, käme es dann vielmehr darauf an, den Prozess der Demokratisierung in den gesellschaftlichen Institutionen weiter voranzutreiben. Dass eine zunehmende Kluft zwischen Armen und Reichen diesem Unterfangen aufgrund der wachsenden Konflikte nicht eben förderlich ist und die erreichten demokratisch-zivilgesellschaftlichen Standards eher noch weiter unter Druck geraten, hat sich bis heute nicht geändert. Und auch heute verweisen etwa abnehmende Unternehmenssteuern bei steigenden Gewinn- und sinkenden Lohnquoten recht deutlich darauf, wer sich durch den Staat mehr und mehr gesellschaftliche Gratsleistungen organisiert.

Die neoliberale Theorie liefert für diese Renaissance der Ungleichheit das ideologische Rüstzeug indem sie eingängige Deutungsmuster zur Legitimation dieser Politik zugunsten der Eigentumsstarken produziert. Und das Bewusstsein über kollektive Interessen ist zumindest auf Seiten der Vermögens- und Einkommensmillionäre, der Transnationalen Unternehmen und Finanzmarktjongleure offenbar nach wie vor ebenso ausgeprägt, wie die Fähigkeit diese zur Geltung zu bringen - über alle Staatsgrenzen hinweg. Die neoliberale Hegemonie zu delegitimieren beginnt insofern dabei, Demokratie nicht individualistisch, sondern von den kollektiven Verhältnissen her zu denken, die offensichtlich nach wie vor das Feld des Politischen maßgeblich strukturieren. Dies erfordert dann auch, die Ökonomie wieder politisch zu denken, anstatt die Politik ökonomisch zu definieren.

Literaturhinweise

- Buchanan, James M. 1984: Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan, Tübingen
Buchanan, James M. 1989: Die Verfassung der Wirtschaftspolitik. Nobel-Lesung vom 8. 12. 1986, in: Recktenwald, Horst-Claus (Hrsg.): Die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaften 1969-1988, Düsseldorf, S. 932-947
Goldschmidt, Werner 1999: Stichwort: Staat/Staatsformen, in:

- Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie, Hamburg
- Hayek, Friedrich A. von 1981a: Recht, Gesetzgebung und Freiheit Band 2: Die Illusion sozialer Gerechtigkeit, Landsberg a. L.
- Hayek, Friedrich A. von 1981b: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, Landsberg a. L.
- Hirschman, Albert O. 1995: Denken gegen die Zukunft, Die Rhetorik der Reaktion, Frankfurt a. M.
- Kant, Immanuel 1977: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1, Werkausgabe, Bd. XI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a. M.
- Marshall, Thomas H. 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen, Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, hrsg. von Elmar Rieger, Frankfurt a. M.
- Marx, Karl; MEW 7: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Band 7, Berlin 1960, S. 9-107
- Reitzig, Jörg 2005: Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit - Legitimation und Hegemonie im Postfordismus, Münster (im Erscheinen, Verlag Westfälisches Dampfboot)
- Rousseau, Jean-Jacques 1989: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, in: Ders., Kulturkritische und Politische Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, hrsg. von Martin Fontius, Berlin
- Schui, Herbert; Blankenburg, Stephanie 2002: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg
- Weizsäcker, Carl Christian von 1999: Logik der Globalisierung, Göttingen

Ein neuer Imperialismus?

Christoph Görg¹

Noch vor wenigen Jahren schien fast undenkbar, was heute die Spatzen von den Dächern pfeifen – der verstärkte Einsatz militärischer Macht als Mittel ökonomischer Expansion. Inzwischen wird besonders der derzeitigen US-Administration von fast allen Seiten der Drang nach weltweiter Hegemonie, nach militärischer Dominanz oder schlicht der Aufbau eines US-Empires vorgehalten. Und die Evidenzen, die auf einen erneuerten oder wieder stärker sichtbaren Imperialismus der USA hindeuten, sind in der Tat enorm. Doch worum geht es genau? Sind die verschiedenen Begriffe – Hegemonie, Dominanz, Empire oder Imperialismus – mehr oder weniger austauschbar? Geht es um eine USA-geführte Weltherrschaft oder um eine imperialistische Globalisierung im weiteren Sinne? Zudem steht die Frage im Raum, was nun tatsächlich neu ist, nicht nur im Hinblick auf andere Phasen des Imperialismus, sondern auch mit Blick auf die unter neoliberalen Vorzeichen betriebene Phase kapitalistischer Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre. Die Verwendung des Imperialismusbegriffs wirft also, bei aller offenkundigen Evidenz, einige Fragen auf, die keineswegs rein akademischer Natur sind, sondern weitreichende politische Implikationen beinhalten, besonders im Hinblick darauf, wie denn der Krieg im Irak im Kontext einer neuen Weltordnung einzuordnen und mit welchen Begriffen sowohl die Strategie der US-Regierung als auch die Reaktion des „alten Europas“ zu begreifen sind.

Wenigstens drei Gründe stehen einer allzu leichtfertigen Anklage des US-Imperialismus entgegen: *Erstens* sind imperialistische Tendenzen in der heutigen Weltlage gerade keine neue Entwicklung, die erst nach dem 11. September 2001 oder dem Krieg im Irak hervorgetreten wären, sondern schon in der neuen Phase kapitalistischer Globalisierung der letzten 25 Jahre systematisch angelegt. *Zweitens* wird die neue US-Strategie mit der These der Herausbildung eines US-Imperialismus oder einer US-Hegemonie nicht richtig beschrieben. Während die Tendenz zur Ausbildung eines neuen Imperialismus tatsächlich eher strukturell angelegt ist, ist der Wandel in der Strategie der US-Regierung in erster Linie Ausdruck einer Krise neoliberaler Hegemonie bzw. des Aufbrechens der Widersprüche dieses imperialen Modells. Last, but not least, geht mit der einseitigen Anklage der USA *drittens* eine Entlastung Europas einher, die wiederum politisch im Rahmen eigener

Hegemonialprojekte ausgenutzt wird. Anstatt aber den US-Imperialismus anzuklagen und für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen, sollte man die gemeinsamen Interessen von USA und Europa nicht außer Acht lassen – und damit verbundene imperiale Projekte, die sowohl Gemeinsamkeiten wie Unterschiede aufweisen.

Was ist neu?

Auffällig ist zunächst in der Tat die Konjunktur des Imperialismusbegriffs. Während beim 2. Golfkrieg vor 13 Jahren noch (fast) niemand von Imperialismus reden wollte, reden heute alle davon. Dies „alle“ ist wiederum fast wörtlich zu nehmen: der Imperialismusbegriff wird heute keineswegs nur – oder auch nur überwiegend – von links verwendet, sondern ebenso von rechts zu nationalistischen Zwecken instrumentalisiert. Mehr noch. Er wird in den USA selbst, wo die Beiträge mit Imperialismus oder Empire im Namen kaum noch überschaubar sind, durchaus auch affirmativ gebraucht: als Bezeichnung der vermeintlichen Aufgabe bzw. der Verantwortung der USA in und für die Welt. Eine „freundliche Form des Imperialismus“ habe die „Bürde des postmodernen Mannes“ zu tragen,

meint ein früherer Berater Toni Blairs.² Das Bild, das dabei über alle sonstigen politischen Differenzen hinweg immer wieder gezeichnet wird, ist ebenso einfach wie falsch. Danach sei mit dem 11.09.01 und der damit verbundenen Durchsetzung der Bush-Doktrin als neuer sicherheitspolitischer Strategie der USA eine völlig neue Konstellation in die Welt gekommen, eine Konstellation, die mit einem höchst selektiven Unilateralismus – oder drastischer: einem „america first“ auf allen Ebenen, von der globalen Umweltpolitik über internationale (Ab-)Rüstungsverträge, dem internationalen Strafgerichtshof bis zur Bündnispolitik in UNO und NATO – sowie dem verstärkten Einsatz militärischer Macht (als Drohung und als Kriegseinsatz) verbunden sei. Dass dieses Jahrhundert mit einem Wandel der Koordinaten internationaler Politik begonnen hat, soll nun keineswegs bezweifelt werden. Aber das Neue in der heutigen Situation liegt gerade nicht im Imperialismus der USA. Denn der Imperialismusbegriff ist nicht so recht geeignet, um den Wandel in der US-Außenpolitik zu greifen.

Wir befinden uns also zwar in einer neuen Situation, aber die Neuheit hat mehr damit zu tun, dass die Widersprüche neoliberaler Globalisierung aufbrechen und sich zu Krisen und Konflikten verdichten, und zwar auf verschiedenen Ebenen: Zwischen den

kapitalistischen Zentren, zwischen Nord und Süd, innerhalb wichtiger Staaten in Nord und Süd, etc. Zudem ist die Infragestellung der neoliberalen Hegemonie durch die neuen globalen Bewegungen und der damit verbundene Legitimationsverlust der wichtigsten Institutionen neoliberaler Globalisierung (Welthandelsorganisation WTO, Weltwirtschaftsforum u.a.) im Auge zu behalten. Auf diese Krisen wird nicht nur mit militärischer Gewalt nach Außen reagiert, sondern der „disziplinierende Neoliberalismus“ (Gill 2003) geht auch innerhalb der Nationalstaaten zunehmend repressiv vor, sei es in der Sicherheits- und Migrationspolitik, sei es gegenüber Arbeitslosen oder in der Sozialpolitik. Gerade der Krieg im Irak steht für eine *Krise der Hegemonie*, wenn man den Begriff der Hegemonie sorgfältig verwendet. Hegemonie ist nämlich gerade nicht mit Dominanz oder Vormacht zu verwechseln, insofern Hegemonie eben auch die Fähigkeit zur politischen Führung, zur Organisation eines Konsenses sowie zum Eingehen von Kompromissen mit schwächeren Akteuren beinhaltet, wobei die Kompromisse die Interessen dieser Akteure wenigstens selektiv berücksichtigen müssen. Von all dem kann heute keine Rede sein. Weder waren die USA (bislang) im Gegensatz zum zweiten Golfkrieg 1991 in der Lage, einen globalen Konsens zu organisieren. Vielmehr haben sie Dissens selbst mit ihren engsten Verbündeten geradezu heraufbeschworen. Noch ist die derzeitige US-Administration bereit, tiefergehende Kompromisse mit Konkurrenten oder subalternen Akteuren einzugehen. Am ehesten werden sie vielleicht noch im Hinblick auf die Ausbeutung des Iraks dazu gezwungen werden, weil hier ein Alleingang allzu sehr die Legitimität des Vorgehens beschädigt. Besser fürs Geschäft ist es, hier das Bild eines „gemeinsamen Wiederaufbaus“ zu verbreiten. Zumindest deutet sich hier schon ein Kompromiss zwischen der „Koalition der Willigen“ und dem „alten Europa“ an, frei nach der Devise: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“. Und die vermeintlichen „Bewahrer des Völkerrechts“ in Berlin und Paris werden diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen. Während man sich in der Kriegsfrage in die Wolle geraten war, will man wenigstens das Geschäft mit dem Wiederaufbau nicht verpassen – selbst um den Preis, den Krieg dabei nachträglich völkerrechtlich zu legitimieren. Soviel zum Verhältnis von Recht, Moral, Macht und Geschäft in der neuen Weltordnung.

Aufgrund der strukturellen Schwäche der US-Ökonomie sind jedoch größere Zugeständnisse zur Reorganisation der Weltökonomie im Augenblick kaum zu erwarten – und diese Schwäche wird durch die Rüstungspolitik der derzeitigen US-Regierung wie

deren prestigeträchtiges Weltraumabenteuer noch verstärkt. Strukturelle Dominanz in militärischer und ökonomischer Hinsicht geht also mit einer Krise der Führungsfähigkeit der USA einher. Wegen dieser Verwechslung von Dominanz und Hegemonie geht eine Einschätzung fehl, für die exemplarisch der prominente Globalisierungskritiker Walden Bello vom Third World Network steht. In einem Interview mit der *Tageszeitung* (vom 28./29. Juni 2003) sprach er von einem Übergang von der *multilateralen Globalisierung* zu einem unilateral betriebenen *Imperialismus der USA* und forderte von den globalen sozialen Bewegungen eine Theorie und Kritik des Imperialismus. Während ihm in diesem letzten Punkt uneingeschränkt Recht zu geben ist (schon um die Gefahren eines platten Antiimperialismus der 1970er Jahre zu vermeiden), ist ihm gerade deshalb im ersten Punkt zu widersprechen. Bello hebt hervor, dass nicht länger die gemeinsame, multilaterale Gestaltung der Globalisierung im Interesse der globalen kapitalistischen Klasse der Motor der Gestaltung ist. Vielmehr habe sich die Regierung der USA daraus zurückgezogen und verfolge nun einseitig die Interessen des US-Kapitals, teilweise offen protektionistisch, teilweise durch Obstruktion der multilateralen Institutionen bis hin zur Blockade der WTO oder des Internationalen Währungsfonds (IMF). Der Fehler liegt nun einmal im Verständnis dieser multilateralen Institutionen, die weit weniger auf eine Gestaltung gemeinsamer Problemlagen ausgerichtet waren, als man gemeinhin denkt und die schon immer die divergierenden Interessenlagen unterschiedlicher Machtblöcke – von USA, Japan und EU bzw. von Südländern – höchst selektiv repräsentierten. Haben sich in ihnen globale Kräfteverhältnisse verdichtet, dann war die tatsächliche Regulierungswirkung dieser Institutionen gekennzeichnet von recht einseitigen nationalen Interessen wie auch Klasseninteressen.³

Darüber hinaus war die Phase neoliberaler Globalisierung selbst schon viel stärker imperialistisch geprägt, als man gemeinhin annimmt. Und diese Phase ist auch keineswegs vorbei. Vielmehr wird in der Krise neoliberaler Globalisierung der Kampf um die Gestaltung der „neuen Weltordnung“ erst richtig offen ausgetragen, gerade weil die Regierung der USA die Führungsfähigkeit weitgehend verloren hat. Man kommt dieser Entwicklung auf die Spur, wenn man sich die Wandlungen des Imperialismus im 20. Jahrhundert genauer anschaut. Die aktuelle Entwicklung nach dem 11. September wird von Leo Panitch und Sam Gindin (2003, 1) folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „The American Empire is no longer concealed.“ Neu ist nicht der Imperialismus, neu ist sein offenkundiges Hervortreten. Entscheidend

für das genauere Verständnis ist dabei das Verhältnis ökonomisch-technischer, politisch-staatlicher und militärischer Dimensionen. Panitch und Gindin gehen davon aus, dass Imperialismus nicht allein von einem Phasenmodell ökonomischer Entwicklung her bestimmt werden kann, wie dies viele klassische Imperialismustheorien versucht haben, sondern dass die Rolle des Staates entscheidend ist. Der neue Imperialismus weist zudem noch weitere Differenzen zum klassischen Zeitalter des Imperialismus auf, die in der Analyse berücksichtigt werden müssen. Im Gegensatz zur historischen Phase vor dem 1. Weltkrieg ist die heutige Situation nicht durch eine Konkurrenz der imperialen Großmächte geprägt, zumindest nicht auf militärischem Gebiet. Dafür ist heute die Vormachtstellung der einzigen Supermacht zu eindeutig. Wenn gegen die USA selbst die anderen Industrienationen zusammengenommen keinen Krieg gewinnen könnten, dann heißt dies aber nicht, dass nicht Konkurrenzen im ökonomischen wie im politischen Bereich existieren – nur werden sie in das Mit- und Gegeneinander internationaler Institutionen und Organisationen übersetzt. Zudem zielt der neue Imperialismus, im Gegensatz zur Festigung und Ausbau der Kolonialreiche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nicht auf die direkte Einverleibung anderer Territorien. Zwar geht es durchaus um die Kontrolle über Territorien, aber die effizientere Methode ist die des nation-buildings und der Einsetzung genehmer Regierungen. Mehr noch: Auch ein Imperium unter amerikanischer Vormacht, wie es Panitch und Gindin analysieren, stützt sich in seiner Herrschaft auf formal unabhängige und souveräne Nationalstaaten, die aber gleichwohl zur Absicherung kapitalistischer Verhältnisse allgemein wie der US-Interessen dienen. Darin kann man übrigens eine Spezifität des US-Imperialismus und auch eine Kontinuität von der Monroe-Doktrin des frühen 19. zur Bush-Doktrin des frühen 21. Jahrhunderts erkennen: notfalls militärisch und präventiv einzugreifen, wenn die eigenen Interessen dies als notwendig erscheinen lassen, aber danach „befreundete“ Regierungen einzusetzen, die für Stabilität sorgen sollen (Paech 2003).

Eine weitere Differenz betrifft die klassischen Imperialismustheorien von Lenin, Hilferding und Bucharin: nämlich die Annahme, der Imperialismus stelle ein letztes Stadium des Kapitalismus dar und weise aufgrund seiner inneren Organisation schon Züge auf, die den Übergang zum Sozialismus vorbereiten. Dahinter steckt eine politisch gefährliche Geschichtsphilosophie, ein linearer Evolutionismus, der die komplexen und z.T. widersprüchlichen Prozesse an der kapitalistischen Peripherie nicht richtig

zur Kenntnis nimmt und im Kern auf den Fortschritt der Produktivkräfte vertraut (zur Kritik: Kößler 2003). Bei allen Differenzen hat selbst die Diagnose des *Empires* und der Entstehung einer Multitude bei Michael Hardt und Antonio Negri (2002), die in der wachsenden Bedeutung immaterieller Arbeit verankert ist, von diesem geschichtsphilosophischen Optimismus einiges geerbt.

Gleichwohl gibt es nicht „die“ klassische Imperialismustheorie, die gleichermaßen über den Haufen zu werfen wäre. Denn gerade Rosa Luxemburg hat in ihrer Akkumulationstheorie ein anderes Modell entworfen, das auch heute noch eine wichtige Basis einer Imperialismustheorie dienen kann (Kößler 2003). Danach entwickelt sich der Kapitalismus in einer nichtkapitalistischen Umwelt, die er zu seiner eigenen Reproduktion ebenso sehr bedarf wie er sie immer wieder seinen eigenen Gesetzen subsumiert. Dies bedeutet die Permanentstellung der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ (Marx), die dann eben nicht nur der Vorgeschichte der Entstehung des Kapitalismus angehört, sondern ihn in verschiedenen Erscheinungsformen in seiner Entwicklung auch weiterhin begleitet (Harvey 2003; Alnasser 2004). Und diese Unterwerfung nichtkapitalistischer Produktions- und Lebensweisen wie auch die Inwertsetzung neuartiger Ressourcen, wie z.B. der genetischen Ressourcen (Brand/Görg 2003), ist kein rein ökonomischer Prozess, sondern wird von politisch-rechtlichen Faktoren bis hin zu offener Gewalt begleitet. Gewalt war nicht nur der Geburtshelfer dieser neuen Gesellschaftsformation (Marx 1976), sie begleitet die kapitalistische Entwicklung auch weiterhin.

Umriss eines neuen Imperialismus

Der Hauptfehler in der Einschätzung der heutigen Situation liegt also darin begründet, dass die Bedeutung von staatlicher Herrschaft und militärischer Gewalt in der neuen Runde kapitalistischer Globalisierung seit den 1970er Jahren nicht angemessen berücksichtigt wurde. Entgegen der Ideologie des Neoliberalismus bedurfte es ihrer, um die vermeintlich ehernen Gesetze des Marktes global durchzusetzen und zu stabilisieren. Als Minimalbedingungen für einen Imperialismusbegriff sind damit drei Faktoren zu berücksichtigen: Einmal eine ökonomisch expansive Tendenz, die zunehmend wissenschaftlich-technisch vorangetrieben wird (Stichwort: neuere Bio- und Gentechnologien, I&K-Technologien), aber in Ihrem Kern auf dem Zwang zur erweiterten Reproduktion des Kapitals zurückgeht. Auch die neoliberale Globalisierung ist im Grunde nur eine Variante

kapitalistischer Expansion, die, nach der Phase der fordistischen „inneren Landnahme“ (Lutz 1984), d.h. der Durchkapitalisierung der entwickelten Industriegesellschaften, nun wieder verstärkt auf periphere Regionen setzt. Was aber nach Außen als eine Tendenz des Kapitals erscheint, „eine Welt nach dem Bilde des Kapitals zu schaffen“ (Marx/Engels 1844), das erscheint nach Innen als „introvertierter Imperialismus“ (Narr 2003), als Tendenz zur Durchdringung auch der letzten noch traditional geprägten nicht-warenförmigen Lebensformen durch die Imperative der Kapitalakkumulation und die direktere Unterordnung aller Lebensbereiche (incl. der Gesundheits- und Sozialpolitik) unter Verwertungsaspekte. Dies alles geschah in der Phase fordistischer Durchkapitalisierung der Reproduktionssphäre mit Hilfe von Massenkonsumgütern, die aber durch staatliche Maßnahmen, eine Durchstaatlichung der Gesellschaft, aufgefangen und abgesichert werden musste (Hirsch 1980). Genauso wird auch der introvertierte Imperialismus des disziplinierenden Neoliberalismus von einem immer massiveren Ausbau repressiver wie ideologischer Staatsapparate begleitet.

Wenn insofern der Kapitalismus in seiner Genese wie in seiner weiteren Entwicklung immer von einer Tendenz zur ökonomischen Expansion notwendig begleitet wird, unterbrochen von periodischen Krisen zur Bereinigung überschüssigen Kapitals, dann bedarf es eines weiteren Faktors, um von Imperialismus sprechen zu können: der Absicherung widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse durch staatliche Herrschaft. Es war fatal für das Verständnis neoliberaler Globalisierung, dass diese Funktion des (National-)Staates ignoriert wurde und lange Zeit von einem Absterben oder einer Erosion des Nationalstaates gesprochen wurde. Dadurch entging der Analyse nicht nur, inwieweit der sich durchsetzende Weltmarkt tatsächlich politisch-staatlich abgesichert wurde. Auch die Bedeutung internationaler Institutionen wurde letztlich verfehlt, weil ihr Verhältnis zur nationalen Ebene in Form eines Nullsummenspiels analysiert wurde: was jene gewinnt, schien demnach zu Lasten des Nationalstaats zu gehen. Doch das Zusammenspiel ist ungleich komplexer. So haben wir es einmal mit einer Ebene globaler, vor allem diskursiver Hegemonie zu tun, die nicht von einem Nationalstaat wie den USA ausgeübt wird. Vielmehr verdichtet sie sich in einer neoliberalen Denkweise, die von einer globalen Elite aus Vertretern transnationaler Konzerne, internationaler Organisationen und nationalen Regierungen durchgesetzt und in internationalen Organisationen unterschiedlicher Art (von Weltbank

und IMF bis zum World Economic Forum in Davos) verankert ist.

Insofern wird globale Herrschaft nicht nur im Nationalstaat (auch nicht den USA allein) verkörpert. Andererseits bedarf sie aber immer auch des Nationalstaats, gerade deshalb, weil sich zwar hinter der diskursiven Hegemonie als eine globale Elite verbirgt, gleichwohl die Interessenlagen und Klassenverhältnisse ungleich komplexer und immer noch national gebrochen sind. Selbst eine transnationale Managerklasse ist nicht völlig von der nationalen Ebene abgelöst, weil sie sich immer wieder in nationalen Kompromissen mit anderen Akteure niederschlagen, d.h. in konkreten Kräfteverhältnissen

„verdichten“ muss⁴. Welche Bedeutung nationale Herrschaft auch in Zeiten neoliberaler Globalisierung hat, kann man gerade ex negativo erkennen, d.h. an Beispielen, wo die Herrschaft nicht mehr richtig funktioniert, an den in der letzten Zeit immer mehr ins Gerede gekommenen „failed states“. Eines der zentralen Mechanismen, die durch imperiale Herrschaft heute ausgeübt wird, ist die Methode des nation-buildings, oder, wo dies misslingt, wenigstens des state-buildings. Dabei sind diese Einsatzstellen imperialer Macht aufs engste mit der expansiven Tendenz des Kapitals und seinen Folgen verbunden, wenn auch nicht unbedingt kausal im Sinne eines Widerstands der benachteiligten Opfer der Globalisierung. Den wirklichen Zusammenhang zeigt eine Denkfigur und eine darauf aufbauende Weltkarte, die ein Berater von US-Verteidigungsminister Rumsfeld entworfen hat (Barnett 2003). Danach wird die Welt in einen *funktionierenden Kern* und eine *nichtintegrierte Lücke* unterteilt: in Gebiete, in denen die Globalisierung funktioniert und in solche, in denen sie nicht funktioniert – was nebenbei gesagt falsch ist, denn die Herstellung einer räumlich ungleichen Entwicklung ist gerade das Kennzeichen kapitalistischer Globalisierung; auch dort funktioniert sie, nur produziert sie Verlierer (Harvey 1997). Und diese nichtintegrierten Lücken sind der Einsatzpunkt militärischer Maßnahmen, wenn eben die nationalstaatliche Herrschaft zur Stabilisierung kapitalistischer Expansion versagt, oder wenn, wie im Fall des Irak, bestehende Staaten nicht mehr als funktional und berechenbar angesehen werden. Dabei ist es keine Frage, dass in vielen Teilen der Welt selbst ein minimales Interesse an Ausbeutung und Kontrolle nicht vorhanden ist, dass diese „globalen Favelas“ (Buckel 2004) sich selbst überlassen werden oder durch Privatbanden kontrolliert werden. Die Strategie der Befriedigung durch State-building setzt erst dann

ein, wenn eine Ausweitung des Konflikts droht (durch Migration oder den Export von Terror) oder er in die globale Medienöffentlichkeit Eingang findet.

So oder so: Militärische Gewalt gehört zum Imperialismus notwendig hinzu – und sie hat auch die neoliberale Globalisierung von Beginn an begleitet. Schon die ersten Experimente der Chicago Boys, der neoliberalen Vordenker um Milton Friedmann, wurden durch den Militärputsch in Chile ermöglicht; für die „Reaganomics“ der frühen 1980er Jahre war der Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion zentral; zahlreiche Kriege vor und nach dem Ende der Blockkonfrontation wurden um die Kontrolle von Einflussphären geführt – von Guatemala und Nicaragua über den zweiten Golfkrieg bis nach Jugoslawien und in den Kongo. Allerdings war man bis in die späten 1990er Jahre hinein noch der Ideologie des Neoliberalismus wie dem Glauben an die kooperativen Kräfte des Multilateralismus erlegen: wenn die Interdependenz, die gegenseitigen Abhängigkeiten, und die Verregelung bzw. Verrechtlichung der internationalen Beziehungen steigen, dann haben Krieg und Gewalt als Mittel der Politik bald ausgespielt – glaubte man. Dabei waren diese Beziehungen tatsächlich von extrem einseitigen Abhängigkeiten geprägt, wobei gar nicht unbedingt Militär und Gewalt im Vordergrund stehen müssen. Vielmehr ließen sich bei genauerer Betrachtung unterschiedliche Formen des Imperialismus auseinander halten: von einem „informellen Imperium“, das Frankreich mit Hilfe der Währung (Franc bzw. Euro) über das frankophone Afrika ausübt,⁵ bei dem notfalls aber auch das französische Militär zum Einsatz kommt, bis zur unverhüllten militärischen Dominanz der USA in „ihrem Hinterhof“, in Panama und Grenada.

Militärische Mittel sind also immer, wenn auch in unterschiedlichem Maße im Spiel. Das besondere an der heutigen Situation scheint keineswegs ihr Einsatz an sich zu sein, auch wenn die Rüstungsausgaben wieder enorm steigen. Verändert hat sich dagegen die öffentliche Rahmung von Krieg und Gewalt, die nicht mehr als vorübergehende Relikte einer Zeit des Kalten Krieges, sondern als konstitutives und unverzichtbares Element der neuen Weltordnung akzeptiert werden. Dabei werden auch mehr oder weniger verdeckte Abhängigkeiten wieder stärker sichtbar und in Kompromissen gebändigte Konkurrenzen brechen auf. Verschiedene Ebenen lassen sich dabei unterscheiden. Einmal die Blockade wichtiger Institutionen neoliberaler Globalisierung wie vor allem die WTO, die die divergierenden

Interessen von USA und EU, von Industrie- und Entwicklungsländern immer weniger integrieren kann und die daher in eine Dauerkrise geraten sind. Zudem eine Krise neoliberaler Hegemonie, zwar nicht in allen Ländern (z.B. nicht in der BRD), wohl aber in einigen Regionen der Welt, u.a. auch aufgrund der Gegenwehr der globalisierungskritischen Bewegungen, die ihre Folgen sichtbar gemacht haben. Und nicht zuletzt die fehlenden Führungsqualitäten der USA, die zwar immer noch als militärische und auch als ökonomische Vormacht auftreten, deren Hegemoniefähigkeit aber strukturell erschüttert ist. Aufgrund dieser relativen Schwäche wird militärische Gewalt als Mittel zur Interessendurchsetzung wie der Konfliktaustragung aufgewertet. In welche Richtung dabei die Überlegungen der US-Regierung gehen zeigt das neue Buch des Pentagon-Beraters Richard Perle: auch Saudi-Arabien und Frankreich (!) müssten als Rivalen und mögliche Feinde angesehen werden.⁶ Wenn und weil die Sicherung US-amerikanischer Interessen auf politischem Wege verbaut oder erschwert erscheinen, werden präventive Militärschläge und andere militärische Mittel aufgewertet – und sie geraten selbst in den Horizont der Austragung innerkapitalistischer Konkurrenzen. Und trotzdem haben wir nicht die Situation von vor 1914 vor uns, sondern bislang nur ein strategisches Modell der Hardliner unter den US-Republikanern. Entscheidend ist vielmehr, wie sich das Verhältnis zwischen gemeinsamen Interessen der dominierenden kapitalistischen Staaten und ihrer Konkurrenz entwickelt.

Wie wir am Beispiel des EU-Erweiterungsprozesses sehen konnten, hat die USA noch genügend politischen Einfluss, um ein stärker werden des Konkurrenten hintertreiben zu können. Andererseits könnte die Tendenz zu einem „Kerneuropa“ unter Führung Deutschlands und Frankreichs die außenpolitische Bedeutung Europas eher erhöhen wie seine militärische Integration vorantreiben. In diesem Kontext ist der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee zu verorten, die in jedem Winkel der Welt zum Einsatz kommen kann. Im Ausspruch von Verteidigungsminister Struck, die deutsche Sicherheit werde „auch am Hindukusch verteidigt“, wird der imperiale Anspruch auch ganz offen ausgesprochen – und kaum jemand hat sich darüber noch aufgeregt. Zwar ist die militärische Überlegenheit der USA auf Jahre hinaus noch gegeben. Deswegen ist die Bezeichnung von Panitch und Gindin als „american empire“ nicht ganz falsch – wenn berücksichtigt wird, dass die USA nicht allein ihre „nationalen Interessen“ oder auch nur die ihres nationalen Kapitals verteidigen, sondern die expansive Tendenz kapitalistischer Globalisierung

und ihre destruktiven Folgen im Ganzen absichern. Genau gegen diese Dominanz richtet sich aber das Aufbegehren Europas – und deswegen ist es politisch fatal, einseitig den „US-Imperialismus“ anzuklagen und die Rolle Europas affirmativ als Gegengewicht, gar als Gegenmodell zum Neoliberalismus, zu beschreiben.

In welche Richtung diese Diskussion geht, konnte sehr deutlich an einem Beitrag von Herfried Münkler zur „Botschaft der Athene“ beobachtet werden.⁷ Athene wird hier als Verkörperung des Prinzips der Sicherung und Kontrolle der Rahmenbedingungen der eigenen Entwicklung eingeführt. Genau in dieser Funktion sei sie ein Modell, das es Europa ermöglichen soll, aus seiner abhängigen und untergeordneten Rolle im Verhältnis zu den USA herauszukommen. Seien diese der „globale ideelle Gesamtkapitalist“, dann müsse sich Europa von einer Abhängigkeit befreien, die darin besteht, dass die Versorgung mit strategischen Ressourcen nur durch die USA gesichert werden können. Und dazu bedürfe es eben auch militärischer Anstrengungen. Raus aus der Rolle des Tellerwäschers, der fürs Saubermachen zuständig ist, und hin zur Rolle des (männlichen, kriegerischen) Ernährers, der für die Zufuhr von lebenswichtigen Ressourcen selbst sorgen kann, so die Botschaft von Münkler.

Deutlicher kann man das Bild nicht zeichnen. Gemeinsam haben Europa und USA die Abhängigkeit von strategischen Ressourcen ebenso wie die Sicherung von Einflussphären zur Kapitalverwertung – die Absicherung der kapitalistischen Expansion. Beide nehmen jedoch bislang in dieser imperialistischen Globalisierung unterschiedliche Rollen ein, die gerade im Kontext des Irak-Krieges aufzubrechen scheinen. Wenn Europa dabei immer noch militärisch zu schwach ist, dann liegt es nahe, ein etwas anderes Modell, ein etwas anderes imperiales Projekt zu verfolgen, das mehr auf ökonomische und finanzielle Mittel setzt. Und es erscheint auch rational, den stärkeren Konkurrenten in ein multilaterales Regelsystem einzubinden, weil dadurch seine Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind. Genau dies gelingt aber immer weniger – und deshalb muss man andere, verstärkt eigene militärische Wege gehen, um die Abhängigkeiten von den USA zu verringern. Dabei ist aber noch lange nicht gesagt, dass Europa und sein derzeitiges politisches Personal tatsächlich die Kontrolle über die Rahmenbedingungen erreichen kann oder will, wie dies Münkler vorgibt. Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die politischen und kulturellen Verflechtungen machen dies zunehmend unwahrscheinlich. Aber

was tatsächlich intendiert ist – und was durch die euro-nationalistische Rhetorik vieler Intellektueller, die Europa als Gegenprinzip wie Gegengewicht zum bösen Amerika anpreisen, verdeckt wird – ist zumindest zunächst nur eine graduelle Verschiebung in den Kräfteverhältnissen, oder um es in der Sprache der Diplomatie zu formulieren: mehr außenpolitischer Spielraum zur Verfolgung eigener imperialer Projekte. Deshalb ist eine plakative Anklage der USA oder der Bush-Regierung politisch so fatal; und deshalb sollte die Beliebtheit von Michael Moore in Deutschland und Europa zu denken geben. Man müsste also sehr viel genauer verschiedene imperiale Projekte auseinander halten und auch die Möglichkeit imperialer Konkurrenz nicht vorschnell ausschließen, trotz der wieder mehr devoten Haltung der Bundesregierung gegenüber der US-Regierung. Und man darf nicht aus den Augen verlieren, dass eine imperialistische Strategie nach Außen durch eine imperialistische Strategie nach Innen ergänzt wird. Insofern ist die Unterwerfung sozialer Verhältnisse unter die Imperative der Kapitalakkumulation, wie sie im derzeitigen „Umbau des Sozialstaats“ erfolgt, tatsächlich nur die Kehrseite einer Inwertsetzung externer Ressourcen.

Literatur:

- Alnasser, Sabah (2004): *Periphere Regulation*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Barnett, Thomas P.M. (2003), *Die neue Weltkarte des Pentagon*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5/03, 554-564
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): *Postfordistische Naturverhältnisse*, mit Beiträgen von Karin Blank, Joachim Hirsch und Markus Wissen, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Buckel, Sonja (2004): *Die Kontrolle der globalen Favelas: vom Zustand der „Weltinnenpolitik“*, in: Sabine Jaberg/Peter Schlotter (Hg.), *Imperiale Weltordnung? - Trends des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (AFK-Friedensschriften Bd. 32) (i.E.)
- Gill, Stephen (2003), *Power and Resistance in the New World Order*, New York: Palgrave Macmillan
- Görg, Christoph/Wissen Markus (2003): *National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der „Neuen Weltordnung“*, in: *Prokla* 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 625-644
- Hardt, Michael und Antonio Negri (2002), *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/New York: Campus.
- Harvey, David (1997): *Betreff Globalisierung*, in: S.Becker u.a. (Hg): *Jenseits der Nationalökonomie?*, Berlin/Hamburg: Argument, S. 28-49
- Harvey, David (2003): *The 'New' Imperialism: Accumulation by Dispossession*, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), *The New Imperial Challenge*. *Socialist Register* 2004, London: Merlin Press, pp 63-87
- Hirsch, Joachim (1980): *Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*. Frankfurt/M.
- Ignatieff, Michael (2003), *Empire Lite*, Toronto: Penguin
- Kößler, Reinhard (2003): *Imperialismus und Globalisierung*, in:

- Prokla* 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 521-544
- Lutz, Burkhard (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York
- Marx, Karl (1976): *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin/DDR
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1844): *Das Manifest der kommunistischen Partei*, in Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin/DDR
- Narr, Wolf-Dieter (2003): *Introvertierte Imperialismus und ein angstgeplagter Hegemon*, in: *Prokla* 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 575-598
- Paech, Norman (2003): *Imperialismus und Völkerrecht. Von der Monroe- zur Bush-Doktrin*, in: S.Albrecht u.a. (Hg): *Die Welt zwischen Recht und Gewalt*, Hamburg: VSA
- Panitch, Leo und Sam Gindin (2003), *Global Capitalism and American Empire*, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), *The New Imperial Challenge*. *Socialist Register* 2004, London: Merlin Press, pp 1-42
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003b): *Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus*, in: M.Beckmann u.a. (Hg): *Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie*, Hamburg: VSA
- Poulantzas, Nicos (2001): *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat*, in: J.Hirsch u.a.: *Die Zukunft des Staates*, Hamburg: VSA
- Poulantzas, Nicos (2002), *Staatstheorie*, Hamburg: VSA.

(Footnotes)

- ¹ Schriftliche Ausarbeitung eines Vortrags auf der Konferenz: „Das andere Davos“ zum Thema Globalisierung der Gewalt: Imperialismus und globale Enteignung am 17.Januar 2004 in Zürich. Eine gedruckte Version erscheint demnächst in der Zeitschrift „Sand im Getriebe“ in der Schweiz.
- ² Vgl. Hugo Young in *Foreign Policy*, 08/2002; vgl. auch Ignatieff 2003.
- ³ Vgl. zum TRIPS-Abkommens der WTO: Görg/Wissen 2003; zur Inwertsetzung genetischer Ressourcen: Brand/Görg 2003.
- ⁴ Nach Poulantzas 2002, aber in Differenz zur Analyse von Poulantzas 2001: Nationalstaaten sichern nicht einfach die Interessen „des“ amerikanischen Kapitals oder auch nicht „der“ transnationalen Managerklasse ab, sondern sie verdichten je spezifische Kräftekonstellationen. Wenn es aber auch weiterhin Konflikte und Widersprüche innerhalb der Nationalstaaten gibt (Panitch/Gindin 2003b, 123), dann übersetzen sich diese mit einer gewissen Notwendigkeit auch in Konflikte und Widersprüche zwischen den Staaten und sie verdichten sich auch in internationalen Institutionen.
- ⁵ Vgl. den Artikel von Sanou Mbaye in der FR vom 13.01.04.
- ⁶ Nach einem Artikel des Sydney Morning Herald vom 1. Januar 2004.
- ⁷ In der *Frankfurter Rundschau* vom 27.12.2003; www.fr-aktuell.de.

Regieren im imperialen Zeitalter

von Sabab Almasseri

Die Iraker sind froh, dass das Saddam Hussein-Regime gestürzt wurde. Aber sie lehnen die Besatzung ab. Die Iraker wären von Beginn an in der Lage gewesen, ihre Verhältnisse in die eigene Hand zu nehmen, Sicherheit zu gewährleisten und für politische Institutionen zu sorgen. Aber das wurde ihnen verwehrt, und die Voraussetzungen dafür wurden verschlechtert durch die Auflösung der staatlichen Institutionen. Dies und die dilettantische Sicherheitspolitik der Besatzungsmächte haben erst dazu geführt, dass die Gesellschaft zerfällt und dass der Irak in verschiedene umkämpfte Gebiete und kämpfende Gruppen fraktioniert wurde.

Die USA täuschen sich in ihrer Ansicht darüber, was den Irak ausmacht und auch darüber, was die so genannte schiitische Mehrheit bestrebt. Aufgrund falscher Beratung, falscher Information und ihrer eigenen Arroganz war das Bild der Besatzungskräfte vom Irak von Beginn an falsch. Als Beispiel dafür fungiert die irrtümliche Annahme, dass die Baath-Partei die Gesellschaft politisch, ökonomisch und kulturell im Sinne eines nationalsozialistischen Regimes völlig beherrschte.¹ Als sie dann in den Irak einmarschierten, stellten sie fest, dass es diese Baath-Partei so gar nicht gibt, sondern einen Komplex von Cliquen und Clans, von Tribalmächten und technokratischen Eliten.² Nachdem sie die Staatsapparate aufgelöst hatten – in der Vorstellung, dass diese 100%ig von den Baathisten bestimmt und besetzt sind – stellten sie fest, dass sie einen verheerenden Fehler begangen haben, und fingen an, die alten Kräfte „einzubinden“.

Wenn die USA jetzt fürchten, dass der Irak als schiitischer Staat mit dem Iran, Syrien oder Libanon eine Achse aufbaut, wirft das wieder ein bezeichnendes Licht auf ihre falschen Vorstellungen. Diese führen deshalb zu einer auch für sie selbst problematischen Politik, weil sie auch marginale Ereignisse als grundlegende Konflikte wahrnehmen und gewaltförmig dagegen vorgehen. Die falsche Wahrnehmung der Konflikte im Irak ist ein Teil des Problems, das letztendlich durch die Wahrnehmung politischer Konflikte durch die imperiale Brille des Terrors bedingt ist.

Die Simulation von Demokratie

Die Besatzungsmächte wollen kurz- und mittelfristig die Kontrolle über das Land und deren Bevölkerung innehaben. Wie wird dies bewerkstelligt?

„Demokratie“ bedeutet hier eine operative Mission, d.h. die Installation eines Kontrollregimes, das durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte physische Gestalt annimmt und durch die politische und institutionelle Einflussnahme verrechtlicht wird. Politisch bedeutet dies die Integration der Scherben der zerfallenen Gesellschaften im Süden in die imperiale Weltordnung mittels lokaler „demokratischer“ Eliten.

„Demokratie“ beinhaltet also in den Ländern des Südens und im Kontext der imperialen Kriegsführung eine Unterwerfungs-, Enteignungs- und Kontrollstrategie. In diesem Sinne stellt die Fraktionierung und Kantonisierung des Iraks einen ersten Schritt in Richtung der Privatisierung von Macht und gesellschaftlichem Eigentum dar, der einen Mechanismus der Schwächung und der Kontrolle des peripheren Staates sowie des Entzugs seiner ökonomischen Basis darstellt und der letztlich den Weg für neoliberale Akkumulationsstrategien ebnet.

Diese Tendenz bedeutet ein Werttransfer aus dem Süden in den Norden, eine Marginalisierung der enteigneten Bevölkerungsmehrheit und führt zur Bildung von Wohlstandsoasen, lokalen und regionalen korrupten Eliten, was wiederum zu weiterer Instabilität, zur Schürung von neuen Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen führen muss.

Diese Situation erfordert zwangsläufig die physische Anwesenheit der Besatzungsmächte: Eine sich selbst erfüllende Prophezeiung!

Der Zeitraum also, den die Imperialmächte brauchen, um ihr Kontrollregime zu zementieren, markiert die Grenze von „Demokratie“ im Zeitalter der imperialen Kriege.

Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen. Die am 8.3.04 vom provisorischen Regierungsrat im Irak unterschriebene, provisorische Verfassung, die so genannte „Law of Administration for the State of Iraq“ macht in ihrem liberalen Tenor deutlich, welchen gigantischen Zeitraum eine solche Umstrukturierung des Staates beanspruchen wird und welche Konfliktstoffe darin enthalten und vorprogrammiert sein werden.

Zum Zweiten gibt es in der Verfassung, in den so genannten „Fundamental Principles“, im Artikel 2 einen „annex“, die genauso verbindlich sein wird wie die Verfassung, und die aus gutem Grund dort nicht explizit verankert werden darf. Es handelt sich dabei um ein Abkommen, das zwischen dem irakischen Provisorischen Regierungsrat und den Besatzungsmächten vor der „Wahl“ einer Übergangsregierung unterschrieben werden wird; dort wird die Stationierung der Besatzungstruppen institutionell. Sie werden lediglich aus den Großstädten zurückgezogen und in militärisch wie ökonomisch strategischen Zonen stationiert.

Das Machtvakuum in den Großstädten wird dann womöglich durch die Stationierung der NATO-Truppen gefüllt.

Die so genannte Sicherheitskonferenz der NATO im Januar 2004 in München stand unter diesem Zeichen. Die USA streben die Einbeziehung der NATO im Irak an, um sich aus den großen Städten in strategisch wichtige Zonen zurückzuziehen und um Kräften das Feld zu überlassen, die nicht so sehr belastet sind. Die ehemaligen diplomatischen Kriegsgegner in Europa werden dadurch „eingebunden“. Die Hoffnung ist, dass dadurch eine Entschärfung der Lage stattfindet. Aber das ist eine absurde Vorstellung. Denn wenn die Iraker die Besatzungsmächte ablehnen, dann erst recht die NATO.

Um der Erfolgsstory ein happy end zu geben, soll die UNO, die seit Januar 2004 schrittweise in das kriegerische Abenteuer eingebunden wird, ihren völkerrechtlichen Segen aussprechen.

Die Stationierung der Imperialarmeen und die gewaltsame „Öffnung“ des Iraks für „Demokratie“ ermöglicht so auf der Dauer die Öffnung des Landes für neoliberale Akkumulations-, Verwertungs- und Enteignungsstrategien.

Zensur

Es ist naheliegend, dass die imperialen Medien, jetzt wo sie feststellen, dass verschiedene Kräfte im Irak zusammenarbeiten, sagen: Das sind die Schiiten und die Sunniten. Denn sie haben in ihrer Darstellung den Irak nach Schiiten, Sunniten, Arabern und Kurden fraktioniert – und diese Darstellung war von Anfang an ideologisch. Es ist eine Inszenierung, dass es so etwas wie eine beherrschende theokratische Tendenz im Irak gäbe. Diese Inszenierung wirkt wie eine Zensur insofern, als sie die tatsächlichen Konflikte, politisch wirksame Kräfte etc. aus der Wahrnehmung

verdrängt, und sie ist imperialistisch, weil die Verhältnisse dort als unzivilisiert – gewaltförmig und apolitisch dargestellt und wahrgenommen werden, was wie eine Rechtfertigung für weitere imperiale Kriege und Besatzungen wirkt. Die Vorstellung, dass eine islamische Republik nach dem Muster des Iran entstehen könnte, ist absolut verkehrt und die Kräfte, die etwas derartiges anstreben, sind im Grunde marginal.

Denn die Konflikte im Irak sind nicht primär ethnisch oder religiös, sondern politisch. Wenn jetzt zunehmend bestimmte Geistliche als Institutionen der sogenannten Zivilgesellschaft eine gewisse Rolle spielen und als Akteure in Vermittlungsprozessen und Kooperationen auftreten, dann stecken dahinter politische Kräfte, die durch diese konservativen Intellektuellen – als die man diese Geistlichen sehen muss – in der Gesellschaft populär gemacht werden, sprich: die öffentliche Präsenz dieser Geistlichen ist nichts anderes als eine kulturelle Artikulation konkreter politischer, konservativer Interessen im Irak. Dazu gehört auch, wie der konservativ-liberale Teil des provisorischen Regierungsrates (demnächst durch erweiterte Zusammensetzung und autoritäre Nominierung als „Übergangsregierung“) durch die Aufwertung konservativer schiitischer und sunnitischer Institutionen versucht, die von ihm gewünschte politische Kultur zu verankern.

Die konservativ-liberalen Kräfte forcieren also entsprechende Erscheinungen, um ihre eigenen Vorstellungen von einer irakischen Gesellschaft unter dem Etikett des Sunnitischen und des Schiitischen zu popularisieren. Dies ist eine politische Strategie konservativer Kräfte gegen die Linke und linke Vorstellungen von einer irakischen Gesellschaft. So ist zum Beispiel die UII, die Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak, politisch wirksam und wichtig. Weil die Mehrheit der Iraker arbeitslos ist und mittelfristig auch bleiben wird, gewinnt diese Richtung stärker an politischer Bedeutung und wird deshalb von den Konservativen gefürchtet. Die Bush-Administration ihrerseits stellt mit Hilfe der „American Federation of Labor“ (AFL-CIO) 15 Millionen Dollar zur Verfügung, um eine dem „Staat“ nahe stehende Gewerkschaft im Irak zu gründen, eben gegen autonome und unabhängige Formen der Vertretung der Arbeiter und der Arbeitslosen.

Und so zielen diese Praxen darauf ab, die linken und säkularen Bewegungen zu marginalisieren und zu diskreditieren, sie als unislamisch, unschiitisch, unsunnitisch zu brandmarken. Die wirklichen Kämpfe spielen sich also auf anderen Ebenen ab.

Strategien der Regierungsbildung

Durch „Wahlen“ streben die USA jetzt eine Restrukturierung der politischen Verhältnisse im Irak an. Sie erhofften sich durch eine Übertragung der „Macht“, dass dadurch eine irakische Übergangsregierung³ mehr Legitimität hätte und dafür sorgen könnte, dass so etwas wie Ruhe und Frieden im Land einkehrt. Gravierend ist, dass die USA feststellen mussten, dass die provisorische Regierung von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird – nicht zuletzt aufgrund dieser ethnisch-religiösen und tribalistischen Teilung. Aber auch, weil es in der letzten Zeit zu Korruptionsaffären und zur Verteilung von Ressourcen nach Partikularinteressen kam. Daher soll der Mehrheit der Iraker, die – wie gesagt – bis dato neutral waren, vermittelt werden, es gehe wirklich vor allem darum, eine Regierung zu bilden, die die Mehrheit der irakischen Bevölkerung repräsentiert.

Die Aufteilung wird jedoch beibehalten. Die USA möchten lediglich, dass diese, von ihnen bestimmte politische Form mehr Legitimität durch die irakische Bevölkerung erhält. Aber wenn, wie vorgesehen, bis Juni 2004 eine Übergangsregierung konstituiert wird und diese Übergangsregierung dieselbe ist wie der jetzige provisorische Regierungsrat, wäre das eine Katastrophe, auch für die Besatzungsmächte. Man, d.h. die USA und die UNO, achtet bei der neuen Nominierung der Übergangsregierung deshalb darauf, dass auch neue Gesichter auftauchen, die mehr Neutralität vermitteln und dieser Regierung stärkere Legitimität verleihen sollen.

Die Rolle der USA ist in dieser Hinsicht ambivalent: Das Timing der Wahl der provisorischen Regierung ist an den Wahlkampf in den USA in den nächsten Monaten gekoppelt. Die Bush-Administration muss während der heißen Wahlperiode von Juli bis Oktober gewisse Erfolgsgeschichten verkaufen, etwa: „Ja, der Irak befindet sich in einem demokratischen Prozess, wir haben unsere Versprechen eingelöst“.

Allerdings – und nicht erst durch den Konflikt mit al-Sadr – wird deutlich, dass es für die Interessen der Besatzungsmächte kontraproduktiv sein könnte, käme es tatsächlich Ende Juni zu einer mehrheitlich gewählten Regierung. Deswegen zeichnete sich bereits seit Februar ab, dass der jetzige provisorische Regierungsrat in erweiterter Form die Übergangsregierung bilden soll. Denn dies gilt nun als die beste Voraussetzung, um einerseits die Interessen der USA und der Besatzungsmächte festzuklopfen, sprich: die Militärbasen im Irak zu stationieren und

die Ölfelder zu kontrollieren. Andererseits aber wurde durch die technokratische Erweiterung die Einbindung der UNO und damit die Einbettung von Gegnern dieses Krieges innerhalb der NATO bewerkstelligt.

Die für Ende Juni 2004 vorgesehenen Wahlen einer Übergangsregierung werden indes nicht stattfinden, d.h. es wird keine allgemeine, unabhängige oder „nationale“ Versammlung geben, die als ein provisorisches Parlament fungieren und aus ihrer Mitte eine Übergangsregierung wählen könnte. Verhindert wurde dies, wie es beim ersten Verwaltungs- und später dem provisorischen Regierungsrat der Fall war, durch eine Nominierung, die vom provisorischen Regierungsrat, der USA und der UNO veranstaltet wurde.

Auf der Ebene des provisorischen Regierungsrats bzw. der Übergangsregierung besteht ein Kräfteverhältnis zugunsten der konservativ-liberalen Gruppierungen. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft haben sich neue Gruppen gebildet, alte Gruppen und Infrastrukturen wurden ansatzweise reaktiviert, die Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis im Regierungsrat haben werden. Er war und kann nie homogen sein, außer in den Phantasmagorien von Nahostexperten, die mittels ihres neo-orientalistischen Wahrnehmungsmusters politische Verhältnisse dort als quasi Stammesangelegenheiten interpretieren.

Es gab immer Meinungsunterschiede, unterschiedliche Positionen und Regierungskonzepte innerhalb des Rates, in dem die konservativ-liberale Mehrheit die Dinge bestimmt hat. Und da jetzt innerhalb des provisorischen Regierungsrats verschiedene Vorstellungen der Konfliktlösung und der Entwicklung des Irak existieren, entfalten sich in ihm nun auch immer stärker die Widersprüche.

Widerstand

Es sieht so aus, als habe sich eine antiamerikanische Kraft entwickelt, die alles tut, um die Pläne der USA für eine Übergangsregierung ad absurdum zu führen. Genau da, wo bisher Ruhe war – in Nasseriya, in Kurdistan und in Basrah – wird angegriffen. Auch andere Besatzungskräfte, die Engländer, die Italiener, die Polen, die eigentlich zurückhaltender arbeiten und in den Städten nicht so viel Präsenz zeigen wie die Amerikaner in Bagdad, sind jetzt Ziel der Angriffe. Die Alliierten wissen nicht, wer hinter den Anschlägen steckt. Ihnen fehlen die Informationen und sie haben einen Riesenfehler gemacht, als sie die Sicherheitsapparate im Irak auflösten, so

dass ein Sicherheitsvakuum entstand. Sie wissen, dass sie handlungsunfähig sind, vor allem was sicherheitspolitische Fragen angeht. Sie befürchten mittlerweile, dass aufgrund der ständigen Verschiebung der Machtübergabe ihre Glaubwürdigkeit auch in den Augen derer, die bis dato neutral waren – und das ist die Mehrheit der irakischen Bevölkerung – dahin ist. So stehen sie unter Druck und greifen um so mehr zu diesen Inszenierungen bzw. Ablenkungstaktiken, um Handlungsfähigkeit vorzutauschen.

Die Radikalisierung und die gewaltsamen Kämpfe im Irak sind also nicht irgendwelchen Fanatikern oder politischen Amokläufern zu zuschreiben, sondern vielmehr schuf die Okkupation eine Situation, die einen Nährboden für solche Untaten bereitstellt: nicht der Rückzug der Besatzungstruppen würde also eine solche schreckliche Situation hervorrufen – als gäbe es momentan keine Unsicherheit, kein Chaos und keine Gewalt –, sondern umgekehrt.

Insofern gilt: Je früher sich die Besatzungsmächte zurückziehen bzw. dazu gezwungen werden, desto wahrscheinlicher wird es zu einer Befriedung der Situation im Irak kommen.

Angesichts der Kräfteverhältnisse muss man also erst politische, organisatorische und soziale Infrastrukturen schaffen, damit überhaupt eine Wiederaneignung des politischen Raums gelingen kann.

Man muss sich klarmachen, dass die politischen Kräfte im Irak durch die Besatzungsmächte fraktioniert wurden und ein breiter, landesweiter Widerstand fast unmöglich ist.

Von daher muss man jetzt andere politische Formen und Konzepte entwickeln, die es den Menschen ermöglicht, überhaupt gemeinsame Interessen zu artikulieren. In einem zweiten Schritt könnte man landesweit Generalstreiks, Demonstrationen etc. in Gang setzen. Und erst, wenn dies wenig Wirkung zeigt, sollte man zu anderen Formen des Widerstands übergehen, Formen, die von Beginn an international sein müssen.

Dreierlei müsste also geschehen. Die Besatzungsmächte müssten gezwungen werden, den Irak zu verlassen. Die Sicherheit des Landes wäre nicht gefährdet, weil man alle Kräfte des Landes in den Sicherheitsapparat einbinden könnte. Gleichzeitig müsste man eine provisorische Nationalversammlung für den Irak ausrufen, in der alle politischen Kräfte des Landes präsent sind und aus der eine

Übergangsregierung gewählt wird, die bis zum nächsten Jahr im Amt bleibt und eine Verfassung verabschiedet und allen Parteien des Landes Zeit gibt, sich den Irakern zur Wahl zu stellen. Und bei dieser Wahl im nächsten Jahr müssten die Iraker frei wählen können.

Das ist möglich.

(Footnotes)

1 Unter dem Deckmantel der so genannten „Entbaathifizierung“ – analog zu der Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg – wurde die Staatspersonal aufgelöst und Hunderttausende von Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt

2 Der Witz an der ganzen Angelegenheit ist, daß Saddam Hussein in den 80er Jahren das Einparteien-Regime der Baath-Partei abgeschafft und daraus ein tribalistisches Regime geschaffen hat. Seit dieser Zeit wurde sein Regime auf tribalistische Clans, bürokratische, militärische und ökonomische Cliques gestützt. Genau das versuchen die USA nun zu wiederholen, indem sie sich auf Tribalismen - teilweise aus Kurdistan, teilweise aus dem Sicherheitsapparat Saddams Husseins und teilweise auch aus dem Süden - und auf die Sicherheitsapparate stützen wollen. Genau die gleiche Struktur des Saddam-Regimes wird nun in neuer Form reproduziert. Die USA glauben, daß dies die einzige Form sei, den Irak zu regieren und Ruhe im Land aufkommen zu lassen. Die Wiederholung dieser alten Fehler wird nicht funktionieren. Man stützt sich aber auf diese alten Kräfte, weil man sonst mit dem Projekt der geostrategisch-militärisch-ökonomischen Kontrolle des Landes nicht vorankommen wird. Sie versuchen, eine neue soziale Basis für den „Staat“ herzustellen. Auf diese Kräfte stützen sich die USA, und sie versuchen auch, bestimmte Tribalismen, die bis dato gegen die Besatzung waren, durch politisch-ökonomische Zugeständnisse einzubinden. In der Praxis sieht das so aus, daß US-amerikanische Konzerne Aufträge in Millionenhöhe an die Stammesführer verkaufen und diese dadurch in „business groups“ verwandeln.

Die außerökonomische Vertragsvergabe an der Bush-Administration nahe stehende Konzerne und Firmen bzw. die Außerkraftsetzung der Gesetze der so genannten freien Marktwirtschaft ist konsequent, da unter der Besatzung und in Ermangelung an rechtlich-institutioneller Absicherung im Irak keine ökonomisch gültigen Verträge und langfristige Planung möglich sind.

So nimmt die Vertragsvergabe die Form der Plünderung an, die politisch auf die Einbettung bestimmter gegnerischer, gesellschaftlich wirksamer Kräfte abzielt und auf die Schaffung einer sozialen und ökonomischen Basis des neu zu konstituierenden Staates.

3 Diese Übergangsregierung sollte eigentlich erst im nächsten Jahr kommen. Da man aber klar sieht, dass man sich im Irak in einer Sackgasse befindet und der provisorische Regierungsrat in der Bevölkerung verhasst ist und nicht zuletzt, weil es auch im November in den USA Wahlen gibt, hat man sich entschieden, gewisse Befugnisse an die Übergangsregierung abzugeben. Gleichmaßen haben sie versucht, die UNO und Brahimi als Algerier einzubinden, damit er der Übergangsregierung eine gewisse Legitimität verleiht. Zwar wird der provisorische Regierungsrat abgelöst, de facto aber durch neue technokratische und Sicherheitskräfte erweitert. Einige Mitglieder des provisorischen Regierungsrats sitzen auch in der Übergangsregierung. Man konnte sich seitens der USA nicht auf eine Wahl durch die Iraker einlassen, denn das hätte ein Schuss ins eigene Knie bedeutet, und so hat man die

Kräfte nominiert, von denen man erwarten kann, dass sie in der Übergangsphase bis zum nächsten Jahr problemlos mit den Besatzern zusammenarbeiten.

Der zukünftige Ministerpräsident, Iyad Allawi, ist ein Ex-General und Ex-Baathist, der künftige Präsident Al-Jawar ist ein Sheikh aus dem Shammar-Stamm. Er ist im Irak politisch unbekannt, was aber zugleich die Bedeutungslosigkeit des Postens des Präsidenten zeigt. In Form dieser beiden Personen sehen wir die Verankerung des Tribalistischen und des Sicherheitsmoments. In den Augen der Iraker heißt dies, dass man keine Demokratie schaffen wird, sondern die irakische Gesellschaft traditionalisiert. Nach Saddam Hussein ist das die reaktionärste Regierung überhaupt. Den USA geht es jetzt darum, mit Hilfe dieser Übergangsregierung bestimmte Interessen der USA zu institutionalisieren. Mittelfristig muß die Militärpräsenz der USA im Irak abgesichert und verrechtlicht werden. Gleiches soll für die Zeit nach der Wahl im nächsten Jahr gelten. Man ist also bestrebt, mit der Übergangsregierung verschiedene politische, ökonomische und militärische Interessen der USA zu verrechtlichen. Dazu hat man die Übergangsregierung entsprechend besetzt. Ob diese Mitglieder auf die Wünsche der USA eingehen, hängt von der irakischen Gesellschaft ab, inwiefern sie bereit ist, das hinzunehmen, oder inwiefern sie weiterhin Widerstand leistet. Diese Entscheidung kann weder die USA, noch die UNO, noch die Übergangsregierung treffen.

Die Neue Weltordnung - Globalisierung, Imperialismus und Empire

von Thomas Seibert

Mit dem auf den sog. „Epochenbruch“ des Jahres 1989 zurückgehenden Projekt einer „Neuen Weltordnung“ wollten die Dominanzmächte des globalen Nordens die letzten Konsequenzen aus ihrem Sieg über den sowjetischen Machtblocks ziehen: auf die heißen Kriege im „Kalten Krieg“ sollte der weltweite Sieg von Demokratie, Menschenrecht, Zivilität und Freihandel folgen. Zehn Jahre später führen diese Mächte einen räumlich und zeitlich unbegrenzten Krieg gegen eine unbestimmte Anzahl von Feinden und Gefahren. Momentan sind insgesamt 8090 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr an diversen Orten der Welt im Einsatz, seit 1998 nahmen rund 100.000 Soldatinnen und Soldaten an Auslandseinsätzen teil.

Den strategischen Rahmen dieser Aktivitäten fixieren die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr, die Minister Struck im Mai diesen Jahres mit den folgenden Worten vorstellte: „Das internationale Umfeld Deutschlands ist heute ein völlig anderes als noch vor zehn Jahren. Deutschlands Rolle und Verantwortung für die europäische Sicherheit und den Weltfrieden sind

weiter gewachsen. (...) Verteidigung heute umfasst danach weit mehr als die herkömmliche Verteidigung an der Landesgrenze. Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr begrenzen.“¹

Dokumente des Empire

Mit diesen Richtlinien legitimiert die Bundesregierung nicht weniger als den permanenten Kriegseinsatz ihrer Streitkräfte an jedem Ort der Welt, an dem sie eine wie auch immer beschaffene Gefährdung Deutschlands ausmacht. Das Dokument könnte insofern als Bekenntnis des globalen Machtanspruchs des deutschen Imperialismus gewertet werden. Wer so vorgeht wird immer richtiges über die deutsche Politik aussagen, zugleich aber am eigentlich Neuen der gegenwärtigen Entwicklung vorbeigehen. Denn die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung sind primär ein Dokument des globalen Empire und erst dann ein Dokument des deutschen Imperialismus.² Das ideologische Moment der Rede von der Verantwortung Deutschlands für „die europäische Sicherheit und den Weltfrieden“ liegt deshalb auch nicht primär in der Verdeckung eines imperialistischen Interesses am Aufbau eines nationalstaatlich zentrierten Herrschaftsbereichs, innerhalb dessen es Deutschland um die exklusive Aneignung und In-Wert-Setzung fremder Arbeitskraft und fremder Ressourcen und damit um einen Vorsprung in der innerimperialistischen Konkurrenz ginge. Es liegt vielmehr in der Identifikation der europäischen, genauer: der transatlantischen, d.h. euro-amerikanischen Sicherheitsinteressen mit der Wahrung des Weltfriedens und weiterhin mit der globalen Durchsetzung von Demokratie und Menschenrecht.

Dazu noch einmal ein längeres Zitat, diesmal aus dem „Neuen Strategischen Konzept“, in dem die Bundesregierung mit den anderen Regierungen und Kommandostellen der NATO-Staaten 1999 ihre Weltwahrnehmung und ihren politisch-militärischen Handlungsrahmen formuliert hat. Das Konzept geht von einem „breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken“ aus, „die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind.“ Dazu gehören: „Ungewissheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses. (...), ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung

von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten (...). Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen.“ Dieses wahrhaft globale Bedrohungsszenario erfordert deshalb „militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind.“³

Ein konstitutiver „Epochenbruch“

Tatsächlich erklären sich sowohl die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wie das „Neue Strategische Konzept“ historisch zuletzt aus dem „Epochenbruch“ der Jahre 1989 - 91, der einerseits die Epoche der Blockkonfrontation, andererseits die Epoche der globalen Sozialrevolten seit den 60er Jahren abgeschlossen hat. Damals gerieten nicht bloß einzelne Regulations- und Repräsentationsformen des „realen Sozialismus“ bzw. der liberalen Demokratie, sondern die auf großindustrieller Massenproduktion aufruhende und insofern sowohl den Staaten des West- wie des Ostblocks zugrunde liegende fordistische Vergesellschaftungsformation selbst. Auf diese Krise antwortete das westliche Kapital mit einer auf den systematischen Einsatz informationstechnologischer Produktivkräfte gestützten Transformation seiner Vergesellschaftung. Gleichzeitig erhöhte die vor allem vom Militärisch-Industriellen Komplex der USA angetriebene Intensivierung der Blockkonfrontation den Druck auf den sowjetischen Block und führte – verstärkt durch den Massenexodus einer nach Millionen zählenden Migrationsbewegung – schließlich zum Bankrott der staatssozialistischen Länder. Dem folgte der Zusammenbruch der von ihnen abhängigen Entwicklungsstaaten des globalen Südens und die Niederlage der letzten anti- bzw. postkolonialen Befreiungsbewegungen auf dem Fuß.

Im damit erstmals wirklich global ausgedehnten Kapitalismus wurden binnen weniger Jahre die Finanz-, Waren- und Wissensströme tendenziell von allen nationalstaatlichen Begrenzungen freigesetzt und zugleich der Regulation eines Netzes supranationaler Institutionen (NATO, OECD, IWF, Weltbank) unterworfen. Mit der Schaffung globaler Wertschöpfungsketten kam es zu einer weltumspannenden Restrukturierung der Arbeitsteilung, in der der Erste Sektor der

Landwirtschaft und der Rohstoffgewinnung und der bislang führende Zweite Sektor der fordistischen Industrieproduktion unter die Dominanz des Dritten Sektors der – im weitesten Sinn des Wortes – „immateriellen“ Dienstleistungen geriet.⁴ Mit der damit einhergehenden systematischen Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der landwirtschaftlichen, rohstoffgewinnenden und industriellen Arbeitskraft zerbrach der schon seit Beginn der „Schuldenkrise“ Anfang der 80er Jahre hinfallige Mythos der „nachholenden Entwicklung“, der der staatssozialistischen Zweiten das letztendliche „Überholen“ und den Entwicklungsstaaten der Dritten den zukünftigen Anschluss an den in der monopolkapitalistischen Ersten Welt herrschenden Fordismus versprochen hatte. Im selben Zug begannen neoliberale Regierungen in den Staaten des Nordens mit der Aushöhlung der Klassenkompromisse der fordistischen Epoche.

Tatsächlich führte der Einschluss in das postfordistische Weltsystem zum systematischen Ausschluss einer nach Millionen zählenden und täglich wachsenden „Überschussbevölkerung“ aus jeder Entwicklungsperspektive. Binnen weniger Jahre kam es im Süden wie im Osten zur flächendeckenden Verelendung ganzer Gesellschaften, zur Desintegration ihres politisch-ökonomischen Systems und zu einer Massenmigration von mittlerweile 150 Millionen Menschen – drei Prozent der Weltbevölkerung und 30 Millionen mehr als noch 1990 (vgl. Kasten).⁵

Im Rahmen der globalisierten postfordistischen Arbeitsteilung greift die systematische Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der Arbeitskraft schließlich auch auf die Metropolen des Nordens über. Damit löst sich der Unterschied von Metropole und Peripherie tendenziell von der territorialen Nord-Süd- bzw. West-Ost-Spaltung ab und reproduziert sich in deterritorialisierter Form zwischen und in den Staaten, zwischen inner- und überstaatlichen Regionen, zwischen Stadt und Land, in den Städten und zuletzt zwischen den Individuen selbst: unübersichtlicher und zugleich schärfer als je zuvor, in einer weltumspannenden sozialen Apartheid. Die Vierte Welt der vollständig Marginalisierten ist als in jeder Weltregion anzutreffende Grenze allerdings kein Außerhalb des Weltkapitalismus. In ihrem untrennbaren Zusammenhang mit den noch prosperierenden Zonen der Kapitalakkumulation bildet sie vielmehr die barbarisierte Rückseite des globalen Empire.

Die in den Zusammenbruchsregionen des globalen Südens wie des globalen Nordens herrschenden

Verhältnisse bilden den Hintergrund sowohl der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung wie des „Neuen Strategischen Konzepts“ der NATO. Sie begründen zugleich die Doppelnatur des globalen Empire: einerseits der erstmals effektiv globalisierte Raum kapitalistischer Verwertung und andererseits der Raum zu sein, in dem ein globales Gewaltmonopol einen vielfach gestörten „Weltfrieden“ sichern und deshalb Weltordnung durchsetzen muss. Sie begründen auch, warum das ideologische Angebot der herrschenden Kräfte an die imperialen Bevölkerungen nicht mehr, wie in den Zeiten des Fordismus, in der Teilhabe an wachsendem materiellen Wohlstand und fortschreitender Verrechtlichung, sondern in einer nötigenfalls militärisch verteidigten Sicherheit um jeden Preis besteht.

Innerhalb der imperialen Ausgrenzungs- und Verelendungshierarchie organisiert sich die imperiale Globalisierung tatsächlich als eine Archipelisierung des Weltsystems. In der werden die sich nach außen abschottenden, doch zugleich auch von innen bedrohten Zonen relativen Reichtums und relativer Zivilität von wachsenden Gebieten absoluter Armut, sozialer Verwüstung und extremer Gewalt umschlossen. Dem entspricht dann auch die eher polizeiliche als klassisch militärische Form der auf den Zweiten Golfkrieg folgenden (1991) Weltordnungskriege, die bis zum Dritten Golfkrieg eher nach dem Muster einer Razzia verliefen, in der die Polizei ein von Gangstern beherrschtes Stadtviertel „aufmischt“. In einer solchen Aktion geht es gar nicht darum, das betreffende Gebiet dauerhaft von den Gangstern zu säubern, um seinen BewohnerInnen langfristig „Ordnung“, „Sicherheit“ und „Zivilität“ zu bringen.

Ziel ist zunächst einmal die Sistierung der Elendsbevölkerung im eigenen Quartier, d.h. die territoriale Abschottung der Wohnviertel der middle und upper class bzw. – im Weltmaßstab gesehen – der noch prosperierenden Weltregionen. Zugleich soll demonstrativ klargestellt werden, wer ein „anständiger Bürger“ und wer ein „Schurke“ ist und wo die Grenzen dessen liegen, was toleriert wird und was nicht. Die nunmehr kontrollierte Fortdauer, im Einzelfall sogar die Steigerung von Verelendung, Entrechtung und extremer Gewalt werden dabei bewusst in Kauf genommen: eben weil es immer weniger um die planmäßige Beseitigung von „Unterentwicklung“, sondern primär um die Kontrolle einer „Überschussbevölkerung“ geht, der das Weltsystem gar nichts anderes mehr anzubieten hat. Die „Marschallpläne“, die gleichwohl für

Afrika, den Balkan oder den Mittleren und Nahen Osten aufgestellt werden, folgen dabei allein den Verwertungsimperativen eines deterritorialiserten Kapitals, das die postfordistische Verelendungs- und Ausgrenzungsdynamik gar nicht mehr bremsen kann, weil es sie zur strukturellen Voraussetzung hat.

Imperialistische und imperiale Konkurrenz

Der Krieg gegen den Irak hat allerdings nachdrücklich gezeigt, dass die globale Geopolitik des Empire von inneren Spaltungen bedroht ist, nach denen die imperiale Einheit der Dominanzmächte in eine aus den USA, der EU und Japan gebildete „Triade“ zerfällt. Zwar sind die Metropolenstaaten zur Sicherung ihrer gemeinsamen Dominanz aufeinander angewiesen, doch setzt ihre Abhängigkeit voneinander ihre interne Konkurrenz nicht aus.⁶ Die kann aber nicht mehr nur als eine innerimperialistische, sondern muss als eine innerimperiale Konkurrenz analysiert werden. Bestimmt erstere das Verhältnis zwischen den einzelnen Alliierten, wird in letzterer die Form der Einrichtung, Durchsetzung und Ausübung des imperialen Gewaltmonopols selbst ausgefochten.⁷

So geht es im anlässlich des Dritten Golfkriegs zwischen seinem amerikanischen und seinem „alteuropäischen“ Pol aufgebrochenen Konflikt gar nicht um die Notwendigkeit eines selbstmandatierten globalen Kontrollregimes der Dominanzmächte, im Gegenteil: das Recht zum eigenmächtigen militärischen Zugriff unter Umgehung der UNO wird im „Neuen Strategischen Konzept“ der NATO ja ausdrücklich in Anspruch genommen und auch von den EU-Staaten nicht in Frage gestellt. Strittig ist allein, ob solche Interventionen multilateral abgestimmt werden müssen oder von der Führungsmacht USA auch unilateral ohne Zustimmung der Alliierten durchgeführt werden dürfen. Sieht man von jederzeit möglichen katastrophischen Entwicklungen ab, spricht die gegenwärtige Entwicklung im Irak eher dafür, dass die Bush-Administration trotz ihrer militärischen Überlegenheit scheitern wird und die USA sich mit der EU auf eine Politik einigen werden, die den strukturellen Erfordernissen des gemeinsamen Empire eher genügt.

Allerdings zeigen die Schwierigkeiten einer In-Wert-Setzung des Irak wie übrigens auch die Schwierigkeiten der In-Wert-Setzung Afghanistans und Ex-Jugoslawiens sowie die fortschreitende Außer-Wert-Setzung großer Teile Afrikas, dass das Empire trotz seiner unerhörten militärischen und ökonomischen

Macht die angestrebte „Neue Weltordnung“ noch nicht etablieren können und vielleicht auch nicht mehr etablieren kann. Nicht nur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, auch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik spricht vieles dafür, dass die imperialen Strategien zunehmend einer Logik der „Flucht nach vorn“ folgen. Ihrer Zerstörungskraft tut das allerdings keinen Abbruch.

Die Grenzen des Imperiums

Dem Überfall der amerikanisch-britischen Militärmaschinerie auf den Irak gingen in Form und Ausmaß historisch einmalige Anti-Kriegs-Proteste voraus, an denen sich allein am weltweiten Aktionstag des 15. Februar 2003 über elf Millionen Menschen beteiligten. Damit war erneut unter Beweis gestellt, dass der seit Mitte der 90er Jahre stetig anwachsende Widerstand gegen das globale Empire auch durch die imperialen Machtdemonstrationen im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ nicht gebrochen werden konnte. Sofern die Mobilisierung für den globalen Anti-Kriegs-Tag entscheidend auf das im November 2002 in Florenz zusammengetretene Europäische Sozialforum zurückging, erwies sich das dort initiierte Bündnis der sog. „globalisierungskritischen“ mit der Friedensbewegung tatsächlich als eine soziale Kraft von weltumspannender gesellschaftlicher Relevanz. Dabei spielten die DemonstrantInnen des 15. Februar die Macht aus, über die sie jetzt bereits verfügen: die erste soziale Bewegung der Geschichte zu sein, die in der politischen Form der Internationale nicht erst ihr Ziel, sondern bereits ihren Ausgangspunkt hat. Das zentrale Problem der globalisierungskritischen Anti-Kriegs-Bewegung besteht allerdings darin, dass der Widerstand gegen die gewaltdurchherrschte Archipelisierung des Weltsystems nur dann zum universellen Befreiungskampf werden kann, wenn er auch und gerade von der verelendeten „Überschussbevölkerung“ getragen wird, die in den Zusammenbruchsregionen des Empire um ihr nacktes Überleben kämpft. Deshalb findet die gegenwärtig entstehende Internationale ihren Prüfstein in der Fähigkeit, politische Subjektivitäten in Kommunikation zu bringen, die sich in extrem unterschiedlichen und tendenziell sogar entgegengesetzten Lebenswelten herausbilden. Dabei werden die Widerstände des globalen Südens – wie in der ungebrochenen Autonomie der Migration schon realisiert – in erheblichem Maß sowohl die Kampfziele wie die Kampfformen bestimmen. Den sozialen Bewegungen und politischen Linken in den Triadenstaaten ist deshalb zuerst die Aufgabe gestellt, den imperialen Konsens zu sprengen,

nach dem ausgerechnet der globale Norden für die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrecht und Zivilität zu sorgen habe. Dazu gehört, sich nicht in die innerimperialen Konkurrenz hereinziehen zu lassen und sich gegen den vorgeblichen Unilateralismus der USA ausgerechnet auf der Seite des „alteuropäischen“ Multilateralismus zu positionieren. Statt dessen gilt es, von jedem Ort der Welt aus das Empire anzugreifen – und das nach der ebenso antiimperialistischen wie antiimperialen Devise, nach der der aktuelle Hauptfeind jeweils im eigenen Land steht.

Der Beitrag ist erschienen in: Kleine Anfrage 8/ Frühjahr 2004. Von Thomas Seibert gibt es in dieser Dokumentation einen weiteren Beitrag auf Seite 172.

(Footnotes)

- ¹ vgl. http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/030521_struck_vpr.php; zum Hintergrund vgl. <http://www.bmvg.de/sicherheit/vpr.php>.
- ² Im vorliegenden Text nehme ich Überlegungen wieder auf, die ich zuletzt in meinem Beitrag zu dem von Dario Azzellini und Boris Kanzleiter herausgegebenen Buch *Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung* ausformuliert habe (Berlin 2003, S. 13 – 28).
- ³ *Das strategische Konzept des Bündnisses*. Presse- & Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 24, 3. 5. 99, S. 222-231. Der Text kann unter <http://voelkerrecht.euv-frankfurt-o.de/Downloads/Gries/Strategisches%20Konzept%201999.pdf> heruntergeladen werden.
- ⁴ Um ein immer wiederkehrendes Missverständnis auszuschließen sei an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt, dass die für den Postfordismus bestimmende Dominanz des Dritten Sektors eine qualitative, keine quantitative ist: während der Umfang der im Ersten und Zweiten Sektor verrichteten »materiellen« (güterproduzierenden bzw. rohstoffgewinnenden) Arbeit nach wie vor die im Dritten Sektor verrichtete »immaterielle« (Dienstleistungen produzierende) Arbeit übersteigt, gibt letztere dennoch den Rahmen vor, in dem erstere verrichtet und verwertet wird.
- ⁵ World Migration Report 2000, www.iom.int
- ⁶ Dies ist der grundlegende Unterschied, der sowohl Toni Negri und Michael Hardts Überlegungen zum Empire wie Robert Kurz Begriff des „Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus“ von Karl Kautskys Theorie eines „Ultraimperialismus“ trennt.
- ⁷ Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass es mir nicht um die Behauptung einer Ersetzung oder Ablösung des Imperialismus durch das Empire bzw. der innerimperialistischen durch eine innerimperialen Konkurrenz geht: imperialistische Motive bleiben nach wie vor treibend, werden jedoch von imperialen Motiven überlagert oder, wie Althusser gesagt hätte, „überdeterminiert“.
- ⁸ Der dramatische Rückgang der Lebenserwartung im südlichen Afrika hängt zu einem wesentlichen Teil an der Ausbreitung der AIDS-Erkrankung, die nur vermittelt als Resultat der Globalisierung des Postfordismus analysiert werden kann. Trotz dieses nicht unerheblichen Vorbehalts bleiben die Zahlen aussagekräftig, wozu übrigens gehört, dass sich ein ähnliches Sinken der durchschnittlichen Lebenserwartung auch in den Slums US-amerikanischer Großstädte feststellen lässt.

Nach Schätzungen des Genfer UNO-Sozialgipfels des Jahres 2000 müssen mehr als 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar täglich auskommen.

Die Kaufkraft eines durchschnittlichen lateinamerikanischen Gehalts liegt mittlerweile um 27% niedriger als 1980, wobei sich 40% des Bruttosozialprodukts in der Hand von 1% der Bevölkerung konzentrieren – Tendenz drastisch steigend. In Asien und Afrika ist die Lage z.T. noch dramatischer.

Insgesamt liegt der Anteil der ärmsten 20% der Weltbevölkerung an Produktion, Auslandsinvestitionen, Export und Kommunikation mittlerweile bei unter 1%, während der Anteil der reichsten 20% der Weltbevölkerung bei 70-90% liegt.

Die Asymmetrie im globalen Machtgefüge reguliert sich dabei vor allem über die Verschuldung der Entwicklungsstaaten gegenüber staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren des Nordens.

Auch hier lässt sich die Dynamik der Verelendung statistisch belegen: lagen die Schulden der Entwicklungsstaaten des Südens im Jahr 1970 noch unter 100 Milliarden Dollar, waren sie im Jahr 1998 auf 2.465 Milliarden Dollar angestiegen. Da der Schuldendienst oftmals zwischen 30% und 50% ihrer Staatsbudgets frisst, sind die Entwicklungsstaaten fortlaufend auf neue Kredite angewiesen, wenn sie ein Minimum an Handlungs- und Planungssouveränität bewahren wollen.

Der dominante Staatenblock und der von ihm kontrollierte IWF aber binden neue Kredite an „Strukturanpassungsprogramme“, die die Entwicklungsstaaten zum fortlaufenden Abbau ihrer ohnehin marginalen sozialstaatlichen Einrichtungen und zugleich zum Ausverkauf der Filetstücke ihrer Nationalökonomien an die transnationalen Konzerne zwingen.

Diese Entwicklung findet ihre letzte statistische Konkretion in der durchschnittlichen Lebenserwartung. Während sie zwischen 1975 und 1997 in den 31 reichsten Ländern der Welt um ein Fünftel gestiegen ist, fiel sie im selben Zeitraum in 18 Ländern der Welt, und zwar in 10 Ländern Afrikas und 8 Ländern der ehemaligen Sowjetunion bzw. Osteuropas. Am drastischsten fällt diese Entwicklung in Afrika aus, wo die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana von 52 auf 47, in Simbabwe von 51 auf 44, in Sambia von 47 auf 40 Jahre gesunken ist.¹

(Footnotes)

¹ Der dramatische Rückgang der Lebenserwartung im südlichen Afrika hängt zu einem wesentlichen Teil an der Ausbreitung der AIDS-Erkrankung, die nur vermittelt als Resultat der Globalisierung des Postfordismus analysiert werden kann. Trotz dieses nicht unerheblichen Vorbehalts bleiben die Zahlen aussagekräftig, wozu übrigens gehört, dass sich ein ähnliches Sinken der durchschnittlichen Lebenserwartung auch in den Slums US-amerikanischer Großstädte feststellen lässt.

‘Geschichte von unten’ und radikale Linke

von Bernd Hüttner

War im Planstaat der 1970er Jahre Soziologie die Leitwissenschaft, so ist dies, wie nicht nur am Beispiel von Guido Knopp und den tagtäglichen Geschichtsdokumentation im Fernsehen zu merken ist, im Zeitalter der Zukunftslosigkeit der 1990er und 2000er Jahre die Geschichte. Während Geschichte in der Gesellschaft eine große Rolle spielt, ist die (radikale) Linke relativ geschichtslos. Derzeit ist es wieder an der Bewegung gegen die globalen Konzerne zu sehen: Neue, jüngere Leute machen ihre Politisierung an diesem Thema. Die Theoriebildung ist aber geschichtsvergessen, Erfahrungen aus älteren Kampagnen sind verschüttet, attac-Mitglieder machen den Eindruck, sie hätten noch nie von der russischen Revolution gehört. „Neue“ eignen sich vieles erst mühsam neu an, machen zwangsläufig Fehler. Gleichzeitig ziehen sich ältere AktivistInnen resigniert zurück, da eine Weiterentwicklung kritischer Politik nicht möglich zu sein scheint. Geschichtslosigkeit ist eine klassische linksradikale Selbstkritik. Die Geschichtsschreibung der radikalen Linken hat zwei Funktionen: Dokumentation und politische Bewertung. Zum einen muss, im Sinne einer gesellschaftlichen Überlieferung, festgehalten werden, was war, dieses tun alle HistorikerInnen und Archive, zum zweiten und weit spannender könnten aus der Geschichte und gemachten Erfahrungen, Schlüsse für heutiges Handeln gezogen werden (dies scheuen viele HistorikerInnen). Für die Geschichtsaneignung und –vermittlung gibt es verschiedene Formen: Bücher, Filme, öffentliche und private Gespräche.

Die vorliegenden Bücher zur Geschichte der radikalen Linken handeln ereignis- und politikgeschichtlich die *großen* Debatten, die Zeitschriften, Demonstrationen und Kampagnen ab¹. Die Geschichtsschreibung der radikalen Linken ist eine der Sieger, derjenigen (meist Männer), die während ihrer politischen Biographie genügend soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital angehäuft haben, um schreiben und forschen zu können. Es gibt natürlich die hilfreichen Nachdrucke und Dokumentationen mit einem „neutraleren“ Ansatz. Dazu gehören z.B. das Buch über linksradikale Plakate, oder das neue Buch der Berliner Altautonomen², die zwar stellenweise treffende Analysen enthalten, ihren Verkaufserfolg aber wesentlich dem Nostalgiefaktor verdanken³. Zu erwähnen sind noch die Dokumentenbände (z.B. zur RAF, zu den Revolutionären Zellen/Rote

Zora oder zur Frankfurter StudentInnenzeitung *diskus*⁴) und die Titel zu einzelnen Bewegungen oder Organisationen⁵.

Diese Bücher sind notwendig, die Dokumentenbände unabdingbar – sie reichen aber bei Weitem nicht aus, um die vielfältigen politischen Szenen und Strömungen, die persönlichen Motivationen der (damals) Handelnden und ihre Alltagskultur sichtbar werden zu lassen. Die schriftlichen Quellen spiegeln ja überhaupt nicht die vielfältigen Realitäten sozialer Bewegungen oder politischen Engagements wider, erst recht nicht angesichts der notorischen Theoriefeindlichkeit zumindest der historischen radikalen Linken der 1980er Jahre.

Wenn mensch sich die vorliegenden Beiträge zur Geschichte der Autonomen oder zu der einzelner Bereichsbewegungen ansieht, so fällt auf, dass Kultur und dissidenter Lebensstil zwar das „Hinterland“ sind, auf dem die neuen sozialen Bewegungen und noch mehr die autonomen Bewegungen aufbauen, das sie relativ resistent gegen Bewegungstiefs macht – diese aber in den Geschichtsbüchern nicht vorkommen. Das Leiden an den Verhältnissen, die Langeweile innerhalb linker Politik, der ganze banale Alltag kommt schlicht nicht vor. So gibt es zwar ausführliche historische Untersuchungen über die Trinkkultur von Hafenarbeitern in Hamburg vor dem 1. Weltkrieg, eine Untersuchung über die Bedeutung von Wohngemeinschaften für linksradikale Politik gibt es nicht.

Eignen sich vielleicht literarische Versuche als „authentischere“ Quelle linker Geschichtsschreibung? Zwei bekanntere leben von der Spannung, die aus der polizeilichen Verfolgung der männlichen Protagonisten resultiert – eine Situation die kaum repräsentativ ist – erst recht unter gender-Gesichtspunkten⁶. Der Roman „Die kalte Haut der Stadt“ ist als eindrückliche bis beklemmende Schilderung über die militante Bewegung der 80er Jahre und ihren Niedergang von höherem Quellenwert⁷. Er schildert den langsamen Zerfall eines autonomen Zusammenhanges und die damit verbundenen psychischen Prozesse und Dynamiken. Hinzu kommen die (Auto-) Biographien mit allen ihren Problematiken oder Interviewbände mit ZeitzeugInnen⁸. Broschüren zur Geschichte der Linken gibt es bis Mitte der 1990er viele. Sie zählen als graue Literatur nur eingeschränkt da sie zwar wichtig sind, aber wieder verschwinden und heute nur noch in (Privat-) Archiven greifbar sind.

Ein gelungener Versuch einer Geschichtsschreibung „von unten“ im hier eingeforderten Sinne ist das Buch

zum Autonomie-Kongress 1995, in dem Angehörige verschiedener Altersstufen in Interviews über ihre politischen Biographien reflektieren⁹. Dadurch kommt viel von den individuellen Motivationen, Deutungsmustern und Visionen zur Sprache. Dies ist ebenfalls in einer Veröffentlichung über verschiedene Strömungen der Tübinger antirassistischen Szene der Fall – hier werden Interviews mit 13 engagierten AntirassistInnen der Textanalyse hinzugefügt¹⁰. Der Nachdruck der Geschichtsserie aus der seinerzeit weitverbreiteten *radikal* ist ein Versuch, Geschichte aus einer sozialrevolutionären Perspektive zu schreiben und dabei für jüngere LeserInnen noch halbwegs verständlich zu bleiben. Diese Serie endet jedoch Mitte/Ende der 50er Jahre und damit just an dem Zeitpunkt, an dem eine Zeitgeschichte der radikalen Linken beginnen würde¹¹.

Alternativen

Die Geschichtsschreibung der (radikalen) Linken hat einen eingeschränkten Blickwinkel und ist methodisch veraltet. Sie steht heute dort, wo die Geschichtsschreibung über die ArbeiterInnenbewegung vor 30 Jahren stand: Vor ihrer Weiterentwicklung durch die Alltagsgeschichte, die oral history und andere, verwandte Methoden¹².

In den 1960er und 1970er Jahren setzt sich die „Historische Sozialwissenschaft“ in Kritik der damals hegemonialen Politik- und Geistesgeschichte („Staatsmänner machen Geschichte“) für die Betonung gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen ein. Sie untersucht Klassen und Schichten, technische Innovation und Ökonomie.

Die am Fortschrittspessimismus der neuen sozialen Bewegungen angelehnte *Alltagsgeschichte* wiederum kritisiert an der SPD-nahen Historischen Sozialwissenschaft, dass das Individuum, sein Alltag und individuelle Deutungen dort nicht vorkämen. In den 1980er Jahren gibt es in der BRD die Geschichtswerkstätten, in denen sich feministische, gewerkschaftliche und andere ehrenamtliche und akademische HistorikerInnen zusammenschließen. Sie bringen die Geschichte derjenigen in die Öffentlichkeit, die bislang von der konservativen Geschichtswissenschaft und der Historischen Sozialwissenschaft ausgeschlossen waren: Die sog. Unterschichten, Frauen, die nicht organisationsgebundenen Strömungen und Aktionsformen der ArbeiterInnenbewegung usw. Die „BarfußhistorikerInnen“ betreiben Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten und Abhängigen, sie untersuchen deren Alltag, sie sind gewollt subjektiv

und verwenden die neue Methode der oral history, der erzählten Geschichte: Durch Befragungen von ZeitzeugInnen nutzen sie deren Kompetenz und rücken jene überhaupt erst als Quellen mit Aussagekraft und –wert ins Bewußtsein.

Die bis dahin dominierenden Strömungen der Geschichtsschreibung hatten vor allem *geschriebene* Dokumente, meist Akten aus Archiven oder Zeitungen als Quellen genutzt, ganz wie die Geschichtsschreibung der radikalen Linken heute. Die AktivistInnen der Geschichtswerkstätten setzen dem das Motto »Grabe (= forsche) wo du stehst« entgegen und untersuchen die Geschichte ihres Betriebes oder Stadtteils. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass das immergleiche unkritische Erzählen von individuellen Erinnerungen („Geschichten statt Geschichte“) in einer alternativen Heimatgeschichte, zu der die Geschichtswerkstätten arbeit vielerorts wurde, auch nicht gerade politisch fortschrittlich und methodisch innovativ war. Die Innovationswirkung, die die Alltagsgeschichte in der Geschichtswissenschaft hatte, hat sich mit der Zeit eh aufgebraucht, sie hat heute Eingang in den Methoden- und Themenkanon gefunden. Hinzu kommt die in letzter Zeit stark problematisierte Thematik von individuellen Erinnerungen und den Beschränkungen, denen sie unterliegt.

Die akademische/herrschende Geschichtsschreibung ist mit Geschlechter-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte allemal innovativer als die Geschichtsschreibung über die/aus den linken Bewegungen. Dies alles mutet erst recht vor dem Hintergrund, dass sich Linke immer einer Sicht „von unten“ und der Einheit von Politik und Alltag verschrieben haben, recht befremdlich an.

... und die Realität

Historische Aufarbeitung – und die betrifft in der schnellebigen radikalen Linken schon den Zeitraum von vor fünf Jahren - kann nur von Menschen vollbracht werden kann, die „dabei“ waren oder sich für die Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Bewegung engagieren und sich dafür Zeit nehmen (können). Dabei gibt es gravierenden Tatsachen Rechnung zu tragen:

Erstens der politischen Lage, die von Abwehrkämpfen gekennzeichnet ist und kaum Raum für den Luxus von Geschichtsarbeit lässt. Zweitens ist die Zeitspanne, in der sich die meisten AkteurInnen in den linken Bewegungen aufhalten, relativ kurz und reicht in der Regel nicht über das „schwarz-rote

Jahrzehnt“ vom 19. bis 28. Lebensjahr hinaus. Dies hat zur Folge, dass ein Interesse für geschichtliche Aufarbeitung nicht entsteht und die Frage nach der eigenen Geschichte selten gestellt wird. Drittens sind es nur Einzelpersonen und kleine politische Gruppen, FanatikerInnen im positiven Sinne, die sich für die Aufarbeitung der Geschichte einsetzen. Die Bewegungsarchive machen jenseits der Betreuung ihrer meist wenigen NutzerInnen keine offensive historische Bildungsarbeit.

Die Geschichtslosigkeit resultiert auch aus dem Selbstverständnis undogmatisch-link(sradikal)er Praxis, das von Spontaneität geprägt ist, geplante, strategische Politik sowie festere Organisationsformen lange Zeit ablehnte und Theorie (und damit auch Geschichte) vor allem als Legitimation der eigenen Praxis verstand. Ein kollektives Gedächtnis kann sich angesichts der losen Strukturen und der personellen Fluktuation nur schwerlich bilden. Die Defizite hängen auch mit der Quellenlage zusammen: Schriftliche Quellen sind die wichtigsten, Diskurse sind später am leichtesten in ihrer verschriftlichten Form nachzuvollziehen. Die Quellenlage ergibt aber ein schiefes Bild, die Dissertation von Schwarzmeier über die Autonomen beschränkt sich völlig auf die Auswertung schriftlicher Quellen, in der Regel Zeitschriften¹³.

Es ist Zeit, das Defizit der linksradikalen Geschichtsschreibung aufzuheben, „zu beschreiben“, wie es Katja Leyrer nennt, „und zu berichten, was in den vergangenen zwanzig Jahren war: Nicht Flugblätter, Pamphlete und Gesetzesentwürfe, sondern vor allem die alltägliche Erfahrung, die wir gemacht haben und machen und die manchmal ganz unfeministisch ist“, da „der Alltag, das Tagtägliche, das ‚Normale‘ und der Umgang mit den ‚kleinen Ungerechtigkeiten‘ und Bedrohungen in der Regel sehr viel mehr Zeit und Kraft in Anspruch nimmt, als es scheint - und als wir es wahrhaben wollen“¹⁴. Es ist Zeit sich von der patriarchalen Ereignis- und Politikgeschichte¹⁵ zu verabschieden und z.B. eine (Alltags-) Geschichte der link(sradikal)en Bewegungen in verschiedenen Regionen zu schreiben, die synthetisierten Aussagen von Zeitzeugen als Quellen zu entdecken und so z.B. die individuellen und kollektiven Sozialisationen, die Deutungsmuster und Motivationen zu erleuchten. Dann würde vielleicht auch deutlicher werden, dass die radikale Linke wenige bis keine Konzepte für politisches Wirken und widerständiges Leben in der Nachausbildungsphase hat, für Kinder, Erziehung, Krankheit, Tod, Beruf etc. pp. für all die Widersprüche, die das Leben bietet und so schwierig macht, für all die Widersprüche,

die in der linksradikalen Geschichtsschreibung sehr oft nicht vorkommen. Dabei sind diese Defizite und diese Widersprüche exakt die Gründe, wegen denen sich Menschen aus emanzipatorischer Politik zurückziehen. Die Geschichte(n) der radikalen Linken in diesem Sinne sind erst noch zu schreiben. Sicher sind die engen materiellen Bedingungen, denen Geschichtsvermittlung heute unterliegt, in Rechnung zu stellen. Ältere GenossInnen sollten nicht nur über Geschichtslosigkeit jammern, sondern besser überlegen, wo sie Angebote machen....

Bernd Hüttner ist u.a. Mitarbeiter des Archiv der sozialen Bewegungen Bremen. Er übersetzte zuletzt ein Interview mit dem militanten italienischen Historiker Sergio Bologna (online www.copyriot.com/ufefarce/no5/autonomia.html) und veröffentlichte das Buch „Archive von unten. Archive und Bibliotheken der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände“; Neu-Ulm 2003. Mitarbeit im Netzwerk kritischer Geschichtswissenschaft (www.kritische-geschichte.de).

(Footnotes)

- ¹ Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, 4. veränderte Auflage, Berlin 1995 (zuerst 1990)
Almut Gross/Thomas Schultze: Die Autonomen, Hamburg 1997, Bernd Langer: Kunst als Widerstand. Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf, Bonn 1997
- ² AG Grauwacke: Autonome in Bewegung, Berlin 2003, <http://autox.nadir.org>
- ³ HKS 13: vorwärts bis zum nieder mit, Berlin o.J. (2001, incl. CD-ROM), <http://plakat.nadir.org>
- ⁴ ID Verlag (Hg.): Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, Die Früchte des Zorns, Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, 2 Bände, Berlin 1993; Redaktion diskus (Hg.): Küss den Boden der Freiheit, Berlin 1992; Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni, Dortmund 2001; Ilko-Sascha Kowalczuk: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002
- ⁵ Werner Balsen/ Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität, Köln 1986; Redaktion 'atomexpress':.... und auch nicht anderswo. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997; Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin 2002 (Steffen interviewt auch viele ehemalige KB-Mitglieder), Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. ddr-opposition 1986-1989; Berlin 1992
- ⁶ Tomas Lecorte: Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen, Hamburg 1992; Raul Zelik: Friss und stirb trotzdem, Hamburg 1998
- ⁷ Michael Wildenhain: Die kalte Haut der Stadt, Berlin 1991, von Wildenhain liegt noch vor: zum beispiel k., Berlin 1983
- ⁸ Es seien hier nur einige genannt: Ulrike Heider: Keine Ruhe nach dem Sturm, Hamburg 2001; Heipe Weiss: Fuchstanz, Frankfurt 1996, beide über die Frankfurter Sponti-Szene der 70er Jahre; lesenswert ist auch der Interviewband von Ute Kätzel: Die 68erinnen, Berlin 2002. Das Lebensgefühl der 80er Jahre gibt Georg Heinzen, Uwe Koch: Von der Nutzlosigkeit erwachsen zu werden, Hamburg 1985 ganz anschaulich wieder, Einblicke in die Karrieren unbekannter 68er im Betrieb gibt Jochen Gester/Willi Hajek (Hrsg.): 1968 - und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte,

Bremen 2002.

- ⁹ Der Stand der Bewegung. 18 Gespräche über linksradikale Politik. Lesebuch zum Autonomie-Kongreß 1995, Berlin 1995, lesenswert auch Den Faden weiterspinnen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil-lebenden und deutschen Frauen. Erfahrungen des Internationalen Frauenplenums Westberlin 1988-1991, Berlin 1995 sowie Heinz Nigg (Hg.): „Wir wollen alles, und zwar subito.“ Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen; Zürich 2001 (mit DVD) website: www.sozialarchiv.ch/80/
- ¹⁰ Sabine Hess/Andreas Linder: Antirassistische Identitäten in Bewegung, Tübingen 1997
- ¹¹ GdV-Team: Gegen das Vergessen. Münster 1999
- ¹² Herwart Vorländer (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990; Alf Lüdtke: Alltagsgeschichte, Frankfurt/New York 1989
- ¹³ Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, BoD 2001
- ¹⁴ Katja Leyrer: Weiberkram, Frankfurt 1992, S. 14
- ¹⁵ Zu der ich auch noch das Grauwacke Buch zählen würde, denn wo taucht dort auf, was z.B. Katja Leyrer einfordert?

Sicherheit für Europa vs. Sicherheit vor Europa

Konsens in der Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur als Hindernis für Frieden und Sicherheit in den internationalen Beziehungen

von *Dr. Michael Berndt*

Einleitung - oder: Alle Jahre wieder ...

Wer die letzten 50 Jahre Diskussion über Krieg und Frieden einmal Revue passieren läßt, wird - sofern er dazu die einschlägigen politikwissenschaftlichen und friedenswissenschaftlichen Fachpublikationen zur Auffrischung heran zieht - sehr schnell feststellen, dass einige Diskussionen immer wieder geführt werden. Das erscheint zunächst nicht als Problem, denn, basierend auf der These, dass es auch in diesen Fachgebieten wissenschaftlichen Fortschritt gibt, machen neue Erkenntnisse über einen Gegenstand es schließlich notwendig diesen Gegenstand erneut zu diskutieren. Bei manchen dieser Diskussionen stellt sich allerdings bei näherer Betrachtung die Frage, was tatsächlich die neuen Erkenntnisse sind, die es rechtfertigen diese Diskussion erneut zu führen, denn oftmals verläuft die aktuelle Diskussion genauso wie die alte - bis auf einen Unterschied - und am Schluß auch wie die vorherige im Sande. Dieser Unterschied zwischen alter und aktueller Diskussion macht sich fest an den jeweils gegenwärtigen politischen Ereignissen auf die sich die Diskussionen beziehen - bzw. deren Kinder sie sind. Gerade diese aktuellen politischen Ereignisse, zumal wenn sie die Frage nach Krieg oder Frieden stellen und damit z.T. von überlebensrelevanter Dimension sind, lassen allerdings oftmals die schon einmal geführten Diskussionen vergessen - geht es doch um eine tagesaktuell brisante und wichtige Frage. Und ist diese Frage dann von der Politik in die eine oder andere Richtung bearbeitet worden, wird bald

„das alles () ebenso schnell wieder vergessen, wie die Fernseh-Tagesschau von gestern: wer erinnert sich noch so leidenschaftlich diskutierter außenpolitischer Aktionen wie derer, die wir z.B. mit den Namen Tschad, Falkland/Malvinas oder Grenada einst verbanden?“¹

Zwei dieser in schöner Regelmäßigkeit wiederkehrenden Diskussionen sind einerseits die

um die US-amerikanische Außenpolitik - zwischen Isolationismus, Internationalismus, Multilateralismus, Unilateralismus und Auf- oder Abstieg der USA² - und andererseits die über Bruchlinien in den transatlantischen Beziehungen, also im Verhältnis zwischen den USA und (West-)Europa.

Diese Diskussionen werden aber nicht nur in den Kreisen geführt, die sich eher der (Regierungs-)Politikberatung verschrieben haben, die also Politikwissenschaft eher im Sinne von *problem solving theory*³ betreiben. Aus einer solchen Perspektive wäre das Auf und Nieder ja noch zu verstehen, müssen sie sich doch hart an der praktischen täglichen Politik mit Ratschlägen zu Worte melden. Nein, auch Politikwissenschaftler, die sich als Vertreter Kritischer Theorie verstehen, nehmen an dieser Konjunktur gerne Teil, scheint doch die Identifikation US-amerikanischen Unilateralismus in Verbindung mit Rissen in den transatlantischen Beziehungen die Chance für eine Änderung der Weltordnung hin zum Besseren zu bieten.

Nun geht es mir hier nicht darum diese Diskussion als irrelevant abzutun. Die 2003 aufgekommen Konflikte werden sicherlich das politische Tagesgeschäft noch einige Zeit mitbestimmen. Doch diese Diskussionen sind im wesentlichen davon geprägt, die Divergenzen herauszuarbeiten, um dann die einen oder anderen Schlüsse daraus zu ziehen.

Die Diskussion über Divergenzen soll hier nicht noch um einen weiteren Beitrag ergänzt werden, zumal er auch nicht viel mehr Neues zu Tage fördern würde. Stattdessen möchte ich mich hier den transatlantischen Beziehungen von einer anderen Seite aus zuwenden. Statt danach zu suchen, wo EU und USA womöglich unterschiedlichen Weltordnungskonzeptionen folgen - wo sich eine Pax Americana und eine Pax Europea gegenüber stehen - wird hier der These gefolgt, dass es neben allen Divergenzen einen wesentlichen Konsens⁴ gibt. Und dieser Konsens umfaßt nicht nur die transatlantischen Beziehungen - zwischen der EU und den USA - sondern er schließt an entscheidenden Punkten die Gegner aus der Zeit der Systemkonkurrenz mit ein⁵.

Zum Ausdruck gebracht wird dieser Konsens in den sogenannten „interlocking institutions“⁶ (insbes. EU, NATO und OSZE) europäischer Sicherheit. Dabei ist aber nicht nur der Konsens in jeder einzelnen Institution von Interesse, sondern gerade der Konsens, der über diesen Institutionen herrscht. Es geht hier also um den Konsens in der sogenannten Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur (im

folgenden als NESAs bezeichnet) - verstanden als das Geflecht der Europäischen Sicherheitsorganisationen. Nach einer Herausarbeitung dieses Konsenses in der NESAs ist zentral dann die Frage zu diskutieren, welche Konsequenzen sich aus diesem Konsens bezüglich europäischer Sicherheit und europäischer Sicherheitspolitik ergeben. Diese Frage ist allerdings weiter zu fassen, als in der bisherigen Diskussion. Zu Zeiten des Systemgegensatzes war Sicherheit *in* Europa nahezu gleichbedeutend mit Sicherheit *für* Europa, denn die zentrale Sicherheitsgefahr lag in Europa. Die Frage nach Sicherheit *vor* Europa spielte nur eine nachgeordnete Rolle, weil es *das* Europa nicht gab - es war geteilt in Ost und West. Je mehr allerdings die Frage nach europäischer Sicherheit im Konsens der NESAs beantwortet wird und je mehr die alte zentrale Gefahr europäischer Sicherheit abgebaut wird, desto relevanter wird die Frage nach Sicherheit *vor* Europa. Ein Konsens in der NESAs über die Kriterien für Sicherheit *in* und *für* Europa, könnte zur legitimatorischen Basis dafür genutzt werden, Europas Sicherheit auch außerhalb Europas (notfalls auch militärisch) gewährleisten zu wollen. Ein Mehr an Sicherheit *in* und *für* Europa würde dann zu einem Weniger an Sicherheit *vor* Europa führen.

Zur Diskussion dieser Thesen, wird sich in einem ersten Schritt (I) der gängigen friedenswissenschaftlichen Diskussion und Bewertung der Organisationen der NESAs und ihren blinden Flecken zugewandt. Hier ist insbesondere auch zu diskutieren, dass es eine kritische Auseinandersetzung mit der OSZE nicht gibt. Gerade darin liegt aber ein zentrales Problem, zumal dann, wenn der These zugestimmt werden kann, dass sich die Rolle der OSZE mit dem Ende der Systemkonkurrenz geändert hat. Vereinte die KSZE zu Zeiten des Systemgegensatzes die zwei sich wechselseitig als die zentralen Sicherheitsbedroher wahrnehmenden Seiten, so stellt sich die Frage, was es bedeutet, wenn nun z.B. die Sicherheit der Bundesrepublik nicht mehr an der innerdeutschen Grenzen - also innerhalb des KSZE-Rahmens - , sondern am Hindukusch⁷ - also außerhalb des OSZE-Rahmens - bedroht erscheint.

Im zweiten Schritt (II) wird auf der Basis von EU-, NATO- und OSZE-Dokumenten aus dem Jahr 2003 skizziert, worin der Konsens besteht.

Darauf aufbauend wird dann in einem dritten Schritt (III) dieser Konsens bezüglich seiner Implikationen auf die Frage nach Sicherheit *in*, *für* und *vor* Europa diskutiert. Und außerdem ist hier zu diskutieren, was aus diesem Konsens bezüglich der Beantwortung der Frage nach unterschiedlichen

Weltordnungskonzeptionen resultiert.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse, ist dann abschließend (IV) noch einmal dezidiert auf die Relevanz der Herausarbeitung der konsensualen Dimensionen in der NESAs einzugehen. Eine Fixierung auf Risse, Brüche und unterschiedliche Weltordnungskonzeptionen verstellt - so die These - den Blick dafür, dass gerade der konkrete Konsens in der NESAs ein entscheidendes Hindernis für Frieden und Sicherheit in den internationalen Beziehungen ist.

I

Die gegenwärtige Diskussion

Gegenwärtig hat (wieder einmal) die Risse und Brüche herausarbeitende Diskussion einen ihrer Höhepunkte. Diesseits und jenseits des Atlantiks artikulierte unterschiedliche regierungsamtliche Prioritäten bezüglich Irak-Krieg, militärische Eigenständigkeit der EU gegenüber der NATO, Völkerrecht und Rolle der UNO scheinen auf unterschiedliche Weltordnungskonzeptionen und Konflikte zwischen ihnen hinzudeuten.

Nun geht es hier nicht darum, die gesamte diesbezügliche Diskussion zu rekapitulieren. Sollte dies versucht werden, so müsste sich dann auch mit einem ganzen Sammelsurium politikwissenschaftlich-theoretischer und politischer Vorannahmen und Zielsetzungen auseinander gesetzt werden. Ein Vorhaben, das den vorgegebenen Rahmen sprengen würde. Stattdessen steht hier die friedenswissenschaftliche Diskussion am Ausgangspunkt. Als „Kritische Friedensforschung“⁶⁸ ist sie einmal angetreten über „Ideologiekritik und Kritik der politischen Ökonomie“⁶⁹ Herrschaftsverhältnisse mit ihrer „organisierten Friedlosigkeit“⁷⁰ offen zu legen und damit zu deren emanzipatorischer Überwindung beizutragen. Gerade die Kritik an den Entwicklungen (in) der NESAs aus dieser Perspektive, erscheint also von besonderer Relevanz, soll es nicht darum gehen, gewaltsame und unfriedliche Verhältnisse im Sinne eines *problem-solving* auch noch zu effektivieren⁷¹.

In dieser friedenswissenschaftlichen Diskussion steht gerade die Politik der USA, insbesondere ihre Mißachtung der UNO und des Völkerrechts im Mittelpunkt der Kritik. Mit der Kritik an der Politik der USA einher geht die Kritik an der NATO - erscheint sie doch als verlängerter Arm der USA bzw. als reines Instrument der US-Politik. In diesem Sinne stellte Nassauer bezüglich des NATO-Gipfels in Prag im Herbst 2002 fest, dass

„(d)ie Initiativen zu den wesentlichen Beschlüssen () aus den USA (kamen); die europäischen NATO-Staaten boten kaum ernsthafte Alternativen an. Sie versuchten lediglich, das aus ihrer Sicht Schlimmste zu verhindern.“⁷²

Bei der Kritik der militärpolitischen Entwicklung der EU sind die kritischen Stimmen schon leiser und ihre Basis in der Friedenswissenschaft schrumpft erheblich zusammen⁷³. Statt diese Entwicklung zu kritisieren, versteigen sich manche Friedensforscher gar zu der These, dass der Ausbau militärischer Fähigkeiten der EU dann kein Problem darstelle, wenn diese in eine zivile Strategie eingebunden sind⁷⁴. Und so wird das Leitbild einer Friedensmacht EU als „Zivilmacht mit militärischen Mitteln“ - denn „eine Zivilmacht ohne Zwangsmittel hätte keine Möglichkeit, einen wirksamen Beitrag zur Wahrung der internationalen Ordnung zu leisten“⁷⁵ - gegenüber einer „bloß interessengeleitete(n) Militärmacht“⁷⁶ propagiert. Gerade vor dem Hintergrund des letzten Irak-Krieges erscheint den Vertretern dieser Argumentation eine militärische Friedensmacht EU notwendig, um die unilaterale Dominanz der USA in den internationalen Beziehungen auszubalancieren. Und nur die EU - d.h. eine starke EU - vermag es letztlich, dem drohenden Relevanzverlust der OSZE entgegen zu treten,

„(w)eil nur die EU und ihre Mitgliedstaaten genügend Gewicht haben, um als vermittelndes Element zwischen den USA und Russland zu fungieren, und weil kaum jemand mehr von den Aktivitäten der OSZE profitiert als die EU“⁷⁷.

Auf der einen Seite die interessengeleitete Militärmacht USA, mit dem von ihr dominierten Instrument NATO, und auf der anderen Seite die - (militärische Friedensmacht) - EU: dies ist eine gängige Beschreibung der Konfliktfronten in den transatlantischen Beziehungen durch die Friedensforschung und dabei macht es keinen großen Unterschied ob die Militarisierung der EU kritisiert wird oder nicht.

Und auch ganz ohne Unterschied, ob die Militarisierung der EU kritisiert wird oder nicht, steht die OSZE außerhalb der Reichweite jeglicher Kritik. Zwar wird an manchen Stellen ein Relevanzverlust der OSZE⁷⁸ oder gar ihre Instrumentalisierung durch die USA befürchtet⁷⁹, aber grundsätzlich kritische Auseinandersetzungen mit der OSZE gibt es nicht.

Dies mag zunächst nicht verwundern, erscheint doch das Leitbild kollektiver, gemeinsamer Sicherheit²⁰ den Weg zu weisen in Richtung Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und zunehmender nichtmilitärischer Konfliktaustragung zwischen den beteiligten Parteien. Am normativen Ziel Frieden orientiert, wird dies als positiv bewertet. Doch, so die These, diese positive Bewertung der OSZE lebt im wesentlichen aus der Geschichte der OSZE als KSZE vor und im Kontext der weltpolitischen Zäsur 1989/90. Anhand der Konstellation des Ost-West-Konfliktes wird letztlich seine Folgezeit untersucht, wobei das Positivum der KSZE darin identifiziert wird, dass unter ihrem Dach die Gegner im Systemkonflikt es vermochten Fragen der Sicherheit *in* Europa *mit* dem perzipierten zentralen Sicherheitsbedroher - der jeweiligen Gegenseite - zu diskutieren und zu organisieren. Sicherheit *vor* dem Gegenüber erschien nur als Sicherheit *mit* dem Gegenüber erreichbar zu sein, was bedeutete, dass die Perzeptionen der Sicherheitsbedrohungen des Gegenüber zwar nicht geteilt, aber ernst genommen wurden. Vor dem Hintergrund der Eskalationsdimension zu einem alles vernichtenden Atomkrieg in Europa, waren die Ziele „Sicherheit *in* Europa“ und „Sicherheit *für* Europa“ nahezu gleichbedeutend.

Nach dem Ende der Systemkonkurrenz griffen nun die ehemals westlichen Organisationen nach Osten aus, sei es in direkter Form der Erweiterung des Kreises der Mitglieder oder indirekt über andere Formen der institutionellen Zusammenarbeit²¹. Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, inwieweit das alte Gegenüber auch das Neue ist. D.h., sind die Akteure, die nun Fragen der Sicherheit *in* und *für* Europa diskutieren und definieren weiterhin antagonistische Akteure, die sich wechselseitig als die zentralen Sicherheitsbedroher wahrnehmen, und auf der Basis der Einsicht aus den Zeiten des Ost-West-Konfliktes, dass Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden kann, nun weiterhin versuchen, ihre wechselseitigen Unsicherheitsperzeptionen abzubauen?²² Oder vereint sie nun mehr als sie trennt? Sollte letzteres der Fall sein, so müßte zwar nicht Abschied von der Idee kollektiver gemeinsamer Sicherheit genommen werden - wie auch eine Kritik der UNO bzw. ihres Sicherheitsrates nicht mit einer Ablehnung der UNO verbunden sein muß²³. Allerdings bedürfte das regionale System kollektiver Sicherheit, OSZE, durchaus einer kritischen Diskussion bezüglich seiner Implikationen in Richtung außerhalb der OSZE-Welt. Würde sie geführt, dann stellte sich die Frage nach Sicherheit *vor* Europa ganz zentral, bietet doch ein Konsens über Inhalte und Prozeduren zur Gewährleistung von Sicherheit *in* und *für* Europa den legitimatorischen Rahmen um

letztlich außerhalb Europas die Sicherheit Europas verteidigen zu können. Sicherheit *für* Europa geriete dann in Konflikt mit Sicherheit *vor* Europa. Ein Problem, das aus friedenswissenschaftlicher Perspektive zentral bezüglich der NATO, weniger zentral bezüglich der EU - und dort auch nur dann, wenn nicht per se von einer Friedensmacht Europa in einer Global Governance Struktur ausgegangen wird - und überhaupt nicht bezüglich der OSZE diskutiert wird.

II

Der Konsens in der NESA

Die Konflikte in den Organisationen der NESA im Jahr 2003 sind schnell aufgezeigt:

im Frühjahr (1) Divergenzen in der EU bezüglich der Beteiligung am Irakkrieg und (2) Divergenzen in der NATO über eine mögliche Beistandspflicht gegenüber der Türkei im Irakkrieg und dann

im Herbst (3) OSZE Ministerrat ohne gemeinsame Abschlusserklärung und (4) Versuch der Verabschiedung der EU-Verfassung gescheitert.

Diese Divergenzen auf Grundsätzliches zurück zu führen - und damit zumeist, sei es nun apologetisch oder kritisch gemeint, auf (Realistische) Machtkämpfe in der anarchischen Staatenwelt - ist (relativ) einfach: Aus einer Gegenüberstellung jeweiliger zentraler Dokumente, z.B. der National Security Strategy der USA²⁴ und der Sicherheitsstrategie der EU²⁵, können durchaus unterschiedliche Weltordnungskonzeptionen (oder vielleicht etwas abgeschwächter Weltordnungs*mittel*konzeptionen) herausgearbeitet werden²⁶. Doch woran kann nun konkret bei all diesen Divergenzen der Konsens fest gemacht werden?

Nun, zunächst kann festgestellt werden, dass die Divergenzen in der EU bezüglich des Irakkrieges die Mitgliedstaaten nicht daran gehindert - ja sie gar darin bestärkt - haben eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ entwickeln zu lassen, in deren erster Fassung vom 20.6.2003 gar das Reizwort aus der National Security Strategy der USA, „pre-emptive“, auftauchte. So hieß es dort: „Pre-emptive engagement can avoid more serious problems in the future.“²⁷ Und hinter dem Scheitern der Verabschiedung der EU-Verfassung könnte vergessen werden, dass auf dem gleichen Gipfel am 12.12.2003 die endgültige Fassung der Sicherheitsstrategie der EU verabschiedet wurde. In ihr taucht zwar nun der Begriff „pre-emptive“ nicht mehr auf, der entsprechende Satz wurde einfach gestrichen²⁸. Doch sowohl der vorherige, wie

der folgende Absatz sind identisch mit der ersten Fassung.

Ähnliches ist auch bezüglich der OSZE feststellbar: dass es 2003 keine gemeinsame Abschlusserklärung des Ministerrates gab, läßt in den Hintergrund treten, dass dieser Ministerrat am 2.12.2003 in Maastricht ein Papier mit dem Titel „OSCE strategy to address threats to security and stability in the twenty-first century“²⁹ im Konsens verabschiedete.

Und schließlich: alle Divergenzen innerhalb der NATO bezüglich des Irakkrieges, lassen vergessen, dass der NATO-Ministerrat im Juni 2003 neben der Übernahme der „leading role by assuming the strategic coordination, command and control of ISAF“³⁰ in Afghanistan auch die Unterstützung des polnischen militärischen Engagements im Irak im Konsens beschloß³¹.

Dass es nun trotz aller Konflikte in den Organisationen dennoch jeweils zu konsensual verabschiedeten Dokumenten kam, könnte in Richtung der These interpretiert werden, dass es zwischen den Organisationen Konkurrenzen gibt, wobei jede Organisation für ein besonderes Weltordnungskonzept steht³². Eingeschränkt werden muss diese These allerdings durch die Feststellung, dass an den Entscheidungen der drei Organisationen - zumal wenn noch die erweiterten Formen der institutionellen Zusammenarbeit, wie z.B. bei der NATO der EAPC mit einbezogen werden - nahezu die gleichen Staaten beteiligt waren. Dass diese einzelnen Staaten in den einzelnen Organisationen jeweils andere Politiken vertreten, muß hier durchaus bezweifelt werden³³. Dieser Zweifel steht der These nicht entgegen, dass in/mit den einzelnen Organisationen unterschiedliche Prioritäten zum Ausdruck gebracht werden. Diese unterschiedlichen Prioritäten in Richtung grundsätzliche Divergenzen zu interpretieren, würde aber dann zu einer Fehlinterpretation führen, wenn sich herausstellen sollte, dass es neben - bzw. über - den Konsensen in jeder einzelnen Organisation, einen Konsens gibt, der allen Organisationen zu Grunde liegt.

Werden nun die 2003 verabschiedeten Dokumente der drei Organisationen daraufhin untersucht, was ihnen gemein ist, so kann zunächst festgestellt werden, dass übereinstimmend Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als zentrale Sicherheitsprobleme von EU³⁴, NATO³⁵ und OSZE³⁶ identifiziert werden. Und dieser Konsens artikuliert sich auch im EAPC der NATO³⁷ und in den EU-Russland-Beziehungen³⁸. Diese beiden

wesentlichen Sicherheitsprobleme werden dabei nicht nur als Einzelprobleme, sondern gerade als sich ergänzende Entwicklungen identifiziert³⁹. Auf den Punkt gebracht wird das Szenario in der Sicherheitsstrategie der EU mit der Formulierung:

„The most frightening scenario is one in which terrorist groups acquire weapons of mass destruction. The more proliferation continues, the greater this risk will become.“⁴⁰

D.h.: je größer die (unerlaubte) Proliferation von Massenvernichtungswaffen, desto größer die Gefahr, dass Terroristen Massenvernichtungswaffen nutzen könnten, wie auch anders herum, je größer die Gefahr des Terrorismus, desto größer die Gefahr, dass Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden.

Doch diese Verbindung zwischen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen - bzw. präziser, die Annahme, dass Terroristen Massenvernichtungswaffen einsetzen können/wollen - wird nicht nur als eine mögliche zukünftige Entwicklung skizziert. Konsens ist auch die Annahme, dass „the threat is compounded by the *interest* of terrorists in acquiring WMD“⁴¹. Die hypothetische Möglichkeit, dass Terroristen Massenvernichtungswaffen einsetzen können, wird dadurch, dass davon ausgegangen wird, dass Terroristen daran auch ein Interesse haben, zur Annahme einer Wahrscheinlichkeit⁴².

Verbunden mit dieser Annahme, dass Terroristen ein Interesse daran haben Massenvernichtungswaffen einzusetzen, geht einher die Legitimierung militärischer Gewalt als Mittel zur Bearbeitung des zentralen Sicherheitsproblems, dezidiert durch EU und NATO, wie auch die russische Regierung⁴³. Zentral sind dabei zwei Dimensionen: (1.) Da die Sicherheitsprobleme als zusammenhängende identifiziert werden, wird nicht eindeutig artikuliert, in welchem konkreten Fall militärische Gewalt tatsächlich geboten erscheint. D.h.: An keiner Stelle wird dezidiert artikuliert, in welchem Fall gegenüber Terroristen und in welchem Fall gegenüber der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen militärische Gewalt angewandt werden soll. Sattdessen wird in der Sicherheitsstrategie der EU argumentiert, dass „the new threats are dynamic“ und dass „this implies that we should be ready to act before a crisis occurs. Conflict prevention and threat prevention cannot start too early.“⁴⁴ Dieses Offenhalten des konkreten Einsatzes militärischer Mittel folgt dabei (2.) der Logik der Beibehaltung der Option militärischer Sicherheitsbewahrung unter Zu-Grunde-Legung des erweiterten Sicherheitsbegriffs. D.h. jegliche

Form der Sicherheitsgefährdung kann (auch) mit militärischen Mitteln der Sicherheitsbewahrung in Zusammenhang gebracht werden⁴⁵. So heißt es in der Sicherheitsstrategie der EU aufschlußreich:

„In contrast to the massive visible threat in the Cold War, none of the new threats is purely military; nor can any be tackled by purely military means. Each requires a mixture of instruments.“⁴⁶

Daraus resultiert zwar einerseits, dass militärische Mittel nicht die ersten und einzigen sind, aber andererseits auch nicht die letzten sein müssen. Nicht eine Militarisierung, die primär und nur auf militärische Mittel setzt ist hier das Problem, sondern die Entsensibilisierung gegenüber militärischen Mitteln, also eine Politik, die militärische Instrumente als normale Instrumente neben anderen betrachtet⁴⁷. Und genau in diesem Sinne der Einreihung militärischer Mittel in den normalen Instrumentenkasten fordert die Sicherheitsstrategie der EU eine „more active“ Politik, die

„applies to the full spectrum of instruments for crisis management and conflict prevention at our disposal, including political, diplomatic, military and civilian, trade and development activities. Active policies are needed to counter the new dynamic threats. We need to develop a strategic culture that fosters early, rapid, and when necessary, robust intervention.“⁴⁸

Die Position in der OSZE steht dem nicht entgegen, denn im Rahmen der OSZE wird gar nicht dezidiert auf den Einsatz militärischer Gewalt gegenüber der zentralen Sicherheitsbedrohung eingegangen. Stattdessen wird nur auf die Wahrung der Prinzipien der OSZE und des Völkerrechts beim Kampf gegen die zentrale Sicherheitsbedrohung verwiesen. Das bedeutet aber anders herum auch, dass, werden die Prinzipien der OSZE und des Völkerrechts gewahrt, erscheint auch im Kontext der OSZE militärische Gewalt als legitimes Mittel.

Schließlich wird in den Dokumenten aller drei Organisationen mehr oder weniger dezidiert davon ausgegangen, dass die Herkunft der zentralen Sicherheitsbedrohung außerhalb der Mitgliedstaaten liegt.

Diese Problemherkunftsidentifikation liegt für die NATO, als System kollektiver Verteidigung gegen Bedrohungen von außen, durchaus in der eigenen Logik⁴⁹. Bei der EU ist dies diffiziler: So heisst es in der Sicherheitsstrategie der EU einerseits, dass Teile

der Entwicklungen, die zu Terrorismus führen auch „part of our own society“⁵⁰ sind. Hier drückt sich die nach innen gewandte Rolle der EU - als System kollektiver Sicherheit - aus. Andererseits wird aber ganz in der Logik kollektiver Verteidigung das zentrale Sicherheitsproblem - Verbindung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen - als außerhalb der EU zu bearbeitend identifiziert. So heißt es dort:

„With the new threats, the first line of defence will often be abroad ... The risks of proliferation grow over time; left alone, terrorist networks will become ever more dangerous. State failure and organised crime spread if they are neglected – as we have seen in West Africa.“⁵¹

Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext die Position der OSZE, als von der Struktur her nach innen gerichtetes System kollektiver Sicherheit - dass ja darauf basiert, dass der potentielle Sicherheitsbedroher Teil des Systems ist. Nun identifiziert aber auch die OSZE, die zentrale Sicherheitsbedrohung als ihr äußerlich, sei es, dass sie als “transnational in character” wahrgenommen wird, oder prägnanter, dass postuliert wird, dass “the OSCE region is increasingly exposed to threats originating outside it”⁵². Hier wird also davon ausgegangen, dass es auf der einen Seite die Staaten und Gesellschaften der OSZE gibt, deren Sicherheit bedroht wird - und in deren Auftrag die OSZE agiert - und auf der anderen Seite die Bedrohungen, die „affect the security of all States in the OSCE area and the stability of our societies.“⁵³

Zusammengefaßt besteht der Konsens in der NESAs also in den Annahmen der zentralen Sicherheitsbedrohung in Form der Verfügungsgewalt terroristischer Gruppen über Massenvernichtungswaffen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Fusion zwischen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen außerhalb der NESAs stattfinden wird. Gegenüber einer derartigen Bedrohung ist (auch) militärische Gewalt ein legitimes Mittel.

III

Sicherheit *für* Europa vs. Sicherheit *vor* Europa

Mit dieser hier vollzogenen Identifikation des der NESAs zu Grunde liegenden Konsenses soll nun weder das Problem des internationalen Terrorismus - oder gar die Verabscheuenswürdigkeit der Taten - relativiert werden, noch geht es dabei um eine Verharmlosung des Problems der

Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Und es soll hier auch nicht behauptet werden, dass es kein Interesse terroristischer Gruppen am Besitz von Massenvernichtungswaffen gäbe, oder, dass es keine - auch staatliche - Akteure gäbe, die bereit wären Kenntnisse über Massenvernichtungswaffen oder gar ganze Waffen an terroristische Gruppen weiter zu geben. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, inwieweit das konsensual skizzierte Bedrohungsbild inkl. der aus ihm abgeleiteten - auch militärischen - Antworten eine derartige Evidenz besitzt, dass es zum zentralen Sicherheitsproblem avancieren kann. Und diese Frage stellt sich v.a. auch vor dem Hintergrund der These, dass, sollten terroristische Gruppen tatsächlich das Interesse haben, die Wirkung von nuklearen, biologischen und/oder chemischen Substanzen zu nutzen, um möglichst viele Menschen zu ermorden, dann erscheint dies wesentlich einfacher durch z.B. einen Anschlag mit konventionellen Mitteln auf ein Atomkraftwerk oder eine Chemiefabrik. Demgegenüber wären Beschaffung, Handhabung und Transport entsprechender Massenvernichtungswaffen wesentlich aufwendiger, und die Gefahr, dass diese Waffen vor einem Anschlag entdeckt würden, ist wesentlich größer⁵⁴.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zum einen die Frage, warum als zentrale Sicherheitsbedrohung in der NESAs das - zwar nicht unwahrscheinliche, aber - „relativ“ hypothetische Szenario eines Anschlages mit Massenvernichtungswaffen durch terroristische Akteure definiert wird? Und zum anderen - und hier zunächst zentraler - stellt sich die Frage, welche Konsequenzen es hat, wenn diese Definition der zentralen Sicherheitsbedrohung in allen Organisationen geteilt wird?

In den Fokus der Kritik rückt bei der zweiten Frage, genau die Organisation, die von der kritischen Friedensforschung bisher wie ein rohes Ei behandelt wurde, die OSZE. Indem gerade in der OSZE dieses Bild der zentralen Sicherheitsbedrohung, inkl. der - auch militärischen - Mittel ihrer Abwehr geteilt wird, wird mit der OSZE der legitimatorische Rahmen dafür geschaffen, dass zur militärischen Terrorismusbekämpfung bzw. zur sog. Counter-Proliferation fähige Akteure, wie die NATO in Afghanistan, Russland in Tscheschenien und perspektivisch die EU - aber eben genau nicht die OSZE - sich darauf und damit auf einen (vermeintlichen) Auftrag der internationalen bzw. europäischen Staatengemeinschaft berufen können. Ist der Militäreinsatz innerhalb der OSZE dabei noch an bestimmte OSZE-Prinzipien gebunden, so trifft dies für militärische Einsätze außerhalb der OSZE

mit dem Ziel der Stabilität und Sicherheit der OSZE Region nicht zu. Damit wird aber ein - einstmals als nach innen gerichtetes - System kollektiver Sicherheit zu einem prinzipiellen Legitimitätsbeschaffer für nach außen gerichtete Militäreinsätze.

Das dies im Konsens der OSZE geschieht - was Divergenzen in konkreten Fällen nicht ausschließt - hat sicherlich nicht unwesentlich damit zu tun, dass gerade die NATO mit ihrem EAPC nahezu die gesamte OSZE Region umfaßt. Mit dieser nach dem Ende des Systemkonfliktes - zunächst mit NACC und Pfp - nach Osten ausgreifenden Kooperation der NATO wurde den Transformationsstaaten aber nicht nur bezüglich der Umgestaltung ihres Militärs in Richtung Demokratietauglichkeit geholfen. Damit einher ging der Transfer dessen, was Bradley Klein zu Zeiten des Systemgegensatzes als *western strategic culture*⁵⁵ herausarbeitete, nach Osten.

Entgegen Kleins Annahme aber, dass diese *western strategic culture* mit dem Ende des Systemkonfliktes an Legitimität verliert⁵⁶, hat Gulnur Aybet 2000 herausgearbeitet, dass

„the western security community which has grown out of that strategic culture has survived into the post-Cold War era, and projects a new kind of Gramscian hegemony ... through a System of interlocking institutions.“⁵⁷

Und in dieser NESAs der *interlocking institutions* geht es über die „promotion of values and its institutions“⁵⁸ um die „preservation of a ‚way of life‘, which had become embodied in the regime of the western security community“⁵⁹.

Und genau damit wird eine (mögliche) Antwort auf die erste Frage eröffnet. Aybet hat diese Diskussion leider nur bezüglich der Reproduktion von Legitimität im Institutionengeflecht geführt, weil sie davon ausging, dass

„(i)n the post-Cold War era there is no longer a superimposing enemy with an alien way of life that can in turn define the identity of a western strategic culture.“⁶⁰

Ohne die Ergebnisse ihrer Analyse schmälern zu wollen, ist doch anzumerken, dass gerade Kleins kritischer Fokus auf die Gewaltfrage bei Aybet letztlich keine zentrale Rolle spielt. Und so postuliert sie als Hintergrund dieser Legitimität einen „backdrop of increasing instability in and round Europe“⁶¹ und eine „necessity for humanitarian

intervention brought about with the end of the Gulf War“⁶². Inwieweit diese “increasing instabilities” und “necessities” allerdings nicht auch genau Bestandteile der Legitimitätsproduktion sind, hinterfragt sie nicht.

Stattdessen übernimmt sie letztlich die offiziell artikulierten Notwendigkeitsszenarien unhinterfragt. Dies mag allerdings auch darin begründet liegen, das Sie ihr Manuskript vor dem 11.9.2001 abschloß. Gerade vor dem Hintergrund der jugoslawischen Zerfallskriege und der in diesem Kontext - noch bis hin zum Kosovo Krieg 1999 - artikulierten Divergenzen zwischen v.a. der russischen und den westlichen Regierungen schien die NESA noch mit sich selbst beschäftigt gewesen zu sein. Die verabscheuenswürdigen Terroranschläge von 9/11 und deren (durchaus zu kritisierende) Interpretation als militärische Angriffe, waren dann aber schließlich der Kristallisationspunkt für die Identitätsfindung der NESA gegenüber ihrem Außen.

Die konsensuale Konstruktion des Bildes der zentralen Sicherheitsbedrohung als über Massenvernichtungswaffen verfügende Terroristen - also die Konstruktion des dem eigenen ‘way of life’ gegenüber stehenden Feindes - ermöglicht es nun, die Ausgangspunkte der Konflikthaftigkeit der internationalen Beziehungen nach außerhalb der NESA zu transportieren. Oder zugespitzt: Das Bild der zentralen Sicherheitsbedrohung ist - trotz seiner relativ hypothetischen Form - so attraktiv, weil es mit ihm möglich ist, für die militärische Aufrechterhaltung einer bestimmten Weltordnung - oder eben eines bestimmten ‘ways of life’ - Legitimität zu produzieren. In diesem Sinne ist - und hier kann an die “securitization”-These der Copenhagen School

und ganz zentral Ole Wævers⁶³ angesetzt werden - die konkrete Form der Wahrnehmung des Außen innerhalb der NESA ein entscheidender Bestandteil für die Legitimitätsproduktion nach innen. Im Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten die (unerlaubt) Massenvernichtungswaffen besitzen oder verbreiten, erscheinen allein deshalb notfalls alle Mittel als legitim, haben sie sich doch selbst, durch Verletzung internationaler Normen, nach außerhalb der internationalen Gemeinschaft - bzw. hier der Europäischen Sicherheitsgemeinschaft - begeben⁶⁴. Dass bei einer solchen Argumentation allerdings die Kriterien dafür, was erlaubt und was unerlaubt ist, von den selben Akteuren definiert werden, die gleichzeitig darüber richten, wird nicht thematisiert. Und nicht thematisiert werden auch die Gründe für terroristische Anschläge⁶⁵. Dies erscheint aber genausowenig verwunderlich, wie die Vernachlässigung der Frage,

ob nicht Entwicklungen innerhalb der NESA bzw. die Politiken der sie umfassenden regierungsamtlichen Akteure einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, terroristischen Gruppen immer wieder neue Mitglieder zuzuführen, wie auch zur Proliferation von Massenvernichtungswaffen beizutragen. Doppelte Standards⁶⁶ in den Außenbeziehungen tragen nicht gerade dazu bei, den propagierten Normen glauben zu schenken.

Doch letztlich geht es eben - wie oben diskutiert - nur allgemein um die Normen. Zentraler als die Verallgemeinerung der Normen ist die Stabilität und Sicherheit Europas und zwar des Europas der NESA - egal ob es nun in der NATO-Terminologie als „euro-atlantic area“⁶⁷, in der OSZE-Terminologie als „OSCE region“⁶⁸, oder in der Terminologie der EU einfach als „Europe“⁶⁹ tituliert wird.

Das dieses Streben nach Sicherheit *in* und *für* Europa letztlich zu einem Mehr an Unsicherheit *vor* Europa führen kann, wird in der kritischen Friedensforschung nicht diskutiert. Stattdessen wird an Rissen und Brüchen in Europa heruminterpretiert, ohne gar in Ansätzen auf die Probleme einzugehen, die daraus resultieren, dass diesen Rissen und Brüchen eine gemeinsame Weltordnungskonzeption zu Grunde liegt, die (bisher) alle vermeintlichen Risse und Brüche überlebt hat.

IV

Fazit

Die These vom Konsens mag zunächst bezüglich konkreter Fragen nach Krieg und Frieden als irrelevant erscheinen. Dies zumal deshalb, weil dieser Konsens sowohl die Basis für die konkrete Kriegführung wie auch dessen konkrete Ablehnung her gibt. Sich auf den Konsens zu fixieren, könnte interpretiert werden als die Augen davor zu verschließen, dass die Ergebnisse der Divergenzen sowohl mit vielen menschlichen Opfern bezahlt werden, wie sie auch zu neuen geostrategischen Realitäten führen. Dies, mit einer These vom großen Konsens womöglich als nachgeordnete Probleme zu identifizieren, klingt vielleicht zunächst als wenig friedenswissenschaftlich wie auch wenig Realistisch - stellten sich doch die Krieg-/Friedensfrage wie die unterschiedlichen Interessen folgenden Aussenpolitiken und ihre Ergebnisse als nachgeordnete Probleme. Diesem Einwand wurde hier allerdings entgegen gehalten, dass gerade der Konsens in der NESA nicht nur die Basis dafür ist, dass manche Kriege nicht (bzw. nicht zwischen den Konfliktparteien⁷⁰) geführt werden bzw. sich nicht

alle an allen Kriegen beteiligen. Dieser Konsens ist auch die legitimatorische Basis dafür, Kriege generell führen, bzw. - allgemeiner - militärische Gewalt in den internationalen Beziehungen einsetzen zu können (und zu dürfen), um die bestehende Weltordnung zu stabilisieren. Diesen Konsens auszublenden und sich nur und immer wieder auf die - nahezu gleichen - Konflikte in den transatlantischen Beziehungen bzw. allgemeiner und unter Einschluß Russlands auf die Konflikte in der NESA zu konzentrieren, verstellt den Blick für die Gemeinsamkeiten in dieser NESA. Und diese Gemeinsamkeit kulminiert letztlich zu einer zunehmenden Unsicherheit *vor* Europa.

(Footnotes)

- ¹ Krippendorff, Ekkehart; Deutsche Außenpolitik; a.a.O.; S.11.
- ² Gerade den Gegensatz zwischen Isolationismus und Internationalismus hat Ekkehart Krippendorff (Die amerikanische Strategie; a.a.O.) schon 1970 als Scheingegensatz enttarnt, was aber in der Folge (fast) niemanden davon abhielt, hier immer wieder einen Gegensatz zu identifizieren. Siehe z.B.: Barber, Benjamin R.; Jenseits von Dschihad und McWorld; a.a.O.
- ³ Siehe: Cox, Robert W.; Social forces, states and world orders; a.a.O.; S. 208-209.
- ⁴ Zur Relevanz der kritischen Analyse internationaler Beziehungen auf die Konsensfrage hin siehe: Berndt, Michael; Kritische Friedensforschung, Internationale Beziehungen und die Interessenfrage; a.a.O.
- ⁵ Siehe dazu in ersten Ansätzen: Berndt, Michael; Eine neue europäische Sicherheits-Architektur?; a.a.O.
- ⁶ Der Begriff „interlocking institutions“ ist letztlich eine NATO-Erfindung, die aber im Laufe der Zeit auch - in modifizierter Form - Einzug in OSZE-Dokumente genommen hat. Dazu: Berndt, Michael/ Ruf, Werner; Die Reform der Vereinten Nationen und die Zukunft der OSZE; a.a.O.; S. 82-84.
- ⁷ Struck, Peter; Rede des Bundesministers der Verteidigung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 20. Dezember 2002 in Berlin; a.a.O.; S. 3.
- ⁸ Senghaas, Dieter (Hrsg.); Kritische Friedensforschung; a.a.O.
- ⁹ Ders.; Editorisches Vorwort; a.a.O.; S. 18.
- ¹⁰ Ders.; Abschreckung und Frieden; a.a.O.
- ¹¹ Vgl. Cox, Robert W.; Social forces, states and world orders; a.a.O. Siehe auch: Albrecht, Ulrich; Außenpolitik, Theorie der; a.a.O.; S. 63.
- ¹² Nassauer, Otfried; Aufbruch in die NATOisierung Europas; a.a.O.; S.11.
- ¹³ Einer der wenigen entschiedenen Kritiker ist hier Tobias Pflüger (Eine Militärverfassung für die Europäische Union; a.a.O.).
- ¹⁴ In diesen Sinne: Ehrhart, Hans-Georg; Leitbild Friedensmacht?; a.a.O.
- ¹⁵ ebenda; S. 50.
- ¹⁶ ebenda.
- ¹⁷ Zellner, Wolfgang; Die OSZE am Scheideweg; a.a.O.; S. 247.
- ¹⁸ ebenda.
- ¹⁹ So: Tudyka, Kurt P.; How the OSCE is hegemonizing; a.a.O.
- ²⁰ Siehe dazu exemplarisch: Bahr, Egon; Gemeinsame Sicherheit - Voraussetzung für Kollektive Sicherheit; a.a.O.
- ²¹ So bei der NATO z.B. der EAPC und der NATO-Russland-Rat und bei der EU das Stadium des Beitrittskandidaten bzw. des assoziierten Staates.
- ²² Als Hinweis darauf dient dann die vermeintliche Sollbruchstelle innerhalb der OSZE, zwischen altem (erweitertem) Westen und Russland, die 2003 - wie schon 2000 - dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, dass der Ministerrat zu keiner gemeinsamen Abschlusserklärung fand. Als weitere Hinweise könnten auch die Konflikte zwischen Russland und dem (erweiterten) Westen bezüglich des Kosovo-Krieges, wie auch der Frage der NATO-Osterweiterung gedeutet werden (zu letzterem siehe: Galtung, Johan; Die NATO-Osterweiterung oder Der Beginn des Zweiten Kalten Krieges; a.a.O.). Interessant ist hier auch, dass die OSZE in der Diskussion über Spannungen und Risse in den transatlantischen Beziehungen höchstens am Rande auftaucht.
- ²³ Siehe: Ruf, Werner; Die neue Welt-UN-Ordnung; a.a.O.
- ²⁴ The national security strategy of the United States of America; Washington (D.C.) September/2002.
- ²⁵ Erste Fassung: Solana, Javier; A secure Europe in a better world; 20.6.2003; a.a.O. Letzte Fassung: A secure Europe in a better world. European Security Strategy; 12.12.2003; a.a.O.
- ²⁶ So z.B., dass in der National Security Strategy dem Begriff „preemptive“ eine zentrale Rolle zu kommt, während er in der verabschiedeten Fassung der Sicherheitsstrategie der EU nicht (mehr) vorkommt.
- ²⁷ A secure Europe ..., 20.6.2003, a.a.O.; S. 11.
- ²⁸ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S.11.
- ²⁹ MC(11) Journal No. 2, Agenda item 8 (Annex 3).
- ³⁰ North Atlantic Council, 3.6.2003: Final Communiqué; a.a.O.; Ziffer 3.
- ³¹ ebenda; Ziffer 5.
- ³² So z.B.: Tudyka; How the OSCE is hegemonizing, a.a.O.; S. 246.
- ³³ Vetschera, Heinz; Grenzen und Möglichkeiten kooperativer Sicherheitspolitik in Europa am Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE); a.a.O.; S. 108-110.
- ³⁴ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S.3-4.
- ³⁵ North Atlantic Council, 3.6.2003: Final communiqué, a.a.O.; Ziffern 11, 13 und North Atlantic Council, 4.12.2003: Final communiqué; a.a.O.; Ziffern 3, 21ff.
- ³⁶ OSCE strategy ..., a.a.O.; Ziffern 7, 9, 10, 15.
- ³⁷ Euro-Atlantic Partnership Council, 5.12.2003: Chairman's Summary; a.a.O.; Ziffer 4.
- ³⁸ Joint Statement: EU-Russia Summit, 31.5.2003; a.a.O.; Ziffern 18ff, 24.
- ³⁹ North Atlantic Council, 4.12.2003: Final communiqué, a.a.O.; Ziffer 23; OSCE strategy ... a.a.O.; Ziffern 9, 29.
- ⁴⁰ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 4.
- ⁴¹ EU-USA Summit: Joint Statement on the Proliferation of Weapons of Mass Destruction, 25.6.2003; a.a.O.; Ziffer 1/ Hervorhebung MB. Ähnlich auch: EU-Russia Summit: Joint statement on the fight against terrorism. 11.11.2002; a.a.O.; Ziffer 5 und OSCE strategy ... a.a.O.; Ziffer 29.
- ⁴² Interessant ist hier auch der Formulierungswandel von der ersten zur beschlossenen Fassung der Sicherheitsstrategie der EU: Hieß es in der ersten Fassung noch „The new terrorist movements seem willing to use unlimited violence and cause massive casualties“ (A secure Europe ..., 20.6.2003, a.a.O.; S.4/ Hervorhebung MB), so lautet der entsprechende Passus in der verabschiedeten Fassung nun „Increasingly, terrorist movements are well-resourced, connected by electronic networks, and are willing to use unlimited violence to cause massive casualties“ (A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S.3/ Hervorhebung MB).
- ⁴³ EU-Russia Summit: Joint statement on the fight against terrorism, 11.11.2002; a.a.O.; Ziffern 3, 4.
- ⁴⁴ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 7.
- ⁴⁵ Siehe: Berndt, Michael; Deutsche Militärpolitik in der „neuen Weltunordnung“; a.a.O.; S. 125.
- ⁴⁶ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 7.
- ⁴⁷ Gerade an diesem Punkt ist der ansonsten geteilten

Argumentation von Pflüger (Militärverfassung für die Europäische Union, a.a.O.) zu widersprechen.

⁴⁸ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 11.

⁴⁹ Siehe zur Diskussion bezüglich Systemen kollektiver Sicherheit vs. Systemen kollektiver Verteidigung: Berndt/ Ruf; Die Reform der Vereinten Nationen und die Zukunft der OSZE, a.a.O.; S. 73-74.

⁵⁰ A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 3.

⁵¹ ebenda; S. 7.

⁵² OSCE strategy ... a.a.O.; Ziffer 7.

⁵³ ebenda.

⁵⁴ In diesem Sinne siehe z.B.: Schaper, Annette; Verlieren die Staaten die Kontrolle über ihre Kriegsmittel?; a.a.O. und dies.; Nuclear terrorism: risk analysis after 11 September 2001; a.a.O.

⁵⁵ Siehe: Klein, Bradley S.; Beyond the western alliance. The politics of post-atlanticism; a.a.O. und ders.; Hegemony and strategic culture; a.a.O.; und ders.; Strategic Studies and World Order; a.a.O.

⁵⁶ Z.B.: Klein; Strategic Studies and World Order, a.a.O.; S. 136.

⁵⁷ Aybet, Gulnur; A European Security Architecture after the Cold War; a.a.O.; S. 255.

⁵⁸ ebenda; S. 34.

⁵⁹ ebenda; S. 248.

⁶⁰ ebenda; S. 34. Das Werk von Aybet erschien zwar 2000, doch nach Literaturliste und Liste der analysierten Dokumente basiert es auf einem Stand von 1996.

⁶¹ ebenda; S. 239.

⁶² ebenda.

⁶³ Siehe: Wæver, Ole; Securitization and desecuritization; a.a.O. Siehe auch: Buzan, Barry/ Wæver, Ole/ Wilde, Jaap de; Security; a.a.O.; S.23ff.

⁶⁴ Siehe auch: A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S. 10.

⁶⁵ Ja - und darauf wurde in der ersten Fassung der Sicherheitsstrategie der EU dezidiert eingegangen -, dass es eigentlich gar keine Gründe mehr gibt und deshalb mit den neuen Terroristen auch nicht mehr verhandelt werden kann. So hieß es in dieser ersten Fassung: „The new terrorism is different from the organisations with which we are familiar. Not only is it international, connected by electronic networks, and well resourced, it also lacks the constraints of traditional terrorist organisations. These usually wish to win political support and therefore exercise some self-restraint; ultimately they may be ready to abandon violence for negotiation. The new terrorist movements seem willing to use unlimited violence and cause massive casualties. For this reason, the idea of obtaining weapons of mass destruction is attractive to them as it is not for traditional terrorist organisations“ (A secure Europe ..., 20.6.2003, a.a.O.; S. 4). Davon blieb in der verabschiedeten Fassung nur folgende Formulierung übrig: „Increasingly, terrorist movements are well-resourced, connected by electronic networks, and are willing to use unlimited violence to cause massive casualties“ (A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S.3).

⁶⁶ Siehe dazu auch: Ruf, Werner; Zurück zur Anarchie?; a.a.O.; insbesondere S. 10-11. Kritisch anzumerken, ist bezüglich der Argumentation von Werner Ruf allerdings, dass er die USA letztlich mit dem Westen gleich setzt, bzw. die Kritik an der westlichen Politik nahezu ausschließlich an den USA fest macht.

⁶⁷ z.B.: North Atlantic Council, 4.12.2003: Final communiqué, a.a.O.; Ziffer 2.

⁶⁸ z.B.: OSCE strategy ... a.a.O.; Ziffer 7.

⁶⁹ So heißt es in der Sicherheitsstrategie der EU: „Europe still faces security threats and challenges“ (A secure Europe ..., 12.12.2003, a.a.O.; S.2/ Hervorhebung MB). Ja schon im Titel der Strategie als „European Security Strategy“ wird darauf abgehoben, dass es zwar die Strategie der EU ist, diese aber für das ganze Europa

zutreffen soll.

⁷⁰ Hier sei auf Werner Rufs Frage - im Kontext des Kriegs um Kuwait - verwiesen, „inwieweit der Aufmarsch am Golf und der Krieg unter Führung der USA den Konfliktgegenstand zum Anlaß genommen hat, um mit militärischen Mitteln jene unverzichtbaren energetischen Ressourcen zu kontrollieren, die die neuen Hegemonialmächte Europa und Japan für ihren weiteren wirtschaftlichen Aufstieg benötigen“ (Ruf, Werner; Aussichten auf die neue Welt-Un-Ordnung; a.a.O.; S. 84). Siehe aktuell auch: Altvater, Elmar; Die Währung des schwarzen Goldes; a.a.O.

Literatur

Sekundärliteratur

Albrecht, Ulrich; Außenpolitik, Theorie der, in: ders./ Volger, Helmut (Hrsg.); Lexikon der Internationalen Politik; München/ Wien 1997; S. 63-66

Altvater, Elmar; Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt, in: Sand im Getriebe 17/2003; S.2-4

Aybet, Gulnur; A European Security Architecture after the Cold War. Questions of legitimacy; London/ Basingstoke 2000

Bahr, Egon; Gemeinsame Sicherheit - Voraussetzung für Kollektive Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1984; S.40-43

Barber, Benjamin R.; Jenseits von Dschihad und McWorld. Das Ende des amerikanischen Isolationismus, in: SZ 19./20.1.2002; S.17

Berndt, Michael; Deutsche Militärpolitik in der „neuen Weltunordnung“. Zwischen nationalen Interessen und globalen Entwicklungen (Agenda Resultate: 5); Münster 1997

Berndt, Michael; Eine neue europäische Sicherheits-Architektur?, in: Luedtke, Ralph-M./ Strutynski, Peter (Hrsg.); Frieden im Schatten von Terror und Krieg (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik: 7); Kassel 2002; S. 93-104

Berndt, Michael; Kritische Friedensforschung, Internationale Beziehungen und die Interessenfrage. Sackgassen und Auswege, in: ders./ El Masry, Ingrid (Hrsg.); Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Eine Festschrift für Werner Ruf (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik: 8); Kassel 2003; S. 354-366

Berndt, Michael/ Ruf, Werner; Die Reform der Vereinten Nationen und die Zukunft der OSZE, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.); Nach der Jahrtausendwende. Zur Neuorientierung der Friedensforschung. Friedensbericht 2001 (Agenda Frieden: 38); Münster 2001; S. 73-87

Buzan, Barry/ Wæver, Ole/ Wilde, Jaap de; Security: A new framework for analysis; London 1998

Cox, Robert W.; Social forces, states and world orders. Beyond international relations theory, in: Keohane, Robert O. (ed.); Neorealism and its Critics; New York 1986; S. 204-254

Ehrhart, Hans-Georg; Leitbild Friedensmacht? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2001; S.50-56

Krippendorff, Ekkehart; Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik; Frankfurt a.M. 1970

Krippendorff, Ekkehart; Deutsche Außenpolitik: Aus ihrer Geschichte lernen heißt aus ihr aussteigen, in: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)/ Komitee für eine zivile Gesellschaft (Hrsg.); Weltmacht Deutschland? Friedenskundetagung 1995 - Dokumentation der Vorträge; Berlin/ Isny im Allgäu 1995; S. 11-25

Galtung, Johan; Die NATO-Osterweiterung oder Der Beginn

- des Zweiten Kalten Krieges, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/1998; S.197-207
- Klein, Bradley S.; Hegemony and strategic culture. American power projection and alliance defence politics, in: *Review of International Studies* 14/1988; S.133-148
- Klein, Bradley S.; Beyond the western alliance. The politics of post-atlanticism, in: Gill, Stephen (ed.); *Atlantic relations beyond the Reagan era*; New York 1989; S. 196-211
- Klein, Bradley S.; *Strategic Studies and World Order. The Global Politics of Deterrence*; Cambridge 1994.
- Nassauer, Otfried; Aufbruch in die NATOisierung Europas, in: *Wissenschaft und Frieden* 1/2003; S.11-14
- Pflüger, Tobias; Eine Militärverfassung für die Europäische Union. Oder auch die EU ist auf Kriegskurs (Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.); Tübingen 11.11.2003
- Ruf, Werner; Aussichten auf die neue Welt-Un-Ordnung, in: ders. (Hrsg.); *Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung. Der Golfkrieg: Hintergründe und Perspektiven*; Münster 1991; S. 83-96
- Ruf, Werner; Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der 'Dritten Welt'; Münster 1994.
- Ruf, Werner; Zurück zur Anarchie? Die Demontage des UN-Systems seit dem Ende der Bipolarität, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2002; S.7-12
- Schaper, Annette; Verlieren die Staaten die Kontrolle über ihre Kriegsmittel? Gefahren des Nuklearterrorismus, in: Schoch, Bruno/ Hauswedell, Corinna/ Weller, Christoph/ Ratsch, Ulrich/ Mutz, Reinhard (Hrsg.); *Friedensgutachten 2002*; Münster/ Hamburg/ London 2002; S. 61-70
- Schaper, Annette; Nuclear terrorism: risk analysis after 11 September 2001, in: *Disarmament Forum* 2/2003; S. 7-16
- Senghaas, Dieter (Hrsg.); *Kritische Friedensforschung*; Frankfurt a.M. 1971.
- Senghaas, Dieter; Editorisches Vorwort, in: ders. (Hrsg.); *Kritische Friedensforschung*; Frankfurt a.M. 1971; S. 7-21
- Senghaas, Dieter; Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit; Frankfurt a.M. 1972
- Tudyka, Kurt P.; How the OSCE is hegemonizing, in: Lutz, Dieter S./ Tudyka, Kurt P. (Hrsg.); *Perspektiven und Defizite der OSZE*; Baden-Baden 2000; S. 239-250.
- Vetschera, Heinz; Grenzen und Möglichkeiten kooperativer Sicherheitspolitik in Europa am Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in: Hochleitner, Erich P. (Hrsg.); *Das Europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts*; Wien 2000; S. 93-151
- Wæver, Ole; Securitization and desecuritization, in: ders.; *Concepts of security*; Copenhagen 1997; S. 211-256
- Zellner, Wolfgang; Die OSZE am Scheideweg, in: Mutz, Reinhard/ Schoch, Bruno/ Ratsch, Ulrich (Hrsg.); *Friedensgutachten 2001*; Münster/ Hamburg/ London 2001; S. 239-247

Dokumente

- 20.09.2002 The national security strategy of the United States of America; Washington (D.C.) September/2002. Auszüge als: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 20.9.2002. Einleitung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2002; S.1391-1393 und Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika (NSS 2002) (Auszüge), in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2002; S.1505-1511.
- 11.11.2002 EU-Russia Summit: Joint statement on the fight against terrorism. 11. November 2002
- 20.12.2002 Struck, Peter; Rede des Bundesministers der Verteidigung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 20. Dezember 2002 in Berlin, in: *Bulletin der Bundesregierung* 104-2, 20.12.2002; 5 Seiten
- 20.05.2003 Solana, Javier; A secure Europe in a better world. EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy. European Council. Thessaloniki, 20.6.2003; 17 Seiten. Auszüge als: Solana, Javier; Entwurf für eine Europäische Sicherheitsstrategie. Dem Europäischen Rat in Thessaloniki vorgetragen am 20. Juni 2003 (Auszüge), in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2003; S.1009-1014
- 31.05.2003 Joint Statement: EU-Russia Summit, St. Petersburg (31/5/2003)
- 03.06.2003 Ministerial Meeting of the North Atlantic Council. Held in Madrid on 3 June 2003: Final Communiqué (Press Communiqué PR/CP(2003)059)
- 25.06.2003 EU-USA Summit: Joint Statement on the Proliferation of Weapons of Mass Destruction, Washington, 25 June 2003: Joint Statement by European Council President Costas Simitis, European Commission President Romano Prodi and U.S. President George W. Bush on the Proliferation of Weapons of Mass Destruction (Washington, 25 June 2003)
- 02.12.2003 OSCE strategy to address threats to security and stability in the twenty-first century; MC(11) Journal No. 2, Agenda item 8 (Annex 3). (2.12.2003)
- 04.12.2003 Ministerial Meeting of the North Atlantic Council held at NATO Headquarters, Brussels, on 4 December 2003: Final communiqué (Press Communiqué PR/CP(2003)152)
- 05.12.2003 Meeting of the Euro-Atlantic Partnership Council in Foreign Ministers Session. Brussels, 5 December 2003: Chairman's Summary (PR/CP (2003)156)
- 12.12.2003 A secure Europe in a better world. European Security Strategy. Brussels, 12 December 2003; 15 Seiten.

Die Europäische Union ist auf Kriegskurs

Einer EU-Verfassung, die zur Aufrüstung verpflichtet, muss eine klare Absage erteilt werden

von Tobias Pflüger

Nach längerer Arbeit hat der sogenannte Konvent einen Entwurf für eine EU-Verfassung vorgelegt, der 260 Seiten umfasst und in vier Abschnitte aufgeteilt ist. Zum Verfassungsentwurf hinzu kommen noch verschiedene Teile eines Anhangs mit Zusatzvereinbarungen, die ebenfalls Verfassungsrang erhalten.

Zum Stellenwert der Militärpolitik im EU-Verfassungsentwurf

Die so genannte „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ nehmen einen großen und zentralen Raum im Verfassungsentwurf ein. Der Stellenwert der Außen- und Militärpolitik wird von der EU-Kommission dort wie folgt beschrieben: „Der Konvent hat die Bestimmungen zum außenpolitischen Handeln der Union und zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Detail untersucht. Er hat Entwürfe für Artikel vorgelegt, die de facto eine völlige Neufassung darstellen. Bei den übrigen Politikbereichen hat sich der Konvent darauf beschränkt, die Bestimmungen im aktuellen EG-Vertrag mit einigen punktuellen Änderungen zu übernehmen.“

„Integration in die EU durch gemeinsame Militärpolitik?!

Im Verfassungsentwurf wird explizit erklärt: „Die Union ist dafür zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen.“ (Artikel I-11, Absatz 4 des EU-Verfassungsentwurfs, ähnlich und fast wortgleich in Artikel I-15, Absatz 1) ...

Einzelstaaten der EU können nach der Verabschiedung der EU-Verfassung die voranschreitende gemeinsame Militärpolitik nicht mehr ohne Weiteres verhindern. Bei Annahme dieses EU-Verfassungsentwurfs wird der gemeinsamen

Militärpolitik der Europäischen Union eine - wenn nicht die - zentrale Funktion im Prozess der Integration der EU der 25 Mitgliedstaaten zugewiesen, dies wird in den Abschnitten über Zuständigkeiten (besonders Artikel I-11) bzw. des allseitigen Verbindlichkeitscharakter (Artikel I-15) besonders deutlich. Außerdem ist die gemeinsame Militärpolitik ein - wenn nicht das - zentrales (neues) Element dieses EU-Verfassungsentwurfs.

Aufrüstungs-Verpflichtung in der Verfassung!

Was den friedens- bzw. militärpolitischen Bereich anbelangt, finden sich im Verfassungsentwurf zahlreiche dramatische Neuerungen: So gibt es eine explizite Aufrüstungsverpflichtung im Verfassungsrang: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel I-40, Absatz 3). D. h. in der zukünftigen EU-Verfassung wird eine regelmäßige Aufrüstung festgeschrieben! Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und teilweise durchzuführen wird ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen sowie den Ministerrat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen.“ (Artikel I-40, Absatz 3). Sowohl in Bezug auf die „Verbesserungen der militärischen Fähigkeiten“ als auch bei der Bewertung durch das „Europäische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ ist explizit von einer „Verpflichtung“ die Rede!

EU-Truppen in aller Welt?

Die EU erhält für ihre Militärpolitik einzelstaatliche Militärkontingente: „Die Mitgliedstaaten stellen der Union für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Ministerrat festgelegten Ziele zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte bilden, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.“ (Artikel I-40, Absatz 3).

Ein weiteres Novum ist, dass die Bereitschaft zu weltweiten Militäreinsätzen zur verfassungsmäßigen Pflicht erhoben wird. EU-Streitkräfte sollen zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: „Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“. (Artikel III-210). Hierbei handelt es sich um ein extrem weit gefasstes Mandat für etwaige EU-Kampfeinsätze. Es würde der EU sogar erlauben sich in Bürgerkriegen auf die Seite der einen oder anderen Fraktion zu schlagen und militärisch mit der Begründung des „Kampfes gegen den Terrorismus“ den Kriegsausgang zu beeinflussen. Wo die Grenze solcher exterritorialer EU-Militäreinsätze gezogen wird, bleibt offen.

Festschreibung des Kerneuropakonzepts

In Artikel 40, Absatz 6 des Verfassungsentwurfs heißt es: „Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union.“ ...Diese so genannte „strukturierte Zusammenarbeit“ bzw. „engere Zusammenarbeit“ im Bereich der Militärpolitik ist eine Art Exklusivclub innerhalb der EU: So heißt es in Artikel III-213, Absatz 3: „Wenn der Ministerrat die Europäischen Beschlüsse über den Gegenstand der strukturierten Zusammenarbeit erlässt, nehmen nur die Mitglieder des Ministerrates, die an der strukturierten Zusammenarbeit beteiligte Mitgliedstaaten vertreten, an den Beratungen und an der Abstimmung über diese Beschlüsse teil. Der Außenminister der Union nimmt an den Beratungen teil. Die Vertreter der anderen Mitgliedstaaten werden ordnungsgemäß und in regelmäßigen Abständen vom Außenminister der Union über die Entwicklung der strukturierten Zusammenarbeit informiert.“ Wie diese engere Militärszusammenarbeit im Rahmen der EU von anderen EU-Einzelstaaten gebremst oder verhindert werden könnte, bleibt völlig offen. Für die offiziell noch neutralen Staaten der EU - Finnland, Irland, Österreich und Schweden - stellt sich ein weiteres Problem: In der EU-Verfassung gibt es eine Reihe von expliziten Regelungen für die Zusammenarbeit mit der NATO, so z. B. im Artikel I-40, Absatz 7: „Bei der Umsetzung der engeren Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung arbeiten die beteiligten Staaten eng mit

der Nordatlantikvertrags-Organisation zusammen.“ Damit ist die Befürchtung nicht unberechtigt, dass mit der Unterzeichnung dieser EU-Verfassung für die bisherigen Nicht-NATO-Staaten die EU-Mitgliedschaft eine „NATO-Mitgliedschaft light“ wird.

Ministerrat entscheidet allein

Mehrfach wird in der EU-Verfassung betont, dass die alleinige Entscheidungsgewalt über die EU-Militärpolitik beim EU-Ministerrat liegt: „Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat“, so regelt das Artikel 40 Absatz 4 des EU-Verfassungsentwurfs. Ähnlich noch einmal in Artikel 198 Absatz 1: „Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse“.

Das EU-Parlament soll also nicht beteiligt werden. In Absatz 8 des Artikels 40 wird lediglich geregelt, dass das EU-Parlament zu „wichtigsten Aspekten“ regelmäßig anzuhören sei und über die Entwicklung der „grundlegenden Weichenstellungen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Laufenden gehalten“ wird. Artikel 205 Absatz 1 präzisiert diese Informationspflicht. In Absatz 2 heißt es dann: „Das Europäische Parlament kann Anfragen an den Ministerrat und den Außenminister der Union stellen.“ Doch eine Informationspflicht ist kein Beschlussrecht.

In seinem Urteil vom 12. Juli 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht bezüglich Auslandseinsätzen der Bundeswehr verbindlich festgelegt, dass der Bundestag Auslandseinsätzen mit einfacher Mehrheit zustimmen muss. Da EU-Recht grundsätzlich deutsches Recht bricht, ist fraglich, ob die Beteiligung des Bundestages damit nicht de facto gestrichen ist. Dieser EU-Kontext wirft auf die derzeitige Erarbeitung des so genannten „Parlamentsbeteiligungsgesetzes“- eigentlich richtiger Parlamentsentmachtungsgesetz - ein neues Licht: Im vorliegenden Gesetzentwurf der SPD sind vor allem zwei Regelungen interessant: Erstens sollen nur noch bewaffnete Einsätze durch den Bundestag abgestimmt werden und zweitens sollen Verlängerungen von Einsätzen automatisch erfolgen, es sei denn es widerspricht eine Bundestagsfraktion oder 33 Abgeordnete, dann entscheidet der Bundestag mit einfacher Mehrheit. Das Problem bei diesem Parlamentsentmachtungsgesetz ist weniger, dass die Bundestagsabgeordneten nicht mehr grundsätzlich mit Bundeswehr-Auslandseinsätzen befasst werden,

sondern dass durch diese Nichtbefassung auch die Öffentlichkeit aus dem Verfahren ausgeschlossen ist. Diese geplante Regelung passt also „sehr gut“ zum Entwurf der EU-Verfassung.

EU-Verfassung und Grundgesetz

Prof. Dr. Jürgen Meyer (SPD), über den Bundestag Mitglied im EU-Konvent, hat noch einmal klargestellt, dass EU-Recht immer deutsches Recht bricht: „Sollte es allerdings ausnahmsweise zu inhaltlichen Widersprüchen kommen, gilt der Vorrang des EU-Rechts.“ Auf folgende Frage: „Kommt damit die vorauszusehende Ratifizierung des Dokuments durch den Deutschen Bundestag nicht einer Verfassungsänderung gleich? Welches Abstimmungsverfahren ist hierfür vorgesehen?“ konkretisierte er: „Sie haben Recht. Nach meiner Auffassung ergibt sich aus Art. 23 Grundgesetz, dass Bundestag und Bundesrat der EU-Verfassung mit 2/3-Mehrheit zustimmen müssen.“

EU-Militärstrategie von Javier Solana

Im Auftrag der EU-Regierungschefs hat der Verantwortliche für den Bereich „Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU, Javier Solana, einen Entwurf für ein Strategiepapier für den Militärbereich vorgelegt. Dieses EU-Militärstrategie-Papier wurde beim EU-Gipfel in Thessaloniki im Grundsatz von allen EU-Regierungschefs gebilligt. „In diesem Papier werden drei strategische Ziele für die Europäische Union vorgeschlagen. Erstens können wir in besonderem Maße zu Stabilität und verantwortungsvoller Staatsführung in unserer unmittelbaren Nachbarschaft beitragen. Zweitens müssen wir ganz allgemein eine Weltordnung schaffen, die sich auf einen wirksamen Multilateralismus stützt. Drittens müssen wir uns den alten und den neuen Bedrohungen stellen.“ Die Europäische Union setzt dafür vor allem auf ihre (neue) militärische Stärke: „Eine Union mit 25 Mitgliedern und einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro sollte in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig auszuführen. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die frühe, schnelle und, falls erforderlich, robuste Interventionen fördert“. „Wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen und dem Aufbau von flexibleren mobilen Einsatzkräften, müssen wir die Mittel für die Verteidigung aufstocken.“ ...

Dies sind Kampfansagen an die von der britischen und US-amerikanischen Regierung beschworene unilaterale Weltordnung mit einer einzigen Weltmacht USA. Die Europäische Union soll so etwas wie

die zweite Weltmacht in einem „multilateralen“ Weltsystem werden!

Im Solana-Papier wird u. a. auch das Präventivkriegskonzept festgeschrieben: „Die Bedrohungen in diesem neuen Zeitalter haben ihren Ursprung oftmals in fernen Gebieten. Im Zeitalter der Globalisierung können allerdings solche fernen Bedrohungen genauso Besorgnis erregend sein wie näher gelegene. Nukleare Tätigkeiten in Nordkorea, nukleare Risiken in Südasiens und Proliferation im Nahen Osten sind allesamt ein Grund zur Besorgnis für Europa.“ Und: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. Wenn sie nicht beachtet werden, erhöht sich die Gefahr. ... Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln.“ Damit wird das Kernelement der National Security Strategy (NSS) der USA - die so genannte Bush-Doktrin - auch für den EU-Rahmen festgeschrieben. Die Bombenphase des Krieges gegen den Irak war der Testlauf für dieses Präventivkriegskonzept (vgl. z. B. Financial Times Deutschland, 19. 3. 2003) ...

Der Kampf um das Gute in der Welt

Die drei Hauptgefahren, die die EU-Regierenden sehen, werden im Solana-Papier benannt: „Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen und Scheitern staatlicher Systeme ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.“ Gegen diese Bedrohungen helfe nur ein gemeinsames Handeln. Das Ziel der EU-Politik wird offen und direkt formuliert, auch wenn man/frau den Satz mehrfach lesen muss, um zu glauben, dass er tatsächlich so im Militärstrategiepapier der EU steht: „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“ Gemeinsam für „das Gute in der Welt“ gegen alles „Böse“? Für wen dieses „Gute“ gut sein soll, ist klar. Es geht um möglichst viel Macht, Einfluss und wirtschaftliche Expansion aus den westlichen Staaten. Die westlichen Staaten sind sich in den Kernfragen einig, bei Differenzen im Detail (Irak): weitere Aufrüstung und Herausbildung kriegsführungsfähiger Armeen. Die Kriege der Zukunft werden in ständig wechselnden Koalitionen stattfinden, bei denen nicht immer alle mitmachen werden. Aber die Kriege

werden stattfinden, gegen Länder und Menschen im Süden. Die Analysen, die hinter dem Entwurf für eine EU-Verfassung und hinter dem Solana-Papier stehen, gehen davon aus, dass das Problem im Süden bei den „gescheiterten Staaten“ liegt. Im Entwurf für die neue EU-Verfassung wird genau die neoliberale Wirtschaftspolitik festgeschrieben, die weltweit zu Verarmung führt. Das Problem liegt also offensichtlich im Wesentlichen nicht im Süden, sondern im Westen ... Die Politik der westlichen Staaten muss grundlegend geändert werden. Die derzeitige neoliberale und neoimperiale Politik der EU-Staaten - zwei Seiten einer Medaille - darf nicht auch noch festgeschrieben werden in der zukünftigen Verfassung der Europäischen Union.

Tobias Pflüger ist Mitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI).

Der Artikel ist redaktionell gekürzt erschienen in *unsere zeit* am 21. November 2003.

Aneignung als politische Praxis im Bereich antirassistischer und antifaschistischer Arbeit - Chancen und Probleme.

Unser Workshop begann mit einem einleitenden Vortrag der in die Diskussionen unserer Gruppe bei FeLS und die Problemlagen, die sich zwischen unserer Arbeit an der Ausgestaltung des Begriffs Aneignung ergaben, einführte. Im Weiteren tauschten wir unsere einzelnen Erfahrungen zum Konzept Aneignung in Bezug auf unsere Praxis in den unterschiedlichen Orten aus und diskutierten anschließend die aufgeworfenen Chancen und Probleme. Im Folgenden werden somit der Vortrag und die Ergebnisse der Diskussion zusammengestellt.

Um den Slogan Aneignung, der als Versuch einer Überwindung desillusionierter, bittstellerischer Politik und defensiver Aktionskonzepten entstand, eine politische Praxis auch im Antifa- und Antira-Bereich zu geben, trennten wir einzelne Dimensionen analytisch von einander, die sich in unserer Praxis mit dem Begriff ergaben und hatten so auch zur besseren Diskutierbarkeit die einzelnen Problemfelder aufgegliedert.

Hier also die einzelnen Dimensionen die sich aus dem Vortrag und der Diskussion ergaben:

1. Taktik Aneignung

Angesichts des weltweit Faktischen, der Reduzierung sozialer Errungenschaften, öffentlicher Leistungen, großflächigen Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Diskusmacht neoliberaler Ökonomisierung auf breiten Ebenen, wie Managerisierung des Sozialen, Senkung von Lohnkosten und Steuern, Abbau gesetzlichen Restriktionen, wie Tarife, ArbeitnehmerInnenrechte etc., schien der Begriff *Aneignung* als aktive politische Strategie geeignet, das kapitalistische Eigentumsverhältnis als Ganzes in Frage zu stellen, er betont die Notwendigkeit aktiv zu werden und hat den Vorteil aber dennoch diskursfähig zu sein. Politik ist innerhalb dieses Begriffes eben nicht Sache von Parteien oder Gewerkschaften, sondern vor allem des und der Einzelnen. Diese taktische Verwendung des Begriffes bietet also viele Vorteile. Eben weil „Aneignung“ alles und nichts heißen kann, der Begriff also sehr offen und unbestimmt scheint, bietet er eine Chance auf diskursive Öffnung und Belegung. Er

kann strategisch benutzt werden um unser Beharren auf radikale Veränderungen auszudrücken und gleichzeitig verdeutlichen, dass wir uns eben nicht nur mit Kritik begnügen.

2. Kollektives Agieren der Aneignung

Durch die Tatsache, dass das „sich Nehmen“ kapitalistische Eigentumsverhältnisse grundsätzlich in Frage stellt, kann ein Bezug auf einen gerechten Zugang zu Ressourcen hergestellt werden. Dieser Zusammenhang ist allerdings nicht individuell sondern nur über kollektiv intendiertes Agieren gewährleistet. Klar war von Anfang an, dass das große „Wir“ dabei durchaus nicht immer eine homogene Gruppe von Betroffenen bezeichnet.

3. Revolutionäre Aktion Aneignung

Der Bezug auf „Aneignung“ ermöglicht ein Handeln im Hier und Jetzt. Die Thematisierung von menschlichen Bedürfnissen auch jenseits von nacktem Überleben muss nicht auf einen späteren Zeitpunkt (z.B. nach der Revolution) verschoben werden, sondern kann unmittelbar geschehen. Aneignung als Aktion geht natürlich von einem interventionistischen Konzept aus, probiert das Wünschenswerte und das Machbare im Sinne eines Anderen im Hier und Jetzt mittels einer antagonistischen Praxis aus.

4. Analysemittel Aneignung

Antifa als Kristallisationspunkt linksradikaler Politik erlebte in den 90ern sein letztes Bewegungshoch, ebte spätestens seit dem Antifa-Sommer ab und veränderte seine Zielrichtung. Im Zusammenhang mit Bewegungsdynamik erscheint es immer wieder notwendig grundlegend die benutzten Politikkonzepte zu diskutieren und neue Ansätze zu erarbeiten. Aneignung hat im Laufe unserer Diskussionen auch die Funktion eines Analysemittels unserer Politiken übernommen.

Aneignung schlagen wir also als Werkzeug vor, unsere bisherige Arbeit kritisch zu reflektieren, an unseren Zielen zu messen und Perspektiven einer weiteren Ausrichtung zu eröffnen.

5. Aneignung als verbindendes Moment

Aneignung bietet eine Möglichkeit der Verknüpfung lokaler und globaler Kämpfe. Es ist unserer Ansicht nach sinnlos, Unterdrückung und Ausbeutung quantitativ aufrechnen zu wollen. Der Ort, an dem Möglichkeiten des Widerstandes gegen kapitalistische

Zustände liegen, kann am besten dort sein, wo wir uns befinden. Das heißt nicht, dass das Nord-Süd-Reichtumsgefälle negiert werden oder der Überlebenskampf hier das Niveau des „Trikonts“ erreichen soll. Dennoch heißt Solidarität mit den Subalternen der Welt für uns, den Kampf gegen Unterdrückung dort aufzunehmen wo wir ihn führen können, in unserem eigenen Lebensumfeld. Soziale Aneignung ist hier als Slogan aber auch als politische Praxis zu verstehen und bietet die Möglichkeit interventionistische Politik im eigenen Umfeld mit anderen Kämpfen zu verlinken. Das Fassen unterschiedlichster Kämpfe unter einem Begriff erfüllt dabei einige wichtige Funktionen. Zum einen können Kämpfe auf verschiedensten Niveaus gemeinsam benannt werden. Der soziale Kampf um Zugang zu Ressourcen und für ein besseres Leben findet weltweit statt und kann mit dem Klammerbegriff Aneignung bis zu einem bestimmten Punkt durchaus erfasst werden. Es handelt sich eben nicht um Kämpfe die von einer Avantgarde geplant oder entworfen werden, sondern um Ereignisse, die unabhängig von Institutionen und politischen Führungen existieren. Die gemeinsame Organisation von Menschen die sich selbst ermächtigen geschichtliche Subjekte zu sein und für ein besseres Leben zu kämpfen kann durchaus emanzipierend wirken. Das gilt für den Kampf um Wasser in Bolivien wie für die Forderung nach Bewegungsfreiheit hier.

Nicht desto trotz ist ein grenzenloser Optimismus sicherlich nicht angebracht. Aneignung hat nicht das Potential alle Herrschaftsverhältnisse, also am Besten Kapitalismus, Rassismus oder Patriarchat und Heteronormativität in einem Generalschlag abzuschaffen.

Was bedeutet das nun für die Antifa- und Antira-Arbeit?

AntiRa

Anzuerkennen, dass Aneignung stattfindet, und zwar weltweit, bedeutet bei einem Fokus auf das Schlagwort Antira-Arbeit, den Blick auf die Lebensrealität von MigrantInnen zu wenden. Aller berechtigten Polemik gegen die „Festung Europa“ zum Trotz findet Migration statt. MigrantInnen kommen auch nach Deutschland und kämpfen um ihren Status, ihr Überleben und ihre Autonomie. Es ist eine Tatsache, dass auch jenseits explizit linker politischer Organisation Netzwerke existieren, in denen MigrantInnen und Flüchtlinge sich zusammenfinden sich gegenseitig unterstützen und füreinander kämpfen. Diese Netzwerke existieren innerhalb von Freundeskreisen,

Familienzusammenhängen oder auch sogenannter ethnischer Gruppen oder Nationalitäten.

Zu fragen ist sicherlich nach den Möglichkeiten einer Unterstützung dieser Kämpfe. Unmittelbare politische Hilfestellungen sind dabei traditionelle Institutionen und Unterstützungsangebote wie „medizinische Flüchtlingshilfe“, Hilfe beim Ausfüllen bürokratischer Anträge und beispielsweise Gutscheintausch. Dies alles sind Dinge, deren politischer „Nutzen“ für linke Radikalkritik nicht sofort auf der Hand liegen, weil ihnen ein gewisser Hauch „bürgerlicher oder christlicher Nächstenliebe“ anhaftet. Sie deswegen als irrelevant abzutun hieße allerdings die Notwendigkeit von Solidarität zu negieren.

Antirassistische Aneignung ist zu aller erst eine Praxis der MigrantInnen selbst. Ihr politisches Agieren ist in den bisher von uns entworfenen Rahmen von Aneignung eine Umsetzung. Der Kampf um Bewegungsfreiheit, um Zugang zu öffentlichen Gütern, einer finanziellen Versorgung, statt Sachleistungen und Chipkarten und vieles mehr stellen als Selbstermächtigung unsere Konzeption von Aneignung. Darüber hinaus diskutierten wir aber auch die Möglichkeiten einer Strategie der Aneignung linksradikaler deutschdominierter Antira-Gruppen.

Ausgehend von den Unzulänglichkeiten einer auf Warenförmigkeit und Unterdrückung beruhenden Gesellschaft bzw. in der Umkehrfrage nach der Welt in der ich/wir leben wollen, eröffnen sich Zugänge für eine Aneignungspraxis antirassistischer Politik von der Einzelfallbetreuung bis hin zu Bündnissen für Bewegungskampagnen wie der Residenzpflichtkampagne oder den Grenzcamps. Auch in den Sozialkampagnen werden Aktionen durchgeführt, die nicht jedeN unmittelbar betreffen, etwa wenn Mobilitätsaktionen auch von fahrradfahrenden oder Semesterticket besitzenden Studis mitgetragen werden. Aktionen für und mit MigrantInnen stehen allerdings vor allem im Rahmen von Unterstützung der Aneignungskämpfe von MigrantInnen und der Verbindung unserer Kämpfe unter diesem Label.

Wichtig ist uns dabei zu betonen, dass es bei Unterstützungsarbeit nicht um paternalistische bürgerliche Nächstenliebe gehen kann. Die Autonomie der Migration zu sehen und Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitswesen, Versorgung und Bildung zu erleichtern muss bedeuten, die Autonomie der Personen vorauszusetzen, individuelle Überlebensstrategien zu akzeptieren und persönliche Lebensentwürfe ernst zu nehmen. Aneignung kann

hier kaum direkter sein. Als erstes müssen Freiräume und die vollen sog. bürgerlichen Rechte her, und dann können auch weitere Formen von Aneignung umgesetzt werden.

Ein solcher weiterer Ansatz, der sich unserer Ansicht nach neben praktischer Unterstützung von Aneignungskämpfen bietet, ist der generelle Kampf um Hegemonie und Deutungsmacht. Wenn wir hier von Hegemonie sprechen, geht es ebenfalls um eine Form der Aneignung: die Aneignung von Diskursmacht. Dieses formal sehr hochgesteckte Ziel zu verfolgen birgt verschiedene Schwierigkeiten. Besonders in Anbetracht der Schwäche der deutschen Linken ist der Kampf um Argumente und die Besetzung von Themen ein hehres Ziel, das jedoch nicht immer mit der Wirklichkeit korrespondiert. Sich einmischen zu wollen bedeutet an dieser Stelle vor allem häufig, sich mit Leuten an einen Tisch zu setzen, mit denen politische Differenzen unvermeidlich sind.

Aneignung kann dennoch als Bindeglied fungieren, einerseits um die Gemeinsamkeiten der Kämpfe zu verdeutlichen und außerdem anhand gleicher oder überlappender Aneignungsinteressen, wie zum Beispiel beim Thema Mobilität oder die Themen Residenzpflicht und Kontrolle. Zugang zu Ressourcen, unkontrollierte Bewegung im öffentlichen Raum, Migration sind Bereiche, in denen linksradikale Politik und Kämpfe von MigrantInnen zusammen zu führen sind.

Desweiteren ist es aus einer Perspektive desjenigen, der einen deutschen Pass besitzt, nicht immer klar, welche Notwendigkeiten und Bedürfnisse bei Flüchtlingen überhaupt bestehen. Der Vorwurf des Paternalismus und die Objektivierung von Flüchtlingen ist immer wieder gefallen und besonders von selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen berechtigter Weise als solche benannt worden. Auch wir selber stecken immer wieder in der Klemme, wenn es um Ausmaß oder Ziel einer Zusammenarbeit mit selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen auf Augenhöhe geht.

Antifa

Antinaziarbeit und viele Aktionen antifaschistischer Arbeit sind laut der Definition unseres Begriffes originär Aneignung. Antifaschistische Stadtrundgänge, das Sprühen von Parolen und Übersprühen von rechten Symbolen oder das Outen von Faschos im Ort beinhalteten immer auch die Sicherung des eigenen Lebensumfeldes, überlassen den Nazis nicht den Raum und stehen unter dem Ziel Selbstschutz zu

organisieren. Denn es stellt sich unserer Ansicht nach die Frage, ob Demonstrationen die auf Rassismus und die Existenz von Nazis aufmerksam machen, überhaupt noch uneingeschränkt zeitgemäß sind. Nach dem sogenannten Antifasommer, dem Betroffenen-Diskurs der Bundesregierung und den zahlreichen Programmen gegen „Fremdenfeindlichkeit“ ist es unserer Ansicht nach mit der Feststellung, dass es Rassismus gibt, bzw. dem Outen von Nazis, getan.

Eine Antinazipolitik kommt deshalb unserer Ansicht nach um eine „Fusion“ mit antirassistischer Politik, d.h. einer Kritik der strukturell gewalttätigen gesellschaftlichen Zustände, die nur auf der Basis von Ausschluss der Nicht-Verwertbaren funktionieren, nicht mehr herum.

Darüber hinaus wollen wir für eine Erweiterung des Begriffs Aneignung in der antifaschistischen Praxis plädieren. Als Klammer zu anderen emanzipativen Kämpfen beschreibt Aneignung die Notwendigkeit neue strategische Bündnisse einzugehen. Wir sehen keinen gesteigerten Nutzen darin, den „Revolutionären Antifaschismus“ wieder auszugraben. Nichtsdestotrotz ist es eine Tatsache, dass eine basale Politisierung in vielen Fällen über Antinazi-Aktivitäten läuft. Dass das reine „Dagegen“-sein nicht automatisch zu engagierten linken „Massen“ führt, ist dabei allerdings klar. Antifa als Praxis und Lebensgefühl allein ist nicht in der Lage für eine linke „Sozialisation“ zu sorgen. Verbindet man aber Konzepte der Antifa-Arbeit mit bestimmten Ansätzen linker Bildungsarbeit, bieten sich sehr tragfähige Alternativen und Ergänzungen zum klassischen Kampf gegen Nazis

Beispielhaft lässt sich das anhand der Arbeit der Bildungsoffensive in Brandenburg beschreiben. In diesem Fall wurde das Konzept der „Feuerwehreinsätze“ im Umland verworfen. Von „Abstrafedemos“ wie in Potzlow, Wittstock oder Sebnitz wurde sich verabschiedet, da der Effekt für lokale Antifagruppen oder lose linke Zusammenhänge meistens kontraproduktiv war. Mit und nicht für die linken Gruppen, deren Zusammenhang in vielen Fällen eher aus einer spontanen Sympathiebekundung für ein unbestimmtes „dagegen“ bestand, nicht aus kontinuierlicher politischer Arbeit, wurden Konzepte diskutiert, wie Jugendliche in ihrer Städten linke und linksradikale Projekte verwirklichen könnten. Dabei war Antifaarbeit immer ein Thema, aber auch Dinge wie die Frage nach einem Treffpunkt, einem selbstverwalteten Zentrum oder Antirassismus waren ganz elementar. Von den Lebensrealitäten der Jugendlichen aus wurde über Politik geredet und

ein taktischer Umgang mit städtischen Behörden und Öffentlichkeit geübt. Mit einigem Erfolg: heute gibt es in Brandenburg in zahlreichen Städten linke Gruppen, die sich untereinander kennen und so erfolgreich vernetzt sind, dass sich die Städte gegenseitig mit Know-how und Technik unterstützen können. Auf „Hilfe aus der Hauptstadt“ sind viele der Gruppen nicht mehr angewiesen.

Beispielgebend ist dieses Konzept auch insofern, da es um theoretisch/taktische Herangehensweise an linke Politik geht.

Antira- und Antifapolitik im Fokus des Aneignungsbegriffes zu denken heißt somit für uns sie zusammen zu denken.

Interview mit Eduardo Daza, ANROS

von Dario Azzellini

ANROS vereint mehrere Tausend Basisgruppen und fördert die Partizipation und Selbstorganisation mittels Seminare und Beratungen. Darüber hinaus wird unter den beteiligten Organisationen eine gemeinsame politische Debatte geführt und sich an der Diskussion um alle Gesetze und Maßnahmen der Regierung beteiligt.

Dario Azzellini sprach mit Eduardo Daza, Sprecher der Vereinigung der sozialen Netzwerke und Organisationen (ANROS) über das am 15. August anstehende Referendum gegen Präsident Hugo Chávez.

Wie bereiten sich die Basisorganisationen auf das Referendum gegen Chávez vor? Wie sieht die konkrete Arbeit aus?

Wir wollen die organisatorische Arbeit stärken, die von den verschiedenen Programmen der Regierung ausgeht, also den Missionen wie das Ärzteprogramm Barrio Adentro, die Alphabetisierungskampagne Robinson, Rivas und Sucre für den Mittelschulabschluss und Hochschulreife, das kollektive Arbeits- und Ausbildungsprogramm Vuelvan Caras, die Grundversorgungsstruktur Mercal und die Indígenainitiative Guaicaipuro. Diese führen wir zusammen in die Mission Mision Florentino, in der für das Nein beim Referendum geworben wird.

Also ein Nein auf die Frage, ob wir wollen, dass der Präsident von seinem Amt zurücktritt. Wir haben im ganzen Land kleine Gruppen gebildet, die von Haus zu Haus ziehen und die Erfolge des Bolivarianischen Prozesses erläutern, die Menschen kontaktieren, die Sympathien für den Prozess haben und ihnen Möglichkeiten aufzeigen an der Verteidigung der erzielten Erfolge mitzuarbeiten.

Wie sehen die Basisorganisationen das Referendum?

Es bietet sich eine großartige Möglichkeit, um unseren Prozess zu vertiefen. Wir haben in der Vergangenheit einige Chancen das zu tun verpasst. So etwa im April 2002 oder vom Dezember 2002 bis März 2003, da gab es einen Generalangriff der putschistischen Opposition, die der gesamten venezolanischen Gesellschaft ökonomisch, sozial und politisch geschadet hat. Aber heute hat das politische Bewusstsein der Bevölkerung zugenommen. Und viele Leute, die gegen den Prozess vorgegangen sind, verstehen auf gewisse Weise, dass sie betrogen und in ein politisches Abenteuer ohne Ziel gejagt wurden. Andererseits ist die Regierung langsam erfahrener in der Führung des Staates und ihr Handeln ist gelungener. Das wird z.B. in der Wirtschaft immer deutlicher. Die Regierung kontrolliert jetzt auch die Erdölindustrie und fördert mit den Einnahmen Pläne, um die Bevölkerung zu integrieren, die nie eine Möglichkeit der Partizipation hatte. Das führte auch dazu das 120.000 Menschen, die gegen den Präsidenten unterschrieben hatten, ihre Unterschrift zurück zogen, das heißt sie rückten von ihrer Oppositionshaltung ab.

Von welchem Ergebnis gehen die Basisaktivisten aus?

Wir denken das Resultat wird auf jeden Fall zu Gunsten des Präsidenten sein. Selbst US-amerikanische Umfragen gehen in ihren vorsichtigsten Schätzungen von 57 Prozent für Chávez aus und die weniger konservativen von 67 Prozent zu seinen Gunsten. Und wir wissen, dass sie in der Vergangenheit immer viel weniger schätzten als er bekommen hat.

Und was wird die Folge eines solchen Resultats sein?

Es wird uns erlauben den Bolivarianischen Prozess noch weiter zu vertiefen.

Wie wird die Opposition ihrer Ansicht nach reagieren?

Wir gehen von zwei möglichen Szenarien aus. Einerseits werden sie versuchen in den Medien Zweifel an dem Referendum und seinem Ablauf streuen. So dass die Transparenz und die gesamte Organisation des Referendums in Zweifel gezogen wird. Dann können sie dazu aufrufen das Ergebnis nicht anzuerkennen, um so Gewaltausbrüche zu provozieren, die dann wiederum die Regierbarkeit des Landes öffentlich in Frage stellen sollen, um dann nach einer internationalen Intervention zu rufen.

Andererseits existiert ein Sektor der Opposition, der gerne mit der Regierung über einige wichtige Gouverneurs- und Bürgermeisterposten im Land verhandeln würde, um so ein ruhigeres Klima zu garantieren.

Aber wir befinden uns in einer Phase der Stärkung der revolutionären Bewegung und der Basisbewegungen und das erlaubt uns den Prozess von Unten zu vertiefen. Die Opposition hat nun eine Möglichkeit zu erklären, dass sie die Verfassung anerkennt. Oder sie erkennt sie weiterhin nicht an und setzt ihren gewaltsamen Weg fort. Allerdings ist ihre Mobilisierungsfähigkeit so jedes Mal kleiner.

Wie sehen die Basisorganisationen das Referendum?

Die Basisorganisationen haben ja während der Diskussion um die neue Verfassung im Jahr 1997, also noch vor der Wahl von Chávez zum Präsidenten, darauf gedrängt, die Kontrolle der direkt gewählten Amtsträger durch das Volk aufzunehmen. Ganz gleich ob Stadtratsabgeordnete, Bürgermeister, Abgeordnete der Regionalparlamente und der Nationalversammlung, sowie der Präsident. Damals wollten wir sogar die Möglichkeit eines Referendums nach der Hälfte der Amtszeit, wenn zehn Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben. Jetzt sind es 20 Prozent. Wenn dann im Referendum mehr als 50 Prozent gegen den Amtsträger stimmen, dann muss er von seinem Posten zurücktreten.

Die Möglichkeit des Referendums ist als ein wichtiger Beitrag aus der Debatte der Basisorganisationen zum Verfassungstext. Es ist das was von der Basis beschlossen und voran getrieben wurde. Daher ist das Referendum Teil des Konzeptes der partizipativen Demokratie und der aktiven Rolle der Bevölkerung.

In Bewegung kommen.

Perspektiven einer postfordistischen Linken

von Thomas Seibert

Die bisher ungebrochene Dynamik der globalisierungs-kritischen „Bewegung der Bewegungen“ beruht primär auf ihrem konstitutiven Internationalismus und ihrer Fähigkeit, unterschiedliche politische Subjektivitäten ohne Anspruch auf Vereinheitlichung zusammenzubringen. Ihre Schwäche zeigt sich in der defensiven Beschränkung auf ein „anti-neoliberales“ gesellschaftliches Projekt. Sollen sich die Bewegungen nicht in letztlich folgenlosem Aktivismus erschöpfen, gilt es, sich über einen gemeinsamen strategischen Horizont zu verständigen. Global kommt dabei dem Widerstand gegen den permanenten Weltordnungskrieg, lokal dem gegen die postfordistische Restrukturierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse ein Vorrang zu. (1) Deren Fortschritt unterwirft nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Kapitalverwertung und schließt gleichzeitig eine wachsende Zahl von Menschen von jeder zureichenden Erwerbsmöglichkeit aus. Das daraus resultierende Problem einer Kontrolle der globalen Ein- und Ausschlussverhältnisse treibt das postfordistische Kommando über die Arbeitskraft zur weltpolizeilichen Absicherung seines Zugriffs auf das gesellschaftliche Leben. Dem widersetzen sich die Bewegungen, indem sie den Widerstand gegen die globalisierte Ausbeutung mit dem gegen den globalisierten Krieg zusammenführen. (2)

Das Ende des rheinischen Kapitalismus

In Deutschland hat sich die globale Bewegungsdynamik erst spät artikuliert. Das hat – neben anderem – einerseits mit den Umständen der „Wiedervereinigung“, andererseits mit der Stabilität des „rheinischen Kapitalismus“ zu tun. (3) Obwohl schon von der Regierung Schmidt untergraben, überdauerte der für die BRD konstitutive Klassenkompromiss die konservativ-liberale Koalition, um erst von der rotgrünen Regierung liquidiert zu werden. Markenzeichen des westdeutschen Fordismus war eine vergleichsweise hohe Beteiligung der subalternen Klassen am gesellschaftlichen Reichtum und eine institutionelle Verregelung der Klassenauseinandersetzungen, deren Garant der Block von SPD und Einheitsgewerkschaft war. Gleichsam strukturell marginalisiert, blieb den Linken in (West-) Deutschland über Jahrzehnte nur die Wahl zwischen Integration oder Sicheinrichten in der eigenen

gesellschaftlichen Randseitigkeit. (4) Von daher liegt die Bedeutung der aktuellen Umbrüche nicht nur in der Rücknahme der historischen „Errungenschaften“ des sozialdemokratischen Blocks, sondern in dessen rasanter und unumkehrbaren Zersetzung. Mit ihr kann sich ein Vakuum öffnen, in dem die herrschenden Kräfte neue Formen der Integration subalternen Klassen und oppositioneller Milieus finden müssen, während sich Linken erstmals wieder Chancen bieten, genau das zu durchkreuzen. So zeigte die Berliner Demonstration vom 1. 11. 2003, dass der Protest tendenziell die Loyalität der gesellschaftlichen Basis des sozialdemokratischen Blocks untergraben kann. Zwar brach die Anti-Kriegs-Bewegung nicht mit der von Schröder-Fischer ausgespielten „alteuropäischen“ Variante imperialer Politik und blieb der Widerstand gegen den „Sozialabbau“ defensiv. Auch schlägt sich die Delegitimierung der politischen Eliten bis jetzt nur in einer wachsenden Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen sowie in Massenausritten aus SPD und Gewerkschaften nieder. Doch dürfen deren Dynamik und Konsequenzen nicht unterschätzt werden: verließen im vergangenen Jahr 30.000 Mitglieder die SPD, waren es allein im Januar 2004 bereits 10.000. Darin zerbricht ein wesentliches ideologisches Fundament des politischen Systems der BRD. Welche Folgen das hat, ob die Entwicklung nach rechts oder nach links geht oder ob daraus eine alltagszynische Zersetzung des Politischen nach us-amerikanischem Vorbild resultiert, hängt nicht nur, aber auch von den Linken ab.

Soziale Rechte, öffentliche Güter

Eine Gelegenheit zur strategischen Verschiebung der Bewegungsdynamik nach links bieten die Debatten um den eher unscheinbaren Begriff der „sozialen Rechte“, die momentan am linken Rand des sozialdemokratischen Blocks, innerhalb von attac und den Sozialforen und in linksradikalen Zusammenhängen geführt werden. (5) Die Verteidigung und mehr noch der Kampf um die Erweiterung sozialer Rechte verbinden sich darin mit der Verteidigung „öffentlicher Güter“ – soziale Sicherung, Bildung, Gesundheit, Kultur, städtische und ländliche Umwelt etc. – gegen die neoliberale „Akkumulation durch Enteignung“ (D. Harvey). Offensiv zu wenden ist beides, wenn dabei der Bezug zur postfordistischen Restrukturierung der Produktionsverhältnisse hergestellt wird. Je klarer soziale Rechte und der Zugang zu öffentlichen Gütern bedingungslos für alle eingefordert werden, desto mehr wird die aus dem Fordismus überkommene Bindung sozialer Rechte und öffentlicher Güter einerseits an den nationalen

Sozialstaat und andererseits an die lebenslange Erwerbstätigkeit im Normalarbeitsverhältnis infragegestellt. Dadurch öffnen sich Räume gesellschaftlicher Auseinandersetzung, in denen auch qualitative Veränderungen in der Produktion und Reproduktion zunächst der öffentlichen Güter einzufordern wären: wer stellt was wie für wen bereit? Mehr noch: was ist überhaupt ein „öffentliches Gut“ und was heißt es eigentlich, solche Güter der Verwertungslogik zu entziehen? Letzterem entspricht eine Überschreitung der ebenfalls aus dem Fordismus stammenden Orientierung auf „Verteilungsgerechtigkeit“ hin zu autonomen Praktiken direkter Aneignung sozialer Rechte wie öffentlicher Güter. Dass solche strategischen Verschiebungen möglich sind, belegt die spontane Zustimmung, die die Forderung nach einem Recht der illegalisiert in Deutschland lebenden Menschen auf Legalisierung ihres Aufenthalts 2003 auf dem Bundeskongress von Ver.di und dem Ratschlag von attac fand. Wird dabei der postfordistische Zusammenhang von Neoliberalismus, Globalisierung und Krieg nicht aufgetrennt und die Perspektive nicht auf eine „sozialpolitische“ Auseinandersetzung im nationalstaatlichen Rahmen verengt, zeichnen sich Kämpfe ab, in denen globalisierungskritische Bewegung gewinnen könnte, was ihr bis jetzt fehlt: ein subversives Alltagsleben.

Eine postfordistische Linke

Davon sind die Linken nicht ausgenommen, im Gegenteil: ihre sozialen Milieus werden von den aktuellen Umbrüchen so radikal durcheinandergewirbelt, dass sie in eigener Sache zur Intervention gezwungen sind. Das gilt in einem historisch nahen und einem historisch weiter zurückreichenden Sinn. Nah, insofern radikale Linke in ihren milieuspezifischen Reproduktionsstrategien seit 1968 zugleich vom fordistischen Klassenkompromiss und seiner postfordistischen „Modernisierung“ zehrten. Das galt für die Ausnutzung der Zeitressourcen einer verlängerten studentischen Existenz ebenso wie für alternativökonomische Experimente, für das JobberInnenentum, für die privilegierte Besetzung „kreativer“ wie sozialer Berufe, sogar für die Teilnahme am „Marsch durch die Institutionen“ und nicht zuletzt die individuelle Nutzung sozialstaatlicher Garantien. Alle diese Möglichkeiten mitsamt ihrem Niederschlag in den formellen und informellen Institutionen der „Szene“ wie der explizit politischen Organisation tendieren heute gegen Null. Von der Liquidierung der „Freiräume“ der Universitäten wie der Alternativökonomie über die Verelendung im JobberInnenentum bis zur

Prekarisierung „kreativer“ und sozialer Berufe unterm doppelten Druck von Konkurrenz und „Sozialkahltschlag“: am Kampf um bedingungslose soziale Rechte und die Wiederaneignung öffentlicher Güter haben Linke heute ein existenzielles Interesse. Sofern der Postfordismus nicht nur Resultat neuer Kapitalstrategien, sondern auch eine Folge der Kämpfe gegen das fordistische Fabrikregime und die „konsumgesellschaftliche“ Normierung des Alltags ist, sind die linken Milieus aber nicht einfach „Opfer“: ihre Revolte gegen das Normalarbeitsverhältnis ging dem neoliberalen Angriff voraus, sie können flexibilisierte Arbeitsbedingungen in offene und experimentelle Lebensentwürfe integrieren und suchen ihre Chancen deshalb auch nicht in einer reinigen Rückkehr unter die fordistische Disziplin.

In weiter zurückreichender Perspektive geht es dabei um das Verhältnis der Linken zu sozialer Bewegung selbst, das historisch oft ein Stellvertretungsverhältnis von Intellektuellen – das Wort in weitem, auch nicht-akademischen Sinn verstanden – zu ihnen gegenüber subaltern platzierten Milieus war. Im Zug der postfordistischen Restrukturierung der Arbeitsteilung aber werden immaterielle wie affektive Tätigkeiten so tiefgreifend verändert, dass sich die soziale Kategorie des Intellektuellen in die in ihrer Mehrdeutigkeit wie inneren Ausdifferenzierung noch gar nicht ausgelotete Kategorie der „Massenintellektualität“ auflöst. (6) Das betrifft individuelle Lebensführungen wie ganze gesellschaftliche Sektoren – alles, was im Alltag als „Kultur“, aber auch als „Öffentlichkeit“ bezeichnet wird, und damit natürlich auch die Bedingungen politischen Handelns im engeren Sinn des Wortes. Hier hat der Leerlauf der parlamentarischen Institutionen und Prozeduren politischer Repräsentation ebenso seinen Grund wie die damit verbundene Krise der Institutionen und Prozeduren der historischen Linken – des sozialdemokratischen Blocks übrigens nicht weniger als der letzten Aufgebote leninistischer „Arbeiterparteien“. Auch das artikuliert sich in den Stärken und Schwächen der globalisierungskritischen Bewegung und weist sie noch einmal als Bezugspunkt einer postfordistischen Linken aus. Die trägt diesen Namen dann zu recht, wenn sie ihre Massenintellektualität subversiv zu radikalisieren lernt, im Alltagsleben wie in der Konstruktion eines diesem Alltag angemessenen politischen Raums.

Auf kurze Sicht

Zielen Linke nicht nur aus distanzierter strategischer Reflexion auf die Radikalisierung sozialer Bewegung, sondern unterm existenziellen Druck ihrer unmittelbaren Verwicklung in die gesellschaftlichen

Umbrüche, so sind etwaige Radikalisierungspotenziale nur in der Verwicklung selbst in den Blick zu nehmen. Konkret gesprochen: in den Auseinandersetzungen beispielsweise um die europäischen Aktionstage des 3./4. April diesen Jahres. Dort ist es den Erwerbsloseninitiativen jedenfalls auf der Frankfurter Aktionskonferenz im Januar gelungen, einen Wiedergänger linker Strategie und Taktik, den Anspruch auf ein garantiertes Mindesteinkommen, an die Spitze eines Forderungskatalogs zu setzen, auf den sich GewerkschafterInnen, AktivistInnen von attac, der Sozialen Foren wie der Friedensbewegung sowie diverse linke Gruppen einigen konnten. Wichtig daran ist weniger die im Ansatz reformistische und von neoliberaler Seite längst funktionalisierte Forderung selbst als ihre Fähigkeit, Brennpunkt einer breiten Debatte um gesellschaftliche Alternativen werden zu können. Bis jetzt besteht der erreichte Konsens darin, dass ein Mindesteinkommen allen Erwerbslosen ohne „Bedürftigkeitsprüfung“ ein „Leben in Würde“ ermöglichen soll. (7) Beides wäre von links aufzugreifen und gegen den Status eines „Mindesteinkommens“ für den Fall individueller Erwerbslosigkeit zu kehren: es ginge dann um einen bedingungslos allen offenen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum nach der alleinigen Maßgabe einer im sozialen Kampf behaupteten „Würde“. Sich hier ins Handgemenge zu begeben heißt nicht, auf „Bündnispolitik“ zu schießen, sondern als LinkeR in eigener Sache zu handeln und das bedingungslos beanspruchte Recht auch für sich einzufordern. Allerdings reicht das bloße Erheben von Forderungen hier nicht aus, weil der Kampf um die Garantie von Rechten selbst wieder an Rechten hängt, die Subjekte sich zu nehmen willens und in der Lage sind. Auch das kann exemplarisch am Recht auf Legalisierung des Aufenthalts verdeutlicht werden, das vom Staat überhaupt nur eingefordert werden kann, weil Subjekte in Bewegung sich das Recht zum Aufenthalt im Staatsgebiet längst genommen haben. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben – und andersherum. Grundsätzliche Kritik an Kapital, Staat und herrschender Rechtsordnung wird damit nicht überflüssig, im Gegenteil: ihr wird eines der Kampffelder eröffnet, auf dem sie beginnt, praktisch zu werden.

(1) Unter Fordismus wird die nach dem 2. Weltkrieg endgültig durchgesetzte, politisch an die west-östliche Systemkonkurrenz und die Hegemonie der USA gebundene und bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts reichende Periode kapitalistischer Entwicklung bezeichnet. Die mit der großindustriellen Massenproduktion einhergehenden enormen Produktivitätssteigerungen ermöglichten zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus stetig steigende Lohneinkommen und damit einen bis dahin ungekannten Massenwohlstand. Hauswirtschaftliche, kleinbäuerliche und handwerkliche Produktionsweisen hielten

der Konkurrenz nicht stand, die Folge war eine systematische Ausweitung kapitalistischer Produktion. Tendenziell schienen sämtliche subalternen („niederer“) Klassen – Handwerker, KleinbäuerInnen, Kleinhandel- und Kleingewerbetreibende, DienstbotInnen, – in der schnell wachsenden Klasse der LohnarbeiterInnen aufzugehen, wobei dieser Prozess noch durch den zunehmenden Einschluss von Frauen in die Lohnarbeit erweitert wurde. Die Auflösung traditioneller Produktions- und Lebensweisen erforderte die Einführung bürokratischer Systeme der sozialen Sicherung, deren Qualität zwischen Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in zunehmend konsens- und kompromissorientierten Auseinandersetzungen ausgehandelt wurde. Die Krise des Fordismus resultierte aus einem ganzen Bündel von Ursachen; ein wesentlicher Grund aber waren die seit den 60er Jahren immer häufiger direkt gegen die fordistische Arbeitsorganisation geführten Kämpfe in den Fabriken wie die Rebellionen der Jugendlichen und der Frauen. Auf die reagierte das Kapital mit einer globalen Restrukturierung seiner Arbeitsorganisation und –teilung auf der Grundlage informationselektronischer Produktivkräfte und der neoliberalen „Schleifung“ der fordistischen Sozialsysteme. Weil dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, wird die aktuelle Periode kapitalistischer Vergesellschaftung vorläufig als „Post-“(Nach)-Fordismus bezeichnet. Zum Zusammenhang von Fordismus, Krise des Fordismus und Übergang zum Postfordismus vgl. Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin 1995; Karl Heinz Roth, *Die Wiederkehr der Proletarität*, Köln 1994; Ben Dietrich, *Klassenfragmentierung im Postfordismus*, Münster 1999 und natürlich M. Hardt/T. Negri, *Empire*, Frankfurt 2002. Zu den Kämpfen der 60er und 70er Jahre mehr als lesenswert N. Balestrini/P. Moroni, *Die Goldene Horde*, Berlin 2002.

- (2) Insoweit hatte Arundhati Roy recht, als sie die Bewegungen in Mumbai aufrief, selbst zum „globalen Widerstand gegen die Besatzung“ des Irak zu werden. Erst von daher wird dann zu bestimmen sein, welche Kräfte im Irak dabei unterstützt werden können – und das werden sicher weder die „baathistischen Killer“ noch islamische Fundamentalisten sein. (vgl. <http://www.jungewelt.de/2004/01-20/003.php>) Dem attac-Sprecher Sven Giegold (!) ist dann zuzustimmen, wenn er die Ausweitung des von Roy vorgeschlagenen Boykotts von US-Konzernen auf solche der EU fordert (http://www.attac.de/genug-fuer-alle/presse/pressespiegel/2004/januar/pressespiegel_1801.php).
- (3) Der Ausdruck stammt aus den 90er Jahren und soll den Unterschied zwischen kontinentaleuropäischem und anglo-amerikanischem Kapitalismus bezeichnen. Tatsächlich dient er der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie bzw. den Grünen dazu, ihre Variante neoliberaler Politik vom Neoliberalismus der Konservativen zu unterscheiden. Insofern ist bezeichnend, dass die Karriere des Begriffs erst in dem Augenblick begann, als die mit ihm bezeichnete Differenz sukzessive verringert wurde. Ein Lehrstück aus dem Arsenal des ideologischen Kampfs.
- (4) Nach 68 schlug sich das einerseits in den Massenbeitritten in die SPD und der Ausrichtung der DKP am sozialdemokratischen Block, andererseits im relativ schnellen Zerfall der Ansätze einer radikalen Linken nieder. Die Bruchlinien, die sich in einigen Kämpfen in Schulen, Hochschulen und Betrieben, in den Revolten gegen die „Konsumgesellschaft“, den Bewegungen der Frauen und den Auseinandersetzungen um die städtische wie ländliche Umwelt abzeichneten, vertieften sich nicht; mit dem individuellen Aufstieg vieler Akteure der „Neuen Sozialen Bewegungen“ formierte sich in den Grünen eine eigene Variante des Anschlusses an den Block der Integration.
- (5) Für einen Überblick vgl. die Diskussionen bei attac (<http://www.attac.de/sozsich/texte-speicher.php>), im Umfeld der Rosa Luxemburg-Stiftung (www.wem-gehoert-die-welt.de), in „radikalreformistischen“ Kreisen (<http://www.links-netz.de>), in

der Vorbereitung des 27. Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus (<http://www.buko.info/>) oder bei kanak attak (<http://www.kanak-attak.de/ka/>) bzw. der Gesellschaft für Legalisierung (<http://www.rechtauflegalisierung.de/>). Vgl. außerdem arranca! 28/03 (<http://arranca.nadir.org/aktuell.php3>) und Fantómas 4/03 (<http://www.akweb.de/fantomas>).

(6) Vgl. Thomas Atzert (Hg.), *Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin 1998, und Marco Revelli, *Die gesellschaftliche Linke*, Münster 1999

(7) Frankfurter Appell 17./18. 1. 2004, <http://www.allgemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de/frankfurterappell.htm>. Zur weiteren Diskussion vgl. Hans-Peter Krebs, Harald Rein (Hg.), *Existenzgeld*, Münster 2000

Thomas Seibert ist Philosoph, Redakteur des Halbjahresmagazins Fantómas (www.akweb.de/fantomas) und Mitarbeiter von medico international. Veröffentlichte zuletzt The People of Genua. Plädoyer für eine postavantgardistische Linke (in: BUKO, radikal global, Berlin 2003) und Die neue Kriegsordnung. Der globale Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite (in: D. Azzezzellini/B. Kanäle, Das Unternehmen Krieg, Berlin 2003). Lebt in Frankfurt.

Der Beitrag ist erschienen in Antifaschistische Linke Berlin, Global Resistance 2, 2004.

Befreiung der Güter?

- Die Freie Software Bewegung¹

von Frieder Hirsch

Das Kopieren, Verbreiten und/oder Modifizieren dieses Dokumentes ist unter den Bedingungen der GNU Free Documentation License, Version 1.2 oder einer späteren Version, veröffentlicht von der Free Software Foundation, erlaubt. Es gibt keine unveränderlichen Abschnitte, keinen vorderen Umschlagtext und keinen hinteren Umschlagtext. Eine Kopie des englischen Original-Lizenztextes finden Sie unter:<http://www.gnu.org/licenses/fdl.htm>

Zur (Vor-)Geschichte der Freien Software

Die Vorgeschichte der Freien Software beginnt nach dem „Sputnik“-Schock 1957 und der anschließend vom amerikanischen Verteidigungsministerium gegründeten Advanced Research Projects Agency (ARPA). Mit diesem Projekt verbunden war die Einbindung ziviler Forschungsprojekte in die militärische Forschungsstrategie der USA und das Interesse der Forscher am offenen Austausch der Forschungsergebnisse. 1977 wurde UNIX zum einflussreichen „offenen“ Betriebssystem, weil es weitgehend unabhängig von Hardware einsetzbar war, 1984 endete die Geschichte des „offenen“ Betriebssystem UNIX. Betriebssystem-Software wurde jetzt – unabhängig von Hardware – „geschlossen“ von Software-Unternehmen verwertet/verkauft. (vgl. Meretz 2000:9ff)

Die Freie Software Bewegung

GNU/Linux

Mit der Gründung des GNU-Projektes 1984 und der Free Software Foundation 1985 und der Entwicklung der General Public License (GPL) durch Richard Stallman beginnt die Geschichte der Freien Software Bewegung. Sie will Software offen und frei entwickeln und verteilen und ist damit eine Gegenbewegung zur kapitalistischen Verwertung und Verknappung von Software in Form von Waren zum Verkauf auf dem Markt.

Zentrum der Bewegung ist seither das von Linus Thorvalds seit 1991 entwickelte Betriebssystem Linux – verbunden mit GNU-Komponenten – das GNU/Linux-System.

Heute umfasst die Bewegung eine Vielzahl von freien Software-Entwicklungs-Projekten/Programmen, z. B. KDE, GNOME, Debian u. v. m.

Wie funktioniert die Freie Software Bewegung?

Die FS-Bewegung ist heute ein weltweit verteiltes Netzwerk verschiedener informeller und formeller Organisationen und Gruppierungen/Projekten. Die Kooperation geschieht grundsätzlich freiwillig, nicht-hierarchisch und meistens ohne Vergütung. Die Motivationen der AkteurInnen umfassen politische, moralische und instrumentell/technische Motive.

Motivation

Im Vordergrund steht das Motiv, gut funktionierende, stabile, offene und freie Software zu produzieren. Dabei geht es nicht zuletzt darum, Software zu entwickeln, die ein individuelles Bedürfnis der jeweiligen EntwicklerInnen befriedigt. Wenn dadurch auch die Bedürfnisse anderer NutzerInnen/EntwicklerInnen befriedigt werden können, macht diese Arbeit noch mehr Spaß. Ein weiterer Aspekt der Motivation ist auch, der monopolistischen Marktdominanz der Firma Microsoft entgegen zu wirken. (zur Motivation der Akteure AkteurInnen vgl. Hertel, Guido et. al. (2003))

Was ist an freier Software frei?

In den Anfängen der Software-Entwicklung war der ungehinderte und freie Austausch von Informationen und Programmen selbstverständlich. Von freier Software zu sprechen wurde erst notwendig, als Betriebssysteme und Programme zum Eigentum von Unternehmen erklärt und als Waren im Austausch gegen Geld auf den Markt gebracht wurden. Das wurde dadurch möglich, dass der Quellcode (das ist der von Menschen lesbare Teil von Programmen) geheim gehalten wurde. Nur der Quellcode macht es Menschen möglich, Computerprogramme zu verstehen und weiter zu entwickeln.

Freie Software dagegen bedeutet, dass dieser Quellcode frei zugänglich ist, geändert und frei verteilt werden kann. Eine Folge der Einführung nicht-freier/kommerzieller (d. h. proprietärer) Software war, dass die Freiheit der Freien Software eingeschränkt werden musste, um ihre missbräuchliche Nutzung durch kommerzielle Aneignung und Weiterverkauf als Ware gegen Geld zu verhindern.

Dies geschieht durch die Bindung von Freier Software an eine Lizenz, die **General Public**

License (GPL). Deren Prinzipien können kurz folgendermaßen kurz beschrieben werden:

- das Programm kann frei benutzt werden
- es können beliebig viele Kopien des Programms erstellt und verbreitet werden
- das Programm kann beliebig verändert werden
- veränderte Programme können beliebig verbreitet werden

Allerdings gelten gleichzeitig die folgenden Einschränkungen:

- der Quelltext muss jederzeit frei verfügbar sein und bleiben
- die an das Programm gebundene GPL-Lizenz darf nicht geändert werden
- das an die GPL gebundene Programm darf nicht Bestandteil nicht-freier (kommerzieller) Software werden

Produktionsweise

Basis der Produktion sind persönliche Interessen und Vorlieben der ProduzentInnen. Im Vordergrund steht dabei die Maxime des „Mach es selbst“ und veröffentliche möglichst schnell Deine funktionierende Arbeit. Es bilden sich darüber Gruppen von EntwicklerInnen, DokumentatorInnen, ÜbersetzerInnen, Bug-ReporterInnen, die gemeinsam am Produkt arbeiten und es weiter entwickeln.

Da die AkteurInnen häufig an weit entfernten Orten leben, geschieht die Zusammenarbeit mit Instrumenten des Internets, mit E-Mail, CVS-Datenbanken und FTP. Die grundlegende Verkehrssprache ist US-Englisch.

Die Struktur freier Softwareprojekte am Beispiel KDE

KDE (K-Desktop-Environment) ist eines der großen Projekte der Freien Software Bewegung. Mehr als 50 KDE-Anwendungen ermöglichen Internetrecherche, das Erstellen von Dokumenten am Computer bis hin zum Erstellen von CDs. Die populärsten Anwendungen sind Konqueror, der Webbrowser und Dateimanager, und KMail, das E-Mail-Programm. (vgl. Hirsch, Hans Frieder, 2004)

Die Menschen, die KDE machen – AkteurInnen und Organisation

Die Menschen sind vorwiegend jung (Altersdurchschnitt ca. 27 J.), männlich, haben Hochschulbildung, eine abgeschlossene IT-Ausbildung oder eine entsprechende Berufstätigkeit. Sie arbeiten freiwillig und meistens ohne Vergütung für die Arbeit an KDE.

Sie sind mit Programmentwicklung (Code), Programmdokumentation, Übersetzung von Dokumentationen, Fehleridentifizierung und -berichten, Fehlerkorrektur, Öffentlichkeitsarbeit, Webseitenadministration u. v. m. beschäftigt.

Die einzelnen Projekte sind nicht-hierarchisch organisiert, es gibt jedoch eine informelle Struktur aufgrund von Menge, Qualität und Bedeutung der geleisteten Beiträge zum Projekt. Diese werden häufig koordiniert von sogenannten MaintainerInnen, Menschen, die sich mit Zustimmung der Projektmitglieder darum kümmern, dass das Projektziel im Mittelpunkt der gemeinsamen Aufmerksamkeit bleibt und die gemeinsam akzeptierten Regeln und Termine eingehalten werden.

Oft haben die Projekt-GründerInnen diese Rolle.

Der Zugang zu Quellen und Programmen in der Entwicklungsphase ist über Aktivität/Reputation/Beiträge/Erfahrung beschränkt. Die Regelung von Konflikten und notwendige Entscheidungen erfolgen möglichst im Konsens. In Ausnahmefällen ist eine Entscheidung durch MaintainerInnen nach ausführlicher Diskussion notwendig. Dabei ist zu beachten, dass bei freiwilliger Partizipation und Kooperation die „Macht“ von MaintainerInnen sehr begrenzt ist.

Eine Besonderheit des KDE-Projektes ist, dass ein eingetragener Verein existiert, der KDE e. V. Er ist in Tübingen eingetragen.

Kommunikation

Die Kommunikation der weltweit verstreut lebenden AkteurInnen erfolgt natürlich über das Internet, mit E-Mail, IRC (Internet Relay Chat), Webseiten, Wikis und – seltener – Telefon. Darüber hinaus gibt es Konferenzen und Projekttreffen (Linux-Tag, KDE Community World Summit 2004 „aKademy“ 21 – 29 August, 2004 Ludwigsburg (Stuttgart Region), Germany)

Widersprüche der Koexistenz freier und proprietärer Güter (Software)

Die gegenwärtige Krise der Kapitalverwertung² äußert sich nicht nur in der gewaltsamen Erschließung und/oder Sicherung von Märkten und Rohstoffen, sondern auch in der mit juristischen und politisch/staatlich abgesicherten Mitteln erweiterten Unterwerfung öffentlicher Güter und Wissensbestände unter den Zwang der kapitalistischen

Verwertung. So wird – bisher schon erfolgreich – versucht, natürliche und freie Ressourcen zu patentieren (z. B. Patente auf Gene). Dasselbe Ziel verfolgen die Bestrebungen, Patente auf Software zu ermöglichen. Letztendlich sollen damit auch noch die letzten Refugien nicht-kapitalistisch regulierter und verwerteter gesellschaftlicher Bereiche (z. B. Bildung und Gesundheit, Freie Software) dem Diktat des Warentauschs und der Profitmaximierung unterworfen werden. Schließlich geht es darum, entweder „auf dem Pfad von „Microsoft & Monsanto“ oder in die Zukunft mit „Linux & freiem Saatgut“ zu gehen. (Thie, Hans, 2004).

Um Freie Software auch der kapitalistischen Verwertungsmechanik verfügbar zu machen und die „Not-For-Profit“-Begrenzung der General Public License (GPL) zu umgehen, gleichwohl aber die Vorzüge des offenen Quellcodes zu erhalten, wurde 1998 die „Open Source Initiative“ (OSI) gegründet (Eric.S.Raymond, Bruce Perens).

In der Folgezeit haben sich dann auch Big-Player-Firmen wie IBM und SUN Microsystems Linux und Open Source zugewandt und in ihre Geschäftsmodelle integriert (vgl. Gabriel, Richard P.; Goldman, Ron (2003)).

Lydia Heller und Sabine Nuss ist zuzustimmen, wenn sie in diesem Zusammenhang schreiben:

„Open-Source-Software steht demnach mitten in dem beschriebenen Spannungsfeld von offener Produktionsweise und Zwang zur Verwertung (das heißt, aus Geld mehr Geld machen zu müssen). Diese Spannung drückt sich dabei aus in den zahlreich erscheinenden Open-Source-Lizenzen, die eine Verwertungsfähigkeit von offenem Code auf unterschiedlichste Weise und für verschiedenste Bereiche ermöglichen sollen. Aber auch in den Debatten und in den (häufig auch) juristischen Auseinandersetzungen um Open Source kommt der beschriebene Widerspruch zwischen Offenheit und Einschluss (zwecks Verwertung) zum Tragen. Damit dürfte nun deutlich geworden sein, dass die eigentumssichernden Maßnahmen gar nicht so sehr das Kernproblem darstellen, sie sind vielmehr nur das Mittel, welches dazu dient, den Zweck kapitalistischer Produktion (Gewinnerzielung) zu gewährleisten. Indem nun allgemein gegen private und ausschließende Aneignung von Wissen und insbesondere gegen den privatrechtlich abgesicherten Wegschluss von Source-Code gekämpft wird, ohne dabei den Zweck des Ganzen in Frage zu stellen, bleibt das oben beschriebene Spannungsfeld bestehen und stellt einen

stets und ständig umkämpften Raum dar. Solange der Zweck der herrschenden Wirtschaftsweise nicht zur Disposition steht, kann es also nur darum gehen, den offenen Zugang zu Wissen zu erhalten und zu erweitern. Dies ist aber nicht einfach eine Frage von alternativen Geschäftsmodellen, sondern von sozialen Kämpfen um ein öffentliches Gut. Derartige Kämpfe sollten sich nicht auf das Thema Software beschränken.“ (Heller, Lydia; Nuss, Sabine (2004))

Befreiung der Güter?

Wenn Globalisierung auch Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Güter bedeutet (vgl. Altwater, Elmar 2003) und Teil der (imperialistischen) Gegenmaßnahmen des Kapitals gegen die Schwierigkeiten ist, sich profitabel zu verwerten (vgl. Hirsch, Joachim 2004), so bedeutet „Befreiung der Güter“ alle Aktionen und Handlungen, die das Ziel haben, die Privatisierung öffentlicher Güter zu verhindern oder sie rückgängig zu machen. Wenn der Begriff „Öffentliche Güter“ so erweitert wird, dass darunter auch Güter fallen, die zwar „privat“ produziert, jedoch in einer Form veröffentlicht werden, die eine gewerbliche/private Nutzung nur insofern zulässt, als sie zwar auch so genutzt, selbst aber nicht als Ware zum Verkauf gegen Geld auf den Markt gebracht werden können, dann handelt es sich dabei um freie Güter.

Der Begriff „Freie Güter“ ist weitergehend als „Öffentliche Güter“, denn diese können, wie die Erfahrung zeigt, ohne größere Schwierigkeiten z. B. durch staatliche Transaktionen der kapitalistischen Verwertung zugeführt werden.

Allerdings können auch freie Güter nicht ohne die Inanspruchnahme von Machtstrukturen – insbesondere staatlicher Macht und staatlicher Institutionen (Recht) – existieren. So benutzt Freie Software das Urheberrecht, um mit Hilfe einer Lizenz ihre gewerbliche Vermarktung zu unterbinden. Die Existenz freier Güter ist also von Macht und aktuellen Kräfteverhältnissen abhängig

Die Frage, ob die Produktions- und Verteilungsmechanismen sowie die besondere Form der Lizenzierung auf „materielle“ Güter übertragen werden können und somit weitere Formen freier Güter entstehen könnten, wird seit einiger Zeit intensiv diskutiert, unter anderem bei Oekonux e.V. (<http://www.oekonux.de>).

Computerprogramme, die als Freie Software unter den Bestimmungen der General Public

License veröffentlicht werden, sind mit bekannten öffentlichen Gütern wie z. B. Straßen vergleichbar, unterscheiden sich aber wesentlich durch folgende Eigenschaften:

- die Kosten für die notwendigen Produktionsmittel (Computer) sind gering
- sie sind unbegrenzt vermehrbar (Kopie)
- die Kosten ihrer Verteilung (über das Internet) sind vernachlässigbar
- sie unterliegen keinem physikalischen Alterungsprozess (Verschleiß)

Das ist z. B. bei Autos, Straßen und Frühstücksbrötchen anders. Aber auch hier steigt der Anteil des Aufwands für Konstruktions-, Verfahrens- und Produktionswissen aufgrund der Rationalisierungs- und Automatisierungsanstrengungen in der Industrie ständig. Überdies wird das Wissen der ArbeiterInnen und Angestellten über Konstruktion, Produktion und Verfahren vermehrt in mit Rechnern verarbeitbare Programme überführt und mittels Patenten geschützt. Diese Entwicklung bietet jedoch auch Ansatzpunkte für die Befreiung von Gütern.

Freie Software unterstützen?

Soll Freie Software in ihrer nicht-kapitalistischen Form als GPL-Software nicht von patentierter/lizenzierter kommerzieller Software überrollt werden, ist es möglich, dagegen etwas zu tun. Man kann Freie GPL-Software unterstützen, indem mensch statt oder neben Microsoft-Programmen Freie Software auf dem privaten Rechner installiert, damit arbeitet und davon erzählt. Freie Software ist sehr gut, einfach zu benutzen und stabil. Für private wie professionelle AnwenderInnen gibt es die – mit der Microsoft-Windows-Bildschirmoberfläche vergleichbare – Arbeitsumgebung KDE (K Desktop Environment), Office-Anwendungen wie KOffice und Open Office, die Textverarbeitung, Präsentation, Tabellenkalkulation etc. umfassen. Dazu kommen ausgereifte Multimedia-Programme etwa zum Abspielen und Kopieren von CDs, DVDs und MP3-Dateien, Grafikprogramme wie GIMP und viele mehr. Auch moderne Geräte wie Scanner, Digitalkameras oder USB-Sticks lassen sich grundsätzlich ohne vertiefte Computerkenntnisse leicht installieren und unter GNU/Linux benutzen. Unterstützung erhält man dabei von den in vielen Städten existierenden Linux-User-Groups und über einschlägige Publikationen im Buchhandel und im Internet.

Weitere Links zum Thema:

netzwerkppg-privatisierung | öffentliche güter |
regulation:

<http://www.wem-gehoert-die-welt.de>

Die deutsche Website von KDE:

<http://www.kde.de>

Die Debian Website: Prinzip nur Freie Software
verwenden:

<http://www.de.debian.org/devel/constitution>

Diskussionsforum zur Möglichkeit der Übertragung
der GPL-Prinzipien auf andere gesellschaftliche
Bereiche:

<http://www.oekonux.de>

Die General Public License:

<http://www.gnu.org/copyleft/gpl.html>

Aktion gegen Software-Patente:

<http://swpat.ffii.org/>

Die Free Software Foundation Europe:

<http://www.germany.fsfeurope.org/>

Die Website der Free Software Foundation:

<http://www.gnu.org>

Wichtige Informationen rund um Linux:

<http://www.linuxwiki.de/>

für eine neue Gesellschaft“; AG SPAK Publikationen, Neu-
Ulm 2000 (<http://www.leibi.de/spak-buecher>) und <http://www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm>

Thie, Hans (2004): „Den Druckpunkt treffen“ in: Freitag vom 24.
5. 2004 <http://www.freitag.de/2004/22/04220401.php> (zuletzt
besucht: 24. 05. 2004)

Literatur:

Altvater, Elmar (2003): What happens when public goods are
privatised? [http://www.wem-gehoert-die-welt.de/engl/01/
altvater_0312.pdf](http://www.wem-gehoert-die-welt.de/engl/01/altvater_0312.pdf) ; zuletzt besucht: 29. 05. 2004, 21:47

Brucherseifer, Eva (2004): „Die KDE-Entwicklergemeinde
– wer ist das? in: Open Source Jahrbuch 2004, Zwischen
Softwareentwicklung und Gesellschaftsmodell; Gehring, Robert
A.; Lutterbeck, Bernd (Hrsg.) ([http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-
Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf](http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf), zuletzt besucht:
26. 03. 2004, 10:17)

Gabriel, Richard P.; Goldman, Ron (2003): Open Source: Beyond
the Fairytales Sun Microsystems [http://opensource.mit.edu/
papers/gabrielgoldman.pdf](http://opensource.mit.edu/papers/gabrielgoldman.pdf)

Heller, Lydia; Nuss, Sabine (2004) : Open Source im Kapitalismus:
Gute Idee – falsches System? in: Open Source Jahrbuch 2004
(<http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf>),
zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17

Hertel, Guido et.al. (2003): Motivation of Software Developers
in Open Source Projects: An Internet-based Survey of
Contributors to the Linux Kernel, Guido Hertel, Sven
Niedner, Stefanie Herrmann, University of Kiel [http://
opensource.mit.edu/papers/preso-hertel.pdf](http://opensource.mit.edu/papers/preso-hertel.pdf)

Hirsch, Hans-Frieder (2004); „KDE - Ein Überblick“ [http://
www.cercos.de/Texte/html/Was_ist_KDE.html](http://www.cercos.de/Texte/html/Was_ist_KDE.html)

Hirsch, Joachim (2004); Was ist eigentlich Imperialismus? in:
links-netz (Onlinezeitschrift) <http://www.links-netz.de>, zuletzt
besucht: 25. 05. 2004

Holtgrewe, Ursula (2004): „Heterogene Ingenieure – Open
Source und Freie Software zwischen technischer und sozialer
Innovation“ in: Open Source Jahrbuch 2004.pdf, S.354 ([http://
ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf](http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf)),
zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17)

Luthiger, Benno (2004); Alles aus Spaß? Zur Motivation von
Open-Source-Entwicklern, BENNO LUTHIGER in: Open
Source Jahrbuch 2004 ([http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-
Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf](http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf)), zuletzt besucht:
26. 03. 2004, 10:17)

Meretz, Stefan (2000): „Linux & Co – Freie Software – Ideen

...but some are more equal.

Die EU-Osterweiterung und Perspektiven linker Politik

von Gisela Neunhöffer (*osteuropa-ag, Berlin / BUKO
Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft*)

Zwischen dem Druck dieser Zeitung und dem 27. Kongress der BUKO werden viele Landkarten verändert, große Reden werden geschwungen und feierliche Zeremonien vollzogen werden: Die Europäische Union wird am 1. Mai um zehn neue Mitglieder erweitert.

Doch der eigentliche Prozess der Erweiterung ist in den letzten Jahren, und weitgehend unbemerkt in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in den Beitrittsländern bereits vollzogen worden. In höchst asymmetrischen Beitrittsverhandlungen hat die EU im Zusammenspiel mit den Eliten der Beitrittsländer dafür gesorgt, dass diese sämtliche EU-Regeln und -Normen übernehmen.

Natürlich wird niemand gezwungen. Wenn aber ein Land der EU beitreten will, muss es eben alle Bedingungen erfüllen. Nach dem so genannten Regattaprinzip wurden die Länder in einen regelrechten Wettbewerb zueinander gesetzt. Rumänien und Bulgarien, weil zu arm, zu bevölkerungsreich und zu wenig „beitrittstauglich“, sind vorerst einmal ausgesondert worden.

Die EU-Regularien (der so genannte *acquis communautaire*, die „Fertigkeiten der Gemeinschaft“) sind auf über 100.000 Seiten festgehalten; jedes Jahr kommen 2.500 hinzu. In bestimmten Politikbereichen – vor allem im Bereich der Marktliberalisierung bzw. -regulierung, aber auch in bestimmten Bereichen der Innenpolitik wie vor allem der Asyl- und Visapolitik – sind diese Regeln relativ rigide und detailliert (*hard law*). In vielen anderen Bereichen – z.B. Gleichstellungspolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – wird dagegen auch in der alten EU mehrheitlich so genanntes *soft law* eingesetzt. Hier werden Empfehlungen ausgehandelt, und wie die dann umgesetzt werden, ist Sache der jeweiligen Nationalstaaten.

Das Ergebnis ist, dass einerseits bestimmte Sparauflagen, Privatisierungsmaßnahmen, Unternehmens- und Produktstandards, die Schließung der Ostgrenzen und anderes in den Beitrittsländern mit Verweis auf den EU-Zwang von den daran interessierten Kräften

leichter durchgesetzt werden können. Andererseits klagen z.B. Gewerkschafts- und feministische AktivistInnen darüber, dass die hehren Richtlinien der EU in ihren Politikbereichen zwar schnurstracks in nationales Recht übernommen wurden, sich danach aber niemand mehr darum kümmert, ob das auch umgesetzt wird. Die Hoffnungen, die EU-Erweiterung werde Fortschritte in der Durchsetzung von sozialen und Gleichstellungsstandards mit sich bringen, sind damit im wahrsten Sinne des Wortes weitgehend zu den Akten gelegt worden.

Mitglieder zweiter Klasse

In entscheidenden Bereichen wie der Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen oder der Finanzverteilung haben die Alteingesessenen überdies Übergangsfristen durchgesetzt. Sowohl ökonomisch als auch politisch bleiben die neuen Mitglieder damit vorerst Mitglieder zweiter Klasse. Diese Peripherisierung innerhalb der EU-Grenzen läuft parallel zu einem anderen Prozess: Diejenigen, die vor den Toren der Festung Europa bleiben und bleiben sollen, werden abgekoppelt und ausgeschlossen – sowohl die Menschen in den Nicht-Mitgliedsstaaten als auch die illegalisierten MigrantInnen.

Die Folgen für die EU als Ganze bzw. für Westeuropa sind bisher – abgesehen vom Tauziehen um die Postenverteilung in diversen EU-Gremien – noch weitgehend undiskutiert. Einen Vorgeschmack bot jüngst die Veröffentlichung der neuesten Daten zur regionalen Wirtschaftsleistung: welche Region ist weiterhin „arm genug“, um Mittel aus den europäischen Strukturfonds zu beziehen, und welche fällt aus der Förderung raus, weil die meisten osteuropäischen Regionen den Durchschnitt gedrückt haben?

Die Osterweiterung besteht vor allem darin, den ohnehin entstehenden neoliberalen Wettbewerbsstaat ohne sozialen Ausgleich unumkehrbar auch in den neuen Mitgliedsländern zu verankern. Das somit „eingerastete“ neoliberale Modell verstärkt die polarisierenden Tendenzen innerhalb der bestehenden EU: größere regionale und soziale Unterschiede im Lebensstandard treffen aufeinander und werden in Wettbewerb gesetzt, so dass soziale (und ökologische) Standards gegeneinander ausgespielt werden können. Zusätzlich sind in den Beitrittsländern selbst zumindest die tonangebenden Eliten tendenziell noch stärker auf einem neoliberalen Kurs als die Alteingesessenen in Westeuropa. Dies könnte auch auf das „alte Europa“ in absehbarer Zeit zurückwirken.

Linke Alternativen?

Einen klaren Widerstand gegen diese Form der „europäischen Einigung“ hat es bisher nicht gegeben, obwohl der Unmut in einigen Beitrittsländern so groß war, dass die Mehrheiten zum Beitritt in den jeweiligen Referenden nur knapp zustande kamen.

Für viele OsteuropäerInnen, auch und gerade aus sozialen Bewegungen, ist die EU aber auch nach wie vor das kleinere Übel. Das liegt unter anderem daran, dass es bisher nur selten gelungen (und auch wenig versucht worden) ist, diesem Unmut eine internationalistische Perspektive zu geben, und damit aus dem konstruierten Gegensatzpaar „nationalistisch-konservativer Einzelstaat versus neoliberale EU-Integration“ auszusteigen.

Ein Grund dafür ist, dass die neoliberale Transformation und das darauf aufsetzende EU-Integrationsprojekt die sozialen Bewegungen in Osteuropa, die das Ende des realsozialistischen Herrschaftssystems durchgesetzt hatten, schlicht überrollt haben. Der scheinbar soziale westeuropäische Kapitalismus in EU-Gestalt war und ist eine der mächtigen Anziehungspunkte, die den realen Kapitalismus für viele Menschen in Osteuropa Anfang der 1990er Jahre wesentlich attraktiver aussehen ließen und heute noch lassen als jede Form einer ungewissen Alternative. Die reale Transformationskrise hat andererseits viele in meist individualisierte Überlebenskämpfe gestürzt, so dass der Widerstand gegen die Zumutung der neoliberalen Veränderungen ebenfalls vor allem auf der individuellen Ebene von Informalität und persönlichen Netzwerken stattfindet.

Die Schwäche der internationalistischen Perspektive hat aber nicht zuletzt auch etwas mit dem fehlenden Interesse vieler westlicher Linker an der EU und insbesondere an deren Osterweiterung zu tun. West- und osteuropäische Linke haben es überdies nur sehr punktuell geschafft, sich zu vernetzen und ihre Kritik gemeinsam zu formulieren. Gründe dafür sind sowohl ganz praktische Kooperationsprobleme wie fehlende Sprachkenntnisse sowie das ökonomische Gefälle, aber auch fehlende gemeinsame Traditionen und Bezugspunkte - die Zapatistas sind der Westlinken offenbar näher als polnische GewerkschafterInnen. Die Auseinandersetzungen, die eine Zusammenarbeit von ost- und westeuropäischen Linken ermöglichen würden, werden deshalb oft gar nicht erst geführt: etwa um politische Begrifflichkeiten und inhaltliche Ziele, realsozialistische und realkapitalistische Geschichte,

Politik- und Kommunikationsformen, Organisationsstrukturen, um westeuropäisches Dominanzverhalten und angebliches osteuropäisches „Noch-nicht-so-weit-Sein“.

In letzter Zeit ist das Interesse füreinander jedoch spürbar gestiegen. Die anstehenden Auseinandersetzungen können durchaus lohnend sein: nicht, um „den OsteuropäerInnen zu helfen“, sondern um, im Sinne des neuen Internationalismus, eine andere Perspektive auf die eigene Realität zu gewinnen. „Internationalismus besteht heute zuvorderst darin, die eigenen Gesellschaften zu verändern. Das macht reflektiertes entwicklungspolitisches Engagement nicht überflüssig, verschiebt aber die Perspektive“, schreibt die BUKO-Vorbereitungsgruppe aus Kassel in dieser Zeitung. Die EU-Osterweiterung und die Kooperation mit den AktivistInnen aus Osteuropa ist dafür ein äußerst praxisbezogenes Beispiel. Denn die Zumutungen, die die EU-Strategen den OsteuropäerInnen auferlegen, werden unmittelbar zu uns zurückkommen.

Welche Ansätze es gibt, um dem gemeinsam zu begegnen und eine gemeinsame „sternenklare Zukunft - jenseits von EU und Nationalstaat“ zu erstreiten, wie der BUKO-Titel vor drei Jahren formulierte, soll auf dem Kongress in einer Podiumsdiskussion am Freitagabend und in verschiedenen Workshops diskutiert werden.

Feedback zum BUKO27

Zum 27sten Mal jährt sich der BUKO und das bedeutet auch, mal wieder stand ein Vorbereitungsteam vor so Fragen wie: Ist das Thema auch nicht zu speziell? Wie hart und dicht darf das Programm sein? Wie schmeckt ein guter Veranstaltungscocktail? usw....Darum hätten wir gerne ein Feedback von Euch: Auf dass beim BUKO28 Eure Vorschläge und Anmerkungen gut umgesetzt werden!

1. Wodurch hast Du von dem BUKO erfahren?

- Zeitung Radio FreundInnen
 politische Gruppe Plakate Sonstiges

2. Was hast Du vom BUKO erwartet?

3. Hat der BUKO Deine Erwartungen erfüllt?

- ja, total ja grob ja eher nicht überhaupt nicht

SEMINARE, PODIUMSDISKUSSIONEN, FOREN, AG'S UND AKTIONEN BEIM BUKO 27

4. Wie fandest du die Mischung von Veranstaltungsformen?

- sehr gelungen gut ganz ok naja nicht so doll

5. Wie fandest du die Vielfalt der Themen?

- sehr gelungen gut ganz ok naja nicht so doll

6. Welche Themen hast du vermisst?

7. Der BUKO hat mir viel gebracht an:?

- Informationsgewinn Handlungsperspektiven/Kampagnen Sonstiges:
 Anregung zu grundsätzlichem Nachdenken Kontakte knüpfen
-
-

8. Was fandest Du an den Podien gelungen? Was verbesserungsfähig?

9. Was fandest Du an den AG's gelungen? Was verbesserungsfähig?

10. Wie fandest du das „moderierte Büfett“?

- echt stark gut ganz ok naja vergiss es!

11. Von welchen Veranstaltungsformen würdest Du Dir beim nächsten BUKO mehr wünschen?

(z.B. Vernetzungstreffen, EinführungsAG's, offene Diskussionsräume, moderierte Streitgespräche, Podien, Freiräume, Zeit für Soziales...)

HAST DU DIR DEN BUKO27 „ANGEEIGNET“?

12. Dein wievielter BUKO war der BUKO 27?

1. 2. 3. bis 5. 6. bis 10. bis 27.

13. Was war dein erster Eindruck?

14. Wie fandest Du die Stimmung unter den Teilnehmerinnen?

- super angenehm ganz ok nicht so doll blöd ☹

15. Inwieweit konntest Du Dich Deiner Meinung nach inhaltlich einbringen? Die Diskussionen waren:

- sehr offen offen unterschiedlich eher geschlossen völlig zu

16. Was könnte man in der Diskussion verbessern?

DAS „ORGAABC

17. Wie fandest Du die Orga von A wie Anmeldung über T wie Toilette bis Z wie Zu früh?

- sehr gelungen gelungen ganz ok naja mies

18. Ein Lob für:

19. Was könnte man besser machen?

VON DER BUKO ZU DIE BUKO

20. Hast du irgendwelche interessanten Themen auf dem BUKO entdeckt, mit denen DU Dich gerne weiterbeschäftigen würdest und hast du schon Ideen wie?

21. Was erwartest Du persönlich von der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) über den Kongreß hinaus?

22. Was könnte die BUKO besser machen (z.B. organisatorisch, inhaltlich)?

23. Siehst Du Möglichkeiten, dich dort einzubringen?

- ja -> Wo? _____
- nein -> Warum nicht? _____

DAS STATISTISCHE BUKO-AMT (ANGABEN SIND FREIWILLIG!)

Geschlecht:

Alter:

NOCH ZUSÄTZLICHE KOMMENTARE/VORSCHLÄGE/IDEEN?

Vielen Dank fürs Mitmachen.....☺

1. Wodurch hast du vom BUKO erfahren?		
Zeitung	33	17%
Radio	3	2%
FreundInnen	56	29%
politische Gruppe	54	28%
Plakate	18	9%
Sonstiges	24	13%
keine Angaben	3	2%
Gesamt	191	

Von den insgesamt 800 KongressteilnehmerInnen beteiligten sich 125 an der Befragung, das entspricht einer Beteiligung von 16%.

3. Hat der BUKO deine Erwartungen erfüllt?		
ja, total	16	13%
ja	65	51%
grob ja	33	26%
eher nicht	8	6%
überhaupt nicht	0	0%
k.A.	6	5%
Gesamt	128	

4. Wie fandest du die Mischung von Veranstaltungsformen?		
sehr gelungen	15	12%
gut	59	47%
ganz ok	36	29%
naja	9	7%
nicht so doll	1	1%
k.a.	5	4%
Gesamt	125	

5. Wie fandest du die Vielfalt der Themen?		
sehr gelungen	32	26%
gelungen	61	49%
ganz ok	22	18%
naja	3	2%
nicht so doll	0	0%
k.A.	7	6%
Gesamt	125	

7. Der BUKO hat mir viel gebracht an:		
Informationsgewinn	74	31%
Handlungsperspektiven/Kampagnen	35	14%
Anregung zu grundsätzlichem Nachdenken	66	27%
Kontakte knüpfen	59	24%
Sonstiges	3	1%
k.A.	5	2%
Gesamt	242	

10. Wie fandest du das „moderierte Bufett“?		
echt stark	5	4%
gut	17	14%
ganz ok	8	6%
naja	24	19%
vergiss es	8	6%
k.A.	63	50%
Gesamt	125	

12. Dein wievielter BUKO war der BUKO 27?		
der Erste	73	58%
der Zweite	20	16%
3.-5.	22	18%
6.-10.	6	5%
11.-27.	1	1%
k.A.	3	2%
Gesamt	125	100%

15. Inwieweit konntest du dich deiner Meinung nach inhaltlich einbringen? Die Diskussionen waren...		
sehr offen	13	10%
offen	50	40%
unterschiedlich	46	37%
eher geschlossen	6	5%
völlig zu	0	0%
k.A.	10	8%
Gesamt	125	100%

17. Wie fandest du die Orga von A wie Anmeldung über T wie Toilette bis Z wie Zu früh?		
sehr gelungen	35	28%
gelungen	60	48%
ganz ok	10	8%
naja	3	2%
mies	1	1%
k.A.	16	13%
Gesamt	125	100%

23. Siehst du Möglichkeiten, dich bei der BUKO einzubringen?		
ja	27	22%
nein	53	42%
k.A.	45	36%
Gesamt	125	100%

Angaben zum Geschlecht		
m	45	36%
w	41	33%
?	15	12%
k.A.	29	23%
Gesamt	130*	104%

* erhöhte Gesamtzahl resultiert aus Mehrfachnennung

Angaben zum Alter		
bis 19 Jahre	1	1%
20 und älter	26	21%
25 und älter	27	22%
30 und älter	17	14%
35 und älter	12	10%
40 und älter	10	8%
45 und älter	1	1%
50 und älter	4	3%
55 und älter	0	0%
60 und älter	2	2%
65 und älter	1	1%
k.A.	24	19%
Gesamt	125	100%

Der BUKO 27 wurde **veranstaltet** von der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und Analyse und Kritik - Zeitung für linke Debatte und und Praxis, BAG-SHI, Berlin Umsonst, dresden.umsonst, Fantomâs - Magazin für linke Debatte & Praxis, FelS, Gesellschaft für Legalisierung, Hamburg Umsonst, Kanak Attak, Kommune Niederkaufungen, Ökumenisches Bür, München.

Sponsoren: Aktion Bildung und Publizistik (ABP) des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Aktion Selbstbesteuerung (ASB), Arbeitskreis Entwicklungspolitik Vlotho (AKE), DGB Stadtverband Kassel, GEW Landesverband Hamburg, Rosa Luxemburg Stiftung, Sozialistisches Büro, Stiftung umverteilen.

Unterstützt wurde der Kongress von AbfallGUT Dresden e.V., ACT!, AG Internationalismus, AG SPAK, AK Eine Welt e.V./Eine Welt Laden Witzenhausen, AK Kraak, AKE Bildungswerk e.V., AKTION 3.WELT Saar, Aktion Selbstbesteuerung, Aktion Verantwortlich Leben e.V., aktion zuflucht, Allgemeines Syndikat Nordhessen (ASN), Analyse und Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis, AntiFa Nierstein

Antifaschistische Linke Berlin, Antipatriarchales Netz Berlin, Arbeitskreis Solidarische Welt, Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen, attac Lemgo, Ausländische Studentenvertretung (ASV) Witzenhausen, Autonomes Frauenhaus Kassel e.V., BAG SHI, Blauer Montag, Buchladen Rote Strasse, Göttingen, Bücher Battenfeld, Frankenberg/Eder, Bündnis für die Region Südniedersachsen/Nordhessen, Bundesausschuß Friedensratschlag, Café Morgenrot, Contraste - Monatszeitung für Selbstorganisation, crossover berlin, DGB Jugend Nordhessen, DGB Stadtverband Kassel, DIDF Kassel, Dritte Welt Haus, Frankfurt/Main, Evangelische Studentengemeinde Kassel, express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Gesellschaft für Legalisierung, gipfelsoli, go create™ resistance, Graswurzelrevolution, Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t., ila (plus andere Infostelle), Indymedia Netzwerk, Informationsbüro Nicaragua, INKOTA-netzwerk, Internationales Zentrum Nord-Süd-Dialog, ITP - Institut für Theologie und Politik, iz3w, JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, jungle world, Kaffeekampagne/Infostelle El Salvador, Frankfurt, Kampagne Libertad! / „So oder So“ - die Libertad!-Zeitung für internationale Solidarität, Friedensforum Kassel, Komitee für Grundrechte und Demokratie, LabourNet, Lateinamerika-Nachrichten, links-netz, lotec, medico, Mietshäuser Syndikat, Network for Ecofarming in Africa (NecoFa), Netzwerk gegen Konzernherrschaft und Neoliberalismus, Offenes Wohnzimmer – Verein zur Förderung alternativer Kultur e.V., Kassel, Ökumenische Werkstatt Kassel, Organisierte Witzenhäuser Erwerbsloseninitiative (OWEI) e.V., postpessimistIN, RESPECT, Rosa-Luxemburg-Forum, Hessen, Schöner Leben, Göttingen, Solid 36 - Die sozialistische Jugend Kreuzberg, SOZ - Sozialistische Zeitung, Sozialistisches Büro, Stiftung W., Studierendengruppe der GEW, Hamburg, Weltladen Kassel e.V, Widersprüche.